



2. Kongress der Partei der Europäischen Linken

Prag, 23. – 25. November 2007

Politische Thesen Partei der Europäischen Linken: Alternativen entwickeln

Der 2. Kongress der Partei der Europäischen Linken findet zu einem Zeitpunkt statt, da die Bürger Europas in ihrem sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben vor einer entscheidenden Herausforderung stehen – für die Zukunft der Europäischen Union, des Kontinents und der Welt neue, konkrete Antworten zu geben. In unseren Ländern und in der Europäischen Union sind wir Tag für Tag mit einer Politik konfrontiert, die keinen überzeugenden alternativen Ausweg aus der Sackgasse zu weisen vermag, in die der Neoliberalismus die Menschheit geführt hat.

Jeder Mensch möchte in Würde leben und über sein/ihr Schicksal selbst bestimmen. Die herrschende Politik verweigert jedoch den Bürgern Europas das Recht, über die Zukunft des Kontinents zu entscheiden. Eine Kursänderung der Politik ist unser strategisches Ziel. Die Europawahlen von 2009 bieten der Europäischen Linken eine wichtige Gelegenheit, die Auseinandersetzung über europäische Themen zu politisieren und diese Kursänderung in Europa einzuleiten.

I. Die Partei der Europäischen Linken: Eine andere Politik für eine andere Gesellschaft

A. Wo wir stehen

Der Widerspruch zwischen Kapitalismus und Emanzipation des Menschen, Aufrüstung und Krieg, Klimawandel und Umweltkatastrophen sowie die Privatisierung aller Lebensbereiche haben erneut zu der Frage geführt: „Sozialismus oder Barbarei“?

Die Strategie des Krieges im Namen von Prävention, Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen und Kampf gegen den Terrorismus war ein Fehlschlag und hat eine Krise ausgelöst. Aber Europa und seine Regierungen sind nicht in der Lage, mit dieser Logik zu brechen. Neue Strategien und ein Kräfteverhältnis, das zur politischen Regelung internationaler Streitfragen führt, sind noch nicht in Sicht, wie das tragische Szenario im Nahen Osten, besonders in Palästina, zeigt. Solche Unfähigkeit kann die Situation nur weiter eskalieren und

die Spirale von Krieg und Terrorismus weiter drehen. Diese Logik führt zu Wettrüsten und der Militarisierung der europäischen Politik unter der Hegemonie der USA.

Zugleich dominiert inmitten von Chaos und turbulentem Übergang eine neue Form von „neoliberalem Organismus“, der die Politik unterminiert. Die fundamentalistische Basis dieses neuen Kapitalismus ist die Vorstellung, das Unternehmen biete ein Paradigma, ein Modell für alles – nicht nur für die Organisation der Produktion, als wirtschaftlicher Akteur, sondern für die Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft als Ganzes. Mit der Behauptung, das Paradigma sei „neutral“, soll die Politik ersetzt oder den Zielen der Wirtschaft untergeordnet werden. Sie wäre dann zur Sinnlosigkeit verurteilt.

Es wird immer deutlicher, dass die Versuche zum Abbau des öffentlichen Sektors, dass die brutalen Angriffe gegen die Gewerkschaften, die wir gegenwärtig in Westeuropa erleben, der Vorstellung dienen, alle Sektoren, die nicht mehr als „produktiv“ angesehen werden oder die direkte Macht ausübung dieser neuen politischen Akteure stören könnten, ein für allemal zu beseitigen. Die wirtschaftlichen Fragen sollen also der Großbourgeoisie, den Banken und Finanzinstitutionen überlassen werden, während sich die Politik um die Armen und Ausgegrenzten kümmert, das heißt um Probleme, die die Wirtschaft ihr übrig lässt.

Die von Maastricht ausgehenden neoliberalen Weichenstellungen haben eine Erosion der materiellen Lebensbedingungen weiter Teile der Bevölkerung verursacht und zu einer Krise der Ablehnung der europäischen Integration geführt. Diese Krise ist darauf zurückzuführen, dass es dem patriarchalen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Modell an Nachhaltigkeit fehlt, weshalb es unerträgliche Ungleichheit, Umweltkatastrophen sowie prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen hervorbringt. Damit können die politischen Probleme nicht gelöst werden, die dem Versagen des sozialen und politischen Zusammenhalts auf dem alten Kontinent

In dieser Ausgabe

- 2. EL-Kongress in Prag
- Wahlen in Russland, Polen, Venezuela, Guatemala
- Die britische Linke
- Lage im Kongo
- Der Afghanistan-Konflikt
- Programm der KP Moldovas



zugrunde liegen. Die alten politischen Mächte können diese Probleme nicht lösen, weil sie an der Politik von Maastricht festhalten, wodurch ein politisches Vakuum entsteht.

Dieses Vakuum und fehlende Aussichten auf Veränderung können zum Erfolg neopopulistischer Projekte führen, die auf einer Mischung von fremdenfeindlichen, rassistischen Elementen und neoliberalen Prinzipien beruhen. Deren Verfechter benutzen Angst und Unsicherheit als Hebel für einen reaktionären Massenpopulismus, für chauvinistische Tendenzen, die eine tödliche Bedrohung für Bürgerrechte, demokratische Gleichheit, die Verteidigung sozialer Errungenschaften, ja des Sozialstaates selbst darstellen.

Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, müssen wir gemeinsam mit dem Volk soziale und kulturelle Aktionen entfalten, den Kampf um soziale Transformation unter den gegenwärtigen Bedingungen führen, um so dem politischen Handeln wieder einen Sinn zu geben. Die Voraussetzung für mehr Akzeptanz der EU bei ihren Bürgern sind mehr Gelegenheiten für Teilhabe. Die Europäische Linke setzt sich für die Demokratisierung der Europäischen Union und ihrer Institutionen ein.

Wie unterschiedlich die Bedingungen in den einzelnen Ländern auch sein mögen, so ist die Krise, die die gesamte Gesellschaft erfasst hat, eine Krise des sozialen Zusammenhalts, wie Europa ihn bisher kannte. Sie löst Konflikte, Spaltungen und Spannungen aus. Sie spitzt den Klassenkampf

zu. Gemessen an traditionellen politischen Kategorien, ob nun rechter oder linker Natur, nehmen diese Konflikte neue Formen an, weisen andere Eigenschaften auf. In diesem Rahmen gehen in der Geografie der europäischen Linken tiefgreifende Veränderungen vor sich, die paradoxe Wirkungen hervorbringen. Erstens nimmt unter den politischen Kräften die nationale Politik wieder an Bedeutung zu. Der europäische Integrationsprozess verlangsamt sich und wird widersprüchlicher. Das Eingreifen des Staates in die Wirtschaft, das Ziel allgemeinen Wohlstandes und des Erreichens sozialer Kompromisse durch das Handeln der Gewerkschaften werden in Frage gestellt. Statt dessen beherrscht die Ideologie der kapitalistischen Globalisierung und des offenen Marktes mit freiem Wettbewerb das politische Denken. Es ist bedauerlich, dass einige linke und sozialdemokratische Parteien im Namen eines „linken Liberalismus“ dieser Linie folgen.

Die Krise der Politik ist eine der gefährlichsten und am wenigsten untersuchten Auswirkungen des neoliberalen Modells, das unserem Kontinent nun schon seit zwanzig Jahren aufgezwungen wird. Die Krise des Verhältnisses zwischen Politik, Institutionen und Gesellschaft hat ein Vakuum geschaffen, das wegen des Fehlens einer Perspektive den Eindruck erweckt, die Politik sei nicht in der Lage, sich den großen Fragen unserer Zeit zu stellen.

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, ausgehend von diesen

Inhaltsverzeichnis

● 2. EL-Kongress

→ Politische Thesen: Alternativen entwickeln	1
→ Prager Appell	11
→ Rede Lothar Biskys	12
→ Rede Fausto Bertinottis	13
→ Schlusswort Lothar Biskys als neuer EL-Vorsitzender	15
→ Beschlossene Anträge:	17
- Statutenänderungen	17
- Für Bürgerrechte und Demokratie	18
- Auf die Jugend setzen	19
- Gegen Gewalt an Frauen	21
- Nein zum US-Raketenschild	21
- Für eine neue Energie- und Klimapolitik	22
- Für eine gerechte Welthandelsordnung	25
- Für eine Lösung der Kosovo-Krise	26
- Fünf Prioritäten für den Nahen Osten	26
- Für eine Afrika-Strategie der EU	28
- Europäische und lateinamerikanische Linke	29
→ Interviews mit Kongressdelegierten	30
→ Oliver Schröder: Ein Salto für die Linke	35

● EL-Vorstandstagung

→ Kurzbericht	37
→ Rede von Frank Bsirske	38

● Aus der internationalen Linken

→ Italien: Ziele Der Linken/Regenbogen	42
→ FKP: Außerordentliche Parteikonferenz	43
→ KPRF: Beschluss zu den Wahlen	45
→ Peter Linke: Zum Ausgang der Dumawahlen	46

→ The Guardian über die KPRF	48
→ Treffen sozialer Bewegungen GUS/Baltikum	50
→ Ukraine: Gegen die Legitimierung der Faschisten	51
→ Irakische KP: Für einen souveränen Irak	52
→ Irakische KP: Gegen Übergriffe der Türkei	53
→ Roswitha Yildiz: Verfassungsreferendum in Venezuela	53
→ Helma Chrenko: Von der Lateinamerikakonferenz 2007	55
→ Helmut Ettinger: Zum 17. Parteitag der KP Chinas	63
→ Peter Wahl: Nachbetrachtung zu Heiligendamm	65

● Internationale Umschau

→ Estland: Zu den Ereignissen in Tallinn	69
→ Roswitha Yildiz: Guatemala nach den Wahlen	70
→ Lissy Quart: Zur aktuellen Lage im Kongo	71

● Analyse

→ Peter Ullrich: Die britische Linke	76
→ Klaus-Ulrich Göttner: Wahlen in Polen	91
→ Karin Kulow: Annapolis und wie weiter?	97
→ Harry Grünberg/Werner Ruf: Stichworte zum Nahostkonflikt	103
→ Matin Baraki: Studie zum Afghanistan-Konflikt	104
→ Jochen Schröter: Der Kalte Krieg, Versuch einer Wertung	111

● Dokumente

→ Partei der Kommunisten Moldovas: Neuer Programmtext	115
-------------------------------------------------------	-----



Realitäten eine neue Perspektive zu weisen.

Diese Aufgabe muss unser Kongress bewältigen. Er muss die EL angesichts dieser Herausforderungen weiter profilieren. Die Partei der Europäischen Linken ist von politischen Parteien gegründet worden, die soziale und demokratische Transformation sowie Alternativen zur neoliberalen Politik durch aktives Engagement in den Institutionen und in den verschiedenen alternativen Bewegungen erreichen wollen. Wir möchten zur Entstehung einer neuen politischen Kraft in Europa, zum Aufbau von Bündnissen beitragen, die etwas ändern, so dass reale Alternativen entstehen.

B. Kämpfe, soziale Bewegungen und die Rolle der EL

Die Volkskämpfe, die sozialen und Bürgerbewegungen im globalen Maßstab haben die Forderung auf die Tagesordnung gesetzt: „Eine andere Welt ist möglich!“ Die globale Bewegung hat nicht nur die großen internationalen und transnationalen Institutionen herausgefordert, sondern auch die wirtschaftliche Macht. Wenn sie sich auch ungleichmäßig entwickelt, ist diese Bewegung dennoch eine wertvolle Quelle der Erneuerung linker Politik.

Das Nein zum Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden hat sich in allen Ländern der Europäischen Union ausgewirkt und die tiefe Vertrauenskrise gegenüber der neoliberalen Orientierung der europäischen Politik offenbar gemacht. Europa erlebt weiterhin bedeutende Konflikte sozialer, bürgerrechtlicher und kultureller Natur. Die Gewerkschaftsbewegung steht vor neuen Herausforderungen. Der „alte“ Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit wird von neuen Zielen und Widersprüchen zwischen den Geschlechtern, Generationen, Kulturen und ethnischen Gruppen überrollt, vor allem aber von dem Bewusstsein, dass das Verhältnis von Mensch und Umwelt sie alle überlagert.

Aber die meisten dieser Kämpfe fließen nicht von selbst zusammen oder treten in Kontakt mit Formen der politischen Vertretung. Viele Forderungen der neuen Generationen, die das Arbeitsleben, das Leben insgesamt, die von der Gender-Frage beeinflussten zwischenmenschlichen Beziehungen betreffen, führen nicht automatisch zu einer vorherrschenden Kultur, wie Antonio Gramsci sie genannt hat. Alle diese Forderungen werden nur dann zu einem Gesellschaftsprojekt, wenn sie mit einer Kultur der Transformation und einer entsprechenden politischen Struktur zusammenwirken, die in der Lage ist, die Kräfte des Protests und die Verfechter sozialer Veränderungen zusammenzuführen.

Das ist die Aufgabe der EL. Dieser Forderung können wir nur durch eine tiefgreifende Transformation der politischen Kultur gerecht werden. Das erfordert große Anstrengungen bei der theoretischen und praktischen Erneuerung. Wenn wir dazu nicht in der Lage sind, wird die Arbeit zu einem rein ökonomischen Faktor herabsinken, statt ein Paradigma für Emanzipation, für individuelle und kollektive Freiheit zu sein. Die Krise der Linken und der Demokratie würde sich weiter verschärfen.

Wir sprechen von einer Gesellschaft, in der zahlreiche Bewegungen für Veränderungen wirken, die von Spaltung, Gewalt, besonders gegen Frauen, von Individualismus und „tribalem“ Egoismus zerrissen ist. Angesichts dessen müssen wir im Lager des Kampfes für Veränderungen ein einheitliches soziales und kulturelles System aufbauen, müssen wir einen Prozess der Vereinigung, der Sozialisierung und gemeinsamer Politisierung befördern.

Wir müssen die Transformation der gesamten Gesellschaft als integrierenden Bestandteil einer großen kulturellen Transformation, der Einführung neuer Formen des Zusammenlebens begreifen.

C. Europa und die Institutionen

Die Legitimitätskrise der Politik gefährdet den Prozess der europäischen Integration. Das Vertrauen in die europäischen Institutionen war noch nie so gering wie heute.

Die jüngste Ratspräsidentschaft hat sich erneut selbst Schranken auferlegt, indem sie die EU auf den globalen Wettbewerb in Bereichen wie Arbeitsmarkt, Energiepolitik, Natursressourcen und andere orientierte. In der Berliner Erklärung vom 25. März 2007 und beim EU-Gipfel vom Juni 2007 hat man auf der Logik des Binnenmarktes und dem von Maastricht geschaffenen Rahmen bestanden. Damit wurde der neoliberale Kurs der europäischen Integration bewahrt und mit ihm die politische Orientierung des neuen Vertrages. Wieder sollen die Entscheidungen von einer Regierungskonferenz und vom Europäischen Rat getroffen werden, ohne dass eine demokratische Debatte oder die Abstimmung in einem Referendum zugelassen werden. Das kann die Kluft zwischen den Bürgern Europas und dem europäischen Projekt nur weiter vertiefen.

Statt die schwierigen politischen Probleme zu lösen, die die Krise der EU ausgelöst haben, versuchen die europäischen Regierungen sie zu umgehen. Heute stehen nicht nur die sozialen Errungenschaften der Arbeiter-, Frauen-, Friedens- und Umweltbewegungen auf dem Spiel, wie sie der Sieg über den Nazifaschismus in den Ländern Ost- und Westeuropas hervorgebracht hat, sondern viel mehr das Recht auf Organisation schlechthin.

Wenn man das politische System den Interessen der Finanzmärkte und der kapitalistischen Wirtschaftsmächte unterwirft, die Macht weiter konzentriert und die Politik mehr und mehr personalisiert, stellt man damit die traditionelle Organisation der Zivilgesellschaft in Frage.

Der wachsende Druck auf den Zentralstaat und die Lokalverwaltungen, mehr Sicherheit zu gewährleisten, ist die andere Seite der fortschreitenden Aushöhlung der Demokratie. Wenn die Ausnahme zur Regel, wenn der Ausnahmezustand zum Dauerzustand wird, wenn die Freiräume immer mehr eingeengt werden, dann wird es zur wichtigsten, wenn nicht gar alleinigen Aufgabe der res publica, Repression auszuüben, für „law and order“ zu sorgen.

Die Partei der Europäischen Linken muss in ihrem politischen Handeln einen Qualitätssprung erreichen. Das hängt von ihrer Fähigkeit ab, sich dem angeblich schicksalhaften neoliberalen Gesellschaftskonzept entgegenzustellen, die Überzeugung auszustrahlen, dass die Dinge verändert werden können.

Das macht eine konsequente Auseinandersetzung mit der Ideologie des Neoliberalismus erforderlich. Es geht um Lösungen für die Probleme, die aus den täglichen Erfahrungen der verschiedenen Bewegungen erwachsen. Diese Kämpfe können den Einstieg in eine sozio-ökologische Transformation Europas bewirken. Hier weist die Politik der EL große Schnittmengen mit Positionen der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften, der alterglobalistischen Bewegungen, dem Europäischen Sozialforum, mit Positionen feministischer, ökologischer und sozialer Bewegungen, mit der Welt von Wissenschaft und Kunst auf.



Dieses Projekt erfordert eine engere Vernetzung unserer Parteien auf europäischer Ebene, die Entwicklung neuer Formen von Kommunikation und Kooperation. Es erfordert ein schärferes politisches Profil unserer parlamentarischen und außerparlamentarischen Kämpfe auf europäischer Ebene. Wir haben das Ziel, die große Koalition von Populisten, Konservativen und Sozialdemokraten aufzubrechen, die das Projekt Europa bisher geprägt hat. Wir wollen das Angebot einer linken Alternative ins Gespräch bringen.

Die soziale Verwüstung, die die Reformen auf dem Arbeitsmarkt und das rasche Wachstum dessen bewirkt haben, was wir Prekariat nennen – stellt den Bereich dar, gegen den wir unsere Sozialpolitik entwickeln müssen. Deshalb müssen wir die europäische Politik des Grünbuchs bekämpfen, jenen erneuten Versuch, die Tarifautonomie auszuhebeln und ein individualistisches Beschäftigungsmodell einzuführen. Prekarität ist nicht etwas, mit dem nur junge Menschen und Frauen am Arbeitsplatz konfrontiert sind. Es ist die Beschreibung eines sozialen und kulturellen Zustandes.

Das ist nicht nur ein ökonomisches Problem. Es ist eine Frage, die die Zivilisation als Ganzes betrifft. Es ist eine Krise der menschlichen Existenz, vergleichbar den offenen Fragen des Verhältnisses zwischen den Geschlechtern, den Generationen und Gemeinschaften, zwischen Individuum und Klasse, Individuum und Gesellschaft. Dem Wesen nach handelt es sich um eine echte Zivilisationskrise. Und das enorme Anwachsen der Ungleichheit ist ihr wichtigster Charakterzug. Angesichts dessen ist die Umgestaltung und Schaffung von Einrichtungen für Bildung und lebenslanges Lernen, die von der Marktlogik unabhängig sind, eine der Hauptfragen eines progressiven Entwicklungsprojekts.

D. Für einen demokratischen Neuaufbau Europas

Die Partei der Europäischen Linken ist das einzige politische Subjekt auf dem europäischen Kontinent, das eine einheitliche Position zum Europäischen Verfassungsvertrag einnimmt. Ausgangspunkt unserer Gegenposition ist die Kritik am undemokratischen, neoliberalen, patriarchalen und militaristischen Modell der europäischen Integration (das von dem Vertrag institutionalisiert wird).

Wir haben es bisher gesagt und wir sagen es erneut: Nach der Ablehnung durch die Referenda in Frankreich und den Niederlanden ist der Vertrag tot. Alle, die ihn mit alchimistischem Zauber der Institutionen wiederbeleben wollen und dabei die Gründe für seine Ablehnung umgehen, wie es die europäischen Regierungen versuchen, führen Europa in eine neue Sackgasse. Das Projekt eines „modifizierten Vertrages“, das in Wirklichkeit die Substanz des abgelehnten Vertrages wieder aufnimmt, wird die gegenwärtige Zustimmungskrise nicht lösen. Mehr noch, jeder Schachzug, der die Völker von der Ratifizierung des Vertrages auszuschließen versucht, ist nicht nur unannehmbar, sondern auch gefährlich für die Zukunft der Europäischen Union.

Gegenwärtig ist die Gefahr größer denn je, dass das „Hindernis“, das der ausdrückliche Wille der Völker bisher dargestellt hat, beiseite geräumt werden soll. Deshalb fordern wir eine wirkliche Debatte über den Inhalt des neuen Vertrages mit Beteiligung der Völker, bevor eine Entscheidung gefasst wird, und die Ratifizierung per Referendum in allen Ländern der Europäischen Union.

Mit den vom Europäischen Rat im Juni 2007 beschlossenen Orientierungen ist eine Etappe der Verhandlungen über

die Ausarbeitung eines neuen Vertrages eröffnet worden, der bis zur französischen Präsidentschaft von 2008 und den Europawahlen von 2009 ratifiziert werden soll. Für die EL und die Kräfte, die sich für ein anderes Europa einsetzen, steht viel auf dem Spiel.

Die Partei der Europäischen Linken ist gegen diesen Vertragsentwurf, der darauf abzielt, die neoliberalen Grundlagen der gegenwärtig gültigen Verträge und des Europäischen Verfassungsvertrages zu erhalten – das Fundament einer Gesellschaft, die vom „freien, ungehinderten Wettbewerb“ reguliert wird, was in einem Zusatzprotokoll festgehalten werden soll. Wir sehen es als erforderlich an, eine neue Debatte über den weiteren Weg im Sinne einer „Neugründung Europas“ zu führen. Mit der neoliberalen Logik zu brechen und die europäische Integration grundsätzlich neu zu orientieren ist der einzige Weg, um zu dauerhaftem Frieden, zu friedlicher Koexistenz und Zusammenarbeit der Völker und Staaten Europas, zu einer demokratischen, politischen und sozialen Perspektive des europäischen Kontinentes beizutragen. Diese Debatte soll zu einem neuen Gesellschaftsvertrag auf europäischer Ebene führen, der von allen Bürgern und Menschen anerkannt wird, die in Europa leben und leben wollen.

Diese öffentliche europäische Debatte muss gestartet, organisiert und vorangetrieben werden. Das so oft beschriebene und anerkannte Demokratiedefizit, das seit der Gründung der EU besteht, muss überwunden werden. Der Raub der Souveränität, den die europäischen Institutionen in den letzten Jahren begangen haben, ist zu korrigieren. Wir fordern eine reale Beteiligung der Völker an der Ausarbeitung der Politik und am europäischen Projekt. Das ist der einzige Ausweg aus der tiefen Krise, in die die europäische Integration geraten ist. Unter diesen Umständen stellen die Europawahlen von 2009 eine politische Gelegenheit des Eingreifens zusammen mit allen Kräften dar, die sich für eine neue Perspektive Europas engagieren, der EL in erster Linie. Dabei geht es darum, ein neues Konzept von Europa entsprechend den sozialen und politischen Kämpfen der Bürger durchzusetzen. Wir wollen, dass das Europäische Parlament, das einzige Subjekt, das im gegenwärtigen institutionellen Aufbau der Union die Volkssouveränität repräsentiert, und die nationalen Parlamente tatsächlich die Akteure bei den Entscheidungen sind, die die institutionelle und politische Zukunft Europas betreffen.

Die Neugründung der Europäischen Union muss bei ihren Grundlagen beginnen. Ihr Herzstück muss ein neues soziales, ökologisches, feministisches und demokratisches Modell sein, das den Frieden sichert, mit der neoliberalen Politik bricht und die Teilhabe der Völker in allen Etappen seiner Entstehung gewährleistet.

II. Partei der Europäischen Linken: Felder der Veränderung

A. Die kapitalistische Globalisierung und Europa

Wir leben in der Zeit der kapitalistischen Globalisierung, die ihre Mängel, ihre Grenzen und ihr nicht nachhaltiges Wesen demonstriert. Dies ist auch eine Zeit unumkehrbarer neuer Realitäten und potenzieller Effekte des weltweiten Austauschs von Wissen. Die Verschärfung des Widerspruchs zwischen den verheerenden und ungleichen Wirkungen dieses globalisierten, finanzierten und militariserten Kapitalismus einerseits und dem Potenzial menschlicher Emanzipa-



tion und nachhaltiger Gesellschaften andererseits macht die Entwicklung einer Perspektive der Transformation noch dringender. Beträchtliche Macht konzentriert sich mehr und mehr in wenigen Händen – den internationalen Finanzfonds, den transnationalen Konzernen und den supranationalen Organisationen des globalen Kapitalismus – der Welthandelsorganisation, dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank u. a. Sie entziehen sich jeglicher demokratischer Kontrolle. Diese Aushebelung der Demokratie ist möglich, weil die Regierungen der mächtigsten Staaten im Dienste der herrschenden Kräfte des Finanzkapitals Beschlüsse fassen, mit denen sie angeblich das Schicksal der Menschheit gestalten wollen.

Zu diesem Monopol im Bereich des Materiellen gesellt sich das im Bereich des Immateriellen. Wissen wird zu einer Handelsware, die hohen Mehrwert verspricht. Die Instrumente zum Erkennen der Wirklichkeit und zur Produktion notwendiger Güter sind heute in der Hand weniger Menschen. Das Schlüsselement der aktuellen Phase des Kapitalismus ist die Finanzialisierung, die die sozialen Beziehungen, die Arbeitsgesellschaft und die Rolle des Staates tiefgreifend verändert, die darauf gerichtet ist, mehr und mehr Profit aus der Akkumulation von Kapital in der Produktion nichtmaterieller Güter (Wissen, Information, Kommunikation, Bildung, Unterhaltung, Kultur) zu schlagen.

Es besteht jedoch ein wesentlicher Unterschied im Wesen nichtmaterieller und materieller Güter. Die Haupteigenschaft immaterieller Güter besteht darin, dass sie von einem „Konsumenten“ und zugleich auch von anderen Personen genutzt werden können.

Ein grundsätzliches Ziel der Linken muss heute sein, das Wesen des Wissens als öffentliches Gut zu bekräftigen und für die Durchsetzung dieses Prinzips zu kämpfen. Und das nicht nur durch effektive Maßnahmen für den freien Zugang zu Wissen, sondern vor allem dadurch, dass die Produktion von Wissen der immer stärkeren Unterordnung unter die Gesetze des Marktes entzogen wird.

Die neoliberale Politik muss das Wesen der Demokratie beschneiden, das heißt die Entscheidungsbefugnisse der Vertretungsorgane der Völker (Parlamente, Räte usw.) abbauen. Der europäische Kapitalismus versucht, auf die Expansion des kapitalistischen Marktes und den globalen Wettbewerb durch Produktionskostensenkung, durch Produktionsverlagerung, Lohnkontrolle, den Abbau von Rechten und die Reduzierung der Eingriffe des Staates in die Wirtschaft, durch das verheerende Agieren der multinationalen Konzerne in den Ländern des Südens zu reagieren. Nach wie vor sind wir Zeugen von Privatisierung, Profitmaximierung und finanzieller Spekulation, von Vermögenskonzentration und wachsender Ungleichheit, ohne dass sich eine gesellschaftliche und politische Kritik erhebt, die diese Prozesse umkehren könnte. Die Kriterien von Maastricht, bis heute die Grundlage der Wirtschaftspolitik, wirken weiterhin als Zwangsjacke für die politischen und sozialen Errungenschaften. Demselben Zweck dienen auch der Stabilitätspakt und die rigiden monetaristischen Kriterien der Europäischen Zentralbank.

Unser sozio-ökonomisch-ökologisches Angebot für Europa basiert auf fünf Grundprinzipien. Dies sind:

1. die Notwendigkeit, Vollbeschäftigung bei gesicherten Arbeitsverhältnissen zu erreichen und prekäre Arbeitsverhältnisse zu beseitigen,
- 2) der Vorrang staatlichen Eingreifens im Finanzbereich,

- 3) die Notwendigkeit, das gegenwärtig vorherrschende Umwelt schädigende Wirtschaftsmodell mit seiner Überausbeutung des Menschen und der natürlichen Ressourcen zu überwinden,
- 4) die Verteidigung des öffentlichen Sektors und öffentlicher Dienstleistungen auf europäischer Ebene,
- 5) das dringende Erfordernis, allen Menschen Einkommen und Renten zu garantieren, die ihnen ein Leben in sozialer Sicherheit und Würde ermöglichen.

Durch die Ausrichtung seiner Innen- und Außenpolitik auf die Ziele eines neuen Modells einer sozial und ökologisch nachhaltigen, friedlichen Entwicklung kann Europa etwas bewirken. Daher tritt die Partei der Europäischen Linken für eine integrierte Strategie von Nachhaltigkeit und Solidarität ein. Aus unserer Sicht sollte diese Strategie eine wirtschaftliche, eine soziokulturelle, eine ökologische und eine institutionelle Dimension haben. Wirtschaftliche Nachhaltigkeit hat zum Ziel die Aufrechterhaltung des bestehenden „Grundkapitals“ der Gesellschaft und des gesellschaftlichen Reichtums, die Garantie wirtschaftlicher Effizienz, ökologisch und sozial nachhaltiger Produktivitätssteigerung und Innovationsfähigkeit, wirtschaftliche Stabilität, die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, eine gerechte Handels- und Zahlungsbilanz sowie eine neue Art von Vollbeschäftigung. Beschäftigungspolitik muss über Arbeitsmarktpolitik hinaus garantierte soziale Sicherheit für das gesamte Leben, sozialpolitische Ziele wie Arbeitsqualität, Gleichstellung der Geschlechter und eine gesundheitsfördernde Organisation der Arbeitsumwelt einschließen.

Soziokulturelle Nachhaltigkeit umfasst die Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung, die Durchsetzung der Gleichheit der Geschlechter, eine gerechte Verteilung von Vermögen und Einkommen, die Stärkung sozialer Grundrechte und gleichen Zugang zu öffentlichen Gütern, verbesserte soziale Sicherheit, öffentliche Fürsorge und öffentliche Dienstleistungen sowie sozio-ökologische Veränderungen bei den Verbrauchergewohnheiten. In diesem Lichte ist die Orientierung des EU-Vertrages und der Lissabon-Strategie auf „globalen Wettbewerb“ weder wirtschaftlich sinnvoll noch effektiv.

Ökologische Nachhaltigkeit bedeutet Schutz der Biodiversität, eine drastische Reduzierung des Energie- und Materialverbrauchs, der Transportwege, des Bodenverbrauchs, der Umweltverschmutzung durch giftige Substanzen usw.

Die **institutionelle Dimension** von Nachhaltigkeit umfasst mehr Recht auf Teilhabe und Chancen für die Menschen, Stärkung von Netzwerken und engere Zusammenarbeit der Institutionen.

Diese integrierte Strategie kann in die Praxis umgesetzt werden, wenn es gelingt, verbindliche Ziele auf EU-Ebene, Aktionsprogramme und Maßnahmen sowie einen gemeinsamen Regulierungsrahmen in allen relevanten Politikfeldern wie wissenschaftliche Forschung oder Regionalpolitik auf der Ebene der EU und ihrer Mitgliedstaaten miteinander zu verbinden.

Eine derart tiefgreifende Veränderung der Politik wird ganz sicher nicht erreicht werden, wenn wir uns auf den „guten Willen“ der gegenwärtig herrschenden Eliten in der EU und ihren Mitgliedstaaten verlassen. Dafür ist Mobilisierung von unten nötig – durch Gewerkschaften, soziale Bewegungen und die Linke. Deshalb will die Partei der Europäischen Linken eine breite Debatte über eine solche Alternative und



über die Unterstützung von Bewegungen und Bündnissen für Veränderung initiieren. Wir wollen uns an solchen konkreten thematischen Debatten im Europäischen Sozialforum, in anderen sozialen und demokratischen Initiativen, in den Gewerkschaften oder bei der Ausarbeitung der Charta der Grundsätze für ein anderes Europa beteiligen.

Wir schlagen eine Harmonisierung sozialer und ökologischer Standards auf europäischer Ebene vor, um jegliche Art von Dumping zu bekämpfen und dadurch die globale Wirtschaft zu verteidigen. Die Harmonisierung der Steuern, insbesondere für die verarbeitende Industrie, ist unvermeidlich angesichts des freien Kapitalflusses mit seinen Folgen für Löhne und Arbeitsbedingungen in den Produktionsbereichen. Wir streben eine abgestimmte europäische Steuer- und Finanzpolitik an, setzen uns für eine solide und sozial gerechte Finanzierung der politischen Aufgaben der Mitgliedstaaten ein, um neue Kriterien für ein wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltiges Entwicklungsmodell einzuführen. Wir schlagen vor, in der neuen Haushaltspolitik mehr öffentliche Investitionen in soziale Infrastruktur und ökologische Rekonzession vorzusehen, ebenso eine koordinierte Geld- und Haushaltspolitik zur Stärkung der Binnenwirtschaft und zur ökologisch verträglichen Wiederbelebung der Binnennachfrage. All das ist möglich und kann zu Vollbeschäftigung mit hochwertigen Arbeitsplätzen und sozialen Rechten führen. Wenn es keine europäische Regelung gibt, dann werden der ökonomische Wettbewerb auf dem Binnenmarkt, die ungezügelten Marktkräfte und die ungleiche Entwicklung von Sozial-, Lohn-, Steuer- und Umweltstandards den Abwärtstrend weiter verstärken.

Um diese Ziele zu erreichen, fordern wir:

- a) eine aktive europäische Industrie- und Forschungspolitik, die vorwiegend an einen europäischen öffentlichen Sektor gebunden wird, um Synergieeffekte mit dem privaten Sektor zu erzielen;
- b) eine Reform des derzeitigen Systems der Wirtschafts- und Währungsunion, in dem die Europäische Zentralbank unter demokratischer Kontrolle gestellt wird und den derzeitigen Stabilitäts- und Wachstumspakt ersetzt. Das bedeutet, dass die Rolle der Europäischen Zentralbank nicht nur auf die Kontrolle der Inflation beschränkt ist, sondern ausgehend von dem politischen Ziel der Vollbeschäftigung auch die Erhöhung der Beschäftigungsrate und ökologische Nachhaltigkeit umfasst. Das EZB-Statut muss dafür entsprechend abgeändert werden;
- c) großen Respekt vor der Umwelt bei all diesen Entwicklungen, und das nicht nur im direkten Sinne, sondern auch durch eine vernünftige Gestaltung des Bedarfs und der Nutzung von Energie sowie durch verstärkte Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien;
- d) garantierte soziale Absicherung und würdige Lebensbedingungen, was bedeutet, die Menschenrechte für alle zu schützen, die in Europa arbeiten und leben, sowie Solidarität als verbindliches Prinzip der Gesellschaft durchzusetzen;
- e) eine Aufstockung des EU-Budgets, um den künftigen Herausforderungen des sozioökonomischen und ökologischen Umbaus des Wirtschaftsmodells gerecht zu werden sowie parallel dazu eine Reform des EU-Haushaltes, die regionale und soziale Kohäsion garantiert.

Die Partei der Europäischen Linken will das Steuersystem der EU verändern, vom gegenwärtigen System der Mehrwert-

steuer, einer nationalen, indirekten und regressiven Steuer, die auf dem individuellen Verbrauch beruht, zu einem europäischen progressiven System, das auf dem individuellen Einkommen beruht und einen Umverteilungseffekt aufweist. Das heißt, vom gegenwärtigen System, das die Besteuerung der Kapitalrenditen minimiert und die Hauptlast den Arbeitseinkommen auferlegt, zu einem progressiven System, das eine Umverteilung des geschaffenen Reichtums ermöglicht. Wir treten für eine Besteuerung von finanziellen Einkünften und Finanzspekulationen (Tobin-Steuer) ein.

Wir sollten über die Einführung eines umfassenden sozialen Schutzes in der EU nachdenken, der universelle, unveräußerliche Rechte garantiert und ein anderes Zivilisationsmodell begründet.

Angesichts der Hegemonialziele der Großmächte und der internationalen Finanzinstitutionen sowie der Krise des Unilateralismus der USA sollten wir unsere Forderung nach einer Neubewertung der Rolle und der Befugnisse einer reformierten, demokratisierten Organisation der Vereinten Nationen bekräftigen.

Das ist einer der Gründe, weshalb die Partei der Europäischen Linken die gegenwärtige Initiative für ein Wirtschaftliches Partnerschaftsabkommen (EPA) ablehnt, weil hierbei die kommerziellen Beziehungen mit den Ländern Afrikas und des Mittelmeerraumes nach Methoden des Neokolonialismus und der Ungleichheit sowie nach den Direktiven des IWF und der Weltbank gestaltet werden sollen. Die Europäische Nachbarschaftspolitik (PEN) folgt derselben Logik. Sie ist nicht geeignet, Beziehungen gemeinsamer Entwicklung herzustellen, und birgt das Risiko, Ungleichheit und Wachstumsrückstand in gefährlicher Weise zu vergrößern. Wenn wir den Herausforderungen der Entwicklung gerecht werden wollen, dann muss Europa ein neues Modell der Zusammenarbeit realisieren, das frei von den Kriterien des Neoliberalismus ist. Diese Umorientierung wird um so notwendiger angesichts der neuen Aufgaben der EU-Erweiterung.

B. Die Europäische Linke ist gegen den Krieg

Frieden braucht Bewegung und Zusammenarbeit. Die globalisierungskritische Bewegung, soziale Initiativen und Sozialforen, Gewerkschaften und linke Parteien finden im Engagement gegen Krieg und Gewalt, gegen Aufrüstung und Militarisierung mehr und mehr zusammen. Das Nein zum Krieg ist mehrheitsfähig in Europa, das ist eine wichtige Erkenntnis und Ausgangspunkt für die Politik der Europäischen Linken.

Die Zustimmung zu den Kriegen der USA und deren Unterstützung durch Mitgliedstaaten der EU, die Zustimmung zu steigenden Rüstungslasten und zur Stationierung von US-Truppen in Europa verlieren ihren Rückhalt in der Bevölkerung Europas. Dass mehr USA, dass mehr NATO auch mehr Sicherheit bedeutet, glauben immer weniger Menschen. Im Gegenteil: Der sogenannte „Krieg gegen den Terror“ hat ganze Regionen in einen verhängnisvollen Kreislauf der Gewalt gestoßen und die Gefahr terroristischer Anschläge befördert. Neue Kriege werden nicht, wie behauptet, um Menschenrechte, Demokratie und Abrüstung geführt, sondern um den Verlauf von Pipelines, um Märkte, um eine imperiale Neuaufteilung der Welt. Es besteht die reale Gefahr, dass Europa mehr und mehr in solche Kriege hineingezogen wird.

Die Strategie der militärischen Konfliktlösung, die die neokonservative US-Administration seit dem 11. September verfolgt, steckt in einer Sackgasse. Diese Strategie ist nicht



nur international gescheitert, sondern verliert auch an Zustimmung im Lande selbst. Der Unilateralismus musste Rückschlüsse hinnehmen, ist aber noch nicht besiegt. Die wirklichen Probleme sind das Fehlen einer alternativen Politik, die die Bush-Administration zu isolieren vermag, sowie eines politischen Prozesses zur Lösung der Konflikte der Welt, damit der Frieden wieder eine Chance erhält. Es ist nicht zu akzeptieren, dass Europa immer noch nicht in der Lage ist, international als starke Stimme gegen den Krieg zu agieren.

Unsere Alternative zum Krieg sind das Völkerrecht und weitere internationale Wirtschafts- und Handelsregeln. Das ist ein Weg, um Krieg als Werkzeug zur Lösung von Widersprüchen im derzeitigen kapitalistischen Herrschaftsmodell zu überwinden. Es besteht eine wachsende Lücke zwischen dem Willen der Völker einerseits und dem politischen Handeln der Regierungen andererseits. Die Regierungen haben sich als unfähig erwiesen, den Erwartungen gerecht zu werden, wie sie in den Aktionen der Friedensbewegung auf unserem Kontinent und in der Welt formuliert worden sind. Die Lage kann sich weiter verschlechtern.

Wir fordern ein sofortiges Ende der Kriege in Irak und Afghanistan. Wir bestehen darauf, dass die ausländische Besatzung in diesen Ländern sofort beendet wird und alle ausländischen Truppen abgezogen werden. Die Mitgliedstaaten der EU müssen bei der Erfüllung ihrer politischen Verpflichtung vorankommen, dem afghanischen Volk das Recht der Entscheidung über seine Zukunft auf demokratischer Grundlage zurückzugeben und die Zerstörung der Gesellschaft durch Bürgerkriege zu beenden. Wir wenden uns scharf gegen jegliche militärische Lösung des Nuklearstreits mit dem Iran. Wir wollen uns für einen präventiven Frieden einsetzen und die Friedensbewegung für dieses Ziel mobilisieren.

Wir widersetzen uns der Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Wir wollen nicht, dass Europa als Interventionsmacht handelt und dafür immer größere militärische Kapazitäten aufbaut. Zugleich wenden wir uns auch gegen die Fortsetzung einer derartigen Politik durch die Mitgliedstaaten. Europa braucht keine schnelle Eingreiftruppe, die sich entsprechend der europäischen Sicherheitsstrategie von 2003 an Präventivkriegen beteiligt. Im Gegensatz zu dem in Lissabon vorgelegten EU-Vertrag bestehen wir auf einer Reduzierung der Militärausgaben der EU und wenden uns gegen die europäische Rüstungsagentur. Wir setzen uns für eine Alternative zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ein, die eine Rolle der EU und der europäischen Staaten als integrierter Arm der NATO ausschließt. Dies besonders heute, da die NATO ihr strategisches Konzept einer Neubewertung unterzieht.

Wir sagen dem europäischen Rüstungsindustriekomplex den Kampf an, der eine militärische Kultur hervorbringt und die Industrie- und Einwicklungspolitik auf europäischer und nationaler Ebene prägt. Die Europäische Linke setzt sich konsequent für eine Konversion der Rüstungsindustrie ein. Wir wenden uns weiterhin gegen alle Militärbasen der USA in Europa und gegen Pläne, neue einzurichten. Wir wenden uns gegen jegliche Aufrüstungsschritte, wofür die US-Basis in Vicenza oder die geplante Errichtung von Raketenabwehranlagen in der Tschechischen Republik und in Polen, ebenso die US-Basen in Bulgarien und Rumänien oder anderen europäischen Ländern stehen, die auf bilateraler Grundlage oder durch eine versuchte Vermischung von US- und NATO-Strukturen geschaffen werden.

Die Europäische Linke ist gewillt, mit allen für den Frieden Eintretenden politischen Kräften zusammenzuarbeiten, die Abrüstung und Konversion als Hauptfragen auf die gegenwärtige politische Tagesordnung setzen, vor allem atomare Abrüstung. Wir verlangen, dass alle Pläne, weitere Atomwaffen zu entwickeln, und sei es zur politischen Abschreckung oder Erpressung, aufgegeben werden. Es kann nicht angenommen werden, dass nach wie vor Hunderte amerikanischer Atombomben auf europäischem Territorium lagern!

Diese Aufgabe beschränkt sich nicht nur auf Europa. Wir unterstützen die Initiativen für atomwaffenfreie Zonen im Nahen Osten und im Mittelmeerraum sowie in allen Regionen dieser Welt. Das betrifft auch die anderen Massenvernichtungswaffen. Die Europäische Linke unterstützt die Einhaltung der bestehenden Rüstungskontrollverträge, den Abschluss neuer Vereinbarungen und deren strikte Durchsetzung. Das gilt für nukleare, biologische und chemische, aber auch für konventionelle Waffen. Alle Staaten, die Atomwaffen herstellen, müssen zur Abrüstung gezwungen werden. Ein internationales Abkommen über den Verzicht auf den atomaren Erstschlag und über jegliche Anwendung atomarer Waffen gegen nichtnukleare Staaten ist dringend erforderlich.

Der Kampf um den Frieden bleibt ein entscheidendes Element für jede Alternative zu dem von der neoliberalen Politik beeinflussten Zivilisationsmodell als Reaktion auf die globalen Herausforderungen. Europa und die EU können und müssen eine andere Rolle spielen, um eine Weltordnung zu erreichen, die auf der grundsätzlichen Anerkennung des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen beruht, die bei ihrer demokratischen Umgestaltung die Erfahrungen der vergangenen 60 Jahre berücksichtigt. Die Partei der Europäischen Linken steht für eine internationale Politik und eine Weltordnung, die auf dem Vorrang des Völkerrechts gegenüber dem Recht des Stärkeren beruht. Sie wendet sich gegen militärische Gewalt, die das katastrophale Ergebnis von fünf Jahren präventivem und permanentem Krieg der USA ist. In diesem Zusammenhang muss das strategische Verhältnis zur NATO in Frage gestellt und überwunden werden.

Wir wollen ein Europa, das ein Ort des Dialogs der Zivilisationen ist. Diese Rolle sollte nicht durch Rüstungs- oder Machtpolitik bestimmt werden, sondern durch aktives Handeln in der Welt, um Frieden und vollständige Abrüstung voranzubringen.

Die Partei der Europäischen Linken lehnt Gewalt zur Regelung von Konflikten ab. Wir fordern eine GASP, die auf einem Konzept nichtmilitärischer Sicherheit in ihren vielen Facetten beruht. Ebenso notwendig ist ein gesamt europäisches Sicherheitssystem, das ein neues Verhältnis zwischen der EU und der GUS, einschließlich der Russischen Föderation erfordert.

Die Europäische Union hat eine besondere Verpflichtung, zum Frieden auf dem Kontinent beizutragen. Das muss aktive Schritte zur Überwindung der Folgen der Kriege in Ex-Jugoslawien einschließen, der ersten Kriege in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg, wo europäische Staaten beteiligt waren. Die gegenwärtige Entwicklung um Kosovo hängt mit der verfehlten Politik der Europäischen Union gegenüber Ex-Jugoslawien zusammen. Wir lehnen jegliche einseitigen Verhandlungen über den künftigen Status Kosovos ab.

Die Europäische Linke besteht grundsätzlich darauf, dass „eingefrorene“ Konflikte in Europa nur mit politischen Mitteln auf der Grundlage des Völkerrechts gelöst werden. Wir leh-



nen willkürliche Veränderungen des Völkerrechts ab, ebenso die Tendenz, dieses als Fallrecht zu gestalten, wie es die USA tun. Wir wollen, dass die Europäische Union ein aktiver Faktor in einem multilateralen System internationaler Beziehungen wird, der die Unabhängigkeit, die Selbstbestimmung und das Recht aller Länder und Völker dieser Welt auf eine eigene sozioökonomische Entwicklung anerkennt. Das muss die Grundlage für die Beziehungen der EU zu den Ländern Lateinamerikas und Afrikas, zu China, Indien und anderen asiatischen Staaten sein. Das gilt auch für künftige Beziehungen zur Türkei, zu den Ländern des Westbalkans und zu anderen Nicht-EU-Ländern Europas.

Die Lage im Nahen Osten und im Mittelmeerraum ist für die Europäische Linke von großer Bedeutung. Der israelisch-palästinensische Konflikt und die anhaltende israelische Besetzung palästinensischer Gebiete machen die Region zu einem permanenten Destabilisierungsfaktor, der den Weltfrieden bedroht. Eine gerechte Lösung dieses Konflikts ist von großer Dringlichkeit für die gesamte internationale Gemeinschaft. Die Voraussetzung für eine wirkliche politische Wende ist die Aufnahme neuer Verhandlungen auf der Grundlage der UN-Resolutionen. Sie muss eine Lösung der Hauptprobleme bringen: Israels Rückzug von den seit 1967 besetzten Territorien, das Schicksal der Flüchtlinge, der Status von Jerusalem und eine Garantie für friedliche Koexistenz zwischen Israel und einem selbstständigen, wirtschaftlich lebensfähigen palästinensischen Staat.

Eine umfassende politische Lösung der Probleme Palästinas und des Nahen Ostens muss alle regionalen Akteure, insbesondere Libanon und Syrien, einschließen. Die Europäische Linke unterstützt alle Anstrengungen, die auf eine Einheit der palästinensischen und israelischen Linken gerichtet sind. In diesem Rahmen muss die Linke dringend einen Dialog eröffnen, um gemeinsame Standpunkte, eine gemeinsame Strategie und ein gemeinsames Engagement zu entwickeln.

Seit langem steht für Europa die Aufgabe, seine Unfähigkeit zu überwinden, in der Region eine aktive Rolle auf der Grundlage des Völkerrechts zu spielen, damit sie eine solide Friedensperspektive erhält. Als Europäische Linke schlagen wir daher vor, eine internationale Beratung durchzuführen, die als wichtige Subjekte die israelische und die palästinensische Linke einbeziehen sollte.

III. Für ein neues soziales, demokratisches und ökologisches Modell

A. Ein soziales Europa

Das Europa, das wir wollen und für das wir kämpfen, ist ein soziales Europa, ein Europa der Arbeit und der Rechte. Es ist eine Alternative zum Europa der Deregulierung und der Einschränkung von Rechten, des Sozialdumpings auf ausländischen Märkten und der horizontalen Konflikte zwischen Arbeitern und Immigranten, zwischen Ost und West.

Die Partei der Europäischen Linken kämpft für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, für Vollbeschäftigung mit gesicherten Arbeitsverhältnissen, für ein Europa ohne Prekarität. Wir setzen uns für neue europäische Arbeitsstandards mit kürzeren Arbeitszeiten für jedermann ein, so dass Frauen und Männer Arbeit und Familienleben besser miteinander vereinbaren können und eine drastische Reduzierung der Arbeitslosenrate erreicht wird. Man will uns soziale Verhältnisse aufzwingen, die dem Markt vollständig untergeordnet

sind, wo es im Namen von Wettbewerbsfähigkeit und Flexibilität keinerlei Rechte gibt. Die Partei der Europäischen Linken, die das Grünbuch der Europäischen Kommission ablehnt, schlägt Gesetze vor, die auf gleichen Rechten für alle, der umfassenden Achtung der Gewerkschaftsrechte und der Tarifautonomie beruhen.

In ganz Europa gibt es ernste Probleme bei den Löhnen. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst überall, wenn auch in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Diejenigen, die den Reichtum schaffen, haben ein Recht auf adäquate Bezahlung, die zumindest mit der wachsenden Produktivität Schritt halten muss.

Für die Linke ist die Lohnfrage nicht nur ein ökonomisches Problem, sondern ein Thema ihrer politischen Strategie. Die enorme Steigerung der Produktivität muss an die Werktätigen weitergegeben werden, besonders an jene, deren Löhne an Kaufkraft eingebüßt haben.

In ganz Europa werden Aufgaben wie Pflege oder Kindererziehung den Frauen überlassen, was den Regierungen die Möglichkeit gibt, sich aus der Verantwortung zu stellen und die bestehenden öffentlichen Dienstleistungen in Frage zu stellen. Frauen erhalten weniger Lohn als Männer für die gleiche Arbeit, sie sind häufig unterbeschäftigt und arbeiten in Teilzeit. Die Arbeitslosenrate unter Frauen ist höher und der Beschäftigungsgrad viel niedriger. Frauen werden bei den sozialen Sicherungssystemen – bei Renten und anderen Sozialleistungen – quantitativ und qualitativ benachteiligt.

Wir fordern reale Gleichheit von Männern und Frauen bei Beschäftigung, beruflicher Entwicklung und Löhnen. Wir fordern das Recht auf Arbeit, Sicherheit am Arbeitsplatz, wirkliche Weiterbildungsmöglichkeiten für alle und Maßnahmen, die es ermöglichen, Arbeit sowie Privat- und Familienleben in Einklang zu bringen. Zu diesem Zweck muss ein neues Arbeitsgesetz beschlossen werden, das die wöchentliche Arbeitszeit wesentlich verkürzt und Überstunden reduziert, damit die vorhandene Arbeit auf mehr Menschen verteilt werden kann. Eine kürzere Arbeitszeit entspricht auch besser den modernen Rollen der Geschlechter, wonach Männer und Frauen Erwerbstätigkeit und Hausarbeit zu ihrem eigenen Nutzen miteinander teilen wollen und sollen.

Für die Partei der Europäischen Linken haben die Verteidigung der öffentlichen Dienstleistungen und des öffentlichen Sektors Priorität. Wir müssen eine gesellschaftliche Debatte in Gang setzen, um die bereits erfolgte Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wieder rückgängig zu machen.

B. Ein ökologisches Europa für Frieden und globale Gerechtigkeit

Der globalisierte Kapitalismus verschärft die Krise der Umwelt. Seine Wirtschaft ist auf kurzfristige Aktiengeschäfte an den Börsen orientiert. Das steht in tiefem Widerspruch zu den natürlichen langfristigen Kreisläufen. Die Umwelttechnologien sind hochentwickelt, aber nirgendwo werden Handel und Lebensweise mit Respekt vor der Umwelt gestaltet. Das ist um so ernster, als in den nächsten Jahren die Entscheidung ansteht, ob es noch möglich ist, eine globale Klimakatastrophe zu verhindern. Einschneidende Veränderungen unserer Lebensweise sind unumgänglich.

Um zu verhindern, dass der Klimawandel zu schlimmsten Folgen führt, muss in den nächsten zehn Jahren gehandelt werden. Das gilt vor allem für Europa. In den nächsten Jahren sind massive Investitionen in den europäischen Energie-



sektor vorgesehen, die die Entwicklung bis hin zur Mitte des Jahrhunderts prägen werden.

Vom Menschen gemachte Klimaveränderungen gehen bereits vor sich und werden unausweichlich zu steigenden Temperaturen im globalen Maßstab führen. Die künftigen Generationen werden sich darauf einstellen und damit fertig werden müssen. Eine hochwichtige ökologische Frage ist die chemische Verunreinigung der Erde, die sich drastisch auf die Biodiversität auswirkt. Der Einfluss von Pestiziden auf die menschliche Gesundheit ist bereits nachgewiesen. Die Europäische Union hält an einem sozial und ökologisch nicht nachhaltigen Modell der Landwirtschaft fest. Kleinbauern werden dem Profit der Agrar- und Lebensmittelmultis geopfert.

Die gefährlichen Folgen des kapitalistischen Entwicklungsmodells treten im Umweltbereich immer deutlicher hervor. Die neuen Generationen werden mit Klimaveränderungen konfrontiert sein, die aus der direkten Einwirkung des Menschen auf die Biosphäre resultieren. Ein Modell, das ausschließlich auf das schnellste Erreichen von Maximalprofit zu den niedrigsten sozialen und ökologischen Kosten gerichtet ist, kann nur zur Zerstörung unseres Planeten führen. Im Jahre 2020 werden drei Milliarden Frauen und Männer keinen Zugang zu Wasser mehr haben, einer Ressource, die immer knapper wird und die viele zu privatisieren versuchen.

Europa muss bei der Beschlussfassung über ein Post-Kyoto-Dokument, das über die heutigen Ziele hinausgeht, eine zentrale Rolle spielen. Das neue Protokoll setzt eine radikale Alternative zum produktivistischen Entwicklungsmodell des gegenwärtigen Kapitalismus voraus. Diese erfordert Gleichheit, angefangen mit dem gleichen Recht jedes Menschen auf Emissionen. Sie erfordert Kooperation und Technologietransfer, wofür Mittel durch eine CO₂-Steuer erbracht werden können. Sie verlangt eine neue Rolle für den öffentlichen Sektor, beginnend mit dem Eigentum an den Energienetzen, der Förderung von Energieeinsparungen und alternativen Energiequellen. Sie erfordert den Aufbau einer ökologischen Wirtschaft und Gesellschaft.

Wir brauchen nicht nur eine Politik der Senkung des CO₂-Ausstoßes und der Kontrolle seines gegenwärtigen Niveaus, sondern eine Energiepolitik, die bereit ist, radikale Veränderungen beim Energieverbrauch herbeizuführen. Das ist nur möglich durch eine Programmierung der wirtschaftlichen Entwicklung, durch Investitionen in erneuerbare Ressourcen, durch die Verringerung und Vermeidung von Abfall, durch die Verlagerung von Produktionen, damit unnötiger Warentransport konsequent vermieden wird.

Wasser, Energie, Gesundheit, Bildung, Verkehr und Kommunikation – alles, was wir als Gemeinschaftsgüter definieren, Rechte, die von der demokratischen und Arbeiterbewegung erkämpft wurden und heute Eckpfeiler des europäischen Sozialstaates sind – müssen gemeinschaftlich bleiben und vor Privatisierung geschützt werden. Wir stimmen mit den Beschlüssen der Weltwasserversammlung für Bürger und Abgeordnete (WWACE) überein, die im vergangenen März in Brüssel stattgefunden hat. Wir unterstützen vollständig deren Forderungen.

Die Partei der Europäischen Linken kämpft für ein Europa, das in der Lage ist, die Gemeinschaftsgüter, vor allem Wasser und Energie, vor Vermarktung und Privatisierung zu schützen. Die öffentlichen Dienstleistungen zu verteidigen und zu entwickeln, die Voraussetzungen für eine soziale und

demokratische Kontrolle der für das Zusammenleben der Menschen unabdingbaren großen Wirtschaftsbereiche und der Schutz der Umwelt – das sind die wichtigsten Ziele des politischen Handelns der Linken zur Veränderung Europas.

Die Grundmerkmale unserer alternativen Strategie sind eine Wirtschaft des Friedens, der sozialen und demokratischen Rechte sowie der Achtung vor der Umwelt.

C. Ein Europa der Rechte und Freiheiten

Für das Europa, das wir wollen, müssen wir eine wirkliche Strategie erarbeiten, die einer Harmonisierung nach oben, einer Dynamik der Moral Raum gibt, um für den gesellschaftlichen Fortschritt und das Zusammenleben eine völlig neue Perspektive zu eröffnen.

Wir wollen für die Grundrechte eine neue Ära eröffnen. Die Partei der Europäischen Linken engagiert sich voll für den Schutz der Bürger- und Menschenrechte, der Freiheit der Meinungen und des Protestes, der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen für Jedermann und in allen Formen, gegen die Ausnahmegesetze, die nach dem 11. September in fast allen europäischen Ländern eingeführt worden sind.

Die Ausnahmegesetze haben einen Wettlauf nach Systemen ausgelöst, mit denen Menschen überall in Europa beobachtet werden können. Seit Jahren weigern sich die Regierungen der EU-Mitgliedsländer ungeachtet der Forderungen des Europäischen Parlaments, ein Rahmenabkommen über den Datenschutz zu beschließen. Sie streben weiter danach, personelle Daten von jedem Bürger zu sammeln und auszutauschen. Neue technische Möglichkeiten werden in Europa und an Drittstaaten weitergegeben, ohne an die Folgen für den Datenschutz zu denken.

Wir fordern im Gegensatz dazu ein europaweites System des Schutzes kritischer Infrastrukturen, das sich – zum Beispiel bei Naturkatastrophen – an den Bedürfnissen der Bürger orientiert.

Der „Krieg gegen den Terrorismus“ wird benutzt, um massive Einschränkungen der Grundrechte und Freiheiten zu rechtfertigen. Brutale Herrschaftsmethoden werden mit immer weniger Bedenken angewandt. Guantanamo, die Rückkehr der Folter oder – was Europa betrifft – die CIA-Flüge sind dafür eindeutige Beispiele.

Wir fordern die Aufhebung aller Ausnahmegesetze, die nach dem 11. September in den verschiedenen europäischen Ländern eingeführt wurden.

Wir kämpfen gegen die soziale Segregation der MigrantInnen und schlagen ein Programm vor, das auf der Anerkennung der Gleichheit der politischen und sozialen Rechte beruht. Obwohl die Europäische Union gegenwärtig eines der wichtigsten Zielgebiete für einen beträchtlichen Teil der Migrationströme ist, fehlt ihr nach wie vor eine gemeinsame Politik, die gleiche Rechte und Freiheiten garantiert. Im Gegenteil, die gemeinsame Immigrationspolitik der Mitgliedstaaten ist gekennzeichnet durch die Aufhebung der inneren Grenzen einerseits sowie die stärkere Befestigung und gemeinsame Kontrolle der Außengrenzen andererseits.

Alle Entscheidungen und Vereinbarungen zwischen den Regierungen sind auf dieses Ziel gerichtet. Es ist die Ausgrenzungsfunktion, die alle drei Hauptdokumente der Immigrationspolitik der EU charakterisiert – das Schengener-Abkommen und die Vereinbarungen zu seiner Anwendung (Schengener-Acquis), die Dubliner-Konvention zur „Harmoni-



sierung“ der Einschränkung des Asylrechts und die gemeinsamen Bestimmungen für die Visaerteilung. Das läuft darauf hinaus, dass eine ständig wachsende Liste von Staaten erstellt wird, deren Bürger Einreise-Visa der Europäischen Union vorlegen müssen. Die Verstärkung solcher Behörden wie FRONTEX, die Unterstützung von Maßnahmen wie der Behandlung von Abschiebezentren für MigrantInnen und Minderjährige als exterritorial oder die Benutzung von „Vertragsnehmern“ zur Sperrung der Wege nach Europa führen alle zu dem gleichen Ergebnis.

Aus diesem Grunde setzen wir uns für die Abschaffung von FRONTEX und dem System der Asylanten- und Menschenjagd ein, das hinter dieser Agentur steckt. Die EL fordert die Annahme der Genfer Konvention über den Status von Flüchtlingen und wendet sich gegen die Abschiebung von Flüchtlingen nach Drittstaaten, die internationale Flüchtlingskonventionen nicht anerkennen und den Tod von Flüchtlingen in Kauf nehmen (zum Beispiel indem sie sie in der Wüste oder auf hoher See aussetzen).

Ebenso betrachten wir das Recht auf Gesundheit als ein Grundrecht in einem Europa, das demokratisch und hochentwickelt sein will. Der fortschreitende Abbau des öffentlichen Gesundheitswesens zeugt dagegen von einer neoliberalen Politik, die das Recht auf Gesundheit nur jenen zubilligt, die bezahlen können. Es muss aber für Jedermann garantiert werden. Um das zu erreichen, kämpft die Partei der Europäischen Linken dafür, in ganz Europa eine gerechte Finanzierung der öffentlichen Gesundheitseinrichtungen, den Zugang zu wichtigen Medikamenten, das Recht auf körperliche und geistige Gesundheit durchzusetzen.

Das Recht auf Arbeit muss durch die Aufhebung aller Diskriminierungen – seien es solche aus Gründen der Religion, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Meinung oder des Herkunftslandes – garantiert werden.

Jeder Mensch hat das Recht, seinen Beruf frei zu wählen. Die Senkung der Arbeitszeit ist eines unserer Ziele in ganz Europa. Wir setzen uns für Vollbeschäftigung und zeitlich unbefristete Arbeitsverhältnisse ein. Wir kämpfen gegen jede Form der Prekarisierung, um würdige Renten für Jede und Jeden. Jeder und jede Beschäftigte muss vor Entlassung geschützt werden. Willkürliche Entlassungen sind zu bestrafen.

Das Recht auf Tarifverhandlungen, auf Streik und auf freie gewerkschaftliche Organisation muss in Europa wieder garantiert werden.

Die totale Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, besonders für die junge Generation, das Prinzip der Anerkennung eines individuellen Rechts, das es ermöglichen soll, die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln und so „die Bande der Abhängigkeit als soziales Schicksal abzuwerfen“, drängt die Linke förmlich dazu, eine große Debatte darüber zu eröffnen, wie die Bürger Europas vor dem Zwang zu zweitrangiger, entwürdigender oder miserabel bezahlter Arbeit geschützt werden können. Die ständige Erweiterung der Europäischen Union hat zu einer beschleunigten Ausbreitung dieses Phänomens geführt. In diesem Sinne könnte ein existenzsicherndes Einkommen die richtige Formel für die Gewährleistung einer menschenwürdigen Existenz und zum Schutz der Jugend und der Bedürftigen vor Erpressung durch den Markt sein. Es gibt keine vollwertige Staatsbürgerschaft, wenn die soziale Herkunft eines Mensch die Grenzen seiner künftigen Chancen absteckt.

Die Verteidigung der öffentlichen Dienstleistungen muss

im Zentrum unserer Vorschläge für ein neues Europa stehen. Die öffentlichen Dienstleistungen, so unterschiedlich organisiert sie in den europäischen Ländern auch sein mögen, dürfen nicht den Regeln des Wettbewerbs und dem Streben nach Profit ausgesetzt werden. Sie haben, im Gegenteil, die Befriedigung von Grundbedürfnissen zu gewährleisten. Sie müssen demokratisch und öffentlich verwaltet werden. Das betrifft Gesundheit, Wohnung, Verkehr, moderne Kommunikation und Bildung. Der Vermarktung und Verarmung von Wissen, Ausbildung und Forschung muss Einhalt geboten werden. Ausbildung muss wieder zu einem Grundrecht für alle werden und die kulturelle Entwicklung jedes Menschen begleiten. Die vollständige Unabhängigkeit von Lehre und Forschung für Studenten, Hochschullehrer und Forscher ist zu garantieren. Sie müssen der Logik des schnellen Profits entzogen werden. Für die Forschung sind ausreichend öffentliche Mittel bereitzustellen. Das Europa, das wir wollen, muss die notwendige öffentliche Finanzierung von der Schule bis zur Universität sicherstellen. Forschung ist ein Kernstück der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung aller Länder Europas, sie ist die Zukunft der kommenden Generationen.

Ein neues Konzept der wirtschaftlichen Entwicklung ist notwendig, insbesondere im Bereich der Ausbeutung der Naturressourcen. Ein Wirtschaftsmodell, das die Umwelt mit Respekt behandelt und auf die Entwicklung der Fähigkeiten des Menschen gerichtet ist. In diesem Zusammenhang könnte Europa in der Welt eine führende Rolle beim Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energien spielen.

Die natürlichen Ressourcen sind als Gemeinschaftsgut der Menschheit zu betrachten, für die das Recht auf geistiges Eigentum und Patente nicht gelten dürfen. Sie müssen außerhalb von Privatisierung und Markt bleiben und von der öffentlichen Politik mit Beteiligung der Bürger verwaltet werden.

Wasser ist ein solches Gemeinschaftsgut. Der Zugang zu Trinkwasser ist ein Grundrecht jedes Menschen. Er muss von öffentlichen Einrichtungen garantiert werden. Auch Grund und Boden ist vor den multinationalen Konzernen zu schützen. Staatliche Regeln gegen deren Praktiken sind einzuführen, denn wir wollen umweltschädigende Landwirtschaft verhindern. Der Anbau genmanipulierter Kulturen muss verboten werden. Zugleich fordern wir, dass die EU die von anderen Ländern in der Welt verhängten Moratorien verteidigt.

Unser Europa muss den Grundsatz der Gleichheit der Bürger bei Achtung ihrer Unterschiede und ihrer Vielfalt achten und garantieren. Aus diesem Grunde erkennen wir das Recht auf Gleichheit der Geschlechter in der Partnerschaft und auf eine freie sexuelle Orientierung als Grundwert an. Es soll nicht nur als in der Privatsphäre garantiertes Recht des Einzelnen sondern auch als vom Staat garantierte und akzeptierte Entscheidung anerkannt werden.

Alle öffentlichen Einrichtungen haben die Freiheit der Frau zu gewährleisten und gegen jegliche Form des Patriarchats einzuschreiten. Jede Frau in jedem Land muss in die Lage versetzt werden, über ihren Körper frei zu entscheiden, das Recht auf Abtreibung, auf Schwangerschaftsverhütung und selbstbestimmte Mutterschaft sowie auf künstliche Befruchtung zu genießen.

Ein demokratisches und offenes Europa ist ein Europa, das für den säkularen Charakter seiner öffentlichen Einrichtungen sorgt, das allen Bürgern Würde und Gewissensfrei-



heit, die Gleichheit der Geschlechter in den öffentlichen Einrichtungen aller Staaten, die Freiheit der individuellen und gemeinschaftlichen Religionsausübung sowie die Freiheit der Organisation und der ungehinderten Äußerung ihrer politischen Meinung garantiert. Die EU anerkennt das Recht auf Selbstbestimmung, auf demokratische Entscheidung, auf Achtung und gleiche Bedingungen für alle Bürger.

In diesen Thesen sind die wichtigsten Charakteristika eines anderen Europas dargelegt. Sie laufen auf eine andere Zivilisation hinaus. Wir kämpfen für den Frieden, für Demokratie, für soziale und politische Rechte. Sie sind keine einzelnen Parameter, sondern Elemente einer alternativen Entwicklung in ihrer Totalität, einer nachhaltigen Entwicklung.

Eine Friedenswirtschaft, soziale und demokratische Rechte, eine umweltgerechte Wirtschaft – dies sind Charakterzüge unserer alternativen Strategie.

Eine tiefgreifende demokratische Neugestaltung der europäischen Institutionen ist unverzichtbarer Bestandteil der Strategie, die wir verfolgen. Auf diesem Gebiet übernehmen die Partei der Europäischen Linken und unser breites Bündnis die historische Verantwortung, das politische Gleichgewicht und die politische Orientierung Europas zu verändern.

Prager Appell. Für Frieden, Entwicklung und vollwertige Arbeitsplätze

Prag, 23. – 25. November 2007

Die neoliberale Politik, die sich an den Interessen des globalisierten, finanzierten und militarisierten Kapitalismus orientiert, bringt unerträglichen sozialen Rückschritt hervor und führt Europa in eine Sackgasse. Es ist höchste Zeit, diesem Kurs Widerstand entgegenzusetzen und Alternativen vorzulegen.

Wir, die Abgesandten von 29 Mitgliedsparteien der Partei der Europäischen Linken, die sich zu ihrem 2. Kongress zusammengefunden haben, erklären: Wir wollen uns in der Europäischen Union, in ihren Mitgliedstaaten und darüber hinaus aktiv für ein demokratischeres und gerechteres Europa einsetzen, das Arbeit in Würde, sozialer Sicherheit, ökologischer Entwicklung und dem Kampf für den Weltfrieden verpflichtet ist. In diesem Sinne bereiten wir uns auf die Europawahlen im Jahre 2009 vor. Dabei wollen wir mit allen, die an einer solchen demokratischen Orientierung Europas interessiert sind, mit Friedenskräften, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen noch enger zusammenwirken.

Wir sind die Linke, die für Vollbeschäftigung, gegen Arbeitslosigkeit und Prekarität kämpft

Die arbeitenden Menschen Europas erleben, dass ihre Rechte abgebaut und ihre Arbeitsplätze unsicherer werden. Sie wissen, was das Alter bedeutet, wenn man arbeitslos wird. Die Jungen erfahren, dass unbefristete Arbeitsplätze immer schwerer zu finden sind und ebenfalls nach und nach in befristete umgewandelt werden.

Prekarität ist der eigentliche Zustand des heutigen Europas, so viel in seinen Beschlüssen auch von sozialem Zusammenhalt die Rede sein mag. Und das neueste Schlagwort

von der „Flexicurity“ (sichere Arbeitsplätze durch Flexibilität) ist nur ein weiterer Schwindel, den die Politiker in ganz Europa verbreiten wollen. Dabei geht es ihnen nicht um sichere Jobs, sondern um die Beseitigung der Tarifautonomie und die Aufweichung des Kündigungsschutzes.

Wir sind die Linke, die gegen die Bolkestein-Richtlinie, gegen die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und Gemeinschaftsgütern wie Wasser und Energie gekämpft hat und weiter kämpft.

Unser erster Ruf zur Aktion richtet sich an die arbeitenden Menschen und ihre Organisationen: Vereint werden wir den Versuch vereiteln, Prekarisierung und Flexicurity zu verbreiten – im Namen eines Europas, das die sozialen Rechte nicht aufgibt, im Namen des Rechts einer und eines Jeden auf ein sozial gesichertes Leben.

Wir sind die Linke, die den Klimawandel ernst nimmt und dringend zum Handeln aufruft

Umweltschützer und Wissenschaftler waren jahrelang wie Rufer in der Wüste. Endlich wird ihrer Stimme jetzt Gehör geschenkt. Die Erderwärmung hat eindeutig mit der Art und Weise zu tun, wie die Menschheit heute produziert und konsumiert. Die kapitalistische Produktionsweise trägt ihren Teil dazu bei. Die radikale Senkung der Emission von Treibhausgasen ist zu einer Frage des Überlebens geworden.

Die Partei der Europäischen Linken setzt sich für bindende Reduktionsziele ein, damit der Prozess der Erderwärmung gestoppt und umgekehrt wird. Wir schließen uns der Forderung an, eine globale Rahmenvereinbarung nach Kyoto abzuschließen, die den Staaten hohe Ziele auferlegt und bei deren Nichteinhaltung Strafen vorsieht.

Wir wissen, dass das Problem sich heute so dramatisch darbietet, weil die Politik sich aus der Verantwortung gestohlen und die Lösung dem Markt überlassen hat. In dem vom Klimawandel ausgelösten Kampf geht es nicht nur um die Abhängigkeit der Wirtschaft von fossilen Brennstoffen oder die Reduzierung des Energieverbrauchs, sondern um die heutige Zivilisation, um das in unseren Ländern und Städten vorherrschende Konsumtionsmodell schlechthin.

Unser zweiter Ruf zur Aktion richtet sich an alle, die begreifen, welche Probleme der Klimawandel für unsere Zivilisation mit sich bringt: Unser Europa ist eines, dessen Behörden zu ökologisch nachhaltiger Entwicklung beitragen. Unser Europa ist eines der erneuerbaren Energien, das die Natur und ihre Ressourcen schützt, wo die Städte in einen sauberen öffentlichen Nahverkehr investieren. Ein Europa mit einer ökologisch nachhaltigen Industrie und Landwirtschaft, mit prosperierenden Kommunen. Ein Europa, das mit allen Völkern des Erdballs Solidarität übt.

Wir sind die Linke, die gegen Krieg, für Frieden und Abrüstung kämpft

Das militärische Eingreifen in Afghanistan und Irak erfolgte im Namen von Demokratie und Menschenrechten. Aber es hat nur Tod, Leid und neue Konflikte gebracht. Wenn wir den Teufelskreis von Krieg und Terrorismus durchbrechen wollen, muss die ausländische Besatzung beendet werden. Es ist Zeit, für Frieden und die Rechte der Völker zu handeln – besonders im Nahen Osten.

Die Bush-Administration bereitet einen neuen Krieg vor – diesmal gegen den Iran. Die Regierungen der europäischen Staaten müssen das militärische Vorgehen zurückweisen.



Nur die Entnuklearisierung des Nahen und Mittleren Ostens kann neue militärische Katastrophen verhindern.

Der Konflikt um das Atomprogramm des Irans kann und muss durch Verhandlungen auf der Grundlage des Völkerrechts gelöst werden. Die Drohungen müssen endlich aufhören. Frieden muss die offizielle Politik der Europäischen Union in der Welt und auf unserem Kontinent sein. Die Errichtung von Anti-Raketen-Systemen, die Washington in der Tschechischen Republik und in Polen plant, stellt eine Bevormundung Europas und eine Provokation für Russland dar. Die Europäer erinnern sich noch gut an den Kalten Krieg und wollen ihn nicht zurückhaben.

Unser dritter Ruf zur Aktion richtet sich an alle Europäer: Wir setzen uns für eine friedlichere und gerechtere Welt ein. Wir wollen ein Europa, das das Wettrüsten ablehnt, das konsequente Abrüstung und Rüstungskonversion anstrebt und dafür Verantwortung übernimmt. Ein Europa in politischer Unabhängigkeit von den USA, das zur Überwindung des Denkens in politischen und militärischen Blöcken beiträgt, ein Europa ohne ausländische Militärbasen.

Wir sind die Linke, die der Entscheidung der Völker vertraut

Die europäischen Regierungen haben den neuen Wortlaut des Lissaboner EU-Vertrages als einen „Sieg Europas“ hingestellt. Leider trifft das nicht zu. Der Lissaboner Vertrag tritt an die Stelle des Vertrages von Nizza und wiederholt die Grundpositionen, die bereits vom französischen und niederländischen Volk abgelehnt wurden. Aus dem alten Verfassungsentwurf wurde das Prinzip des freien, ungehinderten Wettbewerbs übernommen, das die europäischen Institutionen im Bereich von Politik, Finanzen und Währung anzuwenden haben. Die Folgen sind prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen, ständige Angriffe auf Löhne, soziale Standards und öffentliche Dienstleistungen.

Wichtig ist vor allem, dass die Regierungen diesmal offenbar entschlossen sind, die Völker von der Entscheidung auszuschließen. Die Partei der Europäischen Linken sagt Nein zum neuen EU-Vertrag. Wir rufen alle Menschen in der Europäischen Union auf, sich mit seinem Inhalt vertraut zu machen.

Die Europäische Linke opfert nicht die Demokratie angeblichen Schwierigkeiten. Im Gegenteil, wir sind überzeugt, dass die Probleme Europas nur mit mehr Demokratie zu lösen sind. Wenn die Kluft zwischen den Eliten und den Bürgern sich weiter vertieft, dann wird Europa scheitern.

Unser vierter Ruf zur Aktion richtet sich an die Völker der EU: Wir lehnen den Lissaboner Vertrag ab und fordern Referenda, die eine breite Diskussion über die Zukunft Europas zur Voraussetzung haben.

Wir haben einen Plan für Europa

Wir wissen, dass kein Regierungswechsel von selbst eine Veränderung der Politik garantiert. Neue Horizonte der Gerechtigkeit zu erreichen erfordert, dass der Wille zur Veränderung einer Politik vorhanden ist, die die EU unseren Ländern bisher aufgezwungen hat.

Wir wollen Europa verändern

Unser Europa ist eines, das den Europäern mehr Demokratie, den arbeitenden Menschen Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit garantiert, das den Rassismus bekämpft und

ImmigrantInnen gleiche Rechte gewährt, das Chancengleichheit für alle und ein Ende der Diskriminierung von Frauen, Schwulen und Lesben bringt.

Unser Europa ist eines, das die Regionen solidarisch unterstützt, das die Vielfalt der Sprachen und Kulturen achtet, das sich auf das Abenteuer des Universalismus einlässt und Uniformität ablehnt. Es ist ein Europa der Freiheiten, die keiner Politik im Namen des Krieges gegen den Terror geopfert werden.

Dieses Europa fühlt sich dem Frieden verpflichtet, bekämpft den Klimawandel, übt Solidarität mit ärmeren Ländern und setzt sich für die Globalisierung von Menschen-, sozialen und Umweltrechten ein. Dieses Europa erfordert eine gesamteuropäische Zusammenarbeit und ein neues, paneuropäisches Sicherheitssystem statt der Erweiterung der NATO, die abgeschafft werden muss.

Es lohnt sich zu kämpfen und neue Hoffnung zu schaffen

Die Partei der Europäischen Linken ist ein Netzwerk von Parteien, von Frauen und Männern, die sich den Schwierigkeiten der Gegenwart stellen und in die Zukunft blicken. Gemeinsam wollen ihre Mitgliedsparteien – in Übereinstimmung mit ihren eigenen Vorhaben und Prioritäten – um die vier Aktionsrufe Initiativen und Kampagnen entwickeln. Wir laden alle aktiven Menschen ein, sich daran zu beteiligen. Wir sind fähig, aus der Vergangenheit zu lernen. Wir erneuern unsere gemeinsame Kultur. Für uns ist Vielfalt ein Vorzug und kein Problem. Wir sind bereit, Grenzen zu überschreiten. Denn das ist die Voraussetzung für eine neue Linke, die sich den Herausforderungen der Zeit stellt.

Eine Europäische Linke, die Alternativen entwickelt

Beitrag von Lothar Bisky in der Generaldebatte des Kongresses

Liebe Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste, dass wir – die Partei der Europäischen Linken – hier in Prag gemeinsam mit tschechischen demokratischen Sozialisten, mit Genossinnen und Genossen der kommunistischen Partei Böhmens und Mährens tagen, zeigt: Pluralität ist eine Grundvoraussetzung linker Politik im 21. Jahrhundert geworden. Wir sind fähig, ein offenes Parteiprojekt zu werden.

Wir alle haben uns auf den Weg gemacht, Gemeinsamkeiten in den Mittelpunkt unserer politischen Praxis zu stellen, ohne die Differenzen zu vergessen. Das ist nicht immer einfach. Das wissen wir aus dem Parteineubildungsprozess der Linken in Deutschland. Wir haben als Antikriegspartei ein klares soziales Profil. Durch unser Wirken ist das scheinbar so feste Parteiensystem Deutschlands durcheinandergeraten. Und ganz wichtig: Wir liegen in den Meinungsumfragen über 10 Prozent. Wir werden von der Bevölkerung gewollt.

Wir wissen, wie eng die Entwicklung in Deutschland mit der EU verflochten ist. Deshalb unser Engagement für eine alternative Politik im Rahmen der Partei der Europäischen Linken, deshalb auch unsere aktive Mitarbeit in der Fraktion im Europäischen Parlament.



Ein entfesselter Kapitalismus hat seine Facetten in Deutschland, in Europa ausgebreitet. Stichworte: Tiefe soziale Spaltung, Arbeit ohne Rechte, Überwachung statt Sicherheit. Die Privatisierung von Wasser und Bildung zerstört die Chancen einer europäischen Integration. Es scheint absurd: In dem Moment, in dem das Vertrauen gegenüber dem Neoliberalismus schwindet, rieselt seine zynische Philosophie von der Eigenverantwortung in alle Poren des Alltags. Die destruktiven Spuren von Lohndumping, Sozialabbau und Umweltzerstörung liegen wie Zement über den neuen politischen Auseinandersetzungen. Regierungschefs in Europa erlauben sich 2007, das NEIN in Frankreich und das NEIN in den Niederlanden oder die Kämpfe gegen die Bolkestein-Richtlinie einfach zu ignorieren. Europäische Abschottung und Aufrüstung sind die grausame Kehrseite eines Kulturverlustes, eines Verlustes an Solidarität, an Zukunftsfähigkeit und an politischer Einmischung in Europa.

Es ist klar, warum wir nach Prag gefahren sind. Wir wollen kein Europa der Regierungen, sondern ein Europa, in dem Bürgerinnen und Bürger ihre sozialen und politischen Rechte öffentlich verhandeln, ihr Leben selbst bestimmen. Eine Europäische Linke – die Alternativen entwickelt. Dies ist der Anspruch, den wir in unseren politischen Thesen formulieren.

Worauf kommt es uns an:

1. Die Grundlagen eines europäischen Sozialstaates sind ein historisches Potenzial des Kontinents. Arbeiterbewegung, Frauenbewegung, politische Aktivisten, Gewerkschaften, soziale Bewegungen haben um Leben und Arbeiten in Würde, für Frauen und Männer, für Migrantinnen und Migranten gekämpft, auch in jüngster Zeit. Daran knüpfen wir an.
2. Zur europäischen Kultur gehört eine umfassende Geschichte der Demokratie, der Aufklärung, der öffentlichen Debatte um die Verfasstheit Europas. Ohne Referenden zum Reformvertrag in allen Ländern wird das Europa der Bürgerinnen und Bürger Tag für Tag verspielt.
3. Die verheerenden Folgen von Wirtschaftsliberalismus und Aufrüstung gehören nicht in einen europäischen Vertrag. Sie gehören in die öffentliche Diskussion, verbunden mit der Frage, wie man sie endlich überwindet.
4. Die Europäische Linke hat große antifaschistische Traditionen, die wir neu aneignen müssen. Das dürfen wir nicht vergessen. Deshalb sagen wir: Nie wieder Krieg! Das gilt für uns weltweit, im Nahen Osten, in Nordirak, in Afghanistan. Überall. Wir brauchen keinen US-amerikanischen Raketen Schild, nicht in Tschechien, nicht in Polen. Wir wollen ein europäisches Denken, das Russland einschließt, seine kulturellen und politischen Erfahrungen.
5. Wir brauchen ein Europa, das seinen Binnenmarkt, die kulturelle Vielfalt und die modernen Medien für friedliche und demokratische Entwicklungen weltweit nutzt.

Ich bin nach Prag gefahren, um alle Potenzen für unser gemeinsames Handeln freizulegen. Ich setze auf den Austausch der politischen Praxis in Netzwerken, in Bündnissen, in Parlamenten. Und ich möchte, dass wir – von Prag ausgehend – linke Politikfähigkeit gestalten und das gemeinsam im Europawahlkampf 2009 beweisen.

Die Europäische Linke braucht einen Qualitätssprung

Beitrag des scheidenden Vorsitzenden, Fausto Bertinotti, in der Generaldebatte des Kongresses

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte, dass wir alle diesen Kongress als eine Gelegenheit sehen, uns eindeutig politisch zu artikulieren und neue Energie für unsere politische Arbeit zu tanken. Nicht von ungefähr halten wir diesen Kongress in Prag ab. Bald jährt sich zum 40. Mal der Prager Frühling, eine Zeit, die voller Hoffnung war. Die Männer und Frauen des tschechoslowakischen Volkes, die sich damals um Kommunisten und Nichtkommunisten, um Dubcek und Genossen, um die Idee scharten, die Gesellschaft zu erneuern und dafür die Zustimmung ihres Volkes zu erhalten, stellen die letzte Chance dar, das System zu reformieren.

Es war die gleiche Hoffnung, die Arbeiter und Studenten von Berkeley bis Paris, von Turin bis London verband und inspirierte, die kapitalistische Organisation von Arbeit und Gesellschaft in Frage zu stellen. Das Scheitern des Prager Frühlings war ein Vorzeichen für den Zusammenbruch der Regimes in Osteuropa zwanzig Jahre später. Dieser frühe Misserfolg des Frühlings der Arbeiter und Studenten kündigte die Niederlage der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts an.

Heute stehen wir vor der Aufgabe, uns wieder auf den Weg zu machen. Nach dem Widerstand der vergangenen Jahre müssen wir wieder vorwärts marschieren, denn seitdem hat sich alles verändert. Wir haben eine Restauration des Kapitalismus erlebt, die allgemein Globalisierung genannt wird. Heute sind wir in der Lage, das Wesen dieses Vorganges tiefer zu durchschauen: Er bringt Modernisierung in planetaren Ausmaßen und zugleich untergräbt er Arbeit und Zivilisation jeden Tag mehr.

In diesem Zusammenhang haben wir die schlimmsten Ausbrüche von Krieg und Terrorismus erlebt. Der Krieg ist in unseren Alltag zurückgekehrt. Europa sieht, wie sich Unsicherheit ausbreitet, wie Menschen, Klassen und ganze Völker die Kontrolle über ihr Schicksal verlieren. Gegen den Krieg und für Abrüstung zu kämpfen bedeutet, für die Zivilisation zu kämpfen. Sich gegen Zeitarbeit zur Wehr zu setzen, wird zur unabdingbaren Voraussetzung dafür, dass die junge Generation eine Zukunft hat.

Aber der Gegner, auf den wir stoßen, ist gefährlich und stark. Wir begingen einen schweren Fehler, wenn wir das unterschätzten. Es ist ein Kapitalismus, der nach dem Prinzip handelt: „Der Sieger bekommt alles“. Er ist darauf aus, alles seiner kapitalistischen Akkumulation einzuverleiben, nicht nur die Arbeit, sondern alle Seiten von Leben und Natur. Ein Kapitalismus, der für seinen alles verschlingenden Wettbewerb Formen der Sozialisierung braucht, die es bisher nicht gab, und sie zugleich selbst systematisch zerstört. Ein Kapitalismus, der Menschen, Klassen und Umwelt zu Variablen im System der kapitalistischen Akkumulation herabwürdigen will. Dies ist der Hintergrund für das Anrennen gegen die sozialen Errungenschaften des halben Jahrhunderts, das seit dem Sieg über den Nazifaschismus in Europa vergangen ist.

Der Prozess der Vereinigung dieses Europas bringt ein bemerkenswertes Paradox hervor: Während die Welt und die Völker Europas diesen geeinten Kontinent brauchen, ist er, so wie er heute besteht, nicht in der Lage, auf der Weltbühne



unabhängig zu agieren. Es dominiert die einseitige Bindung an die USA, wodurch die sozialen und demokratischen Kompromisse der letzten fünfzig Jahre in Frage gestellt werden. Angesichts dieser Herausforderung ist eine Linke in Europa dringend nötig. Ohne die Linke besteht keine Chance, dass aus Kämpfen, Widerstand und Auseinandersetzungen eine Alternative erwächst. Ich glaube fest daran, dass dieser Kongress zum Gedenken an die Männer und Frauen, die es vor vierzig Jahren versucht haben, sich heute erneut der Herausforderung stellen muss, das Unbehagen, die Kritik und den Widerstand der Völker Europas aufzunehmen. Denn diese werden wie die Protestbewegung frustriert resignieren, wenn sie keine politische Kraft finden, die ihnen eine Strategie zu geben vermag.

Als wir, Genossen, die Partei der Europäischen Linken gegründet haben, hatten wir die richtige Idee. Ich sage das ohne besondern Stolz einfach aus dem Wissen heraus, das uns der bisher zurückgelegte Weg gebracht hat. Wir haben den richtigen Kurs eingeschlagen. Heute sind wir jedoch aufgerufen, einen Qualitätssprung zu vollziehen, damit die bisherigen Erfahrungen nicht umsonst gewesen sind. Es ist, als hätten wir den Anlauf hinter uns und müssten jetzt springen. Wir haben richtig erkannt, dass dieser Klassenkonflikt sich unwiderruflich zu einem internationalen, weltweiten Kräftemesen ausweitet und, was uns angeht, ganz Europa erfasst. Dass diese neue Auseinandersetzung mit der neokapitalistischen Ordnung einer Bewegung wie den Alterglobalisten entspringt, die neue Generationen in den politischen Kampf führt. Wir haben begriffen, dass die Partei der Europäischen Linken nicht auf der Grundlage einer Ideologie oder Identität errichtet werden konnte, sondern durch die Entscheidung, ein anderes, ein demokratisches, soziales und friedliches Europa aufzubauen. Dabei sind wir vorangekommen, und ich denke, Genossen, dass wir heute etwas Wichtiges als gemeinsamen Erfolg verbuchen können: das gegenseitige Verständnis, den Willen, von den Erfahrungen des Anderen zu lernen und nicht wie eine Zentralbehörde zu denken, sondern wie eine Gesamtheit von Erfahrungen und Kulturen.

Im Namen des anderen Europas haben wir uns an wichtigen politischen Ereignissen wie dem Kampf in Frankreich gegen den Europäischen Verfassungsvertrag beteiligt. Wir haben ein so bedeutsames Ereignis miteinander geteilt wie die Entstehung der neuen deutschen Partei Die Linke. Wir waren Teil des ersten Versuchs einer politischen Kampagne in europäischen Dimensionen gegen die Bolkestein-Richtlinie.

Was will ich damit sagen, Genossen? Ich denke, dass wir trotz allem diesen Weg so nicht weitergehen können. Wir müssen einen Qualitätssprung erreichen, und das aus zwei Gründen: Der erste hat mit unseren eigenen Grenzen zu tun. Bei allem Erreichten müssen wir zugeben, dass es uns nicht gelungen ist, wirklich europaweite Kämpfe auszulösen. Nicht einmal dann, wenn es dieselben Fragen waren, bei denen die nationalen Regierungen gegen die sozialen Bewegungen standen. Das war zum Beispiel bei den Sozialleistungen der Fall. Sie werden in allen Ländern abgebaut, aber wir waren bisher nicht in der Lage, unsere Aktionen dagegen wirklich auf europäischer Ebene zu koordinieren. Eine weitere ebenso wichtige Frage sind die Löhne. In Italien haben die Arbeiter in den letzten fünf Jahren ungefähr 2000 Euro im Jahr an Kaufkraft eingebüßt. In Deutschland sind sie inzwischen auf die Kaufkraft von 1986 zurückgefallen. In allen europäischen Ländern ist die Lage ähnlich. Aber wir legen keine Lohninitia-

tive für ganz Europa vor. Oder: Zeitarbeit betrifft inzwischen eine ganze Generation. Das haben wir analysiert und verurteilt, aber keine einheitliche europäische Bewegung dagegen zustande gebracht.

Arbeit, die neue Arbeit, die neuen Jobs sind die Herausforderung von heute. Das hat mit alten sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Vorstellungen nichts mehr zu tun, wo es vor allem um Umverteilung ging. Heute gehören zum Thema Arbeit Fragen der Gleichstellung der Geschlechter, der Umwelt und der Bürgerrechte. Durch die außerordentliche Modernisierung scheinen wir ins 19. Jahrhundert zurückgefallen zu sein, als Marx davon sprach, dass das Proletariat wie die leichte Infanterie der Produktion und den Arbeitsplätzen hinterher laufen muss, wo immer es sie findet und dabei sein Grundrecht auf Tarifautonomie verliert, bis schließlich der einzelne Arbeiter der Macht des Unternehmers und des Marktes allein ausgesetzt ist.

Das ist die Herausforderung der Zukunft: Wir können nicht weitermachen wie bisher. Dabei mangelt es gar nicht an Bewegung. In Lissabon hat es eine Demonstration mit 200 000 Teilnehmern gegeben – bei einer Gesamtbevölkerung Portugals von zehn Millionen. 200 000, in Lissabon! In Rom demonstrierte am 20. Oktober eine Million Menschen, meist junge Leute, gegen Zeitarbeit. In Frankreich haben wir gesehen, dass die selben Studenten, die bereits den Kampf gegen den Ersteinstillungsvertrag gewonnen haben, wieder auf die Straße gegangen sind. Im Verkehrswesen wird kräftig mobilisiert. Aber ist es nicht möglich, Genossen, dass diese Kämpfe überall in Europa ohne bedeutsame Ergebnisse bleiben? Und dass die Bewegung deswegen wieder in Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit versinkt?

Es gibt Hinweise darauf, dass der Kampf mit einer Krise der Politik einhergeht. Es ist also leicht möglich, dass einerseits viele Menschen kämpfen, und andererseits die neoliberale, sozialliberale Politik weitergeht und keine Alternative in Sicht ist. Ich glaube nicht, dass die Alternative in Europa von sozialdemokratischen oder sozialliberalen Gruppen kommen wird, deren Opposition ich zwar schätze, von denen aber keine Antwort zu erwarten ist. Sie ist deshalb nicht zu erwarten, weil die in diesen Gruppen vorherrschende Kultur bestreitet, dass der Markt von scharfen Widersprüchen zerrissen wird. Solange bei diesem Typ kapitalistischer Modernisierung keine ideologische Auseinandersetzung beginnt, solange die große Frage einer möglichen Transformation der bestehenden kapitalistischen Ordnung nicht angesprochen wird, können die großen Kämpfe ins Leere laufen. Hier aber sehe ich unsere Aufgabe. Hier brauchen wir einen Qualitätssprung.

Wir müssen klar sehen, dass in der europäischen Realität, in der wir leben, die Demokratie abgebaut wird und die Zivilgesellschaft zerfällt. Wie oft stoßen wir jetzt auf eine Konfrontation nicht zwischen rechts und links, sondern zwischen oben und unten in der Gesellschaft, da ein Teil der Bevölkerung die Politik als solche ablehnt. Mit „wir“ meine ich nicht die Arbeiterklasse, die Bewegung oder die Linke, sondern jene, die sich ganz am Boden der Gesellschaft sehen und sich mit der ganzen organisierten Gesellschaft konfrontieren. Um diesen Trend umzukehren, ist eine linke politische Kraft von europäischen Dimensionen notwendig, die imstande ist, eine große politische Operation einzuleiten – die Kritik an diesem Kapitalismus nach dem Motto „Der Sieger bekommt alles“, an den Regierungsformen, die in Europa und in den einzelnen Ländern damit einhergehen.



Damit meine ich nicht die alltäglichen Konflikte, sondern die Gefahren, die dieser Kapitalismus für die Linke, für den Einzelnen, für die Klassen und für die zivilisierte Gesellschaft als Ganzes mit sich bringt, weil er versucht, jede Seite des gesellschaftlichen Lebens zur Ware zu machen, weil er nicht nur die Arbeit auf neue Art ausbeutet und entfremdet, sondern das Leben selbst, die Menschen und die Umwelt nur noch als Faktoren für den Prozess der Akkumulation vereinnahmt. Unter diesen Bedingungen sind der Konflikt zwischen Umwelt und Entwicklung oder die Ungleichheit der Geschlechter keine Nebenfragen. Solange wir diese Widersprüche nicht begreifen, werden selbst die Klassenkonflikte nicht zu einer alternativen Gesellschaft führen.

Darum geht es, um unsere Fähigkeit, ein neues Grundsatzzprogramm einer antikapitalistischen, alternativen Linken zu schaffen. Dieses muss in der Lage sein, in der Gesellschaft Fuß zu fassen, sich als eine überzeugende Alternative zu Regierung und Gesellschaft zu präsentieren. Von dieser Fähigkeit zur Erneuerung hängt das Erbe der Arbeiterbewegung ab. Mit einiger Sorge möchte ich sagen, dass dies eine Chance ist, die aber zugleich ein Risiko in sich birgt. Die Chance ist in Reichweite, aber das Risiko liegt darin, dass die Linke, die aus der Arbeiterbewegung kommt, kurzfristig von der europäischen Bühne verschwinden könnte. Auf jeden Fall können wir längerfristig immer hoffen, aber kurzfristig kann es sein, dass diese Linke von der Bühne gedrängt wird und die Politik nur noch zu einem Wechsel zwischen zwei Blöcken verkommt, in den die Volksmassen hineingezogen werden, weil man sie als Wählermasse braucht. So könnte es geschehen, wenn keine alternative Gesellschaft und alternative Politik mehr eine Rolle spielen. Wir sollten uns deshalb nicht mit Gewalt in das politische Spiel drängen, sondern uns darauf einstellen, in jedem Lande und in Europa insgesamt eine breitere, pluralistische Linke zu schaffen, die die Herausforderung des Sozialismus im 21. Jahrhundert am Leben erhält und gegenwärtig die neoliberale und sozialliberale Politik bekämpft, kurz gesagt, die in der Lage ist, die Bewegung aufrechtzuerhalten und Hoffnung für die Zukunft zu geben.

Ich weiß nicht, ob das daran liegt, dass wir in Italien nach wie vor unter dem starken Einfluss der Lehren so großer marxistischer Denker wie Antonio Gramsci, einer Leuchte des westlichen Marxismus, stehen. Ich bin tief überzeugt, dass die Frage der Hegemonie in der Politik erneut an Bedeutung gewinnt, einer Hegemonie nicht als Triumph einer Ideologie, sondern als Vorbote einer anderen Gesellschaft, die möglich ist, als Fähigkeit, das starre Schema der Anpassung in Frage zu stellen, in das heute sogar die größten Kämpfe gezwängt werden. Kurz gesagt, ich glaube, das wir, mit den Füßen fest auf der Erde stehend, nach den Sternen schauen müssen. Dieser Anspruch ist notwendig, um die Linke der Zukunft zu schaffen. Die Partei der Europäischen Linken muss dabei eine Hauptrolle spielen.

Mit den Politischen Thesen, mit dem Prager Appell haben wir eine klare Schwerpunktsetzung

*Schlusswort des neugewählten EL-Vorsitzenden,
Lothar Bisky*

Liebe Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste, für gewöhnlich sind Europäerinnen und Europäer stolz auf die Entdeckung der Macht des Friedens durch Aristophanes. Nach 1945 wurde seine Komödie „Lysistrata“ weltweit adaptiert, von Leonard Bernstein gar vertont. Bei aller Leidenschaft für die vielfältigen kulturellen Wurzeln unseres Kontinents, bei aller bitteren Erfahrung Europas nach zwei Weltkriegen im letzten Jahrhundert, wir stehen angesichts des neuen Jahrtausends vor einer neuen Herausforderung:

Die Regierenden unsres Kontinents wollen die Verpflichtung zur Aufrüstung in den Verfassungsrang erheben.

Außerdem: Wir Linken sagen, wir wollen keinen US-amerikanischen Raketenschild in Tschechien, in Polen, nirgendwo. Die Europäische Linke wird Cassandra eine Stimme geben müssen: Wir dürfen nicht zulassen, dass die Warnungen vor den trojanischen Pferden der Neuzeit, die Gefahren neuer Kriege, ungehört bleiben.

Europa beruft sich auf die Attische Demokratie und die Aufklärung – wissend – dass das europäische Modell des erwachenden politischen Bürgers historisch ein Privileg der Herrschenden war. Die Anerkennung von Menschenrechten für Bergarbeiter und Frauen bedurfte weiterer zwei Jahrtausende an blutigen, an subtilen, an verlustreichen Kämpfen, ehe ihre Rechte zum Gemeingut der politischen Auseinandersetzungen wurden. Das bedeutet nicht einmal, dass sie heute nicht umkämpft und umstritten sind. Sie müssen täglich neu eingefordert werden.

Noch heute gilt, dass Migrantinnen und Migranten in Menschen mit gültigem Pass und in Menschen ohne Papiere eingeteilt werden. Kein Mensch ist illegal! Und doch stehen politische und soziale Rechte von Flüchtlingen im Alltag des aufgeklärten Europas immer von Neuem zur Disposition. Das sollten wir nicht vergessen.

Genossinnen und Genossen, als vor einem Monat die Regierenden Europas in Lissabon tagten, hatte sich auch der Vorstand der Europäischen Linken dort getroffen, um unsere Alternativen in den politischen Thesen für Prag zu formulieren, denn eines ist klar geworden. Der Reformvertrag ist der Zukunft unseres Kontinents nicht gewachsen. In Lissabon haben wir aber auch die Erfahrung gemacht, dass die Ignoranz der Regierenden die Menschen aufregt und alles andere als kalt lässt.

Mehr als 200 000 waren auf den Straßen. Sie haben gezeigt, dass ihnen Europa nicht gleichgültig ist, dass sie nicht bereit sind, sich auf ein marktradikales Wirtschaftsmodell und Aufrüstungsagenturen festlegen zu lassen. Viele Menschen wollen nicht, dass Erfahrungen unseres Kontinents mit Füßen getreten werden, auch nicht von den Regierenden.

Ich denke, die Verantwortung der Europäischen Linken liegt klar auf der Hand. Die Kämpfe in Frankreich, in Spanien und anderswo zeigen, dass eine europäische Sozialunion eine Perspektive ist, die die Menschen wollen, die sie mitgestalten wollen. Noch passiert es, dass sich Autobauer von ein und demselben Konzern in einen Lohndumpingwettbewerb



werb begeben. Doch es beginnt sich die Erfahrung durchzusetzen, dass dabei am Ende alle verlieren. Der Wettbewerb um niedrige Steuern, längere Arbeitszeiten, Rentenkürzung und Dequalifizierung kennt nur einen einzigen Gewinner, das Finanzkapital, das selbst mit dem Verkauf eines ausgeschlachteten Unternehmens noch Rendite macht. In diesem so genannten Standortwettbewerb werden langjährige Forschungsarbeit, breite Bildungsangebote, wird sozialer Zusammenhalt zerstört. Damit verliert die Politik, schwindet die Fähigkeit der Menschen, die Probleme, die vor ihnen liegen, gemeinsam in Angriff zu nehmen und zu lösen. Neofaschisten, Rassisten lassen auf diesem Humus ihre menschenverachtenden Ideologien wachsen. Wir werden ihnen widerstehen.

Genossinnen und Genossen, deshalb ist mir so wichtig, dass die Partei der Europäischen Linken eine offene, plurale Partei ist und sich so weiter entwickelt. Wir können die großen Herausforderungen nur packen, wenn wir zum Beispiel die Erfahrungen von Gewerkschaftern mit den Ideen der freien Softwarebewegung zusammenbringen, wenn wir die sozialen Kämpfe in den Städten und auf dem Land, die freie Forschung und Lehre an den Universitäten gemeinsam mit Friedensbewegungen und Umweltinitiativen verteidigen. Wir brauchen diese unterschiedlichen politischen Erfahrungen, um, wie Fausto Bertinotti sagt – ich zitiere jetzt also einen Klassiker – „am Aufbau einer kritische Masse mitzuwirken“, die mit ihren politischen Alternativen Gehör findet und in die gesellschaftlichen Debatten eingreift.

Ich möchte Fausto an dieser Stelle für sein Engagement und seine Arbeit, aber auch für die theoretischen Anregungen danken, die er als erster Vorsitzender der EL geleistet hat. Er hat viel Leidenschaft investiert. Danke.

Ich möchte ihm von dieser Stelle aus versichern, dass wir eine offene Partei bleiben: Natürlich kenne ich das Prag von Kafka und Neruda. Nach diesem Kongress kenne ich auch das Prag meiner Genossinnen und Genossen von zwei linken tschechischen Parteien etwas besser, unserer Mitstreiter in der Europäischen Linken. Wir brauchen wirklich keine Angst zu haben, dass es uns an einer Identität für eine alternative Linke fehlen wird. Wenn wir auf dem Pressefest der Humanité sind oder das Lied der Nelkenrevolution singen, wenn wir Mikis Theodorakis in Athen erleben, so nehmen wir das, was für festliche Begegnungen gilt, gleich als Arbeitsgrundlage der EL mit, nämlich die Offenheit für andere Erfahrungen, andere Kulturen, andere Lösungsansätze.

Wir haben uns auf den Weg gemacht, Gemeinsamkeiten in den Mittelpunkt unserer politischen Praxis zu stellen. Wir haben mit dem Prager Appell, mit unserem Abschlussdokument, Verantwortung übernommen. Das gilt für jede und jeden unserer 400 000 Mitglieder aus mehr als dreißig Parteien und aus über zwanzig Ländern.

Wir sind auch nach Prag gekommen, damit wir unseren eigenen Anspruch nicht vergessen, ost- und westeuropäische Erfahrungen wieder zusammenzubringen. Von den Skandinavien zu lernen und von unseren Mitgliedern aus dem Mittelmeerraum, von denen wir immer aufs Neue erfahren, wie eng die europäische, die arabische und afrikanische Welt zusammengehören.

Wir – die Mitglieder der Partei der Europäischen Linken – müssen lernen, unsere Alternativen von Porto bis Prag in die Debatte zu bringen. Dazu werden wir bald Gelegenheit haben. Im Jahre 2009 sind Europawahlen. Da ist es nicht zu

früh, jetzt anzufangen. Wir werden uns auf wenige politische Forderungen konzentrieren, um gemeinsam einen lebendigen Europawahlkampf zu gestalten, um gemeinsam und in Bündnissen jene kritische Masse aufzubauen, die die Koordinaten in Europa wieder nach links verschiebt, statt in der eigenen Zersplitterung die Bedeutungslosigkeit anzusteuern.

Doch lasst mich an dieser Stelle denen danken, die unsere Arbeit erleichtert und zum Teil erst möglich gemacht haben. Europa ist und bleibt der Kontinent der Übersetzungen. An die Sprachgenies in den Dolmetscherkabinen: herzlichen Dank.

Ich möchte auch den tapferen Genossinnen der Redaktionsgruppen, Antragskommissionen, der Statutenkommission und unseren Superorganisatoren aus Tschechien danken.

Ich danke allen Vorstandsmitgliedern und den Engagierten in den Netzwerken, den Organisatoren der Sommeruniversität 2007 und denen, die schon die Treffen für 2008 vorbereiten, denen, die unsere Beiträge für das Europäische Sozialforum in Malmö koordinieren.

Ich bitte heute alle Mitglieder, den Europawahlkampf ins Visier zu nehmen und mit unserer Unterschriftenkampagne für Referenden zum Verfassungsvertrag zu beginnen. Noch einmal: Wir – die Europäische Linke – das sind 400 000 Mitglieder, darunter sehr engagierte individuelle Mitglieder. Schafft jede und jeder ein oder zwei Unterschriften über die Partei der Europäischen Linken hinaus, dann hätten wir tatsächlich eine beeindruckende Zahl erreicht. Wir kämen damit einer europäischen Debatte über unsere gemeinsame Zukunft ein ganzes Stück näher.

Damit bin ich bei meinen Schlussbemerkungen angekommen, dort, wo wir inhaltlich weitermachen müssen, wo alle Kraft der gemeinsamen Politik hingehört.

1. Die Grundlagen des europäischen Sozialstaates sind ein historisches Potenzial des Kontinents, eine Voraussetzung, um die Fähigkeit zur Kooperation bei der Lösung schwieriger Probleme zu entwickeln. Es muss sich niemand schämen, der soziale Rechte verteidigt.

Die Forderung nach einem europäischen Sozialstaat schließt Beschäftigungspolitik, Strukturwandel, Umweltfragen ein. Lasst mich das an einem Beispiel verdeutlichen. Als Europäische Linke müssen wir auch das Feld der Agrarpolitik tiefer pflügen. Das ist traditionell eine Domäne der konservativen Parteien. Aber die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung und nachwachsender Rohstoffe, verbunden mit dem Schutz der Gesundheit, der Natur, der Reproduktion ihrer Ressourcen und der Gestaltung der Kulturlandschaft – all das ist ein existenzielles Thema.

Die Adressaten linker Agrarpolitik wären 11 Millionen in ihrer Wirtschaftskraft äußerst differenzierte Landwirte, alle Menschen, die in den ländlichen Regionen leben und überdies auch die 445 Millionen Verbraucher. Die Landwirtschaft ist längst in das Blickfeld der weltweit agierenden Kapitalstrategen, in den Sog von Globalisierung und Liberalisierung geraten. Die Linke wird auch hier Alternativen entwickeln und vorlegen müssen.

2. Zur europäischen Kultur gehört eine umfassende Geschichte der Demokratie, der Aufklärung, der öffentlichen Debatte um die Verfasstheit Europas. Ohne Referenden zum Reformvertrag in allen Ländern, wird das Europa der Bürgerinnen und Bürger Tag für Tag verspielt.

Auch diesen Punkt möchte ich beispielhaft an einem Politikfeld, an der Medienpolitik vertiefen. Das sei mir gestattet,



da es die Profession berührt, die ich einmal erlernt habe.

Ein fundamentales Demokratiedefizit besteht in der europäischen Medienpolitik. Diese wird nicht im Europäischen Parlament gemacht, sondern in außerparlamentarischen Verhandlungssystemen und neokorporatistischen Gesprächsrunden. Das ist nicht unbedingt das, was Linke unter dem Außerparlamentarischen verstehen. Hier sind es intransparente und informelle Gremien rund um das Kabinett der Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien, die über zentrale Fragen von Kommunikation und Information entscheiden. Doch diese Fragen sind für die ganze Gesellschaft wichtig. Ich möchte aus Prag nicht ohne folgenden Hinweis abreisen. Im digitalen Kapitalismus sind die Quellen ökonomischer Produktivität, kultureller Hegemonie und politisch-militärischer Macht in zunehmendem Maße abhängig von der Gewinnung, Speicherung und Verarbeitung von Information und Wissen. Im digitalen Kapitalismus werden Information und Wissensproduktion durch neue technologische, gesellschaftliche und kulturelle Parameter unmittelbar zur Produktivkraft.

Information ist zu einer entscheidenden Ressource geworden. In diesem Bereich arbeiten viele neue Berufsgruppen. Das betrifft zahlreiche Menschen. Da ist zum Industrieproletariat das Informationsproletariat hinzugekommen. IT-Fachleute, Gamedesigner, Kameraleute, Licht- und Tonspezialisten. Viele arbeiten unter prekären Bedingungen, stundenweise mit schlechten Verträgen und geringer Bezahlung. Linke haben hier ein neues Politikfeld.

Es ist eine gesellschaftliche Aufgabe der europäischen Linken, den Herausforderungen des digitalen Kapitalismus mit eigener Medienkompetenz zu begegnen, Zugang zu Information und Wissen und vernünftige Beschäftigung zu sichern.

Ach, von den Schauspielern, einer Nachbarbranche, nicht unähnlich der Politik, fange ich jetzt nicht noch an, auch da wäre viel zu sagen ...

3. Ich möchte meine Überzeugung noch einmal wiederholen: Die verheerenden Folgen von Wirtschaftsliberalismus und Aufrüstung gehören nicht in einen europäischen Vertrag, sondern in die öffentliche Diskussion, dazu die Frage, wie man sie endlich überwindet. Die Heiligsprechung des Marktes, die Heiligsprechung des Krieges – dagegen steht die Linke in Europa.

Ein soziales, demokratisches und friedliches Europa zu schaffen – das ist der Dreh- und Angelpunkt, um den herum wir konkrete Alternativen entwickeln. Mit den Thesen, mit dem Prager Appell haben wir eine klare Schwerpunktsetzung.

Genossinnen und Genossen, mir bleibt eines zum Abschied: Ich möchte daran erinnern, dass wir in der kurzen Zeit des Aufbaus der Partei der Europäischen Linken begonnen haben, unsere Traditionen ernst zu nehmen und zu entwickeln. Im Januar ist der Vorstand wieder nach Berlin eingeladen. Wir werden auch 2008 Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in der Gedenkstätte der Sozialisten die Ehre erweisen. Ich möchte daran erinnern, dass wir eine antifaschistische Tradition haben, die wir pflegen müssen. Dazu lade Euch herzlich nach Berlin ein, unsere Arbeit fortzusetzen.

Beschlossene Anträge

2. Kongress der Partei der Europäischen Linken, Prag, 23. – 25. November 2007,

Beschlossener Antrag:

Abänderung des EL-Statuts

Ausgehend vom Bericht der EL-Statutenkommission und unter Berücksichtigung der Debatte in den EL-Parteien über die auf dem EL-Gründungskongress in Rom 2004 vorgelegten und beschlossenen Änderungen am EL-Statut, schlägt der EL-Vorstand nunmehr die nachfolgenden Abänderungen vor. Sie bringen den erreichten Konsens über die zu verändernden Artikel bzw. Absätze des geltenden EL-Statuts zum Ausdruck.

(1) Änderung in **Artikel 4:**

Zur Liste des Namens der EL in den Sprachen der Länder der Mitgliedsparteien ist hinzuzufügen:

→ „Partidul Stîngii Europene“ oder „Stînga European“ oder „SE“ auf Moldauisch bzw. Rumänisch

→ „Avrupa Sol Partisi“ oder „Avrupa Sol“ oder „ASP“ auf Türkisch.

(2) Änderung in **Artikel 6:**

Der gegenwärtige Artikel 6, Absatz 7

Als Beitrag zu ihrer künftigen Entwicklung räumt die EL versuchsweise für eine bestimmte Zeit die Möglichkeit der Einzelmitgliedschaft ein. Ein endgültiger Beschluss wird erst nach gründlicher Auswertung dieses Versuchs und nach Diskussion in allen Mitgliedsparteien gefasst werden. Bis zu diesem Zeitpunkt kann jede Partei oder politische Organisation über das geeignetste praktische Vorgehen im eigenen Land selbständig entscheiden.

Danach können Einwohnerinnen und Einwohner eines EU-Mitgliedstaates Einzelmitglied der EL werden. In Ländern, wo Mitgliedsparteien oder politische Organisationen der EL mit allen Rechten und Pflichten bestehen, können sie Freundchaftskreise bei den EL-Parteien bilden. Bürger anderer mit der EU assoziierter europäischer Staaten können ebenfalls um Einzelmitgliedschaft nachsuchen. Sie können eine nationale Gruppe von individuellen Mitgliedern bilden oder einer solchen beitreten und sich um Beobachterstatus in der EL bewerben.

ist folgendermaßen zu ändern:

Als Beitrag zu ihrer künftigen Entwicklung räumt die EL die Möglichkeit der Einzelmitgliedschaft ein. In Ländern, wo Mitgliedsparteien oder politische Organisationen der EL mit allen Rechten und Pflichten bestehen, kann jede Partei oder politische Organisation über das geeignetste praktische Vorgehen im eigenen Land selbständig entscheiden. Danach können Einwohnerinnen und Einwohner eines EU-Mitgliedstaates Einzelmitglied der EL werden. In Ländern, wo Mitgliedsparteien oder politische Organisationen der EL mit allen Rechten und Pflichten bestehen, können sie Freundchaftskreise bei den EL-Parteien bilden. Bürger anderer mit der EU assoziierter europäischer Staaten können ebenfalls um Einzelmitgliedschaft nachsuchen. Sie können eine nationale Gruppe von individuellen Mitgliedern bilden oder einer solchen beitreten und sich um Beobachterstatus in der EL bewerben.



Beschlossener Antrag:

Europäische Linke: Für Bürgerrechte und Demokratie

Der Grundrechtsgehalt zielt nicht nur auf den individuellen und allgemeinen Schutz der Bürger und Bürgerinnen vor Gefahren von außen, sondern auch auf den Schutz vor dem Staat und seinen Institutionen ab. Das ist der Grundsatz des Rechtsstaates.

Die gegenwärtige Innen- und Sicherheitspolitik in vielen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der EU selbst drehen diesen Grundsatz um. Seit Jahren werden die Bürgerinnen und Bürger in Europa mit einer Transformation des Rechtsstaates in einen Ordnungsstaat konfrontiert. Allen Bemühungen einer wirklichen Demokratisierung des europäischen Institutionengefüges zum Trotz fehlt es den Bürgerinnen und Bürgern sowie dem Europäischen Parlament nach wie vor an ausreichenden Beteiligungsmöglichkeiten. Dieses Demokratiedefizit beschränkt sich jedoch nicht nur auf europäische Institutionen und politische Prozesse, nein, es ist Bestandteil der gesellschaftlichen Ordnungen der Mitgliedstaaten der EU. Ob in der Schule, in Behörden oder in den Betrieben, Menschen begegnen immer wieder intransparenten Strukturen, hierarchischen Machtverhältnissen und mangelnden Möglichkeiten, Politik und gesellschaftliche Lebenswelt selbst zu gestalten.

Mit der Überbetonung des notwendigen Schutzes vor einer abstrakten terroristischen Bedrohung von außen und innen seit dem 11. September 2001 werden diverse innenpolitische Maßnahmen begründet, welche die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger nicht ausbauen, sondern einschränken. Mit unhaltbaren Sicherheitsversprechen begründet man europaweit Maßnahmen wie die Vorratsdatenspeicherung oder die verschränkte Zusammenarbeit von Polizeien und Geheimdiensten. Der europaweite Austausch von biometrischen personenbezogenen Daten ist Realität, die lückenlose Überwachung mittels Videokameras und Mautdatenerfassung ist in Vorbereitung. Private Sicherheitsunternehmen dringen hierbei in Aufgabenbereiche staatlicher Behörden vor, während staatliche Sicherheitsorgane Daten an so genannte Drittstaaten zur Terrorismusbekämpfung weiterreichen.

Der Schutz der Privatsphäre, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und die Freiheit vor Gewalt sind aber integrale Bestandteile von Verfassungen, auf die demokratische und freiheitliche Gesellschaften gegründet sind. Freiheits- und Bürgerrechte dürfen niemals zu Lasten vermeintlicher Sicherheit abgebaut werden.

Der Staat benutzt den internationalen Terrorismus, um vor allem gegen die Massenbewegungen, die Kämpfe der arbeitenden Menschen, deren politische und soziale Rechte individueller und kollektiver Art vorzugehen. Das zieht sich durch zahlreiche von oben verordnete Konventionen, Abkommen, Beschlüsse und Gesetze, deren Zweck darin besteht, die Gesellschaft mit allen Mitteln unter Kontrolle zu bringen. Die jüngste Entscheidung der EU-Kommission, die es den Behörden der Nationalstaaten erlaubt, sogar von Sechsjährigen Fingerabdrücke zu nehmen, ist ohne Beispiel und zeigt deutlich, worum es den herrschenden Kreisen der EU geht. In dieselbe Richtung weist die Einrichtung einer Datenbank biometrischer Daten von Flugpassagieren auf Flughäfen der

EU, selbst solcher, die dort nur umsteigen.

Wir fordern die volle Achtung der demokratischen Rechte und Freiheiten aller in der EU lebenden Menschen. Wir fordern die Abschaffung aller unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus beschlossenen Gesetze und aller Überwachungssysteme. Wir verlangen die sofortige Einstellung des in Entwicklung befindlichen Systems „präventiver Repression“ durch Vorratsdatenspeicherung (Prum Konvention) und Informationsaustausch.

I. Die Europäische Linke fordert eine Demokratisierung aller Lebensbereiche vom Arbeitsplatz über Bildungseinrichtungen bis hinein in die gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen. Dies bedeutet in unseren Augen auch eine deutliche Ausweitung der Mitbestimmungs- und Kontrollrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an ihren Arbeitsplätzen, aber auch die Wahrung und Schaffung von Transparenz in politischen und ökonomischen Entscheidungsprozessen.

II. Seit Jahren werden vor allem Migrantinnen und Migranten, Minderheiten und sozial Schwachen grundlegende politische Rechte in Europa vorenthalten. Die Europäische Linke wendet sich gegen jedwede Form von ethnischer, kultureller oder glaubensbedingter Diskriminierung. Religion, Kultur, Geschlecht, sexuelle Neigung oder die Hautfarbe dürfen kein Hindernis sein, weder bei der Teilnahme an gesellschaftlichem Leben, noch bei der Suche nach Arbeit und Wohnung oder bei der Inanspruchnahme bürgerlicher, politischer und sozialer Rechte.

III. Die Auseinandersetzung der politischen Linken mit ihrer eigenen Geschichte bedeutet für uns auch, dass soziale und politische Rechte zwei Seiten einer Medaille sind. Nie wieder dürfen politische und soziale Rechte voneinander getrennt gefordert und verteidigt oder gar gegeneinander abgewogen werden. Politische und soziale Rechte repräsentieren eigene Werte, sind aber dennoch untrennbar miteinander verwoben und somit unteilbar.

IV. Die Europäische Linke setzt sich für eine wirkliche politische Integration in Europa unter demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen Vorzeichen ein. Wir reduzieren die Europäische Integration nicht allein auf eine Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft. Hierfür ist es notwendig, die Stellung des Europäischen Parlamentes gegenüber dem Rat und der Kommission zu stärken und die nationalen Parlamente stärker an den Entscheidungsfindungen in der EU zu beteiligen. Volksabstimmungen zu existentiellen Fragen der Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf europäische Entscheidungen sind für uns Grundvoraussetzung für eine demokratische EU.

V. Wir fordern die Abschaffung jeglicher Diskriminierung und Ausgrenzung der Sinti und Roma sowie anderer Minderheiten, der Migrantinnen und Migranten. Wir anerkennen das Recht auf individuelle und kollektive Selbstdefinition von Minderheiten mit eigener Nationalität und Kultur. Wir fordern volle Gewährleistung der Rechte von Menschen mit Behinderungen bei Gesundheit, Bildung, Beschäftigung und Kultur, ihre volle Integration in das gesellschaftliche Leben.

VI. Die Kontrolle der Kontrolleure muss auch auf europäischer Ebene ausgebaut werden. Dies ist unserer Auffassung nach Bedingung für mehr Akzeptanz der EU unter den Bürgerinnen und Bürgern. Der Weg zu mehr Beteiligung möglichst vieler Interessierter und Betroffener an politischen Entschei-



dungen auf europäischer Ebene ist der einzig mögliche Weg, hin zu einem demokratischen Politikansatz. Dafür brauchen wir eine EU mit alternativen völkerrechtlichen Grundlagen. Unser Nein zum Reformvertrag muss deshalb mit unserem Ja zur europäischen Integration und zur EU als deren politischer und rechtlicher Organisationsform einhergehen.

Beschlossener Antrag:

Zeit, auf die Jugend zu setzen! Zeit, die Zukunft zu verändern!

Die Partei der Europäischen Linken (EL) ist einer der politischen Räume, die wir geschaffen haben, um die nationale Dimension unserer Organisationen zu überwinden und das Niveau unseres gemeinsamen politischen Verständnisses zu erhöhen. Angesichts der Homogenisierung und Deregulierung von Märkten und Kapital in der neoliberalen Globalisierung müssen unsere Antworten global sein, wenn sie wirksam sein sollen. Das beginnt bei der europäischen Ebene. Es sind EU-Institutionen, die zusammen mit einer Reihe nicht legitimierter und keiner Kontrolle unterworfenen transnationaler Gremien einen großen Teil der Wirtschaft und Sozialpolitik unserer Länder bestimmen. Daher ist es unser vorrangiges Ziel, eine Reihe zusammenhängender Forderungen zu formulieren, um erstere zu demokratisieren und letztere abzuschaffen. So können wir weitere Ziele erreichen.

Die Bewegungen gegen die neoliberale Globalisierung, die Anfang des 21. Jahrhunderts als Bestandteil des Prozesses der Sozialforen entstanden sind, welcher immer noch anhält, haben gezeigt, dass es nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist, in verschiedenen europäischen Ländern gemeinsame Aktionen, Kämpfe, Wege und Gedanken zu entwickeln. Sie haben weiter gezeigt, dass es möglich ist, positive Synergieeffekte unter ansonsten unterschiedlichen politischen und sozialen Akteuren zu erzielen: Politische Parteien, Bewegungen, Organisationen und Gewerkschaften – sie alle können mit gemeinsamen Mitteln für gemeinsame Ziele kämpfen, indem sie Netzwerke und Plattformen der Zusammenarbeit schaffen.

Unsere Generation wird gewöhnlich als apathisch und passiv hingestellt. In vielen Fällen, so in Frankreich, Deutschland, Griechenland und Italien, haben die Bewegungen genau das Gegenteil bewiesen. Die junge Generation ist in der Lage, für ihre Zukunft zu kämpfen – mit Kritik an den prekären Verhältnissen in der Arbeitswelt, am Abbau demokratischer Garantien, an der Verweigerung von Bürgerrechten, der Zerstörung der Umwelt und schließlich am globalen Krieg als Dauererscheinung.

Ein globaler Rahmen wirksamer Argumente und Fronten kann aus lokalen Erfahrungen entstehen. Diese neue Art der Netzwerkarbeit hat die Vorstellung von Politik verändert. Dazu gehören Studentenorganisationen, Erfahrungen mit Untersuchungs- und Konfliktgruppen zur Prekarität, Experimente mit neuen Kommunikationsformen oder persönliche Erlebnisberichte. Wir müssen mit der Entwicklung dieser Alternative jetzt beginnen und sie ohne Verzögerung und Aufschub umsetzen. Wir denken, dass die Schaffung öffentlicher Räume von Vergleich und Diskussion in einem Europa, das Politik auf technokratische Konzepte und elitäre Entscheidungsgremien reduziert, ein wichtiger Schritt ist.

Wir wollen Räume der Annäherung für MitkämpferInnen und AktivistInnen schaffen. Offene Räume der Beteiligung auf lokaler Ebene, wo Menschen Erfahrungen in ihrer Tätigkeit austauschen können – ohne dogmatische Vorstellungen von ideologischer Reinheit und Avantgarde. Räume, die freundlich und attraktiv auf junge Menschen wirken, unter deren prekären Lebensbedingungen Freizeit und freies Denken immer mehr eingeschränkt werden und Politik immer weiter an den Rand gedrängt wird.

Wir müssen uns stärker in internationale Fragen einmischen, vor allem wenn es um Krieg und Frieden geht. Neben der Mobilisierung für politische Kämpfe gegen neoliberale und neokonservative politische Führungen, die militärische Intervention und Besatzung betreiben, müssen wir auch Wege finden, um der jungen Generation die Erfahrungen der Völker nahe zu bringen, die für Selbstbestimmung, soziale Gerechtigkeit und Freiheit kämpfen. Das kann geschehen durch praktische Solidarität wie die Verstärkung einer „Diplomatie von unten“: Solidaritätskarawanen, gewaltfreie Konfliktlösungen und internationale Zusammenarbeit außerhalb jeder opportunistischen und auf den Westen zentrierten Logik können Instrumente sein, um Beziehungen zwischen Menschen zu knüpfen, Alternativen zu schaffen und konkrete Ergebnisse zu erreichen.

Wir sind der Meinung, dass die Wechselwirkung zwischen dem politischen und dem sozialen Feld neu aufgebaut werden muss.

Ausgehend von diesen gemeinsamen Empfindungen und Aktionen möchten wir einige Themen zur Diskussion vorschlagen, vor allem aber auf europäischer Ebene praktische Neuerungen einführen. Dabei haben wir noch einen langen Weg vor uns. Wir haben beschlossen, ein Netzwerk als erste Form zu schaffen, in dem unter Beibehaltung der politischen Selbstständigkeit jeder Organisation kollektive politische Aktionen als Module entwickelt werden. Wir möchten zu allen bestehenden europäischen und globalen Netzwerken von Bewegungen und politischen Organisationen der Jugend, mit denen wir gemeinsame Ziele teilen, positive Beziehungen herstellen.

Mit der Analyse und der politischen Linie der Dokumente des 2. Kongresses der Partei der Europäischen Linken stimmen wir überein. Ausgehend von dieser gemeinsamen Position wollen wir die dramatischen Auswirkungen untersuchen, die die in Europa betriebene neoliberale Politik auf das materielle Leben der jungen Generation hatte und immer noch hat.

Wir haben bereits eine wichtige Diskussion zur Organisation unserer europäischen Kampagne gegen Prekarität begonnen, die unter der Losung „Holt euch euer Leben zurück! Kämpft gegen die Prekarität!“ ablaufen soll. Bei vielen Treffen haben wir dazu Gedanken entwickelt, so im Sommercamp in Sapri (Italien), an dem viele Mitglieder unserer Organisationen teilgenommen haben.

Für die junge Generation ist Prekarität nicht nur die Verhandlungstypologie, mit der wir in die Arbeitswelt eintreten. Unsere Generation ist die erste, die riskiert, dass sie weniger Einkommen haben wird als ihre Eltern. Prekarität betrifft alle Seiten unseres Lebens und unseres Daseins – Wissen und Ausbildung, soziale Sicherheit, Bürgerechte und Umwelt. Krieg und Gewalt lösen dramatische Rückschritte und einen graduellen Abbau der Errungenschaften aus, die wir bisher für gesichert hielten.



Daher ist es heute von grundlegender Bedeutung, die Schaffung eines neuen Modells von Bürgerrechten in unseren Kampf gegen Prekarität einzubeziehen, dem die folgenden Forderungen zugrunde liegen:

Halbe Bildung ist halbes Leben

Bildungsreformen und Bildungspolitik werden in Europa nicht unabhängig voneinander betrieben. Sie beruhen auf der neoliberalen Strategie, Bildung zu einem nützlichen praktischen und ideologischen Instrument für den Markt und das vorherrschende System zu machen. Damit soll das neue Modell eines gehorsamen, hoch spezialisierten, aber halb gebildeten Wissenschaftlers geschaffen werden, der als billige Wegwerf-Arbeitskraft benutzt werden kann.

Der Neoliberalismus macht alles zur Ware, auch Wissen und Bildung. Die Überwindung dieser Politik und die radikale Transformation des derzeitigen Modells der Ausbildung sind zwei wichtige Schritte, um auch auf diesem Gebiet wieder zu Gleichheit und Freiheit zu gelangen. Daher kämpfen wir vor allem dafür, die Kriterien des Bologna-Prozesses zu überwinden und die Grundsätze der Ausbildung radikal zu verändern. Das Ziel ist eine öffentliche, kostenlose Bildung mit hohen wissenschaftlichen und didaktischen Standards, die zu anerkannten Berufsabschlüssen führt und nach den Prinzipien der direkten Demokratie und Teilhabe organisiert wird.

Weiterhin setzen wir uns für die Anerkennung der wirtschaftlichen und sozialen Unabhängigkeit der Studenten von ihrem kulturellen Hintergrund und ihren Familien ein. Deshalb gehört zu unseren Hauptzielen die Forderung nach kostenlosen Dienstleistungen wie Wohnung, Transport, Schulbüchern und Zugang zu Kultur. Zugleich halten wir es für notwendig, den Gedanken eines Rechts auf Studium einschließlich direkter finanzieller Unterstützung durch den Staat („wissenschaftliches Einkommen“) zu verbreiten.

Flexy-nothing

Soziale Sicherheit und sichere Arbeitsplätze gibt es für junge Menschen, die heute ins Arbeitsleben eintreten, nicht mehr. Flexible Arbeitsorte, flexible Arbeitszeiten, flexible Verträge und Löhne ergeben kein gesichertes, stabiles Leben. Durch die Einführung von „Flexicurity“ als neuem Schritt zur Vertiefung der neoliberalen Strategie hat die Europäische Union entschieden, uns zu einem permanenten Wettlauf ums Überleben zu verdammen.

Die neoliberale Politik hat die Veränderungen in der Art und Weise der Herstellung von Werten, Waren und Profiten genutzt, um die Errungenschaften und Erfolge der Arbeiterbewegung neu in Frage zu stellen, die wir für garantiert hielten. Dieser Abstieg ist heute keine Drohung mehr, sondern Realität. Wir kämpfen gegen den Abbau sozialer Errungenschaften. Zugleich halten wir es für notwendig, heute mehr denn je unsere Analyse der Welt von Arbeit und Nichtarbeit auf die aktuellen Veränderungen zu konzentrieren. Das bedeutet, dass wir vor allem gegen die Vorstellung von „Flexicurity“ ankämpfen und uns für die Erhaltung langfristiger Kollektivverträge als der zentralen Frage für die Arbeitsverhältnisse der abhängig Beschäftigten konzentrieren müssen. Mehr noch, wir dürfen den Kampf um die Neufassung sozialer Standards nicht aufschieben, die so grundlegende Rechte betreffen wie medizinische Behandlung bei Krankheit und Schwangerschaft ungeachtet des eigenen Arbeitsverhältnisses, ununterbrochenes Einkommen für alle prekär Beschäf-

tigten, Schutz der Jugend vor Erpressung mit unsicheren Arbeitsplätzen und der Gefahr, gegen ihren Willen auswandern zu müssen. Daher fordern wir gleiche Rechte und Garantien für alle in der Europäischen Union lebenden Menschen. Wir halten es auch für notwendig, Tarifverhandlungen auf europäischer Ebene zu führen. Wir kämpfen gegen Sozialdumping und verlangen, dass die Europäische Union eine neue Politik einführt, die garantierte gleiche Löhne in den verschiedenen Mitgliedsländern zum Ziel hat.

Städte für alle

Statt unsere persönliche Emanzipation voranzubringen und uns die Mittel dafür zur Verfügung zu stellen, tun lokale und nationale Behörden alles, um uns an einem selbstbestimmten, unabhängigen Leben zu hindern. Unsere Städte sind voller leerer Häuser, aber die Mieten machen es uns unmöglich, bei unseren Eltern ausziehen. Unsere Straßen sind voller Autos, die im Stau stecken und die Umwelt verschmutzen, während öffentlicher Nahverkehr gar nicht existiert oder zu teuer, zu schlecht und zu ineffizient ist. Jedes Jahr werden riesige Beträge in kommerzialisierte Produktionen der Mainstream-Kultur gesteckt, während unabhängige, innovative Künstler von staatlichen Fonds und Subventionen abgeschnitten werden. Neue Technologien und neues Wissen sind nur jenen zugänglich, die dafür eine Menge Geld ausgeben, statt sie allen Bürgern kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

Wir haben die Pflicht, für garantierte Sozialleistungen wie Wohnraum hoher Qualität zu niedrigen Kosten und Nahverkehr für alle zu kämpfen. Wir haben die Pflicht, es niemandem zu erlauben, unsere Emanzipation auf den Sankt-Nimmerleinstag zu verschieben.

Die ganze Erde ist unser Haus!

Migranten, die in europäische Länder geraten, werden dort als billige, unsichtbare Arbeitskräfte ausgenutzt. Ohne Rechte und sozialen Schutz führen sie ein unsicheres Leben. Sie können keinerlei Grundrechte für sich einfordern, weil sie ständig den Verlust ihrer Arbeit und sogar die Deportation fürchten müssen. Diese Menschen, die ihren Beitrag zur Entwicklung unserer Gesellschaften leisten, sind aller Rechte beraubt, die wir als grundlegend ansehen wie das Recht auf Staatsbürgerschaft und Wohnung, auf Teilhabe an den Entscheidungsprozessen aller Ebenen. Die Festung Europa ist nicht unser Europa!

Über meinen Körper bestimme ich!

Das derzeitige repressive System zwingt uns, nach den moralischen Mustern des Patriarchats und heterosexistischen Verhaltens zu leben. Es verweigert uns das Recht auf unseren Körper und unser Vergnügen. Frauen werden als Gebärmaschinen angesehen, die weniger wert sind als Männer, von ihnen ökonomisch abhängen und für gleiche Arbeit schlechter bezahlt werden. Die vorherrschende Heterokultur marginalisiert alle übrigen sexuellen Orientierungen und erkennt Schwulen und Lesben keine gleichen Rechte wie das Recht auf Ehe oder Adoption zu.

Dies alles sind erste gemeinsame Analysen, Gedanken und Vorschläge. Sie sollen unser erster Schritt auf dem Wege einer neuen Art von Zusammenarbeit sein, als neuer Kanal gemeinsamer Verständigung und als neuer Versuch, unsere Ideen auf der Ebene des Kontinents wirksam werden zu lassen.



Beschlossener Antrag:

Appell der Partei der Europäischen Linken: Bekämpft die Gewalt an Frauen! Frauenrechte sind Menschenrechte!

Gewalt gegen Frauen ist ein Verbrechen an den Rechten jedes Individuums. Jede dritte Frau in der Welt und jede vierte in Europa ist Gewalt ausgesetzt. Im Krieg werden Frauen bewusst zu Opfern gemacht. Im Frieden erleben sie die Hölle im eigenen Heim. Gewalt an Frauen in jeglicher Form stellt die Universalität der Menschenrechte in Frage.

Gewalt an Frauen hat viele Gesichter: Zwangsheirat, körperliche und seelische Schikane, Ausbeutung, Demütigung und Diskriminierung. Extreme Gewalt müssen Migrantinnen erleiden, die neben allem anderen mit den Hürden der europäischen Grenzen konfrontiert sind. Geschlechtsspezifische Gewalt hat direkte, strukturelle und symbolische Wirkungen.

Gewalt an Frauen geht in den meisten Fällen vom eigenen Partner oder von Personen aus dem familiären Umfeld aus. Sie kommt in allen sozialen Gruppen vor. Männer üben sie aus. Gewalt ist eine Waffe, um Frauen zu unterwerfen. Solange das gegenwärtige Herrschaftssystem besteht, solange es rechtliche und soziale Ungleichheit gibt, fühlen sich Männer und Staaten berechtigt, Gewalt gegen Frauen auszuüben.

Opfer der Kriege der Gegenwart sind zu siebzig bis achtzig Prozent Zivilisten, meist Frauen. Sie werden in Gefängnissen und Flüchtlingslagern gequält und gedemütigt. Sie werden systematisch vergewaltigt – eine Praxis, die in vielen Konflikten bewusst als Waffe eingesetzt wird.

Zwischen Militarismus und patriarchaler Unterdrückung besteht ein Zusammenhang. Patriarchale Gesellschaften setzen Frauen in Frieden und Krieg unerträglicher Gewalt aus: Verbrechen, Vergewaltigung, Elend, Arbeitslosigkeit, wirtschaftlicher Unsicherheit und Frauenhandel. Wir kämpfen gegen diese Gewalt, indem wir eine feministische Plattform schaffen, die auf Solidarität beruht.

Die Europäische Linke ist eine politische und kulturelle Bewegung. Wir wollen nicht nur die ökonomischen, sondern jegliche Unterdrückungsverhältnisse überwinden, seien sie ethnisch, religiös oder geschlechtlich begründet. Um die Gesellschaft tiefgreifend zu verändern, wollen wir eine Kultur des Humanismus, der Menschenrechte und der Achtung der Menschenwürde schaffen. Ein Schritt dahin sind Bildungsprogramme für junge Männer und Frauen zu Geschlechterverhältnissen in Sprache und Inhalt.

In Europa und überall in der Welt vernichten Fundamentalismus und religiöser Fanatismus jeglicher Couleur Frauenrechte. Sie halten Frauen in Unterdrückung und untergraben das Recht auf Selbstbestimmung.

Die Partei der Europäischen Linken strebt die Trennung von Kirche und Staat als Merkmal aller Staaten an. Sie verteidigt das Recht der Frauen auf Selbstbestimmung, Empfängnisverhütung und freie Abtreibung. Wir fordern, sexuelle Verstümmelung und Zwangsheirat zu verbieten und unter Strafe zu stellen.

Die Partei der Europäischen Linken und alle ihre Mitgliedsparteien rufen dazu auf, in Europa alle Gesetze gegen geschlechtsspezifische Gewalt zu verbessern. Sie müssen auf die Vorbeugung und Aufdeckung dieser Gewalt gerichtet sein. Zur Hilfe für die Opfer müssen ausreichend Mittel be-

reitgestellt werden. Migrantinnen sollen – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus in Europa – volle Rechte genießen.

Wir fordern eine bessere Kontrolle von Kleinwaffen und ihrem Besitz. Dadurch kann Leben gerettet werden, vor allem das von Frauen. Wir wenden uns dagegen, Frauenrechte zur Begründung neuer Kriege oder zur Verschärfung des Einwanderungsrechts zu missbrauchen. Wir verlangen, dass die EU-Richtlinie zum Bleiberecht für die Opfer von Frauenhandel unverzüglich in nationales Recht umgesetzt wird. Das ist besonders dringend, wenn sexuelle Ausbeutung das Ziel des Frauenhandels ist.

Wir fordern in ganz Europa soziale Sicherheit, gleiche medizinische Versorgung für Männer und Frauen, gleichen Lohn, gleichen Zugang zu Bildung und Einkommen, selbstständige Erwerbsarbeit für alle Menschen, Gleichstellung in der Politik sowie in allen Bereichen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens.

Am 25. November, dem Internationalen Tag „Nein zu Gewalt an Frauen“, bekräftigen wir durch gemeinsame, abgestimmte Aktionen unser Recht auf Selbstbestimmung. Gemeinsam kämpfen wir gegen sexistische Gewalt, die aus Machismus und patriarchaler Herrschaft erwächst.

Die Partei der Europäischen Linken ist eine Bewegung der Selbstbefreiung von Frauen und Männern. Sie steht allen offen, die sich daran beteiligen wollen.

Beschlossener Antrag:

Nein zum US-Raketenschild, Nein zu neuen US-Militärbasen in Europa!

Der 2. Kongress der Europäischen Linken (EL) macht dringend auf Folgendes aufmerksam:

→ Die Verwirklichung der Pläne, in Polen und der Tschechischen Republik US-Militärbasen zu errichten, wie es in Bulgarien und Rumänien bereits geschehen ist oder gerade geschieht, wird die Sicherheit der Länder, die den USA ihr Territorium zur Verfügung stellen, schwer in Gefahr bringen. Noch größere Gefahren aber entstehen für Frieden, Stabilität, gute Nachbarschaft und gemeinsame Sicherheit im europäischen und sogar im weltweiten Maßstab.

→ Das würde diese vier neuen Mitgliedstaaten der EU zu Komplizen und Geiseln der Machtarroganz der USA machen, die ihre Ziele durch Präventivkriege durchzusetzen suchen, welche in scharfem Widerspruch zum Völkerrecht und zur Haltung der internationalen Öffentlichkeit stehen. Einen Teil der EU in militärische Vorbereitungen einzubeziehen, die von Russland, China und anderen Staaten zu Recht als Bedrohung gesehen werden, würde auch lebenswichtigen wirtschaftlichen Interessen unseres Kontinents Schaden zufügen.

→ Die Ausdehnung des nationalen Raketenschildes der USA bis nach Polen und Tschechien nähme Staaten, die ins Visier eines Atomschlages der USA geraten könnten, die Möglichkeit einer wirksamen Gegenreaktion. Das würde das Wettrennen gefährlich steigern und das Risiko eines Atomkrieges erhöhen.

→ Die US-Militärbasen in Bulgarien und Rumänien sollen die Fähigkeit der USA stärken, sich in Entwicklungen auf dem Balkan, in ganz Südeuropa und im Mittelmeerraum in einer Weise einzumischen, die den Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen Europas zuwiderläuft. Zugleich sollen sie zu einem



neuen Werkzeug der Hegemonialpolitik der USA im Nahen Osten und in der Golfregion werden, die eine wichtige Ursache der Spannungen, der Besorgnis erregenden humanitären Krisen in der Region sowie der Explosion und weltweiten Verbreitung des Terrorismus darstellt. Die zunehmenden Bemühungen der USA, die alleinige Kontrolle über die Naturressourcen des Nahen Ostens zu gewinnen, sind eine schwere Bedrohung der Sicherheit Europas und des Mittelmeerraumes.

→ Trotz massiver Manipulationsversuche lehnen die meisten Bürger der vier neuen EU-Mitgliedstaaten die Stationierung von Militärbasen der USA in ihren Ländern ab. Diese Haltung einer demokratischen Mehrheit ist von repräsentativen Massenbewegungen zum Ausdruck gebracht worden, in denen sich der Widerstand eines breiten politischen Spektrums gegen die Einrichtung von US-Basen zusammengefunden hat. In der letzten Zeit sind neue, vielversprechende Plattformen hinzu gekommen, so eine Bewegung, in der sich Dutzende Bürgermeister tschechischer Städte und Dörfer der Gegend zusammengeschlossen haben, wo die USA ihre Radarstationen aufbauen wollen. Ihre Protest-Petition trägt bereits Hunderttausende Unterschriften. Die gegenseitige Unterstützung derer, die gegen die US-Militärbasen in verschiedenen europäischen Ländern kämpfen, hat sich verstärkt.

→ Der Druck zur Stationierung von US-Militärbasen in Polen, der Tschechischen Republik, Bulgarien und Rumänien stellt ein neues Stadium bei der Schaffung einer „Koalition der Willigen“ dar, die die Bemühungen breiter demokratischer Kräfte um eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik als starke Gegenkraft gegen die hegemoniale, militaristische und auf die Zerstörung des UNO-Sicherheitssystems gerichtete Politik der USA blockieren soll. Mit der Militärpräsenz der USA in den vier neuen EU-Mitgliedsstaaten soll auch die antisoziale Innenpolitik geschützt werden, die im Widerspruch zum europäischen Zivilisationsmodell US-Vorbildern folgt, antidemokratische Praktiken anwendet, die Linke auszugrenzen und zu kriminalisieren sucht, Menschen wegen ihres Glaubens verfolgt und Bürgerrechte beschneidet.

→ Die Kräfte, die sich so vehement für eine schnellstmögliche Einrichtung von US-Militärbasen in ihren Ländern einsetzen, sehen diese als Garantie für den Erhalt ihrer eigenen Macht an, was der Meinung einer demokratischen Mehrheit widerspricht.

Die Partei der Europäischen Linken, die US-Militärbasen in allen europäischen Staaten konsequent ablehnt, erhebt entschiedenen Protest gegen die Versuche, diese auf Polen und die Tschechische Republik auszudehnen und entsprechende Pläne auch in Bulgarien und Rumänien zu realisieren.

1. Sie appelliert an alle linken und dem Frieden verpflichteten politischen Parteien und Organisationen Europas,

→ sich der fortgesetzten Erweiterung der US-Militärpräsenz auf unserem Kontinent entschieden zu widersetzen, ebenso allen unterstützenden Maßnahmen seitens der NATO, der EU oder europäischer Regierungen;

→ jene aktiv zu unterstützen, die sich gegen die Einrichtung von US-Militärbasen in Polen, der Tschechischen Republik, Bulgarien und Rumänien wenden und auch jene, die gegen die US-Militärbasis Vicenza in Nord-Ost-Italien Widerstand leisten. Dazu gehören Solidaritätsaktionen durch einflussreiche Friedensbewegungen und Persönlichkeiten. Die EL unterstützt daher die für Mitte Dezem-

ber geplanten Aktionen der Friedensbewegung und wird sich am Europäischen Marsch auf Vicenza am 15. Dezember 2007 beteiligen;

→ den Druck auf die Regierungen ihrer Länder zu erhöhen, sich entschieden für die Auflösung aller ausländischen Militärbasen in Europa und auf anderen Kontinenten einzusetzen, den KSE-Vertrag schnellstens zu ratifizieren und aktiv für das Verbot und die Vernichtung aller Atomwaffen einzutreten.

2. Der EL-Vorstand wird beauftragt,

→ den Widerstand gegen die Ausweitung der US-Militärpräsenz in Europa als wichtigen Schwerpunkt für einheitliche Aktionen der Parteien der europäischen radikalen Linken zu behandeln und gemeinsame Initiativen mit einem breiten Spektrum von Friedens- und demokratischen Bewegungen zu fördern;

→ Verhandlungen mit den Parteien von Sozialisten und Sozialdemokraten, Grünen, Liberalen und Christdemokraten auf europäischer Ebene aufzunehmen, um diese zu einem klaren Standpunkt zur Frage der Ausdehnung des US-Raketenschildes und der Militärpräsenz der USA auf unserem Kontinent zu bewegen und deren Einfluss in Exekutive und Legislative ihrer Länder und der EU für die Stärkung der Sicherheit und der wirtschaftlichen Interessen Europas zu nutzen;

→ von der Europäischen Kommission zu fordern, ihre Verantwortung für Frieden und Abrüstung wahrzunehmen, sich für die Lebensinteressen Europas einzusetzen und endlich ihre passive Haltung zu den US-Plänen für eine weitere militärische Expansion auf unserem Kontinent aufzugeben. Vom Europäischen Rat und der Europäischen Kommission ist zu fordern, ihre Kompetenzen und ihren Einfluss gegenüber den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten geltend zu machen, wo die Einrichtung von US-Militärbasen vorbereitet wird, damit diese Regierungen entsprechend ihren Verpflichtungen gegenüber der EU und deren konstitutiven Normen handeln, ihre eigene Öffentlichkeit über alle Folgen, die die Einrichtung von US-Militärbasen mit sich bringen kann, sachgerecht und ausgewogen informieren, damit eine wahrhaft demokratische öffentliche Debatte über die Frage möglich wird, ob und unter welchen Bedingungen die militärische Präsenz der USA in diesen Ländern ausgeweitet werden soll. Die Entscheidung über diese Frage muss ebenso demokratisch erfolgen wie ihr Beitritt zur EU, das heißt, durch ein Referendum.

Beschlossener Antrag

Europa und die Welt brauchen eine neue Energie- und Klimapolitik

Jeder Mensch, der auf dieser Erde lebt, hat das gleiche Recht, die Atmosphäre zu nutzen, aber auch die gleiche Pflicht, dieses Recht für künftige Generationen zu bewahren und so zu leben, dass es erhalten bleibt.

Überall in Europa erleben wir den Klimawandel, überall in Europa sind wir mit dem wachsenden Energiebedarf der Gesellschaften konfrontiert. Die Partei der Europäischen Linken (EL) ist davon überzeugt, dass Energiepolitik Klimapolitik ist.



Wie die meisten politischen Akteure ist sich die EL einig: Eine Wende zur stärkeren Nutzung erneuerbarer Energien sowie der sparsamere und effizientere Umgang mit den schwindenden Energiere Ressourcen sind zwei Hauptaufgaben des 21. Jahrhunderts.

Die EL dringt darauf, die Tatsache anzuerkennen und die politische Arbeit darauf auszurichten, dass es keine soziale und nachhaltige Entwicklung der Gesellschaften in Europa und der Welt ohne ein konsequentes Umdenken und einen konsequenten Umbau der Energiepolitik geben kann. Wir müssen klar sagen: Mächtige Konzerne bedrohen die Souveränität über die Energiepolitik auf regionaler, nationaler, europäischer und globaler Ebene. Wir müssen deutlich aussprechen: Wir haben unsere eigene Lebensweise sehr kritisch zu überdenken und zu erkennen, dass die Umweltfrage aufs engste mit der sozialen Frage verknüpft ist. Angesichts des Drucks des ökonomischen Dogmas der Neoliberalen steht diese Frage ganz oben auf der Tagesordnung, und das auch in den reichsten Ländern.

Energieprobleme sind heute mehr denn je Grundfragen der Sicherung des Wohlstandes, der nationalen wirtschaftlichen Entwicklung, der Umwelt- und Klimapolitik, der Daseinsvorsorge, der Sozialpolitik, der Demokratie, der Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik sowie einer ausgeglichenen Weltordnung.

Die EL muss sich verstärkt darum bemühen, eine ernsthafte, konkrete Debatte zu allen dieses Thema betreffenden Fragen zu entfalten. In den Jahren 2008/2009 haben wir konkrete Schritte für eine neue Energiepolitik in unseren Ländern vorzulegen, die den Zusammenhang der europäischen und der weltweiten Dimension berücksichtigen. Ein solches umfassendes sozio-ökologisches Nachhaltigkeitskonzept zu Energie und Wirtschaftsfragen werden wir zum Europawahlkampf 2009 präsentieren.

Wenn die gegenwärtig vorherrschende Politik in der Frage des Klimawandels anhält, wird das schwerwiegende Folgen nach sich ziehen. Die Zwischenstaatliche Sachverständigenkommission für Klimawandel (IPCC) hat kürzlich warnend darauf hingewiesen, dass der CO₂-Ausstoß seit 1970 um 80 Prozent gestiegen ist und sich bis 2030 noch einmal verdoppeln wird. Das würde zum Ende dieses Jahrhunderts einen Temperaturanstieg von 4 bis 6 Grad Celsius bedeuten, was katastrophale Folgen für die Menschheit und die Biodiversität insgesamt hätte. Die EL betont mit allem Ernst: Wie Einstein bei der Erfindung der Atombombe vor 60 Jahren warnte, dass die Menschheit zum ersten Mal in der Lage sei, sich selbst zu vernichten, müssen auch wir uns der Gefahren eines unumkehrbaren Klimawandels voll bewusst sein. Der aber hängt mit unserem Energieverbrauch eng zusammen. Keine politische Kraft kann dies ignorieren. Daher muss sich die EL den neuen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen stellen, die alle politischen Akteure in der EU und in ganz Europa betreffen.

Was die Biodiversität angeht, so sind über siebenhundert Arten in Europa wegen der Zerstörung, Entwertung und Zerrüttung der natürlichen Umwelt vom Aussterben bedroht. Die Auswirkungen des Klimawandels auf Gesellschaft und Naturressourcen sind bereits sichtbar und werden sich zur Katastrophe steigern, wenn wir nicht unverzüglich handeln. Wenn wir die konsumorientierte, neoliberale Lebensweise nicht ändern. Der Klimawandel wird sich jeder Kontrolle entziehen, wenn die gegenwärtige Politik unverändert bleibt.

Der IPCC erklärt, dass alle notwendigen Technologien für den Kampf gegen den Klimawandel bereits vorhanden sind und deren Einsatz die globale Wirtschaft nicht notwendigerweise beeinträchtigt. Es muss jedoch entschlossen gehandelt werden, und zwar bald. Das ultimative Ziel für die Partei der Europäischen Linken ist die Einstellung der Verwendung fossiler Brennstoffe bis zum Jahre 2030. Am politischen Kampf für dieses Ziel wird die EL sich beteiligen.

Zugang zu Energie ist für die weltweite Entwicklung wesentlich. Ohne gleichen Zugang für alle zu den Energiequellen der Erde gibt es keine wirkliche Gleichheit der Lebensbedingungen, denn Energie wird für alle wesentlichen Aspekte des Lebens gebraucht.

Soziale Gerechtigkeit erfordert erschwingliche Energiepreise!

Wir fordern nicht nur Zugang zur Energie für jedermann, sondern bezahlbare Energie für jedermann!

In den Industrieländern fällt es Menschen mit niedrigem Einkommen schwer, ihre Betriebskosten zu bezahlen. Es ist nicht hinzunehmen, dass Energiekonzerne in gemeinsamer Abstimmung Hunderte Millionen Euro Profit scheffeln, während Menschen sich etwas so Lebensnotwendiges wie Energie vom Munde absparen müssen. Die EL tritt für eine wirksame Preiskontrolle ein, die die Profite der Energiekonzerne beschneidet und zu Preissenkungen führt. Des Weiteren sollten die Profite der Energiekonzerne mit einer Sondersteuer belegt werden, deren Erlöse für den sozialen und ökologischen Umbau der Energieversorgung verwendet werden können.

Liberalisierung und Privatisierung nützen dem Klima eindeutig nicht. Sie verstärken die Ungleichheit und entziehen den Nutzern die Kontrolle über grundlegende Dienstleistungen. Wir haben auch zu bedenken, dass Großunternehmen das Kosten-Nutzen-Verhältnis höher stellen als die Energieeffizienz. Daher unsere dringenden Forderungen:

- Strom- und Gasnetze gehören in öffentliches Eigentum. Dieses allein verändert jedoch nicht den Charakter eines Netzes als Monopol. Es muss unter die direkte Kontrolle der Gesellschaft gestellt werden, um Preismissbrauch zu verhindern und eine zukunftsfähige Energiesparpolitik durchzusetzen.
- Wir müssen auch darüber sprechen, wie Großunternehmen die politische Souveränität über die Energiepolitik bedrohen, wie wir unsere eigene Lebensweise kritisch betrachten können und wie Umwelt- und Sozialfragen miteinander verwoben sind.
- Eine dezentralisierte Energiepolitik trägt zur Verhinderung des Klimawandels bei und schafft Arbeitsplätze.
- Die Wirtschaft muss den Verbrauch von Primärenergie senken durch Effizienzsteigerung und Energieeinsparung, durch die Entwicklung erneuerbarer Energien, durch eine Revision der Prioritäten der Energieforschung, durch eine Umstrukturierung der Umweltsteuern und durch Emissionshandel.
- Wir fordern die bindende Verpflichtung der Industrieländer, ihren CO₂-Ausstoß bis 2020 um 30 Prozent zu senken.

In der Debatte über die Energiepolitik des 21. Jahrhunderts stellt die EL klar: Es muss unbedingt verhindert werden, dass weiterhin Energie verschwendet oder gedankenlos verbraucht wird. Aber auch eine Gesellschaft ohne Energie ist



nicht vorstellbar. Demokratie hat die Aufgabe, den Ausgleich zwischen beidem zu finden.

Um zu einem wirksamen Umsteuern in der Energiepolitik zu kommen, müssen die Staaten Europas ihre Politik in den internationalen Institutionen abstimmen. In diesem Zusammenhang hält die EL für äußerst wichtig:

- Auf der UNO-Klimakonferenz in Bali müssen die Regierungen Europas die von ihnen beanspruchte Vorreiterrolle in der Umweltpolitik mit konkreten Maßnahmen untermauern.
- Es war ein Fehler, dass sich das Kyoto-Protokoll nur auf die Umweltpolitik beschränkte. Notwendig ist zugleich eine richtige internationale Strukturpolitik. Eine Wertschöpfungskette über die Kontinente hinweg, wie sie heute besteht, verursacht erhöhte Transportkosten und steigert den CO₂-Ausstoß.
- Wenn internationale Klimapolitik erfolgreich sein soll, dann muss sie von dem Grundsatz ausgehen, dass jeder Mensch das gleiche Recht auf Nutzung der Atmosphäre hat. Die Entwicklungsländer müssen für die Glaubwürdigkeit ihrer Klimapolitik sorgen.

Die Politik der EU, erneuerbaren Energiequellen gegenüber fossilen Brennstoffen keine Priorität zuzumessen, führt in die Sackgasse. Wer, wenn nicht die EU und ihre Mitgliedstaaten, ist in der Lage, durch Investitionen in alternative Energieformen die Erde zu retten?

Zur Entscheidung der EU, Energieversorgung als eine Frage ihrer Sicherheitspolitik zu sehen, erklären wir: Die Vorstellung, für Energiequellen mit Waffengewalt zu kämpfen, gefährdet den Weltfrieden in höchstem Maße. Dabei bestreitet nicht einmal die US-Administration, dass die USA Kriege führen, um die riesigen Ölvorräte des Nahen Ostens unter ihre Kontrolle zu bekommen. Wenn die Industriestaaten in Zeiten wachsenden Energiebedarfs und abnehmender fossiler Brennstoffe bei dieser Haltung bleiben, dann stehen der Menschheit neue Kriege bevor. Die EL schlägt ein System der Energieversorgung auf der Grundlage internationaler Zusammenarbeit vor. Sie fordert höhere Investitionen der industrialisierten Welt in den Übergang zu einer nicht auf fossilen Brennstoffen beruhenden Weltwirtschaft.

Eine Aktionsstrategie der EL, um den Klimawandel zu zügeln

Ein grundlegend veränderter Energieverbrauch muss her, um den Klimawandel zu zügeln und die Energieversorgung für alle auf dieser Welt zu sichern. Am härtesten trifft der Klimawandel die ärmsten Länder und die ärmsten Menschen in den reichen Ländern. Wenn zu wenig getan wird, dann führen steigende Temperaturen zu einem Sinken der Agrarproduktion in den Entwicklungsländern, zu Wassermangel, zur Überflutung großer Landstriche und noch extremeren Wettererscheinungen. Zu den Kriegsflüchtlingsen von heute werden die Klimaflüchtlinge von morgen kommen.

Die reichen Länder müssen einen Wandel im Energieverbrauch erreichen, um ihren CO₂-Ausstoß zu senken. Die EL setzt sich für internationale Vereinbarungen mit bindenden Verpflichtungen zur Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien ein.

Bereits die technischen Lösungen von heute ermöglichen eine bedeutende Senkung des Energieverbrauchs von Industrie und Haushalten. Wenn der politische Wille besteht, dann ist es nach Meinung der EL möglich, dass die europäischen

Staaten binnen 20 Jahren Öl, Kohle und Gas durch erneuerbare Energien ersetzt haben. Wir bestehen auf öffentlichem Eigentum bei so wichtigen Ressourcen wie den Energienetzen, Wasser u. a.

Die Vorschläge der EL beinhalten kurz- und langfristige Elemente. Wir können nicht mehr warten.

Kurzfristig schlagen wir vor:

- strengere Regeln für den Energieverbrauch in Neubauten;
- die Einführung von Vorschriften für niedrigen Stromverbrauch neuer Elektrogeräte in allen Ländern;
- Energieeinsparung in allen öffentlichen Institutionen. Öffentliche Aufträge sind nicht mehr danach zu vergeben, wer die billigste Lösung anbietet, sondern vor allem, wer den größten Beitrag zu Energieeinsparung und umweltfreundlicher Produktion leistet;
- Senkung der Mehrwertsteuer für energiesparende und umweltfreundliche Erzeugnisse, höhere Steuern für solche mit hohem CO₂-Ausstoß;
- anlässlich der UN-Klimakonferenz in Bali zu den nächsten Schritten nach Kyoto: Unterstützung der EL für den von der internationalen NGO-Bewegung organisierten Globalen Aktionstag am 8. Dezember 2007, Aufruf zu massiver Beteiligung an dieser Aktion gegen den Klimawandel. Die EL wird sich auch an künftigen derartigen Aktionstagen beteiligen.

Längerfristig schlagen wir vor:

- eine spürbare Erhöhung der Ausgaben für Forschung, verstärkte Energieeinsparung und die Entwicklung erneuerbarer Energien;
- den schrittweisen Abbau von Subventionen für herkömmliche Produktion und größere Förderung umweltfreundlicher Herstellung;
- eine neue Transport- und Verkehrsstrategie. Durch Großinvestitionen in den öffentlichen Verkehr muss dieser zur kostengünstigsten Variante entwickelt werden. Der Warentransport ist von der Straße auf Schiene und Wasser zu verlagern;
- politische Priorität für Nachhaltigkeit gegenüber dem ungehinderten Warenverkehr.

Veränderung ist nötig. Die EL teilt die Vision von einer nachhaltigen Welt, in der die armen Länder eine faire Entwicklungschance haben. Daher fordern wir von uns und unserem Teil der Welt, bei der Entwicklung neuer und erneuerbarer Energieformen voranzugehen und unser Wissen mit anderen zu teilen. An die Bewegungen und politischen Kräfte der Linken geht unser Ruf, für eine ökologische, nachhaltige Welt solidarisch und einmütig zusammenzuwirken.



Beschlossener Antrag

Für eine gerechte Welthandelsordnung

Die ökonomische Globalisierung bezieht immer mehr und mehr Länder, reiche und arme, in die Weltwirtschaft ein, wo sie zunehmend unter Wettbewerbsdruck geraten. Dieser Prozess verändert den Kontext des Welthandels und übt starken Einfluss auf das Alltagsleben aus. Richtig gehandhabt, kann die Entwicklung des Handels eine Chance sein. Für die große Mehrheit der Weltbevölkerung sind die Versprechen der Globalisierung – Wohlstand, Frieden und demokratische Teilhabe – jedoch bisher nicht in Erfüllung gegangen. Die wachsenden Unterschiede im Entwicklungsniveau von Staaten und Regionen, Hunger, Armut und verbreitete Krankheiten, mangelnder Zugang zu Wasser und grundlegenden Dienstleistungen fordern eine grundsätzliche Veränderung der Welthandelspolitik.

Die EU-Wettbewerbsagenda stellt den Zugang zu Märkten, Energie und Rostoffen für europäische Großkonzerne und -investoren, Liberalisierung, Deregulierung und Zollsenkung in den Mittelpunkt. Diese Ziele werden auf allen Ebenen vorangetrieben – in der Welthandelsorganisation (WTO) sowie in den Verhandlungen über regionale und bilaterale Handelsabkommen, wobei weniger entwickelte Länder in letzteren einer noch ungünstigeren Situation ausgesetzt sind. Wo die Handelsliberalisierung mit Druck, zu rasch und ohne entsprechende Regeln durchgesetzt wird, führt sie zu Entindustrialisierung, Umweltzerstörung, wachsender Abhängigkeit und beschleunigter Verarmung. Seit die Doha-Runde und sogar die Verhandlungen über regionale Abkommen auf Eis gelegt wurden, sucht die EU mehr und mehr Vereinbarungen mit „interessanten“ Entwicklungsländern wie Indien, Brasilien, Südafrika, China oder Nordkorea, was in regionale Handelsbeziehungen störend eingreift.

Nicht nur im EU-Binnenmarkt, sondern auch global gefährden die Forderungen nach Liberalisierung und Privatisierung elementare öffentliche Dienstleistungen wie Wassergewinnung und -versorgung, Energieverteilung, Gesundheitswesen und Bildung. Landwirtschaftsgüter werden mehr und mehr wie Industriewaren behandelt, die irgendwo auf der Welt produziert und an jene verkauft werden, die sie sich leisten können. Die EU behält einerseits die hohen Subventionen für ihre eigene Agrarindustrie bei und fragt ganz bestimmte Importprodukte nach, tut jedoch wenig, um lokale Nahrungsmittelproduktion und -vielfalt in Entwicklungsländern zu fördern. Dort breiten sich Monokulturen für den Export aus, so genannte cash crops, wie Sojabohnen als Viehfutter oder Mais zur Gewinnung von Biotreibstoff für den europäischen Markt. Dies führt zur Verdrängung von Landwirtschaft für die örtliche Versorgung und zu Bodenerosion. Die Verbraucherpreise steigen. Lebensmittelsoveränität wird immer mehr eingeschränkt. In Süd und Nord verschwinden Klein- und Mittelbauern.

Die Europäische Linke lehnt diese „Strategie eines globalen Europas“ entschieden ab. Wir fordern die Europäische Union auf, ihr politisches und wirtschaftliches Gewicht für ein Welthandelsmodell einzusetzen, das auf multilateraler Zusammenarbeit und gerechten Handelsbeziehungen beruht. Wir setzen uns für ein Vorgehen in der globalen Politik ein, das auf multilaterale Vereinbarungen auf der Grundlage des Konzepts der Sonder- und Vorzugsbehandlung entsprechend den menschlichen und gesellschaftlichen Bedürfnis-

sen in allen Ländern gerichtet ist. Es ist an der Zeit, den Mythos von Freihandel und Marktöffnung als Allheilmittel zu entschleiern. Die Außenhandelspolitik der EU muss darauf gerichtet sein, Armut und Hunger zu bekämpfen, Umweltzerstörung und Raubbau an der Natur zu verhindern. Sie darf wichtigen Zielen in anderen Politikbereichen, besonders in Entwicklung, Umwelt und Sozialpolitik nicht zuwiderlaufen.

Gerechte Welthandelsbeziehungen können zu nachhaltiger sozio-ökonomischer, ökologischer und kultureller Entwicklung beitragen. Diese muss vorangebracht werden durch Unterstützung für Kooperativen und kurze Lieferwege, die ungerechtfertigte Profite für Zwischenhändler ausschließen. Klare Kennzeichnung und Kennzeichnungskriterien werden Produzenten und Verbrauchern helfen, Waren zu erkennen, die ohne Ausbeutung von Mensch und Natur hergestellt wurden. International vereinbarte Standards für Arbeit, Umwelt, Menschenrechte und Demokratie in Handelsabkommen müssen fester Bestandteil aller Verhandlungsmandate der EU-Kommission werden. Neue Initiativen sind notwendig, um Roh- und Grundstoffpreise zu stabilisieren.

Der Begriff „Handelshilfe“ („aid for trade“) als eines der in der Erklärung von Doha genannten Instrumente muss ernst genommen werden: Entwicklungshilfe muss auf Kompetenzaufbau („capacity building“) und auf technische Unterstützung gerichtet sein. Die weniger und am wenigsten entwickelten Länder müssen dazu befähigt werden, stabile Volkswirtschaften aufzubauen, die vor allem den Bedürfnissen ihrer Völker dienen. Lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe in Landwirtschaft, Handwerk und Dienstleistungen sowie für alle zugängliche öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur sind zu fördern. Industrien für die Verarbeitung von Rohstoffen und Materialien dort, wo sie wachsen oder abgebaut werden, sind zu entwickeln. Nur wenn beide Anforderungen erfüllt sind, werden diese Länder in der Lage sein, die Chancen des Welthandels zu nutzen und am Wettbewerb teilzunehmen. Während Länder wie Russland, China oder Indien bereits Handelsbeziehungen aufgenommen haben, die den Aufbau von Industrien in weniger entwickelten Ländern unterstützen und auch in die lokale Infrastruktur investieren, behandelt Europa diese Länder nach wie vor ausschließlich als Rohstofflager.

Regionale Vereinbarungen wie die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) mit AKP-Ländern müssen als Entwicklungs- und Handelsabkommen ausgearbeitet und verhandelt werden. Das bedeutet, dass sie auf den Prinzipien der Asymmetrie zugunsten der weniger entwickelten Regionen, der Unterstützung regionaler Integration, der Schaffung und Festigung regionaler Märkte und nicht vor allem der Öffnung von Märkten für die EU beruhen müssen.

Wir dringen auch auf eine Reform der Abkommen über geistige Eigentumsrechte (TRIPS). Die Patentierung lebender Organismen oder traditionellen Wissens und Saatguts durch multinationale Konzerne darf nicht gestattet werden. Patente auf traditionelles Saatgut versperren den Bauern den Zugang dazu, treiben den Anbau genetisch veränderter Organismen und sterilen Saatguts voran, was zu Abhängigkeit und unabsehbaren Folgen für die Gesundheit von Mensch und Natur führt. Die Behinderung des Kampfes gegen Pandemien wie HIV/AIDS, Tuberkulose oder Malaria muss verhindert werden. Ausnahmen im Rahmen des TRIPS-Abkommens für die Erteilung von Zwangslizenzen für pharmazeutische Produkte können nur dann etwas nützen, wenn sie ohne



überflüssige bürokratische Hürden praktisch anwendbar sind. Um die genannten politischen Veränderungen weltweit zu erreichen, genügt es nicht, nur die Handelspolitik der EU zu verändern, obwohl das ein entscheidender Schritt nach vorn wäre. Es ist auch an der Zeit, die globalen Handelsstrukturen zu überdenken. Die Partei der Europäischen Linken ruft dazu auf, die inneren Abläufe der WTO zu demokratisieren sowie mit dem UNO-System und all seinen Grundsätzen und Standards in Übereinstimmung zu bringen.

Beschlossener Antrag

Nur eine völkerrechtskonforme Lösung kann die Kosovo-Krise lösen

1999 begannen die Luftangriffe der NATO auf Belgrad. Ein völkerrechtswidriger Krieg wurde in Europa vom Zaune gebrochen. Der Krieg kehrte nach Europa zurück. Ein Jahrzehnt kriegerischen Engagements europäischer Länder an der Seite der USA im Irak, in Afghanistan und in Afrika folgte. Es trifft nicht zu, dass die EU Sicherheit und Frieden in Europa garantiert. Im Gegenteil, die EU selbst wird militarisiert und ist mehr und mehr in kriegerische Konflikte in aller Welt involviert.

Am Anfang dieses verhängnisvollen Weges standen die Zerstörung Jugoslawiens, Kriege und Bürgerkriege, die Brutalität ethnischer Säuberungen und Vertreibungen, hunderttausende Flüchtlinge, der Krieg um den Kosovo.

Die UNO versuchte diesen Krieg mit ihrer Resolution 1244 zu beenden, in der die völkerrechtliche Zugehörigkeit des Kosovo zur Republik Serbien festgeschrieben und eine UNO-Verwaltung etabliert wurde. Ungeachtet deren Bemühungen bleibt die Lage prekär. Gewalt und Vertreibung bestimmen nach wie vor den Alltag. Die Mehrheit der Menschen im Kosovo sind arbeitslos und ohne Perspektive. Das Kosovo wurde zur Drehscheibe für Kriminalität, Drogen- und Menschenhandel. Die Aussöhnung mit Serbien kam nicht voran. Eine drastische Veränderung der Lage könnte die Region in neue massenhafte Gewalt stürzen.

Am 10. Dezember 2007 will der Weltsicherheitsrat über den künftigen Status des Kosovo entscheiden. Der Vorschlag des UN-Vermittlers Martti Ahtisaari ist gescheitert, weil er entgegen dem Völkerrecht einen eigenen Staat Kosovo konstituieren wollte. Dem haben Serbien wie auch Russland und China nicht zugestimmt. Die Gründung eines selbstständigen Staates Kosovo wäre in der Geschichte die zweite Staatsgründung durch die UNO (nach Israel) und hätte rechtsetzende Wirkung. Eine einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo könnte bei anderen „eingefrorenen“ Konflikten in Europa und in der Welt wie zum Beispiel Transnistrien, Abchasien, Ossetien oder Berg-Karabach, einen Domino-Effekt erzeugen. Eine neue Spaltung Europas droht und neuerliche Gewalt ist nicht auszuschließen.

Die Positionen der Konfliktparteien sind gegensätzlich. Serbien ist bereit, alles unterhalb der staatlichen Abtrennung des Kosovo zu akzeptieren; die Kosovo-Verwaltung ist nicht bereit, irgendetwas unterhalb der Schwelle der Unabhängigkeit anzunehmen.

Die ohnehin angespannte Situation wurde verschärft durch die Erklärungen der Kosovo-Verwaltung, dass sie sich eine einseitige Unabhängigkeitserklärung vorbehalte, und

des US-Präsidenten Bush, dass die USA den Kosovo als selbstständigen Staat anerkennen werden. Auch für eine Reihe europäischer Staaten scheint dies nicht ausgeschlossen.

Die Partei der Europäischen Linken

- sagt Nein zu jeder einseitigen, gewaltsamen Veränderung bestehender völkerrechtlicher Grenzen in Europa. Auch dann, wenn die betroffenen Staaten ihre Hoheitsrechte derzeit in diesen Gebieten nicht ausüben können;
- setzt sich für den Ausbau und die Sicherung von Autonomiestatuten für nationale Minderheiten in Europa, insbesondere in Fragen der Bildung und Kultur ein;
- appelliert an die verantwortungsbewussten politischen Parteien und Kräfte, die sozialen und Friedensbewegungen, die Akteure der Zivilgesellschaft, sich in allen politischen Entscheidungsgremien und Prozessen verstärkt für eine demokratische, politische Lösung der Kosovo-Frage einzusetzen;
- ruft die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, an der UNO-Resolution 1244 festzuhalten. Wir wenden uns strikt gegen eine einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo sowie gegen die Anerkennung einer solchen Erklärung durch europäische Staaten. Nur mit Hilfe fortgesetzter internationaler Präsenz und auf der Grundlage des Völkerrechts kann das Volk von Kosovo auf dauerhafte Stabilität hoffen.

Die Europäische Linke übt scharfe Kritik an der EU, weil diese der Unabhängigkeit des Kosovo Vorschub leistet. Sie will ihre Kooperation mit Linken aus den Ländern des Balkans ausbauen und verbessern. Das ist der Beitrag, den wir für eine friedliche Entwicklung auf dem Balkan leisten können und wollen.

Beschlossener Antrag

Europäische Linke: Fünf Prioritäten für einen Frieden im Nahen Osten

Die Europäische Linke macht ihre Politik der Dringlichkeit eines Friedens im Nahen Osten an fünf Prioritäten fest:

1. Aktive Solidarität mit allen Völkern des Nahen Ostens, insbesondere mit denen, die Opfer kolonialer Herrschaft und militärischer Okkupation sind.
2. Gesellschaftliche Mobilisierung und institutionelles Handeln in Europa gegen die Risiken eines weiteren militärischen Abenteuers, diesmal gegen Iran, mit katastrophalen Folgen für die gesamte Region. Die Mobilisierung der öffentlichen Meinung in unseren Ländern ist entscheidend dafür, dass neue Schritte der Eskalation in Richtung auf einen Präventivkrieg gestoppt und unterbunden werden.
3. Die Forderung nach einer europäischen Politik, die sich unabhängig von der US-Regierung macht, auf die politische Lösung der verschiedenen Konflikte auf regionaler oder nationaler Ebene in den betreffenden Ländern der Region gerichtet ist und auf dem Prinzip der Nichteinmischung beruht.
4. Politische und ideologische Auseinandersetzung mit der Islamfeindlichkeit, die in unseren Ländern betrieben wird. Dafür setzen wir uns ein, weil wir die Menschenrechte und die kulturelle Vielfalt verteidigen wollen. Und auch



weil die Islamfeindlichkeit das Ergebnis einer intensiven Kampagne zur Vergiftung der öffentlichen Meinung ist. Diese ist darauf gerichtet, die Öffentlichkeit im Namen des so genannten Krieges gegen den Terrorismus für eine Akzeptanz der Militarisierung der Politik und das Aufgeben grundlegender Freiheiten und Bürgerrechte reif zu machen.

5. Die Unterstützung der demokratischen, säkularen und linken Tendenzen in den verschiedenen Ländern des Nahen Ostens, die unter schwierigen Bedingungen für die Bildung von souveränen und demokratischen Staaten kämpfen, wo die Menschenrechte respektiert, wo Kommunalismus, eklatante soziale Ungleichheit und Geschlechter-Ungerechtigkeit beseitigt werden.

Angesichts der gegenwärtigen explosiven Situation im Nahen Osten fordert die Europäische Linke unverzüglich, innerhalb des Jahres 2008, wirkliche Fortschritte bei der Lösung solcher Probleme wie: ein klares Abkommen über die Grenzziehung, die Rückkehr der Flüchtlinge im Einklang mit der UNO-Resolution 194, der Abbau der israelischen Siedlungen, die Etablierung eines lebensfähigen palästinensischen Staates neben dem Staat Israel, der Status von Ost-Jerusalem als Hauptstadt des palästinensischen Staates und die Freilassung aller Gefangenen.

Weiterhin fordert die EL:

1. Die Beendigung der militärischen Besetzung sowie die Aufstellung eines festen Zeitplans für den Abzug der ausländischen Truppen aus Afghanistan und Irak. Dies sind Voraussetzungen für den Erfolg des Prozesses nationaler Dialoge mit dem Ziel, die Waffen zum Schweigen zu bringen und die territoriale Integrität der Staaten der Regionen zu bewahren.

2. Die klare Zurückweisung militärischer Lösungen der Grenzkrise zwischen der Türkei und Irak. Die Anerkennung des kurdischen Volkes und seiner kulturellen und politischen Rechte, wo immer es auch lebt und die gleichzeitige Sicherung von Bedingungen für regionale Sicherheit, die Achtung der Menschenrechte sowie die Förderung der Demokratisierungsprozesse.

3. Die Rücküberweisung des Streits um das iranische Nuklearprogramm an die Internationale Atomenergie-Behörde im Einklang mit dem Atomsperrvertrag. Verbale Eskalation, militärische Drohungen und Sanktionen, die den Bürgern Irans schaden, müssen beendet und durch ernsthafte Verhandlungen auf der Grundlage des Völkerrechts ersetzt werden.

4. Die sofortige Aufhebung der Blockade des Gaza-Streifens, den Abriss der widerrechtlichen Annexionsmauer und die Beendigung der Menschenrechtsverletzungen in der West Bank und im Gaza Streifen.

5. Die Übergabe der Golanhöhen und der Chebaa-Farmen durch Israel an Syrien bzw. Libanon.

6. Eine Lösung der Libanonkrise, die von unabhängigen Kräften ausgehandelt werden muss ohne jegliche Einmischung äußerer regionaler oder imperialistischer Kräfte, die zu einem Bürgerkrieg führen könnte.

Die Europäische Linke ist der Auffassung, dass die gegenwärtige explosive Situation im Nahen Osten eine Folge der Strategie der Bush-Administration ist, einen Neuen Nahen Osten aus dem Chaos zu schaffen. Dieser abenteuerliche

und imperialistische Plan zielt auf die dauerhafte Kontrolle der Quellen und der Verteilung von fossilen Brennstoffen, eine Vorherrschaft der USA und Israels im Rahmen der Schwächung der Souveränität der National-Staaten bis zu deren Aufsplitterung in kommunalistische Protektorate.

Die Konferenz von Annapolis steht in keinem Widerspruch zu dieser Strategie. Statt eines Versuches, die Konflikte zu lösen, wird sie den Willen ausdrücken, das System der regionalen Bündnisse zu verändern.

Entgegen dieser instrumentalen Strategie für den israelisch-palästinensischen Konflikt, die auf Krieg und Einfluss in der Region abzielt, steht die Europäische Linke für eine Alternative des Friedens und der kollektiven Sicherheit. Wir schlagen daher vor:

1. Eine Ständige Konferenz für Frieden und Zusammenarbeit unter der Schirmherrschaft der UNO einzuberufen, die alle gegenwärtigen Konfliktparteien einschließt und an der auch nichtstaatliche Akteure teilnehmen können. Die USA, die EU und Russland sollten die Rolle von Garantemächten eines Abkommens übernehmen und nicht in die Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien eingreifen.

- a) Das erste Ziel einer solchen Konferenz sollte sein, so lange die Verhandlungen im Gange sind, die militärischen Auseinandersetzungen durch eine Waffenruhe und Sicherheitsgarantien zu ersetzen.

- b) Das nächste Ziel der Konferenz ist eine Analyse aller UNO-Vorschläge für eine endgültige Regelung zwischen Israel und Palästina und für die seit 1967 okkupierten Gebiete.

- c) Das dritte Konferenzziel ist die Schaffung eines politischen und strategischen Rahmens für eine schrittweise und zahlenmäßig abgestimmte Demilitarisierung des Nahen Ostens, gefolgt von einem System von Sicherheitsgarantien. Waffenexporte in den Nahen Osten müssen geächtet werden; die Denuklearisierung der Region ist die einzige Garantie gegen die Weiterverbreitung nuklearer Bestrebungen.

2. Diese Konferenz sollte der Zivilgesellschaft der einzelnen betroffenen Länder eine spezifische Plattform der Teilnahme schaffen. Frieden lässt sich nicht durch Staaten erreichen. Auch in den Gesellschaften der Konfliktparteien und ihren aktiven Kräften müssen Hass und Misstrauen überwunden werden.

3. Die Europäische Linke erklärt ihren Willen, in Zusammenarbeit mit organisierten Gruppierungen und Bezugspersonen nichtkonfessioneller linker Kräfte des Nahen Ostens, Plattformen für das Treffen und den Dialog schaffen zu helfen. Zwischen den Linken in Israel, Palästina und den arabischen Ländern muss ein lebendiger Dialog stattfinden. Die Europäische Linke wird dazu beitragen, dass eine solche Konferenz zustandekommt, für die Zypern ein geeigneter Ort sein könnte.

4. Die Europäische Union muss bei der Lösung des Nahost-Konflikts eine unabhängige aktive Rolle spielen. Das bedeutet, dass sie sich von den USA emanzipieren muss und auch vor einer kritischen Diskussion mit Israel nicht zurückscheuen darf. Die Europäische Union muss sich gleichermaßen für Frieden und Gerechtigkeit für Israel und Palästina engagieren. Diese Fragen sind untrennbar miteinander verknüpft. Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten müssen zu einem wichtigen Anliegen europäischer Politik werden.



Beschlossener Antrag

Für eine EU-Afrika-Strategie zur Erfüllung der Millenniumsziele

1. Die Einberufung des EU-Afrika-Gipfels im Dezember 2007 in Lissabon hat auf europäischer Seite scharfe Polemik ausgelöst. Die Partei der Europäischen Linken verurteilt die Haltung der Regierungen, die sich davon zurückgezogen haben. Sie entschuldigten ihre Abwesenheit mit der Teilnahme von Robert Mugabe am Lissabonner Gipfel. Dabei geht es ihnen nicht wirklich um die Menschenrechte. Der britische Premierminister Gordon Brown will nicht, dass der afrikanische Kontinent zu einer Priorität für Europa wird. Deshalb sucht er afrikanische Führer in den Augen der europäischen Öffentlichkeit abzuwerten.

Es ist wichtig, dass der Gipfel anspruchsvolle und verifizierbare Ziele und Kompromisse bringt, um die von der UNO im Jahre 2000 beschlossenen Millenniumsziele der Entwicklung (MDG) zu erreichen.

2. Die Europäische Linke sorgt sich um die Menschenrechte. Daher kritisieren wir den Ausgangspunkt der EU für diesen Gipfel, denn die Öffnung der Märkte Afrikas ist das Hauptziel für die EU wie auch für andere Wirtschaftsmächte, die Handel und Investitionen auf dem Kontinent wesentlich verstärkt haben.

Das von der EU erwählte Instrument, um dieses Ziel zu erreichen, sind die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA), die auf gegenseitiger Gleichbehandlung basieren sollen. Gemeinsam mit unzähligen afrikanischen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen für Entwicklung verurteilt die EL diese Strategie und schließt sich dem Widerstand dagegen an. Die WPA laufen der Tendenz zur regionalen Integration der Wirtschaften Afrikas zuwider und begünstigen den Stärkeren – Europa – gegenüber dem Schwächeren – Afrika. Regionale Vereinbarungen wie die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raumes (AKP) müssen als Entwicklungs- und Handelsabkommen zugleich erarbeitet und ausgehandelt werden. Das bedeutet, sie müssen auf den Grundsätzen der Asymmetrie zugunsten der weniger entwickelten Regionen, der Unterstützung regionaler Integration sowie der Entwicklung und Stärkung regionaler Märkte beruhen.

Für Brüssel ist Handel gleichbedeutend mit Entwicklung. Für die EL dagegen ist Entwicklung eine Vorbedingung für fairen und gerechten Handel.

3. Zusammenarbeit für Entwicklung – Kampf gegen Krankheiten wie HIV/AIDS, gegen Hunger und extreme Armut – muss auf diesem Gipfel Priorität genießen.

Zwar gewährt Europa weltweit 60 Prozent der staatlichen Entwicklungshilfe und ist bei weitem der größte globale Geber, trotzdem erfüllt es bei weitem noch nicht das Ziel von 0,7 Prozent des BIP für jedes einzelne Land, zu dem es sich verpflichtet hat. In einigen Ländern geht der Anteil der Entwicklungshilfe wegen der Politik des Stabilitätspaktes sogar zurück. Schlimmer noch: Brüssel rechnet den Erlass von Auslandsschulden als Anteil an der Summe der Entwicklungshilfe an und will diese „kreative Buchführung“ auch auf die Partnerschaften im Bereich des Klimawandels ausdehnen.

Für Brüssel ist Hilfe eine Zugabe zum freien Handel. Für die EL ist Zusammenarbeit der Schlüssel zu einer Strategie nachhaltiger Entwicklung, in deren Mittelpunkt die lokalen

Gemeinschaften und die Unterstützung einer regionalen Integration der Wirtschaften Afrikas stehen.

4. Auf diesem Gipfel will Brüssel auch erreichen, dass die afrikanischen Staaten zur Unterdrückung von „illegaler“ Einwanderung beitragen und die Selektion „qualifizierter Einwanderer“ aus dem subsaharischen Afrika unterstützen. Erstere Politik, die das Mittelmeer zu einer Mauer umfunktionierte, ist für Tausende Tote und die tägliche Verletzung grundlegender Menschenrechte verantwortlich. Letztere Politik wird, wenn sie denn gelingt, den afrikanischen Kontinent seiner qualifiziertesten Arbeiter berauben und damit die Zukunftsfähigkeit von Entwicklungsstrategien aufs Spiel setzen.

Die EL lehnt alle Vereinbarungen ab, die die EU mit den Herkunfts- oder Durchgangsländern von Immigranten schließen sollte, die die rasche Ausweisung erleichtern und gemeinsame Kontrollsysteme errichten, wobei an afrikanische Staaten Aufgaben mit den entsprechenden Grenz- und Polizeiausrüstungen übertragen werden, die ausschließlich in die Kompetenz der europäischen Staaten fallen. Für die Partei der Europäischen Linken ist kein Mensch illegal, weshalb Europa eine gemeinsame Politik zur Steuerung der Migrationsströme aus und nach den Herkunftsländern sowie der zirkularen Migrationsströme entwickeln muss, die den Zielen von Zusammenarbeit und Entwicklung dient.

Der 2. EL-Kongress bringt aktive Solidarität mit dem Volk der Westsahara zum Ausdruck. Einerseits fordern wir von der spanischen Regierung, dass sie ihre Verantwortung für den Entkolonialisierungsprozess wahrnimmt. Andererseits verlangen wir vom Königreich Marokko, dass es die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates umsetzt und ein Referendum über die Selbstbestimmung des sahraischen Volkes abhält.

5. Brüssel will das Militärpotenzial Afrikas unter seine Kontrolle bringen, um Konfliktmanagement für europäische Interessen betreiben zu können. Aus Sicht der EL sind Kriege und bewaffnete Konflikte in Afrika ein Fluch, der mit politischen Mitteln überwunden werden muss. Dreiundzwanzig Konflikte in den letzten fünfzehn Jahren – das sind nicht nur viele Tausende vernichteter Menschen, sondern auch Millionen von Flüchtlingen ohne Hoffnung auf Leben sowie wirtschaftliche und soziale Verluste in Höhe von mindestens 300 Milliarden Dollar. In einigen dieser Konflikte entspricht dies der Summe der ausländischen Entwicklungshilfe im gleichen Zeitraum. In mehreren Fällen waren europäische Staaten als interessierte Partei beteiligt. Das bedeutet, dass Europa mit der einen Hand gibt und mit der anderen nimmt.

Die EL hält es für wichtig, dass der Lissabonner Gipfel seine Unterstützung für die Verträge zur Einschränkung des Handels mit Kleinwaffen erklärt, die gegenwärtig in der UNO blockiert werden. Wir sind auch der Meinung, dass politischen Prozessen Priorität zukommen muss, die eine Lösung der verschiedenen bewaffneten Konflikte am Horn von Afrika zu bringen vermögen.

Die EL wendet sich gegen das militärische Eingreifen Europas in Afrika. Stattdessen fordern wir friedenserhaltende Einheiten, die auf Beschluss der UNO eingesetzt werden und aus Vereinbarungen zwischen allen kriegführenden Parteien hervorgehen.



Die europäische und die lateinamerikanische Linke

Seit einigen Jahren beobachten wir in Lateinamerika einen politischen Frühling der Linken, der sich in den Erfolgen von Links- und Mitte-Links-Regierungen in der Mehrheit der Staaten des Subkontinents zeigt. Die Erfahrungen dieser Länder sind durchaus verschieden, aber sie alle arbeiten daran, einen linken Ausweg aus den Katastrophen zu entwickeln, die die neoliberale Politik verursacht hat. Das Thema des Sozialismus im 21. Jahrhundert hat nach so vielen Jahren der Vergessenheit durch die Erfahrungen Lateinamerikas neuen Auftrieb erhalten.

Dort sucht man nicht nur nach wirtschaftlichen Formen der Integration, sondern auch nach sozial geprägten Formen der Befreiung aus jahrzehnte- und jahrhundertelanger Unterordnung unter die imperiale Macht des Riesen USA, wie sie ALBA („Bolivarische Alternative für die Völker unseres Amerikas“, die Konzeption Hugo Chávez' in Venezuela) darstellt. In Lateinamerika war es möglich, das Projekt der ALCA (von den USA geförderte panamerikanische Freihandelszone) zurückzuweisen und die Bollwerke des dominierenden neoliberalen Modells in Frage zu stellen. Das geschah durch die Wiederaneignung der von den multinationalen Konzernen geraubten nationalen Ressourcen in Venezuela, Ecuador und Bolivien, durch die Emanzipation von den Instrumenten finanzieller Dominanz sowie von den Rezepten des IWF und der Weltbank. Die Gründung einer Bank des Südens ist eine Alternative nicht nur zum Modell der Weltbank, sondern auch der Europäischen Zentralbank.

Hauptakteure dieser Neubelebung waren nicht nur die Regierungen, sondern auch die Völker und die sozialen Bewegungen. Denken wir nur an die Rückforderungen der Ur- und Einwohner, an die Wahl von Evo Morales zum bolivianischen Präsidenten, an solche Erfahrungen sozialer und Bürgerbewegungen wie Sem Terra in Brasilien oder an die Sozialforen. Denken wir außerdem an die rechtswidrigen ökologischen und sozialen Schulden, die die sozialen Bewegungen und viele Regierungen Lateinamerikas einfordern, und das nicht nur als einfaches Ziel, sondern als politische Praxis und als Werkzeug, um Räume für eine alternative Politik und Wirtschaft zu öffnen.

Die Partei der Europäischen Linken wird sich dem Thema der Verantwortung Europas für die neuen Prozesse einer wirtschaftlichen, politischen und sozialen Transformation in Lateinamerika widmen müssen. Dies insbesondere angesichts der Gefahren, die die Wirtschafts- und Handelspolitik der EU in Lateinamerika und überall in der Welt mit sich bringt. Gegenwärtig verhandelt die EU über drei biregionale Assoziierungsabkommen mit dem MERCOSUR, mit Zentralamerika und der Andengemeinschaft. Auch ein Abkommen mit Brasilien ist in Aussicht gestellt. Angesichts der bestehenden Asymmetrien unter den Partnern müssen wir verhindern, dass diese Assoziierungsabkommen auf den freien Handel beschränkt werden, weil das die Asymmetrien und Ungleichheiten unter den lateinamerikanischen Staaten nur noch weiter verschärfen wird. Vor allem gilt es zu verhindern, dass die EU Verhandlungen über Verträge ähnlich wie das von den USA vorangetriebene Freihandelsabkommen für Zentralamerika (CAFTA) anbietet. Es ist wichtig, dass die As-

soziierungsabkommen auf dem gegenseitigen Interesse an einer politischen und wirtschaftlichen Assoziation mit der Region und den einzelnen Ländern beruhen. Sie müssen die gegenwärtigen Asymmetrien und Ungleichheiten zwischen den beiden Regionen und den einzelnen Ländern Mittelamerikas berücksichtigen. Daher sollten sie auf drei Säulen beruhen – politischer Dialog, Handel unter Berücksichtigung der Asymmetrien und Zusammenarbeit für Entwicklung. Die EU drängt diese Länder jedoch zur Unterzeichnung von Freihandelsabkommen, ohne den Abschluss der laufenden Verhandlungsrunde in der WTO abzuwarten. Das zeigt, welche Pläne sie verfolgt. Man braucht dafür nur die „Schlussfolgerungen und Empfehlungen zur Eröffnung von Verhandlungen mit den ASEAN-Staaten, Indien und Südkorea“ zu lesen, die der Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Auswärtige Beziehungen am 23. April 2007 verabschiedet hat. Der Europäische Rat befürwortet entschieden die Aufnahme von Verhandlungen mit der Andengemeinschaft und Zentralamerika, um eine Reihe von Abkommen zu schließen, die selbst über die Festlegungen der WTO noch hinausgehen. Deren Ziel ist verstärkte Konkurrenzfähigkeit und Wachstum in Europa und im globalen Rahmen sowie die Integration der Partnerländer in das globale Marktsystem. Das ist eine großangelegte Strategie, die Kommissar Mandelson in einem Dokument mit dem Titel „Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalisierten Wirtschaft“ theoretisch ausgearbeitet hat. Dort schlägt er eine aggressive Agenda des freien Marktes vor. Nach dieser Theorie sollen einige Themen, die in der WTO bisher offen gelassen wurden, die sogenannten „Singapur-Themen“ – Investitionen, Wettbewerbsfähigkeit und Liberalisierung von Dienstleistungen – in die Verhandlungen aufgenommen werden. Die Freihandelsabkommen sollen also dazu dienen, die gegenwärtigen Prioritäten der EU zu verändern, vor allem europäischen Konzernen Zugang zu den Naturressourcen der Länder dieses Raumes verschaffen.

Was die Beziehungen zur Republik Kuba betrifft, so verlangt die Partei der Europäischen Linken die Erfüllung der zahlreichen Resolutionen der UNO-Vollversammlung, die ein Ende der Wirtschaftsblockade der USA gegen Kuba fordern. Zugleich ist die EL der Meinung, dass der in den Schlussfolgerungen des EU-Rates vom Juni letzten Jahres enthaltene Vorschlag, „einen umfassenden und offenen politischen Dialog mit den kubanischen Behörden über gemeinsame Grundlagen von gegenseitigem Interesse“ aufzunehmen, zwar eine notwendige Korrektur der EU-Politik gegenüber Kuba darstellt, die EU aber die Gemeinsame Position von 1996 und die im Jahre 2003 verhängten Sanktionen endgültig aufgeben muss.

Die EL fordert Freiheit für die fünf kubanischen Gefangenen, die gegen den Terrorismus kämpften und dafür unter grausamen Bedingungen, einschließlich Isolationshaft, in US-Gefängnissen festgehalten werden, was eine Verletzung von Grundprinzipien der Rechtsprechung darstellt. Hier zeigt die US-Administration ihr doppeltes Gesicht: Während sie die fünf Kubaner weiterhin hinter Gittern hält, gewährt sie dem Terroristen Luis Posada Carriles nach wie vor Asyl und lehnt das Auslieferungsgesuchen der Regierung Venezuelas ab.

Die EL unterstützt die demokratische Revolution in Bolivien, die die Wiedergewinnung der Identität und Souveränität des Landes zum Ziel hat. Wir wenden uns gegen Hetzpropaganda und separatistische Machenschaften, mit denen Bolivien gespalten und fragmentiert werden soll.



Die EL muss ihr Engagement verstärken, um zusammen mit allen progressiven politischen Kräften und sozialen Bewegungen Lateinamerikas sowie den sozialen Bewegungen auf dem europäischen Kontinent ein gemeinsames politisches Projekt zu entwickeln, das eine Alternative zu dem Plan der Europäischen Kommission darstellt, die sich für das weitere Vordringen der europäischen Konzerne nach Lateinamerika einsetzt – zum Schaden der Entscheidungen für soziale Gerechtigkeit und die Überwindung des Kapitalismus, die viele Regierungen der Region getroffen haben. Ein solches Projekt kann zustande kommen, wenn die EL ihre Zusammenarbeit mit dem Forum von Sao Paulo verstärkt, der in den 90er Jahren aufgebauten Struktur der Zusammenarbeit der lateinamerikanischen Linken.

Die EL will ihre Beziehungen zum Forum von Sao Paulo (FSP) und zu anderen Kräften der politischen und sozialen Linken in Lateinamerika und der Karibik intensivieren. Aus Anlass des nächsten EU-Lateinamerika-Gipfels wollen wir die guten Erfahrungen des Wiener Treffens vom Mai 2006 aufnehmen und auf einem Gegengipfel gemeinsame Initiativen vorstellen. Dieser wird von der Arbeitsgruppe Lateinamerika der EL und der Arbeitsgruppe des FSP vorbereitet werden und eine gemeinsame Beratung des EL-Vorstandes mit der Arbeitsgruppe des FSP einschließen.

Interviews mit Kongressteilnehmern

Die Fragen stellte Helmut Ettinger.

● **Milan Neubert**, Vorsitzender der Partei des Demokratischen Sozialismus (SDS – Tschechien), der Gastgeberpartei des Kongresses

Sie haben in Prag einen hervorragenden Kongress der Partei der Europäischen Linken organisiert, dessen Verlauf viele beeindruckt hat. Das war für Ihre Partei ganz sicher eine schwierige Angelegenheit. Wie sehen Sie aus heutiger Sicht die Übernahme dieses Projektes und was hat es für die SDS bedeutet?

Für uns war die Möglichkeit, für die Europäische Linke diesen Kongress vorzubereiten, eine große Chance und eine sehr wichtige Aufgabe. Wir wollten den Parteien der Europäischen Linken ein gutes Umfeld für die Beratungen schaffen. Die Vorbereitung des Kongresses hat unsere ganze Partei aktiviert. Vor allem das große Vertrauen, das uns die anderen Parteien entgegengebracht haben. Das hat uns sehr geholfen.

Anfangs hatten wir die Vorstellung, den Kongress dem 40. Jahrestag der Ereignisse des Jahres 1968 zu widmen, die großen Einfluss auf die politische Entwicklung in Tschechien gehabt haben. Aber in den letzten Monaten kamen wir zu der Erkenntnis, dass das kein Hauptthema des Kongresses sein kann. Europa hat so viele brennende ökonomische und soziale Probleme, dass sich die EL auf ihrem Kongress viel mehr damit beschäftigen sollte, wie auch unsere Partei des Demokratischen Sozialismus es in Tschechien tut.

Immerhin hat sich nun ergeben, dass man auf dem Kongress das eine getan und das andere nicht gelassen hat. Der EL-Vorsitzende Fausto Bertinotti hat seine Rede

mit einer Würdigung des 40. Jahrestages von 1968 begonnen, was er für unvermeidlich hielt, weil wir uns hier in Prag treffen. Andererseits hat sich der Kongress in der Tat vor allem mit den alltäglichen Problemen Europas beschäftigt.

Ich bin froh darüber, dass der scheidende Parteivorsitzende 1968 erwähnt hat. Das war besser, als wenn unsere Delegation es getan hätte. Unter den tschechischen Linken haben wir uns darüber verständigt, dass wir uns im Interesse der Menschen nicht in ideologische Debatten einlassen wollen, sondern auf Aktionseinheit in der Praxis orientieren. So sollte auch die Europäische Linke vorgehen.

Welches Ergebnis des Kongresses ist Ihnen besonders wichtig?

Für unsere Delegation, für die Gäste des Kongresses und die Bevölkerung war besonders interessant zu sehen, dass es in ganz Europa ähnliche Probleme gibt. Der Kongress hat die Kommunikation der EL in die tschechische Gesellschaft verbessert, was für unsere weitere Arbeit sehr hilfreich sein wird.

Was möchten Sie der Partei der Europäischen Linken im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung des Kongresses an kritischen Bemerkungen sagen oder an Wünschen äußern?

Die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien war insgesamt gut. Sie hätte aber über die ganze Vorbereitungszeit gleichmäßiger sein können. Dann hätten wir die große Hektik am Ende vermieden. Vorstand und Sekretariat haben uns sehr unterstützt.

Wie war das Zusammenwirken mit der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KPBM), die Beobachterpartei in der EL ist, in Vorbereitung des Kongresses?

In meiner Rede auf dem Kongress habe ich bereits darauf hingewiesen, dass die letzten Wochen gezeigt haben, welche Möglichkeiten für konkrete Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Parteien bestehen. Die Kooperation hat sehr gut geklappt – nicht nur zwischen den Sekretariaten, sondern auch zwischen den Mitgliedern. Sie haben so lebhaft über viele konkrete Probleme miteinander diskutiert, wie lange nicht mehr. Das war für alle eine gute Schule. Wir haben diese Gespräche in den Tagen des Kongresses auch mit der Führung der KPBM fortgesetzt. Alle Seiten schätzen dies als eine sehr gute Erfahrung ein.

● **Mark Tkatschuk**, Stellvertretender Vorsitzender der Partei der Kommunisten der Republik Moldova (PKRM)

Ihre Partei, die PKRM, ist bislang die einzige Partei aus einem Nicht-EU-Land, die Mitglied der Partei der Europäischen Linken geworden ist. Können Sie uns etwas über die Motive für diesen Schritt und die Erwartungen sagen, die die PKRM mit der EL-Mitgliedschaft verbindet?

Unsere Partei hat zweimal nacheinander in einer ehrlichen, demokratischen Auseinandersetzung bei Parlamentswahlen gesiegt, die von allen internationalen Beobachtern als frei und fair bewertet wurden. Das hat unser Selbstbewusstsein natürlich gestärkt. Zugleich hat es uns vor die harte Frage gestellt, wie es mit unserem Land weitergehen soll. Die Erwartungen, die man an uns stellte, waren sehr verschieden. Viele haben z.B. geglaubt, dass wir zumindest



nach dem zweiten Sieg den Namen der Partei ändern werden. Das wurde uns von vielen Seiten angeraten. Sonst würde uns der Westen nie verstehen, hieß es. Wir sehen uns als Reformkommunisten. Aber im Westen erkenne man als echte Reformkommunisten nur solche an, die sich von ihren Prinzipien und auch noch von ihrem Markenzeichen, dem Namen, trennen. Wir hätten das als Verrat an uns selbst empfunden. In unserer Partei selbst hat es solche Pläne und solche Illusionen nicht gegeben.

Wir sehen uns weiterhin als eine Partei von Kommunisten, die seit längerem, schon in den Jahren der Opposition, begonnen hat, die Erfahrungen ihrer eigenen Regierungspraxis zur Sowjetzeit kritisch zu hinterfragen. Für uns sind diese Erfahrungen kein Dogma. Den Zerfall der Sowjetunion haben wir nicht als ein Naturereignis erlebt, das durch die Machenschaften westlicher Geheimdienste oder irgendwelche Außerirdischen herbeigeführt wurde, die die Sowjetgesellschaft zerstört haben. Uns war klar, dass die Katastrophe, die sich auf dem Gebiet der Sowjetunion abgespielt hat, lange im Inneren des Systems herangereift ist. Und zwar nicht deswegen, weil es in diesem System viel Sozialismus gab, sondern gerade weil es zu wenig davon gab. Diesem System hat ein ganz wichtiges Element gefehlt, das viele Seiten dieser Gesellschaft hätte ins Gleichgewicht bringen können – das Vertrauen in die Fähigkeit des Menschen, selbständige Entscheidungen zu treffen. Ich meine damit Demokratie im umfassenden Sinne.

Das waren ganz eigene Voraussetzungen, die dazu beigetragen haben, dass die PKRM bereits in der Zeit der Illegalität (nach dem Verbot der KPdSU im Gefolge des Putschversuches vom August 1991 – H. E.) und danach in der schweren Phase der Opposition viel Ansehen im Volke gewonnen hat. Unsere Zeitung als Oppositionspartei hatte eine höhere Auflage als zahlreiche kommerzielle Zeitungen, die damals in Moldova erschienen.

Nach unserem zweiten Sieg bei den Parlamentswahlen von 2005 haben wir eine beträchtliche Akzentverschiebung vorgenommen. Während die PKRM 2001 mit der Orientierung in die Wahl ging, dass die Beziehungen zu den GUS-Staaten, vor allem zu Russland, verbessert werden müssen, um eine ausgewogene Außenpolitik des Landes zu erreichen, traten politische Strukturen Russlands in den Wahlen von 2005 als unsere politischen Gegner auf. Sie haben Parteien unterstützt, die den Austritt Moldovas aus der GUS und eine baldige Mitgliedschaft in der NATO forderten. Das mag paradox klingen, aber so ist es gewesen. Und die PKRM hat die zweite Wahl nur deswegen gewinnen können, weil sie seit ihrem Regierungsantritt im Jahre 2001 die einzige Partei im Lande war, die sich konsequent für eine europäische Orientierung, d. h. für die Teilnahme Moldovas an der europäischen Integration, eingesetzt hat. Man kann sagen, wir haben die europäische Modernisierung Moldovas eingeleitet.

Diese Sicht auf Europa unterschied uns von der politischen Konkurrenz im Lande. Deren Haltung zu Europa möchte ich als populistisch und konsumorientiert bezeichnen. Sie verbreiteten die Vorstellung, wenn Moldova der EU beitrifft, dann bricht hier das Schlaraffenland aus. Wir sahen das anders. Uns war klar: Ein so kleines Land wie das unsere, wo in den ersten vier Jahren der Unabhängigkeit, von 1991 bis 1995 aufgrund der Politik der damaligen Regierungen das BIP um 60 Prozent gesunken ist, das an starker Entvölkerung litt, weil die Leute in Größenordnungen auswanderten, wo

die aus der alten Nomenklatura hervorgegangenen Oligarchen-Clans alle Macht in der Hand hielten, nur die europäische Modernisierung zu einer allgemeinen Verbesserung der Lage führen konnte. Die Überwindung der schweren sozialen Probleme war nur möglich, wenn es gelang, die Staatsmacht einer demokratischen Kontrolle zu unterstellen, die Bürokratie abzubauen und den ganzen Staatsapparat gründlich zu reformieren.

In der Partei der Europäischen Linken werden heute viele Standards der EU kritisiert. Das sehen wir als eine Kritik von Menschen an, die bestimmte Entwicklungsetappen lange hinter sich haben. Wenn man solche Länder wie Moldova oder die Ukraine, ja, fast alle Staaten des postsowjetischen Raumes nimmt, so sind sie quasi in eine vorkapitalistische Periode zurückgefallen. Das wird im Westen nicht immer genügend beachtet. Deshalb gehen wir auch an die europäische Integration anders heran. Wir meinen, wenn wir unsere sozialen Probleme lösen wollen, dann müssen wir unser ganzes System reformieren – seine juristische, wirtschaftliche Seite und viele andere dazu. Das hat unsere ganze Denkweise als regierende Partei verändert.

Dabei konnten und wollten wir auf unsere Grundwerte nicht verzichten – soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit für alle, demokratische Kontrolle der Staatsmacht durch die Gesellschaft. Wir wollten auch unsere Geschichte nicht einfach ad acta legen. Gerade weil sie so dramatisch verlaufen ist, fühlen wir uns dafür verantwortlich, uns mit ihren negativen Aspekten auseinanderzusetzen. Das nicht denen zu überlassen, die 1991 ihre Parteibücher verbrannt haben, der ganzen alten Elite der moldauischen Sowjetrepublik. Das muss unsere Sache als Kommunisten sein, die wir das Positive aus unserer Geschichte fortführen und auf die neuen Bedingungen anwenden wollen.

Für all das brauchen wir Verbündete, Parteien, mit denen wir eine gemeinsame Sprache sprechen. Uns geht es darum, dass die negativen Seiten Europas kritisiert und überwunden, seine positiven Seiten aber bewahrt werden. Die haben wir in der Partei der Europäischen Linken gefunden. Wir brauchen den Kontakt zu Parteien, die nicht an der Krankheit leiden, die leider einige linke Parteien des postsowjetischen Raumes befallen hat – Isolationismus, Fremdenfeindlichkeit oder Nationalismus, Dinge, die mich sehr daran zweifeln lassen, ob es sich dabei noch um linke Parteien handelt. Ich will hier keine Namen nennen, aber jeder wird verstehen, wen ich meine.

Wenn man in Moldova links sein will, muss man einfach Internationalist sein, muss man allen kulturellen Traditionen mit Achtung begegnen. Wir teilen Europa nicht in Ost und West. Wir leben an der Nahtstelle, wo Ost und West sich immer günstig beeinflusst haben. Das beginnt schon bei der Sprache. Moldauisch gehört zur romanischen Sprachfamilie, und doch wird Russisch bei uns viel gesprochen und wohl gelitten. Auch Ukrainisch und weitere Sprachen. Als die EL gegründet wurde, war uns sofort klar, dass dieser linke Zusammenschluss für uns eine hoch interessante Sache ist. Wir haben viele Gemeinsamkeiten entdeckt, obwohl nach wie vor beträchtliche Unterschiede bestehen. Ich denke aber, dass letztere bei besserem gegenseitigen Kennenlernen ziemlich rasch schrumpfen werden. Es ist aber auch nicht von der Hand zu weisen, dass die Geschichte der einzelnen Parteien sehr verschieden ist. Zudem haben viele linke Parteien Westeuropas – das ist uns aufgefallen – nur



eine sehr vage Vorstellung von dem, was hinter dem neuen Eisernen Vorhang, d. h., hinter den Ostgrenzen der EU vor sich geht.

Können Sie etwas konkreter formulieren, was Sie von der Partei der Europäischen Linken erwarten?

Die Partei der Europäischen Linken kann für uns eine große Hilfe sein. Vor allem deswegen, weil sie politische Kräfte in sich vereinigt, die sich in den stürmischen Ereignissen der letzten fünfzehn bis zwanzig Jahre politisch nicht diskreditiert haben. Im Unterschied zu manchen anderen Parteien der Linken. Das zum Ersten. Zum Zweiten ist die EL in der Lage, an die Entwicklung in Europa von einer alternativen Position heranzugehen. Wir sehen doch, dass das neoliberale Modell in der Sackgasse steckt. Viele regierende Politiker der EU sind heute gezwungen, Anleihen bei unseren Ideen zu nehmen. Wir sehen gar keinen Grund, ihnen diese einfach so kampfflos zu überlassen. Wir müssen sie selber umsetzen. Unser historisches Erbe wird in manchen Zügen wieder aktuell. Es muss natürlich auf die heutigen Bedingungen angepasst werden, damit es für die aktivsten Teile der Bevölkerung attraktiv wird. Da sich die Sozialstruktur der Gesellschaft ändert, müssen auch wir uns von manchen lieb gewordenen Begriffen und Denkklišees verabschieden.

Die Veränderungen verlaufen in der EU und im Osten Europas auf unterschiedliche Weise. Aber es gibt zunehmend Ähnlichkeiten. Überall in Europa entwickelt sich ein aktiver Teil der Gesellschaften, der Verantwortung übernehmen, an den Entscheidungen teilhaben will, dabei aber nicht nur für wirtschaftliche Freiheit, sondern auch für soziale Gerechtigkeit eintritt. Auf dem Markt der Politik entsteht eine neue Nachfrage. Sie schreitet nach politischen Akteuren, die sie befriedigen können.

Ein Drittes, das uns hilft und das der EL zu einem ganz eigenen Platz im europäischen Parteienspektrum verhelfen kann, ist ein wesentlich tieferes Verständnis dessen, was im Osten Europas vor sich geht. Die linken Parteien im Westen haben seinerzeit sehr genau verfolgt, was in der Sowjetunion und in der sowjetischen Politik vorging. Ich denke an die Tschechoslowakei 1968 oder an Afghanistan 1979. Das hatte schwerwiegende Auswirkungen z. B. auf die Haltung der italienischen Kommunisten. Heute eint uns ein kritischer Blick auf diese Zeit. Das ist eine der Grundlagen für größere Gemeinsamkeit. Das Besondere an der EL sehe ich darin, dass sie den Keim eines größeren Europas in sich trägt. Eines Europas ohne Trennlinien, wo die EU, Russland, die Ukraine, aber auch so kleine Länder wie Moldova ihren Platz finden und friedlich miteinander leben.

Die heutige außenpolitische Praxis sieht indessen ganz anders aus. Nehmen wir nur den Ausstieg der USA aus dem Antiraketenabkommen oder die Aussetzung des Vertrages über die konventionellen Waffen in Europa durch Russland. Das sind sehr gefährliche Entwicklungen, die sich mitten in Europa abspielen. Mein Land ist davon unmittelbar betroffen. Wir wollen nicht irgendwann eine geplatze Naht am Jackett Europas sein. Die EL kann und sollte sich in die Debatten über diese Fragen sehr aktiv einschalten, gerade deswegen, weil die Stimmen, die man heute dort vernimmt, oft von wenig politischer Kompetenz zeugen.

Als regierende Partei, die zwei Wahlen gewonnen hat, sind wir übrigens auch der Meinung, dass solche Erfolge auch anderen Mitgliedsparteien der EL gelingen können. Vor

allem dort, wo die objektiven Voraussetzungen wesentlich besser sind als im armen Moldova. Ich denke z. B. an Zypern, das eine Menge Ähnlichkeiten mit meinem Land aufweist: es ist geteilt und mit einem akuten Konflikt konfrontiert. Es hat mit AKEL eine traditionell starke linke Partei. Ihr Vorsitzender Demetris Christofias hat bei den Wahlen im Februar 2008 die reale Chance, Präsident des Landes zu werden.

Viertens, schließlich, hat die EL den wichtigen Vorzug, dass man ihren Mitgliedsparteien kein soziales Renegatentum vorwerfen kann, wie es auf ehemals linke Parteien zutrifft, die versucht haben, sich dem Kapitalismus anzupassen. Wir haben auf keinen Fall diese Absicht. Wir versuchen die neuen gesellschaftlichen Prozesse zu analysieren und zu bewerten, mit denen wir konfrontiert sind, dabei jeden Dogmatismus zu vermeiden und zugleich zu erkennen, dass eine neue Gesellschaft nur aus dem Schoß derjenigen hervorgehen kann, in der wir heute leben.

● **Bianca Pomeranzi**, Einzelmitglied, Italien, Vertreterin des Netzwerks Italienische Sektion der EL. Bianca Pomeranzi legte in einem viel beachteten Diskussionsbeitrag auf dem Kongress Erfahrungen ihres Netzwerks als einer neuen Organisationsform der EL dar.

Können Sie erklären, worum es bei Ihrem Netzwerk geht und welches die Motive waren, eine solche Organisationsform zu wählen?

Wir haben in Italien seit der Gründung der EL bereits eine bestimmte Zahl von Einzelmitgliedern dieser Partei. Sie haben vor zwei Jahren beschlossen, sich in einer Assoziation zusammenzuschließen. Darunter sind bekannte Intellektuelle oder auch Personen, die irgendwo in der Provinz leben und Anschluss an die EL suchen. Sie halten eine freie Assoziation für die ihnen gemäße Form, um zu gemeinsamen Entscheidungen zu kommen und sich in die Aktionen der EL in Italien und darüber hinaus einzubringen. Diese Assoziation ist Teil unseres Netzwerkes geworden.

Können Sie uns etwas zur Zusammensetzung Ihres Netzwerkes sagen?

Unser Netzwerk ist nicht nur eine Sammlung von EL-Einzelmitgliedern, sondern es fasst solche Assoziationen mit anderen Körperschaften und Bewegungen verschiedener Art zusammen. Ich vertrete z. B. eine feministische Organisation, die Frauen einen öffentlichen Raum bietet, die sich für eine laizistische Gesellschaft, d. h. die strikte Trennung von Kirche und Staat, für die Gleichstellung der Geschlechter und der Lebensformen einsetzen. Dem Netzwerk Italienische Sektion der EL gehören insgesamt fünfzehn Assoziationen an, die verschiedene progressive Ziele verfolgen, darunter z. B. eine mit dem Namen Sozialismus im 21. Jahrhundert, eine für Schwule und Lesben, eine von Umweltaktivisten oder eine, die sich für die Entwicklung des Mittelmeerraumes einsetzt.

Bisher arbeiten wir vorwiegend mit thematischen Treffen. Zum Auftakt unserer Arbeit sind wir im Juni dieses Jahres in Rom zusammengekommen und haben dort alle organisatorischen Fragen besprochen. Danach gab es ein Treffen in Genua, das dem Zusammenhang von sozialen Rechten (Recht auf Arbeit, auf bezahlbaren Wohnraum etc.) und Bürgerrechten gewidmet war. Letztere sind in Italien besonders wichtig geworden, seit die katholische Kirche so eng mit der politischen Rechten zusammenwirkt. Sie haben z. B. bisher alle Initiativen zu Fall gebracht, auch in Italien einen Zivilen Soli-



daritätspakt (PACS) nach französischem Vorbild, d. h., eine gesetzlich sanktionierte alternative Lebensform zur Ehe zuzulassen. Die gegenwärtig regierende Mitte-Links-Koalition hatte dieses Ziel in ihrem Wahlprogramm, ist aber bisher vor der Macht der Kirche zurückgewichen und hat dieses Projekt in keiner Weise vorangebracht. Aus der Sicht unserer Mitglieder sollte es Sache der EL sein, sich dieses wichtigen Bürgerrechts anzunehmen.

Sehen Sie Ihr Netzwerk als eine mögliche Form an, soziale Bewegungen näher an die EL heranzubringen?

Durchaus. Um es klar zu sagen: Wir werden bei unserer Arbeit von Rifondazione comunista unterstützt. So bildet sich eine weitere Kraft – bestehend aus Assoziationen und Bewegungen, die die Idee der Europäischen Linken in Italien trägt. Darunter ist zum Beispiel auch eine Bewegung, die sich für die Rechte der kleinen Hausbesitzer einsetzt. Die Arbeit des Netzwerkes wird von einem Vorstand aus acht Leuten koordiniert, die die größten Gruppen vertreten.

Wir verstehen uns übrigens auch als ein Teil der Initiative, die die Bildung einer neuen linken Formation in Italien selbst zum Ziel hat. Sie wissen sicher, dass Rifondazione comunista, die Partei der Italienischen Kommunisten, der Teil der Demokratischen Linken, der nicht Veltroni in die neue zentristische Demokratische Partei gefolgt ist, und die Grünen über den Aufbau einer Föderation Die Linke im Gespräch sind. Neben unserem Netzwerk sind an dieser Initiative weitere linke Gruppen beteiligt, zum Beispiel eine Plurale Linke aus Florenz, die linke Persönlichkeiten aus dieser Stadt vereinigt.

Aus alledem können Sie erkennen, dass wir in Italien neue Formen politischer Teilhabe ausprobieren, um dem gegenwärtig zu beobachtenden sehr problematischen Trend im politischen Leben Italiens etwas entgegenzusetzen. Dazu gehören die Gründung der schon erwähnten Demokratischen Partei als auch die Absicht Berlusconis, ganz rechts eine neue Formation ins Leben zu rufen.

Was sollte nach Ihrer Meinung die EL tun, um Initiativen wie die Ihre in Europa breiter zum Tragen zu bringen?

Dies ist der erste EL-Kongress, an dem ich teilnehme. Da will ich mich mit allgemeinen Ratschlägen noch zurückhalten. Aber gerade dieser Kongress hat mich in meiner Überzeugung bestärkt, dass diese EL eine ganz wichtige Sache ist. Die Globalisierung hat tiefgreifende Veränderungen der politischen Strukturen in vielen Ländern mit sich gebracht. Wir brauchen dringend neue Formen politischen Handelns – viel breitere und differenziertere auf den verschiedenen Ebenen. Die EU sehe ich als einen wichtigen Raum an, in dem Linke aktiv sein müssen. Die EU, die heute, was das politische Leben betrifft, eine ganz unterschiedliche Lage in ihrem westlichen und ihrem östlichen Teil aufweist.

Ich denke, es muss ein ganz wichtiges Anliegen der EL sein, neue Räume zu schaffen, wo man mehr Menschen zur aktiven Teilnahme am politischen Leben bewegen kann, gerade, wenn sich die Lage so zuspitzt. In diesem Sinne denke ich, dass unsere Erfahrungen auch für andere europäische Länder von Interesse sein können und dass die EL sie den Linken in anderen Ländern nahe bringen sollte.

Dabei bin ich mir bewusst, wie schwer es ist, solche neuen Räume zu schaffen. Aus meiner Erfahrung als Feministin weiß ich, dass das nur geht, wenn es weit offene Räume sind, wo der freie Meinungs austausch über Probleme, Ziele

und Visionen im Vordergrund steht und nicht der Gedanke an politische Repräsentation. Wenn ich in europäischen Dimensionen denke, dann ist ein weiteres Hindernis, dass noch viel zu wenige Menschen sich in einer anderen Sprache äußern und ihre Gedanken darlegen können. Aber grundsätzlich bin ich der Meinung, dass unsere Erfahrungen für die EL Anlass sein sollten, ähnliche Prozesse und Formen politischer Arbeit auch auf europäischer Ebene stärker voranzubringen.

● **Walter Baier**, Koordinator des internationalen Netzwerkes Transform

Wir kennen Transform als Begriff für Zusammenarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit einer Reihe von Stiftungen und Bildungseinrichtungen anderer linker Parteien. In der letzten Zeit hat Transform eine neue Entwicklungsphase begonnen. Darüber würde ich gern etwas von Ihnen hören.

Transform gehören heute dreizehn Bildungseinrichtungen, Forschungsinstitutionen und politische Zeitschriften in neun Ländern Europas an. Ein großer Teil dieser Einrichtungen steht Mitgliedsparteien der Europäischen Linken nahe. Eine zweite Gruppe den Parteien der Nordisch Grün-Linken Allianz (NGLA), dem Zusammenschluss skandinavischer Linksparteien. Ein dritter Teil betont seine Unabhängigkeit von allen politischen Gruppierungen. Transform besteht seit 2000 als Netzwerk zunächst in loser Kooperation. Eine Reihe gemeinsamer Forschungsinitiativen ist entstanden, die linken Bildungseinrichtungen koordinierten ihre Teilnahme an den Weltsozialforen, hielten dort gemeinsam Seminare ab. Auf der einen Seite ist in diesen Jahren ein immer anspruchsvolleres Programm entwickelt worden. Andererseits haben sich auch die Arbeitsbeziehungen gefestigt, das politische Vertrauen ist gewachsen. Das Netzwerk hat schon allein durch seine Existenz und die regelmäßigen Debatten einen Beitrag zur Entwicklung einer gemeinsamen politischen und theoretischen Kultur der Linken in Europa geleistet.

Jetzt ist tatsächlich eine neue Etappe angebrochen. Die Europäische Kommission versucht Lehren aus den Niederlagen bei den Referenden über die europäische Verfassung in Frankreich und in den Niederlanden zu ziehen und in direkte Kommunikation mit der Zivilgesellschaft zu treten. Da sie selbst über keine entsprechenden Instrumente verfügt, ist die Konzeption entstanden, die europäischen politischen Parteien zu ermutigen und es ihnen auch finanziell zu ermöglichen, auf europäischer Ebene entsprechende Forschungs- und Bildungseinrichtungen zu schaffen. Als erster Schritt wurden die politischen Parteien aufgerufen, gemeinsam mit den Forschungseinrichtungen, die sie als ihre Partner anerkennen, bei der Europäischen Kommission entsprechende Projekte einzureichen.

Die Partei der Europäischen Linken hat Transform als ihre Partnerorganisation anerkannt. Gemeinsam haben wir ein Projekt unter dem Titel „Europäisches Sozialmodell und linke Akteure“ eingereicht. Der Hauptgedanke ist, die Programme politischer Parteien, Gewerkschaften, sozialer Bewegungen und zivilgesellschaftlicher Organisationen nach bestimmten Fragestellungen dahingehend zu untersuchen, inwieweit sie in ihrer Wahrnehmung sozialer Probleme und daraus abgeleiteten sozialpolitischen Forderungen übereinstimmen.

Dort, wo sich solche Übereinstimmungen feststellen lassen – europäischer Mindestlohn, die Behandlung ökologi-



scher und sozialer Fragen in ihrem Zusammenhang, Sozialpolitik aus der Geschlechterperspektive u. a. – wollen wir die Forschungsarbeit vertiefen. Im Juni 2008 wird auf einem Seminar in Stockholm eine erste Bilanz dieser Arbeit gezogen. Die Ergebnisse werden wir auf dem Europäischen Sozialforum in Malmö vorstellen. Bereits im Hinblick auf die bevorstehenden Europawahlen ist daran gedacht, im Herbst 2008 eine größere Konferenz in Brüssel durchzuführen, wo wir die Ergebnisse unserer Forschungsarbeit einer breiteren Öffentlichkeit von Forscherinnen und Forschern, Akteurinnen und Akteuren vorlegen möchten, um sie als unseren gemeinsamen politischen Bestand zu sichern.

Offensichtlich ist dieses Projekt jetzt so weit institutionalisiert worden, dass es über die ehrenamtliche Arbeit bei den Stiftungen hinausgeht. Können Sie etwas über Ihre Rolle in diesem Zusammenhang sagen?

Die Netzwerkqualität von Transform war auf der einen Seite natürlich den geringen Mitteln geschuldet. Aber sie ist auf der anderen Seite auch politisch gewollt, weil sie ein bestimmtes Verständnis von Organisation linker Forschung signalisiert, nämlich zu bestimmten Fragestellungen einen horizontalen Zusammenhang verschiedener Institutionen zu schaffen und deren Zusammenarbeit so zu verknüpfen, dass sie für andere, noch außenstehende Institutionen und Zusammenhänge immer offen bleibt. Diesen Netzwerkcharakter von Transform wollen wir vertiefen und weiterentwickeln. Der offizielle Vertreter des Netzwerkes ist Michael Brie von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Meine Aufgabe besteht darin, das Netzwerk zu koordinieren. Der offizielle Vertreter und der Koordinator werden auf den jährlichen Mitgliederversammlungen des Netzwerkes gewählt.

Ich habe im wesentlichen drei Aufgaben: Erstens, die Aufrechterhaltung der Kommunikation unter den teilnehmenden Institutionen und Partnern. Zweitens, die Kommunikation nach außen, zum Beispiel die Beobachtung der Entwicklung in der EU, um systematisch Mittel für fortschrittliche linke Forschungstätigkeit zu beschaffen. Und drittens die Herausgabe der Zeitschrift Transform. Sie erscheint zweimal im Jahr. Ihre erste Nummer ist auf Englisch, Griechisch und Deutsch herausgekommen. Wir wollen sie in weiteren Sprachen zugänglich machen. Das erste Heft befasst sich mit dem Thema Die Europäische Union neu gründen. Diese Fragestellung wird aus unterschiedlicher Perspektive behandelt. Es geht darum, Alternativen zur derzeitigen neoliberalen Politik der EU zu formulieren. Das breit gefächerte Spektrum reicht von dem Beitrag eines Vertreters der holländischen Sozialistischen Partei, der eine euroskeptische Position einnimmt, bis zu Artikeln der deutschen Linken, die die Herausforderung in der politischen Vertiefung der Integration sehen, also in der Notwendigkeit, dem Neoliberalismus auf europäischer Ebene politisch und strukturell etwas entgegenzusetzen. Es ist die Philosophie von Transform, diese verschiedenen Gesichtspunkte zur Diskussion zu stellen, die Möglichkeit zu schaffen, dass der Leser sich anhand von qualifizierten Beiträgen ein differenziertes Bild machen kann.

Das Interessante an dieser neuen Etappe ist für mich die Verbindung zur Partei der Europäischen Linken. In den ersten Jahren von Transform gab es diese Verbindung nicht. Sie sagten, die EL habe Transform als ihren Partner anerkannt. Aber einige Einrichtungen, die bei Transform

mitarbeiten, stehen politischen Parteien nahe, die nicht Mitglied der Partei der Europäischen Linken sind. Bringt das Probleme in der Zusammenarbeit? Oder könnte das vielleicht auch ein Weg sein, die vielfältige Zusammenarbeit der EL mit anderen Kräften weiterzuentwickeln?

Ja, ich glaube, dass das einer der Vorzüge von Transform ist. Zwei Dinge wirken sich hier positiv aus: zum Einen das Bestehen stabiler Arbeitsbeziehungen und das gewachsene Vertrauen. Sicherlich gibt es unterschiedliche Konzeptionen und Verpflichtungen im Rahmen der nationalen Politiken, aber es gibt auch den Zusammenhalt, das Bestreben, ein Gemeinsames, ein Drittes zu pflegen. Zum Anderen meine ich die Flexibilität von Netzwerken. Ich sehe es in dieser neuen Etappe als eine wichtige Herausforderung an, ein verlässlicher Partner der EL bei der Realisierung dieses Projekts zu sein und gleichzeitig die Partnerschaften in andere Richtungen weiterzuentwickeln. Wenn das gelingt, dann kann Transform sicherlich ein Brücke zu anderen Formationen der Linken werden. Transform ist einer der wenigen europäischen Zusammenhänge, wo eine so große Diversität besteht. Die Eigentümlichkeit der theoretischen Arbeit liegt doch darin, dass man sie entweder fundamentalistisch betreibt, dann findet theoretische Arbeit nicht statt und setzt einen permanenten Ausgrenzungsprozess in Gang, oder dass man sie inklusiv gestaltet, dann ist sie ein Andockpunkt für sehr viele Erfahrungen und Sensibilitäten. Wir bemühen uns, das in Transform so zu machen.

Das ist eine sehr verdienstvolle Rolle. Nun beklagt die Partei der Europäischen Linken ja gerade, dass eines ihrer großen Probleme ein theoretisches, ein konzeptionelles Defizit ist. Wie sehen Sie die Rolle von Transform in dieser Hinsicht? Kann Transform mithelfen, dieses Problem zu beheben?

Im Prinzip ja. Aber ich möchte auch sagen, dass die Rolle, die Transform spielt, nur so wirksam sein kann, wie es die Mitglieder sind, die zur Verfügung stehen. Für uns ist zunächst einmal wichtig, eine bestimmte Philosophie des theoretischen Arbeitens einzuführen, das quer zu bisherigen Abgrenzungen stattfindet, das auch professionalisiert ist. Theorie erfordert, dass man sich mit ihr intensiv und professionell auseinandersetzt, dass man Expertinnen und Experten einbezieht, dass man Arbeitspläne hat und eine strukturierte Arbeit zustandebringt. Dabei habe ich manchmal das Gefühl, dass die Dinge uns überrollen. Wir haben uns dieses Jahr in die Debatten um 50 Jahre Europäische Union und in die Auseinandersetzung um den neoliberalen Reformvertrag eingemischt und, so glaube ich, in der Zeitschrift auch respektable Positionen zur Diskussion stellen können. Wir haben dann eine Konferenz zu Emanzipation, Sozialismus und Kommunismus des 21. Jahrhunderts gehabt, die in der nächsten Nummer der Zeitschrift dokumentiert werden wird. 2008 folgt dann der Schwerpunkt Europäisches Sozialmodell und linke Akteure. Bei all diesen Punkten stoßen wir immer wieder darauf, dass wir eigentlich mehr Fragen als Antworten haben.

Ich denke, es ist letztlich auch eine politische Frage, wie man mit den Ergebnissen, die wir produzieren können, dann in die praktische Politik eingreift. Wir wollen politisch verwertbare Forschung produzieren. Aber mir ist auch wichtig, immer wieder darauf aufmerksam zu machen, dass es sich häufig um langfristige Forschungsarbeiten handelt. Trans-



form kann nur einen Beitrag leisten. Es kann z. B. den Rückgang institutionalisierter linker Forschung an den Universitäten nicht kompensieren. Andererseits ist meine Erfahrung, dass es uns vielfach nicht an Kreativität mangelt, sondern an Synergie und an Organisation. Hier liegen beträchtliche Reserven.

Als Letztes möchte ich hervorheben, dass Transform nicht die einzige europäische Institution ist, die sich mit linker politiknaher Forschung befasst. Aber es ist die einzige europäische Institution, die diese Arbeit in Vernetzung mit unterschiedlichen Formationen der Linken zu leisten versucht.

Der 2. Kongress der EL in Prag: Ein Salto für die Linke

*Von Oliver Schröder, Bereich Internationale Politik
beim Parteivorstand der LINKEN; aus „Disput“, Nr. 12/2007*

Viele Delegationen hatten einen weiteren Weg als die 24 Delegierten der LINKEN: Ein großer Teil davon gelangte mit dem Bus nach Prag, wo sie dann am Freitagmorgen auf die aus der Ferne anreisenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer – Delegierte und Gäste sowie an der Entwicklung der EL Interessierte aus dem Norden, Süden, Westen und Osten Europas trafen. Das immens große Prager Hotel verwandelte sich spätestens an diesem Freitag, dem Tag des Frauenplenums des Kongresses, in eine bunte Bühne für über 400 Linke aus 21 Ländern. Auch durch die konsequente Ausgestaltung des sonst etwas barocken Hotels mit dem Logo und dem Kongress-Poster der EL wurde den Pragern und jedem Hotelgast bewusst: Hier trifft sich die Europäische Linke!

Zwar wurde der Kongress von den großen Prager Medien fast vollständig ignoriert und stattdessen der zeitgleich stattfindende Parteitag der konservativen Regierungspartei ODS ausgiebig dokumentiert, doch wusste sich die EL auch ohne mediale Unterstützung in Szene zu setzen: Am Freitag maskierten sich mitgereiste Mitglieder aus EL-Ländern als Clowns und protestierten auf phantasievolle Weise – auch um den verkrampften Umgang mit linken Ideen zu begegnen – gegen die von der Bush-Administration geplanten US-Militärbasen in Mittel- und Südost-Europa. Eine von jungen Genossinnen und Genossen aus Tschechien, Deutschland und Polen organisierte politische Party in einem Club direkt am Wenzelsplatz sorgte dafür, dass die EL und der Kongress in die Stadt getragen wurde. Und sprach damit natürlich vor allem auch junge Menschen im Land der gastgebenden Partei SDS an.

Was die Akzeptanz gegenüber linken, sozialistischen und kommunistischen Ansätzen angeht ist die tschechische Realität nicht mit der Situation in anderen Ländern zu vergleichen: Während beispielsweise Fausto Bertinotti hohes Ansehen in weiten Teilen der italienischen Gesellschaft genießt und DIE LINKE in Deutschland auf einem guten Wege ist, als Alternative für das gesamte Deutschland gesehen zu werden, bestimmen antikommunistische Ressentiments den Blick auf die Linke in der Tschechischen Republik. Umso höher ist das hingebungsvolle Engagement der SDS, der Partei des Demokratischen Sozialismus, einzuschätzen. Das kleine Organisationsteam der gastgebenden Partei hat den Kopf nicht eingezogen, sondern mit Verve den Kongress vorbereitet. Und

waren sie zu Beginn ihrer Arbeit nicht immer sicher, ob der Kongress ihre zukünftige Arbeit erleichtern werde, so sind sie jetzt nach Abschluss zuversichtlicher.

Der am Abend tagende Rat der Vorsitzenden bestätigte die Anträge auf Beobachterstatus der polnischen Jungsozialisten und der italienischen Sektion der Europäischen Linken. Beides sind keine Parteien im eigentlichen organisationspolitischen Sinne, sondern politische Organisationen pluralen linken Charakters. Das Statut der EL lässt dies ausdrücklich zu. Mit beiden Entscheidungen verbinden sich Hoffnungen: Die polnische Flanke wird durch den Eintritt der Jungsozialisten sinnvoll besetzt und es eröffnet sich die Perspektive einer wirksamen Zusammenarbeit. Die italienischen Mitglieder stehen für die Emanzipation der EL als Partei – die dort agierenden Genossinnen und Genossen haben sich bewusst dazu entschieden, Mitglieder der EL zu sein und keiner anderen Partei. Das könnte auch eine interessante Perspektive für die deutschen Einzelmitglieder der EL sein, neue Wege der Mitarbeit in der EL zu beschreiten.

Interessant war die Zusammensetzung des Kongresses: Aktivisten trafen auf nationale Parlamentsabgeordnete, Alt auf Jung, EL-Einzelmitglieder auf Internationale Gäste. Und dabei war es schön zu sehen, dass die Zahl von Männern und Frauen ausgeglichen war. Die Internationalen Gäste waren zahlreicher gekommen als noch vor zwei Jahren – insgesamt konnten 38 Delegationen begrüßt werden.

Zur Freude aller war auch Oskar Lafontaine nach Prag gekommen, wo er sich – nach eigenem Bekunden – ungezwungener und freier als in Deutschland bewegen konnte und diesen Umstand auch sichtlich genoss. Daraus ergab sich eine Vielzahl von Gesprächen, die auch in den Abendstunden beim guten böhmischen Pilsner fortgesetzt wurden. In seiner politischen Botschaft an den Kongress sprach sich Oskar Lafontaine für den Einsatz der Linken als Kraft der demokratischen Erneuerung aus. Ein Leben unter dem Existenzminimum verwehre die Teilhabe am demokratischen Leben. Dies zu ändern, müsse von der EL offensiv vertreten und in den Mittelpunkt des politischen Handelns gestellt werden.

Die Rede erhielt großen Applaus und stimmte auf einen weiteren großen Redner des Sonnabends ein. Ein bisschen Wehmut konnte man dem scheidenden Vorsitzenden der EL schon ansehen, als er die Bühne betrat.

Dieser Eindruck verflüchtigte sich auch im Laufe seiner leidenschaftlichen Rede nicht ganz. In seinem gut halbstündigen Beitrag erläuterte Bertinotti das Wesen des Kapitalismus, den er einen „allumfassenden Kapitalismus“ nannte: Nicht nur der Markt und die Wirtschaft, alle Lebensbereiche und die Natur würden durch das neoliberale Denkmuster bestimmt. Aber: Die Menschen seien nicht mehr bereit, dies hinzunehmen, was auch die jüngsten Demonstrationen in Europa zeigten (Oktober: Lissabon: 200 000 Demonstranten, Rom: 1 000 000, der Streik der französischen Transportarbeiter u. a.). Zugleich formulierte Bertinotti aber auch sehr deutlich, dass dies nicht ausreiche, die politische Entwicklung zu verändern. Und er machte dies durch eine Metapher deutlich – nach einem langen Anlauf sei es nun an der Zeit, den Salto zu probieren. Diesen „Qualitätssprung“ zu vollziehen, das sei die Aufgabe der gesamten linken, demokratischen und gesellschaftsalternativen, pro-europäischen Bewegung. Um die Legitimationskrise der Politik, von welcher auch die breite Linke in Europa betroffen ist, zu reparieren, muss Versäumtes benannt und nachgeholt werden, müssen greifbare



Alternativen im Sinne der Bürgerrinnen und Bürger formuliert werden. Die Minuten nach Bertinottis Ausführungen waren ein erster emotionaler Höhepunkt des Kongresses – Dankbarkeit, Stolz, Wehmut, so kann man wohl schlagwortartig die Gefühlslage der Delegierten beschreiben, die ihrem Vorsitzenden minutenlang applaudierten.

„Building Alternatives“ – Alternativen entwickeln“ – das Motto des Kongresses bewegte sich nah an Bertinottis Botschaft. Die Delegierten sparten in der Debatte um die politischen Thesen weder mit Kritik noch Lob. Ein Kritikpunkt war, dass die EL weiter an ihrem Anspruch arbeiten müsse, eine Partei der Mitglieder zu sein. Bisher gebe es Defizite in der Einbeziehung bzw. Vernetzung der EL-Mitglieder. Dies gelte auch für die Ausarbeitung der politischen Thesen und den europaweit, viel öffentlicher zu führenden Diskussionsprozess dazu. Zugleich zeigten sich die Delegierten erfreut über das gewachsene Maß an Konkretem was die politischen Thesen hergeben. Das Papier wurde allgemein als gute Grundlage für die Erstellung eines Wahlprogramms für die Europawahlen 2009 gesehen. Zur weiteren Untersetzung und Konkretisierung aufgezeigter Alternativen – so zum sozialen Europa, oder auch zu Aspekten der Verbindung von Ökologie und Ökonomie für eine neue solidarische und umweltbewahrende Politik der EU wird die EL Ende kommenden Jahres eine Wahlkonferenz durchführen.

Wichtig aber war und ist: die EL setzt Schwerpunkte: Mit der einmütigen Annahme des Prager Appells zum Abschluss des Kongresses haben sich die Delegierten darauf verständigt, dass die Mitglieds- und sicherlich auch die Beobachterparteien der EL für gute Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bürgerinnen und Bürger streiten, sich für ein soziales, demokratisches, Frieden bewahrendes und – das ist vielleicht in dieser Deutlichkeit eine neue Schwerpunktsetzung – ökologisches Europa in der Welt einsetzen werden.

Die Dramaturgie des Kongresses erreichte am Samstagabend ihren Höhepunkt: Die Wahl des Vorsitzenden stand auf der Tagesordnung. Da Lothar Bisky der einzige Kandidat war und da sich der Rat der Vorsitzenden – das neben dem Vorstand zweite Leitungsgremium der EL – zuvor einstimmig hinter Bisky gestellt hatte, rechneten alle mit einer klaren Mehrheit. Das Ergebnis fiel trotzdem anders als erwartet aus: Kein Arm reckte sich zur Enthaltung oder Gegenstimme. Die damit vorgetragene Wertschätzung des Politikers und Menschen Bisky hat auch direkt mit unserer Partei zu tun – in unserem Projekt der Einigung haben viele Genossinnen und Genossen in der EL einen gangbaren und wünschenswerten Weg für die Zukunft der Linken in Europa erkannt. Und durchaus gewürdigt, dass die LINKE sich politisch wie materiell sehr breit in die Entwicklung auch der EL eingebracht hat. Wer Zeuge der anschließenden Szenen geworden ist, weiß, warum Kongresse und Parteitage oftmals in sehr guter Erinnerung bleiben, obwohl sie anstrengend waren: Die Gratulanten rissen sich um den neuen Vorsitzenden, es wurde umarmt, gelacht, gewunken. Der ganze Saal und insbesondere Fausto Bertinotti machten deutlich, dass sie froh waren, Bisky zum Vorsitzenden gewählt zu haben.

Die EL wählte erstmals eine/n Stellvertreter/in für den Vorsitzenden. Graziella Mascia von der italienischen Rifondazione Comunista (PRC) wurde mit einem sehr guten Ergebnis gewählt und Pedro Marset von der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE) wurde als Schatzmeister bestätigt.

Als Lothar Bisky ans Mikrofon trat, um seine erste Rede als Vorsitzender der EL vorzutragen, änderte sich der Blickwinkel: Nach dem Dank an alle Beteiligten richtete er den Blick nach vorn. Kern der Botschaft: Der in Lissabon beschlossene Reformvertrag spiegelt die Ignoranz der Regierenden Europas wider, behält die Grundlogik des Mastrichter EU-Kurses bei und wird deshalb zu Recht von der Linken in Europa – bei aller Differenzierung der Bewertung von Einzelfragen, die über den heute gültigen Nizza – EU-Vertrag hinausgehen – abgelehnt. Und umso mehr steht damit die EL in der Verantwortung, ihre konkreten Alternativen in die Debatte zu bringen. Eine europäische Sozial- und Umweltunion ist die Perspektive, die die Menschen wollen, die sie mit gestalten wollen und können müssen. Deshalb ist die Demokratisierung der EU-Politik auf allen politischen Handlungsebenen – von der großen europäischen Bühne bis hinunter in die Dörfer und Gemeinden, wo EU-Politik dann konkret ankommt oder eben auch (noch !) nicht als solche wahrgenommen wird – so notwendig und drängend.

Am Sonntag wurden dann über 30 Anträge zu verschiedenen Politikfeldern – in einer sehr großen Bandbreite – verabschiedet; beispielsweise zum Verhältnis der EL zu den Linkeregierungen in Lateinamerika oder zur Energie- und Klimapolitik. Hier wurde der Blick eben auch über den europäischen Kontinent gerichtet: Solidarität mit den Miami Five, mit den Friedenskräften in Palästina und Israel, den politischen Organisationen und zivilgesellschaftlichen Strukturen im Nahen und Mittleren Osten, die sich gegen Krieg, Gewalt und für eine demokratische Erneuerung ihrer Gesellschaften einsetzen, oder auch am Vorabend des EU-Afrika-Gipfels für eine neue EU-Außenhandelspolitik plädierten.

Die Summe der Anträge macht deutlich, dass die Europäische Linke die EU und darüber hinaus ganz Europa als Gestaltungsraum anerkennt und nicht nur partial Interessen wahrnimmt und vertritt. Die EL ist und soll noch viel stärker eine Partei werden, die sich vor Ort einmischt. In diesem Zusammenhang ist auch der Besuch von Hans Modrow und seinen ehemaligen Kollegen aus dem Europaparlament Jiri Mastalka (Kommunistische Partei Böhmen und Mährens) und Roberto Musacchio zu sehen. Sie machten sich von Prag aus auf den Weg ins südböhmische Trokavec, um sich aus erster Quelle über den Widerstand der Anwohner gegen die Errichtung einer Radaranlage als Teil der US-amerikanischen Raketenabwehr zu informieren. Das macht deutlich: Mit dem 2. Kongress ist die EL einen weiteren, durchaus großen Schritt in Richtung gemeinsamen Handelns, gemeinsamer Aktionen und gemeinsamen Eingreifens in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gegangen. Und auch DIE LINKE wird sich weiter fest und engagiert einbringen, um zum gemeinsamen Erfolg der EL beizutragen.



EL Vorstandstagung

Interkultureller Dialog und Mindestlohn auf europäischer Ebene

*Der Vorstand der Europäischen Linken tagte in Berlin.
Kurzbericht von Andreas Günther, Bereich Internationale
Politik beim Parteivorstand der LINKEN*

Nach seiner Wahl auf dem 2. Kongress der Europäischen Linken traf sich der Vorstand zu seiner ersten regulären Sitzung vom 11. bis zum 13. Januar 2008 in Berlin. Dazu kamen 48 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 24 Mitglieds- und Beobachterparteien in den Räumen von Ver.di Berlin zusammen. Zu Beginn der Tagung begrüßte Roland Tremper, der Geschäftsführer von Ver.di Berlin, die Gäste.

In einer ersten Diskussionsrunde verständigten sich die Vorstandsmitglieder zu Aufgaben der Partei im Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs. EL-Vorsitzender Lothar Bisky betonte in seinen einleitenden Bemerkungen die Wichtigkeit der kulturellen Vielfalt und forderte, dass die Linke kulturelle und soziale Themen zusammen denken und sich gegen eine unbegrenzte Liberalisierung kultureller Dienstleistungen stellen müsse. Er unterstrich die Bedeutung von Medienpolitik für die Linke. In der folgenden Debatte wurden unter anderem Fragen des Urheberrechts und der sprachlichen Vielfalt in Europa thematisiert.

Auf Einladung der EL nahm erstmals für die US-Linke mit Mark Solomon als Ko-Vorsitzender (Ko-Sprecher) von den Korrespondenzkomitees für Demokratie und Sozialismus (USA) ein Teilnehmer aus den USA an einer EL-Vorstandsberatung teil. Dabei ging es um die Verständigung über Möglichkeiten der Zusammenarbeit, zugleich aus aktuellem Anlass auch um eine Information über die Vorwahlkampagne zu den US-Präsidentenwahlen in diesem Jahr. Mark Solomon bewertete die Standpunkte der verschiedenen PräsidentschaftskandidatInnen. Außerdem gab er einen interessanten Einblick in die Lage der Linken in den USA. Er skizzierte ihre historische Entwicklung und die in jüngster Zeit wieder erstarkenden Positionen.

Ein weiterer Tagungspunkt war die Auswertung des Prager Kongresses. Übereinstimmend wurde der Ablauf als erfolgreich bewertet. Das fast komplette Schweigen der tschechischen Medien wurde als Ausdruck der politischen Atmosphäre in Tschechien bezeichnet.

Anschließend befasste sich der Vorstand mit der Organisation und Struktur seiner Arbeit. Er bildete ein siebenköpfiges EL-Sekretariat, dem Antoni Barbara (Vereinigte und alternative Linke, Katalonien), Carmen Hilario (Linksblock, Portugal), Maite Mola (KP Spaniens), Christine Mendelsohn (FKP), Stelios Pappas (Synaspismos), Grigore Petrenco (PdK Moldawiens) und Helmut Scholz (DIE LINKE) angehören.

Ferner gab es einen Austausch über die Kampagne der Europäischen Linken für Referenden zum EU-Reformvertrag von Lissabon. Dabei wurde deutlich, dass die Ausgangslage in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich ist. In jedem Falle setzen sich aber die EL-Mitgliedsparteien am kon-

sequentesten für eine Beteiligung der Bevölkerung am Aufbau Europas ein.

Die Arbeitsplanung der EL für das Jahr 2008 wurde beraten. Es herrschte Übereinstimmung darin, dass die Europäische Linke mit einer gemeinsamen Wahlplattform zu den Europawahlen 2009 antreten soll und dass mit der Erarbeitung dieser Plattform in diesem Jahr begonnen werden muss.

Der Vorstand beschäftigte sich mit der Lage im Kosovo. Monika Knoche, MdB (DIE LINKE) erläuterte den Standpunkt der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, die eine einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo als völkerrechtswidrig betrachtet, und berichtete von einer kürzlichen Reise in die Region. Die Vorstandsmitglieder folgten in der Debatte dieser Auffassung und verabschiedeten einen Beschluss, der eine einseitige Unabhängigkeitserklärung ablehnt und die Fortsetzung von Verhandlungen mit dem Ziel einer einvernehmlichen Lösung unter dem Dach der Vereinten Nationen fordert.

Nach der Teilnahme an der Ehrung für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Friedrichsfelde begrüßte der EL-Vorstand am Sonntag den ver.di-Bundesvorsitzenden Frank Bsirske. Dieser schilderte die bedrohliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte in der deutschen Tariflandschaft und umriss die Folgen, die diese auch für die soziale Situation in Europa hat. Ausgehend davon, dass die Verflechtung der Volkswirtschaften in Europa weiter zunimmt, sprach er sich für eine stärkere europäische Regulierung aus, so auch für einen europäischen Mindestlohn in Abhängigkeit von jeweiligem Durchschnittseinkommen. In der folgenden Debatte teilten die Vorstandsmitglieder diese Ansicht. Der Vorstand fasste einen Beschluss, in dem ein europäischer Mindestlohn gefordert wird. Dieser soll in Übereinstimmung mit der europäischen Sozialcharta in jenen Ländern, in denen es noch keinen gibt, mindestens 50 Prozent des Durchschnittseinkommens des jeweiligen Landes betragen. Eine Präzisierung des Vorschlages für einen europäischen Mindestlohn wird auf dem Treffen des Gewerkschaftsnetzwerkes der EL vom 1. bis 3. Februar in Wien erfolgen.

Der Vorstand beschloss eine Stellungnahme zu den türkischen Interventionen im kurdischen Teil des Nordirak, in dem die europäischen Regierungen aufgefordert werden, sich stärker für die Unterbindung solcher Militäroperationen einzusetzen und Waffenlieferungen an die Türkei zu stoppen.

Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Kenia verabschiedete der Vorstand eine Erklärung, in der sich die Europäische Linke für einen Wandel der europäischen Afrikapolitik hin zu einer auf echte Kooperation und nicht einseitig an europäischen Interessen ausgerichteten Politik ausspricht, die zu einer ernsthaften Verbesserung der Verhältnisse führt. Er forderte ein sofortiges Ende der unmenschlichen Behandlung der Flüchtlinge an den europäischen Außengrenzen und die Auflösung der Grenzschutzagentur Frontex.

In weiteren Resolutionen verurteilte der Vorstand den Vorstoß der weißrussischen Regierung zum Verbot der dortigen kommunistischen Partei, nahm eine Solidaritätsadresse an die griechischen Hafenarbeiter an und verurteilte Versuche in einer wachsenden Zahl von EU-Staaten das in jahrzehntelangen Kämpfen errungene Recht von Frauen auf selbstbestimmte Abtreibung wieder rückgängig zu machen (Spanien, Litauen u. a.).



Rede von Frank Bsirske

Frank Bsirske, Vorsitzender der Gewerkschaft ver.di, sprach in der Debatte des EL-Vorstandes über einen europäischen Mindestlohn, 13. Januar 2008

Schönen guten Morgen, ich freue mich, Euch hier in den Räumlichkeiten von ver.di begrüßen zu können und hoffe, dass ihr in den letzten zwei Tagen eine angenehme Tagung hattet. Mein Name ist Frank Bsirske. Ich bin der Vorsitzende – im normalen europäischen Sprachgebrauch würde man sagen, ich bin der Generalsekretär – der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft, einer Gewerkschaft mit zurzeit 2,3 Millionen Mitgliedern in verschiedensten Dienstleistungsbranchen. Vom Medienbereich über den Handel, den Banken- und Versicherungsbereich, den Post- und Telekommunikationssektor, den Öffentlichen Dienst bis hin zu Verkehr und Energie. Ich bin sicher, ein paar Bereiche habe ich jetzt nicht aufgezählt.

Ich würde gern mit Euch auf die aktuelle Situation und die Entwicklungen der letzten Jahre in der Bundesrepublik schauen. Was sind die Besonderheiten in der Bundesrepublik Deutschland bezogen auf das Tarifsystem, auf die Lohnentwicklung in einem System von Wettbewerbsstaaten? Ich würde dann gern anhand einiger exemplarischer Beispiele aus den Dienstleistungsbranchen möglichst konkret die Prekarisierungstendenzen darstellen. In einem dritten Schritt würde ich etwas zu den gewerkschaftlichen Strategien sagen, mit denen wir – durchaus positiv flankiert durch den politischen Bereich – auf diese Probleme und Entwicklungen der letzten Jahre zu antworten versuchen.

Es war ungefähr im Jahr 1992, als sich der damalige Bundeskanzler Kohl, ein Christdemokrat, in den Deutschen Bundestag gestellt hat und etwas sagte, was in mehrfacher Hinsicht interessant ist. Einerseits brachte es die neoliberale Krisenerklärung auf den Punkt, zweitens zeigte sich das Programm der Krisenbekämpfung aus konservativer und sozialdemokratischer Sicht und drittens wurde die Selbstwahrnehmung oder produzierte Selbstwahrnehmung dieser deutschen Gesellschaft deutlich. Kohl sagte: „Die höchsten Löhne in der Welt, die kürzeste Arbeitszeit, der längste Urlaub – kein Wunder, dass es uns so schlecht geht (in punkto Arbeitslosigkeit). Man kann doch eine Nation nicht führen wie einen Freizeitpark!“ Die Krisenerklärung ist klar: Die Löhne sind zu hoch, die Arbeitszeit zu kurz, das Sozialsystem zu ausgebaut – zudem auch nicht finanzierbar. Kurzum: der Arbeitsmarkt ist überreguliert, weshalb man die Löhne senken muss. Das Programm zielte auf 20 bis 30 Prozent Absenkung. Man müsse die Arbeitszeit verlängern, den Arbeitsmarkt deregulieren und das Sozialsystem schleifen, denn man sei – das war die Diagnose – auf dem besten Weg, die internationale Konkurrenzfähigkeit zu verlieren. Das ist eine Krisenerklärung, ein Krisenprogramm, ein Bewältigungsprogramm, neoliberal, konservativ und zugleich ein repräsentativer Blick auf die Selbstwahrnehmung der deutschen Gesellschaft in den letzten 15 Jahren.

Ich lasse mal beiseite, dass keine dieser Diagnosen der Realität stand hält. Man wird durchgängig gut beraten sein, die Bundesrepublik im europäischen Mittelfeld zu verorten. Das ist jetzt gar nicht der springende Punkt. Der springende Punkt ist, dass dieses Programm die Politik zunächst der liberal-konservativen Regierung und spätestens seit 2003

auch das Programm der rot-grünen Regierung letztlich geprägt hat und maßgeblich die Veränderung der Rahmenbedingungen steuerte, die sich in den letzten Jahren vollzogen. Im Ergebnis haben wir eine Entwicklung in Deutschland zu verzeichnen, in der Deutschland die stärkste Lohnspreizung aller europäischen Staaten seit 1995 verzeichnet, in der der Anteil der Niedriglöhne an der Arbeitsbevölkerung seit 2000 deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt, in der 1,9 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für Stundenlöhne von weniger als 5 Euro brutto pro Stunde arbeiten. Das ist der Stand des Jahres 2007. 77 Prozent dieser Niedriglöhner haben eine abgeschlossene Berufsausbildung und 10 Prozent eine akademische Ausbildung/einen akademischen Abschluss. Der Anteil der Löhne am Volkseigentum in der Bundesrepublik liegt mittlerweile auf dem Niveau der 60er Jahre. Die Bundesrepublik ist das einzige Industrieland mit gesunkenen Reallöhnen in den letzten 10 Jahren und zeichnet sich durch eine deutlich unterdurchschnittliche Lohnentwicklung im europäischen Vergleich aus. Im Gegenzug liegen die Lohnstückkosten, also die Löhne ins Verhältnis zur Stundenproduktivität gesetzt, für die Kapitaleseite beispiellos günstig. Während die Lohnstückkosten im europäischen Vergleich um 22 Prozent gestiegen sind, taten sie dies in der Bundesrepublik lediglich um 1 Prozent. Das heißt, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Ökonomie, insbesondere gegenüber den Ländern der Eurozone, mit denen die Bundesrepublik zwei Drittel ihres Außenhandels abwickelt, hat sich permanent zulasten der Währungspartner in der Eurozone verschoben. Nirgendwo sonst sind die Löhne so von der Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums abgekoppelt worden in Europa wie in der Bundesrepublik in den letzten Jahren.

Es wird niemanden verwundern, dass diese Entwicklungen mit tiefgreifenden Veränderungen im Tarifsystem korrespondieren und mit einer dramatischen Erosion des Flächentarifvertrags und des Flächentarifvertragsystems in der Bundesrepublik. In nur noch 5 von 13 Wirtschaftsbereichen erfassen die Flächentarifverträge mehr als zwei Drittel der Beschäftigten. Das ist eine deutlich andere Entwicklung als in unseren westeuropäischen Nachbarstaaten, die sich nach wie vor – ich nehme mal Großbritannien aus – durch ein robustes Flächentarifvertragsystem auszeichnen, das zum Teil auch noch politisch gestützt wird über Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen. Ganz anders ist die Situation in der Bundesrepublik, in der die Tariflandschaft immer mehr geprägt ist durch ein Gemisch von Verbands- und Firmentarifverträgen und geprägt ist durch immer mehr Öffnungs- und Differenzierungsklauseln. Diese Entwicklung wird am deutlichsten, wenn wir auf die Tarifbindung blicken. Der Rückgang der Tarifbindung in Deutschland ist dramatisch. In den alten Bundesländern sind mittlerweile weniger als 50 Prozent der Betriebe tarifgebunden. In den neuen Bundesländern liegt der Tarifbindungsgrad bei nur noch 24 Prozent der Betriebe und bei unter 50 Prozent der Beschäftigten. Das ist dramatisch. An die Stelle dieses Tarifvertragsystems, das bis in die 80er und frühen 90er Jahre die Bundesrepublik auszeichnete, ist eine Struktur getreten, wo der Preiswettbewerb zu den Unternehmen in hohem und immer größerem Maße über die Löhne und Arbeitsbedingungen ausgetragen wird. Es hat also einen Wechsel von einem wettbewerbsbegrenzenden Flächentarifvertragsystem stattgefunden, hin zu einem wettbewerbsorientierten Tarifsystem, das diesen Wettbewerb über Löhne und Arbeitsbedingungen austrägt.



Diese Entwicklung ist politisch gewollt gewesen und politisch gefördert worden, praktisch von allen Koalitionsregierungen der letzten 16 Jahre. Die rot-grüne Regierung unter Schröder hat ausdrücklich Druck gemacht in Richtung einer wettbewerbsorientierten betrieblichen Tarifpolitik. Sie hat die Rahmenbedingungen für Zeit- und Leiharbeit mehrfach hintereinander verändert bis dahin, dass heute unbefristet Arbeitnehmer verliehen werden können. Zu den Bedingungen sage ich später etwas.

Sie hat den Kündigungsschutz gelockert, befristete Beschäftigung erleichtert, nicht sozialversicherungspflichtige Mini- und Midijobs ausgeweitet, die Regelungen beim Arbeitslosengeld verschlechtert und die Regelungen zur Zumutbarkeit von Arbeitsangeboten für Arbeitslose so verändert, dass Langzeitarbeitslosen zwangsweise auch solche Tätigkeiten zugewiesen werden können, die 30 Prozent unter dem ortsüblichen Lohn liegen. Um euch eine Vorstellung zu geben: Der Tariflohn im Bewachungsgewerbe in Ostdeutschland liegt bei 4,36 Euro brutto pro Stunde. Die Möglichkeit, in solche Arbeitsbereiche Arbeitslose zuzuweisen für einen Lohn, der noch 30 Prozent unter 4,36 Euro liegt, heißt im Grunde, Löhne von 3,00 Euro brutto für Arbeitslose zu erzwingen, was nach Lage der Dinge nichts anderes ist als arbeitende Armut.

Ich möchte das konkret machen und an einigen Beispielen illustrieren: Im vorletzten dänischen Parlamentswahlkampf machte die größte dänische Tageszeitung mit der Schlagzeile auf „In Deutschland zahlen sie Hungerlöhne“. „Deutschland als Billiglohnparadies“, wörtlich, war zum Gegenstand des dänischen Parlamentswahlkampfes geworden, weil die beiden größten dänischen Fleischkonzerne hunderte von Arbeitsplätzen aus Schlachtereien in Dänemark nach Norddeutschland verlagerten, wo sie auf osteuropäische Kontingentarbeiter mit Stundenlöhnen zwischen 1 und 3 Euro zugreifen konnten.

Zweites Beispiel: Im Jahr 2007 haben die Landkreise Heilbronn und Hohenlohe, das sind zwei Landkreise in Baden-Württemberg, wo nahezu Vollbeschäftigung herrscht, die Aufträge für die öffentliche Abfallentsorgung ausgeschrieben und an den billigsten Anbieter vergeben. Der billigste Anbieter beschäftigt einen Subunternehmer, der wiederum einen Subunternehmer beschäftigt, der polnische Arbeitskräfte einsetzt, die alle drei Monate ersetzt werden durch andere polnische Arbeitskräfte mit der Wirkung, dass keine Sozialversicherungsabgaben gezahlt werden müssen und die Arbeiter 5 Euro brutto für netto auf die Hand bekommen.

Damit wir uns nicht missverstehen, das ist kein Problem ausländischer Arbeiter. Das ist ein Problem der Strukturen und ihrer Wirkungen. Der niedrigste mir bekannte Tariflohn in der Abfallentsorgung stammt aus Thüringen, einer Region in Ostdeutschland und liegt bei 3,83 Euro. Wir haben Fälle im Nordosten Deutschlands, wo die Arbeitslosigkeit zum Teil 25 bis 30 Prozent beträgt, wo Landkreise ausschreiben und wiederum der billigste Anbieter den Auftrag erhält. Und der Geschäftsführer dieses Unternehmens tritt vor die Beschäftigten und erklärt, es täte ihm leid, aber er müsste ihnen sagen, das Angebot, auf das er den Auftrag bekommen hat, sei von vorn herein nicht auskömmlich kalkuliert gewesen (und konnte auch nicht auskömmlich kalkuliert sein für den Preis), weshalb die Beschäftigten jetzt die Wahl hätten, entweder ihre Löhne weiter zu senken und die Arbeitszeit zu verlängern über einzelvertragliche Veränderungen oder ent-

lassen zu werden, weil die Firma sonst das Preisangebot, das sie gemacht hat, nicht halten könnte.

Ein Blick auf den liberalisierten Postsektor zeigt: 75 Prozent der in der Branche Beschäftigten bei der ehemaligen staatlichen Post, jetzt ein Privatkonzern, zu einem Stundenlohn von 10,40 Euro plus viele Extras. Beim zweitgrößte Anbieter, einer Tochter der großen Zeitungskonzerne in der Bundesrepublik, sind 90 Prozent der Arbeitsverhältnisse befristet, über zwei Drittel der Arbeitsverhältnisse nicht sozialversicherungspflichtig, es gelten keine Tarifverträge. Der ganze Sektor – wie andere auch – zeichnet sich durch eine Tendenz zur Amerikanisierung der Arbeitsbeziehungen aus. Der Stundenlohn beträgt 5,90 Euro. Das ist aber keineswegs die Spitze des Eisberges. Die Spitze des Eisberges markiert, soweit ich es überblicke, eine Firma in Bayern. Die zahlt einen Tagesgrundlohn von 4,00 Euro. Alle anderen Lohnbestandteile sind auf Stücklohnbasis variabilisiert mit der Wirkung, dass ein Vollzeitbeschäftigter für 40 Stunden maximal 820 bis 850 Euro brutto dort verdient. Da fragt die Süddeutsche Zeitung, eine der großen überregionalen Zeitungen in der Bundesrepublik, den Geschäftsführer dieser Firma und der antwortet: Ja, das sei so, dass man für einen solchen Lohn seine Familie nicht ernähren könne, aber das sei doch normal für eine solche Tätigkeit. Ein schlechtes Gewissen habe er nicht.

Was uns in dieser Runde am meisten elektrisieren sollte, ist der Begriff der Normalität bei diesem Zitat. Dass es normal sein soll, dass man von Vollzeitarbeit seine Familie nicht ernähren kann. Der Chefvolkswirt der größten deutschen Bank hat in einer überregionalen Zeitung vor drei Jahren erklärt, dass manche von uns – und wir können sicher sein, er meinte nicht sich selbst damit – sich darauf einrichten müssten, künftig einen Lohn zu bekommen, der in Deutschland zum Überleben nicht mehr reicht. Und er hat an diesen Satz angeschlossen: „Dann werden zwei bis drei Familienmitglieder arbeiten gehen müssen, damit die Familie einen Lohn bekommt, der zum Überleben reicht.“

Das ist eine nackte Kampfansage an die arbeitenden Menschen in diesem Lande, die aber in Strukturen gefangen sind, die schon einfache gewerkschaftliche Organisation erschweren. Wenn jenseits des großen Postmonopols die Arbeitsverhältnisse sich dadurch auszeichnen, dass sie befristet sind und immer wieder neu befristet werden, dadurch, dass sie nicht sozialversicherungspflichtig sind, dadurch, dass jeder Versuch einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung, einen Betriebsrat zu bilden, im Keim erstickt wird und mit Entlassungen bedroht ist und jeder, der kann, versucht, einen anderen Job in einem anderen Bereich zu bekommen, sich der Bereich also durch eine hohe Fluktuation bei extrem geringer Tarifbindung der Unternehmen auszeichnet, dann wird schon deutlich, dass wir es hier mit Strukturen zu tun haben, die es außerordentlich schwer machen, die Bereiche gewerkschaftlich zu organisieren. Deswegen fordern wir Gewerkschaften in Deutschland mittlerweile einen gesetzlichen Mindestlohn. Das ist ein absoluter Tabubruch und wäre vor 5 oder 6 Jahren völlig undenkbar gewesen. Dieser Mindestlohn soll auf der Höhe unserer westeuropäischen Nachbarländer liegen, die ja gesetzlich festgelegte Mindestlöhne zwischen 8 und 9 Euro – zum Teil über 9 Euro wie in Luxemburg – haben, egal, ob wir nach Irland, Großbritannien, Frankreich, nach Belgien oder den Niederlanden schauen. Insofern geht es für uns darum, in Branchen, bei



denen es auch nicht annähernd in Sicht ist, dass diese sich gewerkschaftlich so stark organisieren lassen, dass wir ein anständiges Lohnniveau auf tariflichem Wege durchsetzen könnten, durch einen gesetzlichen Mindestlohn auf das Normalmaß westeuropäischer Mindestlöhne aufschließen zu können.

Ich versuche hier, Euch mit der Realität zu konfrontieren, die ja nicht nur in der Bundesrepublik oft falsch wahrgenommen wird, sondern auch in vielen europäischen Ländern in dieser Dramatik nicht gesehen wird, weil das, was ich schildere, eher nach USA klingt, als nach Deutschland. Aber das ist die Realität in den Niedriglohnsektoren der Bundesrepublik. Wir haben in der gegenwärtigen Situation einen Niedriglohnbereich, der deutlich unterhalb des EU-Durchschnitts liegt.

Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 7,50 Euro. Das lag noch vor 2 Jahren im Mittelfeld der westeuropäischen Mindestlöhne. Inzwischen ist dieses Mittelfeld deutlich gehoben. Aber die Durchsetzung eines Mindestlohns von 7,50 Euro in der Bundesrepublik würde deutlich mehr als drei Millionen Arbeitsverhältnisse im Lohnniveau heben, und das in Sektoren, die gewerkschaftlich komplett unterorganisiert sind. Ich weiß nicht, wo Ihr den gewerkschaftlichen Organisationsgrad in der Bundesrepublik auf die gesamte Volkswirtschaft bezogen vermuten würdet. Wir schätzen, dass er bei etwa 16 Prozent liegt. Das ist weit entfernt von der Wahrnehmung Deutschlands als ein Land mit starken Gewerkschaften. Es gibt stark organisierte Branchen. Aber auf die gesamte Volkswirtschaft bezogen, ist der deutsche gewerkschaftliche Organisationsgrad eher mäßig.

Ich will ein weiteres Thema anschnitten, was auch uns besonders in Europa insgesamt beschäftigt. Das ist das Thema Leiharbeit: In der Bundesrepublik gilt die Möglichkeit zu unbefristeter Arbeitnehmerüberlassung. Den gewerkschaftlichen Organisationsgrad in der Leiharbeitsbranche schätze ich auf etwa 2 bis 3 Prozent. Wir haben eine Gesetzeslage, nach der für Leiharbeit der gleiche Lohn gezahlt werden muss wie für Stammarbeit, es sei denn, es gibt abweichende Tarifverträge bei den Verleihbetrieben. Es gibt gelbe Gewerkschaften, aus dem so genannten christlichen Bereich, die Tarifverträge für 5 bis 6 Euro anbieten. Die Tarifverträge der Gewerkschaften bei uns liegen zwischen 7 und 8 Euro brutto pro Stunde. Das alles führt zur Ausgründung von Tochterunternehmen. Ich mache es konkret am Beispiel der Süddeutschen Zeitung. Das ist ein großer Zeitungsverlag, der ein eigenes Leiharbeitsunternehmen ausgründet, Teile der eigenen Beschäftigten in das Leiharbeitsunternehmen überführt, um sie anschließend auf ihre alten Arbeitsplätze zurückzuleihen. Nur das Lohnniveau ging bei dieser Operation um 20 Prozent zurück. Das ist eine Entwicklung, die sich wie ein Virus durch alle Branchen frisst. Wir haben mittlerweile ganze Zeitungsredaktionen, die ausgeliehen werden, Busfahrer, Krankenschwestern und auch im Einzelhandelsbereich werden Beschäftigte ausgeliehen. Ganze Unternehmen bestehen zu großen Teilen nur noch aus Leiharbeitskräften bis hin zu einem großen Automobilwerk von BMW in Leipzig, in dem ein Drittel der Beschäftigten Leiharbeiter sind.

Ich bin bei meinem vorletzten Punkt – was tun? Wir haben es geschafft, in der Bundesrepublik den gesellschaftlichen Diskurs zu drehen. Noch vor zwei, drei Jahren war dieser im Wesentlichen von der Vorstellung geprägt, dass wir einen Niedriglohnsektor noch ganz anderen Ausmaßes bräuchten,

als der, den wir schon haben. Hier ist über die Debatte um den gesetzlichen Mindestlohn der Diskurs gedreht worden. Mittlerweile sind 70 bis 80 Prozent der Bundesbürger für einen gesetzlichen Mindestlohn und sehen ein, dass Arbeit nicht arm machen und nicht entwürdigen darf. Die moralische Dimension dieser Frage ist begriffen worden, weil an dieser Frage auch in hohem Maße die Frage hängt, wohin sich diese Gesellschaft eigentlich entwickeln soll. Wohin wollen wir, dass sie sich entwickelt und wohin soll sie sich entwickeln können? Wir orientieren auf den gesetzlichen Mindestlohn als Lohnuntergrenze. Da wo wir gewerkschaftlich stark genug sind, ein höheres Lohnniveau in Branchen durchzusetzen, orientieren wir auf die Verallgemeinerung dieses Lohnniveaus, also eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung, die die Unternehmen zwingt, ihren Arbeitsverträgen mindestens dieses Tariflohniveau zugrunde zu legen. Und wir orientieren auf die Aufnahme ins Entsendegesetz, so dass auch ausländische Anbieter mindestens dieses Lohnniveau bezahlen müssen. Wir führen eine Kampagne zur Gleichstellung von Leiharbeit und Stammarbeit, und zwar vom ersten Tag an, unabhängig von anderslautenden Tarifverträgen bei den Verleihfirmen. Unsere französischen Kollegen haben in solchen Fällen sogar einen Prekaritätsaufschlag durchgesetzt. Die belgischen Kollegen wohl auch. Davon sind wir aber derzeit meilenweit entfernt. Wir versuchen, sowohl auf der europäischen Ebene als auch auf der nationalen Ebene die Voraussetzungen dafür zu schaffen, allerdings stehen wir dabei einer Koalition von Iren, Briten, Polen und Deutschen gegenüber, die versucht, die Gleichstellung vom ersten Tag an zu verhindern.

Wir orientieren darauf, dass der Arbeitnehmerbegriff – übrigens auch in der Europäischen Union – präziser gefasst wird, damit Scheinselbstständigkeit begrenzt wird und dass der Einsatz von ArbeitnehmerInnen als Scheinselbstständige, wie z. B. in der Abfallentsorgung und bei den Schlachtereien, in dieser Form nicht mehr möglich ist. Das ist ein europäisches Thema. Wir führen eine Auseinandersetzung um die Ausgestaltung des Rentensystems, weil ja klar ist, dass auf Lohnarmut Altersarmut folgt. Und wir setzen uns kritisch auseinander mit Bestrebungen zur Verschlechterung der gesetzlichen Rentenversicherung. Wir setzen systematisch darauf, ArbeiterInnen in die Auseinandersetzungen einzubeziehen und nicht stellvertretend für sie sondern mit ihnen zusammen zu handeln, wenn es um die Entwicklung von Tarifverträgen geht. Und wir versuchen, gesellschaftliche Bündnisse zu schließen, da, wo Arbeitnehmer in elementaren Rechten bedroht werden. Das gilt insbesondere für den Einzelhandel und die Art und Weise, wie dort von deutschen Monopolen, die auch in anderen Ländern Europas aktiv sind, mit Frauen umgegangen wird. Kik, Lidl, Schlecker seien hier als Beispiele genannt. Bei Kik wird z. B. im Arbeitsvertrag einer Vollzeitkraft – es gibt keinen Tarifvertrag – die Lohnhöhe angegeben, aber nicht die Arbeitszeit. Es gibt keine Angabe zur wöchentlichen Arbeitszeit. Das heißt, die arbeiten so lange, wie sie angewiesen werden zu arbeiten. Wir versuchen, gesellschaftliche Bündnispartner zu finden, die sagen, es ist uns nicht egal, wie mit den Menschen in diesem Lande, in diesem Arbeitsleben umgegangen wird. Diese moralische Dimension, wollen wir für die gesellschaftliche Auseinandersetzung zu nutzen versuchen.

Abschließend zur europäischen Dimension: Diese Entwicklung in Deutschland ist eine Bedrohung für die arbeiten-



den Menschen in den anderen europäischen Ländern, sie ist eine Bedrohung für die Entwicklung in den anderen europäischen Staaten. Die gesamte Entwicklungsrichtung ist darauf aus gewesen, die Standortbedingungen in der internationalen Konkurrenz dramatisch zu verbessern, letztlich zulasten der Handelspartner. Die Bundesrepublik wickelt 75 Prozent ihres Außenhandels – und wir sind Exportweltmeister – in der Europäischen Union ab, zwei Drittel ihres Außenhandels in der Eurozone. Insbesondere in der Eurozone, also in einer Währungszone, ist der normale Schutzmechanismus, durch den sich in der Produktivität schwächere Ökonomien gegen produktivere Ökonomien abgrenzen – nämlich der Wechselkursmechanismus –, außer Kraft gesetzt.

Ich formuliere es noch mal anders. Die Bedrohung ist klar. Wenn wettbewerbsschwächere Ökonomien auf wettbewerbsstärkere Ökonomien treffen, und diese insbesondere durch ihre Produktivität stärker sind, dann schützen sie sich darüber, dass sie eine eigene Währung haben und im Zweifel diese Währung abgewertet wird. Dadurch werden ihre Waren billiger und die Waren der produktiveren Ökonomie teurer. In einer Währungszone, wo sich Länder auf eine Währung geeinigt haben, geht das nicht, weil dieser Wechselkursmechanismus weg ist. Es gibt nur noch eine Währung.

Wie wird die Standortkonkurrenz in einem System von Wettbewerbsstaaten in einer Währungszone ausgetragen? Sie kann nur ausgetragen werden über Löhne, über Steuern und über Sozialkosten. Erschwerend kommt hinzu, dass in diesem System von Wettbewerbsstaaten, wo in einer Währungszone die Konkurrenz über Löhne, über Steuern und über Sozialkosten ausgetragen wird, die Bundesrepublik nicht etwa Getriebener im Steuersenkungswettlauf ist, sondern selbst Motor desselben, Motor des Lohnsenkungswettlaufs und auch, wenn wir mal an die Rentensysteme denken und die Entwicklung in Deutschland mit der in Italien oder in Frankreich vergleichen, auch Motor des Sozialabbaus. Dies stellt ein Riesenproblem für die Handelspartner dar, die durch diese eminente Exportstärke der Bundesrepublik im Grunde ökonomisch an die Wand gedrückt werden. Wir können beobachten, wie Spanien, Portugal, Italien und auch Frankreich massiv zurückfallen in der Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Bundesrepublik. Das heißt über kurz oder lang – ich vereinfache, spitze aber gleichzeitig zu – es gibt nur wenige Möglichkeiten gegenzusteuern: Entweder wir schaffen es in der Bundesrepublik, das Lohnssystem zu stabilisieren und gewerkschaftliche Stärke zurückzugewinnen und diesen deutschen Sonderweg in der Lohnentwicklung zu beenden. Oder wir kriegen eine Situation, wo unsere europäischen Partner insbesondere in der Eurozone entweder gezwungen werden zu einem drastischen Lohnschnitt in der Größenordnung von 20 bis 30 Prozent oder dazu, die Währungsunion zu verlassen, was in Italien 2005 ja bereits intensiv diskutiert wurde. Um sich damit wieder in den Stand zu versetzen, den Wechselkursmechanismus zum eigenen Schutz einzusetzen. Oder die Länder werden nach dem Modell der neuen Bundesländer in Deutschland alimentiert durch Transfers. Nur, die Größenordnung der Bevölkerung, die da alimentiert werden müsste über Transfers aus der Bundesrepublik ist um ein Vielfaches größer als das, was sich in Deutschland zwischen Ost und West abspielt, weshalb diese Möglichkeit ausfällt.

Ich will das so deutlich unterstreichen, weil diese Entwicklung in der Bundesrepublik, wenn sie so weitergeht, eine rea-

le Bedrohung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den anderen europäischen Ländern, insbesondere in der Eurozone, darstellt und wir uns insgesamt darüber Gedanken machen müssen, wie wir hier uns die Zukunft dieses Systems von Wettbewerbsstaaten in Europa vorstellen. Wie könnte eine Reregulierung aussehen? Dann sind wir bei der Frage, ob das mit weniger Europa gehen kann oder brauchen wir dafür nicht mehr Europa? Und wie soll dieses mehr Europa aussehen, wie kann es aussehen und wie ist es auszugestalten? Wir brauchen im Grunde eine europäische Mindestlohn dimension als relative Größe, nicht in absoluten Zahlen. Eine europäische Vorgabe von 50 Prozent des Durchschnittslohns als gesetzliches Mindestlohnniveau wäre ein Beispiel. Wir brauchen Überlegungen, wie wir den Wettlauf bei der Verschlechterung der Sozialleistungssysteme begrenzen können, der selbst ein Moment des Konkurrenzkampfes und des Standortwettbewerbs ist. Dazu zu diskutieren, ist notwendig. Es ist zugleich eine Diskussion darüber, wie wir uns ein anderes Europa vorstellen, ausgehend davon, dass wir es mit einem System von Wettbewerbsstaaten zu tun haben. Wir brauchen ein Gegenmodell zu dem, was die Europäische Kommission und der Neoliberalismus in Europa auf die Tagesordnung setzt, was ja musterhaft in der Dienstleistungsrichtlinie deutlich geworden ist, wo im Grunde ein Paradigmenwechsel erkennbar war, weg von einer Strategie der Angleichung der Regeln für den Wettbewerb hin zu einem Wettbewerb der Regeln. Das passt exakt zu dem System von Wettbewerbsstaaten, deren Bedingungen dann über die Europäische Union gegenseitig in Konkurrenz gesetzt werden mit der Wirkung eines Wettlaufs nach unten. Dem müssen wir uns entgegensetzen. Und wir werden das nicht schaffen durch den Rückzug auf die nationale Ebene allein, durch weniger Europa, durch den Rückzug auf die nationale Regulierung, weil der Mechanismus der Konkurrenz in diesem System der Wettbewerbsstaaten dadurch nicht gebrochen und auch nicht unterbrochen wird. Das ist für mich eine der großen Herausforderungen, vor denen die Linke steht und vor denen die Gewerkschaften stehen. Und wenn ich Papiere etwa von André Brie gelesen habe, dann ist das bei euch im Fokus, auch der Denkansatz geht in dieselbe Richtung. Und das sollten wir einfach miteinander weiter vertiefen. Dann sind wir auf einem guten Weg.



Aus der internationalen Linken

Erklärung der Ziele der Linken/Regenbogen (Italien)

Generalversammlung der Linken und Ökologen, Rom, 8. – 9. Dezember 2007

Wir Frauen und Männer, die an der Generalversammlung der Linken und der Ökologen teilgenommen haben, setzen uns für den Aufbau eines neuen Subjekts der Linken und der Ökologen ein: Dieses Subjekt soll einheitlich, plural und föderativ sein. Das moderne Italien, so wie es aus der republikanischen, demokratischen und antifaschistischen Verfassung entsteht, braucht eine erneuerte politische Linke. Die Welt verlangt nach neuen kritischen Kulturen, die die Vergangenheit nicht vergessen und in die Zukunft schauen.

Unsere Prinzipien sind Gleichheit, Gerechtigkeit, Freiheit, Frieden, Dialog der Zivilisationen, Wertschätzung der Arbeit und der Wissenschaft, Vorrang der Umwelt, Laizität des Staates, Kritik an patriarchalischen und frauenfeindlichen Modellen.

Das Subjekt der Linken und der Ökologen startet heute. Es wird sich in einem demokratischen und partizipativen Prozess weiterentwickeln, der für kollektive und individuelle Beteiligung offen ist, damit es überall im Lande Fuß fasst. Wir wollen keine Minderheit bleiben, sondern eine starke autonome Kraft gründen, die in der Lage ist, um Hegemonie zu kämpfen, Gesellschaft und Staat zu verändern, ein politisch und gesellschaftlich bedeutsames Gewicht im Mitte-Links-Lager zu werden. Es soll ein Subjekt sein, das fähig ist, populistische Strömungen einzudämmen, die von schwacher Politik und der Trennung zwischen Macht und BürgerInnen herrühren. Es soll ein Akteur in der Politik Italiens werden, der in den Bewegungen mitarbeitet, der mit den wichtigsten Gruppierungen und Parteien der Linken und der Umweltschutzbewegung in Europa verbunden ist.

Für die Linke/Regenbogen, die wir wollen, spielen Arbeit und Umwelt eine Hauptrolle. Die wirtschaftsliberale Globalisierung verursacht eine doppelte Entwertung: die Entwertung der Arbeit des Menschen und die Entwertung der Ressourcen der Natur. Indem sie beides zur Ware degradiert, macht sie sozialen Ausgleich und den Ausgleich mit der Umwelt unmöglich. Die unerträgliche Vertiefung der Kluft zwischen Arm und Reich, der Klimawandel sind Folgen dieser Fehlentwicklung und führen zu einer Antwort: Eine andere Welt ist möglich.

Wir wollen der Arbeit – von den einfachsten bis zu den kreativsten Formen – und der Umwelt wieder Geltung verschaffen und den Menschen wieder Hoffnung geben. Das bedeutet, die Qualität der Arbeit zu erhöhen, die Prekarisierung zu bekämpfen, den Lebensstil zu ändern und die Diskriminierung der Frauen zu bekämpfen. Es bedeutet, den Sozialstaat zu verteidigen und zu erneuern, eine Reform durchzusetzen, die weitreichender ist als diejenige, die den Sozialstaat einführte. Wir stellen uns keine Konsumgesellschaft vor, sondern eine ökologische Gesellschaft ohne Ver-

schwendung, mit fortschrittlicher Technologie, die Wasser, Lebensmittel, Gesundheit und Bildung als Allgemeingut der Menschheit anerkennt. Die Bildungschancen sollen verbessert und sozial gerecht gestaltet werden. Das ist nur möglich, wenn Kultur, Information, Wissenschaft und Forschung frei sind, und die Rückkehr zu Clan-orientierten, nationalistischen und fundamentalistischen Tendenzen bekämpft wird. Wir sind für den Dialog der Kulturen und Zivilisationen, der zu einer Neufassung der universellen sozialen Rechte und Freiheiten führen soll, was im Zeitalter von großen Migrationswellen, Internet und globaler Kommunikation umso notwendiger ist.

Die Linke/Regebogen, die wir wollen, fordert Frieden. Der Geist des Krieges bedroht die Menschheit. Er führt zu neuem Wettrüsten. Immer mehr wird für konventionelle, chemische, bakteriologische und nukleare Waffen ausgegeben. Verträge über die Reduzierung und Kontrolle der Waffenarsenale werden nicht mehr unterzeichnet. Europa gehört zu den Hauptakteuren des Rüstungswettlaufs.

Diesen gilt es jetzt zu stoppen. Für Frieden und gegen den Irak-Krieg ist die größte Massenbewegung seit dem 2. Weltkrieg auf die Straße gegangen. Frieden ist die Gewinnkarte. Frieden ist nur in einer multipolaren Welt möglich. Ein einziges Kommandozentrum kann diese Welt nicht regieren. Auch aus diesem Grunde wird ein stärkeres, autonomes Europa gebraucht.

Die Linke/Regenbogen, die wir wollen, fordert individuelle und kollektive Freiheiten. Diese können sich nur in einem laizistischen Staat entwickeln. Daher ist die Laizität des Staates ein nicht zu verhandelndes Recht. Ein laizistischer Staat anerkennt die verschiedenen Lebensformen und sexuellen Orientierungen aller Menschen. Er beruht auf der Achtung aller Ideensysteme, religiösen Konzepte und Weltanschauungen. Er bekämpft Homophobie und Frauenfeindlichkeit. Vom Feminismus soll er die Kritik an den patriarchalen Strukturen und das Prinzip der Gender-Demokratie übernehmen. Ein solcher Staat schafft die sozialen und institutionellen Verhältnisse, die dafür notwendig sind, die Rechte und die freie Entscheidung aller wirksam zu schützen.

Die Linke/Regenbogen, die wir wollen, strebt nach einer neuen Phase der Demokratie in Italien. Sie ist heute und in der Zukunft bereit, Regierungsverantwortung zu übernehmen oder ihre Forderungen aus der Opposition geltend zu machen. Gegenwärtig wird die politische Debatte von Themen wie Autorität, Regierbarkeit und Entschlossenheit beherrscht. Dabei sollte es um Ansehen und Legitimation gehen, um eine neue Art der politischen Repräsentanz, die ein dialektisches Wechselverhältnis mit der Zivilgesellschaft, vor allem mit den Gewerkschaften pflegt.

Die Linke/Regenbogen wird dazu beitragen, das politische System und die demokratische Teilhabe zu erneuern. Sie wird das alte Phänomen des Transformismo (des Wechsels von einem Lager ins andere) bekämpfen. Die Ursachen des Abstiegs Italiens heißen Korporatismus, Privilegien und Ungleichheit, schwache Innovation, Verlust des sozialen Zusammenhalts, diffuse Illegalität, Erschlaffen des Widerstandes gegen die absolute Gewalt von Mafia, Ndrangheta und Camorra, Ausblenden der Moral. Demokratie und Politik zu reformieren heißt, sich für ein auf Werten beruhendes Gesellschaftsprojekt einzusetzen.

Wir, die TeilnehmerInnen der Generalversammlung der Linken und Ökologen, wenden uns an die politischen Kräfte,



die organisierten Gruppierungen, die Bewegungen, an die linken Aktivisten, an alle Menschen, die aktiv am Aufbau des neuen föderativen Subjekts mitwirken wollen. Wir stehen für eine offene und freie Debatte über Ideen, Ziele, Programme, Organisations- und Vertretungsformen.

Mandat – Arbeitsauftrag der Delegierten

Außerordentliche Parteikonferenz der Französischen Kommunistischen Partei, 8./9. Dezember 2007 in Paris (Der französische Originaltext ist zu finden unter: www.pcf.fr/spip.php?article2219.)

Die Antwort auf die Politik von Nicolas Sarkozy und der notwendige Anstoß zu einer neuen schnellen Sammlung der Kräfte der Veränderung waren der Kern der Diskussionen auf der Außerordentlichen Parteikonferenz der FKP. Die ersten Aktionen der sozialen Bewegungen gegen diese Politik ebenso wie der Zustand der Linken haben die Notwendigkeit unterstrichen, dass die Kommunisten die politische Initiative zurück gewinnen müssen, um den schon vorhandenen Widerstand zu verstärken und neue Perspektiven anzuvisieren.

Die Debatte ist eröffnet, wobei die Konferenz vom 8./9. Dezember eine erste Etappe der Vorbereitung des nächsten Parteitages Ende 2008 darstellt. Dieser Prozess von über einem Jahr wird uns die Möglichkeit geben, alle gemeinsam die immense theoretische, politische und organisatorische Arbeit zu leisten, die unumgänglich ist, wenn wir einen wirklichen Aufschwung in unserem Kampf für die Emanzipation des Menschen erreichen wollen.

Die Kommunisten sind sich der historischen Bedeutung dieser Herausforderung bewusst. Der globalisierte, auf Finanzkapital, Militarisierung und Produktivismus setzende Kapitalismus reißt innerhalb jedes Volkes und zwischen ihnen gefährliche Klüfte auf. Er bedroht das globale ökologische Gleichgewicht. Binnen weniger Jahrzehnte hat er die Welt, unsere Lebensbedingungen, Kommunikation und Kultur nachhaltig verändert, die soziale Ungleichheit verstärkt, Konkurrenz und Spannungen vertieft. Nicolas Sarkozy will unser Land mit Gewalt in die Kämpfe der globalisierten kapitalistischen Kräfte hineinziehen.

Seinen Projekten Widerstand entgegenzusetzen, seine Politik zu bekämpfen, dieses System zu überwinden ist nötiger denn je. Für uns geht es darum, unseren revolutionären Kampf auf diese für uns selbst und alle Kräfte der gesellschaftlichen Veränderung nie da gewesene Situation einzustellen.

Dies ist eine echte politische Herausforderung, die von uns verlangt, dass wir alle Lehren aus der Niederlage ziehen, dass wir unsere Konzepte, unsere Organisation und unsere Arbeitsweise tiefgreifend verändern und sie auf die Höhe der aktuellen Herausforderungen bringen. Wir wollen Ungerechtigkeit, Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende setzen; wir wollen unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern wieder Hoffnung geben. Wir wollen die große linke politische Kraft der Zukunft werden, die das möglich macht.

In den gegenwärtigen Debatten wird besonders betont, dass der Klassenkampf unter den derzeitigen Bedingungen

die Idee des Kommunismus wieder aktuell werden lässt, dass wir den Kampf führen müssen, damit die Partei lebt und an Ausstrahlung gewinnt, die sich ausdrücklich auf diese Idee bezieht. Auf mehreren Parteitagungen haben wir Lehren daraus gezogen, wie die Idee des Kommunismus vom sogenannten realen Sozialismus und den kommunistischen Parteien des 20. Jahrhunderts umgesetzt wurde, welche Errungenschaften und Niederlagen sich daraus ergeben haben. In den Augen der Kommunisten sprechen diese nicht dagegen, dass der Kommunismus in der aktuellen Auseinandersetzung zwischen dem globalisierten Kapitalismus und den Völkern eine Vision und ein Projekt unserer Zeit bleibt.

Die Diskussion hat auch gezeigt: Die Kommunisten sind sich bewusst, dass es ein „weiter so“ nicht geben kann. Wir stehen vor einer existenziellen Herausforderung an einem Wendepunkt unserer Geschichte, aber gleichermaßen auch der einer Linken, die sich für wirkliche gesellschaftliche Transformation im Frankreich unserer Tage einsetzt. Es ist unsere Pflicht, bei Strafe des Untergangs eine Neubestimmung vorzunehmen; zugleich haben wir die Möglichkeit, an einem revolutionären Weg zu arbeiten. Für dieses Ziel muss die FKP mit der ganzen Kraft ihrer aktiven Mitglieder und gemeinsam mit all jenen kämpfen, die mit uns darin übereinstimmen, nach neuen Wegen für Entwicklung, Demokratie und Emanzipation des Menschen zu suchen.

In der Diskussion werden alle gegenwärtig geäußerten Meinungen erörtert. Es gibt eine Vielzahl von Auffassungen und Standpunkten. Jede beinhaltet Überzeugungen und wirft zugleich viele Fragen auf. Wir brauchen Zeit, um zu einer Meinungsbildung zu kommen. Zahlreiche Forderungen werden gestellt – zur Erneuerung, zu den Kämpfen der Kommunisten und zu einer solchen Organisation, die sie erfolgreich macht. Jede/r sucht und entwickelt im Verlauf des Meinungsaustausches ihren/seinen Standpunkt.

Die Diskussionen ergaben ein breites Bekenntnis der Kommunisten zur FKP und dazu, dass sich ihre Partei im Jahre 2008 als lebendiger Organismus entwickelt. Sie wünschen sich, dass besonders die Parteiführung große Anstrengungen unternimmt, sie zu aktivieren und zu stärken.

In der Debatte auf dem Parteitag 2008 sollen alle Standpunkte zur Geltung kommen, ohne dass einer von vornherein ausgeschlossen wird. Unsere Satzung garantiert solche demokratischen, pluralistischen Auseinandersetzungen. Die Kommunisten wollen den begonnenen Streit der Ideen in der Aktion und in der Debatte bis zum Ende gemeinsam führen, indem sie alle Lösungswege offen und innovativ bearbeiten. Alle Fragestellungen, die die FKP umtreiben, werden im Geiste der Offenheit, der gemeinsamen Entwicklung und mit dem festen Willen behandelt, dass gefasste Beschlüsse von den Mitgliedern vollständig umgesetzt werden. Davon lassen wir uns in unserer gesamten weiteren Arbeit leiten.

Des Weiteren sind wir fest entschlossen, eine „kritische, konstruktive, und kreative Bilanz“ der hinter uns liegenden Periode zu ziehen. Wir dürfen unvermeidliche Brüche nicht scheuen, um die Voraussetzungen für einen neuen Zusammenschluss in unserem derzeitigen Kampf zu schaffen: der Emanzipation des Menschen, die wir Kommunismus nennen, für die heutige Zeit einen Sinn zu geben, ein zukunftsfähiges politisches Projekt zu entwickeln, Formen von Sammlungsbewegungen zu finden, die den französischen, den europäischen und internationalen Realitäten der Gegenwart entsprechen und unsere eigene Organisation sowie deren Wirkungs-



weise so tiefgreifend umzugestalten, dass sie in die Lage versetzt wird, diesen Kampf zu führen.

Beschlüsse:

I. Die Debatte der Kommunisten muss auch in Zukunft transparent und pluralistisch geführt werden. Mit dieser Außerordentlichen Parteikonferenz ist die Vorbereitung auf den Parteitag von 2008 eröffnet. Nun wird es darum gehen, keine Hypothese zur Partei oder deren Strategie auszuschließen oder im Vorgriff die Orientierung festzulegen, die von den Kommunisten auf dem Parteitag beschlossen werden soll. Am Ende der Phase des Nachdenkens, der Debatte und der Aktion, die bis zum Sommer dauern kann, erlaubt das Statut den Kommunisten eine demokratische Entscheidung. Die Vorbereitung des 34. Parteitages muss ein offener und kreativer Prozess und von Anfang bis Ende von den Mitgliedern bestimmt sein. Sie muss es uns ermöglichen, alle Ursachen zu erkennen, die zu diesem Verlust an Einfluss geführt haben, und unserem emanzipatorischen Kampf wieder Schwung verleihen. Dafür müssen wir dem, was wir Kommunismus nennen, für unsere Zeit einen neuen und klaren Sinn geben. Das fordert von uns ein vertieftes Verständnis der Transformation des Kapitalismus, seiner Herrschaftsbedingungen und Widersprüche sowie der Möglichkeiten, die für uns daraus erwachsen. Ebenso gilt es, unsere Erkenntnis der politischen Bedingungen für die gesellschaftliche Transformation in Frankreich und Europa zu verbessern und an einer tief greifenden Veränderung unserer politischen Konzepte und Praxis zu arbeiten. So wird es uns gelingen, Übereinstimmung zu erzielen, ein politisches Projekt zu entwickeln und an der Herausbildung eines neuen Klassenbewusstseins als unabdingbarer Voraussetzung für unseren Kampf um Emanzipation zu arbeiten.

II. In den Debatten der Kommunisten hat sich als zentrale Frage herauskristallisiert, worin unser Projekt besteht, was der Sinn unseres Kampfes ist. Das Fehlen eines Projekts zur fortschrittlichen Transformation der Gesellschaft führt innerhalb der Linken zu der vorherrschenden Auffassung, man habe sich dem Kapitalismus anzupassen. Hier öffnet sich für uns ein weites Feld. Außerordentliche Anstrengungen sind nötig, um auf einige der großen Fragen Antwort zu geben, die sich in der Welt von heute stellen: Welche Veränderungen laufen innerhalb der Globalisierung ab? Wie kann man wieder zu einer Einheit der Lohnempfänger (in regulären Jobs, in prekären Arbeitsverhältnissen, ohne Arbeit) kommen? Kann die Gesellschaft noch im Rahmen des Nationalstaates umgestaltet werden? Was ist angesichts der Krise der Politik und der Demokratie zu unternehmen? Welchen Typ von Entwicklung brauchen wir, um der Herausforderung der ökologischen Revolution gerecht zu werden? Was sind unsere Vorstellungen von Veränderung und Transformation der Gesellschaft, von Reform und Revolution, von Demokratie als Ziel und als Mittel dieses Prozesses? Zu all diesen Fragen wird das Nationalkomitee eine Animationsgruppe einrichten, um die nötige Arbeit zur theoretischen und politischen Reflexion mit Unterstützung aller Kommunisten zu entwickeln, alle Personen und Kräfte einzubeziehen, die sich daran beteiligen möchten. Zu diesen Fragen werden Workshops und nationale Konferenzen abgehalten werden.

III. Angesichts der gesellschaftlichen Dringlichkeit und der Gegenreformen der Regierung wollen wir breitest mögliche Zusammenschlüsse erreichen, um Widerstand zu leisten und eine politische Alternative der Linken entstehen zu lassen. Das gilt auch für die Kommunal- und Kantonalwahlen im März 2008, die ein großer Kampf und für die Rechte an der Regierung die erste Prüfung an der Wahlurne sein werden. Um dort einen Erfolg zu erreichen, wollen wir die Voraussetzungen für ein breitestmögliches Zusammengehen der Linken bereits im ersten Wahlgang schaffen. Gleiches betrifft auch die Frage des Referendums. Um unseren Beitrag zu all dem zu leisten, beschließt die Außerordentliche Parteikonferenz, vier breite Kampagnen durchzuführen:

1. Für eine neue Solidarität, basierend auf der gerechten Verteilung des Reichtums, gegen Verschlechterung des Rentensystems und Sozialabbau.
2. Für ein demokratisiertes, soziales, ökologisches, auf Gleichheit, Frieden und Freiheit beruhendes Europa, gegen den „neuen europäischen Vertrag“.
3. Für eine Absicherung der beruflichen Entwicklung, für eine Anhebung der Löhne und der sozialen Mindeststandards, gegen das Vorgehen der Regierung in Fragen von Arbeit, Beschäftigung, öffentlichen Dienstleistungen und Kaufkraft.
4. Für die Entwicklung einer demokratischen und bürgernahe 6. Republik, gegen die derzeitigen Verfassungsreformen. Für wahrheitsgetreue Information der Bürger und für Medienpluralismus. Ebenso stehen wir bereit, jegliche Mobilisierungen zu unterstützen und zum Erfolg zu führen, die Widerstand und Kampf gegen die Politik der Rechten und des Unternehmerverbandes zum Ziel haben, die dem sozialen und menschlichen Fortschritt dienen.

IV. Das Nationalkomitee wird Schritte unternehmen, um während des ganzen Jahres 2008 die Präsenz der FKP, ihre Ausstrahlung, ihre Entwicklung in den politischen Kämpfen sowie inhaltliche Debatten sicherzustellen, um unsere kommunistische Vision und unser Projekt in neuer Form in der Gesellschaft zum Leben zu erwecken. Die Partei wird ihrer verstärkten Präsenz und Tätigkeit am Arbeitsplatz Priorität beimessen. Ebenso wird sie ihre Anstrengungen für die Bildung und Erziehung der Bevölkerung vervielfachen. In den Wohngebieten müssen wir wieder die Initiative übernehmen. Das Nationalkomitee muss die Voraussetzungen für eine Debatte zur Bewertung der Arbeitsweise der Partei, besonders ihrer Führungsgremien schaffen, damit diese in die Lage versetzt werden, die Beschlüsse des kommenden Parteitages noch wirksamer umzusetzen.

V. Im Verlauf des Jahres 2008 wird das Nationalkomitee bei voller Selbstständigkeit unserer Partei Möglichkeiten und neue Formen von Zusammenschlüssen zur Bekämpfung des Kapitalismus sondieren. In einer Form, die von den Frauen und Männern, von den Kräften mitgetragen wird, die die Emanzipation des Menschen zum Ziel haben, wollen wir Übereinstimmung und Zusammenarbeit auf neue Art, eine neue politische, dynamische, staatsbürgerliche „Front“ der Ideen und Aktionen entwickeln und ausprobieren, die Aussicht hat, Mehrheiten zu gewinnen.

VI. Angesichts des globalisierten Kapitalismus brauchen wir einen neuen Internationalismus. Unser europäisches und in-



ternationales Engagement muss in eine neue Etappe eintreten. Dies erfordert ab 2008 die Bildung einer internationalen Initiative, die diesem Anspruch Gestalt verleiht. Die europäischen Herausforderungen verlangen von uns eine verstärkte Zusammenarbeit an gemeinsamen Projekten und Aktionen mit der Partei der Europäischen Linken und allen für eine Neugründung der Europäischen Union eintretenden Kräften.

Vom XII. (Außerordentlichen) Parteitag der KPRF

Beschluss des XII. (Außerordentlichen) Parteitages der KPRF über die Ergebnisse der Wahlen zur Staatsduma und die Aufgaben zur Vorbereitung der Präsidentenwahlen, 15. Dezember 2007

Nach Anhörung des Berichts des ersten stellvertretenden Vorsitzenden des ZK der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, Iwan Melnikow, stellt der XII. (Außerordentliche) Parteitag fest, dass die Staatsmacht ihre Angriffe auf die politischen Rechte der Bürger während des Wahlkampfes wesentlich verstärkt hat. Die Ergebnisse der Wahlen zur Staatsduma vom 2. Dezember 2007 haben Russland in seiner politischen Entwicklung um ein Jahrhundert zurückgeworfen – in die Zeit der Scheinparlamente der Zarenmonarchie. Die Gefahr der Errichtung einer bürokratischen Diktatur im Lande, vor der die Kommunisten mehrfach gewarnt haben, ist in Russland brandaktuell.

Derart schmutzige und rechtswidrige Wahlen hat unser Land noch nicht erlebt. Ganze Zonen totaler Wahlfälschung sind entstanden – Tschetschenien, Inguschetien, Tatarstan, Baschkortostan, Mordowien, Kabardino-Balkarien oder das Gebiet Kemerowo. Angesichts der Willkür des Bürokratenapparates hat dort die Wählerstimme jeden Sinn verloren. Der Mechanismus zur künstlichen Herstellung von Wahlergebnissen läuft auf vollen Touren.

Die herrschende Oberschicht der Oligarchen und Bürokraten sieht ihre Hauptaufgabe darin, ihre Alleinherrschaft mit allen Mitteln zu erhalten und zu festigen. Das ist der wahre Sinn des ständigen Geredes von „Stabilität“. Um den Status quo zu bewahren, ist der Beamtenschaft vor allem wichtig, dass die politische Macht in den Händen der Mannschaft Wladimir Putins bleibt. Nur zu diesem Zweck ist Dimitri Medwedew, einer der engsten Weggefährten des jetzigen Präsidenten, als „Nachfolger“ nominiert worden.

Sollte dieser den Sieg davortragen, dann wird der gegenwärtige sozioökonomische Kurs im Interesse der Allianz von Bürokratie und Großkapital fortgesetzt. Basis des bestehenden politischen Überbaus bleibt dann weiterhin der kriminelle Kompradoren-Kapitalismus. Die Hauptorientierung der russischen Wirtschaft auf den Rohstoffexport bleibt unverändert. Ihre Abhängigkeit vom Ausland wird wachsen. Der starke Einfluss der Weltkonjunktur wird das Land destabilisieren. Die Regierung ist nicht in der Lage, des Preisanstiegs bei Lebensmitteln, Energie, Treibstoffen und kommunalen Dienstleistungen Herr zu werden. Die Inflation wird steigen. Eine Aktivierung der Arbeiterschaft und der Protestbewegung gegen diese Tendenzen ist bereits zu spüren. Sie hat sich in den Aktionen bei „Ford“ in Swjewolochsk, bei „Awtowas“

(„Lada“) und in anderen Unternehmen bereits gezeigt.

Da die regierenden Kreise erkennen, dass davon eine Gefahr für die an der Herrschaft befindlichen Clans ausgeht, suchen sie die politischen Prozesse in Russland unter ihre totale Kontrolle zu bringen. Davon zeugt der ständig wachsende Druck auf die KPRF als einzige Oppositionspartei, die sich nicht an dem politischen Spiel beteiligt, sondern ernsthaft um die Macht kämpft und ein alternatives Programm für die Entwicklung des Landes vorgelegt hat. Dass sich einige Parteien eilends hinter die Kandidatur des „Nachfolgers“ gestellt haben, beweist nur, dass sie zu den Unterstützern dieses Regimes zählen.

Die KPRF hat in den vergangenen vier Jahren ihre politische Arbeit wesentlich korrigiert. In regionalen Wahlkämpfen konnten die Kommunisten ihre Positionen stärken. Sie haben vermehrt Straßenproteste organisiert. Das Volksreferendum war ein Erfolg. Die Propagandarbeit wird modernisiert. Die Partei hat den 90. Jahrestag der Oktoberrevolution würdig gefeiert.

In die Wahlen vom 2. Dezember 2007 ist die KPRF als einzige reale Alternative zur gegenwärtigen Staatsmacht gegangen. Dieser Wahlkampf, der zu komplizierten und absolut ungleichen Bedingungen abgelaufen ist, hat den Kommunisten einen Zuwachs von einer halben Million Stimmen gebracht. Der Zerfall des „roten Gürtels“ unter dem Druck der Administration wird durch den Aufbau oppositionell gestimmter sozialer Gruppen im ganzen Lande kompensiert. Eine qualitative Veränderung der Zusammensetzung der Wählerschaft der KPRF ist zu beobachten. In den Großstädten erhalten die Kommunisten heute wesentlich mehr Unterstützung. Allerdings haben unter dem Druck der Staatsmacht und der Medien ältere Menschen und vom Staat bezahlte Angestellte in größerem Umfang der „Partei der Macht“ ihre Stimme gegeben. Dagegen unterstützten abhängig Beschäftigte in der Industrie, Intellektuelle und kritische Teile der Jugend mehr und mehr die KPRF. Nicht zufällig konkurriert unsere Partei in Hochschul-Wahlbezirken erfolgreich mit „Einheitliches Russland“ (ER). Die neue Lage erfordert von uns, die Staatsmacht aktiv unter Druck zu setzen und auf ihre politischen Manöver rasch zu reagieren. Es ist eine Realität, dass sich immer mehr Russen wieder sozialistischen Werten zuwenden. Der Versuch der „Partei der Macht“, mit der Gründung einer eigenen pseudosozialistischen Partei eine „Linkswende“ zu vollziehen, ist zum Scheitern verurteilt. Da aber „Rechtes Russland“ ins Parlament gelangt ist, wird die Staatsmacht weiterhin daran arbeiten, sie als die eigentliche linke Partei aufzubauen.

Der Druck auf die KPRF und die Versuche, ihren Einfluss einzuschränken, werden sich weiter verstärken. Unserer Partei ist es gelungen, die Versuche zur Beseitigung der Gedenkstätte auf dem Roten Platz und zur Abschaffung des Banners des Sieges abzuwehren. Aber die Bemühungen, alle großen Errungenschaften der Sowjetzeit aus dem Bewusstsein der Menschen auszulöschen, werden nicht aufhören. Zugleich tut die Staatsmacht alles, um die KPRF als einzige organisierte Kraft der Opposition zu diskreditieren. Das fordert von den Kommunisten, die Einheit und Geschlossenheit der Reihen der Partei wachsam zu schützen.

Die KPRF erklärt: Der für unser Land verhängnisvolle sozioökonomische Kurs wird fortgesetzt. Begleitet von hurrapatriotischen Losungen, werden im internationalen Maßstab weitere Positionen aufgegeben. Unter dem Wortgeprassel



von nationalen Projekten und sozialem Schutz der Bevölkerung werden die sozialen Rechte und Garantien der Bürger abgebaut. Russland kann nur gerettet werden, wenn es auf den Weg der sozialistischen Umgestaltung zurückkehrt. Das kann nur geschehen, wenn die KPRF und ihr Kandidat Genadi Sjuganow bei den Präsidentschaftswahlen den Sieg erringen.

Der Parteitag der KPRF beschließt:

1. Das ZK der KPRF und die Parteiorganisationen in den Regionen setzen den Kampf für eine Veränderung des sozio-ökonomischen Kurses beharrlich fort. Das Wahlprogramm der Partei für das Jahr 2007 ist in der politischen Arbeit noch stärker zu nutzen. Dabei ist die veränderte soziale Zusammensetzung der Wählerschaft der KPRF zu berücksichtigen. Besonders ist der Einfluss in den Belegschaften der Betriebe zu verstärken. Die Partei muss ihre Verbindungen zu den Organisationen der Arbeiter, der Gewerkschaften, der Veteranen, der Jugend und der Frauen intensivieren. Dem wachsenden politischen Druck der Staatsmacht auf die Staatsangestellten muss Widerstand entgegengesetzt werden.

2. Die KPRF beteiligt sich an den Wahlen zum Präsidenten der Russischen Föderation. Für das ZK und die Regionalorganisationen der Partei ist der Wahlkampf die politische Hauptaufgabe der kommenden Monate. Er ist zur Propagierung der programmatischen Positionen der Partei und zur Verstärkung ihres politischen Einflusses zu nutzen.

3. Das ZK, die regionalen und lokalen Parteiorgane werden den Kampf für ehrliche Wahlen, gegen die Verfälschung des Wählerwillens fortsetzen. Gegen die Verletzung des Wahlgesetzes bei den Dumawahlen vom 2. Dezember 2007 klagt die Partei vor Gericht. Es muss weiter beharrlich daran gearbeitet werden, ein wirksames System der Kontrolle der Stimmabgabe und der Feststellung der Wahlergebnisse zu schaffen. Dabei sind auch internationale Wahlbeobachter einzubeziehen. Festgestellte Fälschungen und andere Verletzungen des Wahlrechts sind wirksam an die Öffentlichkeit zu bringen. Willkür und Korruption der Staatsmacht sind zu entlarven. Von den Beamten aller Ebenen ist die Einhaltung des Rechts zu fordern. Die Protestbewegung muss verstärkt werden.

4. Das ZK, die regionalen, lokalen und Basisorganisationen der Partei müssen mehr tun, um den Mythos von der „Linkswende“ zu entlarven. Vor allem ist der pseudosozialistische Charakter der bürgerlichen Parteien bloßzustellen, die mit linken Losungen in den Wahlkampf ziehen. Das wahre Wesen der Putinschen „Stabilität“ und die Rolle des so genannten „Nachfolgers“ sind zu enthüllen.

5. Das ZK, die regionalen, lokalen und Basisorganisationen sowie jedes einzelne Parteimitglied beteiligen sich an den Aktionen gegen die Diskreditierung der Errungenschaften der Sowjetzeit. Vor allem gilt es weitere Versuche zur Beseitigung der Gedenkstätte auf dem Roten Platz in Moskau und weiterer Denkmäler der Sowjetzeit abzuwehren.

6. Eine wichtige Aufgabe ist die Überwindung der Informationsblockade gegen unsere Partei. Wir müssen um unser Recht als Opposition kämpfen, alternative Positionen in den Massenmedien darzulegen. Wir müssen die Proteste dagegen organisieren, dass die Tätigkeit der KPRF entstellt und totgeschwiegen wird. Dabei ist dem Fernsehen besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Möglichkeiten des Internets sind noch stärker zu nutzen.

7. Das ZK, die regionalen und lokalen Parteikomitees müssen operativ reagieren, wenn die Behörden aus politischen

Gründen Willkürakte gegen Mitglieder und Anhänger unserer Partei verüben. Der rechtlichen Absicherung der Tätigkeit der Gliederungen der Partei ist größere Aufmerksamkeit zu widmen. In allen regionalen Komitees der KPRF müssen juristische Beratungsstellen eingerichtet werden.

8. Die Fraktion der KPRF in der neuen Staatsduma hat alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Politik der Partei bekannt zu machen und ihren Einfluss in der Bevölkerung zu erhöhen. Zu diesem Zweck hat die Fraktion zu allen Schlüsselfragen der Entwicklung des Landes eigene Positionen auszuarbeiten und wirksam zu verbreiten. Die Bürger Russlands müssen eingehend über die Positionen der kommunistischen Abgeordneten und die von ihnen vorgelegten Gesetzesinitiativen informiert werden.

9. Das ZK muss stärker diejenigen fördern, die sich in den Wahlkämpfen in den Regionen hervorgetan haben. Solche Mitglieder und Funktionäre der Partei müssen stärker bei landesweiten Wahlen eingesetzt werden.

10. Es muss den Parteikomitees aller Ebenen und allen Parteimitgliedern ein Anliegen sein, die Einheit der Partei zu stärken, die Disziplin zu festigen und für eine pünktliche Zahlung der Parteibeiträge zu sorgen. Besonders ist darauf zu achten, dass Abgeordnete und Mitarbeiter in den Organen von Exekutive und Legislative das Parteimaximum (eine einheitlich beschlossene Abgabe an die Partei) streng nach den Beschlüssen entrichten. Die Arbeit zur Einwerbung von Spenden ist zu intensivieren. Die Stärkung der materiellen und technischen Basis der Partei ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür, dass sie den Kampf für ihre programmatischen Ziele mit Erfolg führen kann.

Zum Ausgang der russischen Duma-Wahlen vom 2. Dezember 2007

Von Peter Linke, Leiter des Büros Moskau der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Die Wahlen zur 5. Staatsduma markieren einen neuen Abschnitt in der Entwicklung des modernen russischen Parlamentarismus. Erstmals wurden die 450 Abgeordneten ausschließlich über Parteilisten gewählt. Die Tatsache, dass Präsident Putin die Liste der Partei „Einiges Russland“ (ER) anführte, war von entscheidender Bedeutung für Verlauf und Ausgang des Wahlkampfes: Sie machte die Parlamentswahlen faktisch zu einer Abstimmung über den informellen Parteiführer von ER. Die Wahlkampfdebatten der anderen zehn an den Wahlen beteiligten Parteien traten angesichts des aktiven Auftretens der Spitzenpartei nachhaltig in den Hintergrund. Die „Machtpartei“ war erstmals in allen Regionen siegreich und erhielt überall mit Ausnahme des Autonomen Gebietes der Nenzen über 50 Prozent der Stimmen.

Die offiziellen Wahlergebnisse führten de facto zu keinen wesentlichen Veränderung der parlamentarischen Kräftebalance. Obwohl niemand im Vorfeld der Wahlen am Sieg von ER gezweifelt hatte, betrug die Wahlbeteiligung 64 Prozent (2003 – lediglich 55 Prozent).

Die ebenfalls neu eingeführte 7-Prozent-Hürde nahmen 4 Parteien: Einiges Russland mit 64,3 Prozent (45 Millionen



Stimmen), die Kommunistische Partei der Russischen Föderation mit 11,6 Prozent, die Liberal-Demokratische Partei Wladimir Schirinowskis mit 8,2 Prozent sowie die erstmals in der Duma vertretene Partei Gerechtes Russland (SR) mit 7,7 Prozent.

Für die KPRF stimmten über 8 Millionen Wähler (2003 – 7,6 Millionen oder 12,6 Prozent). Mit anderen Worten: die Unterstützung verringerte sich um ein Prozent bei gleichzeitiger Zunahme der absoluten Wählerschaft um eine halbe Million Stimmen. Die Fraktion der Kommunisten in der 5. Duma vergrößerte sich um 10 Abgeordnete. Für die LDPR stimmten über 5 Millionen Wähler (in der Vergangenheit rund 7 Millionen), das Ergebnis von SR bewegte sich im Bereich dessen, was eine ihrer Vorgänger-Parteien – Rodina – 2003 bekam, d. h. das Ergebnis enttäuschte formal jene Hoffnungen, die am Vorfeld der Wahlen an deren Fusion mit der Partei des Lebens und der Rentnerpartei geknüpft worden waren. Die regionalen Listen von SR führten Politiker an, die nahezu aus allen Parteien kamen; die besten Ergebnisse erzielten dabei populäre Regionalpolitiker. Die Partei Jabloko erzielte nur in Moskau, St. Petersburg und Karelien Achtungserfolge (mehr als 3 Prozent). Die Union der Rechtskräfte (SPS) schaffte es nirgendwo, mehr als 3 Prozent zu erzielen (mit 2,8 Prozent erreichte sie ihr bestes Ergebnis in Moskau). Der Agrarpartei gelang es nur im Burjatischen Autonomen Gebiet, mehr als 7 Prozent auf sich zu vereinen. Die Partei Zivilgesellschaftliche Kraft (GS) erzielte ihr bestes Ergebnis im Gebiet Swerdlowsk, wo sie ursprünglich als russische Netzwerk-Partei zur Förderung des kleinen und mittleren Unternehmertums entstanden war. Die linken Splitterparteien Patrioten Russlands und Partei der sozialen Gerechtigkeit errangen zusammen 1,1 Prozent der Stimmen.

Ihr bestes Ergebnis erzielten ER in Tschetschenien (99,6 Prozent), die Kommunisten in Tambow (19 Prozent), die Liberalen Demokraten in Magadan (15,4 Prozent), SR in Astrachan (20,2 Prozent) und St. Petersburg (15,3 Prozent). Moskau und St. Petersburg gehörten zu den Regionen mit dem geringsten Stimmenanteil für die „Machtpartei“. Im Wahllokal der Moskauer Staatlichen Universität konnte die KPRF sogar einen Sieg verbuchen. Dort übertraf sie das Ergebnis von ER um ein Prozent. Insgesamt erreichten die Kommunisten in Moskau 13 Prozent, knapp doppelt soviel wie in der Vergangenheit. Die Insassen des im Zusammenhang mit dem Putsch Anfang der 90er Jahre bekannt gewordenen Moskauer Untersuchungsgefängnisses „Matrosenstille“ unterstützten mehrheitlich die Partei Schirinowskis, während fast 80 Prozent der Auslandsrussen für ER stimmten.

Auch in der 5. Staatsduma bleibt die 4-Parteien-Struktur erhalten, wenn auch ohne klassischen neoliberalen Flügel. Die Platzverteilung gestaltet sich wie folgt: ER – 315 Plätze (wobei fast ein Drittel jener gewählten Abgeordneten, die die regionalen Listen angeführt hatten, die sogenannten Lokomotiven – insbesondere Gouverneure, Bürgermeister und Minister – ihre Mandate weniger bekannten Parteifreunden überließen), mit anderen Worten: eine solide Verfassungsmehrheit – für viele das zentrale Anliegen der „Machtpartei“ in den zurückliegenden Wahlen. Die beiden anderen Pro-Putin-Parteien SR und LDPR bekommen 38 bzw. 40 Plätze. Als einzige Oppositionspartei zieht die KPRF mit 57 Abgeordneten in die neue Duma ein.

Nach Einschätzung vieler Beobachter haben die Wahlen nicht wesentlich zur Stärkung der politischen Parteien bei-

getragen. Aufgrund der Personifizierung der Wahlen hat ER vom positiven Image Putins erheblich profitiert. Gleichzeitig wird angemerkt, dass für Putin im Zuge der Duma-Wahlen fünf Millionen Bürger weniger als bei den Präsidentschaftswahlen 2004 gestimmt haben, wobei das Elektorat von SR und LDPR insgesamt das Staatsoberhaupt unterstützen. Nach Meinung des einflussreichen Journalisten Witali Tretjakow orientiert sich das parteipolitische System Russlands nicht an den klassischen Eckpunkten Liberalismus und Konservatismus bzw. Sozialismus und Liberalismus, sondern entwickelt sich in Anlehnung an nationale russische Formeln bzw. jenseits aller Regeln. Alle vier in der Duma vertretenen Parteien sind etatistisch; sämtliche antietatistischen Gruppierungen stießen bei den Wählern auf Ablehnung. Gleichzeitig unterliegen alle Parteien einem fortschreitenden Erosionsprozess, der im liberalen, prowestlichen Spektrum stärker voranschreitet, als im patriotisch-nationalistischen.

Die gesellschaftlich bedeutende Trennlinie zwischen Russlands Parlamentsparteien ist die zwischen Kommunismus und Antikommunismus. Während die KPRF und SR als prokommunistisch oder prosowjetisch im Sinne von sowjet-sozialistisch empfunden werden, (wobei sich SR gern als Kraft einer „vierten Art Sozialismus“ – nach dem Ende des klassischen marxistischen, sowjetischen und „westlichen“ Sozialismus – sieht), gelten ER und LDPR als antikommunistisch. Mit den Worten Tretjakows: „74 Jahre Sowjetmacht sind eine gigantische und vieldeutige Periode der nationalen Geschichte, die auszulöschen niemandem gelingen wird, weshalb das Problem Sowjetismus versus Antisowjetismus auch weiterhin eine aktuelle psychologische, politische und historische Dominante unserer gesellschaftlichen Metaphysik und unseres gesellschaftlichen Verhaltens bleiben dürfte.“ (*Moskowskije Nowosti*, Nr. 48, 7, 13.12.2007).

Ungeachtet des überwältigenden Sieges von ER hat es Putin vorgezogen, seine Distanz zur Partei und seinen nicht-formellen Status ihr gegenüber beizubehalten. So erschien er nicht im Wahlkampfstab der Sieger und inszenierte die Nominierung seines „Nachfolgers“ Medwedjew als gemeinsamen Akt von ER, SR sowie der Agrarpartei und GS, die beide kläglich an der 7-Prozent-Hürde gescheitert waren. Der Präsident erwies sich als faktischer Sieger der Wahlen, was nicht unbedingt auf ER zutrifft. Nach Expertenmeinung lässt sich nur auf diese Weise jenes offensichtliche Paradoxon erklären, wonach ER nur durch massive, direkte präsidentiale Unterstützung die angestrebte absolute Mehrheit sicherstellen konnte.

Die Dezemberwahlen von 2007 waren die ersten Parlamentswahlen in der postsowjetischen Geschichte Russlands ohne eindeutige Legitimierung durch den Westen. Ihre Qualifizierung als unfaire und nicht den demokratischen Standards entsprechende Wahlen durch die meisten Massenmedien sowie Teile des politischen Establishments in den westlichen Hauptstädten deckte sich praktisch mit der heftigen Wahlkritik seitens der KPRF, der SPS, Jabloko sowie der außerparlamentarischen Oppositionsbewegung Anderes Russland. Folgende Vorbehalte machten die Kommunisten am 15. Dezember auf ihrem Parteitag deutlich: beschränkter Zugang zu den elektronischen Massenmedien für oppositionelle Kandidaten, erzwungener Urnengang insbesondere für Angestellte des öffentlichen Dienstes, Wahlzettelmanipulationen zugunsten der „Machtpartei“, Wähleragitation am Wahltag und Wählernötigung vor allem im ländlichen Raum



sowie einer Reihe nationaler Republiken, von wo Wahlergebnisse von über 90 Prozent vermeldet wurden. So erhielt die ER-Liste in Mordowien über 93 Prozent der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von über 94 Prozent. Entscheidenden Anteil am Erfolg von ER hatte die aktive Parteinahme der meisten Gouverneure. Durch den Präsidenten der Möglichkeit beraubt, direkt gewählt zu werden, sahen sie in dieser aktiven Parteinahme ein wichtiges Mittel zur Festigung der eigenen Machtposition.

Die KPRF erklärte ihre Absicht, eventuell zusammen mit der SPS und Jabloko die Wahlergebnisse gerichtlich anzufechten. Letztere bezeichnete Parteivorsitzender Sjuganow unmittelbar nach ihrer Verkündung als Gewaltakt gegen das Land und Verhöhnung des gesunden Menschenverstandes. Nach einiger Überlegung entschieden sich die Kommunisten jedoch gegen radikale Schritte, etwa die geschlossene Niederlegung ihrer Mandate. Ende Januar beginnt offiziell der Präsidentschaftswahlkampf, der den Wahlzyklus 2007-2008 zum Abschluss bringen wird.

Zum Abschneiden der KPRF bei den Duma-Wahlen 2007

In ihren Wahlanalysen verweisen die Kommunisten auf die überwiegend urbane Verankerung ihrer Wählerschaft. Die Wähler der KPRF konzentrieren sich in den großen Städten: den beiden Hauptstadtregionen Moskau/Moskauer Gebiet und St. Petersburg sowie in einer Reihe regionaler Ballungszentren wie Omsk, Nowosibirsk, Krasnojarsk und Woronesch. Die Unterstützung für die KP ist nicht länger regional bestimmt, ist nicht Ergebnis von Teilhabe oder Nichtteilhabe ihrer Vertreter an den Machtstrukturen, sondern der massiv wachsenden sozialen Aufsplitterung der russischen Gesellschaft und der Formierung sozialer Gruppierungen mit latenter Protesthaltung.

Ausdruck ausgewogenerer regionaler Unterstützung für die KPRF sind die positiven Entwicklungen im Nordwesten sowie den nördlichen Regionen Zentralrusslands, d. h. in jenen Gebieten, wo die Kommunisten in den 90er Jahren nur minimalen Einfluss besaßen. Überdurchschnittliche Ergebnisse wurden in den Gebieten Kaliningrad, Twer, Kostroma, Kirow und Jaroslawl sowie im Autonomen Gebieten der Nenzen erzielt. Beispiele für eine positive Dynamik sind das Gebiet Murmansk mit einem Zuwachs von 3,7 Prozent, das Gebiet Archangelsk mit 3,6 Prozent sowie Karelien mit 2,8 Prozent. Verbesserungen gab es ebenfalls im Leningrader und Wologodsker Gebiet sowie in der Republik Komi.

Erfolgreich schnitt die KPRF auch in den Regionen des Urals ab, wo die Kommunisten bisher traditionell einen schweren Stand hatten. Positive Tendenzen sind vor allem in den moskaunahen Regionen auszumachen, den Gebieten Smolensk, Kaluga, Rjasan, Wladimir, Twer, Jaroslawl und Kostroma. Eine der Ursachen dafür dürfte die erneute Unterstützung der Kommunisten durch ehemalige Rodina-Wähler sein.

Problematisch gestaltet sich die Situation der KPRF in den nationalen Republiken. Dies betrifft 7 von 13 Regionen, in denen die KP weniger als 7 Prozent der Stimmen erhielt. Noch Mitte der 90er Jahre erreichten die Kommunisten dort Spitzenresultate. Im südlichen Teil Russlands sowie im Wolga-Gebiet und Nord-Kaukasus setzt sich im wesentlichen die Auflösung des ehemals „roten Gürtels“ zugunsten von ER fort. Was den Osten des Landes anbelangt, so hat sich

dieser für die Kommunisten längst zu einer Problemzone entwickelt. Das haben die jüngsten Wahlergebnisse erneut bestätigt.

Von den 57 in die neue Duma gewählten KP-Abgeordneten haben 30 bereits in der letzten Duma gearbeitet. 19 wurden neugewählt, und 8 kehrten nach Unterbrechung zurück. In der Fraktion sind 4 Frauen vertreten. 5 der neuen Abgeordneten sind jünger als 40 Jahre, während das Durchschnittsalter aller erstgewählten KP-Parlamentarier 47 Jahre beträgt.

Nach Meinung des der KP nahestehenden Zentrums zur Erforschung der politischen Kultur Russlands ging es den Wahlstrategen der Partei ursprünglich um den Erhalt des Kernwählerpotenzials, ein richtiger Ansatz, betrage dieses doch immerhin 7 bis 8 Prozent der Gesamtwählerschaft bzw. 11 bis 12 Prozent der Wählerschaft bei mittlerer Wahlbeteiligung. Allerdings habe sich mit der Aufstellung Putins als Spitzenkandidat von ER die Situation schlagartig verändert: Unter Verweis auf den Plebiszit-Charakter der Wahlen sei es der „Machtpartei“ gelungen, einen Großteil der bis dato passiven Wählerschaft zu aktivieren, was wiederum ein grundsätzlich verändertes Vorgehen der Kommunisten erfordert hätte ...

Ungeachtet des massiven administrativen Drucks und der totalen massenmedialen Dominanz der „Machtpartei“ sei es der KPRF erneut gelungen, ihre Wählerschaft bei der Stange zu halten. Gleichwohl könne nicht darüber hinweggesehen werden, dass es die Partei wiederum nicht vermocht hat, im Umgang mit dem Gesamt-Elektorat einen Durchbruch zu erzielen, indem sie sich für potenzielle Sympathisanten interessant macht. Insbesondere diesem Faktor jedoch werde im Zuge des beginnenden Präsidentschaftswahlkampfes entscheidende Bedeutung zukommen, gelte es doch, jene bisherigen ER-Wähler zu binden, die sich durch den Abgang Putins gezwungen sehen, wahlpolitisch neue Wege zu gehen ...

Putins Politik der Ausgrenzung der Demokraten treibt den Kommunisten Stimmen zu

Von Luke Harding; aus: „The Guardian“, Großbritannien, 19. November 2007

Da die liberale Opposition in Russland gespalten ist, sind die Kommunisten die letzte verbliebene demokratische Kraft.

Gennadi Sjuganow zeigt seinen betagten Zuhörern ein breites Lächeln. Aus den Lautsprechern ertönt: „Genossen, begrüßen wir die Helden der Revolution!“ Eine Prozession von Leuten in stark vorgerücktem Alter schleppt sich auf die Bühne. Jedem überreicht Sjuganow eine Medaille.

Ein 94-jähriger Greis, der noch unter dem Zaren geboren wurde, schafft die Holzstufen zur Bühne des Theaters, wo diese Wahlkampfveranstaltung stattfindet, nicht mehr. Sjuganow läuft zu ihm hinunter und steckt ihm dort die Medaille für jahrzehntelange Parteimitgliedschaft ans Jackett. „Vierundneunzig! Unglaublich!“ ruft er dabei. Ungeachtet des hohen Alters ihrer Anhänger ist die Kommunistische Partei der Russischen Föderation auch 90 Jahre nach der Machtergreifung der Bolschewiki quicklebendig.



Lenin ist vor 83 Jahren gestorben, die Sowjetunion ist verschwunden, und die Zukunft der Weltrevolution sieht trübe aus. Aber vor den Parlamentswahlen in Russland im Dezember erleben die Kommunisten eine Wiedergeburt. Nach Umfragen liegen sie auf dem zweiten Platz hinter Putins Partei „Einheitliches Russland“. 15 Prozent der Wählerstimmen traut man ihnen zu. Da die liberale Opposition gespalten ist, sind die Kommunisten die letzte verbliebene demokratische Kraft. Diese Ironie hätte bestimmt auch Lenin gefallen.

Der langjährige Parteiführer Sjuganow ist für diese Wahlkampfveranstaltung in die Stadt Koroljow, zwanzig Kilometer vor Moskau, gekommen. Einst war sie für ihre Kosmonauten berühmt. Heute zählen ihre Ingenieure und Raketenkonstrukteure zu den zahlreichen Verlierern im kapitalistischen Russland.

In diesem Ambiente der verflissenen Sowjetunion, von dem der Putz bröckelt, erklärt Sjuganow, die Kommunisten seien die einzige Partei in Russland, die die Fragen der sozialen Gerechtigkeit ernst nimmt. „Wenn alle Ressourcen unseres Landes gerecht verteilt würden, dann besäße jeder von Ihnen 160 000 Dollar“, erklärt er seinen Zuhörern.

Statt dessen muss ein Rentner mit 3000 Rubeln (120 Dollar oder 83 Euro) im Monat auskommen. „Als Putin zur Macht kam, hatten wir in Russland sieben Oligarchen. Jetzt sind es 61“, sagt Sjuganow weiter. Als Antwort auf eine Frage, die man ihm auf einem Zettel aus dem Saal reicht, stellt er fest, an Hitlers Überfall auf Russland habe Stalin keine Schuld gehabt.

Sjuganow erzählt gern Witze. Hier bringt er einen über den Oligarchen Roman Abramowitsch. Roman kommt in den Himmel, wo ihm Petrus entgegentritt. Der fragt: „Stimmt es, dass dir der Fußballclub ‚Chelsea‘, fünf Yachten und fünf Kilometer Strand an der französischen Riviera gehören?“ Abramowitsch antwortet: „Ja.“ Darauf Petrus: „Dann wird es dir bei uns bestimmt nicht gefallen.“

Sjuganows Ideen sind für eine bedeutende Mehrheit der 142 Millionen Bürger Russlands attraktiv, besonders aber für die 38 Millionen Rentner, wenn er erklärt, der gewaltige Ölreichtum des Landes bringe ihnen überhaupt keinen Nutzen, dafür stopfe sich die Clique im Kreml die Taschen voll.

„Wir sind die einzige Partei, die verhindert, dass Russland völlig in Korruption versinkt“, erklärt er in einem Interview für den Guardian. „Ist Russland eine Demokratie?“ „Nicht wirklich“, bekennt Sjuganow.

So sehr sich die Polittechnologien des Kreml auch mühen, die Partei der Kommunisten zu beseitigen, genießt diese nach wie vor beträchtliche Unterstützung. Aus Anlass des 90. Jahrestages der Oktoberrevolution sind 20 000 Menschen in Moskau auf die Straße gegangen. Den Roten Platz durften sie nicht betreten, so endete ihre Kundgebung vor dem neuen Moskauer Hotel „Ritz-Carlton“, wo man für eine Übernachtung 500 Pfund hinblättern muss. Dort winkten Junge Pioniere mit roten Wimpeln, und Männer sangen patriotische Lieder mit der Losung aus dem zweiten Weltkrieg „Für die Heimat! Für Stalin!“

„Unter den Kommunisten ging es uns wesentlich besser“, sagt der 16-jährige Pawel Kotow. Woher weiß er das? „Meine Eltern sind beide Kommunisten, und ich unterstütze sie seit zwei Jahren.“

Andere Demonstranten erklären, sie hätten die Korruption der Bürokratie satt, die unter Putin ins Kraut geschossen ist. „Manches im Alltag ist besser geworden. Aber vieles wesent-

lich schlechter. Wir können ins Ausland fahren. Aber höchstens 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung haben das Geld dafür“, sagt Oleg Newski, ein Physiker, heute in Pension.

Einige schreien ihre Wut laut heraus. „Putin ist schlimmer als Hitler“, erklärt ein Mann mit einem selbst gemachten Plakat, auf dem der Führer Russlands im Klo Becken verschwindet (eine Anspielung auf Putins berüchtigten Ausspruch, er werde die tschetschenischen Separatisten im Klo ersäufen – d. Ü.). „Wir haben acht Millionen Menschen verloren!“ Damit meint er, dass unter Putin die Sterberate wesentlich angestiegen ist, besonders unter russischen Männern, deren mittlere Lebenserwartung bei 58 Jahren liegt. „In Russland gibt es heute 9 000 Dörfer, wo nur noch alte Leute leben.“

„Einheitliches Russland“ dominiert die staatstreue Duma bereits. Aber als sich Putin Anfang Oktober offiziell zum Spitzenkandidaten der Partei erklärte, kletterte sie in Umfragen von 47 auf 56 Prozent.

Nach der russischen Verfassung muss Putin im Mai 2008 aus dem Präsidentenamt scheiden. Aber die meisten Beobachter sind der Meinung, dass er an der Macht bleiben wird – als Ministerpräsident, Präsident oder in einer ganz anderen Rolle. Nach dem neuen Wahlgesetz, das die Hürde für den Einzug ins Parlament von fünf auf sieben Prozent angehoben hat, stehen die Oppositionsparteien vor riesigen Schwierigkeiten, Mandate zu erringen.

All das bedeutet, dass die KPRF, eine Partei, die einstmals die Diktatur des Proletariats verkündete, jetzt die letzte demokratische Variante für Russland geblieben ist, die einzige, die es nicht zulässt, dass ein Einparteiensystem durchgesetzt wird.

Die Kommunisten werden die einzige oppositionelle Kraft im Parlament sein, da sind sich die Analytiker sicher. „Das bedeutet, dass Wähler, die eine Opposition – in welcher Form auch immer – im Parlament aufrechterhalten wollen, für die Kommunisten stimmen müssen“, sagt Leonid Sedow vom größten Umfrage-Institut, dem Lewada-Zentrum.

Nach seiner Meinung sieht die Mehrheit der Russen nach sieben Jahren Putin ihr Land nicht als demokratisch an. Die meisten glauben sogar, dass der Kreml die Wahlergebnisse frisieren wird. „Ich denke, dass dies bei der Zusammenfassung der Auszählungsergebnisse durch Angabe falscher Zahlen der Wahlbeteiligung geschieht“, sagt Sedow voraus. „Ich glaube nicht, dass sich der Kreml heute besonders um sein Image im Westen sorgt“, fügt er hinzu.

Von manchen wird Sjuganow vorgeworfen, er habe zwar bei der Präsidentschaftswahl 1996 Boris Jelzin beinahe besiegt, arbeite aber seitdem insgeheim mit dem Kreml zusammen. 2004 habe er unter rätselhaften Umständen auf eine wirkliche Auseinandersetzung mit Putin verzichtet. Sjuganow weist das vehement zurück und bezeichnet es als Verleumdung.

„In der russischen Politik gibt es keine völlig unabhängigen Akteure“, meint Grigori Golusow, Professor an der Fakultät für Politische Wissenschaften und Soziologie der Europäischen Universität St. Petersburg. „Aber ich möchte behaupten, dass unter den nicht sehr selbstständigen russischen Parteien die Kommunisten über eine relative Selbstständigkeit verfügen.“

(Bei der Dumawahl am 2.12.2007 erhielt „Einiges Russland“ 64 Prozent, die KPRF 11,6 Prozent, die LDPR [Schirinowski] 8,2 Prozent und „Gerechtes Russland“ 7,8 Prozent der Stimmen – d. Ü.)

Resolution: Zur Lage in den Ländern der GUS und des Baltikums

Internationale Beratung von Aktivisten sozialer Bewegungen in den Ländern der GUS und des Baltikums, Moskau, 3. November 2007, notiert von Andrej Mantschuk; aus: www.kommunist.ru

Der Zusammenbruch des Sowjetsystems und der Zerfall der UdSSR haben den katastrophalen Prozess der Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus ausgelöst, der gegenwärtig weiter anhält. Seine Haupttendenzen sind im gesamten postsowjetischen Raum – von den baltischen Ländern, die heute EU-Mitglieder sind, bis nach Mittelasien und dem Kaukasus – im wesentlichen gleich.

Die wichtigste ist das weitere Anwachsen der sozialen Ungleichheit und die zunehmend verfestigte Zerteilung der postsowjetischen Gesellschaft in eine arme, rechtlose Mehrheit und eine schmale Schicht superreicher Kapitalisten sowie der von ihnen abhängigen Staatsbürokratie. Typische Charakteristika des Prozesses sind der Abbau oder die Abschaffung sozialer Vergünstigungen, bzw. ihre Umwandlung in völlig unzureichende Geldzuwendungen, eine starke Erhöhung der Tarife für kommunale Dienstleistungen sowie der Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr, permanente Preissteigerungen, die disproportionale Entwicklung der Löhne, die faktische Abschaffung der unentgeltlichen medizinischen Versorgung und Bildung. Als direkte Folge der sozialen Krise sinken Teile der Arbeiterklasse ins Lumpenproletariat ab, wächst die Zahl der Obdachlosen, steigt die Sterberate katastrophal an, während die Geburtenrate sinkt, breiten sich Drogensucht, Rauchen, Alkoholmissbrauch, Krankheiten wie AIDS und Tuberkulose immer weiter aus. Opfer dieser gesellschaftlichen Katastrophe sind vor allem Rentner und Invalide, Kinder und Studierende, Frauen, Flüchtlinge und Migranten.

Die Kehrseite dieses Prozesses ist die wachsende Bereicherung der herrschenden Klasse, die nach Abschluss umfangreicher Privatisierungen in den Ländern der ehemaligen UdSSR die Produktionsmittel und alle Hebel der Staatsmacht in den Händen hält. Die riesigen Erlöse aus dem Export fossiler Brennstoffe, von Erzeugnissen der metallurgischen und chemischen Industrie sowie der Landwirtschaft fließen an der großen Mehrheit des Volkes vorbei in die Taschen der Großbourgeoisie und der Staatsbeamten. Die führenden politischen Parteien vertreten die Interessen rivalisierender Gruppen der herrschenden Klasse, deren Auseinandersetzung auch die Form „bunter Revolutionen“ annehmen kann, welche Proteste der Volksmassen vorgaukeln sollen. Zugleich bleibt die Mehrheit des Volkes von realer Teilhabe an der Lenkung des Staates ausgeschlossen. Als logische Folge davon werden die formal bestehenden demokratischen Rechte und Freiheiten immer weiter eingeschränkt, kommt es in einigen Ländern zur Errichtung diktatorischer Regime.

Die politische Konfrontation zwischen den Regierungen verschiedener Staaten, zum Beispiel zwischen Georgien und Russland, Russland und der Ukraine oder Armenien und Aserbaidschan, die grobe Verletzung der Selbstbestimmungsrechte verschiedener Völkerschaften im Kaukasus und im Dnestr-Gebiet tragen dazu bei, dass die Völker der

postsowjetischen Länder weiter auseinanderdriften und ihre soziale Unzufriedenheit in Auseinandersetzungen mit „äußeren Feinden“ kanalisiert wird.

Vor dem Hintergrund dieser Auseinandersetzungen im Lager der Bourgeoisie werden die Schwäche und Zersplitterung der unabhängigen Linken, der sozialen, Gewerkschafts- und Bürgerrechtsbewegungen in den postsowjetischen Staaten besonders offensichtlich. Zwar hat es in Russland einige Aktionen unabhängiger Gewerkschaften mit beträchtlicher Resonanz gegeben, aber die unabhängige Arbeiterbewegung ist nach wie vor weit davon entfernt, als eine bedeutende gesellschaftliche Kraft die Rechte der Lohnempfänger wirksam zu verteidigen zu können. Zugleich hat eine Reihe von Bürgerinitiativen – zum Beispiel die Gründung von Räten zur Koordination des Kampfes gegen die Monetarisierung der sozialen Vergünstigungen und zur Verteidigung der Rechte der Bewohner privatisierter Häuser – bewiesen, dass sozialer Widerstand von unten durchaus erfolgreich organisiert werden kann.

Die wachsenden Unterschiede im Lebensniveau und bei den Löhnen in den verschiedenen Regionen sowie militärische Konflikte fördern die Arbeitsmigration aus den armen Randgebieten des postsowjetischen Raumes in die großen Megastädte mit hoher Konzentration des Kapitals, vor allem nach Moskau. Die russische Hauptstadt saugt am stärksten Lohnarbeiter von außen an. Ein weiterer Strom von Arbeitsmigranten, besonders aus Moldova und der Ukraine, fließt aus den Ländern der ehemaligen UdSSR vor allem in die Europäische Union ab. Die Bourgeoisie schränkt die Rechte dieser Migranten stark ein und versucht die Kosten dieser Arbeitskräfte so niedrig wie möglich zu halten, was wesentlich zum Wirtschaftswachstum in der Russischen Föderation und in der EU beiträgt.

Da es an einer echten Alternative zur Politik der herrschenden Klasse fehlt, wirkt die tiefe soziale Krise der postsowjetischen Gesellschaft als Nährboden für die Entstehung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Neofaschismus. Das ist eine logische Fortsetzung der Staatspolitik, die daran arbeitet, das Bild eines „inneren Feindes“ zu schaffen. Unternehmen, die in großem Maße „Gastarbeiter“ beschäftigen, nutzen den rassistischen Terror gar zur weiteren Einschränkung der Rechte der Arbeitsmigranten. Die Entwicklung des Kapitalismus vertieft auch die ökologische Krise, was sich in verstärkter Umweltverschmutzung, im Raubbau an Natur-schätzen und in einem rasanten Aufblähen der Megastädte zeigt, wodurch Parklandschaften und Waldgebiete zerstört, die Qualität des Trinkwassers verschlechtert und weitere Umweltschäden heraufbeschworen werden.

Als untrennbarer Bestandteil der weltweiten alterglobalistischen Bewegung sehen wir angesichts der tiefen sozialen Krise in den Ländern der GUS und des Baltikums im Jahr des 90. Jubiläums der Oktoberrevolution, der größten sozialen Umwälzung in der Geschichte der Menschheit, unsere Hauptaufgabe darin, eine reale sozialistische Alternative zum Kapitalismus im postsowjetischen Raum zu schaffen. Mit diesem Ziel fordert die Internationale Beratung alterglobalistischer, sozialer und Bürgerrechtsbewegungen in den Ländern der GUS und des Baltikums ihre Teilnehmer auf, sich folgenden konkreten und zugleich realistischen Aufgaben zu widmen:

- ein Netzwerk unabhängiger sozialer Bewegungen an der Basis der Gesellschaft aufzubauen und diese Initiativen international zu verknüpfen;



- ein System solidarischer Aktionen zu schaffen, mit dem auf Verletzungen von sozialen und Menschenrechten sowie Rechten am Arbeitsplatz an jedem Punkt des post-sowjetischen Raumes rasch und wirksam reagiert werden soll;
- den Aufbau unabhängiger Gewerkschaften sowie deren Kampf gegen Staatsbürokratie und Unternehmer solidarisch zu unterstützen;
- die Rechte der Arbeitsmigranten gemeinsam zu verteidigen, wobei auf die Gründung von Migrantengewerkschaften orientiert werden sollte;
- als Gegengewicht gegen Fremdenhass und alltäglichen Rassismus gemeinsame antifaschistische Aktionen zu organisieren;
- die Entwicklung der Umwelt- und Gender-Bewegungen voranzubringen.

Vor 90 Jahren waren unsere Völker die anerkannte Avantgarde des weltweiten Prozesses der sozialen Befreiung. Das verpflichtet uns heute, einen würdigen Platz im gemeinsamen Kampf für eine andere, solidarische, gleiche, freie und gerechte Welt einzunehmen.

Die Anerkennung der Faschisten wird vorbereitet: Ein ungeheuerlicher Gesetzentwurf des ukrainischen Präsidenten

Interview mit dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU), Petro Simonenko, für die Nachrichtenagentur Rosbalt-Ukraina, 16. Januar 2008 (geringfügig gekürzt)

Präsident Viktor Juschtschenko hat einen Gesetzentwurf in die Oberste Rada eingebracht, wonach die Mitglieder der „Organisation ukrainischer Nationalisten“ und der „Ukrainischen Aufstandsarmee“ (OUN-UPA)¹ als Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine anerkannt werden sollen. Die Regierungskoalition aus dem Block Julia Timoschenko (BJUT) und der Präsidentenpartei Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes (NUNS) hat bereits signalisiert, dass sie zustimmen wird. Wie reagieren die Kommunisten auf diesen Schritt?

Natürlich sind wir strikt dagegen. Derartige Initiativen zeigen nur, dass Juschtschenko das Volk der Ukraine nicht einen will. Damit tritt er den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg mit Füßen! Und ich kann mich nur wundern, dass man ihn in Europa überhaupt noch empfängt. Dort weiß man schließlich, was Faschismus heißt. Aber Juschtschenko tut alles, damit der Faschismus in der Ukraine wieder salonfähig wird ...

Wenn sich eine Mehrheit findet, die dem Präsidenten bei dieser Sache Gefolgschaft leistet, dann wäre das ein ungeheures Sakrileg, ein Schlag gegen die Geschichte der Ukrainer, eine Anerkennung des politischen Terrors. Sollen wir nun die Fotos unserer Großväter, die in diesem Krieg gegen die Faschisten gekämpft haben, aus den Alben reißen?

Sie haben den Gesetzentwurf gelesen? Was wird da konkret vorgeschlagen?

Da steht alles Mögliche drin – von der offiziellen Anerkennung dieser alten Krieger bis zu ihrer Gleichstellung mit den Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges, auch was soziale Vergünstigungen betrifft. Aber das Wichtigste ist doch: Überhaupt ein solches Dokument ins Parlament einzubringen ist ein Skandal. Denn wenn die OUN-UPA rehabilitiert wird, dann werden damit die Urteile von Nürnberg, eines internationalen Tribunals, umgestürzt. Und genau das will Juschtschenko jetzt tun.

Sie haben angekündigt, dass Ihre Fraktion das Rednerpult blockieren wird, wenn die Frage auf die Tagesordnung kommt?

Wir werden alles tun, dass dieser Alptraum nicht Wirklichkeit wird. Und wenn nötig, auch das Rednerpult im Parlament blockieren. Wer außer uns verteidigt denn heute noch die Verdienste der älteren Generation? Wir werden uns diesem Prozess mit allen Mitteln widersetzen.

Aber die Regierungskoalition wirkt sehr entschlossen. BJUT und NUNS haben erklärt, dass ein solches Gesetz früher oder später kommen wird.

Die beiden Parteien verfügen in der Obersten Rada über 227 Sitze. Natürlich können sie dieses Vorhaben durchpeitschen. Aber das müssen sie dann auf ihr Gewissen nehmen. Ich werde mich auf jeden Fall auch an die jüdische Gemeinde in der Ukraine wenden. In dieser großen Menschengruppe weiß man genau, wer sich am Holocaust beteiligt hat. Darunter war die SS-Division „Galitschina“ (die Galizische – d. Ü.)! Uns liegen im Jahre 1993, also bereits in der unabhängigen Ukraine, ermittelte Dokumente vor, aus denen das klar hervorgeht. Auf 44 Seiten ist dort das enge Zusammenwirken der Leute von OUN-UPA mit den Faschisten eindeutig nachgewiesen. Die kann man auf unserer Website einsehen.

Aus dem Büro von Präsident Juschtschenko verlautet, zur Zeit werde über diplomatische Kanäle vorbereitet, dass die Ukraine bereits auf dem nächsten NATO-Gipfel im April einen Antrag über ihren Beitritt zum „Aktionsplan zur Mitgliedschaft“ in der NATO einreichen kann. Was sagen die Kommunisten zu einem solchen Schritt, der die Ukraine der NATO-Mitgliedschaft näher bringt?

Das ist die nächste Ungeheuerlichkeit der Präsidentenmannschaft. Wir müssen doch unsere konkrete geopolitische Lage und unsere Geschichte sehen. Ein Beitritt der Ukraine zur NATO würde das Verhältnis zu Russland eindeutig verschlechtern. Der Präsident sollte darüber nachdenken, was das für das Leben der einfachen Bürger bedeutet. Auf alle Fälle eine Befestigung der Grenzen zu Russland mit Stacheldraht und Schutzstreifen.

Die Ukraine würde sich einem Bündnis anschließen, das offen gegen Russland agiert. Das nächste, was folgen würde, wären NATO-Basen auf unserem Territorium. Es entstünde die reale Möglichkeit, dass die Ukraine in den künstlich geschaffenen Konflikt mit Russland hineingezogen wird.

Daraus ergibt sich die Frage der Energieversorgung unseres Landes. Woher sollen wir Energie bekommen, wenn nicht aus Russland? Und wo sollen wir über 30 Prozent unserer Erzeugnisse absetzen, wenn nicht auf dem russischen Markt? Russland kommt ohne uns aus, die haben genügend andere



Partner, z. B. China. Aber was dann aus der Ukraine wird, ist die große Frage.

Ein Beitritt der Ukraine zur NATO stellte unser Land vor kolossale Probleme, deshalb sollte man das ganz schnell vergessen. Und wenn Juschtschenko im Verein mit Saakaschwili versucht, dem Volk etwas aufzuzwingen, wozu er keinerlei Legitimation hat, dann werden wir mit allen Mitteln dagegen kämpfen.

Was bedeutet das für die Einheit der Ukraine?

Da fällt mir als erstes die Krim ein. Die ethnische Gemengelage ist dort sehr kompliziert. Ein Beitritt zur NATO wäre der Funke, der in diesem Pulverfass noch fehlt. Neben der überwiegenden russischen Bevölkerung gibt es dort die Bewegung der Krimtataren, die von den Nationalisten unterstützt wird ... Ich schließe auch nicht aus, dass man im Osten der Ukraine im Falle des NATO-Beitritts über eine Los-trennung nachdenkt. Damit würde unser bisher einheitlicher Staat auf die Grenzen von 1939 zurückgeworfen. Auch Polen wäre nicht abgeneigt, ein Stück Land hinzuzubekommen ...

Wir bestehen darauf, dass eine so wichtige Frage nur durch ein Referendum entschieden werden kann. Die Politiker, die uns in die NATO führen wollen, sind daran jedoch nicht interessiert.

Aber das Referendum steht doch sogar im Koalitionsvertrag von BJUT und NUNS.

Sie sehen doch, wie es läuft. Die Regierung versucht das Land jetzt schon in den „Aktionsplan zur Mitgliedschaft“ in der NATO zu bugsieren, lange bevor von einem Referendum auch nur die Rede ist. Hier soll der Wille des Volkes ignoriert werden.

¹ Diese Organisationen haben nach der Besetzung der Ukraine durch die deutsche Wehrmacht mit dieser, der SS und anderen Nazi-Behörden bei der Verfolgung und Vernichtung von Juden, Kommunisten und Partisanen kollaboriert.

Der Aufbau des irakischen Staates und dessen Charakter ist eine innere Angelegenheit des irakischen Volkes

Die Irakische Kommunistische Partei weist US-Senator Bidens Resolution zurück

Die Irakische Kommunistische Partei weist die von US-Senator und Präsidentschaftskandidat Joseph Biden vorgelegte und vom US-Senat am 26. September 2007 angenommene nicht bindende Resolution entschieden zurück. Sie erklärt, dass diese die Souveränität des Iraks und die Rechte des irakischen Volkes verletzt. In der Resolution wird gefordert, Irak nach religiösen und ethnischen Gesichtspunkten in drei Teile zu spalten. Eine Föderationsregierung mit beschränkten Vollmachten soll lediglich die Grenzen sichern und die Öleinnahmen verteilen.

In einem Leitartikel des Zentralorgans der Irakischen KP „Tarik Al-Schaab“ (Weg des Volkes) vom 1. Oktober 2007 wird erklärt: „Diese befremdliche Resolution des US-Senats

ist bei großen Teilen der Bevölkerung und offiziellen Kreisen im Irak, in der Region und in der Welt weithin auf Ablehnung gestoßen.“

In dem Artikel heißt es weiter: „Föderalismus bedeutet nicht Teilung. Ihn einzuführen ist eine innere Angelegenheit des Iraks und keine Sache der USA. Die Normen des Völkerrechts geben den USA keinerlei Recht oder Befugnis, dem irakischen Volk irgend etwas gegen seinen Willen aufzuzwingen (denn nach Resolution 1546 des UN-Sicherheitsrates ist die Besetzung offiziell bereits beendet).“

Der Leitartikel erläutert, warum die Irakische KP ein föderales System unterstützt. Die Partei hat diese Position bereits Anfang der 90-er Jahre im Zusammenhang mit der Entwicklung in Irakisch-Kurdistan im Gefolge des Volksaufstandes vom März 1991 eingenommen. Das Prinzip hat in die irakische Verfassung Eingang gefunden, deren Artikel 1 lautet: „Die Republik Irak ist ein unabhängiger, geeinter, föderaler Staat mit voller Souveränität, mit einem demokratischen, parlamentarischen und republikanischen Regierungssystem. Diese Verfassung garantiert die Einheit des Iraks.“

Die Irakische Kommunistische Partei hat stets betont, dass „der Föderalismus in Irakisch-Kurdistan als demokratische Lösung des nationalen Problems der Kurden unter den aktuellen realen Bedingungen des Iraks gestärkt werden muss“. Sie unterstützt grundsätzlich die Errichtung eines föderalen Staates im Irak unter der Voraussetzung, dass das irakische Volk entsprechend der Verfassung und den im „Gesetz über die Einrichtung von Regionen“ festgelegten Verfahren über die Gestalt der zu schaffenden Regionen entscheidet. Die Partei unterstützt auch eine Verteilung der Machtbefugnisse zwischen Zentrale und Provinzen, die in ganz Irak und in den Regionen zu einer verstärkten Dezentralisierung führt.

In dem Leitartikel wird aber auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, bei der Einrichtung der Regionen der Föderation die Bestrebungen der betroffenen Gebiete zu berücksichtigen und dem freien Willen der Bevölkerung stattzugeben, wobei „jegliches Sektierertum, Diktat und Zwang abzulehnen sind“. Der ganze Vorgang muss sich „in einem Klima des nationalen Einvernehmens vollziehen, um günstige Bedingungen für nationale Versöhnung zu schaffen, um Sicherheit und Stabilität wiederherzustellen. In diesem Sinne kann die Einrichtung von Regionen im Rahmen eines geeinten, demokratischen Iraks ein Faktor von Stabilität und Ruhe sein, der die nationale Einheit auf der Grundlage der Wünsche des Volkes und einer freiwilligen Union stärkt.“

„Der Föderalismus, den wir ersehnen und erstreben, beruht, wie es in der irakischen Verfassung heißt, auf dem freien Willen der Irakis, auf ihrem Recht, den Charakter ihres Staates und Regimes selbst zu bestimmen. Er ist keine Reaktion auf vorübergehende Umstände oder ein Eingehen auf andere Ziele als die, auf welche sich die Irakis selbst geeinigt haben, um ihre Interessen ungeachtet ihrer ethnischen, religiösen und konfessionellen Zugehörigkeit zu wahren. Föderalismus ist das genaue Gegenteil der Resolution, die der US-Senat beschlossen hat.“

Der Leitartikel hebt hervor: „Diese Resolution und andere, welche die Souveränität des Iraks und die Rechte unseres Volkes verletzen“, sind ein weiterer Beweis dafür, dass „die prinzipienlosen Kämpfe zwischen politischen Kräften und Blöcken, das Fehlen von Stabilität und Sicherheit, die anhaltende Polarisierung und Agitation zwischen den Glaubensge-



meinschaften, die Aktionen illegaler Milizen, die Schwäche des Staates und seiner Institutionen äußere Kräfte ermutigen, sich weiter in die Angelegenheiten des Iraks einzumischen, die Entwicklung im Lande nach ihren Interessen zu steuern und nicht danach, wie sich das irakische Volk die Zukunft seines Landes vorstellt.“

„Es ist daher an der Zeit, Maßnahmen zu ergreifen, die zu politischer Entspannung beitragen, einen landesweiten Dialog zu starten, der zu einem wirklichen nationalen Konsens führt, der Gewalt ein Ende zu setzen, Sicherheit und Stabilität wiederherzustellen sowie Institutionen des Staates aufzubauen, die auf staatsbürgerlicher Verantwortung, Kompetenz, Professionalismus und Integrität beruhen, statt auf Quoten für Glaubensgemeinschaften und engen Parteiinteressen, die alle so satt haben.“

Der Leitartikel schließt mit der Hoffnung, dass die Resolution des US-Senats, „die wir ablehnen und zurückweisen, weil sie den Irak nach religiösen und ethnischen Kriterien teilen will“, alle politischen Kräfte dazu anspricht zusammenzuarbeiten, um den politischen Prozess neu zu gestalten und zu einem nationalen Konsens zu kommen, damit unser Land in die Lage versetzt wird, den Terrorismus zu bekämpfen, die Polarisierung zwischen den Glaubensgemeinschaften zu überwinden, überall Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten, die volle Souveränität bald wiederherzustellen, beim Aufbau eines Rechtsstaates voranzukommen sowie einen geeinten, föderalen und demokratischen Irak zu erreichen.

Irakische KP verurteilt aggressive Drohungen der Türkei und ruft zum friedlichen Dialog auf

In einer Erklärung vom 17. Oktober 2007 brachte ein Sprecher des Politbüros des ZK der Irakischen Kommunistischen Partei tiefe Sorge über die Eskalation der Spannungen an der Grenze des Iraks zur benachbarten Türkei zum Ausdruck. Darin heißt es, dass diese „mit einer Konzentration von Truppen auf türkischem Gebiet und verstärkten Drohungen Ankaras einhergeht, unter dem Vorwand der Anwesenheit von Kämpfern der PKK auf das Gebiet des irakischen Kurdistans vorzudringen. In den letzten Tagen kamen friedliche Dörfer tief auf kurdischem Gebiet unter schweren Beschuss türkischer Artillerie.

Wir verurteilen diese Eskalation aufs Schärfste und rufen zu ihrer sofortigen Einstellung auf. Wir fordern, dass die Anwendung von Gewalt und militärischen Mitteln ein für alle Mal ein vollständiges Ende findet. Der einzige Weg, um die dort auftretenden Probleme einer dauerhaften und gerechten Regelung zuzuführen, ist der Dialog zwischen den beiden Nachbarländern, sind friedliche Verhandlungen, bei denen nicht versucht wird, die Probleme des Einen auf Kosten des Anderen zu lösen. Die Verhandlungen müssen die Entwicklung stabiler, gutnachbarlicher Beziehungen zum Ziel haben, die auf gemeinsamen Interessen, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Achtung der Souveränität jedes Landes und der Unverletzlichkeit seines Staatsgebietes beruhen.

Daher begrüßen wir die in Bagdad und Ankara laufenden Bemühungen, die in den Grenzgebieten lauende Gefahr einzudämmen und zu beheben, die offenen Fragen durch friedli-

chen Dialog, mit diplomatischen Mitteln zu klären. Solche verantwortungsvollen Initiativen müssen unterstützt und gefördert werden, damit in dem in der Region Kurdistan an Irak grenzenden Gebiet der Türkei wieder Ruhe und Frieden einziehen.“

Venezuela: Warum ging das Verfassungsreferendum verloren?

Von Roswitha Yildiz, BAG Friedens- und Internationale Politik, AK Lateinamerika

Wer die Bilder der Gewalt nach der Präsidentenwahl in Kenia im Kopf hat, wird verstehen, warum Tibisay Lucena, Präsidentin des Nationalen Wahlrates Venezuelas CNE, von den 100 Wahlbeobachtern aus 39 Ländern mit Standing Ovationen empfangen wird, als sie sich am Tag nach dem gescheiterten Referendum zu einem Abschlussgespräch im Hotel ALBA einfindet.

Der CNE ist die vierte Gewalt in Venezuela nach den drei klassischen und Garant für reibungslos, transparent und demokratisch verlaufende Wahlen. OAS und EU haben angesichts der kurzfristig angesetzten Wahl keine Beobachter geschickt und auch seitens des Europäischen Parlamentes gibt es keine gemeinsame Initiative. Vertreten sind Abgeordnete der spanischen Volkspartei PP, Anhänger der für seine Arbeit gegen Kuba, Bolivien, Venezuela und Ecuador bekannten Spaniers Salafranca und mit dem Abgeordneten Willy Meier-Pleite von der spanischen Vereinigten Linken, Mitgliedspartei der EL, das Europa, mit dem man sich identifizieren mag.

Selbstverständlich ist auch von Wahlbetrug und von Parteilichkeit des CNE die Rede. Die Vertreter der PP erheben gegenüber der venezolanischen Presse im Vorfeld der Wahlen entsprechende Vorwürfe, verkünden trotzig, sie würden sich vom CNE nicht gängeln lassen und sich in Caracas frei bewegen. Es ist nicht bekannt, wer den Abgeordneten der PP Fußfesseln angelegt haben mag, wir jedenfalls können ungehindert die Wahlbüros besuchen, die wir sehen möchten und mit Vertretern des Si und No reden. In jedem Wahlbüro, untergebracht in Schulen, die zwar ärmlich ausgestattet, aber liebevoll gestaltet sind, gibt es zwei Beisitzer, die für die beiden Blöcke stehen und uns bereitwillig Auskunft geben, warum sie für oder gegen die Reformvorschläge sind. Und die uns bitten, in unseren Heimatländern zu berichten, dass sie sich gegenseitig respektieren.

Zur Wahl gestellt sind zwei Blöcke, über die gesondert abzustimmen ist. 33 Änderungsvorschläge kommen aus dem engeren Umfeld des Präsidenten, 36 aus dem Parlament, Vorschläge, die sehr weitreichend sind und schon im Vorfeld die Frage aufgeworfen haben, ob eine so weitgehende Abänderung der geltenden Verfassung nicht doch eine Verfassungsgebende Versammlung verlangt. Bekanntester Verfechter dieser These ist Ex-General Baduel, bis Juni 2007 Verteidigungsminister und langjähriger Weggefährte des Präsidenten. Dessen Glaubwürdigkeit allerdings daran leidet, dass er noch am Vorabend des Referendums ausgerechnet in der New York Times verkündet: „Warum ich mich von Chávez getrennt habe“. Politische Instinkttlosigkeit oder Kalkül?“



Als die öffentliche Diskussion beherrschende Reformvorschläge zu nennen sind die Aufhebung der Wiederwahlbeschränkung für das Präsidentenamt, politisch-territoriale und militärische Reformen, Reform der Zentralbank in Form der Einschränkung ihrer formalen Autonomie, Verfassungsrang für kommunale Räte und Sozialmissionen, neue Formen des sozialen und kollektiven Eigentums, Sozialversicherung für informell Beschäftigte, Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 36 Stunden, Absenkung des Wahlalters, Einschränkungen von Freiheitsrechten im nationalen Notstand sowie die Heraufsetzung der Mindestanzahl von Stimmen für Referenden und Gesetzesinitiativen. Angesichts der Komplexität der Reformvorschläge stellt sich die Frage nach dem Warum? Ist die geltende Verfassung nicht mehr ausreichend für die Weiterführung des boliviarischen Projektes, ist es ein hilfloser Versuch, Dynamik in einen festgefahrenen Prozess zu bringen?

Erinnern wir uns: Nach einem gescheiterten Putschversuch im Jahre 1992 hat Chávez 1998 die Präsidentenwahl gewonnen, schon Ende 1999 hat sich die Nation mit einer Verfassungsgebenden Versammlung neu konstituiert, Organisationsformen des Poder Popular, der Volksmacht, sind dort ausdrücklich festgeschrieben. Chávez übersteht 2002 einen Putschversuch, 2004 ein Abwahlreferendum und wird Ende 2006 mit knapp 67 Prozent der abgegebenen Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 70 Prozent wiedergewählt. Danach proklamiert er das Projekt vom Sozialismus des 21. Jahrhunderts und die fünf Motoren zum Aufbau des Boliviarischen Sozialismus. Der zweite Motor ist die Reform der Verfassung.

In den neun Jahren seiner Regierung wird die Verfügungsgewalt über das Erdölunternehmen PDVSA zurückerlangt, Telekommunikation und Elektrizitätsversorgung renationalisiert. Einnahmen aus dem Ölgeschäft garantieren die Unabhängigkeit von internationalen Geldgebern und ermöglichen international beachtete Projekte wie die Bolivarische Alternative für die Völker unseres Amerikas (ALBA), den von mehreren Staaten betriebenen Fernsehsender TeleSur und die Banco del Sur (Bank des Südens). Kapitel VI der Verfassung sowie der staatliche Wirtschafts- und Sozialentwicklungsplan 2001-2007 sind Grundlage für das, was als vorrangigste Aufgabe der Entwicklung des Landes angesehen wird: die Diversifizierung der Wirtschaft und die Lösung der sozialen Probleme der Menschen sowie die Überwindung der fortschreitenden Verarmung.

Sogenannte Misiones ermöglichen und fördern die aktive Gestaltung von Sozialpolitik durch die Betroffenen selbst. Die Misión Robinson hat sich die Bekämpfung des Analphabetismus zum Ziel gesetzt, auch in anderen lateinamerikanischen Ländern, die Misión Rivas und die Misión Sucre ermöglichen das Nachholen von Bildungsabschlüssen und ein Universitätsstudium, das Projekt Barrio Adentro garantiert eine kostenlose Gesundheitsversorgung, die Handelskette Mercal vertreibt subventionierte Lebensmittel. Es werden drei Millionen Hektar Land verteilt, der Mindestlohn ist einer der höchsten in Lateinamerika, die Armutsrate wird gesenkt und mit dem wirtschaftlichen Wachstum steigt auch der individuelle Konsum so rapide, dass einige sich fragen, was denn die Bolivarische Revolution noch für sie bereithält, nachdem sie in nur neun Jahren nicht wenigen Funktionären Geländewagen und Landhäuser beschert hat.

Ein Ministerium für die kommunale wirtschaftliche Ent-

wicklung fördert Initiativen, die unter Berücksichtigung des Prinzips der „endogenen“ Entwicklung auf die brachliegende Landwirtschaft, den gewerblichen Mittelstand sowie lokale genossenschaftlich organisierte Unternehmen abzielen und die nationale Souveränität bei der Grundversorgung der Bevölkerung herstellen sollen. Die politische Teilhabe der Bürger orientiert sich ideologisch an Organisationsformen der Partizipativen Demokratie. Mit dem Gesetz über die Einrichtung von Kommunalen Räten und dem Gesetz über die schrittweise Übertragung von Kompetenzen der Zentralregierung auf die kommunale Ebene wird ein erster Schritt getan. Deren durch die Verfassungsreform beabsichtigte Aufwertung und Institutionalisierung wurde allerdings an der Basis auch als Vereinnahmung kritisiert.

Sicher ist Chávez eine eigenwillige Persönlichkeit. Die internationale Presse arbeitet sich in der Regel an ihm ab und auch die Linke nimmt mitunter das, was in Venezuela passiert, vorwiegend durch diese Brille wahr. Die Bolivarische Revolution und ihr Präsident haben Millionen Marginalisierten ihre menschliche Würde wiedergegeben, sie zu Staatsbürgern gemacht. Das ist so einfach wie großartig. Und das erklärt auch, warum doch immerhin noch fast die Hälfte der Wähler dieser eigentlich nicht wählbaren Trickkiste aus Ausweitung von sozialen Rechten und präsidentialer Machtkonzentration, wie es hinter den chavistischen Kulissen heißt, ihre bedingungslose Unterstützung gegeben haben.

Bei einer Wahlenthaltung von 43,95 Prozent entfallen auf das NO 50,56 Prozent, auf das SI 49,43 Prozent der abgegebenen Stimmen. Nicht die Opposition hat die Wahl gewonnen, sondern die Regierung hat sie verloren. Das ist keine semantische Spitzfindigkeit. Drei Millionen Stimmen sind dem chavistischen Lager im Vergleich zum Wahlausgang 2006 abhanden gekommen, nur 112 180 hat die Opposition dazu bekommen. Erst weit nach Mitternacht teilt die Präsidentin des CNE das vorläufige Ergebnis mit und sagt mit klarer Stimme, dass dieses Ergebnis unumkehrbar ist. „Woanders hätte man da ein wenig nachgeholfen, ist denn da nichts zu machen?“, muntern wir uns gegenseitig auf, während der Block der NO-Anhänger unter den anwesenden Wahlbeobachtern verhalten jubelt.

Kurz danach hält Chávez die Rede, mit der er die Wahlen anerkennt, seine Anhänger mit der Verfassung in der Hand auffordert, in Ruhe Weihnachten zu feiern und seinen Kritikern mit seinem souveränen Auftreten den Wind aus den Segeln nimmt. Dieses verlorene Referendum ist ein Sieg der Demokratie und der Institutionen, darauf einigen wir uns spontan im ersten Auswertungsgespräch. Chávez habe die Situation mit der geltenden Verfassung gemeistert, wird der Europaabgeordnete Willy Meier am nächsten Morgen im Interview mit TeleSur sagen. Und daran erinnern, dass der Sozialismus kein Projekt ist, das von oben dekretiert werden kann, sondern ein gesellschaftlicher Prozess im Kampf um soziale Hegemonie, in dem viele mitgenommen werden müssen.

Er übernehme die Verantwortung, es gehe jetzt nicht darum die Schuldigen zu suchen, so Chávez, aber das hindert die Betroffenen nicht daran, in den ersten Stellungnahmen nach der Wahl nach den üblichen Verdächtigen zu suchen. Wahlweise tragen das Imperium, die Medienkonzerne, eine hinlänglich bekannte orangefarbene Destabilisierungspolitik, die Nahrungsmittelknappheit und Probleme der Gesundheitsversorgung die Schuld. Man habe die Studentenbewe-



gung und Ex-General Baduel nicht ernst genug genommen, habe das Projekt nicht vermitteln können, das Volk sei einfach noch nicht reif. Man habe sich zu sehr auf dem Vertrauensvorschuss für Chávez ausgeruht, es fehle an klarer Führung, kritisieren die Kommunistische Partei PCV und die Partei „Vaterland für alle“ PPP. Beide Parteien stehen zwar hinter der Verfassungsreform, beteiligen sich aber nicht am Projekt der Vereinheitlichten Sozialistischen Partei PSUV. Nach einer Phase gegenseitiger Schuldzuweisung hat man sich nun im Hinblick auf die 2008 anstehenden Kommunalwahlen zu dem Wahlbündnis Polo Patriótico zusammenschlossen.

„Sucht die Schuldigen nicht in den dunklen Hinterzimmern des Pentagon“, heißt es in einem der vielen Beiträge, die seit der Wahl in „Aporrea“, der elektronischen Kommunikationsplattform für den Aufbau vom Sozialismus des 21. Jahrhunderts erschienen sind und mit denen eine breite Diskussion begonnen hat. Eine Diskussion, die, so sagen Kenner des Landes, bisher nur hinter verschlossenen Türen stattgefunden hat. Nicht die Tatsache an sich, dass es Nahrungsmittelknappheit, Vermüllung und Kriminalität gibt, ist eine Schande, sondern dass wir nichts dagegen unternehmen, heißt es. Zur Diskussion steht alles: der Führungsstil des Präsidenten, Klientelismus, Korruption und Bürokratie im chavistischen Lager, Vereinnahmung des Poder Popular durch den Staat, die nicht partizipative Ausarbeitung der Verfassungsreform, der Überhang von repräsentativer Demokratie im Gegensatz zur partizipativen, mangelnde Berücksichtigung der Basis in der Organisation der neuen Partei, mangelnde Effizienz der an sich vorbildlich eingerichteten Gesundheitszentren. Das verlorene Referendum hat einen Damm gebrochen, aufgeräumt mit dem Bild einer Masse, die ihrem charismatischen Führer bedingungslos folgt. Neun Jahre Mobilisierung und Politisierung scheinen nicht vergebens gewesen zu sein, selbstbewusst hat sich die Basis ohne die Loyalität zum Präsidenten oder den Prozess als solchen aufs Spiel zu setzen, in den Vordergrund gebracht. Und seither erinnert Chávez zwischen seinen unermüdlichen internationalen Aktivitäten stets daran, dass das Müllproblem zu Hause zu lösen ist. Mit dem verlorenen Referendum wurde, so scheint es, eine Dynamik in Gang gesetzt, die Hoffnung gibt für die Weiterführung einer historischen Erfahrung, die nicht nur für Venezuela von Bedeutung ist.

Alternative Wirtschaftsstrategien in Lateinamerika – Herausforderungen für die europäische Linke

Von der Lateinamerika-Konferenz 2007 berichtet Helma Chrenko, Mitglied der BAG FIP, AK Lateinamerika.

Die Dokumentation der Vorträge auf dieser Konferenz wird in der Reihe „Pankower Vorträge“ des Vereins „Helle Panke“ Anfang 2008 erscheinen (Kontakt: www.helle-panke.de).

Unter obigem Titel fand vom 26. bis 28. Oktober 2007 in Berlin als gemeinsame Veranstaltung des Vereins Helle Panke und der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Lateinamerika – DIE LINKE eine Konferenz mit internationaler Beteiligung statt.

Sie war motiviert von Fragestellungen, die die aktuellen Entwicklungsprozesse in Lateinamerika aufwerfen, insbesondere nach den heutigen inneren, regionalen und globalen Voraussetzungen und Bedingungen für linke Wirtschaftspolitik, den Grundzügen und Chancen eines alternativen Wirtschaftsmodells, das als Leitmodell für die Wende zu einer zukunftsfähigen und sozial gerechten Entwicklung dienen kann. Dabei gilt es, realistisch bestehende und kurz- oder mittelfristig nicht zu verändernde Bedingungen der Weltwirtschaft zu berücksichtigen. Diese Kernfrage einer tragfähigen post-neoliberalen Entwicklung beginnt in der Diskussion der lateinamerikanischen Linken an Bedeutung zu gewinnen. Das XIII. Treffen des Forums von São Paulo im Januar 2007, das dafür einige Prämissen unterbreitete, spricht von einem „lateinamerikanisch-karibischen Entwicklungsmodell“.

Welche Grundzüge soll ein solches Modell aufweisen und welche Ansatzpunkte kann linkes ökonomisches Denken in Europa daraus gewinnen? Welche Optionen und Probleme ergeben sich für die regionalen Integrationsprozesse? Welche Chancen hat eine alternative regionale Wirtschaftspolitik in der neoliberal globalisierten Welt? Wie können Zukunftsvisionen und reale wirtschaftliche Gegebenheiten in ein realisierbares Handlungskonzept gebracht werden? Welche Aufgaben ergeben sich für solidarische Kräfte in Europa, um partnerschaftliche Beziehungen zu Lateinamerika durchzusetzen?

Wenn auch diese Fragen von der Konferenz bei weitem nicht beantwortet wurden, konnten doch interessante Ansätze gewonnen und vor allem der Einblick in das theoretische Denken der lateinamerikanischen Linken und in die realen Bedingungen, von denen die Wirtschaftspraxis und die Erarbeitung einer ökonomischen Theorie für die progressiven Gesellschaftsprozesse ausgehen muss, vertieft werden.

Zunächst konzentrierte sich die Aufmerksamkeit auf die Unterschiedlichkeit der Voraussetzungen und Bedingungen, unter denen die gegenwärtigen (Mitte-)Links-Regierungen in Südamerika entstanden sind, auf die unterschiedlich gearteten Kräfteverhältnisse, die die recht verschiedenen Wege und bisherigen Ergebnisse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der linksregierten Länder prägen. Von dem häufig in Schwarz-Weiß-Tönen gehaltenen Vergleich der Regierungen Chávez und Lula hob sich wohltuend ab, dass hier nach den objektiven Grundlagen für Hemmnisse oder Fortschritte beim Umbau der existierenden Wirtschaftsordnungen gefragt wurde:

dem unterschiedlichen Grad der kapitalistischen Durchdringung der Gesellschaften und der Durchsetzung des neoliberalen Modells als Ausgangssituation, dem Kräfteverhältnis der Klassen und dem Grad der Delegitimierung der existierenden Ordnung, der Art der Einbindung in die kapitalistische Weltwirtschaft.

Folglich ging es in der Diskussion auch zuerst vor allem um die Rolle sozialer Bewegungen beim Vorantreiben der Transformationsprozesse, um Widerstände aus den Mittelschichten, Vorteile der neoliberalen Politik für bestimmte Bevölkerungskreise („Piqueteros und protestierende Mittelschichten in Argentinien wollten nicht dasselbe“ – Joachim Becker, Wien), um neue verfassungsrechtliche Grundlagen für die Veränderung der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Für weitere Schritte der gesellschaftlichen Umgestaltung müssen ökonomische, politische und soziale Voraussetzungen geschaffen werden.

Verschiedene Varianten der Wirtschaftspolitik der (Mitte-)Linksregierungen in Lateinamerika und ihre Rahmenbedingungen wurden hauptsächlich an den Beispielen Venezuela, Bolivien und Brasilien diskutiert. Besonders am Beispiel Boliviens wurde die Gratwanderung zwischen strategischen Anforderungen und Tagesaufgaben zur Sicherung des Funktionierens der Wirtschaft (Joachim Becker) sichtbar. Von diesen Unterschieden im nationalen Rahmen spannte sich der Bogen zu deren Auswirkungen auf die Konzeption und Politik, die jeweils in der regionalen Integration in Lateinamerika als Grundbedingung jeder alternativen Strategie angesteuert werden. Daraus ergaben sich interessante Blicke auf existierende Spannungen, Interessenkonflikte und -gemeinsamkeiten auf regionaler Ebene, sowohl auf den Mercosur, für den eine Politik des Interessenausgleichs gefordert wurde, die sich vom Freihandel lösen müsste, als auch auf ALBA, ein grundlegend geopolitisch bestimmtes Konzept kooperativer Beziehungen, das sich auch an die sozialen Bewegungen richtet und damit in die nationalen Transformationsprozesse aktiv eingreift (Edgardo Lander, Caracas).

Die Diskussion entspann sich vor allem um das Verhältnis von makroökonomischen Bedingungen und Formen solidarischer Ökonomie auf der Mikroebene, Grunderfordernisse und Schwierigkeiten einer alternativen Wirtschaftspolitik angesichts der Notwendigkeit einer nachhaltigen Energie- und Umweltpolitik und der Anhebung des Lebensniveaus der Massen, Kapitalverkehrskontrollen als Schlüsselmaßnahme für eine souveräne Wirtschaftspolitik, die lenkende Rolle des Staates und die Notwendigkeit eines starken staatlichen Sektors, Notwendigkeit und Schwierigkeiten der Diversifizierung der wirtschaftlichen Strukturen, die als langfristige Aufgabe verstanden werden muss. Eine systematische Industriepolitik ist in keinem der Länder erkennbar, zum Teil fehlen den Staaten auch als Folge der neoliberalen Umgestaltungen die Instrumente dafür. Alternative Vorhaben und reale ökonomische Entwicklung gehen nicht selten entgegengesetzte Wege, wurde festgestellt, und die Antworten der Linken reichen oft nicht aus.

In diesem Programm hatte auch ein Vortrag von Klaus Steinitz, Berlin, über Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen des gescheiterten Realsozialismus, der besonders von den lateinamerikanischen Teilnehmern mit großem Interesse aufgenommen wurde, seinen Platz. Sie betonten, dass das historische Gedächtnis im Nachdenken über heutige Umgestaltungsprozesse unverzichtbar ist. Leider fanden nicht, wie

eigentlich geplant, in gleicher Weise die eigenständigen kubanischen Wirtschafts- und Gesellschaftserfahrungen Berücksichtigung.

Trotz mancher Defizite gegenüber den Erwartungen in der Regierungspraxis linker Kräfte ist sicher die Mahnung berechtigt, nicht zu übersehen, welchen großen Fortschritt die sozialen Bewegungen und linken Parteien mit der Etablierung der Linksregierungen errungen haben und welcher Blutzoll dafür geleistet wurde (Ernesto Kroch, 90-jähriger deutsch-uruguayischer Aktivist und Veteran der Frente Amplio).

Hier veröffentlichen wir wesentliche Teile des Abschlussforums: „Alternative Wirtschaftsmodelle in Lateinamerika – partnerschaftliche Entwicklung Lateinamerika – Europa?“ mit Nele Hirsch (MdB), Kerstin Sack (Attac), Prof. Joachim Becker (Wien), Prof. Edgardo Lander (Venezuela) und Prof. Victor Klagsbrunn (Brasilien).

I. Welche Vorstellungen, Ideen und Erfahrungen diskutiert man in der lateinamerikanischen Linken im Hinblick auf alternative ökonomische Modelle in ihren Ländern und welche Positionen haben solidarische Kräfte in Deutschland dazu?

● **Edgardo Lander:** Mit dem Blick auf Venezuela möchte ich auf die enormen Schwierigkeiten hinweisen, die sich ergeben, ein Modell unter alternativen ökonomischen Gesichtspunkten zu definieren und auszuarbeiten, wenn die allgemeine Logik, wie das kapitalistische System funktioniert, in eine Richtung des Wohllebens, des unbegrenzten Konsums, des unbedenklichen Umgangs mit Ressourcen und Energie, dort insbesondere Erdöl, weist. Das ist eine Herausforderung, der sich die Linke bisher nicht mit der erforderlichen Radikalität und Konsequenz angenommen hat: nämlich die zwingende Notwendigkeit anzuerkennen, dass wir auf einem Planeten leben, dessen Ressourcen endlich, bereits äußerst angespannt und über ihre Erneuerungsfähigkeit hinaus überlastet sind. Das bedeutet, wir sind bereits in eine Situation eingetreten, die ich als ein Nullsummenspiel bezeichnen möchte, in welchem der Zugriff auf die Ressourcen der Erde diese nicht nur überfordert, sondern auch in einer extrem ungleichen Weise vor sich geht, indem ein Teil der Weltbevölkerung einen übermäßigen, absolut unproportionalen Anteil beansprucht. Das heißt, in diesem Nullsummenspiel bedeutet die wachsende Inanspruchnahme der Tragfähigkeit des Planeten durch eine Minderheit, der es am besten geht, notwendigerweise, dass für die Armen des Südens weniger Ressourcen, weniger Wasser, weniger Boden zur Verfügung stehen.

Das verwandelt die Überlegungen über die Möglichkeit einer Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft in eine Herausforderung, vor der wir alle gemeinsam stehen, weil die Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft gleichzeitig eine Alternative zum gegenwärtigen zivilisatorischen Modell, Konsummuster und technologischen Modell darstellen muss. Der systematische Krieg um die Kontrolle, Regulierung, Aneignung oder Zerstörung der Natur ist in sein Endstadium eingetreten. Im Kampf des Menschen gegen die Natur ist die Menschheit dabei, die letzte Schlacht zu gewinnen, und dieser Endsieg bedeutet das Ende des Lebens.

Die Dimension dieses Problems hat nicht nur mit den bisherigen Konsummustern zu tun, sondern mit den Konzeptionen, die unserer Zivilisation zugrunde liegen, einschließlich der Form, wie die Wirtschaftswissenschaft, auch die kritische



Ökonomie, fortfährt, den Reichtum zu quantifizieren und zu messen. Das territoriale Bruttosozialprodukt als eine Größe der Produktion und gleichzeitig der Zerstörung ist nicht mehr tragbar als Modell und Maß des Lebensniveaus. Es gilt hier viele Probleme neu zu durchdenken, und das ist Teil der enormen und schwierigen Herausforderungen, vor denen wir in Venezuela stehen.

Die Schwierigkeit, die Last, die wir in unserem Lande zu bewältigen haben, ist der Erdölreichtum. Der Aufbau einer Alternative zur Erdölwirtschaft als herrschendes Paradigma des gegenwärtigen Produktionsmodells, von dem wir wegkommen müssen, gründet sich eben auf diesen Erdölreichtum und seine Nutzung, ein tiefer und äußerst schwer zu lösender Widerspruch. Zum anderen stoßen wir im Entwicklungsprozess in Venezuela auf eine ernste Problematik, die man gewöhnlich als „holländische Krankheit“ bezeichnet. Da die Importkomponente der venezolanischen Wirtschaft so hoch ist, wird die Kontrolle der Inflation zu einem sehr kritischen Problem, obwohl die Inflation mit 15 bis 17 Prozent bisher mäßig geblieben ist im Vergleich zu den Amtszeiten früherer Regierungen. Die Hauptmaßnahme der Politik, die zur Kontrolle der Inflation angewendet wird, ist eine Überbewertung der Währung, die die Importe verbilligt.

In der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Situation exportiert Venezuela Erdöl zu einem Preis, der 90 Dollar pro Barrel überschritten hat. Die Akkumulation von Reserven, die Überbewertung der Währung wird fortgesetzt, und die Projekte der endogenen Entwicklung, der Lebensmittel-selbstversorgung und Ernährungssicherheit, der Entwicklung des inneren Marktes gehen zwar ihren Gang, aber die Tatsache der enormen Ungleichheiten im Produktivitätsniveau und die Überbewertung der Währung bewirken, dass Venezuela inmitten seiner Revolution einen außerordentlichen Boom des Luxuskonsums erlebt. Das Land erzielt in den letzten 15 Jahren Rekordzahlen als Importeur von Hummer und schottischem Whisky – eine paradoxe Situation.

Die Frage, welche Chancen sich heute für ein alternatives Wirtschaftsmodell ergeben, schließt die Demokratisierung des Zugangs zu den Ressourcen ein, die Demokratisierung des Eigentums, die effektive Kontrolle darüber. Das erfordert eine öffentliche Diskussion, die notwendigerweise die Frage des Staates berühren muss. Es verlangt von uns, radikal umzudenken in der Frage, was wir unter Reichtum, unter Akkumulation, unter ökonomischem Wachstum verstehen. Es muss die Anerkennung einschließen, dass die spontane Logik der Eingliederung in den kapitalistischen Weltmarkt, der Heranziehung von ausländischem Kapital, der Orientierung auf Exportnischen zum Fortbestehen und zur Reproduktion einer Ordnung führt, die nicht nur ungerecht ist, die nicht nur die gegenwärtige soziale Ungleichheit und Machtkonzentration in der Welt stabilisiert, sondern auch mittelfristig vom Standpunkt der Ressourcen und der Lebensbedingungen auf der Erde nicht tragbar ist.

Die entsprechenden Antworten der Linken sind bislang äußerst eingeschränkt, dürftig und werden der Größe der Probleme in keiner Weise gerecht.

● **Kerstin Sack:** Bei Attac, das sich als Teil einer globalen Bewegung versteht, messen wir dem Verständnis dessen, was in Lateinamerika vor sich geht, große Bedeutung bei. Da Attac sich stark mit ökonomischen Problemen beschäftigt, mit der neoliberalen Globalisierung, interessieren uns ganz

besonders Entwicklungen, wo andere Wege ausprobiert werden. Wir sehen unsere internationale Arbeit nicht nur unter dem Aspekt der Ländersolidarität, was ja in der Vergangenheit der Inhalt der Arbeit der verschiedenen Solidaritätsgruppen in Deutschland war. Die Solidarität trägt auch einen Aspekt von Paternalismus seitens der Linken Europas in sich. Es muss vielmehr darum gehen, gemeinsame Interessen zu identifizieren, Ansätze für den gemeinsamen Kampf zu finden. Dann kommen wir auch weg von der teilweise zerstörerischen Debatte darüber, wie die einzelnen Prozesse zu bewerten sind, ob diese oder jene Regierung positiv oder negativ zu sehen sei, ob man mit ihr solidarisch sein soll oder nicht – ist Kirchner rechts, ist Chávez ein Diktator usw. Diese Diskussionen wollen wir nicht.

Bei Attac hat sich eine bundesweite Arbeitsgruppe Solidarische Ökonomie gegründet; wir haben zusammen mit anderen Organisationen einen Kongress durchgeführt, zu dem wir 600 Teilnehmer erwarteten, es sind aber 1600 erschienen. Eingeladen war unter anderem der Staatssekretär für solidarische Ökonomie Brasiliens, der davon berichtete, was die brasilianische Regierung in dieser Hinsicht fördert. In Attac herrscht sonst eher die Meinung, dass die Lula-Regierung eine neoliberale Politik betreibt. Die konkreten Beispiele der Impulse für die solidarische Ökonomie, die diese Regierung gibt, haben bewirkt, dass diese Leistungen zum Teil mit Erstaunen wahrgenommen wurden. Wir fragen uns jetzt, welche Anregungen können aus diesem Konzept gewonnen werden, welche Bedeutung kann es für uns in Europa haben.

Die schnelle Entwicklung in Lateinamerika, nicht nur zur Kritik und Ablehnung der neoliberalen Politik, sondern auch hin zu antikapitalistischen Tendenzen veranlasst uns, im Jahre 2008 einen kapitalismuskritischen Kongress zu planen. Wir wollen analysieren, welche Strukturen sind verantwortlich für eine Entwicklung, die zu immer größerer sozialer Ungerechtigkeit führt, nicht nur innerhalb unseres Landes, sondern auch international. Auch für Attac hat dieses Thema also zwei Dimensionen, einmal die globale (wir haben uns bekanntlich viel mit den WTO-Verhandlungen, den bilateralen EU-Verhandlungen beschäftigt, die globale Dimension ist das, was Attac in vorderster Linie interessiert), und zum anderen die europäische. Letztere führt dahin, nach einem anderen Europa, einem sozialen und ökologischen Europa zu fragen. Wir können von Ansätzen wie ALBA durchaus Anregungen gewinnen, wie eine andere Außenpolitik, eine andere Art von Handel aussehen könnten.

In Deutschland ist im Verhältnis zur Dritten Welt mehr ein Ansatz zu finden, den ich als individualistisch bezeichnen möchte: Ich kaufe Fair-Trade-Produkte, um damit Kooperativen in diesen Ländern zu unterstützen. Darüber hinaus muss es aber darum gehen, auf internationaler Ebene gerechte Handelsstrukturen zu entwickeln. Wir kommen dabei immer wieder auf die Situation in Deutschland zurück, auf Diskussionen über Wirtschaftsdemokratie oder soziales Eigentum. Dabei gibt es sehr anregende Beispiele aus Lateinamerika, die wir in diese Diskussion einbeziehen wollen. Wie man das in Venezuela anfasst, muss man dort selbst wissen, und wir müssen bei uns herausfinden, wie wir hier die Gesellschaft verändern.

● **Joachim Becker:** Wir können in Lateinamerika unterschiedliche Ansätze linker Wirtschaftspolitik feststellen, die zum Teil die unterschiedlichen Bedingungen der einzelnen



Länder widerspiegeln. Insofern gibt es auch bestimmte Grenzen für regionale Ansätze.

In der Tendenz hat linke Wirtschafts- und Sozialpolitik in Lateinamerika gemeinsam, dass der Akzent mehr auf der Sozial- als auf der Wirtschaftspolitik liegt, dass also die Verbesserung der sozialen Infrastruktur, der sozialen Dienstleistungen und zum Teil auch kompensatorische Einkommensstützungen im Vordergrund stehen und dass es sich gleichzeitig als sehr viel schwieriger herausstellt, die wirtschaftlichen Strukturen zu verändern. In dieser Konstellation möchte ich Parallelen zur Linken in Europa sehen. Ein Teil der linken oder zumindest aus der Linken kommenden Parteien hat die Wirtschaftspolitik schon abgeschrieben und macht nur noch Sozialpolitik. Das genügt nicht.

Die innovativen Elemente der linken Wirtschaftspolitik in Lateinamerika beziehen sich mehr auf die Mikroebene. Diskutiert und praktiziert wird die solidarische Ökonomie. In Venezuela gibt es Ansätze der Arbeitermitverwaltung und –selbstverwaltung, wenn auch sehr punktueller und ungleicher Natur. Ich glaube aber, dass das allein nicht reicht. Es stellt sich immer auch die Frage nach einer Makropolitik, die eben die Bedingungen dafür setzt, dass Unternehmen der solidarischen Ökonomie auch agieren können. Wenn es keine Nachfrage gibt, dann können sie auch nicht verkaufen, dann stehen die Belegschaften vor Problemen: Wie viele können überhaupt beschäftigt werden, zu welchen Löhnen? Insofern ist die Makroökonomie auch für diese Mikroebene wichtig. Die Makroökonomie muss demokratisiert werden. Das ist für mich eine der ganz großen Herausforderungen, die ich sowohl im Norden als auch im Süden sehe. Auch die Defizite sind ähnlich. Das beginnt schon in der Diskussion. Die Praxis ist in vielen Fällen noch gar nicht so weit gediehen.

Ein weiterer zentraler Punkt ist, dass in Lateinamerika in vielen Fällen der weitere gezielte Ausbau bestimmter produktiver Sektoren notwendig und eine Diversifizierung der Wirtschaft erforderlich ist, aber nicht bezogen auf den Luxuskonsum, sondern stärker auf Waren des Grundbedarfs. Wird die Industrie im Süden aufgebaut, heißt das natürlich auch, dass mehr Ressourcen gebraucht werden. Das hat, da bin ich mit Edgardo Lander einer Meinung, Konsequenzen für den Norden, nämlich dass hier deutlich weniger verbraucht werden müsste. Gerade darin sehe ich aber auch eine große Herausforderung und ein großes Problem. Wenn man die aktuelle Diskussion um den Treibhauseffekt verfolgt, stellt man fest, die Reaktion darauf ist in erster Linie eine effizientere Energienutzung bzw. die Ersetzung von Öl durch Biotreibstoff. Die Frage des Verbrauchs wird deutlich nachrangig behandelt. Die Diskussionen zur Frage des öffentlichen Verkehrs im Vergleich zum Individualverkehr zeigen dieses Defizit. Der Deutschen Bahn geht es darum, börsenfähig zu werden, nicht die Versorgung in der Fläche zu verbessern. Auch das hat eine Nord-Süd-Komponente.

Schließlich möchte ich noch herausstellen, dass bei wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen auch eine reale Entscheidungsautonomie des Staates gegenüber äußeren Faktoren gegeben ist. Das bedeutet, dass Freihandelsabkommen, wie sie die Europäische Union abschließen will und mit Chile und Mexiko schon geschlossen hat, abzulehnen sind, weil sie die Handlungsspielräume von Regierungen in völlig unzulässiger Art und Weise einschränken, beispielsweise im Umgang mit transnationalen Konzernen. Also beim Umgang mit Direktinvestitionen, in der Frage, ob Dienstleis-

tungssektoren öffentlich sind oder privat, dass Regierungsausschreibungen so stattfinden müssen, dass auch europäische Konzerne zum Zuge kommen und nicht nur die nationalen Unternehmen. Im Widerstand dagegen sehe ich eine zentrale Aufgabe für uns, damit linke Wirtschaftspolitik in anderen Breiten überhaupt möglich ist.

● **Victor Klagsbrunn:** Wir, die wir lange Zeit in Europa im Exil verbrachten, haben von der Umweltbewegung in Europa einiges gelernt. Dass Menschen Hunger leiden, darf kein Argument sein, die Naturressourcen unverantwortlich zu übernutzen. Wir haben gelernt, das Problem des Hungers zu relativieren: Die Menschen müssen zu essen bekommen, aber unter welchen Bedingungen? Die Natur muss so genutzt werden, dass sie auch in einigen Jahrhunderten noch zur Verfügung steht. Wir haben diese Problematik auch in die Diskussion in Brasilien eingebracht, und heute ist sie ein Thema in der öffentlichen Debatte, obgleich die Frage der Umweltbewahrung dort noch unterbelichtet ist – es gibt noch große freie Räume, und deshalb wird noch viel Umweltzerstörung hingenommen.

Heute wird statt des Arguments „Menschen haben Hunger“ ein anderes erhoben: „Autos haben Durst“. Es herrscht ein wahrer Drang, Ethanol, Biodiesel zu produzieren, und die Idee, Brasilien zu einem der Hauptexporteure von Energieträgern aus der Landwirtschaft zu machen. Die Diskussion dreht sich nicht mehr um die Kleinbauern, um die Menschen, die weiter hungern, sondern um die Frage, wie dieses Land von dem Druck der Erdölimporte freikommt. Dabei ist Brasilien fast autonom in Bezug auf das Erdöl, es produziert bereits 90 Prozent seines Verbrauchs selbst. Man hofft aber, dass das Land ein Exporteur von erneuerbarer Energie werden kann. Man hofft es vor allem von Seiten der Regierung, aber dahinter steht ein sehr breites Bündnis von Interessen, was sehr gefährlich ist. Es gibt bereits umfangreiche Investitionen des Agrobusiness und des Auslandskapitals.

Die Diskussion gegen diese Entwicklung ist noch nicht gut organisiert. Als Gegenargument wird meist vorgebracht, dass der Anbau von Energieträgern in der Landwirtschaft die Nahrungsmittelproduktion verdrängt, wie Fidel Castro argumentiert. Aber das greift nicht in einem Land wie Brasilien mit extensiver Landnutzung und der Verfügung über große Flächen. Wenn es um die Zuckerrohrproduktion geht, steht man eher vor dem Problem der miserablen Arbeitsbedingungen für die Zuckerrohrarbeiter. Der Mechanisierungsgrad ist meist niedrig, weil die Arbeit so billig ist. Sozial gesehen ist die Ausdehnung der Flächen für den Anbau von Energieträgern negativ, denn der Großgrundbesitz verdrängt Kleinbauern, aber ökonomisch wird sie positiv gewertet, man hofft auf eine Entspannung der Lage bei der Zahlungsbilanz, auf eine Erweiterung des Exports.

Dabei gibt es einige Hindernisse, insbesondere weil der USA-Markt versperrt ist, aber über Jamaika ist der Export von Ethanol möglich. Ethanol wird aber auch in Brasilien selbst sehr stark als Treibstoff genutzt, 70 bis 80 Prozent der Fahrzeuge sind schon „flex“, d. h. sowohl für Alkohol als auch für Benzinantrieb geeignet. Da Ethanol subventioniert wird, ist es meist billiger, mit Alkohol zu fahren.

Im Moment ist bereits eine gewisse Überproduktion von Ethanol festzustellen, denn es sind schon umfangreiche Investitionen in diese Produktion getätigt worden, so dass der Preis fällt, was wiederum einen Anreiz zur Exportsteuerung



schaft. Das Hauptinteresse in Brasilien ist die Exportsteigerung: dass sich ein Weltmarkt für die „Biotreibstoffe“ etabliert. Die makroökonomische Diskussion zu dieser Frage ist noch unentschieden. Aber nicht Ethanol zu produzieren heißt nicht automatisch Nahrungsmittel zu produzieren. Extensive Viehzucht breitet sich aus.

Wie kann man gegen das sich herausbildende breite Bündnis für Biotreibstoffe angehen, mit welchen Argumenten? Die überzeugenden Argumente sind noch nicht gefunden. Daran müssen wir weiter arbeiten, zusammen mit Europa. Es lohnt sich nicht, immer mehr Autos zu produzieren. Die Automobilhersteller in Brasilien setzen immer mehr auf den Export. Bereits 30 Prozent der brasilianischen Autoproduktion werden exportiert, die Quote ist gegenwärtig allerdings etwas rückläufig infolge der Hochzinspolitik, die die brasilianische Währung nach oben getrieben hat. Das erschwert unsere Exporte zunehmend.

Auf individuelle oder kollektive Transportmittel zu setzen ist eine Frage, die in Europa und in Brasilien ansteht. Das Auto ist in Brasilien, anders als in Deutschland, noch ein Konsumgut der Ober- und Mittelklasse. Lula ist mit Hilfe sozialer Bewegungen zur Regierung gekommen, die dazu eindeutige Positionen haben, aber mit der Machtausübung ergeben sich andere Bündnisse, und manche bisherigen Bekenntnisse treten in den Hintergrund. Die solidarische Ökonomie ist eine gute Sache und wird gefördert, aber de facto eine sekundäre Angelegenheit in der kapitalistischen Wirtschaft. Entscheidend ist die Veränderung der Makroökonomie.

Nicht nur neue Ansätze müssen gefunden werden. In der neoliberalen Welle der 90er Jahre wurden auch in der Linken einige Konzepte vergessen, die wiederentdeckt werden müssen, wenn wir eine andere Wirtschaftspolitik haben wollen: die Rolle des Staates innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft zum Beispiel.

In der Beantwortung von Fragen aus dem Publikum, die sich vor allem auf Voraussetzungen und Grundzüge alternativer ökonomischer Politik und die Möglichkeiten einer eigenständigen souveränen Wirtschaftspolitik unter den gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Bedingungen bezogen, ergänzten die Podiumsteilnehmer diese Ausführungen:

● **Edgardo Lander:** Die Suche nach einem alternativen Modell wird heute in Venezuela nach der Methode von „Versuch und Irrtum“ betrieben. Es werden verschiedene Dinge mehr oder weniger gleichzeitig angestrebt, zuweilen kommt man in einer Frage voran, und andere werden nicht beachtet.

Einerseits haben wir eine überbewertete Währung, eine massive Importdynamik, besonders bei Konsumgütern aller Art, von Luxusgütern skandalösester Art bis zu Lebensmitteln. Gleichzeitig wächst das Gewicht des Staates in der Wirtschaft mit Impulsen und massiver Finanzierung der solidarischen und genossenschaftlichen Wirtschaft. Die Erdölindustrie ist durch den Staat zurückerobert worden, der Staat ist vollständig im Besitz der petrochemischen Industrie, der Energieerzeugung und -verteilung, des größten Teils der Aluminiumindustrie, der Eisenbergwerke. Der Staat investiert große Mittel in die Infrastruktur, vor allem in den Ausbau der Eisenbahnen.

Andererseits muss man feststellen, dass die Gewinne des Importsektors der Handelsbourgeoisie Rekordhöhe erreicht haben. Die Gewinne des privaten Finanzsektors sind eben-

falls außerordentlich hoch. Der Staat hat mehr Mittel, um selbstverwaltete Betriebe, Kooperativen usw. zu finanzieren und zu fördern, als Kapazitäten, um deren Entwicklung organisatorisch zu begleiten. So gibt es in Venezuela auf dem Papier 150 000 Genossenschaften, aber nur 30 000 davon arbeiten effektiv. Man gründet im Landesinnern Genossenschaften, die vor allem auf die Vermarktung gerichtet sind, denn die Kooperativen müssen bei knapper Nachfrage gegeneinander auf dem Markt konkurrieren. Die importierten chinesischen Produkte sind billiger, als jede Kooperative sie produzieren kann. Die Kooperativen haben also nicht nur die Schwierigkeiten, eine genossenschaftliche Kultur herauszubilden, sondern stehen auch vor erheblichen Marktproblemen.

Es fehlt an Planung und Kontrolle durch den Staat. In der neuen Verfassung, die gegenwärtig diskutiert wird, ist ein sehr leistungsfähiger Organismus zentralisierter Planung festgeschrieben, Mechanismen einer strengen Kontrolle über die öffentlichen Unternehmen, die einem zentralen Plan unterworfen werden sollen, so dass der Aspekt der zentralisierten Kontrolle sogar überbetont erscheint.

Demgegenüber sind wichtige Fragen der Demokratie nicht gelöst. Die Erfahrungen auf dem Gebiet der Mitbestimmung sind unterschiedlich, einige sind zukunftsweisend, aber nur punktuell. Es gibt einen wichtigen Aluminiumbetrieb, Alcasa, mit bemerkenswerten Erfahrungen in der Arbeitermitbestimmung. Es gibt Unternehmen, die wegen Zahlungsunfähigkeit oder Lohnrückständen geschlossen wurden. Einigen hat der Staat eine finanzielle Beihilfe angeboten, um sie wieder flott zu machen. Die Lohnrückstände wurden in Aktien des Unternehmens umgewandelt, es wurde eine dreiseitige Form der Unternehmensleitung zwischen dem Unternehmer, dem Staat und den Beschäftigten eingerichtet. Einige Betriebe arbeiten auf diese Weise. Alles das sind punktuelle Erfahrungen, die man noch nicht als ein Konzept für ein alternatives Modell der Organisation der Produktion betrachten kann.

Auf Grund der gewaltig gestiegenen Deviseneinnahmen – 80 Prozent der Staatseinnahmen kommen aus dem Erdölexport und gehen direkt in die Hände des Staates über – verfügt dieser über umfangreiche Mittel für diese Vorhaben, und damit wird die Logik der Zentralisierung reproduziert.

Die Gasleitung, die Venezuela durch Südamerika bauen will, ist wie große Teile der internationalen Politik der Regierung Chávez von geopolitischen Erwägungen bestimmt. Auf diese Weise werden enorm wichtige Entscheidungen getroffen, ohne ihre Konsequenzen auf anderen Gebieten zu berücksichtigen. Der Bau der Gasleitung wurde angekündigt, bevor man so vitale Fragen wie die ökologischen, sozialen und kulturellen Auswirkungen, aber auch die Gesamtkosten und die Garantien hinsichtlich der venezolanischen Gasreserven geprüft hatte. Das sind immer noch offene Fragen.

Ich halte den Bau einer solchen Gasleitung für eine negativ zu bewertende Entscheidung, hauptsächlich unter zwei Gesichtspunkten: Er verstärkt das Muster des Energieverbrauchs, das dem zerstörerischen zivilisatorischen Modell der gegenwärtigen Gesellschaft zugrunde liegt, ein Modell, das nicht zukunftsfähig ist. Es steht im Widerspruch zu der radikalen Kritik der venezolanischen Regierung an dem Projekt für den Ausbau der Infrastruktur Südamerikas, IIRSA, denn das Projekt der Gasleitung entspricht vollständig der Logik der IIRSA. Es handelt sich um ein Vorhaben mit einer Mega-Investition von 20 Mrd. Dollar, das verheerende Aus-



wirkungen für die Gebiete, die es durchquert, haben wird. Unter den sozialen Bewegungen Lateinamerikas, die mehrheitlich für Chávez eingestellt sind, gibt es scharfe Kritik an diesem Projekt wegen seiner Auswirkungen auf die Umwelt und auf die Bevölkerung der betroffenen Gebiete, besonders die indigene.

Zum Glück ist dieses Projekt erst mal beiseite gelegt, es wird gegenwärtig nicht daran gearbeitet. Die ökonomische Kalkulation ist im Detail noch nicht erfolgt. Es gibt die Überlegung, dass Flüssiggas in großen Tankschiffen, wenn nicht billiger, so doch einfacher in die Häfen von Südamerika gelangen kann.

Das Thema der Lebensweise und der Erhaltung der Natur der Erde zu einem politisch attraktiven Thema zu machen, erscheint mir für die Linke im Norden ein äußerst schwieriges Problem. Für den Norden ist es einfach und sehr bequem, zu fordern, dass Brasilien oder Venezuela das Amazonasgebiet, die Lunge der Menschheit, erhalten sollen, eine Forderung, die mit politischem Druck und moralischer Entrüstung verbunden wird. Was nicht leicht fällt im Norden, ist die Anerkennung der Tatsache, dass die ungleiche Aneignung der Ressourcen des Planeten, an deren Überbeanspruchung man selbst überproportional beteiligt ist, unvereinbar ist mit der Möglichkeit eines menschenwürdigen Lebens, des Zugangs zu den Grundbedingungen des Lebens für die Mehrheit der Bevölkerung des Südens und auch mit dem Fortbestehen des Lebens auf der Erde. Nur mit einer sehr radikalen Einschränkung des Musters der Ressourcenaneignung und der Belastung der Tragfähigkeit der Erde durch den Norden und die Reichen des Südens ist das Überleben des Planeten und das Ziel eines menschenwürdigen Lebens für alle zu erreichen.

Es ist interessant, die Veröffentlichungen der verschiedenen Organisationen zu studieren, die sich mit den Grenzen der Belastbarkeit der Erde, mit dem Klimawandel usw. befassen, so den letzten Bericht der UNO-Kommission zu Umweltfragen. Niemals erscheint unter den Optionen für Lösungen die Möglichkeit, dass vielleicht die Entwicklungsmuster, die wir aufgestellt haben, nicht tragfähig seien. In dem Modell der Nachhaltigkeit selbst haben wir ein Beispiel für die grundlegende Komplizenrolle des modernen Denkens, der modernen Wissenschaften über die Gesellschaft, insbesondere der Wirtschaftswissenschaften, einschließlich der kritischen Ökonomie.

Ich glaube, dass die Art und Weise, wie wir einzig die nationalen volkswirtschaftlichen Rechnungen benutzen – Pro-Kopf-Einkommen, Bruttoinlandsprodukt usw. –, um Reichtum zu messen, letztlich bedeutet, einen untragbaren Prozess als naturgegeben hinzunehmen, einen Prozess, der an sich nicht aufrechtzuerhalten ist, weil die Produktion von Reichtum gleichzeitig die Produktion von Zerstörung ist. Die natürlichen Bedingungen, die einige Wirtschaftswissenschaftler und Ökologen „natürliches Kapital“ genannt haben, werden verbraucht über ihre Reproduktionsfähigkeit hinaus, so dass wir, auch wenn die Zahlen des IWF angeben, dass die Weltwirtschaft um 4 Prozent gewachsen ist, insgesamt ärmer geworden sind, weil wir die Bedingungen der Reproduktion des Lebens auf dem Planeten Erde im beschleunigten Tempo aufzehren.

Solange wir diese Kriterien weiter benutzen – die Zahlen der Chinesen über ihre ökonomischen Erfolge, ein Wachstum um 11 Prozent, die Angaben der venezolanischen Regie-

rung, dass die Wirtschaft innerhalb der letzten sieben Jahre um 12 Prozent gewachsen ist –, folgen wir einer Sicht, die die Zerstörungsprozesse komplett ausblendet. Im Fall Chiles: Die chilenische Wirtschaft ist in den letzten 15 Jahren in außerordentlichem Tempo gewachsen, aber die Wälder Chiles haben sich gelichtet, die chilenischen Fischgründe sind dramatisch überfischt, die Verschmutzung der chilenischen Gewässer hat bedrohlich zugenommen, man plant sogar die Sprengung von Gletschern, die die Flüsse speisen, und das alles erscheint nicht in den volkswirtschaftlichen Rechnungen, das zählt nicht. Das heißt, wir stützen uns auf eine allgemeine Abmachung, die selbst das kritische Denken, die kritische Ökonomie teilt. Wir benutzen Kriterien, die das sanktionieren, als ob das Reichtum wäre. In Wirklichkeit ist es Zerstörung. Wenn wir soziale Entwicklung mit der Steigerung des Reichtums assoziieren, gemessen nach diesen Begriffen, dann führt das einzig dazu, dass wir beim Ende des Lebens auf der Erde landen.

Hier stehen wir also vor der gebieterischen Notwendigkeit, die Denkmuster radikal zu verändern, also die Kriterien, mit denen wir messen, begrifflich fassen, verstehen, um die menschlichen Aktivitäten vereinbar mit dem übrigen Leben zu machen. Das ist eine ungelöste Aufgabe.

Die Herausbildung der ökologischen Theorie als ein besonderes Gebiet, um über die Gesetze dieser Zusammenhänge mit der Natur und ihre Funktionsweise nachzudenken, vollzieht sich in einem Moment der Geschichte des menschlichen Lebens, in dem die Eingriffe der menschlichen Aktivität in die Gesamtheit des Systems dieses Planeten in Bezug auf seinen Energie- und Rohstoffbedarf, in Bezug auf den Umgang mit den Abfällen des industriellen Prozesses einen solchen Grad erreicht haben, dass man annehmen könnte, die Ressourcen der Erde seien unendlich und die Möglichkeiten der Abfallbeseitigung gleichfalls unbegrenzt. Und deshalb abstrahiert die ökonomische Theorie von diesen Zusammenhängen.

Das Verhältnis zur Natur steht im wesentlichen außerhalb unserer ökonomischen Theorie. Aber das ökonomische Denken ist die Grundlage eines globalen Gemeinverständnisses, es herrscht nicht nur innerhalb des IWF vor oder in den Kilometern von Weltbankberichten, die jedes Jahr erarbeitet werden, sondern ist im Gegenteil Bestandteil der grundlegenden Auffassungen, wie man sich ökonomisch verhalten muss, die wir als gesunden Menschenverstand bezeichnen. In der Ökonomie denken wir permanent nur in diesen Begriffen. Ohne eine radikale begriffliche Neufassung, die das Leben selbst einschließt, die Möglichkeit der Weiterexistenz des Lebens auf der Erde, laufen wir in die Irre.

Das hat auch damit zu tun, dass wir uns kein anderes Leben, kein besseres Leben vorstellen können, ohne eine radikale Umverteilung ins Auge zu fassen. Alle Argumentationen, dass sparsamer Umgang mit den Energieträgern notwendig ist, dass die Mechanismen des Marktes dafür genutzt werden müssen, alles das sind Formen, die Anerkennung der Tatsache zu umgehen, dass eine radikale Umverteilung notwendig ist. Ohne eine radikale Umverteilung werden die Armen weiter kämpfen um mehr Ressourcen, und das wird unvermeidlich zu einer unhaltbaren und nicht wünschenswerten Situation führen. Das Umweltproblem wird oft so dargestellt, dass es zu viele Arme gäbe; aber das Grundproblem der Welt heute sind die Reichen.



● **Kerstin Sack:** Wie kann eine solidarische Ökonomie auf globaler Ebene aussehen? Es war immer ein wichtiges Ziel der globalisierungskritischen Bewegung, den Einfluss von IWF und Weltbank zurückzudrängen bzw. sie zu reformieren oder sogar abzuschaffen. In Lateinamerika haben mehrere Länder ihre Schulden beim IWF zurückgezahlt, er hat dort sozusagen keine Funktionen mehr, da durch die Verschuldung Druck ausgeübt werden konnte, um die neoliberale Linie, Privatisierungen usw. durchzusetzen. Dass dieses Instrument dort also wirkungslos geworden ist, halte ich für eine zentrale Errungenschaft, durch die sich Möglichkeiten für andere Vorgehensweisen, andere Finanzierungsinstrumente eröffnen. Eine große Hoffnung wird auf die Bank des Südens gesetzt.

An dieser Entwicklung sind die sozialen Bewegungen beteiligt durch die Vorstellungen, die sie auf ihren verschiedenen Treffen entwickelt haben, zum Beispiel zu den Kriterien der Kreditvergabe. Finanzinstrumente sind sehr wichtig, wenn es um die Erweiterung der Möglichkeiten alternativen Wirtschaftens geht.

Dabei richtet sich unser Blick auch auf die Handelskonzepte der Europäischen Union. Mit den EPAs, sogenannten bilateralen Partnerschaftsvereinbarungen mit den Ländern Afrikas und der Karibik, zielt die EU auf der Grundlage des Konzepts vom „Global Europe“ auf eine Steigerung ihrer Konkurrenzfähigkeit. Wir kritisieren die Freihandelsverträge mit verschiedenen Regionen der Welt, mit deren Hilfe die EU eine Fortführung dessen anstrebt, was in der WTO gescheitert ist, wozu Brasilien einen wichtigen Beitrag geleistet hat, den wir sehr hoch schätzen. Mit den bilateralen oder regionalen Freihandelsverträgen ist aber eine neue Gefahr entstanden. Mit ihren Elementen Privatisierung, Schutz des geistigen Eigentums, Freigabe der Regierungsaufträge u. ä. verlagern sich die Eingreifinstrumente auf diese Verträge. Sehr interessant sind die Grundsätze, die Bolivien dazu entwickelt hat, was eine Grundlage für gerechten Handel sein könnte. Sie zielen darauf ab, über den Handel hinaus den politischen und kulturellen Austausch einzubeziehen.

Wie können wir überhaupt solche Forderungen durchsetzen? Grundlegend ist, immer wieder mit diesen Themen und Tatsachen in die Öffentlichkeit zu gehen, darüber aufzuklären, denn diese Verhandlungen werden in der Regel vor der Öffentlichkeit geheimgehalten, und die Bevölkerung weiß nicht, welche Politik in ihrem Namen betrieben wird. Deshalb gehen wir mit anderen Organisationen und lateinamerikanischen Partnern daran, Gegenkonzepte auszuarbeiten und öffentlich vorzustellen, wie auf der Gegenveranstaltung zum EU-Lateinamerika-Gipfel 2006 in Wien mit dem Bündnis „Enlazando Alternativas“ („Alternativen verknüpfen“), eine Initiative, die 2008 auf dem nächsten Gipfel in Lima fortgesetzt werden soll. Darin sehen wir auch auf globaler Ebene einen Beitrag zur solidarischen Ökonomie, die damit nicht nur auf Mikroebene, bei kleinen Selbstverwaltungsprojekten stehen bleibt, sondern auch dahin kommen kann, dass Finanzierungsinstrumente auf internationaler Ebene entwickelt werden. Die Entwicklungshilfe ist dafür kein geeignetes Instrument, denn die Entwicklungshilfe, deren Erhöhung ja auch in Deutschland öfters gefordert wird, ist im wesentlichen Exportförderung für die deutschen Unternehmen und kein Mittel für die Länder, sich selbst zu entwickeln.

● **Joachim Becker:** In der Diskussion wurde die Frage der Eigentumsrechte berührt. Es gibt die Tendenz, die Eigentumsrechte allmählich zum höchsten Menschenrecht zu erklären. Im Europäischen Verfassungsvertrag und vermutlich auch in seinem Nachfolger, dem Reformvertrag, ist zu erkennen, dass die Eigentumsrechte uneingeschränkt festgeschrieben werden sollen, während das Grundgesetz der BRD wenigstens noch ihre soziale Bindung geltend macht. Diese Tendenz kann man auch in bi- und multilateralen Verträgen feststellen. Das Recht auf Eigentum ist in vielen Fällen eben auch das Recht auf Ausbeutung. Dagegen muss sich auch unsere Kritik am Reformvertrag richten, der so angelegt ist, dass er nationales Verfassungsrecht bricht. Damit hängt die Frage des freien Kapitalverkehrs eng zusammen, die nicht nur in Bezug auf kurzfristigen, spekulativen Kapitalverkehr zu diskutieren ist, für den heute auch bestimmte internationale Finanzinstitutionen die Nützlichkeit von Formen der Kontrolle im Interesse der Stabilität anerkennen, sondern auch als Kontrolle über die Direktinvestitionen. Dazu gibt es viel weniger Debatten, aber meines Erachtens ist auch in diesem Bereich des Kapitalverkehrs mehr Kontrolle und Einschränkung notwendig.

● **Victor Klagsbrunn:** Die PT Brasiliens hat bereits in der Vergangenheit linke Konzepte in ihrer Politik auf lokaler Ebene verwirklicht. Nachdem sie aber endlich die Zentralregierung gewonnen und die Verantwortung für das Land übernommen hatte, zeigte sich völlige Unklarheit darüber, wie eine alternative Wirtschaftspolitik auf der makroökonomischen Ebene aussehen könnte. In der Nachkriegszeit hat man das keynesianische Instrumentarium benutzt, dessen Grundlagen sehr konservativ sind. Man hat es gegen die Rechte der Arbeiter gerichtet, aber es verlangt, bestimmte soziale Leistungen des Staates zu steigern, wodurch die Lage vieler Menschen erheblich verbessert wurde.

Aber in der Gegenwart sind die Befürworter des Staates in der Defensive. Insbesondere nach den Erfahrungen des sozialistischen Blocks ist es für uns schwierig geworden, die Frage staatlichen Eingreifens erneut aufzuwerfen und neu zu beantworten. Diese Frage muss vor allem unter den neuen Bedingungen auch für die kapitalistische Gesellschaft weitergedacht werden, auch wenn wir diese irgendwann mal verlassen wollen. Der Kapitalismus nutzt das Instrument des Staates, der Investitionslenkung, wenn auch nicht immer offen. Wir müssen zurückkommen auf eine wirklich kritische Ökonomie gegenüber dem Kapitalismus, aber wir haben auch die Verantwortung, für die bestehende Gesellschaft neue Instrumente und Wege unter neuen Bedingungen zu suchen, neue Finanzinstrumente z.B., ihre Funktionsmechanismen, ihr Verhältnis zur Produktionssphäre zu bestimmen.

Leider wird an unseren Universitäten nicht mehr diskutiert, wie eine andere Wirtschaftspolitik aussehen soll, in der der Staat die lenkende Rolle übernimmt. Die Intellektuellen liefern dazu keine Ideen mehr, nur wenige machen sich darüber noch Gedanken. Man beschränkt sich auf verschiedene „Modelle“ für die vorgefundene Wirtschaftsentwicklung. Dabei besteht nicht nur bei den Linken ein Bedarf, solche neuen Wege der Entwicklung aufzudecken. Auch eine Fraktion des Kapitals hat daran Interesse, z. B. hinsichtlich der Einschränkung der Finanzmacht, die sich auf die produktive Sphäre zerstörerisch auswirkt.

Auf nationaler Ebene folgt die Wirtschaftspolitik der Lula-



Regierung den bisherigen Mustern. Kritische Ökonomen, die in der Regierung sind, denken genauso wie die anderen zu Themen wie Inflation, Eingliederung in den Weltmarkt, Erhöhung der Exporte, Hochzinspolitik. Was neue Ideen betrifft, so stellt sich das als eine Wüste dar. Politisch sind die Folgen einer solchen Entwicklung bereits deutlich zu spüren. Auch der gegenwärtige Finanzminister, der etwas andere Positionen hat, stellt die Grundansätze der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik nicht in Frage, er hat auch nicht die Mittel dazu. Es fehlt eine neue Generation kritischer Ökonomen. Wir müssen wieder zu einer Wirtschaftswissenschaft zurückkehren, die sich auch auf Marx bezieht.

II. Welche Perspektiven gibt es für die Entwicklung partnerschaftlicher und solidarischer Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika?

● **Nele Hirsch:** Unter drei Gesichtspunkten erscheint die Entwicklung, die Lateinamerika gegenwärtig nimmt, besonders wichtig für linke Politik in Europa. Erstens, vor dem Hintergrund des Geschehens in der Europäischen Union ist es wichtig wahrzunehmen, dass es auch andere Modelle gibt, wie regionale Integration vonstatten gehen kann, wie Staaten zusammenarbeiten können, in Formen, die nicht darauf basieren, Bedingungen für die Profitsteigerung des Kapitals zu schaffen, sondern andere Ansätze für Austausch, für Kooperation zwischen den Staaten zu finden, die sich von dem neoliberalen EU-Bild unterscheiden. So habe ich in Kuba die Austauschprogramme im akademischen Bereich mit Venezuela kennengelernt, die Unterstützung bei der Ausbildung venezolanischer und bolivianischer Ärzte in Kuba.

Zweitens ist ja hier in Deutschland und in Europa ein ganz zentrales Feld der Auseinandersetzung die Privatisierung öffentlichen Eigentums. Das Beispiel der Deutschen Bahn zeigt, dass es mit dem geplanten Börsengang nicht darum geht, eine bessere Verkehrsstruktur für die Menschen zu schaffen. Gleiches beobachten wir bis in die kommunale Ebene mit den Bestrebungen, Wohnungen zu privatisieren u. ä., wo die Menschen feststellen, dass sich ihre Situation real verschlechtert. Wenn wir dagegen Widerstand organisieren, dann ist es wichtig, andere Beispiele zu sehen, wie es gehen kann. Auch in Lateinamerika wird die Eigentumsfrage zentral aufgeworfen und wir sehen, wie davon ausgegangen wird, dass nicht die Profitfrage im Vordergrund stehen darf, sondern dass die Einnahmen des Staates auch wirklich der großen Mehrheit der Menschen zugute kommen müssen. So ermutigen uns die lateinamerikanischen Erfahrungen in der Verstärkung des Widerstandes.

Ein dritter Punkt ergibt sich aus der Programmdebatte in der Partei DIE LINKE, aus der Debatte über DIE LINKE als sozialistische Partei. Wir sprechen von einer anderen Welt, die wir anstreben, aber wie soll diese andere Welt aussehen? Durch die Entwicklung in Lateinamerika ist wieder Bewegung gekommen in die Diskussion über den Sozialismus im 21. Jahrhundert. Auch meine Gesprächspartner in Kuba, die von ihren Schwierigkeiten Anfang der 90er Jahre berichteten, ihre nächsten Schritte zu bestimmen, betonten, dass ihnen die heutige Situation des Aufbruchs in Lateinamerika neue Perspektiven bietet. Und das wirkt wiederum auf Europa zurück. Wir können viel voneinander lernen, die Linke in Lateinamerika wie in Europa.

Man muss wegkommen von dem früheren Verständnis

von Solidarität, die darin besteht, dass wir denen dort Unterstützung leisten. Eine andere Sache ist es, wenn die besetzte Fahrradfabrik in Nordhausen, die um Absatzmöglichkeiten kämpft und dringend Aufträge braucht, einen Container mit Fahrrädern nach Kuba schicken kann.

Wichtig ist es, Öffentlichkeit herzustellen für das Verständnis der Vorgänge, die in Lateinamerika ablaufen, und dadurch eine Debatte in Gang zu setzen, die für beide Seiten bereichernd sein kann. Gerade darum bemüht sich unsere Bundestagsfraktion. Wir versuchen durch Initiativen, durch Anfragen und Anträge eine Debatte im Bundestag anzuregen, welche Prozesse und Entwicklungen sich in Lateinamerika abspielen, was ja von herrschender Seite gar nicht thematisiert wird, und auch Politik kritisch zu hinterfragen.

Die Fraktion DIE LINKE wird Anfang des Jahres 2008 in Zusammenarbeit mit dem neugegründeten sozialistischen Studierendenverband eine Delegationsreise nach Venezuela unternehmen, gerade unter dem Gesichtspunkt: Was wird an unseren Hochschulen heute noch gelehrt und gelernt? Besonders für studentische Kreise können die Erfahrungen in Lateinamerika dazu beitragen, die Forderung nach einer kritischen Wissenschaft statt einfacher Legitimation des Bestehenden zu stellen. Solche Kooperationsprojekte werden wir auch künftig unterstützen. Ein Hochschulverband wie DIE LINKE-SDS muss um eine kritische Wissenschaft streiten, um Ansatzpunkte für eine andere Politik auch hier in Europa zu gewinnen und der alternativen Bewegung zur Verfügung zu stellen: Was können wir gemeinsam tun, auch angesichts des Europavertrages und der laufenden Verhandlungen für regionale Freihandelsverträge der EU mit Lateinamerika, damit die Linke die Initiative gewinnt?

● **Edgardo Lander:** Die Rolle der europäischen Konzerne und der europäischen Regierungen im Zuge der Konsolidierung der neoliberalen Transformationen in Lateinamerika und der Einbeziehung des Kontinents in den globalen Markt ist genau die gleiche wie die der USA. Die Zusammenarbeit sozialer Organisationen Lateinamerikas und Europas bei der Aufdeckung und Erforschung dieser Aktivitäten ist von großer Bedeutung. In Argentinien z. B. spielten europäische Unternehmen die Hauptrolle bei den Privatisierungen unter der Regierung Menem, bei der Privatisierung der Banken, der Wasserversorgung, der gesamten produktiven Struktur der vormals staatlichen Unternehmen Argentiniens.

Zweitens ist anzuerkennen, dass wir, Lateinamerika und Europa, unterschiedliche historische Erfahrungen haben, und daher wird es auch unterschiedliche Ansätze beim Herangehen an den Aufbau einer alternativen Ordnung geben.

Die kritische Reflexion der Erfahrungen des osteuropäischen Sozialismus ist außerordentlich interessant und muss in diese Debatte eingebracht werden: die Probleme der Kontrolle der Macht, der Zentralisierung von Entscheidungen, der Einschränkung der Pluralität im Namen der politischen Erfordernisse der Gegenwart. Die Folgen, die solche Praktiken mit der Zeit haben, sind nicht überraschend, und die Geschichte lehrt uns, wohin das führt. Die Frage, wie in der politischen Konfrontation beim Aufbau einer alternativen Ordnung die Demokratie aufrechterhalten und vertieft werden kann, ist eine außerordentlich schwierige Angelegenheit, vor der wir auch in Venezuela stehen, in einem Moment, wo die Verfassungsreform ansteht, die erneut die Widersprüche aufreißt und darauf abzielt, einige Mechanismen zu entwi-



ckeln, die die Kontrolle und Partizipation des Volkes stärken, aber andererseits auch eine stärkere Kontrolle von oben sichern sollen, einschließlich von Regelungen, die auf dem Gebiet der Menschenrechte eine Rücknahme von Errungenschaften bei der Erweiterung der Demokratie, die in der Verfassung von 1999 verankert sind, bedeuten würden.

So möchte ich sagen, vom Standpunkt der Gesellschaftswissenschaften, des kritischen Denkens stehen wir vor gemeinsamen Herausforderungen, die angesichts der Situation in der Welt uns verpflichten, Grundzüge unserer Orientierung neu zu überdenken. Die Gesellschaftswissenschaften, die Universitäten sind heute Instrumente von erstrangiger Bedeutung bei der Begründung der angeblichen Naturgegebenheit und Unvermeidlichkeit der Welt, wie sie ist. Umso mehr ist die Auseinandersetzung auf der politisch-theoretischen Ebene von vitaler Bedeutung.

● **Joachim Becker:** Europa und auch die Europäische Union sind weder an der Oder/Neiße noch an der Leitha zu Ende. Wenn von Europa gesprochen wird, ist oft Westeuropa gemeint. Aber man muss etwas weiter nach Osten denken. Die Europäische Union hat auch ihre innere Peripherie. Die Einkommensunterschiede sind zum Teil so groß wie zu Lateinamerika, die Löhne liegen in Uruguay höher als in Rumänien, sicher auch höher als in der Ukraine, und die Ukraine ist nur 600 km von Wien entfernt. Für Lateinamerika ist es wichtig, wahrzunehmen, wie heterogen die Europäische Union ist. Viele neoliberale Praktiken sind aus Lateinamerika auf Osteuropa übertragen worden. Die Region hat Berater entsandt, Piñeda, der chilenische Rechtspolitiker, ist z. B. in verschiedenen osteuropäischen Ländern gewesen und hat für das chilenische Modell geworben. Die sozialen und ökologischen Konsequenzen dieses Modells werden aber in Osteuropa nur von Minderheitssektoren kritisch rezipiert.

Gerade vor diesem Hintergrund erscheint es besonders wichtig, den Informationsaustausch und die Diskussion zwischen Osteuropa und Lateinamerika deutlicher zu entwickeln, denn hier ergeben sich viel größere Ähnlichkeiten, auch in der Ausgangssituation und den Politikmustern der letzten 10 Jahre. Und diese Politikmuster hat die Europäische Kommission maßgeblich mitgeprägt. So ergibt sich eine gewisse Ausweitung der Perspektive der Zusammenarbeit zwischen lateinamerikanischen und europäischen sozialen Organisationen.

Auf der Ebene der staatlichen Außenpolitik, die ja als EU-Außenpolitik auftritt, sind die kritische Begleitung der Außen- und Außenhandelspolitik erforderlich. Zu kritisieren ist hier die geringe Demokratie und Transparenz auf der europäischen Seite. Wir haben es mit einem System der Demokratie geringer Intensität zu tun. Das EU-Modell ist in vielem ein Antimodell.

● **Victor Klagsbrunn:** Die Erfahrungen der Linken in Lateinamerika sind sicher wichtig für Europa, um neue Ideen zu entwickeln, aber sie lösen nicht die Probleme hier. Grundlage des Kampfes in Europa müssen die Probleme der Menschen hier sein. Viele neue Ideen wurden in der Vergangenheit hier auch schon mal entwickelt und praktiziert, wie die Bürgerinitiativen, und wir haben davon gelernt. Man sollte die Erfahrungen Lateinamerikas nicht idealisieren. Die Grundbedingungen hier in Europa sind relativ besser. Vieles wird auch vom Staat durchaus geleistet, worum man in Latein-

amerika noch kämpft. Das ist auch positiv zu werten. Wir dagegen müssen den Staat erst mal neu gründen, wie wir sagen. Es ist eine Schande, wenn die Linken staatliche Positionen besetzen und sich dann korrumpieren lassen. Das ist ein großes Risiko, und von der Justiz wird das nicht behindert. Die Gesellschaft toleriert das. Die Justiz funktioniert nicht in unseren Ländern. Aber wir als Linke müssen Korruption streng verurteilen. Hier in Europa sehen wir ein relativ gutes Funktionieren des Staates, das gestärkt und erweitert werden muss.

Zusammenarbeiten müssen wir vor allem in Fragen, die uns beiderseitig betreffen, wie die Beziehungen zwischen der EU und dem Mercosur. Wir beginnen jetzt in einem Studienzentrum das Thema der Beziehungen zwischen Brasilien und Argentinien zu bearbeiten, das für den Mercosur eine zentrale Rolle spielt.

● **Kerstin Sack:** Wir beschäftigen uns gegenwärtig bei Attac mit der Begleitung des Verhandlungsprozesses zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur, der Andengemeinschaft und der Region Zentralamerika. Wir haben erreicht, einen ständigen Informationsaustausch mit lateinamerikanischen Organisationen zu diesen Prozessen herzustellen, und sind damit beschäftigt, diese Informationen hier zu verbreiten. Es werden Foren und Treffen organisiert, auf denen wir gemeinsame Arbeitsthemen, gemeinsame Protestaktionen vereinbaren und beraten, wie gegen die Inhalte, die von europäischer Seite in diese Verhandlungen eingebracht werden, Widerstand geleistet werden kann. Das führt auch zur gemeinsamen Diskussion über Alternativen, und das verbindet uns. Die Weltsozialforen und die übrigen Treffen und Aktionen sind bereits an sich ein wichtiges und historisch einmaliges Ergebnis dieser Aktivitäten. Eine qualitative Veränderung, die in die Zukunft wirken wird, ist die gleichberechtigte Beziehung der Teilnehmer, gleich ob sie aus sozialen Bewegungen, aus Parteien, aus der Wissenschaft kommen. Gerade das Zusammenwirken von Menschen aus diesen verschiedenen Sphären ist von grundlegender Bedeutung. Ich glaube, dass wir damit auf einem guten Wege sind.

Sozialismus chinesischer Prägung

Von Helmut Ettinger, BAG Friedens- und Internationale Politik; aus: Disput Nr. 11/2007

Vom 15. bis 21. Oktober 2007 tagte in Peking der 17. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, der größten politischen Partei der Welt. 2 235 Delegierte vertraten 73 Millionen Parteimitglieder. Allein die Dimensionen dieses Kongresses, der alle fünf Jahre zusammentritt und Beschlüsse von strategischer Tragweite für ein Land mit 1,3 Milliarden Einwohnern fasst, garantieren ihm weltweite Aufmerksamkeit. Die deutsche Presse zeigte indes eher mäßiges Interesse.

Das mag daran liegen, dass der Parteitag keine sensationsträchtigen Schlagzeilen lieferte. Die „vierte Führungsgeneration“ der Partei, wie es in China geschichtsbewusst heißt, unter Generalsekretär Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao zog eine Zwischenbilanz zur Mitte ihrer Amtszeit und nahm wichtige Weichenstellungen für die nächsten fünf Jahre vor. Sie tat das so ruhig, nüchtern und unspektakulär,



wie man es von ihr seit fünf Jahren gewohnt ist. Die Zeichen in China stehen auf Kontinuität. 2012 wird die „fünfte Führungsgeneration“ den Staffeln übernehmen. Laut Statut sind einem Generalsekretär nur zwei Wahlperioden gestattet. Von Praktiken des Amtierens auf Lebenszeit hat sich die KP Chinas lange verabschiedet.

Neues war auf diesem Parteitag durchaus zu beobachten. Das zeigte sich schon bei seinem Umgang mit der Öffentlichkeit. Die bisher typische Geheimhaltung wurde beträchtlich gelockert. Der Tagungstermin, sonst geheime Kommandosache, war seit Längerem bekannt. Vorab wurden zur Beschlussfassung anstehende Probleme in den Medien diskutiert. Am Vormittag des 15. Oktobers meldete sich der BBC-Korrespondent verduzt aus dem Tagungssaal, zu dem die Presse während der Rede des Generalsekretärs erstmals Zutritt hatte. Ebenfalls erstmalig stellte sich die frischgebackene Führungsspitze nach Abschluss des Parteitages auf einer Pressekonferenz den Journalisten. Teilnehmer sind in den letzten Wochen ausgeschwärmt, um Partnerparteien in aller Welt aus erster Hand über die Ergebnisse zu informieren. Lothar Bisky besuchte der stellvertretende Leiter der Internationalen Abteilung des ZK, Zhang Zhijun, der für die Beziehungen zu Parteien in Europa und Nordamerika zuständig ist. Er wird auch eine Delegation leiten, die auf Einladung am bevorstehenden 2. Kongress der Partei der Europäischen Linken in Prag teilnehmen und die Führungsspitzen deren 28 Mitglieds- und Beobachterparteien ins Bild setzen will. Ein Novum für die KP Chinas, die zur EL bisher eher vorsichtige Distanz hielt.

Der 17. Parteitag hat eine Bilanz von dreißig Jahren Reform- und Öffnungspolitik gezogen und den bisherigen Kurs bestätigt. Alle Erfolge Chinas der letzten Jahre seien auf das Konzept vom Sozialismus chinesischer Prägung zurückzuführen, erklärte Zhang Zhijun. Das ist die Formel der KP Chinas für die Reformpolitik der letzten Jahrzehnte, die die Entwicklung der Marktwirtschaft mit den Zielen sozialer Gerechtigkeit zu verbinden sucht – aus Sicht der KP Chinas ein legitimer Kurs für das Anfangsstadium des Sozialismus, in dem China noch eine lange Wegstrecke zurückzulegen hat. Der Parteitag habe bestätigt, so Zhang Zhijun, dass es für China keinen anderen Weg gibt, weder den Weg in den Kapitalismus noch den Weg zurück zum Modell sowjetischer Prägung.

Der Parteitag nahm eine nüchterne Analyse der Lage vor, die folgende Probleme ergab:

Bei insgesamt gutem Wirtschaftswachstum sind die Produktivität und die Fähigkeit zur selbstständigen Innovation nicht ausreichend. Die ökologischen Kosten des Wachstums sind insgesamt zu hoch. Die Wirtschaft wächst zu stark extensiv.

Das Lebensniveau ist für große Teile der Bevölkerung gestiegen, aber die Einkommensunterschiede wachsen weiter an. Der Anteil der Menschen, die noch in Armut leben oder niedrige Einkommen haben, ist zu groß.

Die ländlichen Gebiete bleiben bei der Entwicklung zurück, die Entwicklungsunterschiede zwischen den Regionen sind im Wachsen begriffen.

Die Fortschritte beim Aufbau von Demokratie und Rechtsordnung entsprechen noch nicht den objektiven Erfordernissen.

Die internationale Konkurrenz auf dem Gebiet von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik verschärft sich; dieser Druck auf China wird noch lange anhalten.

Zu den Hauptaufgaben heißt es u. a.: In der Wirtschaft geht es um eine Veränderung des Entwicklungsmodus – um den Übergang vom vorwiegend extensiven zum vorwiegend intensiven Wachstum. Bei Reduzierung des Energieverbrauchs wird an dem Ziel festgehalten, das BIP pro Kopf vom Jahre 2000 bis zum Jahre 2020 zu vervierfachen. Die Fähigkeit zur selbstständigen Innovation soll deutlich verstärkt werden.

Die Demokratie in der Gesellschaft ist auszubauen, die politische Teilhabe der Bürger weiter zu entwickeln.

Wichtiges Ziel ist die Schaffung von sozialen Sicherungssystemen für die Stadt- und Landbevölkerung, eine gerechtere Gestaltung der Einkommensverhältnisse, insbesondere die Überwindung der Armut. Bildungsmöglichkeiten und gesundheitliche Betreuung müssen für jeden garantiert werden.

Wachstum und Konsum sind wesentlich stärker auf die Einsparung von Ressourcen und den Schutz der Umwelt auszurichten. Der Anteil regenerierbarer Energien ist stark zu erhöhen und der Ausstoß von Schadstoffen effektiver zu kontrollieren.

Zwei wichtige theoretische Neuerungen der KP Chinas der letzten Jahre, die mit dem Namen Hu Jintaos verbunden werden, sind das „wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ und das Konzept von der „harmonischen Gesellschaft“. Grundgedanke des „wissenschaftlichen Entwicklungskonzepts“ ist es, Entwicklung, also weiterhin Wirtschaftswachstum, als Hauptaufgabe der Gegenwart zu begreifen, dabei jedoch die Bedürfnisse des Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Angestrebt wird eine umfassende, proportionale und nachhaltige Entwicklung. Das Konzept von der „harmonischen Gesellschaft“ bedeutet, dass die verschiedenen Bereiche der Gesellschaft sich in einem harmonischen Verhältnis zueinander entwickeln und zugleich harmonische Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft angestrebt werden. Kurz gesagt, orientierte der Parteitag auf fortgesetztes wirtschaftliches Wachstum, aber bei wesentlich stärkerer Berücksichtigung sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit. „Wissenschaftliches Entwicklungskonzept“ und „harmonische Gesellschaft“ wurden als Leitlinien neu ins Statut der KP Chinas geschrieben.

Um die Partei, die ihren Führungsanspruch bekräftigt, für die neuen Anforderungen fit zu machen, stellte der Parteitag die Signale auf mehr Transparenz und innerparteiliche Demokratie. Das meint z. B. breitere politische Debatten, eine Begrenzung der Möglichkeit, als Delegierte/r gewählt zu werden, auf zwei Wahlperioden oder die versuchsweise Behandlung von Parteitagern der unteren Ebenen und deren Delegierter als „arbeitende Körperschaften“, d. h., jährliche Tagungen und permanente Kontrolle der hauptamtlichen Parteikomitees und ihrer Funktionäre durch die gewählten Gremien. Interessant: Für diese Praxis der PDS, bzw. Der Linken, haben sich Studiengruppen der KP Chinas bei Besuchen stets besonders interessiert. Dies ist nur ein Beleg von vielen, dass die Erfahrungen linker Parteien in der Welt in China wachsende Beachtung finden. Stark betont wurde auch der verstärkte Kampf gegen die Korruption, die weiterhin geradezu eine Lebensfrage für die KP Chinas als regierende Partei darstellt. Der Fall des abgesetzten und gegenwärtig strafrechtlich verfolgten ehemaligen 1. Sekretärs des Shanghai Parteikomitees Chen Liangyu ist ein Beispiel dafür, dass man hier inzwischen ohne Ansehen der Person auch gegen hochrangige Rechtsverletzer vorgeht.



Die KP Chinas verzeichnet ein anhaltendes Mitgliederwachstum, wobei der größte Anteil der neuen Mitglieder aus Kreisen der Studenten und der neuen Mittelschichten kommen soll.

Bei der Wahl der Führungsgremien der Partei haben die Delegierten Kontinuität mit beträchtlichen Veränderungen verbunden. Das 204 Mitglieder und 167 Kandidaten umfassende ZK wurde zu ca. 50 Prozent erneuert. Das Politbüro, das aus 25 Personen besteht, erhielt neun und sein Ständiger Ausschuss, neun Personen an der Zahl, vier neue Mitglieder. Unter letzteren sind zwei – der bisherige 1. Sekretär des Parteikomitees Shanghai, Xi Jinping, und der bisherige 1. Sekretär des Parteikomitees der wichtigen nordostchinesischen Industrieprovinz Liaoning, Li Keqiang, beide Anfang fünfzig, in denen heiße Anwärter für die „fünfte Führungsgeneration“ Chinas vermutet werden. Der beträchtlichen Umwälzung des obersten Führungspersonals der Partei ist in den letzten Jahren ein analoger Vorgang in den Provinzen vorausgegangen, der zahlreiche jüngere, gut ausgebildete, mit Erfahrungen im In- und Ausland ausgestattete Personen in leitende Stellen brachte.

Die bereits auf dem 16. Parteitag 2002 durch die Führung um Hu Jintao vorgenommene Schwerpunktverlagerung von Wachstum auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit, die vom 17. Kongress bestätigt wurde, kann in einer so riesigen Partei wie der KP Chinas nicht unumstritten sein. Wenn es die von scharfäugigen China-Watchern stets behauptete Auseinandersetzung zwischen „Wirtschaftsliberalen“ und „linken Reformern“ wirklich gibt, dann hat sie mit dem 17. Parteitag ein Ergebnis hervorgebracht, das sich mit seiner nüchternen, sachlichen Einschätzung und seiner bei allen offen angesprochenen Problemen insgesamt optimistischen Orientierung sehen lassen kann.

Heiligendamm revisited

*Eine Nachbetrachtung zum G8-Gipfel 2007
von Peter Wahl, Vorstandsmitglied von attac Deutschland;
siehe: www.rosalux.de*

Der G8 2007 in Heiligendamm war von den stärksten und spektakulärsten Protesten begleitet, die es anlässlich eines solchen Gipfels auf deutschem Boden bisher gab. Das mediale Echo war sogar noch um einige Größenordnungen stärker als die Teilnahmezahlen an den Aktionen vermuten lassen. Mit diesem Erfolg verbinden sich Hoffnungen über den Gipfel hinaus, z. B. auf eine Linksverschiebung in der Gesellschaft oder auf eine Rekonstitution der Linken im Hinblick auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen.

Gleichzeitig wurden latente Konfliktlinien in der globalisierungskritischen Bewegung offen gelegt, so über die Rolle von Militanz und Gewalt in sozialen Bewegungen, über Bündnispolitik oder über das Verhältnis von politischen Parteien zu sozialen Bewegungen.

Wie alle Großereignisse sozialer Bewegungen sind die Tage im Juni Gegenstand von tausendfach individuellen Erzählungen, Legenden und Mythenbildung. Jede/r, der dabei war, hat seine individuelle Sicht auf die Dinge und Erfahrungen gemacht. So normal und legitim das ist, es kann eine strate-

gische Analyse nicht der Aufgabe entheben, Allgemeingültiges herauszufinden und entsprechende Lehren daraus zu ziehen. Pluralismus ist nicht Anything goes. Gefragt ist eine nüchterne Analyse.

Dabei sollten Widersprüche offen benannt, statt wegen taktischer oder bündnispolitischer Interessen unter den Teppich gekehrt zu werden. Es kommt daher im Folgenden weniger auf eine vollständige Darstellung aller Aspekte des Gipfels an, sondern auf jene Dimensionen, die die wichtigsten Kontroversen hervorgerufen haben.

1. G8 und die Krise des imperialen Multilateralismus

Heiligendamm hat gezeigt, dass die Krise des imperialen Multilateralismus nach WTO, IWF und Weltbank auch die G8 erfasst hat. Bereits der Vorjahresgipfel in Petersburg war von Widersprüchen und Rivalitäten (Libanonkrieg, Energiesicherheit, Menschenrechte in Russland u.a.) durchzogen. Heiligendamm war eine weitere Steigerung und wird als der Gipfel der Ergebnislosigkeit in die Geschichte eingehen.

Es ist zu erwarten, dass nach dem Abgang der Bush-Administration zumindest am Format der Gipfel Veränderungen vorgenommen werden. In seiner gegenwärtigen Form dürfte Heiligendamm einer der letzten G8 gewesen sein. Bei praktisch allen wichtigen Punkten tendierte die Problemlösungsfähigkeit und -bereitschaft der G8 gegen Null. Der G8 ist inzwischen weitgehend nur noch die Simulation von Politik. Was hat dazu geführt? Ist dies das Resultat der Stärke der Proteste? Angesichts der Probleme wird auch innerhalb der G8 die Frage nach der Zukunft der Institution aufgeworfen. Bereits im vergangenen Jahr hatte Blair eine Ausweitung zur G12 vorgeschlagen. Die seit einigen Jahren geübte Praxis, China, Indien, Brasilien u.a. Schwellenländer mit Gaststatus einzubinden, wurde in Heiligendamm institutionalisiert und soll weiter ausgebaut werden (sog. Heiligendammprozess). Würde das verwirklicht, würde dies die Legitimitätsbasis der G8 verbessern.

Ob das ihre Handlungsfähigkeit rettet, ist fraglich. Denn die Heterogenität der Interessenlagen und die Widersprüche in der Gruppe werden eher zunehmen. Der Krise des herrschenden Multilateralismus liegt ein Umbruchprozess in den Machtstrukturen des internationalen Systems von historischer Tragweite zugrunde. Die unipolare Vorherrschaft der USA, die nach dem Ende des Kalten Krieges entstanden war, wird herausgefordert. Von der EU, die versucht die „wettbewerbsstärkste Region“ der Welt zu werden. Von China und längerfristig Indien, die zu Supermächten heranwachsen. Auch Russland ist dabei, wieder eine weltpolitische Rolle anzustreben. Insofern ist der jüngste G8 auch ein Anzeichen dafür, dass das Zeitalter unipolarer Dominanz, das nach dem Ende des Kalten Krieges angebrochen war, ziemlich kurz gewesen sein könnte.

Die Krise der G8 ist also im Wesentlichen Resultat von neuen machtpolitischen Dynamiken zwischen den Großmächten und weniger der Interventionsfähigkeit und Durchschlagskraft der Gipfelkritik. Die Protesten haben dazu zwar insofern einen Beitrag geleistet, als sie ein Meinungsklima verstärkt haben, das die G8 auf „Umstritten“ gestellt hat, es wäre jedoch eine gewaltige Selbstüberschätzung, dies den Protesten oder auch nur in erster Linie den Protesten zuzuschreiben.



2. Bundesregierung unter den Gewinnern

Die Mehrheit der seriösen Medien hat eine kritische Haltung gegenüber dem Gipfel eingenommen. Auch die Mehrheit der Bevölkerung hat Umfragen zufolge das Ganze skeptisch beurteilt. Allerdings ist diese Art von Legitimitätsverlust der G8 keineswegs identisch mit dem Delegitimierungsdiskurs, wie er in einigen Teilen der Linken geführt wird. Ausgangspunkt der Kritik aus dem Mainstream ist der Wunsch nach funktionierenden Problemlösungen. Die prinzipielle Kompetenzzuweisung an die G8, die globalen Probleme zu bearbeiten, wird nicht in Frage gestellt. Im Gegenteil, es steht gerade der Wunsch nach einer starken Institution dahinter, die diese Probleme doch bitte in den Griff bekommen möge. Es geht also nicht darum, dass es die G8 gibt, sondern dass sie so schlecht funktioniert. Insofern ist die Bewertung, es sei gelungen, die „globalen Herrschaftsverhältnisse zu delegitimieren“ eine Illusion.¹

Es ist kein Widerspruch, wenn einerseits die Ergebnislosigkeit des Gipfels konstatiert und andererseits die Bundesregierung doch zu den Gewinnern gezählt wird. Insbesondere die Kanzlerin konnte einen Prestigeerfolg verzeichnen und sich beim zentralen und einzigen Thema mit Breitenwirkung, der Klimapolitik, als Vorreiterin gegenüber dem Bremser Bush profilieren sowie staatsmännisches Format demonstrieren.

Die Protestbewegung hatte dem wenig entgegenzusetzen. Zwar kam ihre Kritik in einem Umfang in den Medien zu Wort wie nie zuvor bei einem Gipfel auf deutschem Boden, aber die diskursive Hegemonie der Kanzlerin auf dem Terrain der Klimapolitik konnte nicht ernsthaft angekratzt werden. Von Attac über Greenpeace bis WWF wurde zwar zu Recht die Glaubwürdigkeit Merkels in Frage gestellt, in der Sache aber lediglich „mehr“ und „früher“ gefordert. Auch bei der Frage nach einer grundsätzlichen Alternative zum G8 ist der Vorschlag UNO, der inzwischen sogar aus dem autonomen Milieu kommt nicht wirklich durchgedrungen – ungeachtet der Frage, ob das wirklich eine tragfähige Alternative wäre.

Daher ist der Erfolg für das emanzipatorische Lager bei der G8-Thematik im engeren Sinne doch sehr begrenzt. Einschätzungen vom Typus: wir haben „den Kadern der herrschenden Klasse kräftig in die Propagandasuppe gespuckt“² gehen da sehr daneben.

3. Die innenpolitische Auseinandersetzung um Bürgerrechte

Eingelagert in die Gipfelmobilisierung war seit den Razzien des BKA am 9. Mai gegen linke Einrichtungen eine Auseinandersetzung um Bürgerrechte. Dies war ein besonderes Merkmal dieses Gipfelprozesses. Die Law-and-Order-Fraktion um Schäuble hat versucht, auch den G8 zu nutzen, ihre Positionen (Einsatz der Bundeswehr im Inneren, Online Durchsuchungen, Missbrauch von 129a etc.) zu stärken.

Allerdings erfolglos. Sowohl die Mehrzahl der seriösen Medien, als auch weite Teile der SPD – darunter der rheinlandpfälzische Innenminister und der Berliner Innensenator – sowie FDP, Linkspartei und Grüne haben sich gegen die Maßnahmen des BKA ausgesprochen.

Die Kontroverse hat die mediale Aufmerksamkeit für die Gipfelkritik beträchtlich erhöht und der Mobilisierung genutzt. Attac gewann in diesem Monat 1800 neue Mitglieder,

darunter Heiner Geisler. Die globalisierungskritische Bewegung greift inzwischen in die Mitte der Gesellschaft aus. Nach den Krawallen bei der Demonstration schien es zunächst so, dass Schäuble doch noch punkten könnte. Aber ähnlich wie bereits in Genua, gelang es den Law-and-Order Politikern nicht mehr, die Proteste zu isolieren und pauschal zu delegitimieren. Die Differenzierung zwischen der großen Mehrheit friedlich Protestierender und einer kleinen Minderheit von Gewalttätigen hatte sich weitgehend durchgesetzt. Das ist gut so und ein Fortschritt für die emanzipatorischen Kräfte.

Dazu beigetragen hatten:

- die eindeutige Positionierung der Gipfelkritiker bereits vor den Aktionen,
- die klare Verurteilung der Gewaltakte bei der Demo quer durch alle Spektren³,
- der friedfertige Charakter der Aktionen zivilen Gehorsams und der anderen Aktionen in den Folgetagen.

Darüber hinaus war auch von einigen staatlichen Repräsentanten, so der Landesregierung und der Stadt Rostock, der (friedliche) Protest ausdrücklich willkommen geheißen worden. Die in der letzten Zeit von vielen Seiten konstatierte Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten der Linken reflektiert sich also auch hier.

Auch dort, wo die Polizei zu rechtsstaatlich zweifelhaften Mitteln gegriffen oder offene Rechtsbrüche begangen hat (Tornado-Einsatz, Käfighaltung etc.), wurde darüber in den Medien berichtet. In einigen Punkten kam es zu einem parlamentarischen Nachspiel. Selbst Christiansens Talkshow in der Woche danach („Polizei – Prügelknabe der Nation“) hatte nicht nur die Gipfelkritiker eingeladen, sondern endete mit deren klaren Punktsieg.

Auch das zeigt, dass die Rede von „den bürgerlichen Medien“ ein vereinfachendes Klischee ist. Tatsächlich sind die Medien, und hier insbesondere die öffentlich-rechtlichen, Teil der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Und wenn kritische und linke Positionen in der Gesellschaft stärker werden, spiegelt sich das auch in den Medien.⁴

Es ist wichtig zu erkennen, dass sich bei allen Problemen auch Räume für emanzipatorische Politik geöffnet haben. Es zeigt sich, dass die Schäuble-Linie bis ins Regierungslager hinein und bei vielen Medien auf Widerstand stößt. Wer deshalb im Heiligendamm-Prozess nur eine dunkle, reaktionäre Masse aus Polizei, Politik und Medien sieht, verkennt nicht nur die Realität, sondern zieht daraus auch leicht die falschen strategischen und bündnispolitischen Konsequenzen.

4. Quantitäten und Qualitäten

Zahlenmäßig war die Mobilisierung so groß wie bei keinem Gipfel zuvor auf deutschem Boden. Wenn man zudem die geographische Randlage Rostocks in Betracht zieht, sowie die zeitliche Überschneidung mit dem Kirchentag, so sind die Zahlen durchaus respektabel wenn auch nicht überwältigend. Auch wenn die Quote nicht alles ist, so gehört zu einer nüchternen Einschätzung der Kräfteverhältnisse auch, dass Köpfe gezählt werden.

4.1. Konzert „Deine Stimme gegen Armut“

Die zahlenmäßig größte Veranstaltung war das Konzert von „Deine Stimme gegen Armut“ mit Grönemeyer und anderen Popsängern mit 70 000 Zuschauern, der Löwenanteil davon



überwiegend junge Leute aus der Region. Die letzte Stunde wurde live in der ARD übertragen. Das Konzert hat dazu beigetragen, dass das Image der Proteste nach den Krawallen weiter aufgebessert wurde. Da die Popstars keineswegs weichgespülte Statements, sondern zahlreiche politisch starke und eindeutige Botschaften aussandten (Geldof: „Der Gipfel war totaler Schwachsinn“, Bono: „Reine Farce“), hat das Konzert einen größeren Beitrag zur Delegitimierung der G8 beigetragen, als dies bei vergleichbaren Veranstaltungen in der Vergangenheit (z. B. Live 8, 2005) der Fall war. Auch jene NGOs aus der entwicklungspolitischen Szene, für die das Konzert und die dazu gehörige Kampagne die Hauptaktivität war, haben den Gipfel sehr kritisch beurteilt (Ingrid Schäuble, Welthungerhilfe: „Mogelpackung“).

Hier sind Lernprozesse in Gang gekommen, ist Ernüchterung eingetreten. Die Grenzen eines nur auf Prominenz und Lobby setzenden Politiktypus sind vielen in der NGO-Szene bewusst worden. Grönemeyers „Wir ziehen an einem Strang, die am Zaun, die auf See⁵ und wir hier“ ist symptomatisch dafür. Eine emanzipatorische Strategie muss an dieser Stelle weiterarbeiten. In der Bauchnabelperspektive der meisten Auswertungen der Linken wird die Entwicklung in diesem Sektor allerdings schlicht ignoriert.

4.2. Die Demonstration am 2. Juni

Von allen Aktionen ist die Demonstration am 2. Juni am besten geeignet, die tatsächliche Mobilisierungsfähigkeit der G8-Kritiker zu messen. Zudem war die Demo neben den Aktionen am Zaun die medial beherrschende Aktion.⁶ Es nahmen knapp 50 000 Menschen an der Demo teil. Das heißt es konnten im wesentlichen die aktivistischen Kerne der verschiedenen Strömungen mobilisiert werden.⁷ Außerdem war das Publikum überdurchschnittlich jugendlich geprägt. „Laufkundschaft“ aus der Region war nur minimal vertreten.

Zur politischen Zusammensetzung:

a) Eines der größten Kontingente einer Einzelorganisation dürfte von Attac gekommen sein, schätzungsweise 8 000 Mitglieder und näheres Umfeld. Insgesamt ist es Attac allerdings nicht gelungen, sein Potenzial auszuschöpfen.

b) Ähnlich stark war die Sichtbarkeit der Linkspartei und näherem Umfeld. Angesichts der Stärke der Linkspartei gerade in den neuen Bundesländern blieb jedoch auch dies hinter den Erwartungen zurück.

c) Das drittstärkste Kontingent kam aus dem ultralinken Spektrum, das in sich heterogen ist und aus Anarchisten, Antifa, Interventionistischer Linke, Schwarzem Block u. a. bestand. So gruppierten sich beispielsweise in dem Block „Es geht ums Ganze“ ca. 3 000 Personen. Zusammengenommen brachte es der Block „Make Capitalism History“ auf ca. 8 000 Personen. Insgesamt dürfte es der ultralinken Szene am besten gelungen sein, ihr Potenzial auszuschöpfen.

d) Der Rest verteilt sich auf alle anderen Organisationen und politischen Spektren – Friedensbewegung, Gewerkschaften, NGOs, Sozialproteste, Grüne, Umweltverbände, linke Gruppen, etc. sowie Unorganisierte.

e) Wie die Zusammensetzung zeigt, war bei der Demo nicht die emanzipatorische Bewegung schlechthin, sondern vorwiegend nur ein Teil, nämlich der eher linkere, vertreten. Das niedrige Profil von Gewerkschaften, NGOs, Sozialprotesten, Friedensbewegung u. a. hat im wesentlichen drei Gründe:

Der Zusammenhang zwischen G8 und den konkreten Kämpfen, Zielen und Problemen konnte nicht hinreichend

sichtbar gemacht werden und ist – wenn die These von der Simulation der Politik zutrifft – auch tatsächlich nur vermittelt vorhanden.

Es fanden gleichzeitig oder zeitlich kurz vorher konkrete Auseinandersetzungen statt, wie der Telekom-Streik von Ver.di, die Kräfte absorbierten.

Die starke Präsenz von ultralinken Kräften im Vorbereitungsprozess sowie die Kontroversen um die Sichtbarkeit von Parteien und der Umgang mit dem Thema Gewalt haben vor allem viele NGOs und die Gewerkschaften abgeschreckt.

4.3. Blumenkinder statt Streetfighter – die Aktionen am Zaun

An den Aktionen des zivilen Ungehorsams nahmen ca. 10 000 Menschen teil, die meisten junge Leute. Bilder sagen oft mehr als Worte. Nach den Krawallen bei der Demo war die entscheidende Frage, ob es gelingen würde, andere Bilder als von der Demonstration zu vermitteln. Dies ist auf beeindruckende Weise gelungen. Die friedlichen, bunten und oft karnevalesken Bilder von Demonstrationen vorwiegend junger Leute über Wiesen und Felder bei strahlendem Sonnenschein bildeten eine Gegenwelt sowohl zu den Bildern der Stahlzaunfestung des offiziellen Gipfels als auch zur Ikonographie schwarz in schwarz uniformierter und vermummter Kapuzenträger. Zwar waren die Demonstrationen eine Regelverletzung – sie brachen das Demonstrationsverbot – es fehlte ihnen aber jegliche Aura martialischer Militanz. Blumenkinder statt Streetfighter!

4.3.1. Erfolgsbedingungen

Die Medien haben diesen Charakter der Aktionen weltweit projiziert und damit die Gegenbilder zu der Straßenschlacht bei der Demo geliefert. Möglich geworden war dieser Verlauf vor allem aber dadurch, dass unter dem Schock der Demo-Krawalle bei den Teilnehmern an den Aktionen eine intensive Diskussion geführt und Maßnahmen ergriffen wurden, um den friedlichen Charakter sicherzustellen. Dazu gehört auch, dass man von dem ursprünglich militanteren Konzept von „Block G8“ abrückte. So teilte dessen Sprecher am Morgen der Aktion bei der Pressekonferenz mit:

- die Aktionen trügen symbolischen Charakter, d. h. es ging nicht mehr darum, die Infrastruktur des Gipfels effektiv abzuschneiden,
- die Aktionen seien gewaltfrei,
- für den Fall einer Eskalation werde man die Aktion auf alle Fälle abbrechen.

Zur Deeskalation hatte auch ein trilaterales Gespräch zwischen dem Superintendenten der Evangelischen Kirche, der Polizei und einem Vertreter von Block G8 beigetragen. Daher trifft auch zu, was die Antifa Berlin zur Polizei sagte: „Der Polizei war an diesem Tag nicht an Bildern von brutalen Einsätzen der Beamten gelegen.“

4.3.2. Fetischisierung von Aktionsformen

Der Erfolg der Aktionen am Zaun darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich nicht um ein beliebig wiederholbares Modell handelt. Zum einen wären die Aktionen nicht so friedlich verlaufen, wenn die Gewalttätigen nicht schon bei der Demo ihren Stich gemacht hätten.

Zum anderen stecken in Aktionen dieser Art auch bestimmte Risiken und Nebenwirkungen, die für einen eher homöopathische Nutzung sprechen. Es ist ein Aktionstypus:



- für den monatelanges Training und eine gewisse physische Fitness nötig ist, und der damit für Massenmobilisierungen nicht wirklich geeignet ist,
- der leicht zur Überbewertung der Aktionsformen gegenüber den politischen Inhalten führt. Für die Veränderung der Kräfteverhältnisse bleibt jedoch nach wie vor entscheidend, welche inhaltlichen Positionen, Werte und Leitbilder in einer Gesellschaft hegemonial sind,
- der eher Identitätsbedürfnisse der Teilnehmer bedient, z. B. die jugendspezifische Sehnsucht nach Abgrenzung gegenüber den Alten und dem Wunsch nach ostentativer Radikalität,
- der die Herausbildung von Avantgardebewusstsein fördert,
- der dazu tendiert, die politische Außenwirkung zu vernachlässigen,
- der leicht instrumentalisierbar bzw. anschlussfähig ist für Strategien, die auf Militanz orientieren.

5. Zur Gewaltdebatte

Das Thema Gewalt bei Demonstrationen hat eine große Rolle in der bewegungsinternen Diskussion gespielt. Zu Recht. Gewalt als Eingriff in die physische Integrität ist eine existenzielle und oft traumatische Grunderfahrung aller Menschen. Sie übt auf viele eine höchst ambivalente Faszination aus. Vor diesem Hintergrund ist dann erst die Sensationslust der Gewaltbilder im TV zu begreifen. Diese erzielt ihren Effekt ja nicht aus sich heraus, sondern eben weil Gewalt diese existenzielle Bedeutung für die Zuschauer hat. Und vor diesem Hintergrund ist dann wiederum zu verstehen, warum das Thema sich auch zur politischen Instrumentalisierbarkeit so gut eignet.

Es ist eine sehr grundsätzliche Frage für eine soziale Bewegung mit emanzipatorischem Anspruch, wie sie zur Anwendung von Gewalt aus den eigenen Reihen steht. „Die Ablehnung physischer Gewalt gegen andere Personen, wenn man selbst nicht bedroht ist, ist die bottom-line emanzipatorischen Handelns.“⁸

Daher ist die Debatte auch immer wieder zu führen. Dies gilt umso mehr, da wir gegenwärtig verstärkt Politisierungs- und Radikalisierungsprozesse in Teilen der akademischen Jugend erleben. Das wurde auch in Rostock wieder sichtbar. Das ist zunächst sehr positiv und wird weiter anhalten, da die gesellschaftlichen Verhältnisse solche Prozesse immer wieder hervortreiben. Allerdings erinnert die gegenwärtige Diskussion über den Deutschen Herbst daran, dass es dabei auch zu gefährlichen Fehlentwicklungen kommen kann. Das Zentrum für Kindheits- und Jugendforschung“ (ZKJF) der Universität Bielefeld hat 3 576 Teilnehmer der Demo unter 25 Jahren in Rostock befragt. Die Studie ist noch nicht vollständig ausgewertet, aber einige interessante Zahlen sind bereits bekannt geworden. Demnach halten z. B. 10 Prozent das Werfen von Pflastersteinen für eine legitime Protestform, und 5 Prozent sind bereit, dies auch selbst zu tun. Unabhängig davon, ob man diese 10 Prozent für beruhigend niedrig oder erschreckend hoch hält, Tatsache ist, dass hier ein zwar Minderheits- aber doch eben Potenzial für Anwendung von Gewalt besteht.

Ein verantwortungsvoller Umgang verlangt eine Auseinandersetzung damit.⁹ Dabei geht es nicht nur um die „Klassi-

ker“ des Rechtfertigungsdiskurses, wie sie jetzt im Zusammenhang mit Heiligendamm wieder aufgetaucht sind, wie Leugnung („die Bullen haben angefangen“), Relativierung („was ist ein Pflasterstein gegen eine Bombe im Irak“) oder die Einebnung der Differenz zwischen personaler und struktureller Gewalt, sondern auch um Fragen von Demokratie und Pluralismus innerhalb einer sozialen Bewegung.

Der Einsatz von Gewalt in sozialen Bewegungen besitzt eine große Hebelwirkung. Eine winzige Gruppe kann, wie in Rostock geschehen, mit geringstem Aufwand einer großen Mehrheit ihren Politiktyp diktieren. Das ist durch und durch undemokratisch. Gewalttätigkeit, wie die aus der Demo am 2. Juni heraus, beraubt eine Bewegung ihrer Souveränität über ihre Aktionsformen. Wenn sie nicht zum nützlichen Idioten zweifelhafter Interessen werden und ihre Autonomie behalten will, muss sie deshalb Distanz zu den Gewalttätigen halten. Sie braucht diese Kräfte nicht, während diese umgekehrt auf das Umfeld einer friedlichen Aktion angewiesen sind.

Erst recht gibt es keine Solidarisierungspflicht. Attac hat dazu bereits in einem Konsenspapier von 2001 zutreffend festgestellt: „Gegenseitige Instrumentalisierungen haben in einer gemeinsamen Bewegung keinen Platz. Akteure, die sich daran nicht halten, begreifen wir nicht als Bündnis- oder GesprächspartnerInnen und werden sie gegebenenfalls – auch öffentlich – entsprechend eindeutig kritisieren.“

Das hat mit Spaltung nichts zu tun. Gerade wenn man das von Linksradiكالen so gern bemühte Argument von der Pluralität der Aktionsformen ernst nimmt, bedeutet dies verschiedene Formen nebeneinander, nicht aber die feindliche Übernahme der einen durch die andere. Es ist aber kein Zufall, dass die Militanten nie eigenständige Demonstrationen machen. Der Grund ist klar: der Schutzschild der friedlichen Demonstranten fehlt dann.

6. Einige Schlussfolgerungen

a) Die politische Bedeutung der G8 als Symbol der neoliberalen Globalisierung wird zurückgehen. Die Integration von China, Indien u. a. wird die „variety of capitalism“ sichtbar machen und die Angreifbarkeit des Gremiums als globale Herrschaftsinstitution erschweren. Es stellt sich die Frage, ob es für zukünftige Gipfel angemessen ist, eine monatelange Schwerpunktmobilisierung für eine Institution der Politiksimulation zu unternehmen statt die Kraft in Kämpfe mit konkretem Interventionspotenzial zu investieren.

b) Die zentrale strategische Herausforderung der globalisierungskritischen Bewegung scheint zu sein, das durch den Attac-Beitritt von Geisler symbolisierte Potenzial politisch zu binden und zu aktivieren. Vor allem Attac selbst bietet sich hier ein historisches window of opportunity. Das ist etwas Neues und erfordert innovative Herangehensweise an Themensetzung, Instrumente und Politikmachen überhaupt. Ein Linksruck von Attac – kurzschlüssig begründet mit der Sympathie für Linkes in der Gesellschaft – wäre der Weg des geringsten Widerstands und würde diese Chance verspielen.

c) Gebraucht wird ein Konzept dafür, wie die sich politisierenden und radikalierenden Teile der akademischen Jugend in ein emanzipatorisches Projekt einbezogen werden können. Nur ein Teil davon wird sich in Attac in Ermangelung dessen, was diese jungen Leute für „radikal“ halten, integrieren lassen.



Der Studentenverband der Linkspartei könnte dabei sicher eine Rolle spielen. Aber für jene, die auf Distanz zu politischen Parteien Wert legen, ist das auch nicht geeignet.

Die Interventionistische Linke sieht sie bereits als Rekrutierungspotenzial an. In ihrer gegenwärtigen Verfassung, insbesondere bei der Dominanz der old style Ultralinken und Anarchisten, könnte dies jedoch für diese jungen Leute in einer sektiererischen Sackgasse enden.

d) Die These von der „Rekonstitution der Linken“¹⁰ durch den G8 scheint zu optimistisch, wenn man unter „der Linken“ mehr versteht als die IL, BUKO, Dissent etc. Die Gewerkschaften, darunter auch die Gewerkschaftslinken, war vom G8 so gut wie nicht tangiert. Ähnliches trifft auf die Sozialproteste, die Friedensbewegung zu. Auch dass bei NGOs und Grünen etwas in Fluss gekommen ist, wird von dem G8-Prozess nicht erfasst. Im Gegenteil, von den Krawallen und den Versuchen, der Linkspartei eine hervorgehobene Rolle in den Bündniszusammenhängen zu geben, sind zentrifugale Effekte ausgegangen. Bündnispolitisch ist einiges Porzellan zerbrochen worden, das wieder gekittet werden muss. Es wird nötig sein, hier wieder vertrauensbildende Maßnahmen, evtl. im Sozialforumsprozess, zu entwickeln.

Anmerkungen

- 1 *The G8-Protest. Erste Bilanz der ALB. 27.06.2007. Antifaschistische Linke Berlin.*
- 2 *So die offizielle Analyse der Interventionistischen Linken: „Wenn der Staub sich legt – oder: Der richtige Zeitpunkt ist entscheidend. Die Interventionistische Linke zu einigen Aspekten der Anti-G8-Mobilisierung“.*
- 3 *Inzwischen distanzieren sich allerdings einige wieder davon, so die Interventionistische Linke, bei der es heißt: „Bitter für uns, dass auch einige von uns öffentlich (und andere in weniger öffentlichen Diskussionen) bruchlos in die Distanzierung einstimmen.“ „Wenn der Staub sich legt ...“, a. a. O.*
- 4 *Selbst Exponenten der Linksradikalen wurden wohlwollende Portraits gewidmet, so Christoph Kleine im Springerblatt „Welt am Sonntag“ und T. Seibert in der „Zeit“.*
- 5 *Gemeint war die Greenpeace-Aktion mit Schlauchbooten.*
- 6 *Das ist das Ergebnis von zwei unabhängig voneinander durchgeführten Zählungen. Die offizielle Zahl von 80 000 wurde von einer Person aus der Demoleitung ohne Absprache mit den anderen verkündet. Gegen ein wenig Übertreibung für die gute Sache ist ja nichts einzuwenden, aber für eine seriöse Analyse sollte man nicht auf die eigene Propaganda hereinfallen.*
- 7 *Die Zielmarke von 100 000, die bereits Monate vorher und bis zum Schluss als Ziel ausgegeben worden waren, erwies sich definitiv als illusionär. Aber – Glück im Unglück! – angesichts der publizistischen Durchschlagskraft der Krawalle trat dieser Aspekt weitgehend in den Hintergrund.*
- 8 *Brand, Ulrich. Der G8-Prozess als erfolgreiche politische Imagination. Zwischen Bilderproduktion, Rekonstruktion der Linken und radikaler Gesellschaftstransformation, links-netz Juni 2007.*
- 9 *Das Gegenteil eines verantwortungsvollen Umgangs damit war die Rede der Interventionistischen Linken auf der Demonstration, in der in einem Atemzug Benno Ohnesorg und RAF Terrorist Christian Klar zu Symbolen des 2. Juni ernannt wurden, oder auch deren Auswertung des G8 (Wenn der Staub ..., a. a. O.), die in saloppem Parlanto Brandstiftung an Bundeswehrfahrzeugen zur antimilitaristischen Aktion verklärt. Hier werkelt der Zauberlehrling mal wieder am Verschluss der Flasche.*
- 10 *Brand, a. a. O.*

Internationale Umschau

„Da werden SS-Leute auf einmal zu Freiheitskämpfern“

Nach Entsorgung des antifaschistischen Mahnmals plant Estland die Ehrung einer sogenannten Unabhängigkeitsbewegung. Ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der estnischen Jugendorganisation SIIN (deutsche Übersetzung: Hier Igor Iwanow; aus: „Junge Welt“, 24. November 2007. Das Gespräch führte Ruth Firmenich.

In Estland soll ein „Denkmal für die nationale Unabhängigkeitsbewegung“ errichtet werden. Drohen damit nach der Entsorgung des „Bronzesoldaten“, eines Denkmals zur Erinnerung an die Befreiung vom Faschismus, im April aus dem Zentrum der Hauptstadt Tallinn in einen Vorort, neue Auseinandersetzungen?

Sobald in Estland von der Unabhängigkeitsbewegung die Rede ist, führt das zu heftigen Debatten, da SS-Leute zu sogenannten Freiheitskämpfern werden und man ihre Gräueltaten ignoriert. In Estland werden aus Todesschwadronen Kämpfer für die Unabhängigkeit oder gegen den Bolschewismus. Das Mahnmal mit dem Bronzesoldaten wurde nach und nach entsorgt. Zuerst wurde das ewige Feuer am Denkmal „aus wirtschaftlichen Gründen“ gelöscht. Dann wurde der Sowjetstern entfernt und anschließend die Bronzeplatten mit Namensgravuren. Schließlich wurde das Monument umgewidmet und galt fortan „den Opfern des Zweiten Weltkriegs“. Als es trotzdem weiterhin Anziehungspunkt für Menschen war, die dort am 9. Mai das Kriegsende feierten, wurde beschlossen, es an einen abgelegenen Ort zu verlegen.

Das jetzt geplante Denkmal für die sogenannte Unabhängigkeitsbewegung besteht aus einer Säule mit einem Ordenskreuz, auf dem eine Landkarte zu sehen ist. Diese Karte umfasst einen Landstrich, der im Frieden von Tartu Estland zugesprochen wurde, heute jedoch zu Russland gehört. Dass dies nach der Verlegung des Bronzesoldaten zu neuen Auseinandersetzungen führen kann, ist klar. Außerdem erzeugt das Aussehen des Kreuzes bei vielen Assoziationen an die Panzer der deutschen Faschisten im Zweiten Weltkrieg, die ein ähnliches Emblem trugen.

Bei den Protesten gegen den Abbau des Bronzesoldaten im Frühling kam ein junger Mann ums Leben, Dutzende wurden verhaftet. Wie hat sich die Situation seitdem entwickelt?

Von den drei als angebliche Rädelsführer der April-Ereignisse Verhafteten wurden die letzten beiden erst am Freitag vergangener Woche vorläufig aus der Haft entlassen. Im Januar soll der Prozess gegen sie stattfinden. Auch weitere Mitglieder der Organisationen Night Watch und der demokratischen und antifaschistischen russischen Jugendbewegung Naschi wurden verfolgt. Meine Organisation, SIIN, ist vom Bildungsministerium inzwischen als antiestnisch gebrandmarkt worden. Das hat dazu geführt, dass uns die Fördermittel gestrichen wurden. Wie viele andere auch habe ich nach den April-Ereignissen unter einem Vorwand meinen Job verloren. Viele von uns stecken in großen finanziellen Nöten.



In Estland ist es wiederholt zu Ehrungen und Treffen ehemaliger SS-Angehöriger gekommen. Der Justizminister feierte seinen Geburtstag unter einer Hakenkreuzfahne, ohne dass das ein Nachspiel gehabt hätte. Gibt es eine antifaschistische Bewegung in Estland, und wenn ja, wie ist ihre Situation?

Es gibt eine antifaschistische Bewegung, aber sie wird massiv behindert. Als Antifaschisten aus Lettland im April zu uns kommen wollten, wurden sie an der Einreise gehindert. Wer nicht Este ist und unliebsame Positionen vertritt, wird als Radikaler und Extremist verschrien, auch wenn das nicht im geringsten der Wahrheit entspricht.

In Estland leben etwa 240 000 Russinnen und Russen. Mit welchen Problemen hat die russische Minderheit zu kämpfen?

In Estland leben 1,32 Millionen Menschen, davon sprechen etwa 33 Prozent die russische Sprache. Sie kommen aus Russland, der Ukraine, Weißrussland, Armenien, Aserbaidschan, Georgien etc. Seit 1994 wird die estnische Staatsbürgerschaft nicht mehr automatisch, sondern nur noch denen und ihren direkten Nachkommen verliehen, die vor 1940 in Estland lebten. Alle anderen wurden zu Nichtstaatsbürgern erklärt und erhielten Ausweise als Staatenlose. Um Este zu werden, muss man seitdem ein Antragsverfahren durchlaufen – mit Nachweisen estnischer Sprach- und Geschichtskennntnisse. Heute gibt es etwa 120 000 Menschen in Estland, die keine Staatsbürgerschaft besitzen, ich gehöre auch dazu. Wir können zum Beispiel nur an kommunalen Wahlen teilnehmen, nicht jedoch an nationalen Wahlen. Wir betrachten das als Diskriminierung und sind der Ansicht, dass alle Menschen, die zum Zeitpunkt der estnischen Unabhängigkeit in Estland lebten, die Staatsbürgerschaft erhalten müssen. Wie sollen wir sonst am gesellschaftlichen Leben teilnehmen?

Guatemala: Regierung der Hoffnung?

Von Roswitha Yildiz, BAG Friedens- und Internationale Politik, AK Lateinamerika

Am 14. Januar 2008 hat mit Álvaro Colom von der Unidad Nacional de la Esperanza (Nationale Einheit der Hoffnung – UNE) der erste Sozialdemokrat in der Geschichte Guatemalas die Amtsgeschäfte des Präsidenten übernommen. Erst im Jahr 2001 wird die UNE um die Person Colom herum gegründet. 2003 unterliegt dieser dem bisherigen Präsidenten Oscar Berger von der Gran Alianza Nacional (GAN), für die Präsidentschaftswahl am 3. September 2007 wird ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit dem Kandidaten der rechten Partido Patriota (PP), Ex-General Otto Pérez Molina, vorausgesagt.

Zentrales Thema dieses Wahlkampfes ist die alltägliche und die organisierte Gewalt. Pérez Molina verspricht, mit harter Hand aufzuräumen. Colom setzt Arbeitsplätze und Sozialprogramme dagegen. Der Wahlkampf ist amerikanisch bunt, die Programmatik der einzelnen Parteien spielt eine untergeordnete Rolle. Dabei haben das erste Mal in der Geschichte des Landes alle Parteien ein Programm vorgelegt,

wie es in einem Kommuniqué der EU-Mission heißt. Die oberste Wahlbehörde hat ca. 20 000 internationale und nationale Wahlbeobachter akkreditiert, die OAS ist seit Mai im Land, die EU seit August. Die Wahlen selbst verlaufen ruhig, nur in fünfzehn Gemeinden kommt es bei der Auszählung zu Unruhen. Alle Beteiligten sind bestrebt, acht Jahre nach Unterzeichnung der 1999 zwischen der Guerilla und dem Militär geschlossenen Friedensvereinbarungen Normalität zu demonstrieren, 36 Jahren Bürgerkrieg mit 200 000 Toten und Verschwundenen, zehn Millionen Flüchtlingen und Tausenden von Witwen und Waisen die Stirn zu bieten.

Diese Normalität wirkt unreal angesichts der Gewalt, die das Vorstellbare übersteigt. Fast täglich gibt es Morde an Mitgliedern unterschiedlicher Parteien, die nicht vom politischen Gegner, sondern von Mitgliedern des organisierten Verbrechens begangen werden, das quer durch alle Parteien geht. Für 300 Dollar erledigt jemand das schmutzige Geschäft, Aufklärungswille und -quote tendieren gegen Null. Busfahrer der am häufigsten genutzten Linien werden reihenweise erschossen. Um Unruhe zu schüren, heißt es, und so den Kandidaten, der für den boomenden Wirtschaftszweig Private Wachunternehmen steht, unentbehrlich erscheinen zu lassen.

Gegenseitige Vorwürfe der Korruption und Verstrickung in das organisierte Verbrechen sind bei den Kandidaten an der Tagesordnung. Álvaro Colom ist da außen vor, niemand wird es ernsthaft von ihm behaupten wollen. Er hat den Ruf, ein integrierter Mann zu sein, und das ist viel in einem Land, wo ein massivster Menschenrechtsverletzungen überführter Militär sich ohne Scham um das höchste Staatsamt bewirbt und selbst der ehemalige Diktator Efraín Ríos Montt, Schlächter aus der Zeit der „Verbrannten Erde“ für die Frente Republicano Guatemalteco (FRG) im Parlament vertreten sein wird. Colom kommt aus einer sozialdemokratischen Familie, sein Onkel, ehemaliger Bürgermeister von Guatemala-Stadt, wird in den siebziger Jahren von Rechten ermordet. Wir mussten damals an uns halten, uns nicht der Guerilla anzuschließen, wird er bei seiner Amtseinführung sagen.

1999 war Colom, der selber weder in der Guerilla noch linker Aktivist war, gemeinsamer Kandidat der aus den Guerrillagruppen hervorgegangenen Partei Alianza Nueva Nación (ANN). 2000 hat er das Bündnis verlassen, 2001 seine eigene Partei gegründet und viele aus dem linken Lager mitgenommen. Von der jahrelangen Wühlarbeit habe er profitiert, so heißt es mit einiger Bitternis bei seinen ehemaligen Unterstützern. 2003 wird er Zweiter hinter dem Kandidaten der GANA, 2007 schließlich gewinnt er mit 28,4 Prozent der abgegebenen Stimmen und wird am 4. Dezember 2007 im zweiten Wahlgang mit knapper Mehrheit bestätigt. Die UNE stellt mit 48 von 156 Abgeordneten die stärkste Fraktion im nationalen Parlament, die PP ist nur drittstärkste mit 30 Abgeordneten, auf die zweitplatzierte GANA entfallen 37 Sitze. Auf jeden Fall ist die UNE auf Koalitionen angewiesen, die ihrer eigenen Logik folgen werden. So kann beispielsweise nicht davon ausgegangen werden, dass sich Militär zu Militär gesellt. Pérez Molina hat sich gegen die Nominierung von Ríos Montt ausgesprochen, dieser wiederum verzeiht ihm nicht, dass er 1999 den Frieden zum Nachteil des Militärs ausgehandelt hat.

Von den 332 ebenfalls zu wählenden Bürgermeistern entfallen 131 auf die UNE. Sie hat ihre Basis auf dem Land, die verunsicherte Mittelklasse in der Stadt neigt eher zu Pérez



Molina. Groß ist der Zuspruch in den traditionellen Zuckerrohranbaugebieten, was neben der Arbeit, die die UNE bisher auf kommunaler Ebene geleistet hat, sicher auch der Unterstützung durch die Zuckerbarone zuzuschreiben ist. Diese erhoffen sich von der UNE die Realisierung hoher Gewinne für die Geschäfte mit dem boomenden Ethanol-Geschäft. Die Produktion von Biokraftstoffen, enthalten im Gesetz zur Entwicklung ländlicher Gebiete, stößt auf den Widerstand sozialer und indigener Organisationen.

Mais als Kraftstoff, unvorstellbar für ein Volk, das der Schriftsteller Miguel Angel Asturias als „Hombres de Maíz“, Maismenschen, verewigt hat. Ein leuchtend gelber aufspringender Maiskolben ist das Symbol der URNG-MAIZ, dem Bündnis, das die aus der Guerilla hervorgegangene Partei Guatemaltekeische Nationale Einheit (URNG) mit diversen sozialen Bewegungen eingegangen ist. Sie werden mit zwei Abgeordneten im Parlament vertreten sein und sieben Bürgermeister stellen. Anders als im Nachbarland El Salvador, wo die linke FMLN über die Hälfte der kommunalen Regierungen stellt und die Umfragen ihr einen Sieg für 2009 voraussagen, konnte sich die ehemalige Guerilla in Guatemala nicht politisch durchsetzen. Mit der Kandidatur von Colom 1999 erlangt sie immerhin den dritten Platz, danach bleibt es bei zwei Abgeordneten. Die ANN hat dieses Mal im Alleingang den Status als Partei verloren. Verliererin der Wahl ist auch die vor allem in Europa hoch gehandelte Indigene Rigoberta Menchú. Sie ist definitiv nicht die Kandidatin der Indigenen, zu sehr hat sie sich wohl in den letzten Jahren in ihrer prominenten Rolle als Friedensnobelpreisträgerin 1992 funktionalisieren lassen von den Herrschenden und nie klar Position bezogen.

Das Regierungsprogramm der UNE, ein über 200 Seiten starkes Dokument, wird gemeinhin als „Sozialdemokratie mit Maya-Anlitz“ kolportiert. Der neue Präsident bekennt sich offensiv zu den Grundwerten der Maya-Kultur. Solidarität, Wertschätzung aller Kulturen und Harmonie mit der Natur seien unverzichtbar für den Fortschritt der Menschheit, heißt es im Vorspann unter Bezugnahme auf das Weltbild der Maya, der größten indigenen Volksgruppe Guatemalas. Zur Amtseinführung ist der Consejo Nacional de Ancianos unter den Geladenen, der 23 indigene Völker vertritt, viele Abgeordnete erscheinen in Ihrer traditionellen Kleidung. In einer parallelen Amtseinführung bekommt Colom den Regierungstab der indigenen Völker überreicht und schwört, dass er den Armen, nicht den Unternehmern dienen und die soziale Ungleichheit bekämpfen wird.

Das Programm bezieht sich in seinen Wertvorstellungen weiterhin auf die Revolution vom 20. Oktober (1944), den Politischen Frühling Guatemalas, dessen Versuch der Bürgerlichen Revolution mit dem Rechtsputsch von 1954 scheiterte sowie auf die Werte der französischen Revolution. In seinem Diskurs zur Amtseinführung bezieht sich Colom auch ausdrücklich nicht auf die 36 Jahre Militärrherrschaft, sondern knüpft an diese Epoche an.

Solidarität, Nationale Produktivität, Regierungsfähigkeit und Regionalisierung sind die vier Zielvorstellungen des in sechs Jahren von 540 Fachleuten erarbeiteten Dokumentes, mit dem ein friedlicher Übergang zu einem Rechtsstaat mit Elementen partizipativer Demokratie eingeleitet werden soll. Markt so viel wie möglich, Staat soviel wie nötig, Rechtsstaatlichkeit, um das Klima zu schaffen, das ausländische Investitionen anzieht und die für den Umbau von Militär- und Poli-

zeiapparat benötigte ausländische Hilfe fließen lässt. Am Tag nach seiner Amtseinführung ruft Colom auf zu einem „Nationalen Dialog“ zwischen Unternehmern, Kooperativen, kleinen und mittleren Produzenten sowie dem informellen Sektor. Er wird zur Durchführung seiner Politik, die mit einem 100-Tage-Plan auf die Bekämpfung der Armut und der Korruption abzielt, die Unterstützung vieler benötigen. Der Staatshaushalt ist durch eine die Unternehmen begünstigende Steuerquote chronisch leer und ab Januar 2008 fallen zusätzliche Steuereinnahmen weg, die durch die Friedensvereinbarungen garantiert waren.

Kritiker von links bemängeln, dass die Grundprobleme des Landes nicht angesprochen werden: die Landreform, eine umfassende Steuerreform, die Exportorientierung mit den Produkten Kaffee, Zucker und Bananen, die Orientierung auf den Anbau von Biokraftstoffen, die Einbindung in die amerikanische Freihandelszone ALCA und das Freihandelsabkommen CAFTA, für das 2006 auch die parlamentarische Fraktion der UNE gestimmt hat. Colom erklärt am Tag seiner Wahl gegenüber TeleSur auf die entsprechende Frage, man sei zwar durch Verträge gebunden, werde aber alle einer Revision unterziehen.

Zur Amtseinführung sind sie alle vertreten: Chávez aus Venezuela, Lula aus Brasilien, Ortega aus Nicaragua, Correa aus Ecuador. Isoliert ist der Präsident des Nachbarlandes Mexiko Calderón, der sich im Meer linker Präsidenten an den Kolumbianer Uribe halten muss. Und auch die Abgeordneten und politischen Führer der URNG, die Colom im 2. Wahlgang nicht unterstützt haben und seine weitere Politik an ihren Positionen messen werden, sind mitgerissen von der Aufbruchstimmung, wird von Teilnehmern berichtet.

Die Demokratische Republik Kongo nach den Wahlen von 2006/2007

Von Lissy Quart, BAG Friedens- und Internationale Politik, AK Afrika

Die Demokratische Republik Kongo, das rohstoffreiche Land im Herzen Afrikas, ist aufgrund der jahrzehntelangen ruinösen Politik Mobutus und kriegerischer Auseinandersetzungen seit 1994 auf ein sozialökonomisches Entwicklungsniveau gefallen, das unter dem des Jahres 1960 liegt, dem Jahr der Erringung der politischen Unabhängigkeit. Was Armut und Unterentwicklung betrifft, rangiert sie heute an 167. Stelle von 177 Ländern der Erde. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung verringerte sich seit 1998 von 822 US-Dollar auf 705 Dollar im Jahr 2006¹.

Das Land braucht dringend Frieden, die Errichtung einer stabilen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung, die Wiederherstellung seiner Infrastruktur und eine Entwicklung auf ausnahmslos allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens².

Aus dem immensen Reichtum an Bodenschätzen, Wasserkraft, Hölzern etc. ist den Bürgern des Landes bis heute kein Nutzen erwachsen. Vor allem ausländische Konzerne beuten die Bodenschätze aus. Präsident Mobutu war ihnen seit seiner Machtergreifung 1965 ein willfähriger Gehilfe, wirtschaft-



tete ansonsten aber vor allem in seine eigene Tasche. Nach dem Zerfall des sozialistischen Lagers und der zunehmenden Schwäche des Mobutu-Regimes traten Anfang der 90er Jahre verschiedene Kräfte auf den Plan, die mit militärischen Mitteln einen Machtwechsel anstrebten. Diese Gruppierungen erhielten ausländische Unterstützung, sowohl von Konzernen als auch von westlichen Regierungen. Hinter dem ausländischen Engagement verbarg und verbirgt sich bis heute der Kampf um eine Neuaufteilung der Konzessionen, vor allem für die Gewinnung von Diamanten, Gold, Kupfer, seltenen Metallen mit strategischer Bedeutung für moderne Technologien wie Colombo-Tantalit, Casserit, Kobalt u. a.

Mobutu wurde 1996 gestürzt und verstarb später im Exil in Marokko. Sein Nachfolger im Präsidentenamt, Laurent-Désiré Kabila, hatte im Verlauf der bewaffneten Kämpfe gegen das Mobutu-Regime verschiedene bewaffnete Formationen vereinigt und ausländische Unterstützung, vor allem vom Nachbarstaat Ruanda und den USA, erhalten. Als er nach seiner Machtergreifung begann, eine auf die nationalen Interessen des Kongo ausgerichtete Politik zu praktizieren, wurde er wie Lumumba fast auf den Tag genau am 16. Januar 2001 ermordet.

Nur einen Tag später berief die von Laurent-Désiré Kabila geführte „Alliance des Forces Démocratiques pour la Libération du Congo“ dessen damals 25-jährigen Sohn Joseph ins Präsidentenamt. Joseph Kabila war im Exil, vornehmlich in Tansania, aufgewachsen. Er spricht das in Ostafrika weit verbreitete Swahili, nicht aber wichtige kongolesische Landessprachen wie z. B. Lingala und Kikongo. Auch Französisch als kongolesische Amtssprache war ihm zum damaligen Zeitpunkt nicht geläufig. Aber er war der Präsident, der nach seiner Machtübernahme die wirtschaftlichen Vorhaben seines Vaters stoppte und den Kongo der freien Marktwirtschaft öffnete. Seine ersten Auslandsreisen führten ihn nach den USA, Frankreich und Belgien. Am 14. April 2001 wurde in Kinshasa eine neue Regierung unter Joseph Kabila für den Übergang bis zu ordentlichen Wahlen vereidigt.

2006 fanden nun zum zweiten Mal in der Geschichte des Landes Wahlen mit dem Anspruch statt, frei, fair und demokratisch zu sein³.

Es bedurfte intensiver Verhandlungen und Bemühungen, um die Voraussetzungen für das Abhalten der jüngsten Wahlen in der DR Kongo zu schaffen. Vor allem die Afrikanische Union (AU) und afrikanische Staatschefs sowie Persönlichkeiten, wie z. B. Nelson Mandela, und die UNO drängten die zerstrittene Übergangsregierung, in der alle wichtigen Parteien des Landes vertreten waren, die Voraussetzungen für die Abhaltung der Wahlen zu schaffen. Dazu gehörten die Annahme einer neuen Verfassung sowie notwendige Gesetzesvorgaben (Wahlgesetz, Amnestiegesetz, Armeegesetz, Nationalitätengesetz u. a.).

Ursprünglich war dafür eine Frist bis zum 30. Juni 2005 vorgesehen.

Bei der praktischen Vorbereitung und Durchführung erhielt die Übergangsregierung von der UNO umfangreiche logistische und organisatorisch-technische Unterstützung. Die seit 1999 im Kongo eingesetzte UN-Friedensmission MONUC, der 17 500 Mann angehören, flog Einsätze, um z. B. Wahlunterlagen für die 28 Millionen Wähler in dem Land von der Größe Westeuropas (2 344 885 qkm) in 50 000 Wahlbüros zu bringen und so fehlende infrastrukturelle Voraussetzungen zu überbrücken.

Die internationale Gemeinschaft zahlte rund 400 Mio. Euro und finanzierte damit die Wahlen fast vollständig. Zudem waren zeitweilig rund 2 400 Soldaten der europäischen Eingreiftruppe EUFOR in der Hauptstadt Kinshasa im Einsatz. Das Kommando dieser Mission hatte die Bundeswehr. Der offizielle Auftrag der mit UN-Mandat versehenen Mission war die Unterstützung von MONUC während der Wahlperiode in Kinshasa, der Schutz des Flughafens der Hauptstadt und die im Notfall vorzunehmende Evakuierung von Wahlbeobachtern, UN-Personal und anderen Personen. Die Europäischen Linken hatten diesen Einsatz zu Recht abgelehnt. Faktisch hat EUFOR außer Straßenkontrollen keine nennenswerten Aktivitäten unternommen.

An den Wahltagen kam es weder in der Hauptstadt noch im Inneren des Landes zu größeren Zwischenfällen. Politische Kenner machten jedoch bereits im Vorfeld darauf aufmerksam, dass nicht die Wahltag, sondern die Zeit nach der Verkündung der Wahlergebnisse problematisch werden könnte.

Vor den Wahlen hatten sich drei große politisch-militärische Lager formiert: das des bisherigen Präsidenten Joseph Kabila, der eine „Alliance pour la Majorité Présidentielle“ hinter sich hatte, das von Jean-Pierre Bemba, dem Führer des Wahlbündnisses „Union pour la Nation“, und das von Azarias Ruberwa, einem Milizenführer, dessen Hauptkraft die Partei „RCD-Goma“ darstellte. Diese von Tutsi dominierte Partei „Rassemblement Congolais pour la Démocratie-Goma“, verhielt sich im Gebiet um Goma wie eine Regierung, erhob Steuern und Zölle. Alle drei hatten als Führer von Milizen deren schlagkräftigste Teile aus dem Entwaffnungs- und Demobilisierungsprozess herausgehalten, der den Wahlen vorausgehen sollte, und hielten sich eine militärische Option offen. Das wurde von der MONUC und den internationalen Wahlbeobachtern stillschweigend geduldet, obwohl es den Regularien des Übergangsprozesses widersprach.

Am 30. Juli 2006 fanden die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Das Lager von Joseph Kabila erreichte 44,8 Prozent der Stimmen, Bembas Partei 20 Prozent. Auf den dritten Platz kam überraschend mit 13,1 Prozent die von dem 81-jährigen Antoine Gizenga geführte „Parti Lumumbiste Unifié“ (PALU). Gizenga ist Kampfgefährte von Patrice Lumumba und genießt im Kongo hohes Ansehen. Ruberwas „RCD-Goma“ blieb unter 5 Prozent, was nicht zuletzt Ausdruck der Ablehnung der Kongolesen gegenüber den ruandastämmigen Mitbürgern ist.

Da im ersten Wahlgang kein Präsidentschaftskandidat die erforderliche absolute Mehrheit erreichte, wurde eine Stichwahl notwendig. Sie wurde auf den 29.10.2006 festgelegt und an die für diesen Tag geplanten Regionalwahlen gekoppelt. Sowohl die Kongolesen als auch die internationale Öffentlichkeit setzten hohe Erwartungen in die Ergebnisse der Wahlen. Vor allem hoffte man auf einen demokratischen Umgang der politischen Akteure miteinander. Diese Hoffnungen wurden schnell zerstört.

Das Demokratieverständnis der ehemaligen Milizenführer – das betrifft sowohl Kabila als auch Bemba – ist offensichtlich stark von afrikanischen Traditionen sowie von militärischem Denken geprägt. Da gibt es nur Sieg oder Niederlage und nur einen Chef, der letztendlich entscheidet.

Nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse des ersten Wahldurchgangs kam es am 20. August 2006 in Kinshasa zu Kämpfen zwischen den Milizen von Kabila und Bemba. Of-



fensichtlich hatten die Anhänger Kabilas dessen endgültigen Wahlsieg bereits im ersten Wahlgang erwartet und griffen nun die Residenz Bembas im Zentrum Kinshasas an, um den einzigen ernsthaften Kontrahenten zu beseitigen. Es sei unterstrichen, dass Kabila zu diesem Zeitpunkt in und um Kinshasa über 15 000 Kämpfer verfügte. Bembas Residenz wurde von 600 Kämpfern seiner Miliz gesichert.

Zum Zeitpunkt der militärischen Attacke von Kabilas Anhängern hatte Bemba fast alle Leiter der diplomatischen Vertretungen in Kinshasa bei sich zu Gast. Die Situation drohte, internationales Ausmaß anzunehmen. Die Führung der MONUC griff ein und drängte Kabila, die Kämpfe umgehend zu beenden. Die zu diesem Zeitpunkt in Kinshasa anwesenden Truppen der EUFOR griffen nicht ein. Die Diplomaten konnten Bembas Residenz unbehelligt verlassen. Es dauerte noch bis zum 24. August, ehe die Lage in der Stadt sich wieder beruhigte. Im Ergebnis der Auseinandersetzungen waren 300 Opfer, darunter viele Zivilisten, zu beklagen. Mehrere Gebäude im Zentrum der Stadt wurden völlig zerstört. Einige Botschaften und ein UNO-Büro trugen beträchtliche Schäden davon.

Nach dem zweiten Wahlgang Ende Oktober wurde Joseph Kabila mit 58 Prozent der Stimmen zum Sieger erklärt. Jean-Pierre Bemba konnte seinen Stimmenanteil mehr als verdoppeln und erreichte 42 Prozent. Sein anschließender Versuch, gerichtlich gegen das Wahlergebnis mit der Begründung vorzugehen, die Unparteilichkeit der „Unabhängigen Wahlkommission“ sei nicht gegeben gewesen, blieb erfolglos.

Daraufhin kam es am 11. November 2006 in Kinshasa erneut zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen den Milizen Kabilas und Bembas. Auf Intervention des US-amerikanischen Chefs der MONUC wurde die Miliz Bembas aus der Hauptstadt abgezogen. Am 28. November 2006 erklärte Bemba, dass er im Interesse der Erhaltung des Friedens die Ergebnisse der Wahlen akzeptiere und als Oppositionsführer politisch tätig sein werde.

Anfang Februar 2007 brachen nach den Gouverneurswahlen wieder schwere Unruhen aus, diesmal nicht nur in Kinshasa, sondern auch in der südwestlichen Provinz Bas-Congo. In beiden Gebieten hatte das Oppositionsbündnis von Bemba in den lokalen Parlamenten die Mehrheit errungen. Bei den Gouverneurswahlen aber siegten überraschend laut amtlichem Ergebnis Vertreter des Kabila-Bündnisses. Ein von den Oppositionskräften ausgerufenen Generalstreik gegen die offensichtliche Wahlfälschung wurde von Polizei und Regierungarmee mit massiver Gewalt beendet. Allein in Bas-Congo starben 134 Menschen, als die Regierungstruppen wahllos in die friedlich demonstrierende Menge schossen.

Dass die Wahlen eine Reihe von Unregelmäßigkeiten offenbarten, zeigte sich auch bei der Regierungsbildung. Ein gewisser André Kasongo Ilunga wurde zum Außenhandelsminister berufen. Die offiziell bei den Wahlen zugelassene Partei, deren Führer er sein sollte, stellte sich als frei erfunden heraus. Sie hatte aber bei den Wahlen so viele Stimmen erhalten, dass ihr Repräsentant Minister werden konnte. Solche Ungereimtheiten kehrte man rasch unter den Tisch, wenn sie überhaupt bekannt wurden.

Im Februar 2007 ordnete die neue Regierung an, die Miliz von Bemba zu entwaffnen, weil sie sich ihrer Integration in die staatliche Armee widersetze. Bei der Entwaffnung kam es erneut zu militärischen Auseinandersetzungen. Um sein Leben zu retten, flüchtete Bemba in die südafrikanische Bot-

schaft. In den Wochen danach wurden mehr als 200 Anhänger Bembas ohne jedwede juristische Grundlage verhaftet. Die Sicherheitskräfte bedrohten Oppositionspolitiker und deren Mitarbeiter, plünderten das Hauptquartier von Bembas Partei sowie deren Radio- und Fernsehstationen.⁴

Am 23. März 2007 erließ die Regierung Haftbefehl gegen Bemba wegen Hochverrats. Auf Druck ausländischer Kräfte gestattete man jedoch seine Ausreise am 11.4.2007 nach Portugal, angeblich zur medizinischen Behandlung. Inzwischen wurde bekannt, dass Bemba sein Senatorenamt vorläufig nicht ausüben wird, weil das Ende seines Aufenthalts in Portugal nicht absehbar sei. Damit fehlt der Opposition im Landesparlament die entscheidende Führungspersönlichkeit.

Das neue, 500 Sitze umfassende kongolesische Parlament dominieren nun zwei Bündnisse: Das der Regierung, geführt von Joseph Kabila, verfügt über 300 Mandate. Ihm gehören neben der „Alliance pour la Majorité Présidentielle“ die „Parti Lumumbiste Unifié“ von Antoine Gizenga und die „Union des Démocrates Mobutistes“ an, die von einem Sohn Mobutus geführt wird. Nzanga Mobutu hatte Kabila bei den Stichwahlen unterstützt und bekleidet heute ein Ministeramt. Antoine Gizenga erhielt für seine Unterstützung des Kabila-Bündnisses bei den Stichwahlen zur Präsidentschaft den Posten des Premierministers. Aufgrund seines Alters vermag er jedoch kaum in die Regierungsgeschäfte einzugreifen.

Gizenga stellte am 5. Februar 2007 sein Kabinett vor. Diesem gehören 42 Minister und 20 Vizeminister an. Insgesamt sind neun Frauen darunter. Zahlreiche Politiker der Parteienkoalition Kabilas wurden mit Ministerposten belohnt. Ein wichtiger Vertrauter Kabilas, General Denis Kalume Numbi, wurde Minister für Inneres, Sicherheit und Dezentralisierung. Ihm wird in UNO-Dokumenten die Mitwirkung bei der illegalen Plünderung kongolesischer Bodenschätze vorgeworfen⁵. Außenminister wurde der frühere Rebellenführer Antipas Mbusa Nyamwisi.

Die Opposition verfügt über 116 Sitze. Ihr gehören die Parteien des Wahlbündnisses von Bemba sowie weitere kleinere Parteien an.

Der Anteil der Frauen am kongolesischen Parlament ist äußerst gering. 42 von 500 Abgeordneten der Nationalversammlung sind Frauen, 5 von 108 Senatoren, nur 43 von den insgesamt 690 Abgeordneten der Regionalversammlungen. Eine einzige Frau wurde Vize-Gouverneurin. Die Gouverneure der 11 Provinzen sind sämtlich Männer.

Einen für die Zukunft der DR Kongo folgenschweren Fehler beging die größte und populärste zivile Oppositionspartei UDPS (Union pour la Démocratie et le Progrès Social). Ihr Führer ist Etienne Tshisekedi. Die Partei entschied sich für einen Boykott der Wahlen. Diese von der Zivilgesellschaft getragene Partei hatte nach Einschätzung vieler Experten die Chance, zweitstärkste Partei nach der PPRD (Parti du Peuple pour la Reconstruction et la Démocratie), die Kabila unterstützt, im Parlament zu werden. Das Fehlen einer starken zivilen Opposition in den Parlamenten und in der Exekutive, die zudem über langjährige Erfahrungen verfügt, erweist sich als außerordentlicher Mangel für die Gestaltung der Politik, insbesondere auch in den Provinzen und Kommunen.

Bei den Regionalwahlen erzielte das Kabila unterstützende Wahlbündnis in sieben von elf Parlamenten die Mehrheit. In zwei Parlamenten setzten sich unabhängige Bewerber durch, in der Provinz Equateur im Norden des Landes ein



Bemba nahe stehender Politiker. Dementsprechend gestalten nun von Militärs gegründete Parteien maßgeblich die Politik in der DR Kongo.

Am 24. Februar 2007 verabschiedete das Parlament ein Regierungsprogramm für die Jahre 2007 bis 2011, das die Reduzierung der Armut und Rückständigkeit des Landes zum Hauptziel erklärt. Für die Realisierung des Programms wurde ein Budget von 14 Milliarden Dollar veranschlagt, wobei die kongolesische Regierung davon ausging, dass die Hälfte von ausländischen Gebern kommen werde.

Das Parlament diskutierte im Jahr 2007 Gesetzentwürfe über den Status der Opposition sowie die Finanzierung der politischen Parteien und stimmte für die Ratifizierung des „Paktes über Sicherheit, Stabilität und Entwicklung in der Region der Großen Seen“. Die Verhandlungen mit den Nachbarstaaten in diesem Gebiet sind ein unerlässlicher Faktor für die Herstellung des Friedens im Kongo.

Nach dem Ende der Auseinandersetzungen in Kinshasa und Bas-Congo im März 2007 stabilisierte sich die Lage in allen Provinzen weitgehend. Eine Ausnahme sind die im Osten gelegenen Provinzen Nord Kivu und Süd Kivu.

Seit Mitte 2007 haben die militärischen Auseinandersetzungen dort wieder solche Ausmaße angenommen, dass die Entwicklung im ganzen Land davon beeinträchtigt wird. Militärische Formationen wie die Milizen der Mai-Mai (ehemalige Kämpfer der Regierungstruppen), die Hutu-Milizen (FDLR-Demokratische Kräfte für die Befreiung Ruandas), die 1994 aus Ruanda vor den Tutsi nach dem Kongo flüchteten, bewaffnete Gruppen der Banyamulenge, einer ebenfalls aus Ruanda stammenden Bevölkerungsgruppe von Viehzüchtern, die seit einigen Jahrzehnten im Kongo leben, neu entstandene Rebellengruppen wie die „Rasta“⁶ und insbesondere die gut ausgerüsteten und trainierten Truppen von General Laurent Nkundabatware, einem Tutsi, der eng mit ruandischen Behörden kooperiert, beherrschen weitgehend diese beiden Provinzen, beuten deren Rohstoffe und die Bevölkerung auf unerträgliche Weise aus.

General Nkundabatware begründet das Agieren seiner Truppen im Osten Kongos mit der Notwendigkeit, die Hutu-Milizen (FDLR) weiter zu bekämpfen, da deren Zielstellung der Sturz des gegenwärtigen Regimes in Ruanda sei, das von Tutsi dominiert wird. Es liegt auf der Hand, hinter der Existenz der Truppen Nkundabatwares im Osten Kongos ruandische Interessen zu vermuten. Dieser hat sich bislang geweigert, seine Truppen in die kongolesische Armee zu integrieren. Seit Monaten spielt er mit der Regierung, der im Aufbau begriffenen kongolesischen Armee und der MONUC Katz' und Maus⁷. Insbesondere die Kämpfe zwischen der kongolesischen Armee und den Truppen Nkundabatwares haben im zweiten Halbjahr 2007 zu neuen Flüchtlingswellen im Osten des Landes geführt. Allein im August 2007 flohen 150 000 Menschen aus den Kampfgebieten.

Die Grausamkeiten, welche der Krieg im Kongo gebiert, sind kaum vorstellbar. Vergewaltigung von Frauen, Minderjährigen und sogar Kindern ist Alltag in den umkämpften Gebieten und wird von den lokalen Behörden selten als Delikt betrachtet, geschweige denn verfolgt. Kinder werden nach wie vor zwangsrekrutiert. Manchmal erfolgen gezielte Überfälle auf Schulen, um neue Kindersoldaten zu gewinnen. Viele Dorfbewohner verbringen die Nächte im Wald oder auf den Feldern, weil die Überfälle zumeist nachts erfolgen. Die Ernte der Bauern wird von den bewaffneten Banden gestoh-

len oder räuberisch erpresst. Selbst Soldaten der Regierungstruppen ziehen marodierend durch das Land, weil ihr Sold häufig in den Taschen korrupter Offiziere verschwindet.

Eine besondere Situation ist in der Wirtschaft der östlichen Provinzen entstanden. Der Bergbau ist der Bereich, welcher dem Staat die ergiebigsten Einkünfte sichern könnte. Die belgische Kolonialadministration bestritt mit den Einkünften aus der extraktiven Industrie 80 Prozent ihres Budgets. Heute beträgt dieser Anteil am kongolesischen Staatshaushalt ganze 8 Prozent. Hauptursache dafür sind vor allem Korruption und Missmanagement. Die größte Menge der Mineralien wird illegal aus dem Land gebracht; der Staat erhält kaum Steuern oder andere Abgaben.

Die großen staatlichen Unternehmen zeigen sich nicht in der Lage, in den Gebieten, wo sie Konzessionen besitzen, entsprechend zu produzieren. Gleichzeitig wollen oder können sie diese auch nicht vor fremdem Raubbau schützen. Im noch immer umkämpften Osten der DR Kongo sind dies GECAMINES (Générale des carrières et des mines), OKIMO (Office des mines d'or de Kilo-Moto) und MIBA (Minière de Bakwanga). Weite Flächen ihrer Gebiete werden von Einzelpersonen mit einfachsten Gerätschaften („Hand-pickers“) und Goldsuchern umgegraben. Deren Produktion ist ineffizient und durch die militärischen Auseinandersetzungen in der Region ständig gefährdet. Früher hatten viele dieser Menschen einen festen Arbeitsplatz in den großen Bergbau-gesellschaften und ein geregeltes Einkommen. Heute sichern die Einkünfte aus der Arbeit häufig nicht einmal das Existenzminimum der Arbeiter und ihrer Familien.

Diese Produzenten sind gezwungen, ihre Produkte an skrupellose Händler zu verkaufen, die Klein- und Kleinstmengen abnehmen und dafür niedrigste Preise zahlen. Die Händler wiederum umgehen staatliche Büros, entrichten keine Gebühren oder Steuern und schmuggeln die Ware in die Nachbarstaaten, wo sie international vermarktet wird. Der Bericht des UN-Generalsekretärs vom 8. Februar 2007 unterstreicht, dass diese Händler und Schmuggler häufig mit kongolesischen Persönlichkeiten zusammenarbeiten und von ihnen geschützt werden⁸.

In den beiden Kivu Provinzen beherrschen mittlerweile die größten militärischen Rebellengruppen bedeutende Teile der Wirtschaft und finanzieren auf diese Weise auch ihre Kriegskosten. Laurent Nkundabatware hat in den von ihm beherrschten Gebieten in Nord Kivu sogar parallele zivile Verwaltungsorgane und Polizeieinheiten aufgebaut. Viele in diesem Raum lebende Bürger, die aus Ruanda nach dem Kongo eingewandert oder geflüchtet sind, betrachten mittlerweile die östlichen Provinzen des Kongo als ihr Land und sind gewillt, dieses gegen die lokale kongolesische Bevölkerung zu sichern, auch mit militärischen Mitteln.⁹

Dabei sieht das im November 2004 verabschiedete Nationalitätengesetz vor, dass alle Bewohner der DR Kongo, deren Ethnie bereits 1960 auf dem Staatsgebiet beheimatet war, Staatsbürger der DR Kongo sind und Wahlrecht haben.

In Nord Kivu werden die ertragreichen Casserit-Vorkommen von Gruppen und Personen beherrscht, die als Vertreter Ruandas vor Ort agieren oder mit Ruanda wirtschaftlich verbunden sind. Dazu gehören auch Firmen, die bereits während der direkten Beteiligung ruandischer Truppen am Krieg im Kongo in dessen Militärhandel eingebunden waren. UN-Dokumente nennen z. B. die südafrikanische Gesellschaft „Mining Processing Congo“ und die „Groupe Minier Bangan-



dula“, eine rwandische Gesellschaft, die mit der RCD-Goma verbunden ist¹⁰. Deren eigene Sicherheitskräfte bewachen die Minen und erpressen Gelder von der lokalen Bevölkerung, die in den Minen arbeiten muss. 70 bis 75 Prozent des im Kongo gewonnenen Casserits werden heute über die Grenze nach Ruanda geschmuggelt.

In Süd Kivu beuten die „Demokratischen Kräfte für die Befreiung Ruandas“ (FDLR) der Hutu in etwa zehn Minen bedeutende Vorkommen von Casserit, Gold u. a. aus. Schätzungsweise 500 kg Gold im Wert von 8 Millionen Dollar werden monatlich in Süd Kivu produziert. Nur 10 Prozent davon werden legal exportiert; der Rest wird nach Burundi geschmuggelt. Der Schmuggel von Casserit aus Süd Kivu ist schwieriger. Deshalb gehen die Exporte zumeist über staatliche Kontore. Die staatlichen Angestellten jedoch fertigen zugunsten eigener Einkommen Rechnungen aus, welche nur einen kleinen Teil der betreffenden Summe ausmachen. Damit gehen dem Staat beträchtliche Einnahmen verloren.¹¹

Alle Versuche der neuen Regierung, das Wirken und den Einfluss der Truppen Nkundabatwares sowie der anderen Rebellorganisationen im Osten des Landes zurückzudrängen, um die Regierungshoheit im gesamten Land zu sichern, sind im vergangenen Jahr gescheitert.¹² Vielmehr fügten die Truppen von Nkundabatware der kongolesischen Armee im Dezember 2007 eine schwere Niederlage zu, obwohl die Regierungstruppen umfangreiche Unterstützung (Waffenlieferungen, Transporte) von der MONUC erhielten.

Wohl unter diesem Eindruck kam es zur kurzfristigen Einberufung einer Konferenz über Frieden im Osten Kongos, die am 6. Januar 2008 in Goma begann. An ihr nahmen über 1000 Personen teil: Vertreter von Regierung und Provinzverwaltungen, der Zivilgesellschaft, darunter ein „Rat der Weisen“, der die Oberhäupter der Stämme und Volksgruppen der beiden Kivu-Provinzen repräsentierte, Vertreter der politisch-militärischen Gruppierungen (aber nicht aller) sowie der internationalen Öffentlichkeit. Die MONUC war durch ihren neuen Chef, den Engländer Alan Doss, vertreten. Die Europäische Union und einige ihrer Mitgliedstaaten, die Afrikanische Union sowie afrikanische Länder waren anwesend. Ruanda hatte keinen offiziellen Vertreter entsandt.

Letzteres führte offenbar zu zahlreichen Diskussionen auf der Konferenz, weil allen Teilnehmern klar war, dass ohne die Unterstützung durch die Regierung Ruandas ein Friedensprozess im Osten Kongos schwer vorstellbar ist. Der kongolesische Außenminister Nyamwisi sagte dazu als Moderator der Konferenz: „Ruanda ist nicht Kongos Problem. Wir sind in Goma, um den Frieden zwischen den Söhnen und Töchtern der DR Kongo zu verhandeln“.¹³

Präsident Joseph Kabila weilte ab 15. Januar am Konferenzort. Er hatte in seiner Neujahrsansprache, die im Fernsehen ausgestrahlt wurde, zum Frieden aufgerufen, damit endlich die großen Aufgaben des Wiederaufbaus in Angriff genommen werden können.

Es hat lange gedauert, ehe sich bei den Führungskräften der DR Kongo die Überzeugung durchgesetzt hat, dass die entstandenen Konflikte nur mit politischen Mitteln zu lösen sind. In den letzten beiden Jahren war das Haushaltsdefizit trotz immenser Summen von internationalen Gebern nicht zuletzt aufgrund der militärischen Ausgaben weiter angewachsen. Die Lage im Land, auch in der Hauptstadt Kinshasa, verschlechterte sich. Kinshasa war Anfang Dezember 2007 mehr als acht Tage ohne Strom. Selbst in der Haupt-

stadt ist der Zustand der Straßen teilweise so schlecht, dass sie für Fahrzeuge kaum noch passierbar sind.

Die an der Ausbeutung der Rohstoffe im Osten des Landes interessierten internationalen Konzerne kamen angesichts der Sicherheitslage in ihren Bemühungen um den Zugang zu den Rohstoffen im Osten Kongos nicht weiter. Die neue Regierung hatte im März 2007 alle laufenden Verhandlungen über die Vergabe weiterer Minenkonzessionen suspendiert und am 11. Juni 2007 die Prüfung der in den letzten zehn Jahren abgeschlossenen Verträge im Bergbausektor beschlossen. Diese Überprüfung wird zweifelsohne zur Annullierung vieler Konzessionen zum Nachteil mancher heutiger kongolesischer Politiker führen. Ausländische Investorengruppen drängen auf die Bildung neuer Joint Ventures in allen Wirtschaftsbereichen. Die Weltbank signalisierte Bereitschaft, den wirtschaftlichen und administrativen Wiederaufbau in der DR Kongo mitzufinanzieren¹⁴.

Besuche hochrangiger Regierungs- und Wirtschaftsvertreter aller großen Industrienationen, darunter auch Chinas, sind in der DR Kongo an der Tagesordnung. Diese Länder wie auch internationale Konzerne sind bereit, beträchtliche Mittel einzusetzen, um Konzessionen und Aufträge in der DR Kongo zu erhalten.

Die Friedenskonferenz in Goma wurde am 23. Januar 2008 beendet. Zwei Dokumente wurden verabschiedet. Das erste betrifft die bewaffneten Gruppen in der Provinz Nord Kivu; das zweite die bewaffneten Gruppen in der Provinz Süd Kivu. Die Unterzeichner verpflichteten sich zu folgenden Schritten:

1. Vollständiger und sofortiger Waffenstillstand;
2. Demobilisierung der bewaffneten Gruppen in den beiden Provinzen, Schaffung von demilitarisierten Zonen für die Regierungstruppen, Integration der Kämpfer der Rebellengruppen in die Streitkräfte der DR Kongo und damit Verwirklichung des Nationalen Programms zur Entwaffnung, Demobilisierung und Eingliederung der Kämpfer in die nationalen Streitkräfte;
3. Respektierung der humanitären Prinzipien und Menschenrechte;
4. Schaffung von politischen und juristischen Garantien für diesen Prozess. Die Regierung der DR Kongo soll dem Parlament den Entwurf eines Amnestiegesetzes für Kriegshandlungen vorlegen.

Am 24. Januar wurden Komitees zur Überwachung der Realisierung der Beschlüsse in den beiden Provinzen gebildet. Die Dokumente sind bislang nicht veröffentlicht.

Laurent Nkundabatware war nicht auf der Konferenz anwesend. Für seine politisch-militärische Gruppierung unterschrieb am 23. Januar 2008 ein Vertreter im Beisein von Präsident Joseph Kabila. Es ist nicht bekannt, welche Gruppen die Dokumente unterzeichneten, ob und wie viele der Rebellengruppen sich nicht an die genannten Ziele gebunden fühlen. Gegen Nkundabatware laufen gegenwärtig Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag. Es könnte aber sein, dass diese mit dem im Kongo vorgesehenen Amnestiegesetz hinfällig werden.

Auch während der Goma-Konferenz gingen die militärischen Auseinandersetzungen in Nord- und Süd-Kivu weiter, in welche Einheiten von Nkundabatware, den Mai-Mai-Milizen, verschiedenen Flügeln der Hutu-Milizen und andere verwickelt waren. Ohne eine Einbindung der Länder der Gemeinschaft der Großen Seen, insbesondere Ruandas, wird es letzten Endes keine dauerhafte Friedenslösung im Osten



Kongos geben. Aber Goma könnte ein Anfang sein, wenn neben den nationalen Bemühungen auch der internationale Druck auf alle Beteiligten an diesem Konflikt in Richtung auf einen dauerhaften Frieden im Osten der DR Kongo verstärkt wird.

Anmerkungen:

- 1 *United Nations Development Programme, Human Development Report, 2000 and 2006.*
- 2 *Siehe dazu Quart, Lissy: Krise und Krieg in Zentralafrika. Zur Entwicklung in der DR Kongo. In: Die Linke.PDS. International, Ausgabe 1/2006, S. 108 – 113.*
- 3 *Die ersten Wahlen im Kongo hatten die belgische Kolonialherrschaft beendet und dem Land 1960 die politische Unabhängigkeit gebracht. Patrice Lumumba, heute Symbol des afrikanischen Befreiungskampfes, wurde Premier der neuen Republik. Nur sechs Monate später wurde er auf Betreiben belgischer und amerikanischer Wirtschafts- sowie Geheimdienstkreise ermordet.*
- 4 *Siehe Twenty-third report of the Secretary-General on the United Nations Organization Mission in The Democratic Republic of Congo, 20 March 2007.*
- 5 *Siehe Twenty-fourth report of the Secretary-General on the United Nations Organization Mission in the Democratic Republik of Congo, 14 November 2007.*
- 6 *Das sind junge Leute, die im Schutz des Urwalds in den geschützten Nationalparks von Ninja und Mugaba kampieren und ihren Lebensunterhalt durch bewaffnete Überfälle auf Dörfer in der Region sichern. Sie tragen ihre Haare als Rasta-Locken; daher die Bezeichnung .*
- 7 *Siehe Report of the Secretary-General pursuant to paragraph 8 of resolution 1698 (2006) concerning the Democratic Republic of Congo, 8 February 2007, S. 3.*
- 8 *Siehe ebenda, S. 7.*
- 9 *Siehe ebenda, S. 6.*
- 10 *Siehe ebenda.*
- 11 *Siehe ebenda.*
- 12 *Im Januar 2007 gab es Friedensverhandlungen zwischen Nkundabatware und der Regierung der DR Kongo, vermittelt von Ruanda. Das Ergebnis war faktisch ein Abkommen zur Machtsicherung Nkundabatwares. Er verpflichtete sich, die Streitkräfte der DR Kongo nicht mehr anzugreifen. Stadt und Region Goma (an der Grenze zu Rwanda) blieben unter seiner Kontrolle. Teile seiner Truppen sollten in die kongolesischen Streitkräfte integriert werden. Er behielt das Kommando über die ihm verbleibenden Truppen mit der Aufgabe, die Hutu-Milizen zu vernichten. Letztere sollten aber gemäß früheren Abkommen längst in ihre Heimat zurück gekehrt sein.*
- 13 *Digitalcongo.net. Pressespiegel aus Kinshasa über den Verlauf der Goma-Konferenz am 18.1.2008.*
- 14 *Siehe Der Fischer Weltalmanach 2008, Frankfurt a. M., 2007, S. 287.*

Analyse

Die britische Linke

Von Peter Ullrich, Kulturwissenschaftler und Soziologe an der Universität Leipzig

Auszug aus der Dissertation „Die Linke, Israel und Palästina. Diskursive Gelegenheitsstrukturen und die linken Nahostdiskurse in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland“, die sich auf zahlreiche Interviews mit AktivistInnen der britischen Linken, auf eine breite Auswertung von Dokumenten und einschlägiger Literatur stützt. Auf Quellangaben wurde bei diesem Nachdruck aus Platzgründen verzichtet. Bei Bedarf können sie beim Verfasser erfragt werden (ullrich@uni-leipzig.de).

Wer ist die britische Linke?

Konfliktlinien, Lager und Organisationen

Mit dem Begriff „die Linke“ lassen sich in Großbritannien politische Parteien, Gruppierungen und Bewegungen zusammenfassen, die sich auf einem impliziten Links-Rechts-Kontinuum links von der Labour Party befinden. Eingeschlossen in die Linke wird jedoch meist deren „linker Rand“, die Labour-Linke, die sich derzeit insbesondere um die *Socialist Campaign Group* konzentriert. Dieses Verständnis der Grenzziehung nach rechts wird entweder explizit geäußert oder ergibt sich implizit als die Summe der genannten Lager oder Strömungen. Großbritannien unterscheidet von vielen kontinentaleuropäischen Ländern, dass es nie eine starke kommunistische, sozialistische oder anarchistische Partei mit Massenbasis gab.¹ Somit war die Labour Party mit ihrer tiefen gewerkschaftlichen Verankerung immer auch Handlungsfeld und Bezugspunkt für sonst zu Bedeutungslosigkeit verdampte andere Linke.

Zur Linken gezählt wurden v. a. die sozialistischen (marxistischen, kommunistischen, leninistischen, trotzkistischen) Gruppen, Parteien und Personen; ferner die libertäre, anarchistische Linke und eine Reihe von Bewegungen, Kampagnen und Themen. Gibt es aber neben den einzelnen Lagern auch grundlegendere Begrifflichkeiten, mit denen sich „die Linke“ beschreiben lässt? Für die Darstellung kann auf die grundsätzlichen Beschreibungsdimensionen, die auch für die deutsche Linke gelten, zurückgegriffen werden. Daran müssen jedoch einige Modifikationen vorgenommen werden.

Ganz klar stellt ein antagonistisches Verhältnis den zentralen Konflikt in der britischen Linken dar. Es ist dies der Materialismus-Postmaterialismus-Konflikt, welcher sich in Großbritannien weitaus deutlicher gestaltet und eine kaum durchdringbare Grenze schafft, die weit einschneidender wirkt als ihr bundesdeutsches Pendant. Auf der einen Seite stehen die klassischen sozialistischen und hierarchisch strukturierten Organisation, die strategisch auf Massenmobilisierung fokussieren (weiter: sozialistische Linke). Auf der anderen stehen die vielfältigen, nicht hierarchischen radikalen Linken und Neuen Sozialen Bewegungen, die über *direct action* als bevorzugte Handlungsoption verfügen (weiter: libertäre Linke). Die Stärke dieses Antagonismus und Über-



einstimmungen hinsichtlich des Aktionsrepertoires führt dazu, dass die Grenze zwischen reformorientierten und radikalen Linken deutlich weniger scharf ist. Trotzdem gibt es sie. Innerhalb des sozialistischen Feldes hängt diese zweite (Radikalitäts-)Linie vor allem mit der Frage des Verhältnisses zur Labour Party zusammen, und trennt diejenigen, die um die und mit der Labour Party für den Sozialismus/Kommunismus etc. kämpfen wollen, von denen, die dies außerhalb Labours tun. Die libertäre Abgrenzung von der anderen Gruppe erfolgt aufgrund ihrer Frustration durch Methoden und Arbeitsweisen der organisierten SozialistInnen bei gleichzeitiger Anerkennung inhaltlicher Gemeinsamkeiten, z. B. in der Regel übereinstimmend positiver prinzipieller Wertung des Konzeptes Sozialismus.

Die untenstehende Tabelle fasst die verschiedenen gegensätzlichen Begriffe zusammen, wie sie, meist gut entlang dieser Konfliktlinie anzuordnen, in den Interviews beschrieben wurden und die sich als Ebenen oder Dimensionen der Konfliktlinie verstehen lassen.

Die letzte Unterscheidung in obenstehender Tabelle ist die historisch jüngste; sie wurde während der Vorbereitung des Europäischen Sozialforums prominent, das im Oktober 2004 in London stattfand.

Die Begriffe vertikal/horizontal sollen die unterschiedliche Organisationsstruktur beschreiben – auf der einen Seite klare Hierarchien, Ämter, Weisungen, oft das bekannte leninistische Parteiorganisationsprinzip mit dem euphemistischen Namen „demokratischer Zentralismus“ und auf der anderen Seite flache Hierarchien (mit angestrebter Hierarchielosigkeit), Basisdemokratie oder Konsensorientierung mit dem Hauptzielen Unabhängigkeit und – sehr abstrakt verstandene – Freiheit. Auf dieser Grundlage werden hierarchische Organisationsformen abgelehnt als ein Mittel, dass sich nicht eigne, um Herrschaft von Menschen über Menschen zu überwinden.

Zwischen den beiden großen Lagern der Linken besteht eine Beziehung, die von Nichtbeachtung über Vorsicht und Argwohn bis hin zu Feindseligkeit reicht.

Die aus libertärer Sicht negativen Aspekte an den als zu hierarchisch empfundenen sozialistischen Parteien kristallisieren sich häufig am Feindbild *Socialist Workers Party (SWP)*, die die ganze antiautoritäre Wut auf sich zieht. Die trotzkistische SWP ist somit nicht nur größte, aktivistischste, kurz wichtigste Partei der Linken außerhalb Labours, sondern er-

weist sich auch in der Abgrenzung als wichtigster Bezugspunkt.

Wie auch im deutschen Fall korreliert diese Materialismus-Postmaterialismus-Konfliktlinie auch mit der sozialen Frage. Tendenziell stehen die libertären Gruppen mit ihrer Werteorientierung der sozialen Frage deutlich ferner als die SozialistInnen. Doch, wie weiter unter ausgeführt wird, orientiert sich auch ein großer Teil der AnarchistInnen an Klassenpolitik, somit sind Organisations- und Aktionsform ihre entscheidenden Elemente.

Die Deutlichkeit der Lagerabgrenzung zeigt sich auch im Fehlen von Akteuren, die dauerhaft zwischen den beiden Seiten angesiedelt oder auf beiden Seiten verwurzelt sind. Intermediäre Netzwerke, wie sie in der Bundesrepublik v.a. durch Attac repräsentiert werden, fehlen weitgehend. Nur die *Campaign for Nuclear Disarmament (Kampagne für nukleare Abrüstung – CND)* ist über Lagergrenzen hinweg anerkannt. Und nur wenige vereinzelte Akteure, wie die Zeitschrift Red Pepper werden einer nicht lagermäßig festgelegten unabhängigen Linken zugeordnet.

Das sozialistische Lager

Das sozialistische Lager der Linken steht ganz klar in einer leninistisch geprägten Tradition. Der Einfluss schon damals rivalisierender (Luxemburg, Rätekommunismus, Linkskommunismus) und den Marxismus erneuernder Strömungen (Gramsci, Althusser/Strukturalismus, Operaismus, Situationismus) war nie groß. In diese Gruppe gehören Parteien und Gruppierungen, die sich selbst meist als kommunistisch oder sozialistisch bezeichnen. Neben Überresten des Kommunismus und Stalinismus dominiert die trotzkistische Tradition des Sozialismus, die auch einen großen Teil der Labour-Linken prägt. Sehr abstrakte Einigkeit besteht in der angestrebten grundsätzlichen Umgestaltung der Gesellschaft (auf revolutionärem oder reformistischem) Weg in eine sozialistische. Der Konflikt über den Weg kristallisiert sich in Großbritannien vorrangig an der Frage des Verhältnisses zur *Labour Party*.

Ist die *Labour Party* aber wirklich noch ein Agent des Wandels zu einer sozialen oder gar sozialistischen Politik? Dass Labour dafür gewonnen werden kann, die Sache des Sozialismus voran zu bringen, ist Ansicht der in der Labour Party selbst tätigen Linken, aber auch beispielsweise der *Communist Party of Britain (CPB)* und mit ihr vieler Gewerk-

Selbstbeschreibungen britischer Linker auf der Materialismus/Postmaterialismus-Konfliktlinie		
Dimension	Ausprägung (Oppositionspaare)	
	materialistisch	postmaterialistisch
Ideologisch-dogmatisch	SozialistInnen, trotzkistische/leninistische Linke	AnarchistInnen, libertäre, (independent left)
Aktionsform (Anspruch)	Massenmobilisierung	direct action
Organisationsform	Partei, vertikal	nicht hierarchisch, Kleingruppen, horizontal



schafterInnen. Sie sehen in Labour die dominante und historisch legitimierte Kraft, an der nicht vorbei zu kommen ist. Zudem stellt das britische Mehrheitswahlrecht kleinere Konkurrenten zumindest auf nationaler Ebene vor fast unüberwindbare Hürden. Nicht alle Unzufriedenen wollen aber vor diesen kapitulieren.

Der *national organiser*² einer anderen Nachfolgepartei der ursprünglichen britischen kommunistischen Partei, der kleinen *Communist Party of Great Britain (CPGB)*, kritisiert die auf Labour orientierten Genossen heftig und glaubt selbst nicht mehr, dass diese aus strategisch wohlüberlegten Gründen noch immer die allgemein als neoliberal eingeschätzte Labour Party wählen, sondern mittlerweile aus bloßer Gewohnheit.

Diese Frage ist seit jeher ein Thema der sogenannten *far left (extremen Linken)*, ein Terminus, der hauptsächlich die revolutionären Organisationen links der Labour Party, also Kommunisten und Sozialisten aller Couleur, bezeichnet. Diese schwanken immer zwischen offener Arbeit innerhalb der Partei, verdecktem Entrismus und Unterstützung von außen. In manch einer Person oder Gruppierung vereinigen sich alle Möglichkeiten. Doch ein großer Teil der linken Gruppen konzentriert sich derzeit auf die Arbeit in eigenen Parteien und Bündnissen, denn gerade Labour in der Regierung unter Tony Blair und jetzt Gordon Brown verkörpert für sie eine Rechts- wende, hin zu untragbaren Prinzipien und somit die Diskreditierung der Partei.

Die Gegenposition des Kampfes für eine linke Politik unabhängig von Labour vertreten v. a. Bündnisse wie die *Socialist Alliance* und *Respect*, sowie die *Scottish Socialist Party*, welche dementsprechend bei Wahlen mit eigenen Kandidaten auch gegen Labour antreten.

Die Labour-Linke

Die Linke innerhalb der *Labour Party* und besonders in ihrer Parlamentsfraktion (*Parliamentary Labour Party*) ist heute äußerst schwach und heterogen. Ganz anders war die Situation Anfang der achtziger Jahre, als mit Michael Foot ein Vertreter der Linken kurzzeitig die Partei führte und mit der *Militant Tendency* eine revolutionäre Gruppe über einigen Einfluss verfügte. Die derzeitige Bedeutungslosigkeit der Linken reflektiert v. a. den Umbau der Partei unter der Führung Tony Blairs (Partei vorsitz 1994–2007). Mit der fortan gebräuchlichen Bezeichnung *New Labour* war mehr als ein neuer Name verbunden. Der kategoriale Politikwechsel kam am deutlichsten in der Änderung von Artikel IV des Parteistatuts zum Ausdruck, worin bis 1994 die Nationalisierung der Produktionsmittel gefordert wurde. Heute enthält die Stelle nur unverbindliche Wertorientierungen. Der Parteiumbau wirkte sich auch auf die interne Struktur aus. Die Mitgliederzahlen sanken immens (von über 400 000 im Jahr 1997 auf nunmehr ca. 200 000) und die Partei wurde stärker zentralisiert.

Die Linke steht diesem Prozess höchst feindselig gegenüber, bleibt aber in der Partei, weil zu dieser als Repräsentantin der Arbeiterbewegung keine realistische Alternative gesehen wird. Es gibt daher in der Partei eine Vielzahl von oppositionellen Initiativen, die ihrem Verständnis nach *Old Labour* repräsentieren. Den Kern der eigentlichen Parteilinken bildet die *Socialist Campaign Group*. Sie ist ein loser Zusammenschluss von linken Hinterbänklern im Unterhaus unter Führung von John McDonnell. Neben ihm und dem anderen etwas namhafteren Rebellen Jeremy Corbyn sind

weniger als 30 Mitglieder in der Gruppe (Stand 7/2006). Ihr Einfluss auf die Regierungspolitik ist sehr begrenzt, da sie zu wenige sind, um die Regierungsmehrheit (derzeit 66 Sitze) zu gefährden und sie zudem in vielen Fragen nicht geschlossen stimmen. Die Gruppe publiziert monatlich die Zeitschrift *Socialist Campaign Group News*.

Außerhalb der Unterhausfraktion der *Labour Party* gibt es jedoch eine Vielzahl von Initiativen, die sich als linke Opposition gegen den *New Labour*-Kurs verstehen. Dazu gehört *Labour Against the War*, die sich gegen die Beteiligung Großbritanniens am so genannten „Krieg gegen den Terrorismus“ und die in diesem Kontext erfolgten Grundrechtseinschränkungen wenden. Auch unter der Führung John McDonnells steht das *Labour Representation Committee (LRC)*.³ Es hat sich zur Aufgabe gemacht, SozialistInnen innerhalb der Partei wieder eine Stimme zu verschaffen. Tatsächlich sind einige Gewerkschaften mit insgesamt mehreren hunderttausend Mitgliedern (der Lebensmittelindustrie, des Fernmeldewesens, der Feuerwehr und der Transportarbeiter) sowie regionale Gewerkschaftszweige mit dem *LRC* affiliert. Schon eher zur *soft left (weichen Linken)* tendiert hingegen, auch wenn es Überschneidungen mit dem *LRC* gibt, die *Grassroots Alliance*. Als Mitte-Links, wenngleich sehr *New-Labour*-kritisch sind die Initiativen (und Zeitschriften) *Chartist* und *Renewal* einzuschätzen. Ein Zentrum für linke AktivistInnen in der *Labour Party* und den Gewerkschaften stellt die Zeitschrift *Labour Left Briefing* dar. Sie steht der *Campaign Group* nahe und ist Organ für Information und Debatte der linken Opposition in der Partei.

Die inhaltlichen Differenzen zwischen der Linken und *New Labour* sind vielfältig. Im Zentrum der aktuellen Auseinandersetzung steht jedoch der Irakkrieg und die neoliberale Privatisierungspolitik Tony Blairs. Die Motivationen für das Engagement der Labour-Linken können mit dem Namen einer anderen Initiative zusammengefasst werden: *Save the Labour Party*. Ob eine Rettung der *Labour Party* als sozialistische oder ArbeiterInnenpartei, eben *Old Labour* möglich ist, ist auch Konfliktthema für die *far left* außerhalb *Labours*.

CP(G)B: Kommunismus

Die 1920 u. a. aus der *Socialist Labour Party* und der *British Socialist Party* gegründete *Communist Party of Great Britain* folgte bis 1968 der Moskauer Linie und wandte sich im Zuge des Prager Frühlings mehr dem Eurokommunismus zu. Es kam zu Streitigkeiten zwischen der eurokommunistischen Fraktion, die die Theorie-Zeitschrift *Marxism Today* kontrollierte, und der moskautreuen Fraktion, deren Machtposition in der Tageszeitung *Daily Star*, ehemals *Daily Worker*, heute *Morning Star*, lag. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und zerfiel die *CPGB* 1991 endgültig. Zwei noch existente Überbleibsel bilden die *Communist Party of Britain (CPB)* und eine neue *Communist Party of Great Britain (CPGB)*. Die *CPB* ist vor allem erwähnenswert, weil sie mit dem *Morning Star* über die einzige Tageszeitung der Linken verfügt. Mit etwas unter eintausend Mitgliedern ist sie auch immer noch die größte nichttrotskistische kommunistische Partei Großbritanniens.

Die deutlich kleinere *CPGB* entstammt einer leninistischen Strömung der Kommunistischen Partei, die nach der Umwandlung in *Democratic Left* den alten Namen übernahm. Sie ist eine kleine Gruppe von kaum mehr als 100–200 Mitgliedern. Ihre Zeitschrift *Weekly Worker* aber nimmt



als strömungsübergreifender Beobachter eine gewisse Sonderstellung ein. Beide kommunistische Parteien engagieren sich auch in Gewerkschaften, unterscheiden sich aber, wie oben schon erwähnt, in ihrer Haltung zu Labour. Außerdem tritt die CPGB anders als die CPB für eine konsequente Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und für Kritik noch bestehender kommunistischer Staaten wie Nordkorea und China sowie der undemokratischen Strukturen der kommunistischen Linken ein. Trotz ihrer eigenen sehr geringen Größe gilt ihr erklärter Kampf dem Sektenunwesen in der gespaltenen britischen (trotskistischen) Linken. Die CPB hingegen ist ihrem traditionalistischen Erbe treuer. Sie unterhält auch Beziehungen zur chinesischen und vietnamesischen KP. Andererseits ist sie durch ihre traditionelle Orientierung an *Labour* deradikalisiert.

Daneben gibt es noch kleinere dogmatische Splittergruppen und frühere Abspaltungen wie die *New Communist Party*, die sich 1987 von der CPGB trennte, und die *Revolutionary Communists Group*. Die meisten Gruppen gehören jedoch zu einer anderen leninistischen Strömung: dem Trotzkismus.

SWP etc.: Trotzkismus

Den ideologischen Hintergrund der meisten sozialistischen Gruppierungen innerhalb und außerhalb Labours bildet das politische Vermächtnis Leo Trotskis, der im Machtkampf um Lenins Nachfolge Stalin unterlag und eine eigene politische Strömung aufbaute. Dies schließt eine in der Regel unkritische Bezugnahme auf die meisten leninistischen Prinzipien (Avantgarde-Partei, demokratischer Zentralismus, Antiimperialismus) ein. Trotz seiner Gegnerschaft zum Stalinismus steht der Trotzkismus damit nicht in der Tradition von undogmatischem oder Reformkommunismus.

Bedeutendste trotskistische Strömungen in der jüngeren britischen Geschichte waren *Militant Tendency*, die innerhalb Labours für Aufsehen sorgte, die *International Marxist Group* und die *International Socialists*. Aus diesen gingen die heutigen trotskistischen Parteien wie die *Socialist Workers Party*, die die größte und wichtigste der heutigen linken Parteien darstellt, die *Socialist Party*, die *Alliance for Workers Liberty* oder *Workers Power* hervor. Sie sind meist in Internationalen organisiert, die sich auf die von Trotski gegründete IV. Internationale berufen, bzw. waren Bestandteil von dieser oder entstanden aus ihren Unterorganisationen. Verwirrend ist die Geschichte all ihrer Spaltungen, Zusammenschlüsse, Neu- und Wiedergründungen.

Mit der Vielzahl der Gruppen gibt es auch eine Vielzahl von trotskistischen Internationalen. Übereinstimmung besteht in der Berufung auf Trotskis Übergangsprogramm. Die Entwicklung dieser Parteien ist oft untrennbar mit je einer Führungsfigur oder einem für sie wichtigen Parteitheoretiker verbunden, die aus ideologischen und wohl auch persönlichen Gründen eine bestimmte Position/Strömung innerhalb des Trotzkismus vertrat. Zu nennen wäre hier v. a. Gerry Healy, der den frühen britischen Trotzkismus prägte und sein Leben lang verschiedene, daraus hervorgehende Parteien dominierte. Ähnliche Wurzeln (in *The Club*, ein Zusammenschluss verschiedener trotskistischer Strömungen Anfang der fünfziger Jahre) haben Tony Cliff (*Socialist Review Group* und die daraus hervorgegangenen *International Socialists*, später *SWP*) und Ted Grant (*Militant, Committee for a Workers International, Committee for a Marxist International*), die

jeweils eigene Abspaltungen gründeten und dominierten. Die Abspaltung von Strömungen mit Minderheitenpositionen gilt gemeinhin als trotskistisches Spezifikum. Die britische Linke ist durch die trotskistische Dominanz in besonderer Weise davon betroffen.

Dies ist eine Folge des sehr eng verstandenen Leninschen Prinzips des „demokratischen Zentralismus“. Auf der Basis der Maxime „Freiheit der Diskussion – Einheit der Aktion“, wird in vielen dieser Gruppen und Parteien, bspw. der *SWP* keine Bildung interner Strömungen oder Fraktionen gestattet. Auseinandersetzung um die Parteilinie werden nur intern, meist im Führungsgremium, geführt. Nach außen haben alle Parteimitglieder die gleiche offizielle Linie zu vertreten. Dies führt zu absurden Kleinstkriegen, was an einem Ereignis der jüngeren Entwicklung *pars pro toto* gezeigt werden soll.

Im Juli 2006 schloss die *League for the Fifth International* (in Großbritannien *Workers Power*) etwa ein Drittel ihrer weltweit rund 100 Mitglieder aus. Offensichtlich hatte diese Minderheit über längere Zeit große Differenzen zur Parteilinie empfunden. Dies war jedoch aufgrund des extrem disziplinierenden demokratisch-zentralistischen Parteaufbaus nicht an die Öffentlichkeit gedrungen, bis sich beide Fraktion so anfeindeten und gegeneinander intrigierten, dass nur mehr eine absolute Trennung möglich war. Die Erklärungen der beiden Strömungen zur Trennung offenbarten die Grundstrukturen dieses extrem dogmatischen und objektivistischen Denkens, das der Vorstellung vom demokratischen Zentralismus zugrunde liegt. Beide Seiten versuchen sich „objektive Fehler“ auf dem Weg zum Sozialismus nachzuweisen, beschuldigen sich nun der Charakterlosigkeit. Doch bis dahin hatten sie nach außen auf Veranstaltungen und Demonstrationen, in Erklärungen und Artikeln alle loyal und unterwürfig die gleiche Parteilinie vertreten.

Der Glaube an eine von der Partei gefundene und somit zu vertretende Wahrheit ist sehr tief verankert. Die Dominanz des Trotzkismus (oder weiter gefasst auch des Leninismus) unterscheidet die Situation in Großbritannien von der deutschen.⁴

Ein weiteres Thema ist die Fragmentierung, Gespaltenheit und Sektenhaftigkeit der Linken. Publikationen spiegeln keine pluralistische linke Debatte, sondern geben den Standpunkt der Herausgeberorganisation wieder, oft ohne die Existenz der anderen wahrzunehmen. Viele in solchen Gruppen oder Parteien Organisierte sind sich durchaus bewusst, dass es eine Vielzahl von Kleinstgruppen gibt, die sehr ähnliche Ansprüche vertreten und inhaltlich oft kaum differieren. Sie sehen sich mehrheitlich als Kern einer Avantgarde-Partei der kommenden sozialistischen Revolution. Angesichts ihrer geringen Größe, ihrer starken hierarchischen Struktur und ihrer gegenseitigen Konkurrenz wird dieses Spektrum, besonders von Seiten der libertären Linken als äußerst selbstbezogen eingeschätzt.

Die im Untersuchungszeitraum bedeutendste dieser Organisationen ist die *Socialist Workers Party (SWP)*.⁵ Sie wird häufig erwähnt – als positiver Bezugspunkt ebenso wie zur Abgrenzung. Sie ist die Hauptkraft der *International Socialist Tendency*, einer der trotskistischen Internationalen. Zu den wichtigsten Funktionären gehören neben den Hauptamtlichen wie dem national organiser und dem Chefredakteur der Parteizeitung *Socialist Worker* auch einige Intellektuelle, wie Chris Harman (Chefredakteur des Theorieorgans *International Socialism*) oder die Universitätsprofessoren Alex Callini-



cos und Colin Barker. Lange Jahre wurde die Partei von Tony Cliff geführt, der ihr in vieler Hinsicht seinen Stempel aufdrückte. Tony Cliff war der Gründer der Partei, die sich vom restlichen Trotzkismus damals v.a. durch seine Theorie des Staatskapitalismus abhob, nach der die Sowjetunion nicht nur – so die dominante Auffassung – ein degenerierter Arbeiterstaat sei, sondern gar kein Arbeiterstaat mehr. Deswegen entschied man sich im Kalten Krieg nicht für ein zu unterstützendes Lager: „Weder Washington noch Moskau“.

Diese Abweichung von einem der antiimperialistischen Kernprinzipien ist jedoch kein generelles Charakteristikum der Partei, vertritt doch gerade ihre aktuelle Politik wieder stark binäre Schemata.

Seit den siebziger Jahren versuchte die SWP eine Basis innerhalb der Industriearbeiterschaft aufzubauen, was ihr nie recht gelang; sie blieb mit ihrer Konzentration auf antiimperialistische Themen mehrheitlich von Studierenden und Angestellten geprägt. Größte Erfolge feierte die Partei Ende der siebziger Jahre mit antirassistischen Kampagnen durch ihre dominierende Rolle in der *Anti-Nazi League*. Für die letzten Jahre ist festzuhalten, dass die SWP, solange sie sich aktiv beteiligte, auch die größte Gruppe innerhalb des sozialistischen Parteienbündnisses *Socialist Alliance* darstellte. Auch die neue linke (Bündnis-)Partei *Respect – The Unity Coalition* wird von der SWP dominiert. Die SWP beteiligt sich aktiv an den globalisierungskritischen Protesten der vergangenen Jahre und baute dafür auch Vorfeldorganisationen auf (*Globalise Resistance*). Insbesondere aber stellte sie eine der Hauptkräfte der *Stop the War Coalition (StWC)* dar, welche sich um das Nummer-Eins-Thema der Linken der vergangenen Jahre bildete – den Widerstand gegen den US-geführten „Krieg gegen den Terror“.

Ihre heutige Bedeutung für die britische Linke resultiert aber nicht nur aus ihrer relativen Größe und aus ihrem vielfältigen Engagement, sondern auch aus der Art desselben. Schon erwähnt wurden die Vorfeldorganisationen. Eine ihrer Strategien besteht im Verteilen von großen Mengen von Plakaten zu Demonstrationen und anderen Protesten, die letztendlich zu einer optischen Überrepräsentation der SWP und ihrer Vorfeldorganisationen führen.

Die SWP ist aber nicht nur die dominante Gruppe, sondern auch Objekt der Abgrenzung, teilweise auch tiefster Ablehnung. Die Konflikte um die SWP zählen zu den wichtigsten im revolutionären Feld. Ihr Auftreten und ihre innere Verfasstheit sorgen dafür, dass sich die Geister an der SWP scheiden. Der Hauptvorwurf, der immer wieder gegen die SWP erhoben wurde, ist der des Opportunismus. Andere TrotzkistInnen, die CPGB und libertäre Linke werfen der SWP vor, für Einfluss und Wahlerfolge sämtliche linken Prinzipien zu verraten. Die SWP vermeide jede Positionierung, die unpopulär sein könnte, um so Massen auf die Straßen zu bringen.

Diese Tendenz, neue Entwicklungen und neue Themen bereitwillig aufzugreifen und sich mit aller Kraft dahinter zu stellen, hat der britischen Linken unbestreitbar schon große Impulse gegeben und stellte oft den Kern von Kampagnen (wie der *Anti-Nazi-League*) dar. Doch immer wieder entsteht bei anderen der Eindruck, die SWP würde Themen und Events nur für eigene Zwecke benutzen. Ihnen wird dominantes Verhalten vorgeworfen, wo immer sie sich an Bündnissen beteiligen, was für Frustration und Enttäuschungen sorgt.

Die anderen trotzkistischen Gruppen sind vergleichsweise einflusslos. Wie schon angedeutet, sind die jeweiligen Diffe-

renzen für Außenstehende oft kaum nachvollziehbar, viele nicht-inhaltliche Gründe spielen eine Rolle. Neben den dadurch bedingten Streitigkeiten kommt es aber auch zu punktueller Zusammenarbeit mit den anderen wie *Socialist Resistance* oder *Workers Power*. Bedeutender als der Rest dieser trotzkistischen Gruppen ist darunter nur noch die *Socialist Party*, die v.a. in vielen Gewerkschaften stark verankert ist.

Socialist Alliance, Respect etc.: Parteibündnisse

Da durchaus ein Wissen um die Nachteile der allgemeinen Fragmentierung besteht, gab es mehrere Versuche, die verschiedenen sozialistisch orientierten Parteien zu Bündnissen zu vereinigen. Insbesondere war dies wichtig für Gruppen, die ihre Hoffnungen nicht oder nicht mehr auf die *Labour Party* setzten. Aus diesem Geist entstanden, zuerst auf lokaler, später auch auf regionaler/nationaler Ebene *Socialist Alliances*. Verschiedene Parteien der Linken, wie die *Socialist Party*, die *AWL*, die *CPGB*, *WP* und schließlich die *SWP* (um nur einige der wechselnden UnterstützerInnen zu nennen) beteiligten sich. Wahlerfolge konnten jedoch kaum verbucht werden, nur eine Handvoll KandidatInnen kamen in Stadt- und Gemeinderäte. Dafür gab es auch in der *Socialist Alliance* harte Auseinandersetzungen und auch hier oft im Zusammenhang mit der Rolle der *SWP*, welche sich letztlich aus der *SA* zurückzog und somit ihren Zerfall einleitete. Die *SA* wurde deshalb im Frühjahr 2005 auch formell aufgelöst.

Ein neues Bündnisprojekt, für welches die *SWP* seitdem einen großen Teil ihrer Ressourcen aufwendet, heißt *Respect – The Unity Coalition*. Der Ursprung von *Respect* liegt in der Anti-Kriegs-Kampagne der *Stop the War Coalition* in den Jahren 2002–2004. Die großen Massenmobilisierungen und die neu zusammengefundene untypische Koalition der Protestbewegung aus Linken, Gewerkschaften aber auch muslimischen Gruppen, sollte nun auch in Wahlerfolge umgemünzt werden. Aus diesem Geist wurde im Frühjahr 2004 *Respect* gegründet. Endlich, so die Hoffnung, bestand eine realistische Chance eine Partei links der *Labour Party* im britischen Parteiensystem zu etablieren. Im Zentrum der Partei und ihrer medialen Rezeption stand der Parlamentsabgeordnete George Galloway, der wegen seiner Anti-Kriegs-Haltung aus der *Labour Party* ausgeschlossen worden war, die unter Regierungschef Tony Blair mehrheitlich die US-amerikanisch-britische Invasion im Irak mitrug. Ansonsten stehen hinter *Respect* Gruppen und Personen aus der *Stop the War Coalition*, insbesondere die *SWP* und die *Muslim Association of Britain (MAB)*. Es war v.a. die Birminghamer *MAB*-Aktivistin Salma Yaqoob, die das Bündnis forcierte und durch ihre Aufgeschlossenheit und Liberalität erst möglich machte. Außerdem sind in *Respect* noch weitgehend einflusslose kleine sozialistische Gruppen (*CPGB*, *Socialist Resistance*) vertreten.

Die Formierung von *Respect* war eines der wichtigen Themen der britischen Linken im Untersuchungszeitraum und erfährt starke Unterstützung wie auch Ablehnung. Es geht dabei einerseits um die Chancen für fortschrittliche Politik durch Einbeziehung von Minderheiten. Aber es geht auch hier wieder um die Rolle der *SWP*, welcher Populismus, Opportunismus und ein Demokratiedefizit vorgeworfen werden, unter ähnlichem Blickwinkel auch um die Person George Galloways und inhaltlich um die Frage, wie links oder radikal *Respect* sich geben solle. Denn mit dem Umwerben als muslimisch definierter Zielgruppen wurde explizit der Anspruch



erhoben, auch sich nicht als links begreifende Wählerinnen zu mobilisieren, so der Sprecher Chris Bambery. Dies wird von einigen anderen Linken als Prinzipienlosigkeit gewertet. Die Kritik an der *SWP* beschränkte sich jedoch nicht auf das Abweichen von einer klar sozialistischen Politik, sondern konstatierte teilweise sogar antiemanzipatorische Tendenzen. Die *Alliance for Workers' Liberty (AWL)* beispielsweise hält der *SWP* vor, dass die an *Respect* beteiligte *MAB* eine Schwesterorganisation der Ägyptischen Muslimbruderschaft sei und somit als religiöse, frauenfeindliche, schlicht reaktive Organisation keinen Partner für Linke darstelle. *Respect* vermeide alle inhaltlichen Positionierungen, die potenzielle islamische WählerInnen verschrecken könnten. Auf dem Prüfstand stehen die Themen Säkularismus, Kampf für die Rechte Homosexueller und für das Recht auf Abtreibung. Die Träger dieser Kritik an der *SWP* und *Respect* sind neben der libertären Linken innerhalb des Trotzismus vor allem nicht so vordergründig antiimperialistische Kräfte, wie die *AWL* und die *CPGB*. Auch der Vertreter der *Scottish Socialist Party (SSP)* kritisiert, beispielhaft für viele, die zu große Kompromissbereitschaft der *SWP*.

Die dahinter stehende Strategie ist die *united front*, ein Konzept, dass die *SWP* schon mehrfach, beispielsweise während ihrer Konzentration auf die Antifa-/Antira-Arbeit in der *Anti-Nazi-League* angewandt hat. Für solche Fronten werden radikale Positionen bewusst zurückgestellt, wenn man die Lage als momentan nicht geeignet für sozialrevolutionäre Politik analysiert, um mögliche Impulse aus Ein-Punkt-Bewegungen in breitere Sozialproteste zu überführen.

Einige Achtungserfolge erzielte *Respect* bei Wahlen in Gegenden mit hoher muslimischer Bevölkerung. *Respect* stellt einige Stadträte und mit George Galloway einen Abgeordneten im Unterhaus, der sich bei der Wahl gegen eine Labour-Kandidatin im Londoner Wahlbezirk Bethnal Green and Bow durchsetzte. Es ist jedoch kaum gelungen die Energie der Anti-Kriegsproteste wie von der Linken gewünscht in Proteste gegen die neoliberale Politik des Sozialabbaus zu überführen. Deshalb wurden auch andere Wahlbündnisse gebildet, so die *Socialist Green Unity Coalition*. Ein diskutierter Anlauf, die zerstrittene revolutionäre Linke außerhalb *Respects* zu vereinen, ist die von der *Socialist Party* ausgehende Campaign for a *New Workers' Party*. Doch es ist nicht abzusehen, dass diesen Projekten größerer Erfolg beschieden sein wird. Auch nach der Betrachtung der alternativen Parteienbündnisse zeigt sich: die *SWP* ist neben *Labour* der umstrittene Hegemon eines zerstrittenen Lagers von SozialistInnen aller Couleur, die viel Zeit und Energie für die Abgrenzung untereinander verwenden und doch zumindest den Bündnisgedanken nicht aufgegeben haben. Nur selten in den Blick dieser Streitereien gelangen jedoch andere Sektionen der Linken, nämlich die libertären Gruppen.

Die libertären Strömungen

Die Seite der Libertären kann auch nicht ohne weiteres als „Lager“ bezeichnet werden. Es handelt sich vielmehr um eine Ansammlung teils un-, teils wenig verbundener Gruppen und Grüppchen, eher ein loses Netzwerk. Zum Lager macht es bestenfalls die gemeinsame Abgrenzung von den traditionellen organisierten sozialistischen Parteien, mit denen man zwar inhaltliche Übereinstimmungen hat, jedoch auch stark trennende Dispute. Die hier gewählte Bezeichnung „libertäre Linke“ dient der Typologisierung, stimmt aber bei weitem nicht

in allen Fällen mit der präferierten Selbstbezeichnung überein. Als Selbstbeschreibung dienen besonders Begriffe wie Anarchismus, *Direct Action*, libertär, autonom. Nur selten ist von unabhängiger oder radikaler Linker die Rede. Eher traditionell und leicht pejorativ ist die Bezeichnung *loony left* („verrückte Linke“), was ihre zentralen Wertorientierungen verkörpert: antiautoritär, die alte Ordnung und tradierte Grenzen und Normen überwindend, auf Freiheit und Selbstverwirklichung bedacht. All diese Begriffe decken sich nicht komplett, überlappen aber stark.

Der Begriff „libertäre Linke“ erwies sich als der allgemeinste und der Lagerabgrenzung am besten entsprechende. Es gibt eine antikapitalistische, antipatriarchale und ökologische Grundorientierung. Viel mehr als für den hier als sozialistisch bezeichneten Teil der Linken sind auch nichtpolitische Elemente konstitutiv für diese Subkultur, die auch als *Do it Yourself culture* bezeichnet wird. Politische Ziele und politischer Protest gehen hier eine Einheit mit bestimmten Lebens- und Handlungsformen ein. Wichtiger Bezugspunkt vieler Libertärer sind sogenannte Social Centres, Häuser, die – oft auch besetzt – der politischen Arbeit und dem Beisammensein außerhalb der Konsumwelt dienen. Wichtiger als Theorie und Weltrevolution ist ihnen Politik mit Bezug auf die eigene Lebenswelt, also Fragen oft im Umkreis von „housing and community“, die wichtiger sind als Palästina und der Irakkrieg.

Auf nationaler Ebene gibt es zumindest bei *general issue groups*, die sich allgemeinen Themen widmen, kaum übergreifende Organisationen, vielmehr kommt es anlassbezogen zur Bildung von Netzwerken, z. B. bei der Organisation von Anti-Kriegs-Protesten, im Fall globalisierungskritischer Protestevents, wie dem Europäischen Sozialforum im Jahre 2004 und den Protesten gegen den G8-Gipfel in Schottland im darauf folgenden Jahr. Der Zersplitterungscharakter der Linken kommt bei diesen Gruppen besonders zum Ausdruck, da sie in der Regel nicht, wie die meisten der sozialistischen Parteien/Gruppen zumindest versuchen, im ganzen Land präsent zu sein. Eine Verbindung über Medien gibt es nur in dezentraler Form. Es gibt jedoch einzelne Gruppen, die in mehreren Städten präsent und auch international organisiert sind, wie die *Anarchist Federation* und *Class War UK*⁶. Diese beiden stehen für den – anders als in der BRD – stark am Anarchismus orientierten Charakter der britischen libertären Linken.

Neben den *Social Centres* und einigen Gruppen mit allgemeinen Zielen gibt es viele *single issue groups*, welche als zur Szene gehörig gesehen werden. Dazu gehören z. B. die auf Ökologiethemen fokussierten *Earth First*. Gerade die auf Ökologie orientierten Gruppen markieren den sanften und undeutlichen Übergang zum NSB-Feld. Selbst *Greenpeace*, die als straff und zentralistisch geführte Organisation die libertären Ansprüche der meisten nicht erfüllt, wurde in einem Interview als dazugehörig klassifiziert. Dies liegt sicherlich zuallererst an Überschneidungen bei den Aktionsformen. So ist *Direct action* (kurz *DA*) eine Proteststrategie unabhängig voneinander agierender Kleingruppen, die vorwiegend gewaltfrei, aber doch meist nicht im gesetzlichen Rahmen vonstatten geht, also mittels Besetzungen, Blockaden, symbolischen Angriffen, Konfrontationen. *DA* wird zumeist als Reaktion auf die Deradikalisierung der Neuen Sozialen Bewegungen und der Bewegungsorganisationen wie *Friends of the Earth* beschrieben. Diese Aktionsform ist letztlich der indivi-



dualistischere Gegenpol zu Massenbewegung, Massendemonstration, Massenstreik, wie sie von traditionellen sozialistischen und Arbeiterparteien zur Erreichung ihrer Ziele angestrebt werden.

Kennzeichen ist aber nicht nur die direkte Aktionsform, die sich um Massenbewegungen oder Wahlen nicht kümmert, sondern auch die Ideologie, genauer gesagt, das Fehlen einer expliziten Ideologie.

Spiritualistische Elemente sind aus diesem Weltbild nicht ausgeschlossen. Im Vordergrund stehen Werte wie individuelle Freiheit, Dezentralität und damit die Ablehnung von Hierarchien und formalen Strukturen. Thematisch stehen neben den *Social Centres* Ökologieprobleme an vorderster Front, z. B. Tierrechtskampagnen oder (v. a. in den Neunzigern) Widerstand gegen Straßenbauprojekte. All dies ist jedoch eingebettet in eine kapitalismus- und v. a. konsumkritische Grundorientierung.

Zu den kulturellen Momenten der libertären *DiY culture* gehören die *free parties*. Das sind selbstorganisierte, kostenlose und dementsprechend unkommerzielle große Partys, die im öffentlichen (oder besetzten) Raum veranstaltet werden. Dazu gehören auch die *Reclaim the Streets*-Aktionen, meist Musik und Tanzen auf belebten Straßen, die kurzerhand umfunktioniert werden, mit entweder spezifischen politischen Protestzielen oder dem Anspruch, die selbstbestimmte Nutzung öffentlichen Raumes auf unkonventionelle Art durchzusetzen. In beiden Fällen gehen politische und unpolitische Momente ineinander über, entweder, weil direkt politische Ziele verfolgt werden, oder, im Falle der *free parties* dadurch, dass ein Teil der Betroffenen eine Politisierung in diesem Rahmen erfährt, da in diesem Zusammenhang häufig Erfahrungen mit staatlicher Repression gegen die Partys gesammelt wurden. Die Kriminalisierung der *free parties* oder *raves* durch den *Criminal Justice Act* stellte in den neunziger Jahren ein bedeutendes Mobilisierungs- und Politisierungspotenzial für die Szene dar. Hier zeigt sich auch, dass dieser Teil der Linken sehr jugendlich geprägt ist. Nur in diesem Bereich unkonventioneller Politik ist die Jugend überrepräsentiert.

Vom sozialistischen Lager unterscheidet sie auch noch das Misstrauen in staatliche Auswege aus der kritisierten Gesellschaftsform. Während es also den sozialistischen und Arbeiterparteien um Verstaatlichung und auch Übernahme von Funktionen im Machtapparat geht, um die Lebenssituation der Arbeitermassen zu verbessern, ziehen die Libertären selbstverwaltete und überschaubare Strukturen vor und vertreten ungleich mehr postmaterialistische Wertorientierungen, also Lebensstilfragen. Die Definition als eine Gruppe erfolgt für die libertäre Seite vor allem als Abgrenzung von den Parteien der Linken, die sich in vielerlei Hinsicht von den Libertären unterscheiden. Die Abgrenzung stellt sich als konstitutiver Anteil der eigenen Identität dar. Die Ablehnung der hierarchischen sozialistischen Organisationen bedeutet jedoch nicht den kompletten Ausschluss von Kooperation in Arbeitskämpfen. Gelegentliche Solidarisierungen gab es während größerer Streikwellen.

Nicht ganz in den Mainstream der Libertären hinein passt die „Ultralinke“, wie sie z. B. in dem Journal *Aufheben* (sic!) repräsentiert wird. Ihre ideologischen Einflüsse sind sowohl kommunistischer Provenienz, orientiert am Links- oder Rätekommunismus bzw. an modernen Weiterentwicklungen wie der Kritischen Theorie. Dazu nahmen sie jedoch auch Ein-

flüsse aus dem italienischen Operaismus und dem Situationalismus ebenso auf wie aus dem Anarchismus. Der deutsche Name der Zeitschrift verweist zusätzlich auf hegelianische Einflüsse. Solche theoretisch orientierten Kräfte, wie sie gerade für den deutschen Linksradikalismus so große Bedeutung haben, sind in der britischen libertären Linken extrem marginalisiert. Sie stehen für die in der britischen Geschichte so untypischen Einflüsse unorthodoxen marxistischen Denkens.

Weitere

Eindeutig nicht in die Gruppe der libertären oder sozialistischen Organisationen gehören zwei weitere, die als tendenziell für die Linke relevant gesehen werden. Es handelt sich dabei um die Liberalen (*Liberal Democrats*) und die Grünen (*Green Party*). Die Liberalen gelten manchem zumindest als linker als New Labour, weil sie sich neben liberalen Freiheitsrechten auch schon für progressive Besteuerung, Umweltthemen und libertäre Anliegen einsetzen. Und auch die Grünen seien etwas fortschrittlicher als in Deutschland und eine Alternative für frustrierte ehemalige Labour-Anhänger. Es gibt beispielsweise Überschneidungen mit Linken in der Kritik an Privatisierungen. Beide vertreten, zusammen mit unzähligen NGOs, Wohltätigkeitsorganisationen und lokalen Bürgerbewegungen den reformistischen und nichtkonfrontativen Flügel der postmaterialistischen Linken. Doch die Bedeutung der Selbsteinschätzung als „links“ ist für diese Akteure nicht so hoch, wie in den anderen Feldern.

Neben all den erwähnten gibt es größere Organisationen der Linken, die keine Parteien sind und die vielleicht auch deshalb lagerübergreifende Relevanz haben, sowie anlassbezogene Netzwerke, die, sehr begrenzt, die Funktion intermedärer Netzwerke übernehmen. Von herausragender, aber auch sehr aktueller Bedeutung ist dabei die *Stop the War Coalition* (*STWC*). Doch die libertäre Linke ist in ihr zumindest auf nationaler Ebene nicht vertreten.

Eine sehr traditionsreiche Organisation hingegen, die auch an der *STWC* beteiligt ist, wurde immer wieder und von VertreterInnen aller Lager achtungsvoll erwähnt: *CND*, die *Campaign for Nuclear Disarmament*. Gegründet wurde sie 1958, ihr ursprüngliches Hauptziel war, wie der Name sagt, der Kampf gegen nukleare Aufrüstung. In den vergangenen Jahren war sie aktiv u. a. gegen die neuen Weltordnungskriege, so den Krieg gegen Jugoslawien 1999 und den Irakkrieg, im Jahre 2003. Schon immer stellte *CND* eine Organisation dar, in der sich viele politische Strömungen wegen gemeinsamer inhaltlicher Interessen oder auch aus taktischen Gründen überschneiden. Auch heute ist sie in der Linken generell renommiert und anerkannt. Ihr Beispiel machte Schule und so gibt es auch *Labour-CND*, *Liberal CND*, *Christian CND*.

Eine christliche Linke scheint insgesamt nur von sehr begrenzter Bedeutung. Viele kritische oder sich als dissident verstehende ChristInnen und christliche Organisationen (Methodisten, Nonkonformisten, Quäker) begreifen sich eher als *liberals*, somit sind zwar Überschneidungen mit Teilen der Linken gegeben (v. a. im NSB-Feld), aber organisierte ChristInnen spielen keine bedeutende Rolle. Allerdings gehören zu den Wurzeln der Labour-Party nicht zuletzt christliche Wertvorstellungen, im Gegensatz zur marxistischen Anfangszeit der deutschen SPD. Innerhalb der Partei ist dies auch heute noch von Belang. Zu nennen wäre hier die *Christian Socialist Movement*, welche allerdings wenig mit der Linken im enge-



ren Sinne zu tun hat. Zu den UnterstützerInnen dieser Organisation gehören nämlich vorrangig VertreterInnen New Labours, wie John Smith, Charles Clarke und Tony Blair sowie eine Vielzahl weiterer Abgeordneter. Dem New-Labour-Framework entsprechend betonen sie Werte wie Solidarität und Eigenverantwortung. Die Verbindung von marxistischen und christlichen Einflüssen, wie sie Tony Benn verkörpert, ist jedoch selten.

Eine etwas andere Situation: Schottland

Eine gesonderte Betrachtung verdient Schottland. Ein großer Teil des bisher Beschriebenen bezieht sich eigentlich vollständig nur auf England und mit kleinen Einschränkungen auf Wales. Mit dem Prozess der *devolution* (*Regionalisierung*) wurden Schottland unter der Regierung Blair (1997/98), zunehmend Selbstverwaltungsrechte eingeräumt, die eine starke Unabhängigkeitsbewegung lange gefordert hatte. Schottland verfügt seitdem über ein eigenes Parlament und Entscheidungskompetenzen in einer Vielzahl von Bereichen, u. a. die Möglichkeit den Einkommenssteuersatz zu variieren. Auch wenn verschiedene prinzipielle Muster der politischen Landschaft sich in Schottland und England ähneln, gibt es doch auch signifikante Unterschiede. Entscheidender Grund dafür ist die Überlagerung der anderen Themen durch die Frage der Unabhängigkeit oder Aspekte schottischer Besonderheit. Die meisten Linken in Schottland sprechen sich für weitgehende Unabhängigkeit Schottlands von Großbritannien aus.

Auf organisatorischer Ebene besteht der größte Unterschied wohl in der Existenz einer vereinigten sozialistischen Partei, der *Scottish Socialist Party (SSP)*, in welcher die wichtigsten sozialistischen Linkskräfte deutlich tiefer integriert sind als die englischen in der *Socialist Alliance* oder in *Respect*. Die meisten schottischen Zweige der verschiedenen Gruppen haben unter der Führung der *Militant Tendency* der Gründung einer gemeinsamen Partei zugestimmt, in welcher sie nur noch als Plattformen weiter existieren.⁷ Diese Plattformen und „Tendenzen“ sind zum Teil jedoch Gruppierungen, die auch englische Pendanten haben, denen sie nahe stehen. Einzelmitgliedschaften von Individuen ohne Assoziierung mit einer der Plattformen sind möglich und üblich. Es ist sogar die Mehrheit der Mitglieder, die keiner Plattform angehört. Schillernde Führungs- und Symbolfigur der Partei war bis zu seinem Rücktritt Ende 2004 Tommy Sheridan.⁸ Die SSP hat im Gegensatz zu ihren englischen GenossInnen auch an der Wahlurne Erfolg. In der Legislaturperiode 2003–2007 saßen sechs Abgeordnete der SSP im schottischen Parlament in Edinburgh und waren eine Quelle schottischen linken Stolzes.

Neben der Tatsache der Vereinigung der Linkskräfte in der SSP liegt diese Differenz aber auch am schottischen Wahlsystem, welches im Gegensatz zum gesamt-britischen ein Verhältniswahlrecht ist. Diese Entwicklung wird zuweilen in Abgrenzung zu England oder ganz Großbritannien/Vereinigtes Königreich sogar als typisch schottische Eigenschaft konstruiert, ein weiteres Indiz für die Überlagerung anderer Themen durch die nationale oder Unabhängigkeitsfrage. Schottland und die Schotten werden als insgesamt linker und sozialer konstruiert. Und tatsächlich hat dies auch einen realen Hintergrund in Vorstellungen von *Scottishness* (immer im Gegensatz zu *Englishness* gedacht) als sozialstaatsorientierter und antikonservativ. Dies zeigt sich im schottischen

Parteiensystem, wo *Labour* und die *Scottish National Party (SNP)* die größten Parteien bilden, während die *Tories* nur eine vergleichsweise marginale Rolle spielen. Der Nationalismus ist auch Anliegen der meisten Linken und die wichtigste nationalistische Partei (*SNP*) wird auch mit dem Label „links“ in Verbindung gebracht.

Unabhängigkeitsbestrebungen und linksnationalistische Parteien gibt es auch in Wales (am wichtigsten *Plaid Cymru*), doch sorgt dort die tiefere Integration in die englisch-britischen Strukturen und das geringere Ausmaß an *devolution* für größere Ähnlichkeiten. Die Situation in Nordirland hingegen ist so sehr durch den jahrelangen Bürgerkrieg bestimmt, dass dieser Sonderfall aus den Betrachtungen hier ausgeschlossen wird.

Linke Medien: Orte der Debatte?

Entscheidend für die linke Diskussion, Kommunikation und Wirklichkeitsdeutung, die im Zentrum der Arbeit steht, sind die Medien. Dabei gilt es herauszufinden, welche Medien für die Linke bedeutsam sind, welche dabei auch strömungsübergreifend wirken können, oder anders formuliert: gibt es Foren der linken Diskussion und des Konfliktaustrags über Lagergrenzen hinweg?

Der *Morning Star* verdient dabei besondere Beachtung. Er ist die einzige Tageszeitung, die nicht als „bürgerlich“ oder nur „linksliberal“ wahrgenommen wird. Der *Morning Star* steht der *CPB* nahe, hat aber auch Nichtmitglieder unter seinen ständigen AutorInnen, z. B. den Labour-linken Londoner Bürgermeister Ken Livingston. Der *Morning Star* ist inhaltlich stark an den Gewerkschaften, bzw. linken GewerkschafterInnen orientiert und hat eine arbeiterfreundliche Aufmachung im Boulevard-Stil. Auch wenn er aufgrund begrenzter Ressourcen nicht mit der Informationsvielfalt großer Qualitätszeitungen mithalten kann, bietet er eine für Großbritanniens Presselandschaft einmalige Perspektive mit kritischer Berichterstattung zu Krieg und Frieden, Arbeitskämpfen und anderen sozialen Fragen. Doch auch allgemeine Nachrichten, das Fernsehprogramm und eine Sportseite machen den *Morning Star* fast zu einer kompletten Tageszeitung. Ansonsten spiegelt aber auch die Zeitungslandschaft die Fragmentierung der Linken wider. Es gibt eine große Zahl kleinster Zeitschriften. Ein Medium für einen übergreifenden linken Diskurs existiert faktisch nicht. Die meisten Zeitschriften sind auch inhaltlich an die sie herausgebende Partei oder Gruppe gebunden und vertreten die Parteilinie, anstatt unterschiedliche Sichtweisen zu diskutieren.

Dabei schließt der Anspruch, selbst die Avantgarde-Partei der Revolution zu bilden, die Anerkennung konkurrierender Strömungen fast automatisch aus. Nur eine halbwegs relevante Ausnahme aus dieser Regel des Parteiblattes scheint es zu geben. Die Fähigkeit zu lagerübergreifender Debatte und als Voraussetzung dafür Unabhängigkeit von einer spezifischen Organisation wird fast ausschließlich der Zeitschrift *Red Pepper* unter Chefredakteurin Hilary Wainwright attestiert. In der Selbstbeschreibung nennt sich *Red Pepper* „magazine for radical and green left“ und „magazine of the independent left“. Ihrem Ansatz entsprechend wird die Zeitschrift im sozialistischen wie im libertären Lager wahrgenommen, innerhalb und außerhalb Labours hat sie UnterstützerInnen und AutorInnen. Mit einer Auflage von etwa 3 000–4 000 Abonnements plus Verkäufen pro Monat ist sie jedoch weit davon entfernt, ein umfassendes Forum zu bie-



ten, in welchem die Linke diskutiert oder abgebildet wird. Eine gewisse Ausnahme unter den wöchentlich erscheinenden Parteizeitungen stellt der *Weekly Worker* der CPGB dar. Seine HerausgeberInnen haben sich die Einheit der sozialistischen Kräfte auf die Fahnen geschrieben und berichten deshalb auch explizit von anderen Gruppen, diskutieren verschiedene Standpunkte und beleuchten Entwicklungen der Linken, doch auch sie in engen, streng marxistischen Grenzen. Für ihre Insider-Berichte von anderen Gruppen haben sie den Spitznamen *gossip of the left* (linker Tratsch und Klatsch) bekommen.

Die am drithäufigsten genannte Zeitung ist der *Socialist Worker*. Es ist die wöchentliche Zeitung der SWP und somit eines der Blätter, die vorwiegend bei Demonstrationen und Veranstaltungen verkauft werden, allerdings die größte unter der Vielzahl von Parteizeitungen. Thematisch unterscheidet er sich nicht von den anderen Parteizeitungen und behandelt die sozialen und politischen Themen der Linken. Doch er ist, mit dem Apparat der SWP im Hintergrund, am besten layoutet, in Farbe und umfangreicher als seine Konkurrenz.

Eine Rolle spielen noch einige Monatsmagazine wie der *New Internationalist* oder die *Socialist Review* der SWP, aber auch der *New Statesman*, eine *Labour* nahestehende Traditionszeitschrift der ArbeiterInnenbewegung, die im linken Labour-Spektrum verortet wird, heute aber nicht mehr wie noch in den achtziger Jahren Massenaufagen erreicht. Zu erwähnen sind ferner die linken akademischen und halbakademischen Zeitschriften. Ihre bekannteste Vertreterin ist die *New Left Review*. Sie war das Organ der mittlerweile schon wieder alten britischen Neuen Linken, aus deren Reihen die großen Historiker E. P. Thompson und Eric Hobsbawm, die *cultural studies* (Stuart Hall) und die marxistischen Theoretiker Perry Anderson und Tom Nearn hervorgingen. Sie sind jedoch weniger von Interesse für konkrete Politik. In ihnen und anderen Publikationen (*Capital and Class*, *Radical Philosophy*) kommt aber die Tatsache zum Ausdruck, dass radikale und selbst der revolutionären Linken angehörige Personen nicht wie in Deutschland weitgehend aus dem akademischen Betrieb verbannt sind. Nicht zuletzt in den Reihen der SWP finden sich einige Universitätslehrer.

Die beliebteste Tageszeitung für Linke ist wohl der *Guardian*, als linksliberales und Irakkriegs-kritisches Blatt durchaus erwähnenswert, aber nicht als Zeitschrift der Linken im engeren Sinne.

Von noch immer wachsender Bedeutung ist das Internet. Als eine wichtige Informationsquelle wird *indymedia* häufig erwähnt. In Großbritannien gibt es, im Gegensatz zu Deutschland, zusätzlich zu *indymedia* UK noch zehn lokale oder regionale IMCs. Sie berichten längst nicht mehr nur über Gipfelproteste, sondern über politische Ereignisse aller Art, in Großbritannien gerade auch auf lokaler Ebene. Allerdings wird auf *indymedia* vorrangig berichtet. Anschließend lange Diskussionen wie bei *indymedia Germany* sind die Ausnahme.

Daneben gibt es noch viele andere Portale und natürlich die Homepages der einzelnen Organisationen und Kampagnen, sowie Weblogs (Internetstagebücher). Eine politische Initiative zur Erneuerung der Linken, das *Euston Manifesto*, wurde im Wesentlichen von vernetzten BloggerInnen (WeblognutzerInnen) verfasst. Ebenso wichtig ist E-Mail. Zwei Aspekte sind dabei von Bedeutung. Zuerst wird eine große Zahl von Informationen innerhalb formaler und informeller Netzwerke per E-Mail weitergeleitet. Außerdem gibt es eine gro-

ße Zahl von Newsgroups, also E-Mail-Listen, durch die verschiedene Organisationen SubskribentInnen mit Informationen versorgen, und Diskussionsforen mit vielen TeilnehmerInnen, die frei per Mail diskutieren. Der libertäre Newsletter *SCHNEWS*, hat über 10 000 BezieherInnen. Ein wichtiges Diskussionsforum der sozialistischen Linken über alle Strömungsgrenzen hinweg ist beispielsweise die Yahoo-Group *UK_Left_Network*, mit fast 800 LeserInnen und DiskutantInnen.

Als die Linke über die internen Grenzen hinweg einigend kann die Themensetzung der vergangenen Jahre beschrieben werden. Denn die Politik der gesamten Linken steht eindeutig im Zeichen der Entwicklungen, die sich seit dem Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 abzeichnen, besonders des Irak-Kriegs. Andere Themen wurden hingegen durch den Krieg verdrängt. Auf die Frage, welche Themen für die Linke wichtig waren, wird lagerübergreifend zuerst der Irakkrieg genannt. Mit gewissem Abstand folgt an zweiter Stelle das Themengebiet Antirassismus/Antifaschismus. Beide Themen sind im Diskurs der britischen Linken eng miteinander verflochten und dienen als Kristallisationspunkte für viele Auseinandersetzungen.

Im Folgenden nun zu den einzelnen Politikfeldern.

Umwelt, Wirtschaft und Soziales, „Recht und Ordnung“

Neben den beiden Hauptthemen Krieg und Antirassismus (denen sich die folgenden Abschnitte widmen) gibt es eine Vielzahl weiterer Betätigungsfelder, die sich analytisch zu Gruppen zusammenfassen lassen, hier aber nur kurz behandelt werden sollen.

Da sind an erster Stelle all die Protest- und Diskussions-themen zu nennen, die zum Bereich Wirtschaft und Soziales, oder besser Sozialabbau gehören. Die Regierung Blair vertrat eine restriktive Haushaltspolitik, die in vielen Punkten an die ihrer konservativen VorgängerInnen anschloss und von der Regierung Brown fortgesetzt wird. Ihren Kern bilden die Maßnahmen zum Umbau der sozialen Sicherungssysteme und weitreichende Privatisierungen. Dies sind Kernanliegen und immer präsen-te Themen der Linken, wobei die sozialistische Linke diesen einen höheren Stellenwert einräumt als die libertäre Seite. Letztere tendiert jedoch dazu, immer einen konsumkritischen Aspekt und andere postmaterialistische Themen mit einzubringen, während das sozialistische Lager sich auf materielle Forderungen seiner Klientel konzentriert. Die einzelnen Politikfelder im Untersuchungszeitraum waren der Kampf gegen Studiengebühren und für Verbesserungen bzw. Erhalt des staatlichen Gesundheitssystems *NHS (National Health Service)*, Arbeitslosigkeit, Armut, Renten, Löhne usw. Problematisiert werden diese Themen von der Linken v.a. als Privatisierung und Vermarktwirtschaftlichung im Kontext des Neoliberalismus *New Labours*, aber auch im Kontext von Globalisierung und der EU-Integration. Auch Gewerkschaftsarbeit ist, selbst wenn sie gerade nicht akut im Vordergrund steht, ein immer präsen-tes Thema. Die Parteizeitungen berichten regelmäßig und ausführlich über Arbeitsbedingungen, betriebliche Auseinandersetzungen und Streiks, aber auch internationale soziale Themen. Den Höhepunkt internationalistisch-sozialpolitischen Protests bildete das G8-Treffen 2005 im schottischen Gleneagles. Die gemäßigte Linke startete die Kampagne *Make Poverty History*, für die der Rockstar Bob Geldof weltweit Konzerte organisierte, um an



die G8 zu appellieren, nachhaltige Schritte zur Verringerung der Armut in Afrika einzuleiten. Unzählige NGOs, Wohltätigkeitsorganisationen und christliche Gruppen beteiligten sich, während die revolutionäre Linke ihre Proteste unter dem Motto *Make Capitalism History* dagegen stellte.

Ein weiterer Schwerpunkt sind Umweltthemen wie Gen-Food, Klimawandel, Straßenbau und Tierrechte. Großbritannien hat die wohl größte, bestorganisierte und am breitesten unterstützte Umweltbewegung der Welt. Eine deutlich größere Sensibilisierung für Umweltprobleme besteht jedoch im libertären Lager, während die sozialistischen Gruppierungen deutlich größeres Interesse an *bread-and-butter-actions* haben. Umweltschutz ist für die britische (libertäre) Linke viel wichtiger als für die deutsche. Wie schon erwähnt, waren auch die Proteste gegen Straßenbauprojekte eine Angelegenheit der anarchistischen und ökologischen Gruppen. Besonders radikal und im britischen Anarchismus besonders häufig anzutreffen sind TierrechtlerInnen – in Deutschland ein weit weniger wichtiges Phänomen. Diese blicken auf eine lange Tradition bis ins 19. Jahrhundert zurück. Als Motivationen kommen zu Tierversuchen oder Massentierhaltung auch typische britische Faktoren. So entstand die militante *Animal Liberation Front*, auf deren Konto Bombenanschläge und Brand-Attacken gehen, aus einer Gruppe von Fuchsjagd-Saboteuren. Im libertären Lager verbinden sich die Sensibilisierung für Umweltthemen mit der gelegentlichen Neigung zum Spiritualismus und der weitverbreiteten Konsumkritik – alles Ausdruck der vorrangig moralischen Fundierung der britischen Linken.

Die letzte größere Gruppe von zusammengehörigen Themen entstammen dem Bereich Law and Order. Kritisiert werden Entwicklungen, die zur Beschneidung bürgerlicher Grund- und Freiheitsrechte führten wie der *Public Order and Criminal Justice Act*⁹, *ASBOs*¹⁰, Angriffe auf das Abtreibungsrecht, sowie Fragen aus dem Bereich selbstbestimmter Lebensformen (Wohnprojekte, Hausbesetzungen). Ganz im Vordergrund standen die Gesetzesverschärfungen nach dem 11. September 2001. Auch diese Themen stehen im Schatten des Krieges, da in Großbritannien wie in anderen Ländern auch nach den Anschlägen eine so genannte Anti-Terror-Gesetzgebung zur Beschneidung von Grund- und Freiheitsrechten geführt hat, beispielsweise dem Recht der Polizei jede „verdächtige“ Person anzuhalten, zu durchsuchen, datentechnisch zu erfassen und des Platzes zu verweisen. In diesem Zusammenhang wird von der Regierung Blair die Einführung eines Personalausweises betrieben, den es bisher in Großbritannien nicht gab. Diese Pläne rufen breiten Widerstand hervor, in dem sich Linke wie auch viele Liberale einig sind. Mit den Pässen könne kein Anschlag verhindert werden, stattdessen entstehe aber eine landesweite Bilddatenbank aller Briten. Es wird befürchtet, dass angesichts der in Großbritannien teilweise flächendeckenden Videoüberwachung und der technisch immer ausgereifteren Möglichkeiten der softwaregesteuerten automatischen Gesichts- und Verhaltenserkennung eine absolute Kontrolle möglich wird.

Stop the War und der Flirt mit dem Islam

Die Proteste gegen den Irakkrieg der USA und ihrer Verbündeten, zu denen an erster Stelle Großbritannien gehört, führten zu einer Welle von Protest, wie sie Großbritannien zuvor nicht erlebt hatte. Zum europaweiten Aktionstag, dem Höhepunkt der Mobilisierung gegen den Krieg am 15. Februar

2003 strömten mehr als eine Million Menschen (nach anderen Schätzungen bis zu 2 Mio.) in London zusammen, um ihre Kritik an der Kriegspolitik auf die Straße zu tragen. Übereinstimmend berichteten Teilnehmer über die Begeisterung, die von einer so großen Kampagne ausging. Neben der schier großen Größe wurde v. a. angemerkt, dass viele „neue“, also junge, unpolitische, muslimische, nicht linke und nicht organisierte Menschen an den Protesten beteiligt waren.

Dazu wird der Aspekt der Übereinstimmung im gemeinsamen Protest betont. Auf den Demonstrationen und zum Teil auch in lokalen Antikriegskomitees trafen sich – eine erwähnenswerte Ausnahme – libertäre wie sozialistische Linke. Hauptorganisatorin des landesweiten Protests war die *Stop the War Coalition*. In London und in vielen anderen Städten gründeten sich damals gleichnamige Bündnisse mit dem Ziel, einen Angriff auf den Irak zu verhindern, bzw. nach Ausbruch des Krieges, den Rückzug der Truppen zu erreichen. In der *Stop the War Coalition* fand sich ein neuartiges Bündnis zusammen. Es war (und ist) dominiert von Linkskräften von *SWP* und *CND*, aber auch *SCG* und *Socialist Action*. Im Lenkungsausschuss sind Galionsfiguren der Linken, wie Tony Benn, George Galloway und Tariq Ali vertreten, ebenso Gewerkschaften und Mitglieder verschiedenster Kampagnen und NGOs. Das eigentlich Neue bestand jedoch in der Beteiligung muslimischer AktivistInnen und Organisationen, v. a. in Gestalt der *Muslim Association of Britain (MAB)*, die eine tragende Rolle in der *Stop the War Coalition* spielte. Daraus ergaben sich ein großes Mobilisierungspotenzial aber auch Spannungen innerhalb der Linken. Viele AktivistInnen, besonders die in der *Stop the War Coalition* organisierten bzw. die ihr nahestehenden Organisationen, begrüßten die breite Basis dieser Bewegung. Denn sie konzedieren, dass mit dem „Krieg gegen den Terror“ auch eine Welle anti-islamischer Ressentiments einhergehe. Die Involvierung von Muslimen (typischerweise wird von der *Muslim community* gesprochen) wird zudem als ein positiver Schritt gesehen, der die Muslime politisiere, sie in die Lage versetze, sich gegen das als zunehmend rassistisch empfundene Klima zu wehren.

Es gibt jedoch auch Kräfte, die dieser Zusammenarbeit kritisch bis ablehnend gegenüberstehen, sich aber in der Minderzahl zu befinden scheinen. Denn während die antirassistische Grundorientierung klar und einigend ist, teilt die Linke doch mit vielen der muslimischen Protestierenden, so wird von Kritikern argumentiert, nur recht wenig.

Für die *AWL* kommt Zusammenarbeit mit islamischen, religiös definierten Organisationen nicht in Frage, weil sie zum Teil für rückwärtsgewandte, religiös-fundamentalistische Positionen stehen oder zumindest eine große Nähe zu diese verkörpernden Institutionen aufweisen.

Für die *AWL* kommt die Zusammenarbeit mit der *MAB* fast der Zusammenarbeit mit FaschistInnen gleich. Ähnliche Kritik kommt von den AnarchistInnen von *Class War*. BefürworterInnen der Bündnispolitik hingegen verweisen auf die *MAB*-Aktivistin Salma Yaqoob und betonen, dass diese fortschrittliche Positionen vertrete.

Ein wichtiger Motor hinter dieser neuen, umstrittenen Liaison ist die taktische Entscheidung der *SWP* und der Organisationen, in denen sie mitarbeitet, den Kampf gegen Islamophobie in den Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit zu rücken. Dies drückt sich am deutlichsten in ihrem Slogan „Defend the Muslim community!“ aus. Die inhaltliche Begründung folgt der Antiimperialismusideologie (Aufteilung



der Welt in zwei antagonistische Lager) in kleinerem Maßstab. Die Muslime wurden als die Minderheit ausgemacht, die von der angenommenen Welle staatlichen Rassismus derzeit am meisten bedroht seien, demzufolge seien sie kritisch, aber bedingungslos zu unterstützen. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt aber, wie schnell aus einer solchen möglicherweise strategisch begründeten Entscheidung fast eine Obsession werden kann. Dazu einige Beispiele.

Da wäre zunächst der Fall Ramadan. Tarik Ramadan ist islamistischer Theologe und gehört in mancher Hinsicht zu den aufgeklärteren Vertretern der islamischen Theologie, weil er sich für die Integration von Muslimen in der westlichen Welt einsetzt. Trotzdem ist er immer wieder Ziel von Vorwürfen, er sei antisemitisch eingestellt und lehne Menschenrechtsverletzungen aus der Sharia wie die Steinigung oder das Abhacken der Hand als Strafe für Diebstahl nicht ab. Aufgrund dieser Vorwürfe forderte die *National Union of Students (NUS)* im Jahre 2004 seinen Ausschluss vom Europäischen Sozialforum, wo er in einem Panel über Menschenrechte sprechen sollte. Gegen diese Ausladung sprach sich der *Respect*-MP George Galloway vehement aus. KritikerInnen in seinem Sinne sahen in der Forderung Islamophobie, aber keine berechtigte Kritik an reaktionären Positionen.

Die gänzliche Unvereinbarkeit der beiden Sichtweisen erinnert an die deutsche Diskussion (und Diskussionsabwehr) um linken Antisemitismus. Die *NUS* war daraufhin wiederholt Schauplatz ähnlicher Auseinandersetzungen. *SWP*-nahe (*Socialist Worker Students Society*) und *Socialist-Action*-nahe (*Student Broad Left*) Organisationen verbündeten sich mit der islamischen *FOSIS*-Fraktion (*Federation of Student Islamic Societies*) und wurden hart von *AWL*-nahen Kräften dafür angegriffen, denn die islamisch-linke Koalition sprach sich u. a. gegen säkulare Bildung aus. Auch umstritten waren, entlang der bekannten Konfliktlinien, die Haltung zum Iran und zum Holocaustgedenktag, den die links-islamische Koalition ablehnte – wohl um mit dem Shoahgedenken nicht die Gegenseite im Nahostkonflikt zusätzlich zu legitimieren.

Noch klarer als im Fall Ramadan wurden die verschiedenen Positionen zur Koalition aus Linker und Islam im Fall der Einladung des Islamisten Yussuf al-Qaradawi durch den Londoner Bürgermeister Ken Livingston. Qaradawis Inkompatibilität mit linken Kernvorstellungen ist für die *AWL* und andere KritikerInnen umso deutlicher. Er rechtfertigte, so die Anklage, Selbstmordattentate, billige Genitalverstümmelung und sei homophob. Die auch von anderer Seite, bspw. dem *Board of Deputies of British Jews*, vorgelegte Kritik, fand kein Gehör bei Livingston. Vielmehr nahm dieser den Eingeladenen gegen alle Kritik in Schutz und bezeichnete die gut belegten Vorwürfe als Lügen. Ein weiteres Beispiel ist die Einladung eines Vertreters der terroristischen religiös-fundamentalistischen Mahdi-Armee des irakischen Schiiten Al-Sadr zu einer Anti-Kriegs-Konferenz.

Den hinter diesen Erscheinungen liegenden Einstellungswandel, insbesondere die positive emotionale Besetzung des Islam in Teilen der britischen Linken, konnte man in aller Deutlichkeit bei Ereignissen des Jahres 2006 verfolgen. Die Konferenz *Marxism 2006* der *Socialist Workers' Party* stand ganz im Zeichen der Nähe zum Islam. Unzählige Redner forderten „Defend the Muslims“ und bekamen dafür laute Ovationen, mit einer Begeisterung, wie sie – außer Palästina – kaum ein anderes Thema zu erzeugen vermochte. Redner auf der Abschlussveranstaltung war auch Azzam Tamimi.

Dieser bekannte vor den hunderten versammelter Anhänger „Ich war mein Leben lang Mitglied der Moslebrüder unterstützt die Hamas. Darauf bin ich stolz.“. Die Reaktion des Publikums war eine Welle der Begeisterung. Fast alle Anwesenden standen zum Beifall auf, laute Jubelrufe durchdrangen den Saal – als Folge des Bekenntnisses zu einer autoritären, fundamentalistischen, frauenfeindlichen, antiliberalen und antisemitischen Organisation.

In einem anderen Panel zum Thema „Islamophobia and the rise of the new racism“ wurde über eine Entscheidung der kanadischen Schwesterorganisation der *SWP* berichtet. Diese unterstützte die Forderung muslimischer Organisationen nach Einführung einer Scharia-basierten zivilen Gerichtsbarkeit für Muslime in Kanada. Unterschiedliche Begründungen wurden in der Diskussion vorgebracht und mit lautem Beifall bedacht. Zunächst wurde darauf hingewiesen, dass anderen Religionen in Kanada religiöse Schiedsgerichtsbarkeit zustehe, Muslimen aber nicht, was Ausdruck der herrschenden Islamophobie sei. Eine andere Sprecherin hob hervor, dass sie selbst auch lieber nicht von einem „kapitalistischen Gericht“ stehen möchte, womit sie implizit die islamischen Schiedsgerichte zu nicht- oder antikapitalistischen erklärte, und brachte somit eine öffentliche Wertschätzung religiöser Gerichte zum Ausdruck. Aufschlussreich war auch die Reaktion auf den Kommentar eines Diskussionsteilnehmers aus dem Publikum. Dieser, selbst Mitglied einer konkurrierenden trotzkistischen Organisation, forderte eine Unterscheidung zwischen dem Kampf gegen Islamophobie und dem Sich-zu-eigen-machen sämtlicher Forderungen von Muslimen. Stattdessen bestand er auf der säkularen Tradition der Linken, forderte sämtliche Rechte für alle Glaubensrichtungen zu wahren, sich aber für eine laizistische Gesellschaftsausrichtung stark zu machen. Sein Beitrag wurde nur von vereinzelt Personen mit Beifall bedacht, rief aber viel Widerspruch hervor.

Der sich hier abzeichnende Prozess ist eine mehrstufige Entwicklung. An ihrem Beginn steht die Identifikation einer Gruppe, die als Opfer, aber auch als potentielle UnterstützerInnen-Basis für das eigene Projekt wahrgenommen wird. Im Laufe der Annäherung zwischen den Gruppen kommt es zur zunächst strategischen Übernahme von Positionen, aber auch zur allgemeinen Identifikation mit der Gruppe und ihren Symbolen und Inhalten.¹¹ Am Ende besteht die Option einer Überidentifizierung, die die Grenzen zwischen dem Selbst und dem Objekt der Identifikation verwischt und zum einschneidenden Wandel der eigenen Identität führt. In diesem Fall besteht der Identitätswandel in einer Zurückdrängung des Stellenwertes von Säkularismus zugunsten einer Aufwertung von Religion als Ausgangspunkt gesellschaftlicher Veränderungen. Linke, die diesen Wandel nicht mitgemacht haben, werden beispielsweise die Frage nach der mögliche Einführung islamischer Schulen innerhalb eines Fortschritts-Säkularismus-Deutungsmusters (religiös = rückschrittlich, säkular = fortschrittlich) kritisieren, während diejenigen, die diesen Konversionsprozess durchlaufen haben, die Frage in einem Deutungsmuster von Antirassismus oder Antiislamismus wahrnehmen, der Religionskritik verdrängt.

Die Kritiker des Flirts mit dem Islam beziehen sich nicht in erster Linie auf die muslimischen Organisationen als solche, sondern auf jene Linken, die die Konfliktthemen umgehen und dafür opportunistischer Gründe beschuldigt werden.



Es gibt kaum Anzeichen dafür, dass um dieses Thema eine ernsthafte und befriedigende Debatte geführt wird, manch einer bedauert deren Fehlen explizit. Wie erwähnt, überwiegt die positive Wertung des *empowering* der Muslime gegenüber der als rassistisch empfundenen Umwelt. Aus diesen Gründen gibt es in der britischen Linken auch eine tendenziell freundlichere Position gegenüber muslimischen Distinktionssymbolen wie dem Schleier als z. B. in Frankreich.

Diese Problematik beschränkt sich jedoch nicht auf die *SWP*. Ähnliche Diskussionen spielen sich auch in der *Labour*-Linken ab. Auf der Jahreskonferenz von *Labour Against the War*, so kritisiert ein Bericht, sei zu häufig die Forderung, einen Krieg gegen den Iran zu verhindern, damit verknüpft worden, die „iranische Demokratie“ zu loben.

Den Hintergrund dafür bildet wahrscheinlich die insgesamt hohe Sensibilisierung der britischen Linken für das Thema Rassismus und Kolonialismus. Die Identifizierung mit den MuslimInnen schloss jedoch auch eine Vielzahl von Kontakten und Kooperation mit dem Islamismus ein. Dass dessen Positionen, von der Auslöschung Israels bis zur Feindschaft gegenüber individuellen Freiheitsrechten, akzeptiert werden und ihnen immer wieder an prominenter Stelle Podien geboten werden (v. a. durch die *SWP*), legt den Schluss nahe, dass es mittlerweile auch ideologische Überschneidungen gibt, bzw. diese sich entwickeln.

Das hier beschriebene Mischungsverhältnis von Strategie, Opportunismus und ideologischer Übereinstimmung zwischen der Linken und dem politischen Islam und Islamismus lässt sich schwer bestimmen; sicher ist, dass bei einem großen Teil der anti-imperialistischen Linken verschiedene Komponenten zusammenkommen. Die geschilderten emotionalen und explizit-inhaltlichen Bezugnahmen auf religiöse, nationalistische, antisemitische Organisationen sprechen für große Schnittmengen. Auf Leitungs- und Ideologenebene wird dies jedoch meist verklärt, indem der anti-linke Charakter der betreffenden Organisationen wie der *MAB* gelegnet oder die Zusammenarbeit als Cover für andere Ziele strategisch begründet wird. Eine Vertreterin der deutschen *SWP*-Schwesterorganisation *Linksruck* z. B. sieht dieses Bündnis vorrangig als „Eintrittskarte“ in die arabische Welt, um dann dort letztlich doch genuin linke Organisationen unterstützen oder aufbauen zu können. Die Person George Galloway stellt in ihrer so derben und homogenisierenden Anbiederung an Islam und AraberInnen deshalb ein besonderes krasses Extrem dar. Einen Gegenpol bildet neben der *AWL* die libertäre Linke, die in ihrer Grundorientierung auf individuelle Freiheiten und ihrer Expressivität nicht für Bündnisse mit religiösen Gruppen anfällig ist.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Krieg im gesamten Untersuchungszeitraum im Zentrum des Interesses stand und sowohl Auslöser für Diskussionen war als auch, im Zusammenhang mit der Gründung von *Respect* aus einer links-muslimischen Koalition, Anlass für strukturelle Wandlungen der Situation der britischen Linken. Diese Wandlungen auf Organisationsebene haben ein Korrelat in der Ideologie und bestehen im Einzelnen in der Aufwertung der Religion, insbesondere des Islam, und einer tendenziellen Abwendung vom traditionellen marxistisch-universalistischen, nicht kulturrelativistischen Säkularismus und Antisemitismus im Dienste einer antiimperialistischen Einheitsfront.

Antirassismus

Die Rassismusproblematik wird hauptsächlich auf aus Asien stammende MigrantInnen bezogen. Zu negativer Berühmtheit gelangte in den sechziger und siebziger Jahren das so genannte *Paki-bashing*, die systematische Gewalt gegen asiatische Einwanderer durch rassistische Schlägertrupps. Diese stehen entsprechend im Fokus antirassistischer Arbeit. Immer wieder kam es zu rassistischen Gewaltausbrüchen bei gleichzeitiger institutioneller Diskriminierung und in diesem Zusammenhang auch zu großen Kampagnen der britischen Linken gegen diese Missstände, z. B. mit *Rock Against Racism*-Konzerten.

Die größte Kontinuität ist in der antifaschistischen und antirassistischen Arbeit durch das investigative Magazin *Searchlight* gegeben. Verschiedene Kampagnen entstanden sonst immer wieder anlassbezogen. Aktuell gibt es Aktivitäten gegen die rechte *British National Party* durch Organisationen wie *Unite against Fascism* und die *Anti-Nazi League*. Während hinter der *UAF* auch viele honorige Personen, u. a. eine große Zahl von Unterhausabgeordneten stehen, gibt es auch noch, allerdings in viel geringerem Maße als in der Bundesrepublik, autonome antifaschistische Gruppen, z. B. die Londoner *Antifa*. Doch gerade im Untersuchungszeitraum war die tatsächlich gegen die extreme Rechte gewandte Arbeit weitaus weniger wichtig als der Kampf gegen gesamtgesellschaftlichen Rassismus. Wie gezeigt wurde, gelten aktuell besonders Muslime als davon betroffen. Allgemeiner Konsens scheint darüber zu bestehen, dass die Entwicklungen nach dem 11.9.2001 zu einer Verschärfung des Rassismus gegen Muslime beigetragen haben. Aktivitäten, und sei es nur verbaler Art, gegen die rechten Tendenzen des Islamismus, die immerhin manchen Gegner von Islamfaschismus sprechen lassen, gibt es wie beschrieben nur von kleinen Gruppen und Einzelpersonen.

Mehrfach als wichtiges aktuelles Thema genannt wurden auch die Situation Asylsuchender und im Besonderen der Protest gegen das Abschiebelager *Dungable* und das Gefängnis *Belmarsh*, in welchem „terrorverdächtige“ AusländerInnen ohne Verfahren festgehalten werden, was einige AktivistInnen dazu bringt, unter Anspielung auf das Gefangenenlager der USA auf Kuba vom „britischen Guantanamo“ zu sprechen.

Dass Antirassismus zu den wichtigen konstitutiven Elementen der gesamten britischen Linken gehört, zeigt sich auch bei Themenfeldern, die damit scheinbar nicht zusammenhängen. So gewann ein Schwulen-Aktivist in vielen Jahren des Engagements den Eindruck, dass seine Thematik (Kampf gegen Homophobie) deutlich weniger Resonanz findet als Antirassismus. Homophobiekritik passt nicht so gut in die wichtigen Deutungsmuster der antikolonialismus- und antirassismusgeprägten Linken. Schwulen-AktivistInnen werden deshalb immer wieder mit Rassismusvorwürfen konfrontiert, wenn sie bspw. die Reggae-Szene für ihre Homophobie angreifen. Diese Szene ist so militant schwulenfeindlich, dass es immer wieder zu Mordaufrufen gegen Homosexuelle kommt. Die Kritik daran wird aber von einigen als Aufweicheung der Front gegen den Rassismus gesehen, da ImmigrantInnen aus der Karibik auch Ziel rassistischer Diskriminierung seien. Mehrere Artikel im linksliberalen *Guardian*, aber auch in der *SWP*-Zeitung *Socialist Worker* argumentierten in diese Richtung. Ziel der Angriffe war immer wieder der



linke *OutRage!*-Aktivist Peter Tatchell. Er ist Mitglied der Grünen, aber bekennender Linker, seit vielen Jahren in Menschenrechts- und Antirassismuarbeit involviert und doch Zielscheibe von Rassismusrwürfen, weil er und seine Gruppe erfolgreich Auftrittsverbote und Strafverfolgung für „*Jamaican murder music*“ forderten.

Aus der hohen Sensibilisierung für Rassismus wurde also, wie schon am Beispiel der Zusammenarbeit mit MuslimInnen gezeigt, eine Tendenz der Übersensibilisierung bzw. Überidentifizierung, die sich in Widerspruch zum linken Universalismus begibt und bestimmte Gruppen von Diskriminierten oder Verfolgten auf Kosten anderer bevorzugt. Letztendlich konkurrieren hier zwei Deutungsmuster miteinander. Derzeit ist der (Anti-)Rassismusframe in der Linken prominenter als universalistische Deutungsmuster, die andere Diskriminierungsformen wahrzunehmen in der Lage sind. Von diesem Antirassismusframe ausgehend ist sogar Fraternisierung mit explizit rechten (homophoben, antisemitischen, radikalislamischen) Positionen in Teilen der antiimperialistischen Linken legitim geworden.

Kultureller Background

Die Linke, wie sie hier bisher dargestellt wurde, erscheint als heterogene Zusammenfassung zerstrittener Gruppen mit vielfältigen Interessen. Bedeutende formative Elemente kommen jedoch ebenfalls deutlich zum Vorschein. Als immer präsente Bezugspunkte bilden sie den kulturellen Background des Agierens der Linken, einen Traditionsbestand. Zu diesem kulturellen Background gehört der schon erläuterte Antirassismus, der zugleich auch aktuelles Handlungsfeld ist. Eine andere Rolle spielen konkrete Kämpfe und Kampagnen, die prägende Erlebnisse für die Linke darstellten, weil sie es schafften, eine große lagerübergreifende Einigkeit herzustellen (*poll tax rebellion*) oder aber trotz aller Solidarisierung eine tiefgreifende und weiter schwächende Niederlage darstellten (Bergarbeiterstreik).

Hinter der *poll tax rebellion* steht der Kampf gegen die *poll tax* oder *community charge*. Dies war eine einkommensunabhängige lokale Kopfsteuer, deren versuchte Einführung 1990 mit zum Ende der Ära Thatcher beitrug. Es kam damals in ganz Großbritannien zu Massenprotesten. Die Steuer wurde schließlich 1993 durch die council tax ersetzt, nach dem viele Briten die Zahlung der poll tax verweigerten. Tommy Sheridan, die Ikone des schottischen Sozialismus und Abgeordneter der SSP, saß wegen der Zahlungsverweigerung sogar im Gefängnis und schuf damit die Voraussetzungen für seine Popularität und seine Wahlerfolge in Schottland.

Ein weiteres formatives Ereignis dieser Art, allerdings deutlicher für die sozialistische Linke, war der Bergarbeiterstreik 1984/85, der in der Rückerinnerung mancher ein letztes Aufbäumen der Arbeiterbewegung gegen ihre Zerschlagung in der Ära Thatcher darstellt. Dies führt zu einem weiteren wichtigen Punkt, der Rolle der Gewerkschaften und der Bedeutung eines zentralen Konzeptes der Linken: (*working*) *class*.

Die Linke und die Gewerkschaften

Viele sozialistischen AktivistInnen engagieren sich nicht nur in der jeweiligen Gruppe oder Partei, sondern auch zusätzlich in den Gewerkschaften. Es steht aber noch mehr dahinter als die traditionelle Verwurzelung der Linken in der Arbei-

terInnenbewegung. Dabei geht es um die Rolle der Gewerkschaften in der *Labour Party*, die mit ihrer durch das Mehrheitswahlrecht zementierten Position kaum linke Konkurrenz neben sich zulässt. Die *Labour Party* wurde u.a. von den Gewerkschaften gegründet und finanziert sich zum großen Teil durch Beiträge der Gewerkschaften, die auch über einen großen Teil der Stimmen auf der *Labour Party Conference*, dem jährlichen Parteikongress, verfügen. Gewerkschaftliches Engagement stellte somit traditionell eine Möglichkeit dar, die Partei zu beeinflussen, was auf dem alternativen Wege – über Strukturen innerparteilicher Einflussnahme von der Basis aus – im Fall Labours als hoffnungslos eingeschätzt wird, gerade wegen zunehmend zentraler Steuerung der Partei und abnehmender Basisaktivitäten.

In einzelnen Gewerkschaften und in der Linken wurde deshalb darüber diskutiert, die Bindungen zu *Labour* zu lösen. So wurde die Affilierung der Transport-Gewerkschaft RMT seitens der *Labour Party* beendet, weil die RMT ihren lokalen Gliederungen freistellte, welchen Kandidaten oder welche Kandidatin sie bei Wahlen unterstützen. In anderen Gewerkschaften, bspw. der GMB, einer der vier größten landesweiten Gewerkschaften, wird darüber nachgedacht, die Haltung zu *Labour* zu verändern und Unterstützung nicht mehr als Blanko-Scheck zu liefern, sondern von konkreter inhaltlicher Übereinstimmung mit den jeweiligen KandidatInnen abhängig zu machen. Die Feuerwehrgewerkschaft FBU löste sich von *Labour*. Die *Scottish Socialist Party* betreibt eine Kampagne, die das Ziel hat, Gewerkschaften zur Lösung von *Labour* zu ermutigen und sie dazu zu bewegen, ihr finanzielle Unterstützung der Linken zukommen zu lassen. Die ist auch notwendig im Hinblick auf die angestrebte Schaffung von Wahlalternativen zu *Labour* wie der Anti-Kriegs-Partei *Respect*.

Die *SWP/Respect* gelten als etwas weniger stark in den Gewerkschaften verwurzelt als ihre Konkurrenten bspw. von der *Socialist Party*, deren Mitglieder in den Vorständen mehrerer großer Gewerkschaften vertreten sind. Zudem lagen die Schwerpunkte des *SWP*-Engagements bei internationalistischen, antiimperialistischen Themen. Man ist jedoch auch in der *SWP* bestrebt mit der „Organising for Fighting Unions Conference“ diesen Schwachpunkt abzustellen und mehr Gewerkschaften zu ermutigen, den endgültigen Bruch mit (*New*) *Labour* zu wagen.

Natürlich ist auch in Großbritannien mit der Neuen Linken und 1968 eine postmaterialistische, nicht mehr so sehr klassenbasierte und -bezogene Linke entstanden, doch diese libertäre Linke befand sich immer in Konkurrenz zum klassischen und dominanten *labourism* oder *workerism*. Seit den achtziger Jahren gewinnt die traditionelle Politik sogar wieder an Terrain.

Klasse

Quantitativ in dieser Studie mindestens ebenso bedeutsam wie der Bezug auf Gewerkschaften, war die Verwendung des Klassenkonzeptes, ein weiteres Anzeichen für die eher traditionskommunistische Orientierung des Sozialismus in Großbritannien. Hier ist ein generell hohes Klassenbewusstsein charakteristisch, speziell in der Linken. Der Begriff der Klasse ist hier nicht aus der Mode gekommen, hat nicht so sehr den Geruch des Überkommenen oder Angestaubten wie in der Bundesrepublik. Die Kooperation mit Muslimen bspw. wird gelegentlich als Kooperation mit muslimischen Arbei-



Innen begründet, bzw. mit der Zugehörigkeit der meisten Muslime zur ArbeiterInnenklasse:

Festzuhalten ist, dass das Konzept Klasse die Linke eint und nicht nur eine Grundkategorie ideologisch marxistisch oder leninistisch orientierter Gruppen ist, sondern auch für die anarchistische Szene, die zwischen *Klassenkampf-Anarchisten* oder *Sozialanarchisten* auf der einen und *Lifestyle-Anarchisten* auf der anderen Seite unterscheidet. Bei dieser Unterscheidung geht es um die Frage, ob der politische Kampf „nur“ um Lebensstilfragen und persönliche Befreiung oder im Kontext einer Auseinandersetzung zwischen gesellschaftlichen Klassen stattfindet. Eine der bedeutendsten anarchistischen Gruppen heißt dementsprechend *Class War (Klassenkrieg)*. Letztendlich kennzeichnet den größten Teil der Linken, aber besonders das sozialistische Lager ein sogenannter uncritical, *workerism*: eine Gewissheit, ja fast Heilserwartung an die Rolle der Arbeiterinnen und Arbeiter. „*Working class*“ ist trotz der geringen Anerkennung der *far left* in eben jener, das ultimative positive Attribut, die Letztbegründung für das eigene Engagement.

Anti-Imperialismus und die USA

Eine andere Grundbegrifflichkeit, die dem eher am deutschen Diskurs geschulten Beobachter ins Auge fällt, ist die Häufigkeit des Begriffs des (Anti-)Imperialismus. Hier ist klar die Leninsche Tradition zu spüren, die aber auch bis ins libertäre Lager hinein wirkt. Der Begriff des Antiimperialismus repräsentiert ein, innerhalb der Linken z. T. auch kritisiertes, weltpolitisches Lagerdenken, welches bei allen Konflikten die Entscheidung für eine Seite, nämlich die als antiimperialistisch betrachtete, impliziert, wie auch immer die konkrete Politik des jeweiligen antiimperialistischen Lagers aussehen mag. Dazu gehört z. B. eine Unterstützung nationaler Befreiungskämpfe. Klar scheint im derzeitigen Diskurs, dass die imperiale Seite die USA darstellen (wenn auch sekundiert von Großbritannien), was sich in der Anti-Kriegs-Politik manifestiert. Überwiegend wird der Irakkrieg als imperialistisch empfunden, somit der Widerstand gegen die Besetzung von den AntiimperialistInnen unterstützt. Folgerichtig forderte die Stop the War Coalition nach dem Krieg den sofortigen Truppenabzug, obwohl es in der Linken durchaus unterschiedliche Positionen zur „Unterstützungswürdigkeit“ des irakischen Widerstandes gibt.

Auch hier ist es wieder die *SWP*, die in ihrer Positionierung die größte Eindeutigkeit zeigt. Sie fordert die klare Solidarisierung mit dem irakischen Widerstand. Etwas unentschlossener zeigt sich die *CPGB*. In ihrer Zeitung *Weekly Worker* forderte sie, bestenfalls kurzfristige und episodenhafte Zusammenarbeit mit dem irakischen Widerstand gegen den Hauptfeind, die Besatzungsmächte, betont aber die tiefgreifenden Widersprüche zwischen religiös-fundamentalistischen oder nationalistischen Gruppen und Parteien der Linken. Noch einen Schritt weiter geht hier wieder die *AWL*, die sich unentschlossen zeigt, ob in Anbetracht des Charakters des irakischen Widerstands derzeit überhaupt eine Rückzug der Truppen sinnvoll sei. Sie konzentrieren sich daher auf die Berichterstattung über und Zusammenarbeit mit linken irakischen Organisationen und Gewerkschaften, ohne den „Widerstand“ zu unterstützen.

Wenn auch das antiimperialistische Parteiergreifen gegen die USA, welches die Nichtbeachtung der Gräueltaten des „Widerstands“ beinhaltet, insbesondere im sozialistischen Lager

dominiert, gibt es also doch Widerspruch. Neben der *AWL* sind es vor allem AnarchistInnen, die dem Flirt mit dem Islam genauso skeptisch gegenüberstehen wie der Unterstützung des irakischen Widerstands. Diese nicht so eindimensionalen Positionen sind insgesamt aber marginalisiert. Wer den Antiimperialismus dieser Provenienz nicht teilt, wird oft harsch kritisiert. Es stoßen also zwei verwandte, im Marxismus verwurzelte, aber doch deutlich unterschiedliche Weltansichten aufeinander, letztlich eine klassenkampfzentrierte und die traditionell-antiimperialistische.

Entlang ähnlicher Konfliktlinien verlief die Diskussion um die Reaktion auf die Anschläge gegen die Londoner U-Bahn und einen Bus durch fundamentalistische Muslime am 7. Juli 2005. Damals starben 52 Menschen, über 700 wurden verletzt. Der *SWP* wurde vorgeworfen, sich nicht deutlich genug von den Attentätern distanziert, stattdessen aber die Verbrechen rationalisiert zu haben, in dem sie als Reaktion auf den Imperialismus dargestellt wurden. Damals wies auch noch das antifaschistische Magazin *Searchlight* auf die Ähnlichkeiten zwischen Islamismus und Faschismus hin und warnte vor unkritischer Zusammenarbeit mit der *MAB*. Solche Kritiken werden von der traditionell antiimperialistischen Linken ignoriert oder bekämpft und somit wird die Gegnerschaft zur USA sowie die Unterstützung der Gegner der USA in einem Lagerdualismus zu einer von vielen nicht hinterfragten Grundannahme.

Entscheidend ist die emotional hoch bewertete Gleichsetzung von „Linkssein“ und „Antiamerikanismus“. Die britische Außenpolitik wird nicht nur in ihren spezifischen Inhalten, sondern immer auch als amerikahörig kritisiert.

Die manichäische Eindeutigkeit der Positionsbestimmung reflektiert sich auch auf einer eher bewegungskulturellen Ebene. Sie kommt in dem zum Ausdruck, was – oft ganz ohne Ironie – Predigen vor den Bekehrten genannt wird. Viele politische Veranstaltungen (und hier ist die libertäre und anarchistische Linke ganz explizit herauszunehmen) sind von diesem Stil gekennzeichnet, der tatsächlich an Predigen erinnert. Ein Redner hält eine Rede, die einfach strukturiert ist, viele motivierende emotionale Elemente (kleine Späße, anrührende Erzählungen usw.) enthält und oft die eigene Stärke und moralische Überlegenheit beschwört. Dieser folgt meist keine Diskussion im engeren Sinn. Vielmehr tritt nun eine große Zahl von RednerInnen aus dem Publikum auf, die meist im Sinne des Redners eigene Beiträge bringen, oder nur lose thematisch verbundene gänzlich eigene Anliegen vertreten. Kritik am Hauptredner hingegen kommt fast nicht vor, auch keine weitere Problematisierung oder Elaborierung seiner Thesen. Diese zweite Stufe dauert eine Weile, bis der Hauptredner evtl. noch einige kurze Erwidern gibt, um dann mit einer aufputschenden kleinen Mobilisierungsrede zu schließen.

Innerhalb der Linken gibt es nur eine zaghafte Kritik an der so dominanten extrem traditionalistisch-antiimperialistischen Ausrichtung. Es gibt diese Kritiker im traditionskommunistischen Lager selbst (bei der *CPGB* und der *AWL*). Auch im anarchistischen Spektrum sehen sich modernere, aufgeklärte Linke jenen gegenüber, die in grenzenlosem USA-Hass nur über einfache, manichäische Weltbilder verfügen. Insgesamt scheint dort die Offenheit aber größer zu sein – da man hier nicht so sehr vom orthodox-objektivistischen Erbe eines einfach verstandenen Marxismus geprägt ist. In jüngster Zeit gab es auch Ansätze zu einer Neubestimmung linker



Politik im Sinne dieser Kritik. Verschiedene Publizisten, unter ihnen viele Internetblogger (die bekanntesten sind Norman Geras und Nick Cohen), entwickelten seit einiger Zeit Kritikpunkte, die gewisse Parallelen zu den deutschen Diskussionen aufweisen. Die dahinter stehenden Personen haben politisch-sozialisatorische Hintergründe im Trotzismus oder eher im intellektuellen Linkliberalismus. In publizistischen Beiträgen und ihren Weblogs kritisierten sie u.a. die zu große Nähe von Teilen der Antikriegsbewegung zum Baath-Regime Saddam Husseins im Irak. Sie kritisieren die Linke für ihren Antizionismus, Antisemitismus und Antiamerikanismus. Aus diesem Kreis heraus entstand das *Euston Manifesto*, benannt nach dem Londoner Bahnhof, in dessen Nähe ein Teil der Beteiligten sich im Pub O'Neill's zu Diskussionen traf. Dieses Manifest wurde viel diskutiert, auch in britischen Mainstreamzeitungen und hat sogar ein Echo auf internationaler Ebene gefunden. Mit ihm sollen grundlegende Prinzipien einer erneuerten progressiven Politik spezifiziert werden. Viele Parallelen zu Themen, wie sie in der Bundesrepublik besonders von Antideutschen forciert werden, fallen auf. So ist z. B. das erste der 15 grundlegenden Prinzipien des Manifests ein Bekenntnis zu Demokratie und Liberalismus, die gegen Tyrannei und reaktionäre Regime in Schutz genommen werden. Klar spricht sich das Manifest gegen Kulturrelativismus in Fragen der Menschenrechte aus (also gegen die neue Rücksicht gegenüber dem Islam), gegen Antiamerikanismus und Anti-Zionismus und falsche Rücksicht gegenüber totalitären Bewegungen und Terroristen, die, wenn sie als antiimperialistisch wahrgenommen werden, allzuoft damit rechnen können, dass man ihren Inhalte unkritisch akzeptiert. Gegen die starre Weltsicht des Antiimperialismus zielt ihr Engagement. Besonderen Anlass zur Kritik, die wiederum das *Euston Manifesto* schnell und zu Hauf eingefahren hat, gab die Unterstützung von „humanitären Interventionen“, auch wenn nicht alle – wohl aber die meisten – der UnterstützerInnen zu den Befürwortern des Irakkrieges zählten. Ob aus diesen Impulsen eine Strömung wird, die die Entwicklung der Linken entscheidend beeinflusst, ist noch offen. Bisher ist es nicht angebracht, von neuen Koalitionen zu sprechen. So gibt es zwar Übereinstimmung zwischen *Engage*, *Euston Manifesto*, der *AWL* und *Class War* in der Einschätzung des irakischen Widerstandes oder im Verhältnis der Linken zum Islam. Diese geht auch einher mit einem schlechten Verhältnis aller Erwähnten zur *SWP*. Doch bei anderen Fragen ist bisher keine Übereinstimmung erzielt oder auch nur ernsthaft versucht worden.

Fazit

Die britische Linke ist in zwei große Strömungen gespalten – eine libertär-anarchistische und eine vor allem trotzkistisch geprägte sozialistische Linke. Trotz aller Animositäten zwischen diesen Strömungen und dem gegenseitigen Ignorieren standen die meisten aktuellen Entwicklungen für beide im Zeichen des Krieges gegen den Irak. Auch in einigen Themenschwerpunkten und Hintergrundannahmen erweisen sie sich trotz Differenzen als ähnlich und typisch britisch. Dies betrifft die Grundkategorien und die inhaltlichen Orientierungen (Klassenpolitik, Antirassismus, Antiimperialismus). Aus letzterem ergab sich einer der großen aktuellen Problembereiche – die Zusammenarbeit und Identifikation mit Muslimen als Gruppe. Innerhalb dieser Diskussion wurde eine neue

Konfliktlinie deutlich. Sie verläuft zwischen den traditionell antiimperialistischen Kräften, in deren Zentrum die *SWP* steht, auf der einen Seite, die sich mit Muslimen verbünden, Antiislamismus als Hauptproblem sehen und ihren linken Universalismus in mehrererlei Hinsicht zumindest einschränken – als Anpassungsleistung an den neuen Partner. Auf der anderen Seite stehen verschiedene Kritiker, die in sich aber extrem heterogen sind. Von der strikt leninistischen *CPGB* über die trotzkistische *AWL*, die AnarchistInnen von *Class War* bis hin zu linksliberalen Intellektuellen und den radikalen Bloggern unterschiedlichster Couleur im Umkreis des *Euston Manifesto*.

Diese Spaltung zeigt sich auch beim Thema Krieg und Besatzung, v. a. in der Bewertung des Widerstands im Irak. Diese Konfliktlinie überlagert die anderen Konfliktlinien, ist jedoch noch nicht in der Lage, tatsächliche Lager zu bilden, die die bestehenden Allianzen überwinden.

Nachwort im Dezember 2007

Ein knappes Jahr nach Abfassung des hier in Auszügen abgedruckten Kapitels hat sich einiges getan, wenngleich wohl kaum zum Optimismus stimmende Ereignisse zu vermelden sind.

Die *Labour*-Linke hat die Chance verpasst, bei den Wahlen zum Nachfolger Tony Blairs für einen Richtungswechsel zu sorgen. Uneinigkeit zwischen Michael Meacher und John McDonnell und die allgemeine Schwäche der Parteilinken halfen Gordon Brown bei der Übernahme der Macht und der Beibehaltung der neoliberalen Inhalte.

Außerhalb *Labours* ist die Lage nicht weniger desaströs. In der *Scottish Socialist Party* haben sich letztlich doch wieder die sektiererischen Tendenzen durchgesetzt. Die Partei ist hochgradig zerstritten, viele der Konstituenten haben ihre Mitarbeit aufgekündigt, das Idol Tommy Sheridan und die Parteiführung stritten sich vor Gericht. Folglich schaffte die SSP bei den Wahlen im Mai 2007 nicht den Wiedereinzug ins Parlament.

Die letzte große Ereignis des Jahres war dann der Bruch in *Respect*. George Galloway und mit ihm der traditionalistische muslimische Teil zog sich aus *Respect* zurück um *Respect Renewal* zu gründen. Dass die *SWP* dies nun sogar als Gewinn umzumünzen versucht, weil damit die traditionellen Muslime die Partei verlassen hätten, macht nur noch einmal ihren Opportunismus deutlich. Die Geschwindigkeit ihrer Positionswechsel ist angesichts der Strategie der Umgarnung der Muslime als Muslime, wie sie noch bis Mitte des Jahres propagiert wurde, beeindruckend.

Hoffnung auf eine Verstärkung der gesellschaftlichen Relevanz linker Inhalte gegen die neoliberale Hegemonie macht keine dieser Entwicklungen.

Anmerkungen

- 1 Im Vergleich zu anderen Ländern, insbesondere Deutschland, waren Theorie und Ideologie immer unwichtiger als eine moralische und wertorientierte Fundierung des Linksseins.
- 2 Die Position des national organisers ist wohl am besten mit Geschäftsführer zu übersetzen. Es handelt sich meist um eine Vollzeitkraft aus der oberen Parteihierarchie, die die Partei auch nach außen hin vertritt und die grundlegenden Geschäfte organisiert. Einen eigentlichen Vorsitz gibt es nicht.
- 3 Labour wurde im Jahr 1900 von den Gewerkschaften als politische Repräsentanz der Arbeiterbewegung unter dem Namen Labour Representation Committee (LRC) gegründet und erst 1906 in Labour Party umbenannt.



- 4 D. h., dass Tausende aktiver Sozialistinnen und Sozialisten einer trotzkistisch geprägten Organisation angehören (allein ca. 4 000 Mitglieder der SWP, ein Großteil der Mitglieder der schottischen SSP hat ebenfalls trotzkistische Wurzeln, dazu die unzähligen anderen Kleingruppen), während der Trotzkismus in der Bundesrepublik wohl nur auf einige hundert Aktive kommt.
- 5 Verlässliche Angaben über ihre Mitgliederzahl sind nicht ohne weiteres möglich. Nach eigenen Angaben auf der Partei-Konferenz 2004 habe sie 3 345 „aktuelle Mitglieder“ und 4 240 „eingeschriebene Mitglieder“ Zudem verfügt die Partei über viele Vollzeitbeschäftigte.
- 6 Die Zeitschrift *Class War* hat nach eigenen Angaben eine Auflage von 5 000 Exemplaren.
- 7 Es bestehen folgende Plattformen (Stand 2005): *International Socialist Movement* und *Committee for a Workers' International* (beide Produkte der Spaltung der schottischen *Militant Tendency* im Jahre 1996), *Socialist Worker Platform* (SWP-Schwesterorganisation), *Republican Communist Network*, *Scottish Republican Socialist Movement* (Strömungen mit starker Unabhängigkeitsorientierung), *Workers Unity* (UnabhängigkeitsgegnerInnen), *Communist Party of Great Britain*. Die Plattformen sind aber einem steten Wandlungsprozess unterworfen.
- 8 Zum Zeitpunkt der Niederschrift befindet sich die SSP in einer schweren Krise, in deren Zentrum eine Verleumdungsklage Sheridans gegen die *News of the World* sowie Vorwürfe sein Verhalten gegenüber Abgeordnetenkolleginnen betreffend steht. Dies führte zu gerichtlichen Ermittlungen gegen die Partei und einige Abgeordnete, neuen Fraktionsbildungen und letztlich zu einer massiven Zerreißprobe. Neben den persönlichen oder charakterlichen Aspekten Sheridans, die dabei verhandelt werden, geht es auch um einen Richtungsstreit zwischen traditioneller gewerkschaftsorientierter Klassenkampfpolitik (Sheridan) und VertreterInnen postmaterialistischer Themen wie Feminismus.
- 9 Ein Gesetz, welches die Möglichkeiten direkten polizeilichen Vorgehens gegen Demonstrationen, Hausbesetzungen und so genannte *free parties* oder *raves* verschärft und die Kriminalisierungsschwelle von ehemals als Ordnungswidrigkeit eingestuftem Verhalten deutlich herabsetzt.
- 10 *Anti Social Behaviour Orders*, Verordnungen gegen so genanntes antisoziales Verhalten, die von lokalen Behörden gegen „Gefahren, Belästigung und Bedrängnis“ verhängt werden können – eine Rekriminalisierung bestimmter, bisher tolerierter Abweichungen von Alltagsnormen wie Trunkenheit usw., die von der Linken u. a. wegen ihres Ausgrenzungseffektes gegenüber Minderheiten und Randgruppen kritisiert wird, aber auch zur Kriminalisierung von Demonstrationen und anderen Protestformen zur Anwendung kommt.
- 11 Noch vollständig offen ist die Frage einer Wirkung der Linken und ihrer Ideen und Ziele auf die muslimische Bevölkerung.

Die Situation in Polen und die Rolle der linken Kräfte

Von Klaus-Ulrich Göttner, BAG FIP, AK Mittel- und Osteuropa

Polen hat sich in den zwei Jahren der Machtausübung durch die PiS-Regierung (Partei Recht und Gerechtigkeit) verändert. Die Führung von PiS hat Gefühle der Benachteiligung und des Unrechts in verschiedenen Bevölkerungsschichten mobilisiert, gesellschaftliche und weltanschauliche Widersprüche vertieft, Vorbehalte gefördert, ein Feindbild, die sogenannten Seilschaften von Politikern/Funktionären und Geheimdienstoffizieren der VRP, mit führenden Solidarnosc-Vertretern und Geschäftsleuten geschaffen, und mit ständiger Kampfrhetorik für den notwendigen Druck gesorgt. So ist es gelungen, einem autoritären Regierungsstil als Kennzeichen eines „starken Staates“ in Teilen der Bevölkerung Akzeptanz zu verschaffen.

Unter dieser Losung wurde der Umbau des politischen Systems in Polen zur Zentralisierung und Monopolisierung der Macht in der Hand einer Partei begonnen. Alle wichtigen Exekutivorgane wurden durch eine radikale personelle Auswechslung von der PiS beherrscht. Kriterium war dabei die absolute Hörigkeit gegenüber den Kaczynskis und nicht die

fachliche Kompetenz. Bei Institutionen, wo die Gefahr einer Einschränkung dieser Macht bestand, gab es Versuche, sie zu schwächen bzw. zu verändern (angestrebte Veränderung der Zusammensetzung des Verfassungsgerichtes nach Veränderung des Lustrationsgesetzes; Einschränkung der Unabhängigkeit der Gerichte/Möglichkeit des Justizministers, Richtern Verfahren zu entziehen). Hinzu kommen Schikanen von Gegnern seitens der Staatsanwaltschaften, die Begrenzung der Rechte der territorialen Selbstverwaltung, die Zusammenlegung der Funktion des Justizministers mit der des Generalstaatsanwaltes oder die Beherrschung der Sejm-ausschüsse, in denen die Regierungskoalition die absolute Mehrheit besaß. Damit wurde die Gewaltenteilung als ein wichtiges demokratisches Grundprinzip deformiert und eine parlamentarische sowie außerparlamentarische Kontrolle der Regierung erschwert.

Die Zentralisierung der Macht auf ökonomischem Gebiet ist in der freien Marktwirtschaft schwieriger. Aber durch die Besetzung von Direktorenposten der Nationalbank, anderer Banken, wichtiger staatlicher Unternehmen, wie der LOT, der PZU (Staatliche Versicherung), von Bergwerken usw. mit eignen Leuten und die Drohung mit den Medien wurden wirtschaftliche Organisationen und Privatbetriebe eingeschüchtert.

Die Zentralisierung der Macht auf ideologischem Gebiet erfolgte durch die Beherrschung der öffentlichen Medien. Dazu gab es in den Schaltstellen, wie in den Rundfunk- und Fernsehärten auf der Grundlage entsprechender Gesetzesänderungen einen personellen Austausch. Mitglieder der Opposition waren danach nicht mehr vertreten. PiS hat den Rundfunk- und Fernseharten in ein ihr gefügiges Organ umgewandelt, sich den personellen und programmatischen Zugriff auf die öffentlich-rechtlichen Medien gesichert, und die politische Kontrolle ausgeübt. Die privaten Sender sind durch eine Verstärkung der Kontrolle mit Hilfe politischen bzw. ökonomischen Drucks durch Finanzämter bzw. das Institut für das Nationale Gedenken (polnische Birthler-Behörde) auf Linie gebracht worden. Journalisten, die das Kaczynski-System kritisierten, wurden unter fadenscheinigen Gründen entlassen. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ schätzte jüngst ein, dass Polen von den 27 Mitgliedsländern der EU die geringste Pressefreiheit besitzt. Es liegt von den EU-Ländern mit Platz 56 am Ende, da Pressevergehen kriminalisiert und verfolgt werden.

Feste Stützen für PiS waren die Springer-Blätter „Dziennik“ und „Fakt“ sowie die Medien von Pater Rydzik, wie „Radio Maria“ mit ca. 3 Millionen Hörern täglich und seinen antieuropäischen sowie antsemitischen Ausfällen, dem Fernsehsender „Trwam“ und den Printmedien. Hierzu gehört auch das neu geschaffene Geschichtsbild, das gesondert eingeschätzt werden müsste.

Die Partei Recht und Gerechtigkeit hat sich mit ihrer konfrontativen, aggressiven Politik bemüht, eine Unterordnung der Bürger im Sinne „der Staat hat immer recht“ zu erreichen. Wichtige Instrumente dabei und zur Dekommunisierung waren das Lustrationsgesetz (persönliche Offenlegung der Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten der VRP) und die Antikorruptionsbehörde (CBA). Nach diesem Gesetz sollte ca. eine halbe Million Bürger, die vor 1972 geboren waren, Erklärungen bezüglich ihrer Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten der VRP zwischen dem 22.7.1944 und dem 31.7.1990 abgeben. Bei Weigerung/Falschaussage drohten



sofortige Entlassung, Gefängnis bis zu 8 Jahren und Berufsverbot bis zu 10 Jahren. So sollten politische Gegner ausgeschaltet werden. Bekannte Rektoren, viele Hochschullehrer und Journalisten sowie alte Weggefährten, wie Mazowiecki, Geremek, Bartoszewski, Michnik usw. traten öffentlich dagegen auf und waren dazu nicht bereit. Das Verfassungsgericht hat dann wesentliche Teile des Gesetzes aufgehoben, so dass die Zielstellung, damit Seilschaften aufzudecken und politische Gegner auszuschalten, faktisch gescheitert ist.

Die Antikorruptionsbehörde ist Ermittlungs-, Strafverfolgungs- und Polizeiorgan in einem und darf dazu geheimdienstliche Mittel anwenden. Sie hat Dienststellen in allen Wojewodschaften und untersteht unmittelbar dem Ministerpräsidenten, der den Vorsitzenden beruft. Durch diese neue Behörde sollte gezielt gegen Korruption in der staatlichen Verwaltung und in der Wirtschaft vorgegangen und die Wahrung ökonomischer Interessen des Staates gesichert werden. Sie wurde ebenfalls zur Ausschaltung politischer Gegner genutzt.

Das Institut für Nationales Gedenken (polnische Birthler-Behörde) ist eine öffentliche Einrichtung mit Niederlassungen in den Wojewodschaften, die in den letzten zwei Jahren unter der Losung „die Gesellschaft hat ein Recht auf Wahrheit“ vor allem zur Repression und Erpressung sowie mit im Strafgesetzbuch nicht vorgesehenen Strafen agierte.

Ein weiterer wichtiger Schritt in diese Richtung war die Auflösung des militärischen Geheimdienstes, um mögliche Seilschaften aufzudecken und in der Sowjetunion ausgebildete, noch tätige Offiziere auszuschalten. Dadurch ist in Polen eine Situation des Argwohns voller menschlicher Konflikte und eine damit verbundene Polarisierung entstanden. Es war ein Bürgerkrieg ohne Waffen.

Insgesamt kann man einschätzen, bei PiS hatte die Bekämpfung des politischen Gegners, von postkommunistischen, Geheimdienst-, Solidarnosc- und Unternehmer-Seilschaften, von liberalen Opponenten sowie kritischen Parteimitgliedern Vorrang vor der Arbeit zum Wohle Polens. Ziel der Politik war nicht die Suche nach einem gesellschaftlichen Konsens, sondern die Konfrontation.

Der Chefredakteur der „Gazeta Wyborcza“ schätzte ein: „Die Kaczynski-Partei kolonisiert die öffentlichen und privaten Medien, die Staatsanwaltschaft, die Geheimdienste und versucht es sogar bei Justiz und Verfassungsgericht. Sie will den Staat, sie will die Macht um der Macht willen“.

Aufgrund dieser Lage kam den Wahlen 2007 eine besondere Bedeutung zu. Es wurde mit darüber entschieden, wie sich das Demokratiemodell in Polen weiter entwickelt. Seit im August Neuwahlen immer wahrscheinlicher wurden, bildete sich in den Ministerien ein Klima der Angst heraus, so dass es zu einem Stillstand und einem harten Machtkampf kam. Davon zeugen die Verhaftung des ehemaligen Innenministers (soll Lepper vor Falle/Annahme von Schmiergeld gewarnt haben), des früheren Polizeichefs und des Chefs der PZU durch die zentrale Antikorruptionsbehörde. Kaczynski dazu: „Die Korruption hat die höchsten Etagen der Macht erreicht“. Danach Aufdeckung von Lauschangriffen auf Lepper/Giertych durch das Innenministerium; Beendigung der Regierungskoalition. In diesem Zusammenhang erging ebenfalls ein Haftbefehl gegen den reichsten Unternehmer Polens. Der befand sich im Ausland, konnte also nicht festgenommen werden. Die anderen Beteiligten wurden nach Kautionszahlungen freigelassen. Die Verfahren sind kürzlich einge-

stellt worden. In dieser Atmosphäre und bei unsicheren Siegeschancen für PiS entwickelte sich der Wahlkampf teilweise zu einer Schlammenschlacht mit Schlägen unter die Gürtellinie. Es ging kaum um konkrete Fragen.

Jaroslaw Kaczynski hat keines seiner Wahlversprechen erfüllt. Das wurde einer „erbarmungslosen Opposition“ zur Last gelegt. Er setzte trotzdem wieder auf die gleichen Themen wie 2005. Mit der Benennung/einfachen Beantwortung gesellschaftlicher Probleme wie soziale Schief lagen, ungleiche Entwicklung der Regionen und soziale Versprechungen, wie jährliche Erhöhung der Bezüge von Altersrentnern, Nullsteuer für 10 Millionen Familien mit Kindern (Abschreibung von 1200 Zloty pro Kind), Beibehaltung der niedrigen Steuersätze für Bauern, Gehaltserhöhungen bei Polizisten, beim Grenzschutz, bei Richtern, Ärzten, Krankenschwestern und Lehrern, haben sich die Kaczynskis eine soziale Basis geschaffen. Die Führer der Solidarnosc-Branchenverbände wurden bereits vorher mit der Anhebung der Mindestlöhne auf 1200 Zloty geködert.

Solche Aussagen, wie: „Ihr seid auf der Seite der Reichen, der Großkapitalisten und Oligarchen. Ihr wollt deren in der III. Republik erreichte Positionen verteidigen – wir verteidigen die Opfer der III. Republik!“ Oder: Gewiss seien so manche Wohltaten für das Volk ausgeblieben, deshalb brauche man einen neuen Sejm. Die Gesetzesvorlagen für Mindestlohn, Gehaltserhöhungen ... gebe es bereits auf dem Papier – waren für den PiS-Anhang überzeugend.

Als Trumpf im Wahlkampf haben alle öffentlich-rechtlichen Medien Werbung für Jaroslaw Kaczynski gemacht. PiS präsentierte sich als Speerspitze gegen Korruption und alte kommunistische Seilschaften. Die antideutsche Karte – die Bürgerplattform (PO) sei abhängig von den Deutschen, Verteidiger bei Rückgabeansprüchen deutschstämmiger Spätaussiedler – wurde erneut gezogen, um die PO damit nochmals auszustechen und sich als einzige politische Kraft zu präsentieren, die Polens nationale Interessen verteidigt. Das Institut für Nationales Gedenken hat mit der Publizierung von Listen ehemaliger Mitarbeiter der Sonderdienste aktiv in den Wahlkampf auf der Seite von PiS eingegriffen. Dasselbe trifft auf den Chef der neuen Militärischen Abwehr zu, der einen zweiten Bericht über den kommunistischen MAD veröffentlichte.

Und „Radio Maria“ verkündete landesweit, ein richtiger Katholik könne nur PiS wählen.

Im Wahlkampf wurden, ähnlich wie beim amerikanischen Fernsehduell durchgeführt. Das erste fand zwischen Jaroslaw Kaczynski und dem Organisator des Wahlbündnisses Linke und Demokraten (LiD), Aleksander Kwasniewski statt, obwohl er selbst für LiD nicht kandidiert hat. Auf die Frage, warum er nicht mit Tusk diskutiere, antwortete er, wozu sich mit dem Gehilfen treffen, wenn man mit dem Chef persönlich reden könne. Mit anderen Worten, wer Tusk wählt, wählt Kwasniewski. Also eine Warnung an die konservativen Wähler, denn das könnte einen Rückfall in die Zeit vor 2005 bedeuten.

Bis Mitte Oktober lieferten sich PiS und PO ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Wendepunkt war das Fernsehduell zwischen Kaczynski und Tusk. Tusk ist es gelungen, Kaczynski mit seinen uneingelösten Wahlversprechen sowie den sozialen Problemen im Land in die Ecke zu treiben. Der neoliberale Tusk punktete mit Hinweisen auf die großen Preissteigerungen bei Lebensmitteln, die schwierige Lage auf dem Woh-



nungsmarkt, die massenhafte Arbeitsemigration junger Polen und mit der Verschlechterung der Beziehungen zu Deutschland und zu Russland (so schlecht, wie seit 16 Jahren nicht). Viel Sympathien brachte ihm die Ankündigung eines möglichen Abzuges der polnischen Truppen aus dem Irak und seine Feststellung, „Ich kenne ein Rezept, Irland an der Weichsel zu schaffen und die Menschen nicht ins Ausland zu treiben“ ein. Mit seinem Schlusswort „Ich will ein Polen schaffen, in dem sich nicht nur meine Kinder und Enkel wohlfühlen werden, sondern sogar Sie, Herr Ministerpräsident“ hat er viele überzeugt.

Im Fernsehinterview mit Kwasniewski ist es Tusk ebenfalls gelungen, letzteren in die Defensive zu drängen. Zugleich präsentierte er sich als Oppositionsführer: „Es gibt zwei große Lager, die konservative PiS und die liberale PO. Nur die Bürgerplattform kann ändern, was in Polen geschieht“. Seine Strategie, einen anderen Stil als den der Kaczynskis zu demonstrieren und sie als komplexbeladene Hinterwäldler vorzuführen, hatte Erfolg.

Die Kirchenhierarchie, das Episkopat, hat PiS offiziell nicht unterstützt. Es hat sich gegen Konfrontation, aggressive Regierungsformen und gegen die Entwicklung von Feindbildern ausgesprochen. Was dann vom niederen Klerus in den Kirchen auf dem Land gepredigt wurde, ist sicherlich eine andere Frage. Denn dessen finanzielle Lage hängt von der Bereitschaft der Gläubigen zur Teilnahme am kirchlichen Leben und von ihren Spenden ab.

Das Wahlergebnis ergab einen eindeutigen Sieger, die Bürgerplattform (PO). Sie erhielt 700 000 Stimmen mehr als PO und PiS 2005 zusammen und erreichte in 5 Städten (Warschau, Poznan, Gdansk, Gdynia, Wroclaw) und in 19 Kreisen über 50 Prozent. Ihr Wählerpotenzial kommt vor allem aus den Nord- und Westgebieten Polens, den großen Städten und von der Jugend. Mit höherem Bildungsgrad stieg die Sympathie für die PO. Rund zwei Drittel der ca. 7 Mio Wähler waren neu. Ein bedeutender Teil davon wollte PiS blockieren, andere glaubten, dass die PO eine bessere Regierung sei und vertrauten den sozialen Versprechungen (Lohnerhöhungen, kostenlosen Zugang zum Gesundheitswesen) Tusks am Ende der Wahlkampagne.

Zum ersten Mal haben Bürger, die 1989 geboren wurden, an den Wahlen teilgenommen. Sie interessieren die aus der Zeit vor 1989 abgeleiteten Frontstellungen nicht.

Schwierig kann es für die PO mit der Erhaltung des inhomogenen Wählerpotenzials werden. Einerseits besteht ein wichtiger Anteil ihres Elektors aus jungen, gebildeten Wählern (PO hatte die meisten Wähler unter 25), Vertretern der Intelligenz und ca. 802 000 aus dem Potenzial der Linken (SLD, SDPI, PD), die für eine Modernisierung des Landes, die Zusammenarbeit im Rahmen der EU, für liberale Schritte auf wirtschaftlichem Gebiet eintreten. Dazu kommen ca. 500 000 aus dem Lager der PiS, die sehr konservativ und enttäuscht sind, dass es zu keiner Koalition von PO und PiS kam. Statt dessen wurde die Bauernpartei (PSL) Koalitionspartner der PO.

Mit dem Wahlsieger zieht ein neuer Geist in die Politik ein. Tusk erklärte am Wahlabend: „Wir sind zur Wahl gegangen, damit sich alle im eigenen Haus, im Vaterland besser fühlen, damit die, die ihr Glück und ihre Zufriedenheit im Ausland suchen, wissen, wenn sie einst zurückkehren, dass es wirklich gut in Ordnung ist. Ihr habt Menschen gewählt, die glauben, dass nur die Versöhnung, die gemeinsame Ar-

beit, die gemeinsamen Anstrengungen aller Polen uns Glück und Zufriedenheit bringen.“

Der neue Regierungschef kann sich auf eine sichere Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments stützen. Obwohl Verlierer – besser wäre, nur zweiter Gewinner – hat die PiS im Wahlkampf ihr Wählerpotenzial um ca. 2 Millionen Stimmen ausgebaut. Ihre Wähler sind nur zu 45 Prozent die aus dem Jahre 2005, d. h. sie hat 841 000 Wähler verloren, aber 44 Prozent der Wähler der Liga Polnischer Familien (LPR) und 27 Prozent von der Selbstverteidigung (SO) hinzugewonnen (zusammen 741 000 Wähler). Weitere kamen von der PO (117 000) und von den Linken und Demokraten (LiD, 19 000).

Es zeigt sich, dass PiS über ein recht stabiles Wählerpotenzial verfügt. Die Unterstützung für diese Partei wuchs mit zunehmendem Alter, besonders stark ab 60 Jahre, und in den Regionen, die bis 1918 zum russischen Teilungsgebiet gehörten. In Galizien (Habsburger Monarchie) hatte die Bauernpartei (PSL) starke Positionen, das Verhältnis zwischen PO und PiS war dort in etwa ausgeglichen.

Kennzeichnend für die PiS-Wähler ist eine Verschiebung in Richtung Prekariat, d. h. mehr Wähler ohne Bildung, ohne Vorteile aus der Modernisierung, auf dem Lande lebend, also Menschen, die eine staatliche Betreuung erwarten. Die Intellektuellen waren in der Mehrzahl auf Grund der antiliterarischen Politik PiS-feindlich eingestellt.

Aufgrund der demographischen Veränderungen in Polen (Geburtenrückgang, Alterung der Gesellschaft) wird das Wählerpotenzial für PiS in bestimmten Maße bestehen bleiben. Begrenzt wird es mit der Zunahme der Bildung, der Abwanderung vom Dorf in die Stadt und einer wachsenden Mobilität. Beide konservative Parteien verfügen im Sejm über eine Zweidrittelmehrheit.

Das Wahlbündnis Linke und Demokraten (LiD, SLD, SDPI, PD) schloss mit 13,15 Prozent schlechter als erwartet (18–20 Prozent) ab. Ursache dafür war ein ungenügender Wahlkampf. Man hatte sich auf Kwasniewski als Zugpferd verlassen. Hinzu kommen seine misslungenen Fernsehauftritte in Kiew und Szczecin. Er übernahm die persönliche Verantwortung für das Ergebnis und will sich aus der Politik zurückziehen.

Die Bauernpartei (PSL) konnte den größten Zuwachs im Vergleich zu den anderen kleinen Parteien erreichen. Sicher hat dazu auch der Hinweis von Tusk in der Debatte mit Kaczynski beigetragen, die PSL als Koalitionspartner zu nehmen, da sie die Spaltung Polens überwinden und alles unternehmen will, damit die Mehrheit der Vernünftigen regieren kann. Sie ist ökologisch und proeuropäisch.

Wichtig war, dass die rechtsextreme, fundamentalistisch-katholische Liga Polnischer Familien (LPR) und die Selbstverteidigung (SO) keine Unterstützung von den Wählern erhielten und nicht mehr im Sejm vertreten sind.

Obwohl die Zahl der Wahlberechtigten gegenüber 2005 gleich war, haben rund 4 Mio. Wähler mehr an den Wahlen teilgenommen, trotz der Millionen Polen, die in dieser Zeit emigriert sind. Das war die höchste Wahlbeteiligung seit 1989. Das verdeutlicht den hohen Mobilisierungsgrad.

Interessant ist das Wahlverhalten der Auslandspolen. Die Polen in den USA stimmten mit großer Mehrheit für PiS, die in den EU-Ländern und Russland mehrheitlich für die PO, teilweise gab es auch Stimmen für LiD.

Die Stimmverteilung hat sich stark verändert. Von sechs Parteien, die 2005 im Sejm vertreten waren, sind nur noch



vier übrig geblieben. Die rechten bzw. konservativen Kräfte haben das Übergewicht. Wenn das Mehrheitswahlrecht auch bei den Sejm-Wahlen angewendet worden wäre, gäbe es in Polen nur noch ein Zweiparteiensystem.

Das Wahlergebnis zeigt, wie tief Polen sozial, regional und in der Haltung der Bevölkerung gespalten ist. Es wurde nichts unternommen, um die Lage der Transformationsverlierer – ca. 58 Prozent der Polen leben unter dem Existenzminimum – wesentlich zu verbessern und sie zu mobilisieren. Sie warteten vergeblich auf die versprochene Hilfe des „solidarischen Staates“ (Kaczynski).

Am Wahlsonntag erschien in der Springer-Zeitung „Dziennik“ ein Interview mit Jaroslaw Kaczynski, in dem er u. a. erklärte: „In der Politik kann man gewinnen oder verlieren. Dann aber befürchte ich, dass ich nicht schlechthin nur Parteivorsitzender sein kann, sondern vielmehr Führer einer Bewegung gegen eine primitive Konterrevolution. Wir werden die Errungenschaften der IV. Republik verteidigen. Und ich werde an der Spitze dieser Front stehen“.

Mit dem Präsidenten aus PiS und dem PO-Ministerpräsidenten ist es in Polen zu einer Kohabitation gekommen, d. h. zum notwendigen Zusammenwirken von zwei Vertretern mit unterschiedlichen politischen Vorstellungen. Die Grundlage dafür ist in der Verfassung festgelegt. Das ist vor allem in der Außen- und Personalpolitik (Ernennung/Abberufung von Botschaftern, Chefs des Generalstabs, der Teilstreitkräfte ...) sowie beim Erlass von Amtsakten von Bedeutung, wo der Präsident Einflussmöglichkeiten hat.

Der Präsident ist damit Gegenspieler des Ministerpräsidenten und des Außenministers. Sein Bruder hat seine Kompetenzen auf außenpolitischem Gebiet gestärkt. Der Präsident führte die Verhandlungen mit der EU zum Reformvertrag, entwickelte Vorstellungen zur polnischen Energiepolitik, bemühte sich um die Festigung des Bündnisses mit den USA, die Verbesserung der Beziehungen mit Frankreich, alles Punkte, wo er weiter Einfluss haben will.

Allerdings muss er auch berücksichtigen, dass er mit seinem Auftreten seine Wiederwahl 2010 und das Ansehen der PiS für die künftige Wahl beeinflusst.

Erste Versuche zeigen, dass der Präsident seine Möglichkeiten nutzen wird. So hat er von Tusk ohne rechtliche Grundlage gefordert, die Kandidaten für Justiz- und Außenminister zurückzuziehen, die Koalitionsvereinbarung vor seiner offiziellen Berufung vorzulegen. Der Präsident drohte mit seinem Veto bei einer Änderung des Gesetzes über die Antikorruptionsbehörde, oder bei Einführung eines einheitlichen Steuersatzes. Er äußerte Bedenken gegen den Beitritt Polens zur Grundrechtecharta. Er reiste nach Georgien, wo er als größter Freund des georgischen Volkes begrüßt wurde, und nach Kiew als Signal, dass er die Außenpolitik mitgestalten wird. Er forderte die neuen Botschafter Englands und Frankreichs auf, sie sollten in ihren Ländern informieren, dass der Präsident, unabhängig vom Regierungswechsel eine Schlüsselfigur in der AP Polens bleibe.

Nach der Wahlniederlage unternahm die Führung der PiS alles, um ihre Vertrauensleute durch kurzfristige Rang-erhöhungen und Übernahme in den Präsidentenpalast abzusichern und sich Einflussmöglichkeiten zu erhalten. Tusk reagierte darauf besonnen, verwies auf die Verfassung und ist trotz der Kampfansage bemüht, ein für die Regierungsarbeit förderliches Klima zu schaffen. Er erklärte, mit dem Präsidenten eine gemeinsame Mannschaft aufbauen zu wollen

und meint, beide könnten sich im Rahmen des Nationalen Sicherheitsrates verständigen.

Inwieweit das möglich wird, ist sehr fraglich. Nach einer Meinungsumfrage sind 67 Prozent der Polen der Meinung, dass die Regierung den entscheidenden Einfluss auf die Außenpolitik haben müsse, 25 Prozent waren für den Präsidenten.

Die Koalitions- und Regierungsbildung von Bürgerplattform und Bauernpartei (PSL) ging schnell vonstatten. Der Vorsitzende der PSL wurde Vizepremier und Wirtschaftsminister. Außerdem erhielt PSL die Ressorts Landwirtschaft und Arbeit. Für die PO ist diese Koalition notwendig, da sie nicht über Landwirtschafts-Fachleute verfügt. Die PSL hat ein großes Interesse am Erfolg der Koalition, um sich als vernünftiger Partner, gestaltende Kraft mit fachlich guten Kadern zu präsentieren und sich so ihre politische Zukunft zu sichern.

Der Wahlsieg und der Regierungswechsel haben in Polen eine Euphorie und große Hoffnungen auf eine Normalisierung der politischen Lage, die Beendigung der ständigen Streitereien, die Rückkehr zu demokratischen Standards, für jeden spürbare wirtschaftliche Erfolge und die Beseitigung einer gewissen Isolierung Polens ausgelöst. Tusk steht unter einem hohen Erwartungsdruck.

Gleichzeitig muss man sehen, dass die Bürgerplattform fragwürdige Gesetzesvorlagen der PiS mit getragen hat und jetzt Deformationen und ein Ausufer der Staatsmacht durch neue Gesetze beseitigen muss. Sie hat dabei einen aktiven Gegner, den Präsidenten und den Oppositionsführer, die alles unternehmen werden, um die Regierungsarbeit zu paralysieren. Sie darf als neoliberale Partei die an der Armutsgrenze lebenden Polen nicht vergessen, hatte bisher keine Kontakte zu den Gewerkschaften und verfügt über kein greifbares Programm, das schrittweise abgearbeitet werden könnte.

Die Koalition hat eine fachlich kompetente Regierungsmannschaft zusammengestellt und mit der Ernennung von Prof. Bartoszewski als Staatssekretär in der Kanzlei des Ministerpräsidenten außenpolitisch Veränderungen signalisiert. Sie hat aber nicht viel Zeit, um einen Prozess der „DePiSierung“ zu realisieren.

Nach der Regierungserklärung titelte die „Gazeta Wyborcza“: „Die polnische Staatsraison ist Vertrauen.“ In seinem dreistündigen Exposé stellte Tusk dem Misstrauen, dem Streben, alles kontrollieren zu wollen, der Repressionspolitik der PiS-Regierung den Aufbau gegenseitigen Vertrauens zwischen den Bürgern sowie den Bürgern und der Staatsmacht gegenüber. Wie er dieses Ziel erreichen will, wurde nicht gesagt.

Innenpolitisch wurden folgende Schwerpunkte gesetzt: Tusk unterstrich, dass Freiheit immer mit Solidarität verbunden sein muss. „Die wirtschaftliche Freiheit, ohne die die ökonomische Entwicklung nicht geht, und die gesellschaftliche Solidarität, ohne die die wirtschaftliche Entwicklung aufgehört, den Menschen zu dienen, sind das Ziel.“

Den wirtschaftlichen Teil eröffnete er mit der Feststellung, dass es gelingen wird, die entwickeltesten Länder Europas einzuholen, da die Unteilbarkeit der Prinzipien Freiheit und Solidarität die erste und wichtigste Bedingung dafür ist, dass sich dieser Zivilisationsprung vollzieht.

Tusk postulierte das Recht auf gerechte Löhne, aber auch auf ehrlich erarbeitete Gewinne. Hauptziel der Finanzpolitik



wird die schrittweise Verminderung der Steuern und anderer öffentlicher Leistungen sein. Gleichzeitig sollen Lohn-erhöhungen im öffentlichen Dienst erfolgen. Hinsichtlich des Budgets erklärte er, dass in den letzten Jahren mehr ausgegeben als eingenommen wurde. Ziel sei, in einigen Jahren einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, da sonst Steuern erhöht und Sozialausgaben gekürzt werden müssten. Notwendig sei eine Unterstützung der Politik der Nationalbank, um die Inflation einzudämmen. Eine Haupttrichtung wird in den nächsten Monaten die radikale Vereinfachung des Wirtschafts- und Steuerrechts und der Beitragseinzahlung für die Staatliche Versicherung sein.

Die Liste strategischer Unternehmen, die in der Hand des Staates bleiben müssen, soll 2008 begrenzt und die Privatisierung beschleunigt werden. Im I. Halbjahr soll dazu ein 4-Jahresprogramm ausgearbeitet werden. Krönung der Stabilisierung der Wirtschaft und der Sicherung eines hohen Wachstumstempos soll die Einführung des Euro sein, die zur Sicherheit der Wirtschaft und zum Nutzen für die Bürger gut vorbereitet werden muss (ein Termin wurde nicht genannt).

Ziel ist es, die Arbeitslosigkeit in Polen bis 2012 auf das mittlere europäische Niveau zu senken. EU-Mittel sind eine große Chance für Polen. Sie sollen durch Dezentralisierung noch besser genutzt werden. Unterstützt werden sollen damit der Umweltschutz, die Modernisierung der Bauernwirtschaften und die Infrastruktur auf dem Land als Grundlage für den zivilisatorischen Fortschritt. EU-Mittel und solche aus dem Staatshaushalt sind die Grundlage für landesweite Infrastrukturinvestitionen.

Hauptziel der Sozial- und Wirtschaftspolitik ist das Wachstum der Beschäftigung, insbesondere bei den 50- und 55-jährigen und bei den Jugendlichen, die in das Berufsleben eintreten, von denen 1,5 Millionen als Saisonarbeiter im Ausland arbeiten. Außerdem sollen Anreize zur Rückkehr von zeitweiligen Migranten geschaffen werden.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Überwindung des Geburtenrückgangs durch die Entwicklung von Familienprogrammen (u.a. Vorschulerziehung für alle Kinder, Einführung eines Bildungsbonus), Erhöhung der Qualifikation der Lehrer, Erhöhung der Lehrergehälter.

Von allgemeiner Bedeutung ist die Verbesserung des Systems des Gesundheitsschutzes. Dazu soll ein Gesetz erarbeitet werden.

Grundlage des demokratischen Staates soll die Bürgergesellschaft sein. Dazu soll eine Strategie für 15 bis 20 Jahre ausgearbeitet werden.

Bei den Medien garantiert die Regierung die Realisierung einer präzise definierten öffentlichen Aufgabe, eine entpolitisierte Aufsicht und unmittelbare Leitung der öffentlichen Medien. Die Struktur der Eigentumsverhältnisse soll nicht verändert werden, aber öffentliche Medien sollen öffentliches Eigentum bleiben.

Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Entwicklung des Vertrauens zur Staatsmacht. „Wir wollen einen bescheidenen billigen Staat, ohne Privilegien. Dabei bildet der Kampf gegen die Korruption das übergeordnete Ziel.“ Vom Minister für Justiz werden dazu konkrete Vorschläge erwartet. Da die Vereinigung der Funktion des Ministers mit der des Generalstaatsanwaltes für parteipolitische Zwecke ausgenutzt wurde und die Bekämpfung von Verbrechen in den Hintergrund trat, sollen beide Funktionen getrennt werden. Es soll eine komplexe Reform des materiellen, Prozess- und ausfüh-

den Strafrechts vorbereitet werden. Erste Stimmen äußern sich kritisch zu bisher ungenügenden politischen Änderungen und einer fehlenden Abgrenzung von der PiS. So wurde der PiS-Entwurf des Staatshaushaltes für 2008 ohne jede Änderung in die Sejmausschüsse überwiesen, obwohl der Finanzminister meinte, er gehöre in den Papierkorb. Das geschah aus Zeitgründen (der Staatshaushalt muss bis zum 31.1.2008 vom Sejm beschlossen werden) und um der Opposition keinen Vorwand zur Sejm-Auflösung zu liefern. Unklar ist auch, wie bei Steuersenkungen Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst finanziert und wie das Haushaltsdefizit konkret abgebaut werden sollen.

Tusk lässt Kampfbereitschaft gegen PiS vermissen. Auf außenpolitischem Gebiet gibt es klarere Aussagen in der Regierungserklärung. Vorgesehen sind bei wichtigen Entscheidungen auf diesem Gebiet Konsultationen mit allen Gruppierungen. Erster Schwerpunkt ist die Vorbereitung auf die polnische EU-Ratspräsidentschaft im Jahre 2011. Der Premier zeigte sich überzeugt davon, dass auf außenpolitischem Gebiet Präsident Kaczynski ein Bündnispartner der Regierung sein wird. Im Namen der Regierung wandte er sich an ihn und bat um Solidarität und Zusammenarbeit.

Polen will ein Hauptakteur in der EU werden und auf dieser Grundlage in der internationalen Arena wirken. Deshalb wird der Premier den Reformvertrag unter Berücksichtigung des britischen Protokolls unterschreiben.

PO, PSL und auch LiD wären für einen Beitritt unter Einbeziehung der Grundrechtecharta. Da es aber Widerstand seitens der Kirche gibt, der Vertrag in dieser Form vom Präsidenten ausgehandelt wurde und nach seiner Ratifizierung von ihm unterzeichnet werden muss, hat sich der Premier für dieses Vorgehen entschieden. Es geht ihm um die Gewährleistung der Ratifikation.

Das Zusammenwirken mit Deutschland und Frankreich soll intensiviert werden. Wenn die Beziehungen zwischen Warschau, Berlin und Paris gut sind, werde Polen seine Interessen in der EU besser realisieren können. Die strategischen Beziehungen mit Deutschland sollen entwickelt werden, ohne schwierige Fragen auszuklammern. Das polnisch-deutsche Verhältnis hat grundlegende Bedeutung für gute Positionen beider Staaten in der EU. Gleichzeitig bedarf es einer besonderen Sorgfalt, damit gegenseitige Probleme und Erwartungen klar und deutlich, nicht von verhärteten Positionen aus, sondern freundschaftlich erörtert und geklärt werden.

Ziel der Beziehungen mit den USA ist es, die amerikanischen Partner zu überzeugen, dass das Bündnis in einer höheren amerikanischen Anwesenheit in Polen und in der Stärkung der polnischen Verteidigungsfähigkeit seinen Ausdruck finden müsste. „Wir sind uns der Bedeutung bewusst, die die Antiraketeninitiative darstellt“, heißt es in der Regierungserklärung. Polen sei zu weiteren Verhandlungen nach Konsultationen mit der NATO und einigen Nachbarn bereit.

Besondere Aufmerksamkeit widmete Tusk den Beziehungen zur Ukraine, zu Russland und der Lage in Belarusland. „Wir haben unsere Vorstellungen von der Lage in Russland. Wir wollen den Dialog mit Russland, so wie es ist.“ Ein fehlender Dialog diene weder Polen noch Russland. Das sei zum Schaden für die Interessen und das Ansehen beider Länder. Die Zeit für gute Veränderungen sei gekommen. Zu Afghanistan erklärte Tusk, dass das polnische militärische Kontingent im kommenden Jahr nicht vermindert werde. Während seines Besuchs bei der NATO bestätigte der polnische



Außenminister die Zusage Tusks, 8 polnische Hubschrauber mit Personal nach Afghanistan zu entsenden und das polnische Kontingent um 200 Personen auf 1400 zu erhöhen. Tusk unterstrich, dass die NATO der Hauptgarant für Polens Sicherheit sei. Für sein Entgegenkommen erwartet Polen einen Ausbau der NATO-Basen auf seinem Territorium.

Außerdem wies Tusk darauf hin, dass die polnischen Streitkräfte bis 2009 zu einer Berufarmee umgestaltet werden sollen. Er bestätigte die Beendigung der polnischen Mission im Irak. Des weiteren unterstrich er die Bedeutung der Jahrestage im Jahr 2009, den Beginn des Zweiten Weltkrieges sowie den Fall des Kommunismus und betonte, dass die Geschichtspolitik der Erinnerung und nicht dem Kampf dienen solle.

Der Regierungswechsel wurde in Europa einhellig begrüßt. Man war froh, eines unberechenbaren, starr die eigenen Interessen vertretenden Partners ledig zu sein. Das negative Bild hat die Bedeutung Polens für die Weiterentwicklung der EU verdeutlicht. Trotzdem wird es für Tusk nicht leicht, da er immer mit dem Vorwurf von PiS, er verrate polnische Interessen, rechnen muss. Das betrifft insbesondere die Gestaltung der Beziehungen zu Deutschland und Russland.

Russland hat die im Wahlkampf erklärte Dialogbereitschaft Polens aufgegriffen. Ein Treffen im 1. Quartal wird vorbereitet. Ein Berater von Tusk meinte, die Beziehungen Polens zu Russland müssten stets besser sein als die deutsch-russischen und die polnisch-deutschen immer besser als die russisch-deutschen Beziehungen.

Während sich die offiziellen deutsch-polnischen Beziehungen auf einem Tiefstand befinden, gingen die Partnerschaftsbeziehungen auf der mittleren und unteren Ebene im wesentlichen störungsfrei weiter.

Hauptprobleme sind unterschiedliche Standpunkte in der Energiepolitik, insbesondere bezüglich der Ostseepipeline, beim Zentrum gegen Vertreibungen, bei Entschädigungen und bei den Kulturgütern.

Bei den Gas- bzw. Erdölleitungen gibt es in letzter Zeit viele Vorschläge. Sicher muss über das Ostseepipeline-Projekt neu nachgedacht werden, da neben Kostenfragen Schweden und die baltischen Staaten ernste Vorbehalte haben. Der Baubeginn ist kürzlich weiter hinausgeschoben worden.

Pawlak hat als stellvertretender Ministerpräsident in Brüssel bereits erklärt, dass mit Berlin und Moskau über Investitionen auf diesem Gebiet gesprochen werden soll. Außerdem will Polen bei der EU Mittel für die Landgasleitung „Amber“ beantragen. Am 4. Dezember gab es außerdem Gespräche von Pawlak und dem neuen Außenminister mit ihren Partnern in Norwegen zum Bezug von Erdgas.

Beim Zentrum gegen Vertreibungen gehen die Differenzen weiter. Der deutschen Seite war bekannt, dass Tusk auf diesem Gebiet ein Einverständnis sucht. Aber wenige Tage nach der Wahl verkündete Merkel Ende Oktober den von Thierse und Kulturstaatsminister Neumann gefundenen Kompromiss (Unterbringung im Deutschlandhaus auf der Grundlage der 2006 gezeigten Ausstellungen), d. h. ohne Polen und ohne Netzwerk. Tusk konnte diesen Vorschlag nicht akzeptieren, da er die Errichtung eines Museums des Zweiten Weltkrieges in Danzig vorgeschlagen hat.

Bei Entschädigungsforderungen gibt es seit der Vorlage des gemeinsamen Gutachtens eines deutschen und polnischen Völkerrechtlers 2004 keine Bewegung zu von Polen geforderten verbindlichen Zusagen, die es deutschen Vertrie-

benen und der Preußischen Treuhand definitiv unmöglich machen, Schadenersatz von Polen zu verlangen (Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof). Merkel wies erneut – wie bereits Schröder – Entschädigungsansprüche deutscher Vertriebener entschieden zurück. Anders ist die Lage bei ehemaligen polnischen Bürgern deutscher Herkunft, die in den 70er Jahren offiziell ausreisten.

Das Weimarer Dreieck soll, wie aus den Gesprächen der Außenminister ersichtlich, wiederbelebt werden. Im September gab es polnische Äußerungen, die militärische Zusammenarbeit in diesem Rahmen zu entwickeln.

Im deutsch-polnischen Jugendwerk bzw. in der Wissenschaftsstiftung soll es neue Impulse geben. Es ist vorgesehen, in naher Zukunft bilaterale Regierungskonsultationen in der „großen Breite“ der Zusammenarbeit durchzuführen. Dabei werden die Kulturgüter sicherlich auch eine Rolle spielen. Der Vorschlag der beiden Parlamentspräsidenten (März 2007), in Berlin ein Denkmal für die Solidarnosc zu errichten, wurde nicht angesprochen.

Tusk ist aus Berlin ohne ein sichtbares, für ihn günstiges Zeichen zurückgekehrt. Neben der Suche nach Lösungen in den oben genannten Fragen steht die Suche nach bilateral verbindenden zukunftsweisenden Projekten auf der Tagesordnung, um den Beziehungen eine längere Perspektive zu geben. Die gemeinsamen Interessen müssten bilateral, europäisch und transatlantisch neu definiert werden.

Von der EU wurde Tusk „als Freund“ (Verhofstadt), „als wahrer Europäer“ (Pöttering), der mit uns in der gleichen Sprache spricht (Barroso) mit großer Herzlichkeit aufgenommen. Tusk versprach einen Neuanfang, wobei Meinungsunterschiede die Quelle positiver Spannungen und nicht mehr Ursprung von Konflikten sein sollten. Er erläuterte seine Haltung zur Grundrechtecharta und erklärte, wenn der Reformvertrag ratifiziert sei, könne man nach Vorbereitung die Ausnahmestellung Polens beseitigen. Tusk hat in der EU einen großen Vertrauenscredit erhalten.

In einem Interview (5.11.2007) erklärte der designierte Außenminister Sikorski noch als Sejm-Abgeordneter, dass „Polen für die USA ein um so wichtigerer Bündnispartner sei, je besser seine Position in der EU ist“.

Ein Faktor, der sowohl die weitere Entwicklung der Beziehungen Polens zu den USA als auch zu Russland stark beeinflusst, ist die von den USA angestrebte Errichtung eines Raketenabwehrsystems in Europa. In Polen sollen 10 Abfangraketen in unterirdischen Silos installiert und in Tschechien das dazugehörige Radarsystem aufgebaut werden. Beide Anlagen werden von ca. 200 bzw. 150 USA-Bürgern betrieben. Beiden Ländern sollen dadurch keine Kosten entstehen. Im Januar sollen die Verhandlungen mit den USA durch den polnischen Außenminister wieder aufgenommen werden, wobei sich andeutet, dass der Standpunkt der Tusk-Regierung selbstbewusster sein wird. So soll die Frage gestellt werden, ob die Raketen auch nach Russland gelenkt werden können. Außerdem geht es um die weitere Sicherheit Polens, um eine Verbesserung des Verteidigungssystems gegen Flugzeuge und Raketen, eine eventuelle Erhöhung der Hilfe für die polnische Armee, die Bezahlung für polnische Militäreinrichtungen neben der Basis usw. Endgültige Entscheidungen in den USA zur Finanzierung der Basen in Polen und Tschechien sind noch nicht gefallen.

Auf außenpolitischem Gebiet kann Tusk nicht so agieren, wie er möchte. Er muss immer die Haltung des Präsidenten



bedenken. Auch hier gibt es Kritiker, die u.a. die Dialogaufnahme mit Russland und seine Entscheidung bei der Grundrechtecharta als ein Zurückweichen empfinden.

Zu den linken Kräften: Die linken Kräfte haben zum 2. Mal innerhalb von 2 Jahren ihre Positionen nicht verbessern können. Im Gegenteil. Im Sejm sind sie nicht zu einer wirkungsvollen Opposition fähig. Im Senat ist nur der ehemalige Präsidentschaftskandidat der SLD, Cimoszewicz, vertreten.

Das Bündnis mit den Demokraten (LiD), d. h. der Kampf um die Mitte neben der PO, hat kaum neue, vor allem keine jungen Wähler gebracht. Im Wahlprogramm gab es zu wenig soziale Substanz, um die ärmeren Wählerschichten der PiS zu erreichen. LiD hatte die gleichen Parolen wie die PO. Das allerwichtigste war die Verteidigung der Demokratie und weg mit der Kaczynski-Regierung. Außerdem fehlte ein gemeinsamer Kandidat. Erst Mitte September erklärte Kwasniewski beiläufig, sich auch als Ministerpräsident bewerben zu wollen. Es gab keinen überzeugenden Wahlkampf, LiD sah blass aus. Die programmatische und organisatorische Vorbereitung entsprach nicht den Erfordernissen des Wahlkampfes in Konkurrenz mit PO und PiS.

Das SLD hat den Vertrauensverlust bei den Wählern auf Grund politischer Fehler in den letzten Jahren trotz einer neuen, jungen, unbelasteten Führung bislang nicht ausgeglichen.

Der Zusammenschluss mit den Demokraten hat in der neuen Fraktion unterschiedliche Standpunkte zur Folge. Hinzu kommt, dass sie nur 53 Abgeordnete hat, die Mehrzahl zwischen 50 und 60 Jahre alt ist (5 unter 35 und 9 über 60). Sie ist nur von Bedeutung, wenn das Veto des Präsidenten gebrochen werden soll. PO und PiS haben bei Notwendigkeit die verfassungsgebende Zwei-Drittel-Mehrheit.

Die Zukunft von LiD ist ungeklärt. Die Mitglieder der SLD haben die Einberufung eines Parteitages gefordert. Da wird sich entscheiden, wie es in der Partei weitergeht. Auch bei den Demokraten ist die Fortsetzung des Bündnisses keineswegs sicher. Bisher gibt es keine Anzeichen, dass aus dem Wahlblock LiD eine Partei werden könnte. Die Auseinandersetzung um den künftigen Kurs des Bündnisses hat begonnen.

Damit die Linke aus diesem Tal herauskommt, müsste sie auf breiter Ebene mit anderen gesellschaftlichen Kräften, wie den Gewerkschaften enger zusammenarbeiten, sich von der neoliberalen Linie verabschieden, sich stärker der Frage der sozialen Gerechtigkeit, die jetzt von PiS besetzt ist, zuwenden und Proteste im Interesse der Menschen unterstützen. Sie müsste in den Selbstverwaltungsorganen der Kommunen, in Vereinen und Nichtregierungsorganisationen stärker sichtbar sein. Wichtig wäre auch eine Überprüfung ihrer Haltung zu den vergangenen 18 Jahren, was bedeutete, die offizielle Geschichtspolitik anzugreifen. Sie müsste sich kritisch zum militärischen Engagement im Irak und in Afghanistan positionieren und die Entwicklung der polnischen Demokratie kritisch verfolgen.

Die von der Polnischen Partei der Arbeit (PPS) mitgestaltete „Linke Verständigung“ aus „Racja“, Kommunistischer Partei (KPP), Sozialistischer Partei (PPS) und den Grünen ist noch im Anfangsstadium.

Für die Entwicklung einer Zusammenarbeit müssten von Der Linken bewusst auf allen Ebenen persönliche Kontakte mit SLD-Mandats- und Funktionsträgern entwickelt werden, um so beginnend von der kommunalen Ebene auch Partei-

kontakte aufzubauen. Das Herangehen der Linken an die gesellschaftlichen Probleme in der BRD, ihre Haltung und Mitwirkung bei außerparlamentarischen Aktionen könnte für den polnischen Partner interessant sein.

Außerdem sollte die Bundestagsfraktion den Beziehungen mit den Nachbarländern größere Aufmerksamkeit schenken und der Bundesregierung nicht allein das Feld überlassen. Es wäre gut, wenn ihr Standpunkt zu Streitfragen, wie z. B. zum „sichtbaren Zeichen“ gegen Vertreibungen bekannt wäre.

Nahostkonferenz in Annapolis – und wie weiter?

Ergebnisse, Probleme und mögliche Wirkungsfelder für DIE LINKE

Von Karin Kulow, BAG FIP, AK Naher und Mittlerer Osten

Sicherlich sollte jeglicher Schritt, der mit internationaler Unterstützung auf die Rückkehr der nahöstlichen Konfliktparteien an den Verhandlungstisch abzielt, erst einmal begrüßt werden. Denn Frieden und Sicherheit in dieser seit nunmehr sechs Jahrzehnten von Krieg und Gewalt geschüttelten Region lassen sich allein auf dem Wege einer verhandelten politischen Regelung unter internationaler Schirmherrschaft herbeiführen. Militärische Mittel jeglicher Art haben sich als untauglich erwiesen. Sie schaden den Interessen aller Völker und Staaten und führen die Region nur weiter an den Rand des sicherheitspolitischen Abgrunds mit nachhaltigen negativen Folgen auch für andere Teile der Welt.

Deshalb ist es hohe Zeit, dass endlich ein ergebnisorientierter Verhandlungsmechanismus implementiert wird, der die Gewährleistung dauerhafter Stabilität und Sicherheit im gesamten Nahen Osten zum Ziele hat. So gesehen stellt die auf Initiative von Condoleezza Rice und George W. Bush am 27. November 2007 in Annapolis zustande gekommene Nahostkonferenz durchaus einen Schritt in die richtige Richtung dar, auch wenn sie günstigstenfalls nur als Impulsgeber fungieren kann. Um tatsächlich einen Durchbruch auf dem Weg zum Frieden zwischen Israelis und Palästinensern wie in Nahost insgesamt zu erzielen, bedarf es allerdings mehr als einer Veranstaltung wie der in Annapolis. Notwendig wäre ein grundsätzlicher Neuanfang.

Annapolis – bloßes Showevent?

Welcher Stellenwert dieser Annapolis-Konferenz wirklich zuzumessen ist, lässt sich im Moment noch nicht abschließend sagen, weil dazu die Folgekonferenzen, besonders aber der Ausgang der israelisch-palästinensischen Verhandlungen abzuwarten sind. Während die Konferenz von staatsoffizieller Seite, darunter auch in Deutschland, hoch gewürdigt, und in ihr sogar ein historischer Meilenstein auf dem notwendigen Weg zum Frieden gesehen wird, überwiegen bei anderen bislang eher Skepsis und Zweifel. Gar nicht zu reden natürlich von jenen, die sich wegen ihrer radikalen Grundüberzeugungen à priori strikt gegen das Treffen in Annapolis ausgesprochen haben, wie beispielsweise Hamas, die in Gaza 100 000 Anhänger zu einer Protestdemonstration mobilisierte oder auch der iranische Präsident, der zu einer Gegenkonferenz



aufrief. Auch in Israel formierte sich eine starke Front derer, die jegliche Kompromisse mit den Palästinensern strikt ablehnen.

Als positiv schlägt zweifellos die hohe internationale Beteiligung zu Buche. Immerhin haben an der Konferenz von Annapolis mehr als 40 Staaten mit hochrangigen Delegationen sowie maßgebliche Vertreter bedeutender internationaler Organisationen teilgenommen. Auch von arabischer Seite waren alle für die Region wichtigen Staaten, darunter Ägypten, Saudi-Arabien und Syrien, sowie die Arabische Liga anwesend. Diese Präsenz der Araber signalisiert zugleich deren Bereitschaft zur Beförderung der Zwei-Staaten-Lösung auf der Grundlage der 2002 verabschiedeten und 2007 erneuerten „Arabischen Friedensinitiative“, die oft auch als „Abdullah-Plan“ bezeichnet wird. Danach wird Israel die volle diplomatische Anerkennung seitens der arabischen Staaten in Aussicht gestellt, wenn es sich vollständig aus den seit 1967 okkupierten Territorien zurückzieht, einen unabhängigen Staat Palästina mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt anerkennt und einer gerechten Regelung der Frage der palästinensischen Flüchtlinge in Übereinstimmung mit der UN-Resolution 194 (III) vom 11. Dezember 1948 zustimmt.

Nachdrücklich zu begrüßen ist gleichfalls, dass alle Kernfragen des israelisch-palästinensischen Konflikts – Grenzen, Siedlungen, Jerusalem, Flüchtlinge, Wasser und Sicherheit, obwohl im gemeinsamen Dokument von Annapolis nicht ausdrücklich genannt, von Anfang an Gegenstand der bilateralen Verhandlungen sein sollen. Ebenso ist die Realisierung der Zwei-Staaten-Lösung, also die Errichtung eines Staates Palästina an der Seite Israels in gegenseitig und international anerkannten Grenzen als Ziel formuliert worden. Hervorhebenswert ist gleichfalls die Orientierung auf eine weitreichende materielle Unterstützung für den zu errichtenden Palästina-Staat in Gestalt der Beschlüsse der „Geber-Konferenz“ vom 17. Dezember 2007 in Paris.¹ Es ist zu hoffen, dass man die dortigen Zusagen über die Bereitstellung von finanziellen Mitteln in Höhe von etwa 7 Mrd. US-Dollar auch einhält. Und dass die 1,5 Millionen Palästinenser in Gaza, die unter katastrophalen humanitären Bedingungen leben, davon nicht ausgenommen werden.

Gleichermaßen begrüßenswert ist, dass auch andere Aspekte des Nahostkonflikts, so die ebenfalls seit 1967 andauernde israelische Okkupation der syrischen Golan-Höhen, auf der für April 2008 in Moskau anberaumten Nachfolge-Konferenz behandelt werden sollen.

Andererseits spricht vieles dafür, dass es sich bei der Konferenz in Annapolis, wie von den zahlreichen Skeptikern vermutet, mehr um eine Show-Veranstaltung zum Zwecke der Imagepflege vor allem des US-Präsidenten und seiner Außenministerin zur Kompensation des Irak-Debakels und zur Schmiedung einer Anti-Iran-Front gehandelt hat, denn um den Willen zu ernsthafter Friedenssuche.

Schon das schwierige Ringen um die Formulierung des gemeinsamen israelisch-palästinensischen Statements ist ein wichtiges Indiz dafür. Eigentlich als inhaltliches Grundgerüst der Konferenz gedacht, reduzierte es sich schließlich auf die Verständigung über ein bestimmtes Procedere für die bilateralen Verhandlungen. Trotz fortgesetzter Vermittlungsbemühungen von Condoleezza Rice, hatten sich die beiden Verhandlungsdelegationen – auf israelischer Seite geleitet von Außenministerin Tsipi Livni und auf der palästinensischen vom früheren Ministerpräsidenten Ahmed Qureia – in sub-

stantiellen Fragen nicht einigen können. Deshalb überrascht auch nicht, wenn Tsipi Livni es als wesentlichen Erfolg der Annapolis-Konferenz wertet, dass die israelischen Positionen nicht aufgeweicht worden seien, Israel sich seinen Vorstellungen entsprechend bewegen könne und keine internationale Vermittlung bei den bilateralen Verhandlungen akzeptieren musste. Der Streit bei der Erarbeitung des Statements war insbesondere darum gegangen, auf welcher Grundlage die Verhandlungen zu führen und wie definitiv deren Ziele zu fixieren seien.

Während die palästinensische Seite davon ausging, dass die Beendigung der seit 1967 bestehenden israelischen Okkupation und darauf basierend die Errichtung des Staates Palästina als Verhandlungsziel bestimmt und alle Kernprobleme des Konflikts präzise benannt werden, wollte sich die israelische Seite darauf nicht konkret festlegen. Ihr ging es vielmehr darum, von den Palästinensern die Anerkennung Israels als jüdischer Staat zu verlangen. Nicht die Existenz Israels ist hier der Punkt, denn diese hat die palästinensische Seite bereits mit den Osloer Vereinbarungen 1993 anerkannt, sondern die spezifische Identitätsbestimmung Israels als jüdischer Staat. Ein Ansinnen, das an Ägypten oder Jordanien bei deren Friedensschlüssen mit Israel nicht gerichtet worden war.

Wer von den drei politischen Hauptakteuren in Annapolis sollte aber derzeit überhaupt in der Lage sein, die bei einem wirklichen Durchbruch zum Frieden notwendigen einschneidenden Veränderungen in seiner Politik umzusetzen? Wenn auch jeweils unterschiedlich determiniert, befinden sich alle drei in einer ausgesprochenen Schwächeposition:

1. Der US-Präsident ist außen- wie innenpolitisch stark angeschlagen. Zudem steht er unmittelbar vor dem Ende seiner Amtszeit und ist damit per se in seiner Wirksamkeit eingeschränkt (siehe Clinton 2000 in Camp David). Aufgrund der bestehenden strategischen Partnerschaft mit Israel sowie angesichts des massiven Gewichts der pro-israelischen Lobby und deren vehementer Einflussnahme auf Politik, Medien und Öffentlichkeit ist wohl als wenig wahrscheinlich anzusehen, dass Bush willens und in der Lage wäre, von Israel nicht akzeptierte Schritte zu unternehmen. Seine ohnehin unterhöhlte Machtstellung würde durch eine Kollision mit dieser Lobby noch zusätzlich beschädigt. Und auch seine Republikanische Partei könnte sich nach dem Irak-Debakel weitere Angriffsfelder im begonnenen Wahlkampf überhaupt nicht leisten, wenn dieser nicht schon vorab an die Demokraten verloren gegeben werden soll.

2. Auf dem israelischen Ministerpräsidenten Olmert lasten die Folgen seines Libanon-Desasters von 2006. Er schwebt ständig in der Gefahr eines vorzeitigen Endes seiner Regierungskoalition. Er hat deshalb Rücksicht zu nehmen auf die verschiedenen Koalitionspartner, von denen einige, wie beispielsweise Strategie-Minister Avigdor Lieberman von Yisrael Beiteinu, zur Ablehnungsfront jeglichen Kompromisses mit den Palästinensern gehören.

Die mittlerweile auf über 400 000 Personen angewachsene soziale Schicht der jüdischen Siedler, seit 1967 von der offiziellen israelischen Politik geschickt als strategisches Element zur zusätzlichen Gewinnung von palästinensischem Land genutzt, hat sich längst als eines der größten Hindernisse bei der Friedenssuche herauskristallisiert. Während Olmert in Annapolis von der Bereitschaft zum Frieden mit den Palästinensern redet, werden „vor Ort“ ständig neue Tat-



sachen geschaffen. So wird von der Knesset ein neues Gesetz verabschiedet, wonach für eine Änderung des jetzigen, im Widerspruch zum Völkerrecht stehenden Status Jerusalems als ewige, unteilbare Hauptstadt Israels nunmehr eine parlamentarische Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich ist. Zudem werden Erweiterungspläne, wie der E1 für die Großsiedlung Maale Adumim beschlossen oder weitere Baugenehmigungen für hunderte neuer Wohneinheiten in Har Homa (Jabal Abu Ghuneim) erteilt, so dass sich der jüdische Siedlungsgürtel um den arabischen Teil von Jerusalem, der die Hauptstadt des zu errichtenden Staates Palästina sein soll, immer weiter schließt. Schon die Beseitigung so genannter Außenposten (outposts), die selbst nach israelischem Recht illegal sind und auch von US-amerikanischer Seite wiederholt beanstandet wurden, erweist sich als nahezu unrealisierbar.

3. PNA-Vorsitzender Abbas ist im Ergebnis der Parlamentswahlen 2006 und dem nachfolgenden Machtkampf seiner Fatah mit Hamas nachhaltig geschwächt. Nach der Machtübernahme von Hamas im Gaza-Streifen ist die palästinensische Gesellschaft quasi gespalten. Andererseits ist aber ohne eine Einbindung von Hamas in den politischen Regelungsprozess keine tragfähige Lösung denkbar. Vielmehr bleibt die Bürgerkriegsgefahr weiterhin latent. Durch die Ausschließung der durch freie und faire Wahlen politisch legitimierten Hamas vom Verhandlungsprozess ist das Mandat von Abbas nolens volens beeinträchtigt. Nicht zufällig werden deshalb unter Palästinensern die Stimmen lauter, von Abbas erst eine Legitimierung dieses Mandats zu verlangen. Und zwar, wenigstens durch eine Autorisierung seitens des Palästinensischen Nationalrates, der als die einzige legitime Vertretung der Palästinenser angesehen wird.

Ohne Einbindung der Hamas in den Verhandlungsprozess ist davon auszugehen, dass weitere Gewaltakte den gesamten Prozess zum Erliegen bringen. Hamas ist eben nicht nur eine radikale islamistische Bewegung, die im Gaza-Streifen dominiert. Zu allererst ist sie jene politische Bewegung, die als Siegerin der anerkannt freien und fairen Parlamentswahlen sowohl im Gaza-Streifen als auch in der Westbank hervorgegangen ist. Durch deren Isolierung wird auch Abbas in seiner Funktion als Vorsitzender der PLO und Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, der erklärtermaßen gestärkt werden soll, erheblich beschädigt.

Welches sind nun die konkreten Ergebnisse?

Was die eigentlichen Konferenzergebnisse betrifft, so fallen diese, bei Lichte besehen, ziemlich mager aus. Weder als Friedens- noch als Verhandlungskonferenz zur Erreichung bestimmter Vereinbarungen konzipiert, diente Annapolis hauptsächlich als Bühne zum Austausch deklamatorischer Reden. Bei denen sich allerdings erneut nachdrücklich bestätigte, dass die Schere zwischen den zu vermittelnden Standpunkten über die Kernthemen des Konflikts noch immer außerordentlich weit auseinander klafft.

Gemäß der in Annapolis vorgelegten „Gemeinsamen Verständigung über die Verhandlungen“ in Beförderung des Ziels der zwei Staaten, Palästina und Israel, Seite an Seite in Frieden und Sicherheit lebend, wurden die folgenden Vereinbarungen getroffen:

→ „Wir stimmen darin überein, unverzüglich gutwillige bilaterale Verhandlungen aufzunehmen zum Zwecke des Abschlusses eines Friedensvertrages, mit dem ausnahmslos alle

offenen Probleme, einschließlich aller Kernprobleme, wie in früheren Vereinbarungen spezifiziert, geregelt werden.

→ Wir stimmen darin überein, engagierte permanente Verhandlungen zu führen und alle Anstrengungen zu unternehmen, dass bis Ende 2008 eine Vereinbarung zustande kommt.

→ Zu diesem Zweck wird ein Lenkungsausschuss, geführt von den Leitern der beiden Verhandlungsdelegationen, wie verabredet regelmäßig zusammentreten.

→ Der Lenkungsausschuss wird einen gemeinsamen Arbeitsplan vorlegen und die Arbeit der Verhandlungsteams, die jeweils von einem führenden Vertreter beider Seiten geleitet werden, festlegen und kontrollieren.

→ Die erste Sitzung des Lenkungsausschusses findet am 12. Dezember statt.

→ Präsident Abbas und Ministerpräsident Olmert werden sich weiterhin alle 14 Tage treffen, um die Verhandlungen zu begleiten und die für deren Fortgang notwendige Unterstützung zu geben.“

Überdies bekennen sich beide Parteien zur unverzüglichen Implementierung ihrer Verpflichtungen gemäß dem vom Nahost-Quartett am 30. April 2003 vorgelegten „Ergebnisorientierten Fahrplan für eine dauerhafte Zwei-Staaten-Lösung zur Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts“ (Roadmap)². Sie stimmen der Bildung eines amerikanisch-palästinensisch-israelischen Mechanismus zu, der von den USA geleitet wird, um die Implementierung der Roadmap zu beaufsichtigen. Die USA werden die Erfüllung der jeweiligen Roadmap-Verpflichtungen überwachen und evaluieren. Wenn von den Parteien nicht anders vereinbart, so wird der künftige Friedensvertrag davon abhängig sein, inwieweit die Roadmap implementiert worden ist – und zwar gemäß der Beurteilung durch die USA.

Inzwischen hat nicht nur die erste Sitzung des Lenkungsausschusses wie verabredet am 12. Dezember 2007 stattgefunden, sondern es hat überdies weitere Treffen gegeben, darunter auch zwischen Olmert und Abbas. In deren Verlaufe wurde eine Vereinbarung darüber geschlossen, „von jeglichen Schritten abzusehen, die die Endstatus-Verhandlungen präjudizieren“. Hauptstreitpunkt dabei ist die israelische Siedlungspolitik, die von palästinensischer Seite verständlicherweise scharf moniert wird und bei der sie sich Unterstützung speziell auch vom Bush-Besuch in der Region erhofft. Denn die beständige Fortsetzung israelischer Siedlungspolitik stellt eine schwerwiegende Belastung des begonnenen Verhandlungsprozesses dar und macht zugleich dessen Grenzen deutlich. An ihr wird sich die US-amerikanische Vermittlungsrolle zu bewähren haben.

Völkerrecht als unverzichtbare Grundlage jeglicher Friedenssuche

Wenn es tatsächlich um eine dauerhafte Regelung des israelisch-palästinensischen Verhältnisses als Kern des übergreifenden Nahost-Konflikts gehen soll, so kann dies nur auf völkerrechtlichen Grundlagen geschehen und unter der Voraussetzung, dass alle beteiligten Seiten ernsthaft zur Akzeptanz des Völkerrechts und zur Fairness bei der Suche nach dem notwendigen Interessenausgleich bereit sind. Sich zur Roadmap zu bekennen, hieße selbstverständlich, die in deren Präambel fixierten Prämissen, insbesondere die einschlägigen UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 (1967)³, 338 (1973)⁴, 1397 (2002)⁵ und 1515 (2003)⁶ sowie die Arabi-



sche Friedensinitiative,⁷ in vollem Umfange zu respektieren. Jeglicher Versuch, diese Grundlagen von einer Position der Stärke durch einseitige Erweiterungen oder Interpretationen zu relativieren, kann letztlich nur bedeuten, Bedingungen zu Lasten des anderen, also eine Art Diktatfrieden durchsetzen zu wollen, der jedoch in ebensolcher Sackgasse münden würde wie zuvor der Oslo-Prozess. Er würde zu weiterer Radikalisierung führen und auch die Sicherheit Israels wie die anderer Nahoststaaten gefährden.

Für die palästinensische Seite bilden die Einhaltung und Umsetzung der Roadmap das Kernstück ihrer Verhandlungsposition. Sie geht davon aus, dass nach Annapolis mit der Implementierung der gegenseitigen Verpflichtungen aus deren erster Phase begonnen wird. Also: Die Palästinenser anerkennen den Staat Israel. Sie reformieren und demokratisieren ihre Institutionen und gehen entschlossen gegen militante Gruppierungen vor. Und Israel bekennt sich zur Zwei-Staaten-Lösung. Es stoppt den Siedlungsausbau und schließt die illegalen Außenposten; es erleichtert die Bewegungsfreiheit für die Palästinenser und lässt die seit 2000 geschlossenen palästinensischen Einrichtungen in Ost-Jerusalem wieder zu.

Für die israelische Seite bedeutet das Bekenntnis zur Roadmap, wie in der Annapolis-Rede von Olmert unmissverständlich klargestellt, die gleichzeitige Einbeziehung des Briefes George Bushs an den damaligen israelischen Ministerpräsidenten Sharon vom 14. April 2004. Nach diesem Schreiben, das von beiden Kammern des US-Kongresses, mit überwältigender Mehrheit, also auch mit den Stimmen der Demokraten gebilligt wurde, sei es im Lichte der neuen Realitäten, sprich, der Existenz der großen jüdischen Siedlungsblöcke in der Westbank und um Ost-Jerusalem herum, unrealistisch zu erwarten, dass das Ergebnis der Endstatus-Verhandlungen ein vollständiger Rückzug auf die Waffenstillstandslinien von 1949, also auf die so genannte grüne Linie von 1967 sein könnte. Das bedeutet im Klartext, die 1967er Grenzen anzutasten, die betreffenden Gebiete israelischem Staatsgebiet zuzuschlagen und den zu errichtenden palästinensischen Staat bestenfalls zu kantonisieren. Während sich auf palästinensischer wie anderer arabischer Seite insofern Realitätssinn ausgeprägt hat, als die Grenzen von 1967 mehrheitlich als Basis der Lösung des Palästina-Problems akzeptiert werden, ist die politische Klasse Israels bestrebt, die unter den Bedingungen der Okkupation durch die gezielte jüdische Besiedlungspolitik in der Westbank sowie in und um Ostjerusalem entstandenen Realitäten als unumstößlich zu betrachten. Also weiteren Territorialgewinn für sich zu verbuchen.

Auch die Prioritäten bei der Umsetzung der Roadmap-Verpflichtungen werden unterschiedlich gesetzt. Nach wie vor gilt die Abwesenheit von Terror für die israelische Seite als *conditio sine qua non* für die Gewährleistung des legitimen Rechts der Palästinenser auf einen eigenen Staat – wohl wissend, dass diese bei noch so großem Bemühen auf palästinensischer Seite, kaum zu realisieren ist, schon gar nicht, wenn Siedlungspolitik und Mauerbau entgegen allem Völkerrecht respektive Verurteilung durch den Internationalen Gerichtshof uneingeschränkt fortgesetzt werden. Die in Phase I der Roadmap beiden Seiten auferlegten Verpflichtungen werden nicht als parallele Aufgaben angesehen, sondern als nachrangige. Die an die israelische Seite gerichtete Auflage, sich von den seit dem 28. September 2000 okkupierten

palästinensischen Gebieten zurückzuziehen sowie alle Siedlungsaktivitäten in Übereinstimmung mit dem Mitchell Report einzufrieren wird bislang geflissentlich ignoriert.

Wenn Olmert in seiner Rede anerkennt, dass die von den Palästinensern erduldeten Leiden und Erniedrigungen tiefste Ursache des gegen Israel gerichteten Hasses sind, so müsste daraus konsequenterweise auch ein Bedauern darüber erwachsen. Wenigstens aber das aufrichtige Bemühen, den Palästinensern bei der Realisierung ihres legitimen Rechts auf nationale Selbstbestimmung in den völkerrechtlich anerkannten Grenzen, also jenen von 1967, entgegenzukommen. Bei dem Anspruch zweier Völker auf ein- und dasselbe Land ist der von palästinensischer und anderer arabischer Seite mit diesen Grenzen eingeräumte Kompromiss – das entspricht 22 Prozent des ehemaligen britischen Mandatsgebiets Palästina – gegenüber 78 Prozent für Israel einfach nicht weiter auszureizen. Eventuelle Gebietaustausche sind folglich auch nur im Rahmen dieses Limits denkbar.

Ein weiteres auf völkerrechtlicher Grundlage zu klärendes Schlüsselproblem stellt Jerusalem dar. Dieser Konflikt ist möglicherweise noch brisanter als die Siedlerproblematik. Zum einen verknüpfen sich hier mehrere der anderen Endstatus-Fragen wie Grenzen, Siedlungen und Sicherheit. Zum anderen umfasst er Elemente, die aus der unikalen religiös-historischen Bedeutung der Stadt erwachsen, Heilige Stätte für die drei abrahamitischen Weltreligionen, Judentum, Christentum und Islam, zu sein. Ohne dass sich beide Seiten zuvor auf entsprechende politische und gesetzliche Richtlinien geeinigt haben und diese auch als verbindlich betrachten, wird es keinerlei Vereinbarung über Jerusalem geben können. Jede Seite wird dann gemäß ihrer eigenen Sichtweise und dem gegebenen Kräfteverhältnis für sich agieren. In einem solchen Falle gäbe es nichts, worüber zu sprechen, sondern lediglich wogegen jeweils zu streiten wäre.

Besonders diffizil unter all den zu lösenden Schlüsselproblemen gestaltet sich zweifellos die Flüchtlingsfrage, von der heute ca. 4 Millionen Menschen betroffen sind. Laut Resolution 194 (III) der UN-Vollversammlung vom 11. Dezember 1948, verabschiedet sieben Monate nach Gründung des Staates Israel, ist unter Punkt 11 beschlossen, dass „den Flüchtlingen, die in ihre Heimat zurückkehren und in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, dieses zum frühest möglichen Zeitpunkt gestattet werden sollte, und dass jenen, die nicht zurückkehren wünschen, Entschädigung für ihr Eigentum, für den Verlust oder die Beschädigung des Eigentums zu zahlen ist, was entsprechend den Prinzipien des Völkerrechts bzw. ihnen gleichen, von den Regierungen oder den verantwortlichen Behörden vorzunehmen ist“.

Das offizielle Israel sucht sich einer Klärung dieses Essentials dadurch zu entziehen, dass es sich a) für die palästinensischen Flüchtlinge entgegen den historischen Realitäten nicht verantwortlich sieht und b) jegliches Rückkehrrecht prinzipiell ausschließt, weil dadurch der Charakter Israels als Staat der Juden in Gefahr geriete. Wenn es überhaupt um Rückkehr gehen sollte, so dann ausschließlich in das Territorium des zu bildenden Palästina-Staates. Sicherlich werden hierbei den Palästinensern analog zur Territorialfrage, die schmerzlichsten Zugeständnisse abverlangt werden. Zumal sich Israel als Staat der Juden in aller Welt versteht und jedem von ihnen das Recht eingeräumt wird, hier seinen Wohnsitz zu nehmen. Jede Regelung ohne Bezug auf die UN-Resolution 194 würde das bei den palästinensischen Flüchtlingen



vorherrschende Trauma ihrer Vertreibung nur weiter nähren und der notwendigen Aussöhnung zwischen Israelis und Palästinensern im Wege stehen.

Permanenter Konferenzmechanismus und kollektiver internationaler Schirmherr

Konferenzen wie die von Annapolis reichen nicht aus, um die israelisch-palästinensischen Verhandlungen zu einem tragfähigen Ergebnis zu führen. Und schon gar nicht, um dauerhafte Grundlagen für die erforderliche neue Sicherheitsarchitektur in der Region zu schaffen. Vielmehr müsste es darum gehen, einen permanenten Konferenzmechanismus zu installieren, der sowohl internationale als auch regionale Verhandlungskonferenzen und bilaterale Verhandlungen miteinander verzahnt und in den ausnahmslos alle Konfliktparteien, einschließlich der radikalen Gruppen, einbezogen sind.

Die Schirmherrschaft sollte nicht, wie in Annapolis praktiziert, allein von den USA ausgeübt werden, sondern dem gesamten Nahostquartett (UNO, USA, EU, Russland) obliegen. Zu diesem Zweck müsste allerdings dessen Rolle nicht nur wiederbelebt, sondern um die Orientierung auf die Lösung aller noch offenen Aspekte des israelisch-arabischen Konflikts erweitert werden. Auch die Aktivitäten des Quartett-Beauftragten für Nahost, Tony Blair, wären darauf auszurichten.

Erforderlich wäre überdies, dass sich speziell das Quartettmitglied EU stärker als bisher bei der nahöstlichen Friedenssuche politisch engagierte. Zum einen sieht sich Europa, bedingt durch seine antisemitische Vergangenheit, nicht nur gegenüber Israel in einer spezifischen Verantwortung, sondern es steht auch gegenüber den Palästinensern in einer historischen Pflicht. Obwohl die EU unbestreitbare Verdienste als wichtigster Geldgeber für die palästinensischen Gebiete hat, nicht zuletzt bekräftigt durch den „EU-Aktionsplan für den Nahen Osten“ vom Oktober 2007, hat sie mit der bisherigen vorrangigen Orientierung auf flankierende finanzielle Unterstützung nolens volens strukturell den völkerrechtswidrigen Besatzungsstatus gestützt. Zum anderen ist der Nahe Osten Europas unmittelbarer Nachbar, haben dortige Entwicklungen vielerlei Einflüsse auf seine eigene Verfasstheit. Aber auch Europa wird in der nahöstlichen Region als ein Modell der Überwindung von Spaltung und der Wahrung von Frieden und Fortschritt geschätzt. So gesehen böte sich eine europäische Hauptstadt, speziell Berlin – gerade vor dem Hintergrund der Geschichte, aber auch der Überwindung der Spaltung – als Standort des angestrebten permanenten Konferenzmechanismus an.

Was einen solchen permanenten Konferenzmechanismus betrifft, so könnte dieser beispielsweise mit einer Regionalkonferenz nach dem Muster der Konferenz von Madrid, also einer Verhandlungskonferenz, eingeleitet werden. Teilnehmer daran sollten außer Israel die Arabische Liga, die politischen Hauptakteure auf palästinensischer Seite, einschließlich Hamas, Libanon und Syrien sowie Saudi-Arabien und Ägypten sein. Erklärte Ziele wären die Gewährleistung der sicheren Existenz Israels und an dessen Seite die Errichtung eines lebensfähigen Staates Palästina in international und gegenseitig anerkannten Grenzen, die Gewährleistung der Souveränität und territorialen Integrität Libanons sowie die Beendigung der israelischen Okkupation syrischen Territoriums. Darauf aufbauend wäre eine die Interessen aller Staaten und Völker harmonisierenden Sicherheitsstruktur zu schaffen.

Im Interesse eines ergebnisorientierten Verhandlungsablaufs wäre ebenso geboten, ein gemeinsames Konferenzmanagement unter internationaler Schirmherrschaft zu installieren, das für die Erarbeitung detaillierter Ablaufpläne zuständig sein sollte. Dabei wären nicht nur entsprechende Etappenziele exakt zu formulieren, sondern ebenso sicherzustellen, dass unterschiedlichen Interpretationen kein Raum gegeben und konkret gesagt wird, wie Terror und Gewalt auszuschließen bzw. wirksam zu unterbinden sind.

Auch wenn die KSZE nicht als ein generelles Modell für einzelne technische Abläufe und strukturelle Bestimmungen eines für den Nahen Osten notwendigen permanenten Konferenzmechanismus dienen kann, so stellt sie dennoch ein interessantes Exempel für die Schaffung einer regionalen Sicherheitsarchitektur dar.

Von Interesse könnten beispielsweise folgende Erfahrungen der KSZE sein:

- deren Prozesscharakter;
- die Implementierung entsprechender vielfältiger Verhandlungsgremien;
- die Art und Weise der Überwindung von Vorbehalten und gegenseitigem Misstrauen;
- das Erfordernis eines unbedingten Willens zur Verhandlungslösung;
- das aufrichtige Bestreben, Fortschritte nicht auf Kosten anderer erreichen zu wollen;
- die Bereitschaft zum Kompromiss und Konsensprinzip;
- die gegenseitige Gewährung von Sicherheitsgarantien,
- der prinzipielle Verzicht auf Gewalt als Mittel der Politik;
- ein Krisenmanagement im Falle verschiedenster quertreiberischer Aktivitäten.

Nach den Erfahrungen der KSZE kommt der Vertrauensbildung erstrangiger Stellenwert zu. Dazu bedarf es eines ganzen Pakets von Maßnahmen. Neben weit reichenden sozioökonomischen Entwicklungsprogrammen geht es zugleich um die zügige Einleitung weiterer Schritte wie die sofortige Schließung aller Siedlungs-Außenposten und das generelle Einfrieren des Siedlungs- und Mauerbaus, oder auch die Reorganisation des erniedrigenden Checkpoint-Systems, das die Palästinenser zu Gefangenen auf ihrem eigenen Territorium macht. Damit könnten zugleich die Positionen der Moderaten innerhalb der Hamas oder anderer radikaler Gruppen gestärkt werden.

Mögliche Wirkungsfelder für die Linke

Gestützt auf den Entschließungsantrag der Bundestagsfraktion Die Linke vom 18.9.2006 (BT-Drucksache 16/2605) sollte die Partei – in vollem Bewusstsein der spezifischen deutschen Verantwortung vor der Geschichte – ihr Engagement zur Beförderung des politischen Lösungsmechanismus im Nahen Osten gezielt weiter verstärken.

→ Zu diesem Zweck sollte der in dem Entschließungsantrag enthaltene Vorschlag, eine ständige Nahostkonferenz in Berlin, eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten (KSZN) unter Berücksichtigung bei der KSZE gesammelter und auf den Nahen Osten anwendbarer Erfahrungen erneuert werden. In Ergänzung dessen wären nicht nur allgemein die Ziele einer solchen Konferenz zu fixieren, sondern auch ein dazu gehöriges Kompendium über Grundlagen, Inhalte und Modalitäten zu unterbreiten. Dieses sollte sich auf den Nahost-Konflikt, also auf den israelisch-palästinensischen bzw. arabischen Konflikt fokussieren. Zu dessen



Ausarbeitung empfiehlt sich die Bildung eines im Gespräch befindlichen Dialogforums, bestehend aus Vertretern der Fraktion, der rls und des Arbeitskreises Nahost innerhalb der BAG FIP.

→ Überdies sollte ein spezieller Forderungskatalog an die Bundesregierung erstellt werden, um so der Politik der Doppelstandards entgegenzuwirken. Mit Nachdruck sollte um Verständnis dafür geworben werden, dass das Bewusstsein der spezifischen deutschen Verantwortung gegenüber Israel auch eine spezifische Verantwortung gegenüber den Palästinensern einschließt: die vorbehaltlose Unterstützung des Existenzrechts Israels und zugleich die entschlossene Beförderung der Realisierung des legitimen Rechts der Palästinenser auf nationale Selbstbestimmung in einem lebensfähigen Staat an der Seite Israels in international und gegenseitig anerkannten Grenzen.

→ Im Interesse der Beförderung einer dauerhaften nahöstlichen Friedenslösung sollte der Bundesregierung der Vorschlag gemacht werden, das Aufenthaltsrecht der Palästinenser in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur zu verstetigen, sondern in ein Bleiberecht mit allen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten umzuwandeln.

→ Innerhalb der Linken sollte die Diskussion über ein linkes Herangehen an das Palästina-Israel-Problem, dass offenkundig strittig ist, gezielt durch ein spezifisches Internetportal, durch Publikationen und Vortragsaktivitäten, initiiert und in hohem Maße von Mitgliedern des Nahost-Arbeitskreises sowie der BAG FIP insgesamt getragen werden.

→ Nicht zuletzt sollten die Anstrengungen verstärkt werden, gemeinsame Initiativen auch mit anderen Einrichtungen, wie beispielsweise dem Nahostforum e. V., zustande zu bringen und damit eine noch größere Wirkung zu erzielen.

→ Die Zusammenarbeit mit linken und demokratischen Parteien und Organisationen der Zivilgesellschaft und Friedensinitiativen in der Region, besonders in Palästina und Israel, sowie der palästinensisch-israelische Dialog sollte weiter zielstrebig gefördert und unterstützt werden.

→ Auch auf europäischer Ebene, innerhalb der Europäischen Linkspartei wie anderer regionaler Zusammenschlüsse, so des NELF, sollte es darum gehen, immer wieder die Realisierung der vom Europäischen Parlament (EP) gefassten Beschlüsse einzufordern oder auf das EP einzuwirken, eine selbständige politische Rolle bei der Konfliktlösung in Nahost zu spielen. Das heißt insbesondere, sich nicht nur auf die Geldgeberfunktion zu beschränken, sondern Europas Platz innerhalb des Quartetts für die aktive Vermittlung zu nutzen.

Bei aller Skepsis gegenüber der Konferenz von Annapolis bleibt jedoch auch zu bedenken, dass sich die Region des Nahen Ostens gegenwärtig an einem wichtigen Scheideweg ihrer Entwicklung befindet: Entweder gelingt es im Gefolge von Annapolis das ungelöste israelisch-palästinensische Verhältnis – als das Kernstück des Nahostkonflikts – auf der Basis der Zwei-Staaten-Option dauerhaft zu befrieden, oder diese Option wird obsolet. Manche sprechen deshalb auch schon von Annapolis als letzter Chance für eine Zwei-Staaten-Lösung.

So gehen verschiedene Vertreter des linken Lagers in Israel davon aus, dass sich ihr Land im Falle eines Scheiterns von Annapolis der internationalen Unterstützung nicht mehr wie bislang sicher sein könne. Da die internationale Gemeinschaft offenkundig, ausgedrückt in ihrer großen Präsenz, an

einem Konferenz-Erfolg interessiert sei, werde diese dann vor allem Israel – und zwar wegen der bestehenden Asymmetrie mit den Palästinensern – dafür verantwortlich machen. Der Ruf nach Sanktionen analog denen gegen das Apartheid-Regime in Südafrika werden folglich lauter werden. Bereits jetzt ließen sich verstärkte Bestrebungen ausmachen, die Zwei-Staaten-Lösung zu negieren und zu alten Mustern einer so genannten Ein-Staaten-Lösung zurückzukehren.

Selbst Ministerpräsident Olmert nährt offensichtlich derartige Vermutungen, indem er in einem nach Beendigung der Annapolis-Konferenz für die israelische Zeitung „Haaretz“ gegebenen Interview vor einem Ende der Zwei-Staaten-Option ausdrücklich warnte und gleichfalls einen Bezug zu Südafrika herstellte. Wenn nach südafrikanischem Muster des „One man – one vote!“ ein Kampf um gleiche Stimmrechte in Israel und in den palästinensischen Gebieten herrschte, dann wäre, so Olmert wörtlich, „der Staat Israel an seinem Ende angelangt“.

Um so notwendiger ist es, die mit Annapolis eingeleitete Rückkehr an den Verhandlungstisch dazu zu nutzen, einen wirklichen Durchbruch zum Frieden zu erreichen.

Anmerkungen

- 1 Diese Konferenz, an der sich rund 90 Staaten und Organisationen beteiligten, stand unter dem Motto: „Errichtung eines Palästina-Staates – Für Frieden und Prosperität“. Sie stellte die größte ihrer Art seit 1996 dar. Erklärtes Ziel war, Unterstützung für Abbas auf der Basis des „Palästinensischen Programms für Reform und Entwicklung“ zu leisten.
- 2 Gemäß dieser vom „Quartett“ am 30. April 2003 verabschiedeten „Performance-Based Road Map To A Permanent Two-State-Solution To The Israeli-Palestinian Conflict“ sind drei Phasen auf dem Weg zu einer endgültigen Konfliktregelung konzipiert. Nach deren Durchlaufen sollte 2005 dann die Proklamation des Staates Palästina an der Seite Israels erfolgen. Als zeitlicher Fahrplan ist die Roadmap allerdings Makulatur.
- 3 In dieser Resolution 242 vom 22. November 1967 heißt es: „Der Sicherheitsrat ... betont die Unzulässigkeit, Territorium durch Kriege zu erobern, und die Notwendigkeit, für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu wirken, der es jedem Staat der Region erlaubt, in Sicherheit zu leben.“ Außerdem wird der „Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den während des jüngsten Konflikts besetzten Gebieten“ gefordert.
- 4 Gemäß der Resolution 338 des UN-Sicherheitsrates vom 22. Oktober 1973 wird dazu aufgefordert, „... mit der Verwirklichung der Resolution 242 (1967) des Sicherheitsrates in allen ihren Teilen zu beginnen“ sowie „Verhandlungen unter geeigneter Schirmherrschaft mit dem Ziel aufzunehmen, einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten herzustellen“.
- 5 In der UN-Sicherheitsratsresolution 1397 vom 12. März 2002 wird, unter spezieller Berufung auf die beiden Resolutionen 242 und 338 die Vision „einer Region, in der zwei Staaten, Israel und Palästina, Seite an Seite in sicheren und anerkannten Grenzen leben“ bekräftigt.
- 6 Mit der Resolution des Sicherheitsrates 1515 vom 7. Mai 2003 wird die Roadmap zur Verwirklichung der Vision zweier Staaten, Israels und Palästinas, die Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben, indossiert zur Verwirklichung der Resolution 1397 (2002).
- 7 Als weitere Grundlagen werden genannt: Die Madrider Konferenz und das ihr zugrunde liegende Prinzip „Land für Frieden“; sowie die bereits zwischen den Parteien erreichten Vereinbarungen. Der Abdullah-Plan oder die Arabische Friedensinitiative wird überdies auch als Stimulus für die Erzielung eines israelisch-syrischen wie israelisch-libanesischen Friedens angesehen.



Stichworte zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts – Bedingungen für die Existenz eines lebensfähigen palästinensischen Staates

Von Harri Grünberg und Werner Ruf, Gesprächskreis Friedens- und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Oktober 2007

Heute scheint die Möglichkeit eines palästinensischen Staates greifbar nahe zu sein. Sollte sich diese Aussage bewahrheiten, wird es im Kern darum gehen müssen, dass ein palästinensischer Staat über all jene Attribute verfügen muss, die mit dem klassischen Begriff der Souveränität verbunden sind. Jedoch hat die Entwicklung seit der Entstehung des Staates Israel dazu geführt, dass wesentliche Elemente realer Souveränität für die Palästinenser nur schwer erreichbar erscheinen. Allein vom territorialen Umfang her gesehen haben sich die Bedingungen für eine Souveränität der Palästinenser so dramatisch verschlechtert, dass die den Palästinensern verbleibenden Gebiete eine volle Souveränität im klassischen Sinne schwer vorstellbar machen. Palästina wird in starken Maße abhängig bleiben und muss verlässliche vertragliche Bindungen mit Nachbarstaaten eingehen, insbesondere um wirtschaftlich zu überleben. Auch hier stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen sich solche Bindungen, die ggf. konföderaler Art sein könnten, verwirklichen lassen. Sicher ist: Jede Form eines israelischen oder jordanischen Protektorats kann nicht zu einem nachhaltigen Frieden führen. Dieser kann nur erreicht werden durch ein Höchstmaß palästinensischer Souveränität. Die Ausgangsbedingungen, diese zu erreichen, sind außerordentlich schwierig:

- Der arabisch-israelische Krieg des Jahres 1948 machten den UN-Teilungsplan in doppelter Weise zur Makulatur: Israel dehnte die territoriale Kontrolle weit über die für den Staat Israel vorgesehenen Grenzen aus; die restlichen Gebiete von Protektorats-Palästina wurden von Jordanien (und Ägypten) annektiert. Sie machen in der Fläche etwa 22 Prozent des ehemaligen britischen Mandatsgebiets Palästina aus.
- Die Resolution 242 des UN-Sicherheitsrats forderte zwar Israel zum Rückzug aus den im Juni-Krieg 1967 besetzten Gebieten auf, anerkannte damit jedoch Israel in den Grenzen vor Kriegsbeginn und machte damit den Teilungsplan endgültig zur Makulatur.
- Die Rückkehr der 1948 vertriebenen und geflohenen Palästinenser ist zwar unveräußerliches Recht, und die Anerkennung dieser Verpflichtung war Bedingung für die Aufnahme Israels in die Vereinten Nationen, mit der Lebensfähigkeit eines palästinensischen Staates ist sie jedoch nicht unmittelbar verbunden. Deshalb wird auf diesen wichtigen und dringend einer Lösung harrenden Aspekt hier nicht weiter eingegangen.
- Indem sich auch das Nahost-Quartett auf die israelische Sprachregelung von „legalen“ (= vom Staat Israel legalisierten) und „illegalen“ (= von der israelischen Regierung nicht anerkannten) Siedlungen eingelassen hat, haben die strategisch vorangetriebenen Siedlungen in den besetzten Gebieten de facto, wenn nicht de jure einen Status erlangt, der ihren völligen Abbau unwahrscheinlich erscheinen lässt,

auch wenn sie einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht darstellen.

So bleibt die Frage, wie unter diesen Bedingungen ein lebensfähiger Staat entstehen und dauerhaft existieren kann, der diesen Namen noch verdient und dem Anspruch der Palästinenser auf Staatlichkeit nicht nur gerecht wird, sondern auch als territoriales, ökonomisches, politisches, soziales und kulturelles Gebilde Legitimität und Identifikation für die Palästinenser erreichen kann.

Minimale Bedingungen hierfür sind:

- sichere territoriale Grenzen, die von den Nachbarn und der Staatengemeinschaft respektiert und garantiert werden,
- ein zusammenhängendes Staatsgebiet im Westjordanland und gesicherte und frei zugängliche Verkehrswege zwischen diesem und dem Gaza-Streifen,
- wirtschaftliche Lebensfähigkeit des Staates und eine nationale Ökonomie. Hierzu gehören:
 - nationale Verfügung über Ressourcen, insbesondere Land und Wasser,
 - ökonomische Selbstbestimmung sowohl der Produzenten wie im Bereich der Gesetzgebung,
 - Garantien für freien Warenverkehr (Import/Export) auch durch Israel und souveräne Kontrolle des Außenhandels,
 - gemeinsame Grenzen mit anderen arabischen Staaten,
 - eine eigene Währung und souveräne Nationalbank,
 - freier Zugang für palästinensische Arbeitskräfte auch zum israelischen Arbeitsmarkt,¹
- Freizügigkeit und Reisefreiheit unter ausschließlicher palästinensischer Kontrolle,
- eigene Ordnungskräfte und Grenzsicherungskräfte unter ausschließlich nationaler Kontrolle,²
- volle außenpolitische Souveränität,
- ein zwischen Israel und dem palästinensischen Staat auszuhandelndes und international garantiertes Wasseregime, das auf der Gleichberechtigung beider Staaten und gleichen Anteilen an den verfügbaren Ressourcen basieren muss,³
- keinerlei Einmischung in die inneren Angelegenheiten des palästinensischen Staates von wem auch immer,
- mittelfristig erscheint die Schaffung eines regionalen Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit als Garant einer dauerhaften Friedenslösung unabdingbar.⁴

Die EU hätte eine besondere Verantwortung, den sozial-ökonomischen Aufbau eines palästinensischen Staates zu fördern und seine Existenz zu sichern. Hierbei muss Kern einer Hilfe die Entwicklung der landwirtschaftlichen und industriellen Basis des palästinensischen Staates sein. Durch Sonderabkommen mit der EU kann geholfen werden, die Abhängigkeit gegenüber Israel zu verringern. Der Staat Palästina muss gleichberechtigt in den Barcelona-Prozess einbezogen werden, an dem Israel ja bereits beteiligt ist.

Anmerkungen

- 1 Diese Notwendigkeit ist Resultat der Geschichte und der bestehenden Asymmetrie zwischen beiden Staaten. Gerade die freie Arbeitsmigration könnte eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme in den ersten Jahren nach Staatsgründung sein.
- 2 Wichtiges Attribut eines souveränen Staates sind immer auch die Streitkräfte. Nicht nur wird eine palästinensische Armee in diesem asymmetrischen Konflikt nicht durchsetzbar sein, sie könnte auch nie



Ebenbürtigkeit mit den IDF erreichen. Eine wirksame und glaubwürdige Fähigkeit zur Grenzsicherung erscheint jedoch durchaus sinnvoll und hätte hohen politischen Wert.

- 3 Hierfür dürften die Wasserreserven in der Westbank und in Gaza nicht ausreichen. Es muss also ein Regime erreicht werden, das Palästina Zugang zu Wasser auch aus dem Golan und vom Litani ermöglicht. Deshalb ist ein Friedensvertrag auch zwischen Israel und Syrien zwingend notwendig: eine Lösung des Nahost-Konflikts reicht über das palästinensisch-israelische Verhältnis hinaus.
- 4 Ein solches System kann nicht die arabische Liga sein, der Israel nie beitreten kann und wird. Hier ist eher an eine kleine regionale Organisation gedacht, die die Länder des fruchtbaren Halbmonds, also Libanon, Syrien, Israel, Palästina und eventuell Ägypten umfasst.

Zur Rolle der internationalen Gemeinschaft im Afghanistan-Konflikt

Fazit des sechsjährigen Engagements und Vorschläge für eine alternative Strategie

Von Matin Baraki. Dr. phil. Matin Baraki lehrt internationale Politik an den Universitäten Marburg, Gießen und Kassel. Er ist Mitglied des Zentrums für Konfliktforschung an der Universität Marburg. Die Studie wurde im Auftrage der Linksfraktion im Bundestag verfasst und hier leicht gekürzt wiedergegeben.

Der Afghanistan-Konflikt ist ohne die Berücksichtigung der geostrategischen Bedeutung des Landes nicht zu verstehen, das militärische Engagement der Bundesrepublik am Hindukusch nicht ohne die Großmachtambitionen Deutschlands.

I. Inthronisierung der Warlords auf dem Petersberg

Noch während des Krieges gegen das Taliban-Regime wurden auf dem Petersberg bei Bonn vom 27.11. bis 5.12.2001 „Afghanistan-Gespräche“ veranstaltet. Unter Federführung der UN wurde eine Regierung für Afghanistan gebildet. Die Bundesregierung war nicht nur Gastgeber der vier afghanischen Delegationen und der zahlreichen internationalen Beobachter, sondern hatte auch als erste einen Sieben-Punkte-Plan zur Zukunft Afghanistans vorgelegt.

Auf dem Petersberg anwesend waren Monarchisten und Modjahedinführer, die sich aus dem langjährigen Bürgerkrieg kannten: die Rom-Gruppe mit den Anhängern von Ex-König Saher, darunter sein Schwiegersohn und Enkel, die Nordallianz mit den Modjahedin von der Djamiat-Islami des damaligen Präsidenten Burhanudin Rabani, die Zypern-Gruppe unter der Leitung vom Humayun Dscharir, einem Schwiegersohn des kaum von den Taliban zu unterscheidenden Fundamentalisten Gulbudin Hekmatjar, der in einem Spiegel-Interview Osamah Ben Laden als einen guten Kumpel bezeichnet hatte, und die Peschawar-Gruppe unter der Leitung von Abdul Hamid Gailani, Sohn des Aristokraten und Modjahedinführers Sayed Ahmad Gailani, ebenfalls ein Verwandter von Saher Schah. Es waren größtenteils die Kräfte versammelt, die 1992 bis 1996 an der Zerstörung Kabuls tatkräftig mitgewirkt haben, wobei über 50 000 Zivilisten ums Leben kamen.

Unter den internationalen Beobachtern waren allein die Vereinigten Staaten mit 20 Personen vertreten. Diese überdimensionale Präsenz lässt auf eine nachdrückliche Beein-

flussung von Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen schließen. Der vorzeitig abgereiste Warlord und Gouverneur der Provinz Nangrahar, Hadji Abdul Qadir, belegte dies mit seinem Statement: „Ich halte diesen Druck nicht mehr aus“ ein-drucksvoll. Das BRD-Beobachterteam wurde von dem ehemaligen deutschen Botschafter in Islamabad, Hans-Joachim Daerr geleitet, der seinerzeit beste Kontakte zu den Modjahedin und anschließend zu den Taliban unterhielt. Daher ist es verständlich, dass eine Taliban-Delegation noch kurz vor den Terrorakten in Washington und New York nach Berlin eingeladen worden war, ihnen sollte die internationale Anerkennung ihres Regimes im Falle einer Distanzierung von Osamah Ben Laden angeboten werden.

Auf dem Petersberg wurde dann der ehemalige Modjahed und Feudalherr Abdul Hamid Karsai, der in den Jahren des Bürgerkrieges gute Kontakte zur USA/CIA gepflegt hatte, in Abwesenheit zum Regierungschef der „Afghan Transitional Authority“ (Afghanische Übergangsregierung ATA) ernannt. Die Weichen für die Warlordisierung Afghanistans wurden damit gestellt, weil die ATA fast ausschließlich aus Modjahedin-Kommandanten bestand. Die Bemühungen der Bundesregierung und der EU, säkulare und technokratische Kräfte einzubeziehen, die über Regierungserfahrung verfügten, wurden von den USA sabotiert. Ex-König Mohammad Saher, der als Integrationsfigur und zur Befriedung des Landes eine Rolle hätte spielen können, wurde mitsamt seinen Anhängern marginalisiert. Für die Sicherheit der ATA wurde die Schutztruppe „International Security Assistance Force“ (ISAF) gebildet.

II. Demokratisierung auf amerikanisch?

Auf Grundlage der Petersberger Beschlüsse bereitete man die Loja Djerga im Frühjahr 2002 vor. Mitglieder einer Kommission reisten zur Wahlvorbereitung durch das Land, es kam zur Bedrohung und Ermordung von Wahlmännern und unabhängigen Kandidaten. Die mächtigen Stammesführer und Warlords eliminierten jeden, der sie daran zu hindern wagte, in die Loja Djerga zu kommen. Hätten Kommission und UN die Wahlkriterien durchgesetzt, wären fast alle einflussreichen Männer ausgeschlossen worden. Statt dessen bekamen sie Hilfestellung durch die UNO, speziell durch den Sonderbeauftragten Brahimi. Die Parteien, die an der ATA beteiligt waren, hatten in den von ihnen dominierten Distrikten die Weisung herausgegeben, dass keiner sich zum Kandidaten aufstellen lassen durfte, der nicht die Erlaubnis der entsprechenden Partei besaß. Mit allen Mitteln wurde um Mandate gekämpft: Alle Warlords, alle Parteien verteilten in den Provinzen eifrig Geld und Waffen, um ihre Leute in die Loya Jirga zu bringen. Die USA haben 10 Mio. Dollar ausgegeben, um Stimmen für ihre „Wunschkandidaten“ zu kaufen. Der deutsche Diplomat Klaus-Peter Klaiber, EU-Beauftragter für Afghanistan, sprach von massiven Einschüchterungsversuchen der Kriegsfürsten. Lakhdar Brahimi, UN-Sonderbeauftragter für Afghanistan, musste einräumen, dass afghanische Kommandeure mit Geld und Einschüchterungsversuchen ihre Vertreter in der Loya Jirga durchsetzen wollten.

Versuche seitens einiger UN- und internationaler Beobachter, auf gerechte Wahlen hinzuwirken, wurden von den zentralen und lokalen Autoritäten, aber auch vom Vorsitzenden und anderen Mitgliedern der Loya Jirga-Kommission sowie von der UN-Spitze massiv unterlaufen. Auf der Loja Jirga selbst wurde gegen anwesende Warlords protestiert: „Uns



wurde gesagt, dass an der Loya Jirga niemand teilnehmen würde, an dessen Händen Blut klebt“ ... „Ich bin mir nicht sicher, ob dies eine Loya Jirga oder ein Kommandorat sein soll“, berichtete die Frankfurter Rundschau.

Die Rückkehr Mohammad Sahers – er wollte wieder Staatsoberhaupt werden – aus seinem römischen Exil nach Kabul wurde auf Intervention von US-Präsident George W. Bush beim italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi verschoben, um seine Anwesenheit im Vorfeld der Loya Jirga zu verkürzen. Trotzdem hatten mehr als 800 Delegierte vor Beginn der Loya Jirga für ihn als möglichen Staatschef gestimmt. Zwei Stunden vor dem Ex-Monarchen verkündete Bushs Sonderbotschafter Khalilzad in der US-Botschaft in Kabul dessen Verzicht auf eine Kandidatur.

Erst nachdem die Kandidatenfrage im Sinne der USA geklärt war, nahm die Jirga am 10. Juni 2002 ihre Arbeit auf. Statt der vorgesehenen 1500 Delegierten, von denen 500 ernannt waren, hatten 1700 Zutritt zum Versammlungszelt erhalten, vorsorglich, um eine mögliche Niederlage Karsais zu verhindern. Schon am zweiten Tag verließen 70 Delegierte die Versammlung, weil sie auf Entscheidungen bezüglich der Kandidatenauswahl für die Präsidentschaft und für die Mitglieder der künftigen Regierung keinerlei Einfluss nehmen konnten. „Eine plumpe amerikanische Aktion“ nannte die New York Times die Art und Weise, wie die Kandidatur Karsais zum Präsidenten zustande gekommen war. Schon vor der Wahl hatten verschiedene Gouverneure auf dem Gelände der Loya Jirga die Delegierten per Unterschrift verpflichtet, für Karsai zu stimmen. Bei seiner Wahl am 13. Juni 2002 wurden 24 Stimmen mehr abgegeben als Delegierte anwesend waren.

Nach den Vorgaben der Loya Jirga von Juni 2002 lief auch das Verfahren zur Verfassungsjirga vom 14.12.2003 bis zum 4.1.2004 ab. Die islamischen Fundamentalisten setzten eine „Islamische Republik Afghanistan“ durch, und faktisch wurde die Scharia durch die Formulierung in Art. 3 der Verfassung eingeführt, dass kein Gesetz im Widerspruch zu den Grundlagen des Islam stehen darf.

III. Demokratische Präsidentschaftswahlen?

Anfang Oktober 2004 wurden Präsidentschaftswahlen in Afghanistan abgehalten. Die NATO und damit auch die Bundeswehr trugen zur Absicherung der Wahlen militärisch bei. Dafür überwies Berlin 5,1 Mio. Euro nach Kabul. Die Gesamtkosten des Wahlvorgangs werden mit 130 Mio. Dollar beziffert.

Obwohl UNO und Kabuler Administration neun Monate lang die Wahlberechtigten erfassten, wusste tatsächlich niemand genau, wie viele Menschen in Afghanistan wahlberechtigt waren. Die Angaben dazu schwanken beträchtlich. Einen Vorwurf muss man deshalb niemandem machen, da selbst im Kabuler Wahlkoordinationsbüro das blanke Chaos herrschte. Eine Personalausweis-Kontrolle wurde nicht unbedingt durchgeführt, und nicht nur afghanische, sondern auch pakistanische Taxi- und Busfahrer konnten sich deshalb problemlos mit Wahlkarten versorgen. Ohne Alterskontrolle wurden komplette Schulklassen in die Wählerlisten eingetragen. Viele Afghanen ließen sich um die Wette mehrfach registrieren. „Der mir bekannte Rekord liegt bei 30 Wahlkarten“, bestätigte Sanjar Sohail, Mitglied des Demokratischen Studenten zentrums in Kabul. Am 6. September 2004 berichtete der ARD-Südasienskorrespondent Christoph Heinzle gar von

über einer Million Doppelregistrierungen. Kein Wunder, dass die Zahl der Wahlberechtigten immer weiter nach oben angepasst werden musste. Wohlhabende Warlords kauften massiv Karten auf, wofür sie zwischen 50 und 100 Dollar zahlten.

Auch über die Zahl der Kandidaten gab es die unterschiedlichsten Angaben. Sie schwankte zwischen 18 und 23 Personen. Eine ähnliche Verwirrung herrschte bei den Angaben bezüglich des Frauenanteils an den Wählern bzw. Wahlberechtigten. Nach UNO-Angaben sollten bis Mitte August 2004 die Frauen knapp 42 Prozent der 9,9 Mio. ausgestellten Wählerausweise erhalten haben. Im Juni hatte ihr Anteil nur 32 Prozent bei 10 Mio. Wahlberechtigten betragen.

Auch in Afghanistan geht es in der Politik nicht ohne Kungelei. Karsai traf sich am 23. Mai 2004 hinter verschlossenen Türen mit den hundert mächtigsten Milizen- und Modjahedinführern, darunter Mohammad Ismael Chan aus Herat, die Ultra-Islamisten Abdul Rasul Sayaf und Rabani, Verteidigungsminister Marschall Mohammad Qasim Fahim, General Abdul Raschid Dostum und dessen Rivalen, Milizenführer Atta Mohammad aus dem Norden des Landes, letzterer ein Verbündeter Fahims. Dieses Treffen nährte den aufgekommenen Verdacht, dass Karsai, der die Rückendeckung der USA hatte, eher mit den Warlords die Macht teilen wollte, als am Reformkurs, an Recht und Gesetz festzuhalten.

Bei diesem Treffen versprachen die Modjahedinführer der ehemaligen Nordallianz Karsai ihre Unterstützung unter der Bedingung, dass ein Modjahed (Heiliger Krieger) Vizepräsident und ein weiterer Präsident der Schoraie Melli (Nationalversammlung) würde. Darüber hinaus sollten 50 Prozent der Posten im künftigen Kabinett mit Modjahedin besetzt und „Heilige Krieger“ in Armee und Polizei aufgenommen werden. Diese personelle Konstellation würde Karsai die Hände binden, seine verfassungsmäßig starke Position durchzusetzen. „Hamid Karzai muss seine Herrschaft mit vielen teilen, um an der Macht zu bleiben, mit Zalmay Khalilzad, dem amerikanischen Botschafter in Kabul, mit Verteidigungsminister Mohammad Fahim, mit Finanzminister Aschraf Ghani, mit den Königstreuen und selbst mit einem Teil der Taleban. Was bleibt ihm am Ende? Nichts als ein bloßer Titel“, schrieb „Pyame Mudjahed“ (Die Botschaft des Modjahed).

IV. Parlamentswahlen als Beitrag zur Demokratisierung?

Auch bei den Parlamentswahlen in Afghanistan ging es nicht anders zu als bei vorangegangenen Wahlen. Sie sollten zwischen dem 21. April und 21. Mai 2005 durchgeführt werden, wurden jedoch mehrfach verschoben. Unter den Warlords begann u. a. der Kampf um die Festlegung der Grenzen der Wahlbezirke und um Positionierung ihrer Kandidaten. Obwohl ursprünglich vorgesehen, wurden die 72 registrierten politischen Parteien zu den Wahlen nicht zugelassen. Politische Beobachter sahen dahinter das Kalkül von Präsident Karsai und US-Botschafter Khalilzad, die verhindern wollten, dass unliebsame Konkurrenten weiter an Einfluss gewinnen könnten. Karsai brachte die Nationalitäten- und die ethnische Karte ins Spiel. Er polarisierte die afghanische Gesellschaft in Paschtunen und Nichtpaschtunen. Ursprünglich hatte die Wahlkommission 208 Kandidaten wegen ihrer verbrecherischen Vergangenheit nicht zur Wahl zugelassen, später dann doch die meisten von ihnen registriert. Nur 11 Personen wurden ausgeschlossen.



Als im September dann gewählt wurde, besetzten Kriegsverbrecher, Warlords und Modjahedinkommandanten mindestens 50 Prozent der 249 Sitze in der Wolosi Jirga (Unterhaus). Da die Mehrheit der Abgeordneten weder des Lesens noch des Schreibens mächtig ist, müssen für sie nun Alphabetisierungskurse eingerichtet werden. Nur 50 Abgeordnete können in die etwas diffuse Kategorie der „Unabhängigen“ eingeordnet werden. Die zum größten Teil aus den USA und Europa „importierten“ Frauen erhielten 68 Sitze, etwas mehr als für sie reserviert waren. Nur wenige von ihnen trauen sich, im Parlament das Wort zu ergreifen. Wenn sie auf die katastrophale Lage der Frauen hinweisen oder angemessene Rechte für sie verlangen, werden sie von den männlichen Abgeordneten als „Huren“ beschimpft bzw. es wird zu ihrer Vergewaltigung aufgerufen. Als Malalai Joya die Warlords-Parlamentarier als „Esel“ bezeichnete, wurde sie vom Parlament ausgeschlossen und mit dem Tod bedroht.

V. Drogenökonomie als einziger Wirtschaftsfaktor

Weil Protektorate faktisch Kolonien sind, können im günstigsten Fall Probleme verschoben, im ungünstigsten Fall verschlimmert werden. Zu einer Lösung kommt es, wie an Afghanistan ersichtlich, nicht.

Gerade durch den Status als Protektorat ist die Wirtschaft Afghanistans zerstört worden. Wie der Kabuler Wirtschaftsminister hervorhob, bestehen 99 Prozent aller Waren auf dem afghanischen Markt aus Importen. Der einheimischen Wirtschaft wird jegliche Chance genommen, sich zu entwickeln. Da die Heroinbarone im Staatsapparat integriert sind, nutzen sie den „Wirtschaftsboom“ zur Geldwäsche. Sie investieren nur im Luxussegment: in Hotels, prunkvolle Villen und Lebensmittel für den Bedarf zahlungskräftiger Ausländer.

Die Warlords/Heroinbarone, aus taktischen Gründen Verbündete der USA, marginalisierten die von Karsai geführte Zentralregierung und blieben mächtig wie eh und je. Der Opiumertrag erreichte 2004 3 600 Tonnen, das entspricht 75 Prozent des weltweiten Heroinverbrauchs bei einem Umsatz von 2,3 Milliarden Dollar. Davon profitierten beachtliche Teile unter den hochrangigen Funktionären des Staatsapparats in allen Bereichen. Selbst der Kabuler Finanzminister sprach von einem „Drogenmafia-Staat“ in Afghanistan. Kabir Mersban, Senator aus der nordafghanischen Provinz Tachar und ehemaliger Gouverneur der Provinz, beschuldigte öffentlich den ehemaligen Kommandanten der Garnison für Tachar und Kundus und jetzigen Staatssekretär für Rauschgiftbekämpfung im Kabuler Innenministerium, General Mohammad Daud, der Beihilfe zum Drogenhandel. Mersban berichtete, dass ein Bruder des Staatssekretärs unter dessen Schutz Mohnanbau und Drogenhandel betreibt.

Schon 2004 wurde über die diplomatische Vertretung Großbritanniens in Kabul bekannt, dass Ahmad Wali Karsai, ein Bruder des Kabuler Präsidenten, in Drogengeschäfte verwickelt sei. Dieser ist inzwischen Vorsitzender des Rates der Provinz Qandahar und kassiert jährlich 20 Mio. Dollar Schutzgelder von den Heroinhändlern. Die US-Administration machte Karsai persönlich für die ins Stocken geratene Zerstörung afghanischer Mohnplantagen verantwortlich. Kein Wunder, denn die Drogenbauern wurden vorab von den Einsätzen informiert – auch von ganz weit oben. Aber auch die Taleban und Al Qaeda finanzieren sich durch Drogenhandel, da sie etwa 35 Prozent des Landes im Süden und Osten kontrollieren, wo im großen Stil Mohnanbau betrieben wird.

Seit 1980 wurden Drogen nur in den von den Modjahedin kontrollierten Provinzen angebaut. Erst mit der Besetzung des Landes ab 2002 wird vor den Augen, zum Teil sogar unter Schutz von NATO und Bundeswehr, in fast allen 32 Provinzen Afghanistans Drogenanbau betrieben und jährlich ein neuer Ernterekord vermeldet. Für 2007 rechnet die zuständige UN-Agentur UNODC mit einer Produktion von 8 200 Tonnen Rohopium, das ist 90 Prozent der weltweiten Produktion mit einem Wert von 700 Mio. Dollar. Als Heroin bringt es über zwei Milliarden Dollar ein. Dies ist die größte Jahresproduktion seit 220 Jahren. Im Jahre 2006 waren es noch 6 100 Tonnen gewesen.

Mohammad Scharif, Staatssekretär im afghanischen Landwirtschaftsministerium, konstatierte: „Die Drogenbekämpfungspolitik der westlichen Geberländer ist ein eklatanter Mißerfolg“. Weder die Briten, die in Rahmen der Arbeitsteilung der Besatzer für die Drogenbekämpfung zuständig sind und dafür 100 Mio. Euro zur Verfügung hatten, noch die Karsai-Administration konnten den Bauern eine Alternative zum Mohnanbau anbieten. Es wurden ihnen je Hektar einmalig 13 000 Dollar als Ausgleich versprochen, was sie jedoch ablehnten. Denn sie sind zumeist beim Großgrundbesitzer, bei Geldverleihern aber auch bei den Drogenbaronen hoch verschuldet. Die Amerikaner müssen sich sogar vorwerfen lassen, diese Machenschaften noch zu fördern. Denn für ihre Terroristenjagd in Afghanistan paktieren sie mit den regionalen Warlords, die als Drahtzieher des Drogenhandels gelten.

Die seit dem Sturz der Talebanherrschaft über 600 000 Tonnen US-Nahrungsmittelhilfe, die selten die Ärmsten erreicht und von den Verteilern auf örtlichen Märkten verkauft wird, treibt die Preise für einheimische Produkte in den Keller und die Bauern in den Ruin. Diese bauen keine Nahrungsmittel mehr an, weil sie nicht davon leben können. Schließlich verkauft sich Opium 30 Mal teurer als Weizen. Daher braucht man sich nicht zu wundern, dass viele Bauern der Talebanzeit nachtrauern. Der Großgrundbesitzer Mohammad Asghar aus der östlichen Provinz Laghman weist darauf hin, dass die Taleban dort die Waffen der Privatpersonen eingesammelt und die Opiumfelder vernichtet hätten. Nun müsse er sich selbst schützen und finde keine Landarbeiter mehr, um Weizen anzubauen, denn die meisten bevorzugten die Opiumbauern. Nicht nur diese direkt betroffenen Bauern, sondern immer mehr Menschen fragen sich in Afghanistan: Was bringt uns das Engagement der internationalen Gemeinschaft eigentlich?

Denn ein Wiederaufbau für breite Schichten der Bevölkerung findet kaum statt, auf dem Lande schon gar nicht. Die Arbeitslosigkeit beträgt vor allem im Süden und Osten des Landes bis zu 75 Prozent. Das von der UN in Millionenhöhe unterstützte Rückkehrprogramm für afghanische Flüchtlinge muss deswegen scheitern, weil sie weder Arbeit noch Unterkunft finden. Der Bevölkerung geht es dabei immer schlechter. Nur 6 Prozent der Menschen haben Zugang zu Strom, über 25 Prozent der Kinder erreichen das fünfte Lebensjahr nicht, über 50 Prozent der Bevölkerung leidet unter chronischer Unterernährung. Selbst in Kabul funktionieren weder Wasser- noch Stromversorgung. Nur in den Stadtteilen, wo die Regierung und die internationalen Organisationen residieren, ist eine Versorgung gewährleistet. Wegen der katastrophalen sanitären Verhältnisse kommt es in den heißen Sommermonaten immer wieder zu Cholera-Epidemien.

Die Mietpreise in der Stadt sind unerschwinglich gewor-



den selbst für die Menschen, die Arbeit haben. Ein Professor verdient im Monat ca. 300 Dollar. Allein die Miete eines Zimmers in Kabul verschlingt sein ganzes Monatsgehalt. Kann der Hochschullehrer Englisch bzw. Autofahren, hat er eine Möglichkeit, etwas dazu zu verdienen, etwa als Übersetzer, Türsteher oder Bodyguard bei den internationalen Organisationen oder als Taxifahrer. Es gibt zahlreiche Fachkräfte, wie Dozenten, Lehrer, Ingenieure sowie Staatsbeschäftigte und Bankangestellte, die von ihrem Gehalt nicht leben können. Sie müssen sich bei den „Non Governmental Organizations“ (NGOs) oder bei den ausländischen Militärs verdingen. Dies hat zur Folge, dass Afghanistan seiner Elite beraubt wird – mit allen negativen Konsequenzen für die Entwicklung und den Wiederaufbau des Landes.

VI. Statt Entwicklung der afghanischen Wirtschaft NGOs an der Macht

Ohne die inzwischen auf über 2 600 angewachsenen in Kabul stationierten NGOs wäre Afghanistans Desaster komplett, heißt es. Die NGOs treten aber jetzt, gestützt auf ihre Bedeutung, wie eine Ersatzregierung auf. Die Kabuler Administration weiß nicht, was diese Leute machen, wiederholt abermals der mit einem deutschen Pass ausgestattete Kabuler Wirtschaftsminister, Mir Amin Farhang, seine Beschwerde, die er schon als Wiederaufbauminister vorgetragen hatte. Der naive und energische Ramazan Bachardoust, Inhaber eines französischen Passes, wurde auf Wunsch der Pariser Regierung nach Kabul delegiert und von Karsai zum Planungsminister ernannt. Er wollte die Machenschaften der NGOs aufdecken, die er als die neue Al Qaida in Afghanistan bezeichnet. Als er diese aufforderte, ihre Auftragsbücher offen zu legen, wurde er unverzüglich von Karsai entlassen.

Kein Wunder, dass die afghanische Bevölkerung die Meinung vertritt, die NGO-Szene habe das Land als eine Art Goldmine entdeckt und decke sich dort mit gutdotierten Jobs und Aufträgen in Höhen von vielen Millionen Dollar ein. „Wo sind die Milliarden für die Afghanen?“, fragt der Chefredakteur der Kabul Times, Abdul H. Waleh. Auch der aus USA gekommene Kabuler Minister für Höhere Bildung, Amir Schah Hassanjar, bezeichnete die NGOs als „Contractors“ (Geschäftsleute), die heute in Afghanistan Geld verdienen, morgen im Irak und danach im Sudan. Dabei werben sie noch die wenigen qualifizierten Afghanen mit ihren hohen Gehältern vom Schuldienst ab. Die NGOs sind tatsächlich Bestandteil der neo-imperialen Strategie der Besatzungsmächte, sagte der damalige US-Außenminister, General Colin Powell, im Vorfeld des Krieges gegen Irak im März 2003. Die Militärs führen den Krieg, während die NGOs mitmarschieren und an der Grenze im Wartestand bleiben. Wenn der militärische Teil erledigt ist, kommen die NGOs zum Zug und räumen den Scherbenhaufen weg. Diese Tatsache macht ihre Bedeutung und ihr Machtpotenzial aus, daran kann auch der Kabuler Präsident Karsai nicht vorbei.

Die Milliarden Dollars, auf diversen internationalen Geberkonferenzen dem Land versprochen und auf einem Sonderkonto bei der Weltbank geparkt, fließen über die 2 600 in Kabul stationierten und mit allen Vollmachten ausgestatteten NGOs, die oft gegeneinander statt miteinander arbeiten, in die Geberländer zurück. Diese NGOs fungieren faktisch als Ersatzregierung und zerstören die afghanische Wirtschaft noch weiter. Einheimische Unternehmen erhalten von ihnen kaum Aufträge.

Außerdem: Die von den USA favorisierte „militärische Lösung“ kann nicht funktionieren. In jedem Fall wäre sie nur ein gigantischer „Ressourcenschlucker“. Seit 2002 wurden in Afghanistan 82,5 Mrd. Dollar für den Krieg ausgegeben, jedoch nur 7,3 Mrd. für den Wiederaufbau. Damit übersteigen die Militärausgaben die Hilfsmittel um 900 Prozent. Nach offiziellen Angaben hat das bundesdeutsche Engagement in Afghanistan den Steuerzahler seit 2002 insgesamt 550 Mio. Euro gekostet. Experten der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) geben die Kriegskosten mit über 100 Mrd. Dollar an. Die Pro-Kopf-Ausgaben für die 40 000 in Afghanistan stationierten ausländischen Soldaten, darunter 3 200 Deutsche, betragen täglich 4000 Dollar. Ein Strategiewechsel ist längst überfällig.

VII. Fortschritte bei „Nation-building“ und Demokratisierung?

In einer Untersuchung des britischen Parlaments wird die Lage in Afghanistan als „Desaster“ bezeichnet. Die Infrastruktur liegt am Boden, die Opiumproduktion explodiert, und die Taliban kontrollieren ebenso wie die Warlords weite Teile des Landes. Angesichts der realen Verhältnisse im Lande scheint die Äußerung der ehemaligen grünen Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Kerstin Müller unglaublich, wenn sie vom Fortschritt der Demokratie in Afghanistan spricht. Und der Weg zu einer „Normalisierung“ wird immer länger.

Eine weltweit einmalige Korruption führt zu weiteren Belastungen. Keine Institution in Afghanistan gilt als so korrupt wie die Justiz. Richter und Staatsanwälte verdienen im Monat zwischen 35 und 60 US-Dollar. Damit können sie ihre Familien nicht ernähren. Bei einem Gehalt von 60 Dollar kann von Unabhängigkeit natürlich keine Rede sein. Nur 60 Prozent der Richter haben eine juristische Ausbildung, davon kennt die Mehrzahl nur die Scharia (Islamisches Recht). Mehr als ein Drittel von ihnen hat nie etwas studiert, und auch nur 30 Prozent der Staatsanwälte haben ein Jurastudium absolviert, d. h. es sind größtenteils Laien. Über 50 Prozent der Richter haben keinen Zugang zu Gesetzbüchern und 83 Prozent keinen Zugang zu den Urteilen des Obersten Gerichts.

VIII. Frauen und Mädchen – noch immer rechtlos

Das Land am Hindukusch ist eine Handelsoase für Drogen, Waffen, Edelsteine, Kinder und Frauen. Die Folge ist eine rapide Zunahme von Kriminalität: Entführungen, Raub und Wegelagererei sind an der Tagesordnung. Bevorzugte Opfer sind wehrlose Frauen und vor allem Kinder. Nach Angaben von Unicef für 2007 gibt es in Afghanistan 1,6 Mio. Waisenkinder, um die sich kaum jemand kümmert. Viele von ihnen werden für den Organhandel, für den Kriegsdienst, die Arbeitssklaverei oder zu Erpressungszwecken entführt. Die ISAF hat im Jahre 2004 allein im Raum Kabul 160 Fälle von Kindesentführungen registriert, berichtet Pro Asyl in einem Infoblatt. Über die Zahl der Entführungen im Landesmaßstab liegen keine Angaben vor.

Kaum eine Frau traut sich auf die Straße ohne die Ganzkörperbedeckung „Buqra“. Auch die nicht, die einer Arbeit nachgehen. Sie tragen bis zur Tür ihrer Arbeitsstelle ihre Buqra, ansonsten werden sie von den Männern belästigt, beschimpft, gar angegriffen. Allein in Kabul leben etwa 55 000 Witwen. Kaum jemand interessiert sich für ihr Schicksal. Zum größten Teil sind sie gezwungen, sich zu prostituieren,



wollen sie sich und ihren Kindern eine Überlebenschance geben. Seit dem Beginn der Besetzung des Landes 2002 hat die Prostitution eine Dimension erreicht, dass man Kabul mit St. Pauli vergleichen könnte. Viele Unterkünfte, die als Hotel deklariert sind, fungieren faktisch als Bordelle, in denen afghanische und ausländische, bevorzugt asiatische Frauen arbeiten.

Von einer Befreiung der afghanischen Frauen, womit u. a. auch der Krieg gegen Afghanistan legitimiert wurde, können angesichts von Zwangsheirat, Misshandlungen, häuslicher Gewalt, Kinderehen, der Zunahme von Selbstmorden und Selbstverbrennungen nur Demagogen sprechen. Wenn Frauen es wagen, sich alldem zu widersetzen, landen sie ohne Gerichtsverfahren und ohne Beistand im Gefängnis.

Im Bildungsbereich sind zwar viele Initiativen gestartet worden, aber 60 Prozent der Mädchen sind noch immer von Schulausbildung ausgeschlossen, berichtete die UN-Kinderhilfsorganisation Unicef. Schätzungsweise sind nur fünf Prozent der afghanischen Frauen des Lesens und Schreibens kundig.

IX. Die Sicherheitslage – immer katastrophaler

Der Aufbau der afghanischen Nationalarmee kommt einfach nicht voran. 75 000 Mann wurden im Januar 2002 als Zielvorstellung genannt. Bisher sind es ganze 30 000. Das bedeutet gegenüber den vom Armeechef Bismillah Chan geschätzten 100 000 Privatmilizionären der Warlords ein Verhältnis „wie Maus und Elefant“. Polizei und Sicherheitsdienst sind gänzlich von den Pandschiri-Modjahedin dominiert, dafür zeichnet der erste Innenminister der Nach-Taleban-Regierung, Junus Qanuni, verantwortlich. Die Sicherheitsorgane sorgen eher für Unsicherheit als für Sicherheit. Nicht wenige Raub- und Mordüberfälle, sogar Entführungen, auch von Frauen, gehen auf ihr Konto.

Über 35 Prozent des Landes im Osten und Süden werden für Angehörige der Kabuler Administration als „No-Go-Area“ eingestuft. Nur die unter US-Kommando stehenden Einheiten führen dort unter Nutzung der bei den bundesdeutschen Tornadoaufklärungsflügen gewonnenen Erkenntnisse Operationen durch. Trotzdem schalten und walten auch in diesen Regionen Al Qaeda, Taleban und die Milizen von Hekmatjar, ehemals Super-Modjahed der USA.

Die Entwaffnung der Privatarmeen der Warlords wird permanent unterlaufen, sogar von Kabinettsmitgliedern. Selbst wenn hier und dort eine Entwaffnungsshow veranstaltet wird, bei der zum größten Teil alte Waffen abgegeben werden, ist die Angelegenheit ein gutes Geschäft. Für jede alte abgegebene Kalaschnikow erhalten die Söldner 100 Dollar auf die Hand. Auf dem freien Markt kann man sich schon für 70 Dollar eine neue Kalaschnikow kaufen.

Die 50 000 im Rahmen der Demobilisierung freigesetzten Kämpfer der Warlords mehren nicht nur zusätzlich das Heer der Arbeitslosen, sondern sind zu einem Faktor von Instabilität, Kriminalität und Unruhe geworden. Da sie keine bezahlte Beschäftigung finden können, gehen sie entweder zurück zu ihrem Warlord oder schließen sich den Taleban bzw. Al Qaeda, den Drogenhändlern oder den kriminellen Banden an. Die Sicherheitslage ist so schlecht wie seit dem Sturz des Taleban-Regimes nicht mehr.

Sicherheit kann nicht einmal in Kabul gewährleistet werden. Dafür steht neben vielen weiteren das Bombenattentat vor der Unterkunft der US-Sicherheitsfirma „Dyncorp“ in

Kabul, die Karsais Bodyguards stellt, bei dem etwa 20 Menschen ums Leben kamen. Schon Ende Mai 2006 konnten die Taleban gut ausgerüstete Polizei-Einheiten in die Flucht schlagen.

Afghanistan befindet sich auf dem Wege der Irakisierung. Selbstmordattentate und Angriffe nehmen zu. Im Jahre 2006 sprengten sich 160 Attentäter in die Luft. Aus einem Bericht des US-Außenministeriums geht hervor, dass 2005 etwa 15 000 und 2006 knapp 20 500 Menschen getötet wurden. 2006 wurden 749 Anschläge registriert, das ist eine Steigerung um 50 Prozent im Vergleich zu 2005. Im ersten Halbjahr 2007 wurden schon mehr Selbstmordanschläge verübt als im ganzen Jahr 2006. Am 29. September 2007 wurden durch ein Selbstmordattentat auf einen afghanischen Militärbus in Kabul mindestens 31 Soldaten, Offiziere und Zivilisten getötet und zahlreiche weitere schwer verletzt.

Die Leiterin des Kabuler Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung, Ursula Koch-Laugwitz, stellt fest, dass die Flächenbombardements in der Regel im Rahmen der US-geführten „Operation Enduring Freedom“ (OEF) durchgeführt werden, doch hat es auch bei ISAF-Einsätzen zivile Opfer gegeben. Allein in den vergangenen drei Monaten soll die ISAF versehentlich mehr Zivilisten als gezielt Taleban getötet haben. Je mehr die Zahl der zivilen Opfer steigt, desto stärker gerät Präsident Hamid Karsai unter Druck. Er sah sich bereits veranlasst, die NATO offen zu kritisieren. „Unser unschuldiges Volk wird zum Opfer der sorglosen Operationen der NATO und der internationalen Militärs“, erklärte er auf einer Pressekonferenz in Kabul.

Karsais Unfähigkeit ist inzwischen so offensichtlich, dass hinter verschlossenen Türen über seine Ablösung nachgedacht wird. Seine Gegner verbünden sich schon. In Kabul hat sich eine „Nationale Front“ aus Islamisten, wie dem ehemaligen Präsidenten Rabani, dem amtierenden ersten Stellvertreter von Karsai, Ahmad Zia Masud, den ehemaligen „kommunistischen“ Generälen Sayed Ahmad Gulabzoi und Nurul Haq Ulumi sowie dem Monarchisten Prinz Mustafa Zahir als Gegenpol zu Karsai gebildet.

X. Strategiewechsel bei der Polizeiausbildung – Ausweg aus der Krise?

Polizei und Geheimdienste Afghanistans werden seit fast hundert Jahren von Deutschen ausgebildet. Nach der Petersberger Konferenz 2001 hat die Bundesrepublik erneut die Aus- und Weiterbildung der afghanischen Polizei übernommen. Die Polizeiakademie in Kabul wurde im August 2002 wieder aufgebaut und für 1 600 Polizeioffiziere eine Ausbildung begonnen. Anfang 2004 standen der Kabuler Administration bereits 2 624 Absolventen zur Verfügung. Zur Finanzierung des Projektes hat die Bundesregierung für 2002 und 2003 insgesamt 33 Mio. Euro bereitgestellt. Bislang wurden 4 250 Polizisten mittlerer und höherer Dienstgrade in jeweils ein- bzw. dreijährigen Lehrgängen aus-, und über 18 000 Polizisten fachlich fortgebildet.

Gegenwärtig sind insgesamt 49 deutsche Polizeiberater und Kurzzeitexperten sowie seit März 2007 zusätzlich 30 Feldjäger der Bundeswehr bei der Polizeiausbildung im Einsatz. Deutschland berät auch das afghanische Innenministerium organisatorisch. Für die politische Koordination dieser Arbeit wurde im Herbst 2003 ein Fachmann im Rang eines Botschafters nach Kabul entsandt. Zu wenig, zu spät und zu bürokratisch – es gibt kaum ein negatives Adjektiv, das sich



nicht auf die deutsche Polizeiausbildung in Afghanistan anwenden lässt. Neben der Justiz ist die Polizei ein weiteres korruptes Staatsorgan. Wegen der schlechten und verspäteten Besoldung laufen die zum größten Teil aus den ehemaligen Milizen der Warlords rekrutierten Polizisten zurück zu ihren Warlords. Wenn ein Polizeioberst 85 Dollar im Monat verdient, für seine Wohnung in Kabul aber 300 Dollar bezahlen muss, ist die Anfälligkeit für Korruption enorm hoch. Es ist nicht selten der Fall, dass Polizisten in der Nacht zurückgekehrte Familien überfallen, weil sie bei ihnen Geld und Gut vermuten.

Die Konzeption der deutschen Seite ist darauf gerichtet, afghanische Polizeikader auszubilden, die dann als Multiplikatoren für die Aus- und Fortbildung der afghanischen Polizeikräfte einzusetzen sind. Diese Konzeption passt den USA aus zwei Gründen nicht. Zum einen wollen sie den Einfluss der Deutschen im innenpolitischen Bereich Afghanistans begrenzen. Zum anderen strebt die US-Armee die „Irakisierung“ der afghanischen Polizei an. Diese wird seit einiger Zeit im Süden und Osten des Landes zur Entlastung der US-Einheiten im Kampf gegen Aufständische eingesetzt. Nach Angaben des Innenministeriums in Kabul wurden allein von Januar bis Juli 2007 mehr als 450 Polizisten getötet. Von einer frisch ausgebildeten Einheit traten kürzlich nur 135 von 160 Männern ihren Dienst in der Provinz Kandahar an. Nach wenigen Wochen waren es nur noch 70.

Für die Realisierung ihrer Konzeption sind die USA selbst in das Programm der Polizeiausbildung eingestiegen. Im amerikanisch geführten Zentralen Trainingszentrum in Kabul ist der Einfluss des Verteidigungsministeriums der Vereinigten Staaten offensichtlich. Im Gegensatz zu offiziellen US-Angaben erhalten dort die Afghanen keine Polizei- sondern eine paramilitärische Ausbildung. Damit hat das Pentagon die amerikanische private Sicherheitsfirma „Dyncorp“ beauftragt. Selbst ein Firmenmitarbeiter, ein ehemaliger Polizist, kritisiert, dass hier keine Polizisten, sondern Sicherheitskräfte ausgebildet werden. Dann haben wir irakische Verhältnisse.

Um den Vorwurf der „Irakisierung“ zu entkräften, haben die USA inzwischen auch die EU in die Polizeiausbildung einbezogen. Nach außen wird bei der Eupol auf die Beibehaltung der deutschen Konzeption hingewiesen, intern jedoch wird offen gesagt: Wir brauchen auch eine paramilitärische Ausbildung. In der EU sieht man jedoch die durch die USA betriebene Vermischung von Polizei- und Militäraufgaben kritischer. Statt mehr afghanische Soldaten in den Süden und Osten zu entsenden, haben die USA eine Erhöhung der Polizeikräfte um 20 000 Mann durchgesetzt. Es müssten möglichst schnell möglichst viele Polizisten ausgebildet werden. Das hat damit zu tun, dass die USA bislang erst 30 000 statt der geplanten 70 000 Soldaten geschult haben. Polizisten werden in Schnellkursen billig ausgebildet und als Kanonenfutter eingesetzt. Bereits bei fünf US-geführten Militäroperationen – Riverdance, Mountain Lion, Mountain Fury, Medusa und Mountain Eagle wurden Polizisten verwendet. Nach Angaben von Polizeiausbildern starben dabei über zwanzigmal mehr Polizisten als Soldaten.

Der deutsche Berater für die Polizeiakademie, Harald Ziaja, bemerkt: „Wir versuchen den Polizisten zu vermitteln, dass sie ihre Brüder schützen müssen. Die amerikanischen Sicherheitsfirmen kommen dagegen, um Schießübungen zu machen. Für sie sind die Afghanen keine Brüder, sondern

Feinde. Die USA haben längst das deutsche Ausbildungsprogramm konterkariert, was für die innere Sicherheit Afghanistans unabsehbare negative Folgen haben wird.“

XI. Die Ambitionen der NATO und die geostrategische Bedeutung Afghanistans

Wegen der grundsätzlichen geostrategischen Bedeutung Afghanistans, seiner Lage südlich der öl- und gasreichen zentralasiatischen Staaten, seiner Grenze zu China und Pakistan einerseits und zu Iran andererseits ist das Land wieder in den Fokus der US-amerikanischen wie europäischen Außenpolitik gerückt. „Afghanistan ist Priorität Nummer eins“ für die NATO, betont Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer immer wieder. „Die NATO und die internationale Gemeinschaft werden Afghanistan nicht verlassen, bevor unsere Aufgabe nicht erledigt ist“, stellte der ISAF-Kommandant, der kanadische General Rick Hillier, fest, der am 9. August 2004 vom französischen General Jean-Louis Py abgelöst wurde. Dieser leitete das Eurokorps, das das Kommando über die „International Security Assistance Force“ (ISAF) übernommen hat. Es ist der erste Einsatz des Eurokorps außerhalb Europas!

XII. Mögliche Grundprämissen deutscher und internationaler Handlungsoptionen:

Option 1: Von USA und NATO-Generälen vor Ort sowie von den Regierungen in Afghanistan und in den NATO-Ländern wird eine Aufstockung der Soldaten gefordert. Der Afghanistankonflikt ist aber militärisch nicht zu lösen. Weder den Briten im 19. Jahrhundert noch den Sowjets im 20. Jahrhundert ist dies mit Einsatz von zeitweise 120 000 Soldaten gelungen. Die verantwortlichen Militärs und Politiker in den westlichen Ländern sollten diese historischen Erfahrungen zur Kenntnis nehmen.

Afghanistan ist zweimal so groß wie die Bundesrepublik und topographisch sehr vielfältig. Um das Land völlig zu besetzen, wären möglicherweise ca. 500 000 Soldaten erforderlich. Dies würde immer noch keinen Frieden bedeuten, sondern einen Krieg auf höherer Eskalationsebene und die weitere Zerstörung des Landes.

Option 2: Ein sofortiger Abzug der US- und NATO-Einheiten, einschließlich der Bundeswehr aus Afghanistan. Diese Position wird hauptsächlich von der Linkspartei und der Friedensbewegung vertreten. Die Fraktion der Linkspartei hat zahlreiche Anträge bzw. Anfragen bezüglich der Einsätze des Kommandos Spezialkräfte (KSK) im Rahmen der Operation Enduring Freedom (OEF), Active Endeavour (OAE), der Entsendung der Tornado-Aufklärungsflugzeuge und der Verlängerung des ISAF-Mandats gestellt. Als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien fordert sie den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Dabei geht sie von den realen Verhältnissen im Lande, der Entwicklung seit 2002 und der Tatsache aus, dass die Militärs bisher nicht in der Lage waren, das Problem zu lösen. Im Gegenteil sie sind selbst Teil des Problems geworden.

Das neue Afghanistan-Konzept der Bundesregierung beinhaltet substantiell nichts Neues. Es verkündet nur Durchhalteparolen und setzt weiter auf eine militärische Lösung. Dabei hat die Bundeswehr für die Sicherheit Afghanistans faktisch keinerlei Relevanz. Ihr Einsatz ist Bestandteil der Militarisierung der deutschen Außenpolitik und basiert auf den Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) von 2003 und 2004 sowie dem Weißbuch von 2006. Hier wurden die



grundgesetzmäßigen Verteidigungsgrenzen der Bundesrepublik aufgehoben und die ganze Welt zum Operationsfeld der Bundeswehr erklärt. Es deutet alles daraufhin, dass sich die Bundeswehr auf Dauer in Afghanistan einrichten will, um das Land für mögliche künftige Einsätze in der Region als unsinkbaren Flugzeugträger zu nutzen. Neben Kundus und Faisabad ist in Masare-Scharif die größte deutsche Militärbasis außerhalb Deutschlands geschaffen worden. Sie erstreckt sich über 2,3 km². Von dort starten auch die Tornados.

Der einzige gangbare Weg zur Befriedung Afghanistans wäre die Bildung einer wirklich repräsentativen Regierung im Lande selbst, nicht irgendwo im Ausland. Wir brauchen kein „zweites Petersberg“, wie manche Politiker der Grünen erklärt haben, sondern ein „erstes Afghanistan“. Unter strengster Kontrolle nicht durch die am Krieg beteiligten Nationen, sondern der Blockfreien Staaten, der Konferenz der Islamischen Staaten, der internationalen Gewerkschaften, von Friedens-, Frauen- und Studentenorganisationen sollten Wahlen für eine Loya Jirga durchgeführt und auf dieser repräsentativen Versammlung eine provisorische Regierung und Kommissionen zur Ausarbeitung einer Verfassung sowie von Parteien- und Wahlgesetzen gewählt werden. Eine Regierung, vom Volk gewählt, hätte auch in Kabul kaum etwas zu befürchten. Im schlimmsten Fall sollte, wenn für kurze Zeit Militärschutz benötigt wird, eine International Security Assistance Force ausschließlich von Staaten aufgestellt werden, denen das Land nahe steht, wie den Blockfreien und den islamischen Staaten. Damit wäre auch den Islamisten der Wind aus den Segeln genommen, denn Afghanistan wäre dann nicht von „ungläubigen Christen“ und dem „großen Satan“ besetzt. Schließlich sollte eine nationale Versöhnung, möglicherweise nach dem Muster Südafrikas eingeleitet und ein „Marshallplan“ für den Wiederaufbau des Landes ausgearbeitet werden.

„Der Einsatz am Hindukusch dauert jetzt schon so lange wie der Zweite Weltkrieg, ohne dass ein Ende absehbar ist. Eine ehrliche Debatte über den nötigen Strategiewechsel, die gewünschten Ziele und ein vernünftiges Ausstiegsszenario ist deshalb überfällig“, mahnte die Süddeutsche Zeitung kürzlich. Mit „Durchhalte-“ und „Kurshalte“-Parolen sowie noch mehr Militär, wie der UN-Sonderbeauftragte für Afghanistan, Tom Koenigs, verlangt, wird es in Afghanistan jedenfalls weder Frieden, noch Wiederaufbau geschweige denn ein „Nation-building“ geben.

Option 3: Mittelfristiger Abzug bis ca. Ende 2010 bzw. langfristiger Abzug in 15 bis 20 Jahren, was von manchen Strategen und Afghanistan-Experten diskutiert wird. Diese Option würde an der jetzigen militärischen Auseinandersetzung nichts ändern. Im Gegenteil, der Widerstand gegen US-Armee und NATO-Einheiten würde sich fortsetzen, möglicherweise auf breiterer Basis. Da der Krieg täglich zahlreiche zivile Opfer fordert, werden sich weitere Teile der Bevölkerung dem Widerstand anschließen. Und es wird zu einer engeren Zusammenarbeit des innerafghanischen und internationalen Islamismus kommen. Die Fortsetzung eines solchen Krieges würde die gesamte Region, in jedem Fall das Nachbarland, die Atommacht Pakistan mit mächtigen islamistischen Parteien, das inzwischen wegen des Afghanistan-Konfliktes am Rande eines Bürgerkrieges steht, weiter destabilisieren. Ein Zusammenbrechen Pakistans hätte dann solche Kriege zur Folge, dass der Konflikt in Afghanistan beinahe harmlos erschiene. Darüber hinaus kann ein beabsichtigter

Wiederaufbau des Landes an seiner unsicheren Peripherie nicht erfolgreich durchgeführt werden. Da eine Fortsetzung des Krieges auch weitere Zerstörungen verursacht, steht er im Widerspruch zu dem Wiederaufbauprogramm der internationalen Akteure.

XIII. Perspektiven für Afghanistan

Um die Souveränität Afghanistans wiederherzustellen, müssten die in Option 2 genannten Elemente berücksichtigt werden. Darüber hinaus wäre eine nationale Versöhnungspolitik einzuleiten, die schon Anfang der 90er Jahre der damalige afghanische Präsident Dr. Nadjibullah anvisiert hatte. Parallel dazu sollte eine „Wahrheitskommission“ nach südafrikanischem Muster eingerichtet werden.

Um die Warlordisierung einzuschränken, sollte die afghanische Zivilgesellschaft, säkular orientierte Gruppierungen, wie die Monarchisten, die über eine beachtliche Zahl an Technokraten verfügen, Parteien, wie die „Nationale Einheitspartei Afghanistans“ unter dem Parlamentsabgeordneten Nur Ulhaq Ulumi, um den sich Teile der ehemaligen Demokratischen Volkspartei Afghanistan (DVPA) sammeln, sowie einzelne Persönlichkeiten für eine Zusammenarbeit gewonnen werden. Zu den Persönlichkeiten gehören z. B. die drei „deutschen“ Minister Spanta, Farhang und Dadfar, Parlamentsabgeordnete, wie der populäre Ramazan Bachardoust, der Paschtune Saied Ahmad Gulabseu, der Dichter Abdul Latif Pedram, die Frauenrechtlerinnen Dr. Sima Samar und Dr. Masuda Jalal, der berühmte und beliebte Liedermacher Prof. Sadeq Fetrat (Naschnas), der sozial engagierte Unternehmer Bayat, der Stammesführer aus Paktia, Padscha Chan Zadran mit guten Verbindungen zu den Monarchisten und die Verantwortlichen des TV-Senders TOLO, um nur einige Beispiele zu nennen.

Bevor überhaupt ein ernsthafter Wiederaufbau in Afghanistan in Angriff genommen werden kann, muss Afghanistan von den über 30 000 Minen befreit werden. Das gesamte Land ist mit Bomblets der von USA eingesetzten Streubomben übersät. Die geschätzte Blindgängerquote beträgt 50 Prozent. Die meisten Opfer kommen aus der Zivilbevölkerung.

Afghanistans ökonomische Perspektive liegt in der Abkopplung von kolonialähnlichen wirtschaftlichen Strukturen und der stärkeren Hinwendung zu einer regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den industriell entwickelteren Nachbarn Indien, China, Iran und Pakistan sowie in einer Süd-Süd-Kooperation. Neue Ansätze gibt es seit 2003, als das IBSA-Forum mit Indien, Brasilien und Südafrika gegründet wurde. In der dritten Juliwoche des Jahres 2007 trafen sich ihre Außenminister in Neu-Delhi und konkretisierten ihre Ziele, wobei u. a. die Einbeziehung der ärmeren Länder in gemeinsame Projekte vereinbart wurde. Es gibt bereits erfolgreich durchgeführte Vorhaben z. B. in Haiti und Guinea-Bissau.

Als US-Protektorat hat Afghanistan weder politische noch ökonomische Perspektiven, geschweige denn eine friedliche Zukunft.



Der Kalte Krieg im Rückblick – Versuch einer Wertung

Von Jochen Schröter, BAG Friedens- und Internationale Politik (Jochen Schröter ist am 21. Dezember 2007 verstorben. Die BAG FIP bewahrt ihrem langjährigen Mitglied ein ehrendes Andenken.)

Der Kalte Krieg – die Zeit zwischen 1947/48 und 1990

Die vergangenen fünfzig Jahre sind eingebettet in den dynamischsten Zeitabschnitt des 20. Jahrhunderts. In dieser Zeitspanne durchlebten die Völker Europas, Asiens und Nordamerikas, aber mit ihnen auch der formal nicht unmittelbar in die jeweiligen Konfliktebenen einbezogene Teil der Menschheit aller Kontinente mehrere Eskalationsebenen des Kalten Krieges. Damit gingen politische und militärische Krisen unkalkulierbarer Dimension einher, die – hart am Siedepunkt offener militärischer Konflikte – das Potenzial eines Dritten Weltkrieges in sich trugen.

Die Geschichtswissenschaft wird sich noch lange Zeit mit dem Phänomen des Kalten Krieges beschäftigen; denn diese Zeitspanne zwischen 1947/48 und 1990 repräsentiert eine komplexe Verknüpfung von zwischenstaatlichen Interessenkonflikten, die ursächlich bestimmt waren von gegensätzlichen staatsdoktrinären, weltanschaulichen und gesellschaftspolitischen Staatszielen. Die daraus resultierenden Widersprüche und Konflikte waren zusätzlich überlagert von ererbten nationalistischen Vorurteilen, deren Ursprünge zu großen Teilen im 19. Jahrhundert und in den politischen Folgen des Ersten Weltkrieges liegen, wie z. B. der Sieg der russischen Oktoberrevolution.

Dieses Konfliktpotenzial wirkt unter veränderten Rahmenbedingungen über das Ende des Kalten Krieges hinaus lähmend bis in die Gegenwart.

In diesem Sinne hat die vierzigjährige Zeit des Kalten Krieges die spezifischen Merkmale einer ihrem Wesen nach einmaligen Epoche angenommen. Niemals zuvor gab es in der Weltgeschichte eine intensivere Verflechtung von weltanschaulichen Auseinandersetzungen mit einem innen- und außenpolitischen Konfliktpotenzial dieser globalen Dimension. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen führten übergangslos zu militärischen Blockbildungen, in deren Ergebnis jegliche Politik von sicherheitspolitischen Ansprüchen und militärischen Bedürfnissen dominiert wurde. Die Welt erlebte die bisher intensivste und längste Periode der Militarisierung und der Konfrontation unterhalb der Schwelle eines offenen Konflikts.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte sich das multipolare Weltstaatensystem der Vorkriegszeit bekanntlich zu einem von der Systemauseinandersetzung dominierten bipolaren Staatensystem gewandelt, angeführt von je einer der beiden Supermächte und ergänzt durch die Gruppierung der nicht paktgebundenen Staaten.

Dem Wesen nach war der Kalte Krieg ein Versuch, das bipolare Staatensystem zugunsten der einen oder der anderen Seite zu überwinden und es durch ein unipolares Weltsystem zu ersetzen. Das war das eigentliche politische Ziel beider Führungsmächte und der Hintergrund für die Entstehung des Kalten Krieges. Der militärische Faktor war in diesem Spiel der Supermächte um die unipolare Weltherrschaft das Mittel

erster Wahl. Eine Hauptmethode des Kampfes um die Erweiterung der Einflussräume der Supermächte und damit der Veränderung des peripheren Kräfteverhältnisses zwischen den Blöcken war der Systemtransfer. In diesem konstitutiven Prozess des gewaltsamen Machttransfers kommt eine bevorzugte Strategie des Kalten Krieges zum Ausdruck, die, bezogen auf die USA, bis in die Gegenwart politische Praxis geblieben ist. Der Systemtransfer und spiegelbildlich die Verweigerung des politischen Systemwechsels auf dem Wege demokratischer Wahlen sind Kernelemente imperialer Politik in der Strategie des Kalten Krieges.

Katastrophen in der Größenordnung des Kalten Krieges haben viele Väter. Und jeder dieser Väter hat auf seiner Seite Mitstreiter und Helfer in Zivil und Uniform mobilisiert, die mehr oder weniger alle im guten Glauben gehandelt haben, für eine gerechte Sache zu streiten. Es passiert äußerst selten, dass die Urheber zivilisatorischer Katastrophen sich in ihrer Lebzeit zu ihrer politischen Verantwortung bekennen.

Die Hauptverantwortlichen des Kalten Krieges saßen in Führungsetagen der beiden Supermächte. Daneben gab es weitere geistige, politische und organisatorische Protagonisten des Kalten Krieges in Zivil und Uniform. Die Beurteilung der historischen Verantwortung all dieser Persönlichkeiten für das Leid der Völker ist bisher ein offenes, unbewältigtes Kapitel der offiziellen nationalen und internationalen Geschichtsschreibung.

Der Kalte Krieg und die beiden deutschen Staaten

Bei aller Bedeutung des deutschen Potenzials für die jeweiligen Kräfteverhältnisse zwischen den Fronten des Kalten Krieges dürfen wir nicht übersehen, dass sich das geteilte Deutschland unter Aufsicht und Kontrolle der alliierten Siegermächte befand. Weder in Bonn noch in Berlin hatten die Regierenden eine freie Entscheidungsbefugnis in militärischen oder sicherheitspolitischen Angelegenheiten.

Das wurde u. a. klar und deutlich vom ersten Generalsekretär der NATO, Lord Hastings L. Ismay 1949 in der Initialformel zum Ausdruck gebracht, in der er den Rahmen und die Grundorientierung für den Auftrag der NATO formulierte: „To keep the Americans in, the Russians out und the Germans down.“

Ex-Außenminister Joschka Fischer hat auf der 35. Wehrkundetagung in München erklärt: „Diese Definition trifft heute nicht mehr zu; denn die strategisch-historische Lage hat sich in Europa grundlegend geändert.“ Das entspricht in einem gewissen Rahmen auch tatsächlich den politischen Realitäten. Die Bundesrepublik hat im Laufe der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg politische und ökonomische Spielräume hinzugewonnen, die ihr in den frühen Nachkriegsjahren verschlossen waren. Analog, wenn auch mit größeren Einschränkungen, trifft das auch für die DDR zu.

Was jedoch die militärischen Spielräume betrifft, so verhält es sich anders. Das weiß jeder Bundeswehroffizier, und er respektiert es, wenn er klug ist, genauso, wie jeder NVA-Offizier die Sonderstellung der NVA im Warschauer Pakt und die Kontrolle durch die entsprechenden sowjetischen Organe respektiert hat.

Diese Beschränkungen für die deutschen Streitkräfte auf beiden Seiten und für die Sicherheitspolitik beider deutschen Staaten sind Ausdruck der politischen Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges. Die völkerrechtliche Fortschreibung der Kontrolle über Deutschland durch die Siegermächte ist im



„Zwei-Plus-Vier-Vertrag“ verankert. Das ist übrigens der letzte völkerrechtliche Vertrag, den die DDR verbindlich unterzeichnet hat und der die internationalen Bedingungen für die deutsche Wiedervereinigung festlegte.

Dieser Verweis auf die begrenzte militär- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit beider deutscher Staaten schränkt nicht deren Mitverantwortung an der Entfaltung des Kalten Krieges im Zentrum Europas ein. Eine deutsche Verweigerung jeglicher Remilitarisierung wäre sogar mit Berufung auf das Potsdamer Abkommen der Alliierten über Deutschland in den frühen Nachkriegsjahren als Option denkbar gewesen, zumal es in den breiten Volksmassen beider deutscher Staaten bis hinein in die damaligen Führungsgremien der Parteien dafür eine politische Bereitschaft gegeben hat.

Eine solche Entscheidung hätte die Nachkriegsgeschichte Europas dramatisch beeinflusst. Ob eine solche Option angesichts der herrschenden Machtverhältnisse der Besatzungszeit politisch tragfähig gewesen wäre, ist nach anderen Kriterien zu beurteilen.

Wenn diese Chance in beiden deutschen Staaten von den neuen deutschen Führungseliten der Nachkriegszeit, im Unterschied zu Japan, verworfen wurde, so hängt das mit der Wiederbelebung alter innenpolitischer Feindbilder zusammen. Die neuen Eliten knüpften an alte politische Ziele und Bündnisoptionen aus der Zeit der Weimarer Republik an und formierten ihre Kräfte in Übereinstimmung mit den Interessen der von ihnen bevorzugten Besatzungsmacht. Sie handelten auf diese Weise einerseits als Vollstrecker des Willens der Besatzungsmacht gemäß den formalen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens und erwarben so deren Vertrauen und Unterstützung. Im Gegenzug gewährten ihnen die Besatzungsmächte begrenzte Spielräume für die Gestaltung ihres Einflussraumes nach ihren traditionellen Vorstellungen. Am deutlichsten lässt sich das am Beispiel der langjährigen Adenauer-Ära belegen.

Im Osten Deutschlands lag von Anfang an die Initiative in den Händen der sowjetischen Besatzungsmacht. Hier wirkte der seit den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts dominierende Disziplinierungsprozess der Komintern, demzufolge sich die Parteien der kommunistischen Weltbewegung an den Entscheidungen der KPdSU als ihrer führenden Kraft orientierten, das Prinzip der „monolithischen Einheit“. Die Spielräume für die Gestaltung deutscher Politik wurden von diesem Prinzip grundsätzlich dominiert. Die sowjetische Führung nutzte ihren Einfluss auf den östlichen Teil Deutschlands aus, um, gestützt auf die KPD, schrittweise einen politischen Systemtransfer nach dem sowjetischen Verständnis einer Gesellschaft sozialistischen Typs zu installieren und diesen Staat in ihr Einflussgebiet zu integrieren. Gemeinsam mit den anderen volksdemokratischen Staaten konstituierte die sowjetische Führung aus diesem Staatenverbund das „sozialistische Weltssystem“.

Am Beginn dieser Entwicklung gab es in den volksdemokratischen Staaten eine mehrheitliche Akzeptanz für einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg. Diese Akzeptanz war jedoch in erster Linie an den sozialen Erfolg, an die gesellschaftliche Wahrnehmung der „Systemüberlegenheit“ gebunden.

Im Falle eines Misserfolgs verweigerten aber die sowjetische Führungsmacht und in den meisten realsozialistischen Staaten auch die an der Macht befindlichen kommunisti-

schen Parteien eine Wahlalternative, auch innerhalb des geltenden Verfassungsrechts, im Sinne einer demokratisch modifizierten sozialistischen Umgestaltung, weder von oben noch von unten.

Das historische Phänomen der Supermächte

Die USA und die Sowjetunion errangen im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges bekanntlich eine machtpolitische Aufwertung ihrer internationalen Rangordnung, die sie konkurrenzlos und unantastbar aus der übrigen Staatenwelt herausragen ließ und sie als „Supermächte“ zu scheinbar natürlichen Ordnungs- und Führungsmächten an der Spitze der neuen Staatenwelt prädestinierte. Aus dieser Sonderstellung heraus erstand das verhängnisvolle Konkurrenzverhältnis beider Mächte, und es eskalierte an den konzeptionellen Widersprüchen bei der Bestimmung des Inhalts und Charakters der zu schaffenden neuen Weltordnung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verflochten sich also die sich seit dem späten 19. Jahrhundert zuspitzenden sozialen Widersprüche der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft mit den staatsdoktrinären, sozialpolitischen und hegemonialen Interessen der beiden Hauptexponenten USA und UdSSR zu einem als Systemauseinandersetzung wahrgenommenen imperialen Konflikt, der politisch zu einer Blockbildung, ideologisch jedoch zu einer blockübergreifenden Lagerbildung führte.

Wir erleben hier eine global angelegte Parallele zu den damals auf Europa begrenzten Konfliktkonstellationen des späten europäischen Mittelalters beim Übergang zur Neuzeit, als der soziale Konflikt zwischen dem aufstrebenden Bürgertum und der überlebten Feudalgesellschaft auf die Ebene staatlicher Konflikte umschlug. Zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert verbanden sich die gesellschaftlichen Widersprüche mit religiös verbrämten weltanschaulichen Glaubensbekenntnissen und den emanzipatorischen Zielen der sich entfaltenden europäischen Aufklärung zu einem die europäische Gesellschaft durchdringenden komplexen politischen Systemkonflikt.

Die beiden Supermächte, die ihren machtpolitischen Potenzialen nach die Dimensionen von Imperien repräsentierten und, bezogen auf die USA, noch repräsentieren, strebten jede für sich die Gestaltung der Welt nach ihrem Bilde und unter ihrer Führung an.

Imperien unterscheiden sich von Staaten kleiner und mittlerer Größe durch geschichtlich langfristig angelegte dynamische Expansion und die Schaffung und „Verteidigung“, also machtpolitische Abschottung, von Einflussgebieten.

Staaten geringer Dimension verfügen über solche Potenzen nicht. Staaten mittlerer Dimension führen miteinander Rangordnungskämpfe um die regionale Vorherrschaft. Zur Brechung eines bestehenden Gleichgewichts schaffen sie sich Koalitionen. Diese Konstellationen waren für das alte Europa typisch.

Die Welt nach 1945 wird jedoch von den Rangordnungskämpfen der imperial handelnden Supermächte dominiert. In der davor liegenden Geschichte koalitierten die Imperien gegen aufstrebende machtpolitische Konkurrenten aus dem Kreis der mittleren Großmächte, bei gleichzeitiger Abstimmung und Koordinierung ihrer Interessen.



Die politisch-diplomatische Ebene des Kalten Krieges

Während in den 40er, 50er und den frühen 60er Jahren der militärische Faktor der absolut dominierende Faktor des Systemkonfliktes war und durch den politisch diplomatischen Faktor lediglich begleitet und ergänzt wurde, veränderte sich im Verlauf der 60er und 70er Jahre das Verhältnis dieser beiden Faktoren zueinander. Das hängt mit dem Bemühen beider Seiten um die Gestaltung eines politisch-vertraglichen Konfliktmanagements zusammen.

Dieser strategische Paradigmenwechsel beginnt im Umfeld der Kubakrise 1961/62, nachdem die US-amerikanische Seite die Einsicht gewonnen hatte, dass das Territorium der USA nicht mehr militärisch unverwundbar war. Das Umdenken setzt mit der politischen Akzeptanz des Gleichgewichts der Raketen-Kernwaffenpotenziale beider Seiten ein und führt allmählich zur Anerkennung des erreichten machtpolitischen Status quo durch beide Seiten als Basis für eine vertragliche Eingrenzung der akuten Kriegsgefahr. Herausragende Ergebnisse dieses Umdenkungsprozesses sind u. a. Abkommen über die Begrenzung der strategischen Rüstungen wie SALT 1 und die Einleitung des Helsinki-Prozesses nach der Unterzeichnung der Helsinki-Akte 1972. Das war eine offizielle Abkehr von der Präferenz des militärischen Faktors bei gleichzeitiger Anerkennung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz durch die Unterzeichnerstaaten.

Im Zentrum des Helsinki-Prozesses stand jedoch nicht die „Aussöhnung“ der Supermächte und der mit ihnen alliierten Staaten der NATO und des Warschauer Paktes, sondern ein Paradigmenwechsel bei der Wahl der Mittel der Konfliktaustragung. Ziel war die Zurückdrängung des militärischen Faktors und die vorzugsweise Anwendung nichtmilitärischer Potenziale. Es ging also nicht um einen politischen Ausgleich und um die Festschreibung einer Balance der Kräfte im Sinne des Westfälischen Friedens von 1648 oder des Wiener Kongresses von 1815, sondern um die Verhinderung der gegenseitigen Vernichtung in einem für beide Seiten unkalkulierbaren militärischen Konflikt sowie um die Vereinbarung politisch beherrschbarer Kampfmethoden unterhalb dieser Schwelle. In keinem Falle ging es um eine politische Konvergenz im Sinne einer Systemannäherung, sondern um die Fortsetzung des Systemkonflikts mit anderen, vorwiegend nichtmilitärischen Mitteln. Der Systemkonflikt blieb seinem Wesen nach zugleich ein imperialer Hegemonialkonflikt der Supermächte. Es gab von beiden Seiten keinen Paradigmenwechsel in der politischen Zielsetzung, sondern nur in der Wahl der bevorzugten Kampfmittel. Der militärische Faktor erhielt dadurch eine veränderte Aufgabenstellung als Deckungsinstrument und Garantiefaktor für die Aufrechterhaltung des machtpolitischen Gleichgewichts der Kräfte auf der Basis des jeweiligen Status quo.

Parallel dazu verlagerte sich der Kampf um die Brechung des Gleichgewichts und um den Systemtransfer nach außerhalb des Vertragsgebietes der Helsinki-Akte, an die „Peripherie“, d. h. in die Regionen der sogenannten Dritten Welt, wo der militärische Faktor unverändert das bevorzugte Mittel des Systemtransfers blieb, ohne jedoch die zentrale Konfrontation der Supermächte ernsthaft zu belasten.

Einen besonderen Stellenwert als Deckungsfaktor erhielt in dieser Phase des Kalten Krieges die forcierte maritime Aufrüstung beider Seiten. Mit der gleichen Zielsetzung wur-

de die Weltraumrüstung in eine qualitativ neue Entwicklungsphase hinübergeleitet. In den 50er und den frühen 60er Jahren stand der Wettlauf um Reichweiten und Trägerkapazitäten im Vordergrund der Kernwaffen-Raketen-Rüstung. Seit Mitte der 60er Jahre treten die Raketenabwehr, der Bau von Mehrfachsprengköpfen und die Stationierung von weltraumgestützten Raketen-Angriffs- und -Abwehrsystemen in den Mittelpunkt der Raketen-Kernwaffenrüstung. Der Weltraum wurde zur eigenständigen Dimension des Rüstungswettlaufs. Charakteristisch für diese neue Rüstungsdimension war die Miniaturisierung der Kernwaffen bei gleichzeitiger Steigerung ihrer Vernichtungskapazität und die Erweiterung der Eindringtiefe und der Trägerkapazität der Raketen bei enormer Erhöhung ihrer Treffergenauigkeit.

Gleichzeitig wurde eine Verkürzung der Zeiten zur Herstellung der technischen Einsatz- und Gefechtsbereitschaft der Systeme und der Kommandostrukturen realisiert. Diese Schritte der militärtechnischen Entwicklung hatten und haben noch immer einen komplexen qualitativen Umbruch des gesamten Militärwesens zur Folge, der nur auf der Grundlage eines wissenschaftlich-technischen Höchststandes realisierbar ist. In dieser Periode der Weltraumrüstung begann auch der Aufbau des weltraumgestützten Satelliten-Beobachtungs- und Kommandosystems der US-Streitkräfte. Ein ziviles Abfallprodukt dieses elektronischen Nachrichten- und Kommando-Systems wird als „GPS-System“ vermarktet.

Aus all diesen Gründen führte die Zurückdrängung des militärischen Faktors als bevorzugtes Mittel der Politik in den Hauptkonfrontationsräumen nicht zu einer Entmilitarisierung der internationalen Politik. Die Militarisierung der Volkswirtschaften und der wichtigsten gesellschaftlichen Lebensbereiche blieb auch nach Helsinki das dominierende Merkmal des Kalten Krieges. Das wurde in den 80er Jahren demonstriert durch die von der Reagan-Administration verfolgte „Strategie des Totrüstens“ und durch die von Bundeskanzler Helmut Schmidt initiierte Raketenstationierung in der Bundesrepublik auf der Grundlage des NATO-Doppelbeschlusses.

Schlussbetrachtung

Bei einer rückwirkenden verallgemeinernden Betrachtung kommt man zu dem dringenden Schluss, dass der Kalte Krieg letztendlich der Ausdruck der Unfähigkeit der politischen Führer beider Seiten war, mit dem in der Nachkriegswelt entstandenen Geflecht von realen Widersprüchen maßvoll umzugehen. Insbesondere haben die großen Mächte durch brachiale Mittel und Methoden versucht, ihre Interessen und staatsdoktrinären Führungsansprüche unter Missachtung der Interessenlage der jeweils anderen Seite zu realisieren.

Das entspricht der Fortsetzung der Politik des vom Nationalegoismus geprägten 19. Jahrhunderts unter den Bedingungen einer sich regional und global neu orientierenden Welt nach 1945. Der Kalte Krieg lebte von der permanenten Eskalation der militärischen Potenziale, von der Militarisierung der Politik, der Militarisierung der Volkswirtschaften, der Militarisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens.

Das Hauptmerkmal des Kalten Krieges war die totale Militarisierung der internationalen Politik. Der militärische Faktor wurde das bestimmende und bevorzugt eingesetzte Instrument gegenseitiger Erpressung bei Androhung des heißen Krieges. Aber er diente auch als Mittel der Disziplinie-



zung gegenüber dritten Staaten innerhalb und außerhalb der Blöcke.

Der Kalte Krieg endete durch das Ausscheiden der UdSSR aus der Konfliktkonstellation und im Ergebnis der Selbstauflösung des von ihr geführten Warschauer Vertrages. Russland vollzog nach der Auflösung der sowjetischen Staaten-Union einen Paradigmenwechsel seiner Außenpolitik, indem sich die russische Regierung von der Idee einer kommunistischen Weltrevolution und der Herausbildung eines eigenständigen „sozialistischen Weltsystems“ unter Führung Moskaus trennte. Damit endete zugleich die bipolare Mächtekonstellation. Die russische Außenpolitik kehrte zur Anerkennung einer multipolaren Konstitution des internationalen Staatensystems zurück.

Im Gegensatz zu Russland beharren jedoch die USA auf der Errichtung einer unipolaren Weltordnung unter ihrer Führung. Von diesem als schicksalhafte Mission verstandenen Auftrag zur Übernahme der Führung der internationalen Staatengemeinschaft leiten die Führungseliten der USA unverändert den Anspruch auf Respektierung als Weltordnungsmacht ab. Ziel dieser Mission ist die Durchsetzung und dauerhafte Gewährleistung aller grundlegenden Interessen der USA als Hegemonialmacht. Dazu gehört in erster Linie die Aufrechterhaltung der militär-technologischen Überlegenheit als vermeintliche Voraussetzung uneingeschränkter Sicherheit. Der militärische Faktor wird weiterhin als Schlüsselement, Voraussetzung und Garantie für den Erfolg der „Mission“ betrachtet.

Zur komplexen Sicherheit gehört die ungestörte Befriedigung der Interessen der US-Wirtschaft, vor allem die langfristige Absicherung der Rohstoffversorgung, die Beherrschung der internationalen Finanzmärkte durch Aufrechterhaltung der Dominanz des US-Dollars und der Export US-amerikanischer „Kultur“- und Lebensweise.

Gestützt auf die gegebenen Potenziale gestalten die USA ihre internationale Machtprojektion, indem sie sich auf die vielfältigste Art und Weise als selbsternannter Vormund in die inneren Angelegenheiten aller anderen Staaten, auch die ihrer Verbündeten, einmischen. Unter dem Vorwand der Bekämpfung des internationalen Terrorismus beanspruchen sie weiterhin das Recht auf gewaltsamen Systemtransfer.

Es ist nicht das Ziel, hier die gegenwärtige Politik der USA komplex darzustellen. Es geht vielmehr darum, deutlich zu machen, dass die führenden Eliten der USA nach Beendigung des Kalten Krieges ihren Kurs auf die Vollendung ihrer „Mission“, leider mit breiter Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit fortsetzen. Die USA betrachten sich als „Sieger“ des Kalten Krieges. Ihr Endziel war nicht die Überwindung der „kommunistischen Gefahr“, sondern die Errichtung der eigenen Weltherrschaft. Die Ausschaltung der konkurrierenden Supermacht UdSSR war lediglich ein Etappenziel. Das neue Etappenziel ist der „Krieg“ gegen den Terrorismus.

Das belastet die Welt mit neuen Konfrontationsproblemen, die sich im Kern der Sache aus einer historisch überlebten Wahrnehmung der weltpolitischen Realitäten durch die herrschenden Eliten der USA ergeben. Es besteht die unübersehbare Gefahr für die Ingangsetzung einer qualitativ neuen Runde der Rüstungspolitik und damit verbunden eines neuerlichen Militarisierungsschubs der internationalen Politik.

Die abenteuerliche Politik der USA stellt vor allem das noch immer US-dominierte Bündnissystem NATO vor ein ver-

ändertes friedenspolitisch orientiertes Entscheidungsspektrum. Die realen Interessen der USA und ihrer europäischen Bündnispartner driften seit dem Ende des Kalten Krieges immer deutlicher auseinander. Das belegen u. a. die jährlichen Münchner Konferenzen für Sicherheitspolitik. Dies ist eine Existenzfrage für die NATO. Entweder stellt sich die NATO in den Dienst der internationalen Sicherheit im Sinne einer Konfliktprävention oder sie stirbt an der amerikanischen Krankheit. Sie hat keine andere Wahl. Als Hilfsorgan US-amerikanischer Imperialpolitik verlässt sie ihre selbstgewählten Vertragskonditionen. Ein Paradigmenwechsel dieser Dimension vollzieht sich jedoch nicht im Gleitflug. Es muss und wird sich ein inneres Konfliktpotenzial herausbilden. Das ist unvermeidlich und wird mit harten innerstaatlichen und zwischenstaatlichen politischen Auseinandersetzungen verbunden sein, in deren Verlauf sich auch in Europa die Geister scheiden werden.

Die USA versuchen mit wechselndem Erfolg ihre Verbündeten zu disziplinieren und zu korrumpieren. Eine größer werdende Zahl von Staaten und Regierungen begreift jedoch den objektiv notwendigen Zwang zu einem Paradigmenwechsel in der internationalen Politik, um die Blockaden gegen die Lösung der überlebensentscheidenden Fragen der Menschheit mit vereinten Anstrengungen zu überwinden.

Die europäische Öffentlichkeit, darunter vor allem die deutsche, trägt eine große Verantwortung für neue Initiativen zur Gestaltung einer tragfähigen internationalen Sicherheitsstruktur und für die geistige und politische Beförderung eines schnellen und zielstrebigem Umdenkens in der offiziellen europäischen Sicherheits- und Friedenspolitik, vor allem ihrer konsequenten Emanzipation von imperialen US-amerikanischen Denk- und Wahrnehmungsschablonen. Das schließt die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Persönlichkeiten und Bewegungen in den USA ein.



Programm der Partei der Kommunisten der Republik Moldova (PKRM) – Entwurf

Chisinau, 2007

Inhalt:

I. Unsere Werte

II. Unser Erbe

1. Wesen und Potenzial der ideologischen Tradition
2. Widersprüche und Lehren der politischen Praxis der Kommunisten
3. Neue Horizonte und Ziele

III. Die gegenwärtige Welt und die neuen Widersprüche unserer Zeit

1. Die Pole der modernen Zivilisation
2. Im Vordergrund: das Wissensproletariat
3. Die Wandlung der Eigentumsfrage

IV. Strategie des Aufbaus: das Modell Moldova

1. Von der Krise zur Stabilisierung: die Erfahrungen der PKRM an der Macht.
2. Fünf Aufgaben der moldauischen Kommunisten.

V: Die PKRM – eine Linkspartei neuen Typs.

I. Unsere Werte

Wir moldauischen Kommunisten betrachten uns als Partei der Zukunftsinteressen der ganzen Gesellschaft. Einer Gesellschaft, in der soziale, nationale und politische Vielfalt jedem Menschen die Freiheit der Entscheidung und die Voraussetzungen für umfassende Selbstverwirklichung bietet. Wir setzen uns nicht nur für die Interessen der Armen ein, sondern wollen die Armut beseitigen. Wir kämpfen nicht gegen den Reichtum, sondern dafür, dass Reichtum und Wohlstand aus legalem Einkommen stammen, nicht aus Raub, Korruption oder gnadenloser Ausbeutung von Mensch und Natur. Wir wollen Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und wirksame demokratische Kontrolle des Staates durch die Gesellschaft.

Chancengleichheit bedeutet für uns nicht nur Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, sondern auch Verantwortung der Gesellschaft und des Staates für die Entwicklung, Erziehung, Bildung und gesundheitliche Betreuung jedes Bürgers, für sein Lebensniveau, für den freien Zugang zu politischen und demokratischen Einrichtungen, wirtschaftliche und soziale Sicherheit, unabhängig von materieller Lage, sozialer Stellung und nationaler Zugehörigkeit.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns die Bekräftigung und praktische Durchsetzung einer hohen Lebensqualität für die Bevölkerung des Landes. Soziale Gerechtigkeit heißt Freiheit jedes Bürgers von Unterdrückung und Demütigung, von Armut und Hunger, von Furcht vor Arbeitslosigkeit,

Krankheit und Alter. Demokratische Kontrolle des Staates durch die Gesellschaft bedeutet für uns nicht nur die bedingungslose Durchsetzung des Rechts, sondern auch maximale Transparenz bei allen Entscheidungen und Handlungen des Staates, eine konsequente Erweiterung der Machtbefugnisse der Gesellschaft und ihrer Institutionen gegenüber denen staatlicher Strukturen, der Machtbefugnisse lokaler gegenüber denen zentraler Staatsorgane.

Wir moldauischen Kommunisten streben nicht nach Dominanz einer einzigen Sicht auf die Welt, die uns umgibt. Wir sind für einen gesunden Wettbewerb von Ideologien und Ideen, Konzeptionen und Auffassungen. Ganz entschieden widersetzen wir uns der Entstehung von Bedingungen in der Gesellschaft, da Dunkelmännertum und Fanatismus, Habgier und Ignoranz zur Diktatur einer Nomenklatura oder zur Willkür einer Oligarchie führen können.

Wir Kommunisten sind überzeugt, dass sich die Gesellschaft in der gegenwärtigen historischen Etappe wieder auf die humanistischen Ideale und Werte besinnt, die die Grundlage unserer Weltanschauung bilden. In dieser Zeit werden wir gebraucht. Wir sind in der Lage, den Anforderungen einer Epoche gerecht zu werden, da soziale Gerechtigkeit ohne Freiheit und Demokratie ohne Gleichheit undenkbar sind.

Diese Chance geben uns die neuen Realitäten der heutigen Welt, unser ideologisches Erbe und unsere eigenen Erfahrungen.

II. Unser Erbe

1. Wesen und Potenzial der ideologischen Tradition

Unsere ideologische Tradition zu definieren ist schon häufig versucht worden. Doch meist sind diese Definitionen entweder unvollständig, primitiv oder durch und durch dogmatisch.

Den Linksoorthodoxen ist es gelungen, unser ideologisches Erbe auf primitive Losungen und theoretische Formulierungen ohne jede praktische Bedeutung zu reduzieren. Die rechten Dogmatiker greifen diese Losungen und Formulierungen an, ohne zu bemerken, dass sie Begriffe und Kategorien benutzen, die in den theoretischen Arbeiten von Marx, Engels, Lenin, Bucharin, Gramsci, Lukacs, Djilas, Marcuse und anderen erstmals begründet wurden und die heute zum gängigen analytischen Instrumentarium von Ökonomen, Soziologen und Politologen gehören. Hier sei an solche wichtigen soziologischen Entdeckungen wie die zyklischen Wirtschaftskrisen, die Klassenstruktur der Gesellschaft und die Klassenwidersprüche, an Kategorien wie Kapital und soziale Freiheit, das Phänomen der Ideologie, die Erscheinungen des politischen Totalitarismus und des bürokratischen Sozialismus erinnert. Mit diesen Kategorien und Begriffen operieren seit langem nicht nur Marxisten, Kommunisten und Sozialdemokraten. Nicht nur sie haben bei der Analyse von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft eine materialistische Sicht auf die Welt und ihre Geschichte.

Heute suchen die Kommunisten in neuen Richtungen nach theoretischer und ideologischer Klarheit. Das Industrieproletariat kämpft weiterhin für seine Rechte, wandelt sich aber zuweilen auch zu neuen, nicht weniger aktiven sozialen Schichten der Gesellschaft. Seit langem wirkende soziale Widersprüche verlagern sich aus den entwickelten Ländern



in Länder mit Wirtschaften von Übergangscharakter und in die Staaten der dritten Welt, wo Konflikte und Widersprüche ganz neuer Art entstehen. In manchen Ländern wirkt das Privateigentum massenhaft als Anreiz für wirtschaftlichen und wissenschaftlich technischen Fortschritt, in anderen nimmt es abnorme Züge an. Viele alte Fragen wollen neu beantwortet sein. Vor allem eine Grundfrage: Was hat Menschen, die sich Kommunisten nennen, immer vereint, was kann und muss sie auch weiter vereinen?

Besonders kompliziert ist diese Frage, wenn es um bekannte Beispiele geht, da Kommunisten, die die Höhen der Macht eroberten, zu Inquisitoren wurden, die den eigenen Genossen das Recht absprachen, diesen Namen zu tragen. Nicht weniger schwer ist diese Frage heute zu beantworten, da unter dem Aushängeschild kommunistischer Parteien zuweilen reaktionäre politische Sekten agieren, die sich auf unwiederbringlich vergangene Zeiten des Isolationismus und der Unterdrückung der Freiheiten orientieren. Ebenso vertrackt ist eine Antwort auf die gestellte Frage, wenn frühere kommunistische Parteiführer, die als besonders dogmatisch galten, sich heute bereitwillig an die Spitze einer gnadenlosen Abrechnung mit kommunistischen Ideen stellen, oder wohl eher mit der primitiven Auslegung dieser Ideen, die sie selbst einst durchgepeitscht haben.

Die ersten praktischen Modelle des Sozialismus als Alternative zur Welt der Ausbeutung und Unterdrückung wie auch die Kritik dieser Modelle haben die globale Theorie und Praxis des 20. Jahrhunderts geprägt. Wenn wir die historischen Realitäten objektiv betrachten, dann ist unbestreitbar, dass die Kommunisten in ihren theoretischen Auffassungen und ihrer politischen Praxis nur dann Kommunisten geblieben sind, wenn sie drei Dinge nicht verraten haben:

Erstens, die Befreiung des Menschen vom negativen Einfluss der konkret historischen Widersprüche der Gesellschaft als Ziel und Motiv ihrer Tätigkeit,

Zweitens, eine kritische Haltung zur Wirklichkeit, die auf streng wissenschaftlicher Analyse beruht und die Entwicklung der Widersprüche nüchtern aufdeckt,

Drittens, realen Internationalismus und eine objektive Sicht auf den Charakter und die inneren Zusammenhänge des welthistorischen Prozesses.

Heute kann man darüber streiten, welcher Teil des theoretischen Erbes der Kommunisten lebensfähig ist und welcher ad acta gelegt werden muss. Unbestreitbar aber ist: Die genannten drei Besonderheiten haben die Kommunisten überhaupt erst zu einer politischen Strömung neuen Typs werden lassen. Und nur diese Art der kreativen Umsetzung ihrer Ideen in den verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten hat die Kommunisten zu einer angesehenen und erfolgreichen politischen Kraft gemacht. Auch heute können Kommunisten sich nur selbst treu bleiben, das heißt, Kämpfer für Demokratie und Freiheit sein, wenn sie an diesen drei Grundsätzen festhalten.

Das bedeutet, Kommunisten müssen sich heute in erster Linie als humanistische Befreiungsbewegung sehen, deren Ziel der kompromisslose Kampf gegen die Ausbeutung, für die endgültige Beseitigung von Armut, Unterdrückung und Rechtlosigkeit, für die entschiedene Durchsetzung der Prinzipien von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit ist.

Das bedeutet, Kommunisten sind heute nicht nur eine politische, sondern auch eine wissenschaftliche Bewegung, die sich nicht an eine einzige, für alle Zeiten vorgegebene Theo-

rie klammern darf, sondern verpflichtet ist, auf der Grundlage einer dialektischen und materialistischen Weltsicht ständig nach neuen Erklärungen für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu suchen.

Das bedeutet, Kommunisten haben sich selbst und ihre Tätigkeit immer und überall im Zusammenhang mit den internationalen solidarischen Bemühungen um den weiteren Fortschritt der gesamten Menschheit zu begreifen.

Das bedeutet, wahre Kommunisten müssen als echte Humanisten, Revolutionäre und Reformen denken und handeln, als Menschen, die die Zukunft entwerfen und gestalten, die sich dafür verantwortlich fühlen, die sich in ihrer politischen Praxis nicht auf Konfrontation, sondern auf das Zusammenführen der Bemühungen aller aktiven und an Fortschritt interessierten Kräfte der Gesellschaft stützen.

2. Widersprüche und Lehren der politischen Praxis der Kommunisten

Unsere Geschichte hat vielfach bewiesen, was geschieht, wenn Kommunisten auch nur von einem der genannten Prinzipien abweichen.

Als die objektive wissenschaftliche Analyse pseudowissenschaftlichem Dogmatismus weichen musste und Hypothesen, die die Theoretiker der sozialen Befreiung aufstellten, zu unantastbaren Dogmen wurden, gewannen geistige Despotie und Gewalt die Oberhand und ließen den Kommunisten keine Chance, ihrer Bestimmung gerecht zu werden, nämlich Kämpfer für die Freiheit zu sein.

Als Kommunisten um des reinen Machterhalts willen auf den Trümmern der früheren Ausbeuterregime Pyramiden neuer herrschender Klassen in Gestalt einer Partei- und Staatsnomenklatura errichteten, fiel die Objektivität unserer politischen Weltsicht einer primitiven politischen Kultur und einem gnadenlosen Staatsapparat zum Opfer, der jede Revolution und jede progressive Reform zur leeren Hülle verkommen ließ.

Als Kommunisten die Ideen des Internationalismus verrieten und anfangen ihre eigenen, von der Welt abgeschotteten nationalen Modelle zu entwickeln, brachte das Chauvinismus und Nationalismus hervor, Erscheinungen, die das humanistische Denken der Menschheit seit jeher bekämpft.

Die Geschichte unseres Erbes kann also nicht einseitig betrachtet werden. Sie ist widersprüchlich wie jede Art von Geschichte.

Ja, wir erinnern uns, dass das Stalinregime in den dreißiger Jahren die kreative, soziale, politische und kulturelle Freiheit ausrottete, die sich unter dem Druck von drei russischen Revolutionen aus der Tiefe des Zarenreiches emporgearbeitet hatte.

Wir erinnern uns, wie die neue herrschende Klasse, die doppelgesichtige Parteienomenklatura zur Zeit der Breschnevschen Stagnation die Ideen der Gleichheit zynisch zerstörte, in dem sie sich selbst davon ausnahm, sie aber für die Erbauer der BAM, für Kolchosbauern, Bergleute, Ingenieure und alle Werktätigen beibehielt.

Wir erinnern uns, wie in den achtziger Jahren auf Betreiben derselben Nomenklatura, die, an ihren nationalen Pfründen fett geworden, nun nach Souveränität strebte, die Brüderlichkeit untergraben und Menschen, die bisher aufrichtig den Internationalismus vertreten hatten, in verheerende Auseinandersetzungen zwischen den Nationalitäten gehetzt wurden.



Wir sehen, dass dieser anrühmigste Teil der Macht- und Unterdrückungspyramide auch heute im postsowjetischen Raum herrscht, das Eigentum immer wieder neu unter sich aufteilt, Fremdenhass, nationale Intoleranz kultiviert und all das mit dem Kampf gegen den Kommunismus und die Kommunisten begründet.

Aber zur Bilanz der kommunistischen Praxis der Sowjetzeit gehört auch der starke Widerstand gegen die Kräfte der Reaktion, die immer wieder versuchten, den von der Revolution freigesetzten Strom sozialen Schöpfertums zu ersticken, den von den Werten der Gerechtigkeit und Solidarität inspirierten Marsch der Generationen aufzuhalten. Es ist kein Zufall, dass im entscheidenden Augenblick der europäischen Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts, als die Mehrzahl der europäischen Demokratien vor dem Faschismus kapitulierte, es sowjetische und europäische Kommunisten waren, die ungeachtet des Wütens der stalinschen Diktatur den entscheidenden Beitrag zur Rettung der Menschheit vor der braunen Pest leisteten und dafür unzählige Opfer brachten.

Wenn man die zivilisatorische Leistung der Sowjetzeit bewerten will, muss man auch daran erinnern, dass es nicht die Partokraten und nicht die Schergen des NKWD waren, die die Menschen zu beispiellosen wissenschaftlichen Entdeckungen, zu großen Werken der Kultur inspirierten, dass nicht sie die gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen zustande brachten, die lange Zeit die starke Grundlage für die Reproduktion und Wettbewerbsfähigkeit des Sozialismus sowjetischen Typs bildeten. Diese Umwälzungen, das wahre Fundament der Gesellschaftsordnung, sind vor allen Ergebnis des großen Enthusiasmus, der den aktivsten Teil der Gesellschaft erfasste und zum Streben nach Fortschritt und Freiheit motivierte.

Dieser Sozialismus blieb solange aktuell, als seine geistigen, wissenschaftlichen und politischen Zielstellungen und Prioritäten nicht in Widerspruch zu der neuen Epoche gerieten, für die die Erfüllung sozialer und kultureller Bedürfnisse ohne umfassende Bürgerrechte, ohne Offenheit und Wettbewerb nicht mehr denkbar und realisierbar waren. Dabei handelte es sich nicht nur um eine Krise des Sozialismus, sondern eines bestimmten Typs der Industriegesellschaft, die sich im Unterschied zu westlichen Modellen in Form einer Aufholjagd entwickelte, wobei objektive Etappen der Evolution übersprungen wurden. Die gigantischen Investitionen in soziale Einrichtungen, Bildung, Kultur und Wissenschaft brachten in der UdSSR mit der Zeit eine aktive Gesellschaftsschicht hervor, die sich mit dem niedrigen Niveau der Führungstätigkeit der Staatsmacht, der Reglementierung des politischen Lebens und der Isolierung von der Außenwelt nicht mehr abfinden konnte. Dies war eine Krise, bei der solche innerhalb der Sowjetgesellschaft entstandenen Werte wie die Freiheit der Persönlichkeit und des Schaffens, Pluralismus, das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben, auf eine eigene kulturelle Identität, das Recht auf Information und viele andere in Widerspruch zu den erstarrten wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Strukturen der Gesellschaft gerieten.

Die Lage spitzte sich durch den offensichtlichen Umstand weiter zu, dass diese Gesellschaft in einer Situation der ideologischen und ökonomischen Systemkrise nicht über Entwicklungsszenarien verfügte, die die Katastrophe durch eine organische Verbindung der Ziele von Demokratisierung und Stärkung der sozialen Errungenschaften, von zivilisier-

tem Markt und Solidarität abzuwenden vermochte. Es war eine Wachstumskrise, die hätte überwunden werden können. Da dies nicht gelang, kam es schließlich zum Zusammenbruch.

Die Staatsbürokratie nutzte die Lage voll aus. Als organisierteste und einheitlichste Kaste realisierte sie zynisch und unverschämt, fern von jeglichen Theorien und Konzeptionen, ihr historisches Programm: Sie legalisierte ihre privilegierte Stellung und untermauerte sie durch Aneignung des entstaatlichten Eigentums. Im Grunde genommen war dies der eigentliche Putsch, der zu keinem ökonomischen Sprung und zu keinem demokratischen Umbruch führte, sondern, im Gegenteil, die Macht der prinzipienlosesten und geschicktesten Vertreter des alten Kommandosystems verfestigte – und all das vor dem Hintergrund einer sich herausbildenden gelenkten Demokratie, einer Umverteilung des Volksvermögens in private Hände, der umfassenden wirtschaftlichen Ausplünderung und der Verarmung großer Teile der Bevölkerung.

Diese typischen Vertreter des überlebten Systems traten als Verkörperung alles Negativen hervor, das für das administrative Kommandosystem des Sozialismus charakteristisch war, mit der sozialistischen Idee als solcher aber nichts zu tun hatte. Sie waren, sind und bleiben unsere politischen Hauptgegner, mit denen uns noch ein langwieriger Kampf bevorsteht.

3. Neue Horizonte und Ziele

Im Bewusstsein aller dieser Realitäten sehen, spüren und begreifen wir, dass das gerade begonnene neue Jahrhundert gleichsam der Prolog einer Epoche, einer anderen Politik und einer anderen Zukunft sein wird.

Wir sehen, wie kurzlebig der Triumph der Ideen des absoluten Liberalismus war, der die Solidarität und Verantwortung der Gesellschaft für den Einzelnen, für seine Entwicklung und Selbstverwirklichung negiert. Wir sehen, welches Unheil die Rückkehr zur einer Politik und Praxis der nationalen Intoleranz besonders in den Ländern Osteuropas, des Balkans und des postsowjetischen Raumes angerichtet hat. Wir sehen, wie primitiv die Politik einiger Parteien und Bewegungen der Linken oder der linken Mitte sich gestaltet, die mit mehr oder weniger Erfolg auf die entstehenden sozialen Probleme zu reagieren versuchen, ohne einen grundlegenden Wandel des gesellschaftlichen Entwicklungsweges ins Auge zu fassen oder ihn sich gar im globalen Maßstab vorzustellen.

Auf der Waage der Geschichte sind inzwischen nicht nur die menschlichen, moralischen und kulturellen Verluste der Zeit des Sowjetkommunismus gewogen worden, sondern auch die Verluste der Herrschaftszeit des Nomenklatura- und Oligarchenkapitalismus sowie der sie begleitenden nationalen Kriege. Es stellt sich heraus, dass diese Verluste durchaus vergleichbar sind. Vergleichbar sind aber nicht nur die Verluste. Bereits heute stellt sich heraus, dass zahllose Opfer der Sowjetzeit keine direkte Folge der Umsetzung sozialistischer und kommunistischer Ideen waren. Und ebenso sind zahlreiche Opfer der darauf folgenden antikommunistischen Epoche keine Folge der Entwicklung der Ideen von Demokratie, Offenheit und Toleranz. Als erdrückende Lehre der Vergangenheit müssen wir erkennen, dass das Hauptproblem der kommunistischen Praxis nicht die humanistischen Ideen von Gleichheit und Gerechtigkeit, nicht die realisierte Sozialpolitik waren, sondern das Fehlen von Demokratie, von Vertrauen in die Fähigkeit des Menschen, selbststän-



dig Entschlüsse zu fassen und für sie öffentlich Verantwortung zu tragen. Wenn wir die Erfahrungen der vergangenen fünfzehn Jahre bewerten, begreifen wir, dass die endlosen Katastrophen, die über die postsowjetischen Länder gekommen sind, nicht daran liegen, dass ein Mehrparteiensystem entstanden ist und das Recht jedem Menschen Entscheidungsfreiheit garantiert.

Sie sind eine Folge dessen, dass in der Gesellschaft unter dem Deckmantel bürgerlicher Freiheiten ein System der Herrschaft der Nomenklatura und der Oligarchen eingeführt wurde, die den Bürgern alle Garantien einer sozialen Entwicklung geraubt hat.

Die überraschenden Siege der moldauischen Kommunisten in den demokratischen Parlamentswahlen von 2001 und 2005, der schwer durchschaubare Ablauf der bunten Revolutionen in einigen postsowjetischen Staaten, wo die Menschen versuchten, den Kampf um soziale Veränderungen, um Freiheitsrechte und die gesellschaftliche Kontrolle der Macht miteinander zu verbinden – all das sind erste Symptome dafür, dass sich das politische Bewusstsein der Massen in raschem Tempo verändert.

Heute ist bereits klar, dass nur solche Kräfte eine Zukunft haben, für die Demokratie und soziale Gerechtigkeit die Hauptpfeiler ihrer politischen Programme darstellen, für die das eine ohne das andere undenkbar ist. Der moderne Mensch will in einer Gesellschaft leben, in der es Wohlstand, Gerechtigkeit und Freiheit gibt. Unser Erbe, das Erbe der Kommunisten, unsere politische Pflicht und unsere erneuerte humanistische Weltanschauung fordern von uns, einen würdigen Beitrag zum Kampf für diese Gesellschaft zu leisten.

III. Die gegenwärtige Welt und die neuen Widersprüche der Zeit

1. Die Pole der modernen Zivilisation

Am Ende des vergangenen und zu Beginn des neuen Jahrhunderts haben sich grundsätzlich neue globale Tendenzen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung endgültig durchgesetzt.

Erstens hat eine ganze Kette von Technologie- und Informationsrevolutionen eine bipolare globale Zivilisation hervorgebracht. Einer der Pole dieser Zivilisation ist die Welt hoher Mobilität, eines nie dagewesenen Niveaus von Technologie und Kommunikation, dynamischer Finanz- und Investitionsströme, rascher Veränderungen in den Strukturen und Werten der Gesellschaft. Den Kern dieser Welt stellen die reichsten postindustriellen Länder dar, die heute bei allen diesen Veränderungen den Ton angeben.

Zweitens sehen wir als den anderen Pol den Großteil der Menschheit, der in den ärmsten Ländern der zweiten und dritten Welt lebt. Für sie ist eine unsichere (häufig erzwungene und nicht selten umkehrbare) Orientierung auf die Werte der postindustriellen Entwicklung ebenso charakteristisch wie deren vollständige Ablehnung. Letztere findet vor allem ihren Ausdruck im Streben nach Selbstisolierung, nach der Durchsetzung von Modellen eines korrumpierten Kapitalismus, der die Ressourcen von Natur und Menschen gnadenlos ausbeutet, der verschiedene künstlich erdachte Doktrinen von vergangener oder künftiger Größe kultiviert.

Ein solidarisches Aufeinanderzugehen dieser Extreme der gesellschaftspolitischen Entwicklung ist praktisch nicht zu

erkennen. Die finanzökonomischen und politischen Eliten der postindustriellen Länder versuchen entweder durch gnadenlose Expansion den Ländern der zweiten und dritten Welt ihre eigenen Strukturen aufzuzwingen, die weder zur Mentalität noch zu den kulturellen Besonderheiten dieser Länder passen. Oder sie schotten sich von den Problemen ab, mit denen der größere Teil der Menschheit zu kämpfen hat. Dieses Vorgehen und diese Haltung der fortgeschrittenen Länder wird von volksfeindlichen Regimen einer Reihe Staaten der zweiten und dritten Welt geschickt für eigene politische Zwecke ausgenutzt. Es fällt ihnen nicht schwer, die wachsende Unzufriedenheit in ihren Ländern von den Bahnen des natürlichen sozialen Protests in jene „kultureller Vergeltung“ am Westen umzulenken und damit die Errichtung autoritärer politischer Systeme zu rechtfertigen. Zugleich tritt das gemeinsame Interesse der finanzökonomischen Eliten der ganzen Welt hervor, sich den Aufgaben der langfristigen sozialen Entwicklung zu entziehen, eine Atmosphäre des wechselseitigen Misstrauens zu schaffen, die Völker und Kulturen voneinander zu entfremden und in einen Kampf um vorgebliche Werte zu treiben.

Diese gefährliche, Unheil verheißende Zweiteilung der Entwicklung der gegenwärtigen Welt wird bei Vorhandensein der notwendigen intellektuellen und politischen Verantwortung immer deutlicher erkannt. Die Welt wird empfänglicher für Ideen, deren Realisierung verhindern könnte, dass sich der Abgrund zwischen den Polen der Entwicklung vertieft und der mit jedem Tag zunehmende kalte Krieg der Kulturen gestoppt wird. Die Welt ist auf der Suche nach humanistischen Idealen, die geeignet sind, die Bemühungen der fortgeschrittenen Länder mit denen der Völker der restlichen Welt zu einer gemeinsamen Energie der Befreiung, zu einer einheitlichen übernationalen, laizistischen Strategie für die weitere Entwicklung der Zivilisation zu verschmelzen. Unter diesen Bedingungen sind Grundorientierungen der Kommunisten wieder so aktuell wie nie: das konsequente Streben nach sozialer Befreiung, eine kritische wissenschaftliche Analyse der Lage und der Internationalismus. Nur auf dem sicheren Fundament dieser Orientierungen kann eine neue globale Perspektive erarbeitet, kann ein adäquates System solidarischen politischen Handelns geschaffen werden.

2. Im Vordergrund: das Wissensproletariat

Offensichtlich und unbestreitbar ist, dass in den fortgeschrittenen Ländern die klassischen antagonistischen Eigentumsverhältnisse, die für den Kapitalismus vergangener Geschichtsepochen charakteristisch waren, ihre Form grundlegend verändern. Eigentum, das immer mehr in Form einzigartiger Kenntnisse, Fertigkeiten und Technologien hervortritt, ist in zunehmendem Maße vom Menschen nicht mehr zu trennen. Die Sozialstruktur wird komplizierter. Neben den weiter bestehenden globalen Widersprüchen zwischen Kapital und Arbeit, die der Ausbeutung zunehmend raffiniertere und verdecktere Formen verleihen, spitzen sich die Widersprüche zwischen Wissen und Macht spürbar zu. Wissen wird zur Hauptproduktivkraft. Das bedeutet, dass frühere Auffassungen von der historischen Rolle des Industrieproletariats als der wichtigsten oder gar einzigen Triebkraft globaler sozialistischer Transformationen kritisch überdacht werden müssen.

In der Informationsgesellschaft, in der Gesellschaft der Hochtechnologien, die auf die Industriegesellschaft folgt,



ändert das Wissen grundsätzlich seinen Charakter und seine Rolle. In marxistischer Sprache kann man sagen, dass das Wissen zum zentralen Faktor gesellschaftlicher Tätigkeit wird. Wer es besitzt, hat auch Macht, wem es daran mangelt, ist unweigerlich zu einer untergeordneten Rolle verurteilt. Diese objektive Wahrheit, die von der Entwicklung der Weltzivilisation in den vergangenen Jahrzehnten umfassend bestätigt wird, hat eine neue Qualität gesellschaftlicher Tätigkeit hervorgebracht. Massenhafte, einfache, sich ständig wiederholende Arbeit wird in die entlegensten Winkel der gesellschaftlichen Produktion verdrängt. In allen Wirtschaftszweigen, in jeder Sphäre relevanter sozialer Tätigkeit von der Landwirtschaft bis zur Hochtechnologie wird ein neuer Typ von Arbeitskräften massenhaft nachgefragt, die zu selbständigen kreativen Entscheidungen in der Lage sind, die über universelle Fertigkeiten und eine hohe Bildung verfügen.

Damit rückt überall eine grundsätzlich neue gesellschaftliche Klasse in den Vordergrund: das Wissensproletariat. Genau wie seinerzeit die Arbeiterklasse der Industrie wird gegenwärtig das Wissensproletariat zum Träger neuer gesellschaftlich relevanter Veränderungen, die eine klare historische Perspektive bieten. Die Vertreter dieser Millionenarmee sind überall. Das ist der Wissenschaftler, der in seinem Bereich immer wieder neue Horizonte erschließt. Das ist der Manager, der die verschiedensten Prozesse auf neue Weise zu steuern versucht. Das sind der Ingenieur und der Arbeiter, die mit dem technischen Fortschritt in ihrem Produktionszweig Schritt halten. Das ist der Bauer, der auf seinem Boden neue Sorten landwirtschaftlicher Kulturen oder neue Fruchtfolgen einführt. Das ist der Lehrer, der sich neues Wissen aneignet und an seine Schüler weitergibt. Das ist der Arzt, der fortgeschrittene Behandlungsmethoden anwendet. Das heißt, zum Wissensproletariat gehören alle, die auf verschiedene Weise am gesellschaftlichen Fortschritt beteiligt sind, die sich konsequent auf die Schaffung und Entwicklung moderner Werte orientieren. All jene, die in der Lage sind, neue gesellschaftliche Verhältnisse im wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und humanitären Bereich zu schaffen, sich zu organisieren, ihre Rechte wahrzunehmen und zu verteidigen.

Diese grundsätzlich neue soziale Kategorie ist nicht so sehr vom Streben nach Reichtum und der Befriedigung materieller Bedürfnisse motiviert, als vielmehr von dem Wunsch nach Selbstverwirklichung. Ihr Hauptproduktionsmittel ist der Intellekt, der von seinem Träger nicht getrennt werden kann. Die Ergebnisse seiner Tätigkeit – Waren und Dienstleistungen – können auf dem Markt verkauft werden, sind aber immer wieder reproduzierbar. Daher schafft das Wissensproletariat in der Epoche allgemeinen Konsums faktisch nicht Wertbeträge, sondern Werte. Das moderne Marktsystem bleibt gegenwärtig nur wegen seines Beharrungsvermögens nicht hinter dieser paradoxen Lage der Dinge zurück, die so gar nicht zum Markt passen will.

Die Armee der Wissensproletarier stellt die höchsten Ansprüche an den modernen Staat. Sie ist grundsätzlich an der Entwicklung und Stärkung eines Staates interessiert, der nicht nur gezwungenermaßen bestimmte soziale Ausgaben tätigt, sondern der in erster Linie die Funktionen der wachsenden sozialen Investitionen in den Menschen erfüllen muss, das heißt, in Bildung, Wissenschaft und Gesundheit. Es wird immer offensichtlicher, dass die Gesellschaft ohne diese Funktion des Staates weder sich selbst reproduzieren

noch ihre Werte auf dem entsprechenden Niveau halten kann. Das neue Wissensproletariat stellt auch die höchsten Ansprüche an Niveau und Qualität der Entwicklung der demokratischen Institutionen, die eine wirksame gesellschaftliche Kontrolle der Ziele der globalen Entwicklung gewährleisten können.

In den postindustriellen Ländern ist diese neue Klasse faktisch zur Triebkraft aller positiven Veränderungen geworden, die die Land- und Industriearbeiter, die über immer weniger Möglichkeiten für einen selbstständigen, qualifizierten politischen Kampf verfügen, aus dem sozialen Niedergang herausführt. In den Ländern der zweiten und dritten Welt tritt sie in Auseinandersetzung sowohl mit der nationalen Bürokratie als auch mit den Clans der Oligarchen, die an der Naturrente oder am entstaatlichten Eigentum parasitieren. Diese soziale Klasse führt einerseits die ganze Vertikale der gesellschaftlichen Verhältnisse von unten bis oben zusammen und vereint andererseits die Welten und Zivilisationen durch die Gemeinsamkeit ihrer sozialen, politischen und humanitären Bedürfnisse.

3. Die Wandlung der Eigentumsfrage

Dies ist eines der Grundsatzprobleme einer modernen Einschätzung der Entwicklung sozialer und politischer Prozesse in der Welt, das die Perspektiven unserer politischen Praxis und die Horizonte unserer sich entwickelnden Theorie in neuem Licht erscheinen lässt. In den vergangenen 150 Jahren der Geschichte war der Kern aller gesellschaftlichen und politischen Polemik die Eigentumsfrage, das heißt, der untrennbare Zusammenhang zwischen Privateigentum, Unterdrückung und Ausbeutung einerseits sowie Vergesellschaftung und Befreiung von der Ausbeutung andererseits. Heute haben wir allen Grund festzustellen, dass das Problem in dieser Form seinen Sinn verliert.

Wir erinnern uns, dass die objektive und tiefgründige marxistische Analyse im 19. Jahrhundert historische Grenzen des Privateigentums enthüllte, die weder liberale Theoretiker noch die Geschichte selbst vollständig zu widerlegen vermochten. Zugleich haben wir uns selbst davon überzeugen müssen, dass totales Staatseigentum die gesellschaftlichen Widersprüche nicht beseitigt, sondern, im Gegenteil, in neuer Gestalt hervorbringt. Mehr noch, wir wissen heute, dass die monopolistische politische Verfügungsgewalt über das Staatseigentum unweigerlich eine entsprechende herrschende Klasse der Staatsbürokratie und neue Formen der Unterdrückung gebiert. Und die Praxis der letzten Jahre ließ uns erkennen, dass entstaatlichtes Eigentum, zu privatem umgewandelt, nicht mit vielfacher Effizienz funktioniert, sondern im postsowjetischen Raum einen Lehrbuchkapitalismus schlimmster Form restauriert hat.

Man kann sagen, dass in gewissem Sinne eine bestimmte Entwertung der Eigentumsfrage vor sich gegangen ist. Dabei hat nicht wirtschaftliche Perspektivlosigkeit das Staatseigentum diskreditiert, denn es gibt viele Beispiele, da die Konzentration staatlichen Kapitals auf die strategischen Bereiche der Entwicklung zu Durchbrüchen bei der Modernisierung geführt hat. Andererseits kann der Ausbeutungscharakter des Privateigentums dieses grundsätzliche Verhältnis nicht völlig diskreditieren, denn in der modernen Welt bestehen nicht wenige Beispiele, da die Gesellschaft bei vernünftig funktionierendem Privateigentum nicht weniger soziale Gerechtigkeit erreichte als in den Ländern des Sozialismus.



Und die Marktwirtschaft kann ein wirksames Modell für dauerhaften Fortschritt sein, wenn die Gesellschaft ihre Hauptziele – Effizienz, gemeinsamer Wohlstand und Entscheidungsfreiheit – auf demokratische Weise bestimmt und kontrolliert. Um so mehr drängt sich die Schlussfolgerung auf: Wichtig sind nicht die konkreten Formen des Eigentums, sondern vielmehr die soziale Motivation jener, die das Eigentum verwalten, darüber verfügen und es besitzen. Konkreter gesagt: Alles hängt davon ab, wie die allgemein anerkannten Entwicklungsziele einer Gesellschaft beschaffen sind, wie am Ende die Umverteilung des Nationaleinkommens erfolgt und welche Mechanismen zur Kontrolle der Staatsmacht durch die Gesellschaft vorhanden sind. Die Eigentumsfrage ist vom Problem des Besitzes zum Problem der Steuerung der Triebkräfte der Entwicklung, vom Problem der Kontrolle der Quellen unternehmerischer Tätigkeit zum Problem der Mechanismen der Kontrolle ihrer Ergebnisse durch die Bürger geworden.

Aus diesem Grunde realisiert sich für uns moderne Kommunisten Vergesellschaftung heute nicht in einer Politik der Umverteilung der Produktionsmittel, sondern im Kampf um soziale Investitionen, wodurch Chancengleichheit für die Entwicklung der Persönlichkeit hergestellt und stets aufs Neue reproduziert wird. Für uns ist demokratischer Kampf um die Macht heute nicht mehr Kampf um die Kontrolle über das Eigentum, sondern Kampf um die Nutzung immer neuer Stimuli für die Entwicklung der ganzen Gesellschaft. Die Verantwortung gegenwärtiger Politiken und Politiker besteht darin, ständig weitere Schritte in dieser Richtung zu gehen. Das sind keine „guten Vorsätze, mit denen der Weg zur Hölle gepflastert ist“, sondern es ist das einzig zulässige Entwicklungsprinzip, dessen Alternative der Untergang der menschlichen Zivilisation wäre. Auf diese globale Herausforderung eine adäquate Antwort zu geben ist nicht nur die Pflicht der Kommunisten von heute. Es ist unsere historische Mission.

Das sind die Wesenszüge des Weltbildes, das sich uns durch das Prisma unserer erneuerten Weltanschauung bietet. Es ist der konzeptionelle Kern unseres politischen Programms, der unseren Namen und unser Verhältnis zur Wirklichkeit von heute bestimmt. Davon haben wir moldauischen Kommunisten uns manchmal instinktiv, zumeist aber durchaus bewusst leiten lassen, als wir im Jahre 2001 zur Macht gelangten. Wir erinnern daran, dass dies der erste und einzige parlamentarische Sieg von Kommunisten in der gesamten Geschichte der kommunistischen Bewegung in Europa war. Wir haben ihn vier Jahre später wiederholen können. Wir stellen fest, dass der zweite Sieg auf die praktische Umsetzung der wichtigsten Schlussfolgerungen zurückzuführen ist, die sich aus dieser Weltanschauung ergeben. Wir konnten nachweisen, dass die Politik sozialer Investitionen kein Populismus, kein Verteilen von Geschenken und kein Stopfen von Löchern ist, sondern ein realer, wirksamer Mechanismus des Fortschritts unseres Landes und unserer Gesellschaft. Wir haben nachweisen können, dass die Entwicklung demokratischer Institutionen das Hauptinstrument des Kampfes für die Interessen der ganzen Gesellschaft darstellt. Wir haben nachweisen können, dass die Anregung von Investitions- und Unternehmertätigkeit ein organischer Bestandteil von Sozialpolitik ist. Wir haben nachweisen können, dass nur Offenheit für Integration, Polyethnizität und bürgerliche Freiheiten dem Volk unseres Landes die reale Chance auf eine postindustrielle Entwicklung geben.

IV. Strategie des Aufbaus: das Modell Moldova

1. Von der Überwindung der Krise zur Stabilisierung: die Erfahrungen der PKRM an der Macht

Die Republik Moldova war bis zum Jahre 2001 ein echtes soziales Notstandsgebiet. In den zehn Jahren zuvor wurde das Land faktisch entindustrialisiert. Der größte Teil der Industriebetriebe wurde von der damaligen staatlich-politischen Elite nicht einfach privatisiert, sondern verschwand aus dem Wirtschaftsleben. Die Verteilung des Bodens an die Bauern war begleitet von der Vernichtung der großen Warenproduktion und der Wiederherstellung primitivsten Naturalaustauschs. Die Gesetzgebung beschränkte sich im wesentlichen auf Repression. Die Steuerbelastung und eine zutiefst korrupte Bürokratie ließen bei moldauischen und ausländischen Unternehmern keinerlei Interesse an wirtschaftlicher Tätigkeit in Moldova aufkommen. Grassierende Arbeitslosigkeit in Stadt und Land, eine inhumane Sozialpolitik, das monatelange Ausbleiben von Renten, Löhnen und Stipendien, jämmerliche Gehälter in Wissenschaft, Bildung, Gesundheitswesen und Kultur führten zu einem Absturz des Lebensniveaus im Lande, zu massenhafter Arbeitsmigration ins Ausland und zur Entvölkerung des Landes. Die Lage wurde weiter dadurch kompliziert, dass die Staatsmacht in Fragen des Verhältnisses zwischen den Nationalitäten planlos handelte und die Aufgaben der Zusammenführung der einzelnen Nationalitäten mit völliger Gleichgültigkeit behandelte. Vor dem Hintergrund des faktisch eingefrorenen Transnistrien-Konflikts kam es zur korrupten Verfilzung der politischen Eliten Transnistriens und des Hauptteils von Moldova. Zugleich unternahm die legitimen Machtorgane keinerlei Schritte zur wirksamen und friedlichen Wiedervereinigung des Landes. Durch das Anwachsen des Bürokratenapparates auf das Neunfache einerseits und die Wiederherstellung vorindustrieller Clanstrukturen andererseits entstand in Moldova eine ganz eigene Macht ausübende Klasse mit dem entsprechenden halbfeudalen Herrschaftsmodell, das durch formal anerkannte Losungen des Marktliberalismus und pseudodemokratische Demagogie verschleiert wurde. Das Land koppelte sich selbst von den Integrationsprozessen in Europa ab, die Behörden sabotierten aber auch eine effiziente Mitarbeit an den verschiedenen Integrationsprozessen, die sich im postsowjetischen Raum vollzogen. Ins 21. Jahrhundert trat Moldova als ärmster Staat Europas, als geteiltes Land ohne jegliche Identität und Hoffnung auf die Zukunft ein.

Bei den Parlamentswahlen vom Februar 2001 wurde die Partei der Kommunisten an die Macht gewählt. Nach den Dimensionen dieses Wahlsieges zu urteilen, der die Partei an alle Hebel der Staatsmacht brachte, war dies eine Art „samtene Revolution“. Die Kommunisten errangen 71 von 101 Parlamentsmandaten. Von ihnen wurden energische Schritte für einen Ausweg aus der Systemkrise erwartet. Hier wurde erstmalig in Europa getestet, ob Kommunisten in der Lage sind, nicht nur ein System politisch zu kritisieren und seine schwierigsten Probleme aufzuzeigen, sondern auch Aufgaben im gesamtnationalen Maßstab zu lösen und Gesamtverantwortung für die Gesellschaft zu tragen.

Bei ihrer Politik zur Wiederbelebung von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat folgten die moldauischen Kommunisten von Anfang an drei Grundprinzipien. Erstens stellten sie klar



und eindeutig fest, dass die einzige Ressource für die Umgestaltung des Landes, über die die Staatsmacht verfügt und die wiederhergestellt werden muss, die soziale Ressource, das heißt das Menschenpotenzial des Landes ist. Zweitens verkündeten die Kommunisten von Anfang an den uneingeschränkten juristischen Schutz aller Formen rechtmäßigen Eigentums sowie ihre Absicht, sich für dessen Legalisierung und Entwicklung einzusetzen. Drittens stellte die Staatsmacht nach einigen Monaten ihre Klassensympathien klar, da sich der entstandene Widerspruch, die Konfrontation zwischen den Interessen der konservativen Staatsbürokratie einerseits und der gesamten Gesellschaft andererseits in allen verheerenden Auswirkungen zeigte.

Die Zeit hat bestätigt, dass diese Strategie und Taktik der PKRM richtig war. Das zeigte sich nicht nur im zweiten Sieg der Partei bei den Parlamentswahlen von 2005, sondern auch in einer radikalen Veränderung der gesamten sozio-ökonomischen Lage im Lande, der internationalen Stellung Moldovas, der Entwicklung von Gesellschaft und Staat. Die Zusammenfassung dieser recht eigenen Erfahrungen unserer staatlichen und politischen Praxis führt zu einer Reihe grundsätzlicher Schlussfolgerungen, die die wichtigsten strategischen Seiten der Umgestaltung betreffen.

Eine aktive Sozialpolitik – die Erhöhung von Löhnen, Renten und Stipendien auf das Mehrfache – schuf die Grundlage für die wirtschaftliche Wiederbelebung der Republik Moldova. Ungeachtet der Kritik von Gegnern, die uns Populismus vorwarfen, hat das Primat dieser Politik zu einem Anwachsen der zahlungsfähigen Nachfrage geführt und sich als Auslöser für die Belebung der Wirtschaft erwiesen. Seitdem ist die Wirtschaft Moldovas trotz der zuweilen äußerst komplizierten außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Bedingungen Jahr für Jahr kontinuierlich gewachsen.

Wir haben nachgewiesen, dass man wirkliche Marktrefor-men nur bei voller Verantwortung für jene durchführen kann, die diesen Markt im Grunde genommen darstellen, sei es der innere Verbrauchermarkt, der Arbeitsmarkt oder andere Bereiche. Wir haben demonstriert, dass Marktrefor-men nur dann erfolgreich sind, wenn ihr Ziel der Wohlstand des ganzen Volkes und nicht nur einer schmalen Elite von Auserwählten ist. In diesem Sinne ist auch die Reform des Gesundheitswesens mit Einführung einer obligatorischen Krankenversicherung vorgenommen worden. Ebenso haben wir eine für den postsowjetischen Raum beispiellose Reform in den Bereichen Wissenschaft, Innovation, Informatisierung der Gesellschaft und Schutz des geistigen Eigentums durchgeführt.

Seit 2001 tobt ein wahrer Kampf um die Entkriminalisierung und Entbürokratisierung der Wirtschaft, für eine Politik der Senkung der Steuerlast und der Entstehung von systemimmanenten Triebkräften für innovatorische und unternehmerische Tätigkeit in der Gesellschaft. Der permanente Abbau von Genehmigungs- und Verbotsrechten der Staatsbürokratie, die Reform und Reduzierung des Personals der Exekutive, die Aufhebung tausender Vorschriften, die im Wesentlichen Korruptionsgeschäften dienen, per Gesetz, die Registrierung aller Akteure der Wirtschaft durch eine Behörde, die radikale Reduzierung genehmigungspflichtiger Arten unternehmerischer Tätigkeit, die Senkung der Einkommenssteuer von 32 Prozent auf Null, eine Kapital- und Steueramnestie – all das hat nicht nur ein stetiges Wirtschaftswachstum stimuliert, sondern auch das wirtschaftliche Fundament der Klasse der

Bürokraten wesentlich geschwächt. Zugleich wurde in Moldova das organisierte Verbrechen ausgerottet und die Wirtschaft von krimineller Schutzgelderpressung der Verbrecherwelt befreit.

Seit die PKRM zur Macht gekommen ist, hat sie eine Reihe wichtiger demokratischer Reformen durchgeführt. Das sind die Reform der öffentlichen Lokalverwaltung, eine Gerichtsreform, eine Reform der Kultgesetzgebung, eine Reform der Staatsanwaltschaft, die Entmilitarisierung der Sicherheitsdienste, eine Reform des Wahlgesetzes, der Aufbau einer unabhängigen gesellschaftlichen Fernseh- und Rundfunkgesellschaft sowie die Einführung eines neuen Medien-gesetzes. Eines der wichtigsten Instrumente der demokratischen und rechtsstaatlichen Modernisierung unseres Landes ist die Orientierung auf eine europäische Modernisierung geworden. Keine Partei oder Bewegung, die bisher in Moldova an der Macht war, hat derartige Prioritäten gesetzt. Niemand hat jemals versucht, die Werte der europäischen Integration mit Offenheit für die Integrationsprozessen im Osten organisch zu verbinden.

Es war die PKRM, die sich in einer Situation permanenter innenpolitischer Krisen und Konflikte mit den Oppositionsparteien als erste im postsowjetischen Raum der Zivilgesellschaft zugewandt, internationale demokratische Erfahrungen genutzt und nicht zum Polizeiknüppel gegriffen hat. Die Politik des Sozialpaktes 2002/2003, der Konsens der politischen Parteien aus dem Jahre 2005, die Praxis des politischen Altruismus, das heißt, das gesetzlich garantierte Recht der Opposition, die Geheimdienste, die öffentlichen Finanzen und die Zentrale Wahlkommission zu kontrollieren – all das ist ein Meilenstein nicht nur in der Entwicklung der demokratischen Institute Moldovas, sondern auch in der Geschichte der linken Bewegung Europas. In diesem Zusammenhang sind auch die Schritte der PKRM zur Stabilisierung der zwischenethnischen Beziehungen im Lande zu sehen. Das Gesetz über die Rechte der nationalen Minderheiten, die Konzeption der Nationalitätenpolitik, das Recht auf mehrfache Staatsbürgerschaft, die zusätzliche Erweiterung der Autonomierechte der Nationalität der Gagausen – all das sind wichtige Beschlüsse zur Zusammenführung der zersplitterten ethnisch-kulturellen und sprachlichen Ressourcen für die Herstellung der Einheit der Gesellschaft.

Die Erfahrungen der Regierungszeit der PKRM zeugen davon, dass man durch Aktivierung aller sozialen und kulturellen Ressourcen der Bürger, durch ihre kompetente Stimulierung auch in Zeiten einen wirtschaftlichen Effekt erzielen kann, da Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft und zur Krisenbekämpfung im Vordergrund stehen. Ganz andere Ergebnisse sollten solche Instrumente in einer günstigeren Situation sozialer und wirtschaftlicher Stabilität erbringen.

Die Erfahrung der Regierungszeit der PKRM zeigen, dass gerade linke Parteien in der Lage sind, wirklich konsequente Marktrefor-men durchzuführen, dass der Wirtschaftsliberalismus der Linken ein wirksames Instrument zur Erweiterung wirtschaftlicher Freiheit und nicht zu massenhafter Verarmung und sozialem Abstieg der Bevölkerung ist.

Die Erfahrungen der Regierungszeit der PKRM demonstrieren, dass eine linke Partei in der Lage ist, demokratische Reformen in der Gesellschaft zu befördern und Werte wie Offenheit, Internationalismus und Konsolidierung der Gesellschaft voranzubringen.

Unsere Erfahrungen gestatten uns die Feststellung, dass



moderne Kommunisten als politische Organisation in der Lage sind, den Staat effizient zu führen und eine erfolgreiche Politik zu betreiben, die sich vor allem auf die Grundorientierungen unserer erneuerten Ideologie stützt. Im Falle Moldovas und seiner Probleme haben diese Orientierungen konkreten Ausdruck in fünf programmatischen Aufgaben gefunden, deren Erfüllung zu einer neuen Qualität unseres Landes und unserer Gesellschaft führen wird. Diese Aufgaben prägen die Strategie unserer Partei für die nächste Zeit.

2. Fünf Aufgaben der moldauischen Kommunisten

Die Stabilisierungsperiode ist zu Ende. Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur der Republik Moldova brauchen eine qualitativ neue Dynamik. Es zeigt sich immer deutlicher, dass die gegenwärtigen außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Herausforderungen, vor denen Moldova, seine Wirtschaft, sein Sozialwesen und seine Zivilgesellschaft heute stehen, ein höheres Niveau an Stabilität erfordern. Wer versucht, das Erreichen dieses Zieles zu behindern und die Modernisierung des Landes aufzuschieben, stellt die weitere Existenz Moldovas als unabhängiger Staat in Frage.

Eine adäquate Reaktion auf diese Herausforderung kann nur sein, dass die Republik Moldova konsequent ein höheres Niveau ihrer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Wettbewerbsfähigkeit anstrebt. Sie darf sich nicht mit Durchschnittlichem zufriedengeben. Das würde in unserem Falle nicht nur ewigen Rückstand, sondern Untergang bedeuten. In einem gewissen Sinne muss die Republik Moldova für ihre Bürger besser als andere Länder sein. Nur dieses Ziel, das verantwortungsbewusst und ehrgeizig zugleich ist, kann eine wirksame Triebkraft für die wirkliche, tiefgreifende Modernisierung unseres Landes darstellen.

Die Hauptaufgabe der PKRM bei der Modernisierung der Republik Moldova ist der entschlossene Übergang von der Agrarwirtschaft und einem Kapitalismus der Beamten und der Nomenklatura zu einer postindustriellen Gesellschaft, die auf Wissen, Kompetenz, modernen Technologien, einer hohen Lebensqualität und demokratischer Kultur beruht.

Die erste Aufgabe auf diesem Wege ist eine Politik ständig wachsender sozialer Investitionen und der Errichtung eines Sozialstaates.

Die PKRM hält an der Durchsetzung der Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für die Entwicklung aller Teile der Bevölkerung fest.

Das bedeutet nicht nur ein wirksames System sozialer Sicherheit zu errichten, sondern grundsätzlich eine höhere Lebensqualität zu erreichen. Die PKRM ist der Meinung, dass das Durchschnittsniveau von Löhnen und Renten in Moldova höher sein sollte als in den Nachbarstaaten. Bereits heute ist klar, dass es nur unter dieser Voraussetzung möglich sein wird, eine dynamische Reproduktion qualifizierter Arbeitskräfte, ihr Wachstum und ihre Beschäftigung, ja, den Erhalt der Bevölkerung des Landes zu sichern.

Das bedeutet, dass Zugang zu qualifizierter medizinischer Hilfe nicht vom Einkommen abhängen darf. Das Gesundheitswesen muss wie eine wirksame Technologie funktionieren, die auf ein höheres Niveau von Gesundheit, Geburtenrate und Lebenserwartung aller Bürger der Republik Moldova gerichtet ist.

Das bedeutet, dass der Zugang zu unentgeltlicher mittlerer und höherer Bildung in der Praxis vom Staat zu garantieren ist. Qualität und Struktur der Bildung müssen den gesell-

schaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen der Bürger umfassend entsprechen.

Das bedeutet, dass in der Republik Moldova stabile, langfristige und wirksame Anreize für eine breite Befriedigung der wachsenden kulturellen Bedürfnisse und kreativen Initiativen geschaffen werden müssen. Nur aktive, kreativ tätige Bürger, die sich die ganze Vielfalt der kulturellen Erfahrungen der menschlichen Zivilisation aneignen, können die Modernisierung des Landes aktiv gestalten.

Gesundheitswesen, Bildung und Kultur müssen in der Republik Moldova zu vorrangigen Bereichen von Investitionen und Umgestaltung werden. Rolle und Verantwortung des Staates liegen darin, für diese Politik allseitige Garantien zu schaffen. Dieser Imperativ bestimmt das Wesen der Ideologie sowie der politischen und sozio-ökonomischen Praxis der PKRM.

Die zweite Aufgabe ist die Herstellung eines günstigen unternehmerischen Klimas und die Schaffung einer offenen Wirtschaft, die auf Innovation orientiert ist. Nur eine solche Wirtschaft kann Sozialstandards auf hohem Niveau gewährleisten und eine umfassende Entwicklung der bürgerlichen Freiheiten unterstützen.

Die PKRM ist sich bewusst, dass der Aufbau einer entwickelten Marktwirtschaft und die Verbesserung des Klimas für unternehmerische Tätigkeit noch nie direkt mit den Zielen der sozialen Entwicklung verknüpft wurden. Noch niemals hat Reformpolitik eine verpflichtende Gleichzeitigkeit der Ziele aktiver sozialer Investitionen und der Schaffung von Anreizen für unternehmerische Tätigkeit miteinander verbunden. Die Einheit dieser Aufgaben zwingt uns dazu, Reformen neuen Typs durchzuführen, in denen die Entwicklung sozialer und ökonomischer Freiheit einander bedingen.

Die PKRM sieht ihre Aufgabe aber nicht nur darin, konsequent liberale Reformen durchzuführen, die sozial orientiert und auf die Erweiterung der wirtschaftlichen Freiheit gerichtet sind. Die PKRM ist der Meinung, dass die potenziellen regionalen Vorteile des Investitionsklimas in der Republik Moldova auf lange Sicht ihren relativen Ausnahmecharakter bewahren müssen. Die moldauische Wirtschaft soll nach West und Ost offen sein, das Land soll ein Raum exportorientierter Produktion vorherrschend wissenschaftsintensiver, hochtechnologischer Zweige werden, die sich in breitem Maße auf hochqualifizierte Arbeitskräfte stützen.

Die PKRM ist überzeugt, dass bei permanentem Wachstum des Umfangs der Agrarproduktion der Anteil dieses Sektors an der nationalen Wirtschaft ständig zurückgehen wird. In der Landwirtschaft müssen Prinzipien Einzug halten, die die Entwicklung der großen Warenproduktion auf der Grundlage konkurrenzfähiger Technologien fördern, um die Lebensmittelsicherheit des Landes zu gewährleisten.

Die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie, die Schaffung eines wettbewerbsfähigen Klimas für Innovation und der Voraussetzungen für die maximale Gewinnung von Humankapital – darin besteht die Strategie der PKRM für die wirtschaftliche Entwicklung.

Die dritte Aufgabe der PKRM ist die Entwicklung einer mehrstufigen Demokratie. Unsere politische Praxis hat überzeugend bewiesen, dass nur eine entwickelte, vielseitige Kontrolle der Staatsmacht durch die Gesellschaft die Gewähr dafür bietet, dass der von uns gewählte politische Kurs im gesamt-nationalen Interesse unumkehrbar wird.

Aus Sicht der PKRM ist das sich am dynamischsten entwi-



ckelnde System politischer Prinzipien und Institute in der Welt die moderne europäische Demokratie, zu der unsere Genossen und Gleichgesinnten aus den linken Parteien Europas viel beigetragen haben. Daher ist für uns moldauische Kommunisten die Integration in Europa und der Aufbau eines entwickelten, mehrstufigen demokratischen Systems nicht nur eine Frage des Beitritts zur Europäischen Union. Es ist vielmehr die zutiefst innenpolitische Entscheidung für eine radikale Modernisierung des Rechtswesens, für den Aufbau einer sich entwickelnden Gesellschaft, die vor dem Druck halbfeudaler Nomenklaturaclans geschützt ist.

Die Aufgabe der Errichtung einer mehrstufigen Demokratie in Moldova geht jedoch über diesen Fragenkreis weit hinaus. Bei der Spezifik unseres Landes kommt die Aufgabe der Errichtung einer harmonischen polyethnischen Gesellschaft hinzu, die auf entwickelter sprachlicher und ethnisch-kultureller Vielfalt beruht. Nur die konsequente Formierung einer polyethnischen Nation von Staatsbürgern, die Vertiefung bilingualer Erziehung und ethnischer Toleranz wird es Moldova ermöglichen, seine einzigartige Identität zu bewahren und zugleich zu einem Modell für ein vorbildliches Verhältnis verschiedener Nationalitäten, Sprachen und Kulturen zu werden.

Beim Aufbau einer funktionierenden Demokratie europäischen Typs ist es für die PKRM außerordentlich wichtig, den Geist aktiver gesellschaftlicher Kreativität und das ständige Ringen um politische, soziale und kulturelle Freiheiten als prinzipielle Grundlagen der Gesellschaft zu verankern. Nur eine entwickelte Zivilgesellschaft, nur ihre Initiativen, ihre weitgehende Autonomie und Immunität können eine unumkehrbare demokratische Entwicklung der Republik Moldova sicherstellen.

Die PKRM sieht ihre Mission darin, Stimuli für die breitestmögliche Entwicklung des Verantwortungsbewusstseins der Bürger, für die Herausbildung einer modernen Nation von Staatsbürgern zu schaffen, in der so symbolische Kategorien wie Heimat, Vaterland oder Patriotismus durch in der Praxis realisierte Werte wie das Recht auf persönliche Identität, auf Selbstverwirklichung und hohe Lebensqualität in neuer Weise konkretisiert werden.

Die vierte Aufgabe der PKRM ist die Stärkung der staatlichen Wettbewerbsfähigkeit der Republik Moldova.

Radikale Entbürokratisierung, Beschränkung der Funktionen und Befugnisse der Beamten, Aufbau objektiver Hindernisse für die Entwicklung politischer und wirtschaftlicher Korruption bei gleichzeitiger Erhöhung der Anforderungen an Qualität und Professionalität des Staatsapparates – das ist die Strategie der PKRM zur Revolutionierung des Systems.

Der Staat darf nicht Eigentum der Beamten, sondern muss Eigentum der ganzen Gesellschaft sein. Die Erhöhung des Niveaus der Verwaltungskultur, mehr Kompetenz der öffentlichen Verwaltung, die den Herausforderungen gerecht werden muss, die heute vor unserem Land stehen – das ist eine der Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit des moldauischen Staates.

Die fünfte Aufgabe der PKRM ist die langfristige Durchsetzung von Grundprinzipien, die der Republik Moldova Sicherheit bringen – immerwährende Neutralität, territoriale Integrität und Offenheit für verschiedene Integrationsprozesse. Die PKRM sieht keine Notwendigkeit, dass die Republik Moldova sich Militärblocken anschließt. Diese hält sie für einen Anachronismus, der den Werten der modernen Zivilisation

widerspricht, für ein Werkzeug zur Unterdrückung von Freiheiten, nicht aber zur Durchsetzung von Demokratie und Sicherheit. In diesem Sinne wird sich die PKRM für eine stete, etappenweise Reduzierung der militärischen Komponente aller staatlichen und gesamtnationalen Programme einsetzen und zur Errichtung eines entmilitarisierten Staaten übergeben.

Für die PKRM ist die Lösung der Transnistrien-Frage und die Wiederherstellung der territorialen Integrität des Landes eine vorrangige Aufgabe der gesamten moldauischen Gesellschaft, eine Grundgarantie für die Existenz unserer Staatlichkeit. Wir sind überzeugt, dass diese Aufgabe nur durch Stärkung von Vertrauen und Solidarität zwischen den Bürgern in einer gemeinsamen gesamtnationalen Perspektive gelöst werden kann.

Die PKRM ist überzeugt, dass nur Offenheit für Integration, die Fähigkeit, die Phantome nationaler Abschottung zu überwinden und aus den Klischees eines einseitigen außenpolitischen Kurses auszubrechen, der Republik Moldova die Möglichkeit geben, für alle ihre Bürger eine vollwertige Perspektive zu gewinnen, die Einheit der Bürger und Sicherheit auf höherem Niveau zu gewährleisten. Wir gehen davon aus, dass die Republik Moldova als geeinter Staat mit ihrem gesamten Territorium, mit entwickelter Wirtschaft und hohem Lebensniveau dem Vereinten Europa der Nationen und Staaten beitreten wird.

Ein sozialer, konkurrenzfähiger Staat, ein Land mit offener, auf Innovation orientierter Wirtschaft, eine Gesellschaft entwickelter Demokratie mit hoher Sicherheit – das sind die Hauptziele der Partei der Kommunisten. Sie zu erreichen ist keine Utopie. Ihren inneren Zusammenhang zu sehen, ist eine der Hauptvoraussetzungen dafür, sie in die Praxis umzusetzen.

V. Die PKRM – eine Linkspartei neuen Typs

Die Kommunisten Moldovas haben die Prüfung der Macht bestanden. Mehr noch, die politische Praxis der letzten Jahre hat zu bedeutenden Veränderungen der Partei, ihrer Strategie und ihrer konzeptionellen Ausrichtung geführt. Die PKRM ist heute nicht nur die einzige kommunistische Partei in Europa, die sich an der Macht befindet. Sie ist die einzige linke Partei im Bereich der GUS, die bereits zweimal bei Parlamentswahlen gesiegt hat. Das erfordert eine ernsthafte Analyse und verantwortungsbewusste Bewertung der Prioritäten unseres weiteren Parteiaufbaus. Die wichtigste besteht darin, dass die PKRM dazu berufen ist, eine handlungsfähige politische Massenorganisation zu sein, die in der Lage ist, die permanente Suche nach wirksamen politischen Strategien durch tägliche praktische Arbeit zur Verteidigung der Souveränität des Landes und zur Stärkung des Staates sowie zur beschleunigten sozio-ökonomischen und geistigen Entwicklung der Gesellschaft zu untermauern.

Die Theorie und Praxis einiger linker Bewegungen im post-sowjetischen Raum, die Ideen des Isolationismus, des Großmachtgedenkens, des Autoritarismus, Nationalismus und Separatismus verkünden, lehnen wir kategorisch ab. Wir stellen mit Bedauern fest, dass sie vor der Restaurierung der am wenigsten demokratischen Formen eines staatlich-oligarchischen Kapitalismus in ihren Länder faktisch zurückweichen.

Andererseits freuen wir uns über die fruchtbare Entwicklung sozialistischer Ideen in West- und Mitteleuropa, in den



Ländern der Europäischen Union. Europa ist die Wiege sozialistischer Traditionen, dort hat sich aber auch eine untrennbare, prinzipielle Verbindung dieser Traditionen mit den modernen Werten von Demokratie und Freiheit erhalten.

Heute kann nicht übersehen werden, dass der Triumphzug der europäischen Demokratie auch die Folge langjähriger Kleinarbeit unserer Genossen der linken Parteien zur praktischen Durchsetzung der Ideen von Internationalismus, sozialer Gerechtigkeit und Schutz der Menschenrechte ist.

In dieser Situation sieht die PKRM ihre Mission in der aktiven Aneignung des gesamten geistigen Erbes und der politischen Erfahrungen des europäischen Kommunismus und Sozialismus, um gegenüber den Kräften der nationalistischen Reaktion und des Autoritarismus konkurrenzfähig zu sein. Wir sind eine Partei, für die der Kampf um den Sozialismus vom Kampf um eine eigene Staatlichkeit und wirksame demokratische Institutionen nicht zu trennen ist. Demokratie und Menschenrechte sind heute organische Bestandteile der hohen Sozialstandards, nach denen wir streben. Es sind allgemeine Parameter für Lebensqualität und Entwicklung des Menschen.

Die PKRM von heute – das ist eine Partei der aktiven und konsequenten sozialen Reformen. Solcher Reformen, die es erlauben, die Entwicklung aller Eigentumsformen zu stimulieren, die innovativen Ressourcen der ganzen Gesellschaft zu

erschließen, Reformen, die zu einer stabilen Wirtschaft auf der Grundlage von Wissen und hohem intellektuellem Potenzial führen.

Die PKRM von heute – das ist bislang die einzige Partei der Unabhängigkeit des moldauischen Staates und seines multinationalen Volkes, die konsequent nach Wiederherstellung der Integrität unseres Landes strebt.

Die PKRM von heute – das ist eine Partei, die sich in der Tat von den Grundsätzen einer mehrstufigen Demokratie leiten lässt, die überzeugt ist, dass Aufbau und Entwicklung demokratischer Institutionen in untrennbarem Zusammenhang mit der Durchsetzung sozialer Garantien und Verpflichtungen des Staates vor der Gesellschaft und vor dem Bürger, mit der Durchsetzung wahrer Volksherrschaft erfolgen muss.

Die PKRM von heute – das ist eine Partei der europäischen Modernisierung, die danach strebt, Moldova zur Welt zu öffnen, unser Land und unsere Gesellschaft nach den modernsten rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Standards umzugestalten, was sie durch ihre Vollmitgliedschaft in der Partei der Europäischen Linken seit 2007 bekräftigt.

Die PKRM von heute wird zu einer politischen Partei neuen Typs, die danach strebt den Kampf für humanistische Ideale, für die Durchsetzung von Menschenwürde und Sozialismus unter neuen historischen Bedingungen fortzusetzen.



Impressum:

„DIE LINKE-international“ wird herausgegeben vom Bereich Internationale Politik beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE und erscheint in unregelmäßigen Abständen

Redaktion: Helmut Ettinger (V.i.S.d P. Helmut Scholz)

Telefon: (030) 24 009-352, Fax: 24 009-425

E-Mail: fip@die-linke.de, Web-Site: <http://die-linke.de>

Redaktionsschluss: 25. Januar 2008

Besonderer Dank für Unterstützung bei der Herstellung dieses Heftes gilt Barbara Dasgupta, Hilde Ettinger, Fritz Schmalzbauer und Nora Schüttpelz.

Gestaltung: Jörg Rückmann

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors, nicht der Redaktion, wieder. Ausdrücklich erbeten sind Meinungen, Wünsche und Vorschläge an die Redaktion.

